L 70000
35
1918
1/XI - 31/XII.
Oppln. A
allg
33

Neue Freie Presse

1./XI. 1918

9

[Professor Durig über die Ernährung der Wiener Bevölkerung.] Der neuernannte Professor der Physiologie Dr. Arnold Durig hielt heute vormittag seine Antrittsvorlesung an der Universität, in deren Verlaufe er auf die derzeitige Ernährung der Wiener Bevölkerung zu sprechen kam. Er untersuchte den Lebensmittelverbrauch von dreißig Wiener Familien in zirka tausend Verpflegstagen per Kopf und Tag. Nur der Kleingewerbetreibende, der zugleich auch Gastwirt ist, kann sich das Friedenskostmaß verschaffen, ein Sektionschef steht in seiner Nahrungszufuhr zwischen einem Postamtsdiener und einem Kleingewerbetreibenden; eine Villenbesitzersfamilie vermag sich ihren Nährstoffbedarf nicht zu beschaffen. Ein Aushilfsdiener verzehrt mit seiner Frau und seinem halberwachsenen Kinde fast nur die Hälfte dessen, was er allein für die Erhaltung seiner eigenen Person brauchen würde. Schwere, durchgreifende Unterernährung ist das ganz einheitlich aus den Zahlen mit erschreckender Deutlichkeit hervorgehende Bild, und es ist nicht zu viel gesagt, wenn wir in den Werten eine Anklage gegen den heutigen Lebensmittelverkehr erblicken. Wir dürfen nicht davor zurückschrecken, der Wahrheit gerade und offen ins Gesicht zu sehen. Der ungenügenden Ernährung entsprechend ist die Gewichtsabnahme der einzelnen Personen (bis zu 40 Kilogramm Gewichtsabnahme!). Besser war die Verpflegung in Krankenanstalten, wohl auch besser als in einigen reichsdeutschen Lazaretten, was aus Dankbriefen reichsdeutscher Soldaten, die bei uns verpflegt wurden, hervorgeht. Die bürgerliche Bevölkerung von Berlin und von Göttingen ist nach vorliegenden wissenschaftlichen Daten besser genährt als die Wiener, wogegen die Lazarettkost und die Gefangenenlazarettkost in Deutschland auf nahezu so tiefer Stufe stehen wie jene unserer Durchschnittsbevölkerung. Unsere Lebensmittelkarten garantieren, wenn sie in ihrer Gänze eingelöst werden, nur ein Viertel des Bedarfes eines erwachsenen, 70 Kilogramm schweren, leicht arbeitenden Menschen. Wo soll sich der Wiener die fehlenden drei Viertel der notwendigen Nahrung verschaffen? Der Vortragende erörterte die Schäden der Preistreiberei und des Schleichhandels. Ganz rätselhaft ist das Fehlen der Kartoffeln. Unserer Bevölkerung fehlt das wichtigste Nahrungsmittel, mit dem wir heute rechnen müssen, nahezu ganz, während in Süddeutschland nun an vielen Orten fünf Viertelpfund per Kopf und Tag gegeben werden und wir bei unserer Produktion per Kopf und Tag des Jahres nicht weniger als 1200 Gramm Kartoffeln zur Verfügung haben sollten. Vermöchten wir der Bevölkerung zureichend Kartoffeln zuzuführen, so mag immerhin die Brot- und Mehlration niedrig bemessen bleiben; es würde sich dann das Nährstoffbedürfnis unschwer in allen seinen Teilen decken lassen; ja, wenn in der nächsten Zukunft sogar der Anbau an Brotgetreide durch Steigerung des Kartoffelanbaues noch eingeschränkt werden würde, so würde dies nicht eine Schädigung unserer Ernährung, sondern im Gegenteil eine Verbesserung derselben bedeuten. Die ganz ungenügende Ernährung der Wiener Bevölkerung illustriert die Zunahme der

Sterblichkeit; es starben in Wien im Jahre 1914 insgesamt 33268 Personen, im Jahre 1917 46051; an Tuberkulose im Jahre 1914 6220 Personen, im Jahre 1917 11725!

Die Zeit
1./XI. 1918

3

Wiens Ernährungsverhältnisse

Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters trat gestern der dreißiggliedrige gemeinderätliche Wiener Ernährungsausschuß zu seiner zweiten Sitzung zusammen.

Zunächst berichtete Gemeinderat v. Steiner über das Ergebnis seiner Reise nach Berlin, die er als Vertreter der Gemeinde Wien in Gemeinschaft mit den Delegierten des deutschösterreichischen Ernährungsausschusses Ende der vorigen Woche unternahm, und teilte mit, daß die maßgebenden Faktoren in Berlin das größte Entgegenkommen an den Tag legten und eine Getreideaushilfe von 10.000 Waggons für Deutschösterreich in Aussicht stellten. Durch die bekannten, tief bedauerlichen Vorgänge der letzten Tage sei diese Aushilfe auf ein Quantum von 1000 Waggons reduziert worden, wovon auf Wien 500 Waggons entfallen.

Der Bürgermeister machte hierauf die Mitteilung, daß er sich mit Rücksicht auf den neuerlichen Rückgang des Milcheinlaufes, der in der Einstellung der Milchzufuhr aus Mähren seinen Grund hat, an den Cesky Vybor in Brünn mit dem telegraphischen Ersuchen gewendet habe, im Interesse der Wiener Kranken und Kinder die Milchausfuhr aus Mähren nach Wien zuzulassen, da diese Milch ja auch den Angehörigen der tschechischen Nation in Wien zugute kommt.

Magistratsrat Dr. Roßkopf erstattete einen umfassenden Bericht über die Mehlversorgung der Stadt Wien, über die Getreideaufbringung in Niederösterreich und die Notwendigkeit, daß der neue Staatsrat von Deutschösterreich hinsichtlich von Getreide- und Mehllieferungen mit den Nationalräten der neugeschaffenen Staaten, insbesondere auch mit Ungarn, in Verhandlungen trete.

Neue Freie Presse
1./XI. 1918

Die Ausgestaltung der städtischen Eigenverwaltung bei der Versorgung von Wien mit Lebensmitteln.

Errichtung einer Reisschälfabrik. Erweiterung der Bonwiller-Dampfmühle. Eine zweite Brotfabrik.

Wien, 31. Oktober.

Vorgestern hat im Beisein von Vertretern der Gemeinde eine Sitzung der Donauregulierungskommission stattgefunden, die sich mit einer für den Verkehr auf der Donau und die Approvisionierung der Hauptstadt wichtigen Angelegenheit beschäftigte. Nach einer längeren Verhandlung, an der sich die Vertreter des Staates, des Landes Niederösterreich und der Stadt Wien beteiligten, wurde beschlossen, die noch vorhandenen vierunddreißig Schiffsmühlen in das Eigentum der Gemeinde zu übergeben. Diese Entscheidung ist von großer Bedeutung. Es herrscht seit langem Not an Gebäude. Durch die Uebertragung der Schiffsmühlen, die nun verschwinden, gewinnt die Gemeinde neue Ländeplätze und außerdem Terrain zur Anlage von Industrieunternehmungen, die sich in das großzügige kommunale Programm einfügen, Werke zu schaffen, die für die Versorgung der Millionenstadt mit Lebensmitteln von Wichtigkeit sind.

In erster Reihe steht die Anlage einer Reisschälfabrik. Dann ist die Erweiterung der Bonwiller-Dampfmühle in Aussicht genommen, deren bereits bestehender Betrieb unter Mitwirkung der Gemeinde geführt wird und sich bewährt. Ferner wird an eine Ausgestaltung der Hafner-Werke (Brotfabrik) gedacht, entweder durch Ansiedelung eines neuen Unternehmens oder durch Zubauten zu den bestehenden, von der Gemeinde gekauften Hafner-Werken. Alle diese Betriebe werden räumlich getrennt von einander sein.

Mit den erwähnten 34 Schiffmühlen verschwindet wieder ein Stück Alt-Wien. Ursprünglich bestanden viele Schiffmühlen in der alten Donau. Der Name „Kaisermühlen" erinnert an diese altväterischen Betriebe und auch die Schiffmühlenstraße bewahrt die Erinnerung an sie. Nach dem Anfang der Siebzigerjahre bewerkstelligten Donaudurchstich ergab sich die Notwendigkeit, neue Plätze für die Mühlen zu suchen. Um ihre Eigentümer vor dem wirtschaftlichen Untergange zu retten, erteilte Kaiser Franz Josef die Weisung, die Schiffmüller anderswo unterzubringen. Sie kamen unterhalb der Staatseisenbahnbrücke zu stehen, doch hier blühte ihnen ebenfalls kein Heil. Ein Schiffmüller nach dem anderen legte sein Gewerbe zurück und die es weiter betrieben, hatten mit Sorgen zu kämpfen. Jetzt hören die letzten Schiffmühlen auf und bald wird sich kein Rad dort unten drehen. . . .

Vossische Zeitung 1./XI. 1918.

5

Die Ernährungsaussichten.

Von unserem Berichterstatter.

* Hamburg, 31. Oktober.

Ein Vertreter des hamburgischen Kriegsversorgungsamtes gab Erklärungen über die Frage der zukünftigen Ernährung, die nicht nur für Hamburg, sondern auch für das Reich von Interesse sind. Die zukünftige Ernährung hängt nach seiner Darlegung vor allem davon ab, in welcher Weise die Demobilisierung unseres Heeres vor sich gehen werde. Löst Oesterreich-Ungarn die Beziehungen mit uns, so wird uns durch die Unterbindung des Verkehrs, namentlich des Transitverkehrs, die Zufuhr von Rohstoffen ganz erheblich erschwert. Sehr bedenklich sieht es auch mit unserer Petroleumzufuhr aus, da die Zufuhren aus Rumänien wahrscheinlich sehr erheblich eingeschränkt werden, und, sollte der Krieg fortdauern, so wird das Petroleum für Militärzwecke Verwendung finden müssen. — Mit der Kartoffelversorgung steht es schlechter als im Vorjahre, da die diesjährige Ernte um ¼ oder sogar ⅓ geringer ist als die vorjährige. Die vorhandene Menge von etwa 30 Millionen Tonnen ist gerade ausreichend für die menschliche Ernährung, wenn sie voll erfaßt wird. Die Hamburger Kriegsversorgung hat für den Winter, wenn die Frostperiode die Zufuhr verbietet, in diesem Jahre nur 120 000 Zentner aufstapeln können, die für knapp zwei Wochen reichen. Die Lage ist noch verschlimmert durch das umfangreiche Hamstern von Kartoffeln. — Trotz der etwas besseren Getreideernte kann die Brotration nicht heraufgesetzt werden, weil zu der Schwerarbeiter-Zulage noch 132 000 Tonnen Mehl hinzukommen sollen. Dann werden im Reiche für die Schwerarbeiter 880 000 Tonnen Getreide aufgewandt. Das ist ein Viertel des Gesamtbetrages für die 47 Millionen städtische Bevölkerung des Reiches. — Ungünstig steht es auch mit der Fleischversorgung, da der Schleichhandel auch auf diesem Gebiete zu sehr geschädigt hat. Es sind in einem Vierteljahr 400 000 Stück Rindvieh und 321 000 Schafe in unerlaubter Weise geschlachtet worden. Darum sei die Einführung der fleischlosen Wochen notwendig gewesen. (Es gibt Sachverständige, die meinen, daß gerade umgekehrt wegen der fleischlosen Wochen die Geheimschlachtungen so ungeheuren Umfang angenommen haben.) — Recht betrübende Erscheinungen zeigen sich in der Milchversorgung. Es hat jetzt schon eine Herabsetzung der Milchration in Hamburg erfolgen müssen, die in nächster Zeit weiter ausgedehnt werden muß. — Auch über die Fischversorgung konnten keine erfreulichen Mitteilungen gemacht werden.

Sehr wichtig war die Behandlung der Frage der Massenspeisung namentlich für die Demobilisierung. Falls diese plötzlich eintritt, würde der große Wert der Kriegsküchen sich besonders zeigen. — Ungünstig sind die Aussichten für die Kleider- und Schuhversorgung. Hier ist eine Besserung kaum zu erwarten, da es an Rohstoffen mangelt. — Die Entwicklung unserer politischen Verhältnisse kommt auch für die Brennstoffversorgung sehr in Betracht, deren Aussichten bis jetzt nicht ungünstig liegen sollen. Die schwierige Transportfrage wird aber auch hier von ausschlaggebender Bedeutung sein.

Die Zeit Abendbl.
2./XI. 1918

Umgestaltung des Ernährungsdienstes.

Wie wir erfahren, wird bereits in den nächsten Tagen eine vollständige Reorganisation des deutschösterreichischen Ernährungsdienstes erfolgen. Die dem Ernährungsamt unterstellten Zentralen sollen umgestaltet und der gesamte Ernährungsdienst in einer einheitlichen Wirtschaftsstelle zusammengefaßt werden. Die in Aussicht genommene neue Wirtschaftsstelle soll ihre Tätigkeit ehestens aufnehmen. Sie wird ihr Hauptaugenmerk darauf lenken, aus den früheren Provinzen Oesterreichs im Kompensationswege Nahrungsmittel für Wien herbeizuschaffen.

Von anderer Seite wird uns hierzu mitgeteilt: Die neue Ernährungsstelle, die „Deutschösterreichisches Amt für Volksernährung" heißen wird, stellt eine vollkommen neue Institution dar, die keineswegs als Rechtsnachfolgerin des alten Ernährungsamtes gilt. Die näheren Einzelheiten der Struktur des neuen Amtes werden morgen Sonntag festgelegt werden. Die bisherigen Beamten des Ernährungsdienstes werden mit Ausnahme der fremdsprachigen Angestellteen in das neue Amt übernommen werden.

Die Verhandlungen mit Tschecho-Slowaken und Ungarn.

Die Verhandlungen des Ernährungsamtes mit den Vertretern der Tschecho-Slowaken und den Ungarn wegen Lebensmittellieferungen nach Deutschösterreich haben bis jetzt noch zu keinem positiven Ergebnis geführt. Die Verhandlungen werden noch fortgesetzt.

Neues Wiener Tagblatt
2./XI. 1918

Die Approvisionierung im Kriege.

Unterbrechung des Warenverkehrs.

Es mehren sich die Nachrichten, daß nicht bloß die neu geschaffenen Nationalstaaten, sondern selbst einzelne Länder in diesen sich gegen den Warenverkehr absperren, indem sie sowohl die Ausfuhr verschiedener Artikel verhindern, als auch auf der Durchfuhr begriffene Waren anhalten. Allerdings macht es den Eindruck, daß diese Maßnahmen nicht für die Dauer beabsichtigt sind, sondern in der Hauptsache nur den Zweck erfüllen sollen, Faustpfänder zu schaffen, die bei den von allen Seiten erwarteten Verhandlungen über den Warenverkehr zur Geltung gelangen werden. Es ist also nicht gar so böse gemeint, aber sofern es sich um Lebensmittel handelt, muß doch mit Nachdruck darauf verwiesen werden, daß eine so große Stadt wie Wien tägliche Zufuhren braucht und deren Ausbleiben sehr rasch fühlen würde. Darum ist schleunigstes Eingreifen der Volksregierung notwendig. Von den Nachrichten des gestrigen Tages heben wir folgende hervor:

Der Warenverkehr mit Galizien.

Das Präsidium der Plenarversammlung der polnischen Abgeordneten hat die österreichische Regierung aufgefordert, ihre Vertreter zum Zwecke von Verhandlungen über den gegenseitigen Austausch von Lebensmitteln und Waren zu nominieren. Gleichzeitig wurde der Statthalter Graf Huyn in Kenntnis gesetzt, daß mit heutigem Tage die Ausfuhr jeder Art von Lebensmitteln eingestellt ist, und alle Aemter wurden aufgefordert, Uebertretungen oder Versuche der Umgehung dieser Anordnung mit aller Strenge entgegenzutreten. Die drei galizischen Militärkommandos in Galizien (Krakau, Przemysl und Lemberg) wurden aufgefordert, weder Nahrungsmittel, noch Rohstoffe, Waffen, Munition, noch sonstiges Militärmaterial wegzuführen, da sämtliches in den Magazinen befindliche militärärarische Gut von nun ab Eigentum der polnischen Regierung ist.

Krakau, 1. November. (Privattelegramm.) Die Vertreter der Liquidierungskommission haben mit den Vertretern der Militärbehörden Mittwoch Beratungen gepflogen. Graf Skarbek forderte im Namen der polnischen Regierung die Einstellung der Abtransportierung jeglicher Art von Lebensmitteln und sonstigen militärischen Gegenständen aus den Magazinen.

Der tschechische Grenzkordon gegen Deutschösterreich.

Mit der Franz Josefs-Bahn eingetroffene Reisende berichten, daß alle die böhmische Grenze nördlich Gmünd von Böhmen her passierenden Züge hinter Gratzen von Sokolen und tschechischen Nationalgardisten angehalten werden. Alle Reisenden werden durchsucht, wobei ihnen sämtliche Lebensmittel zugunsten des tschecho-slowakischen Staates abgenommen werden. Die Soldaten, die nach Deutschösterreich reisen, werden entwaffnet, ihre Lebensmittelvorräte beschlagnahmt, die Uniformen und ärarischen Wäschestücke konfisziert und durch schlechtere ersetzt. Da die Züge vor den Stationen angehalten werden, müssen die Reisenden meist noch eine Viertelstunde lang zu Fuß gehen, um die Bahnzüge wieder zu erreichen.

* * *

Die angebliche Kürzung der Brotquote.

Gegenüber den gestern abend in Umlauf gesetzten Gerüchten, daß von heute an die Brotquote in Wien gekürzt werden soll, sind wir vom Bürgermeister ermächtigt, festzustellen, daß in der nächsten Zeit weder eine Kürzung der Brotquote, noch der Kochmehlration erfolgen wird.

Neue Freie Presse

2./XI. 1918

8

Die Ernährungsfrage.

Die wichtigste Frage, deren Lösung von entscheidender Bedeutung ist, ist die Ernährung in der nächsten Zeit. Durch die Demobilisierung würden die Vorräte der Heeresverwaltung frei werden, die namentlich im Süden bedeutend

sein müssen. Wieweit sie bei dem Rückzuge mitgenommen worden sind, ist bisher nicht bekannt. Derzeit sind Verhandlungen der deutschösterreichischen Regierung mit der Heeresverwaltung im Zuge, die sich darauf beziehen, die Verteilung dieser bisher den Kriegszwecken dienenden Vorräte an Nahrungsmitteln zu regeln.

Reichspost Abendbl. 2./XI. 1918

Ein Ministerrat.

Die Lebensmittelversorgung.

Heute fand unter Vorsitz des österreichischen Ministerpräsidenten Dr. Lammasch ein österreichischer Ministerrat statt, an dem auch namens des österreichischen Staatsrates Präsident Seitz und für den tschechischen Nationalausschuß dessen Wiener Vertreter Tusar teilnahmen. Es handelte sich, wie verlautet, um die Lebensmittelversorgung.

Neue Freie Presse
3./XI. 1918

10

[Uebernahme des Militärverpflegs-magazins durch die Kommune Wien.] Wie wir vernehmen, wird morgen nachmittag um 4 Uhr das Militärverpflegsmagazin von der Gemeinde Wien übernommen werden. Es ist dies ein Schritt auf dem Wege zur Vereinheitlichung der Ernährungsverwaltung. Offiziere und Mannschaften des Verpflegsmagazins werden gleichzeitig von der Gemeinde übernommen. Natürlich erschöpfen sich die Vorräte des Magazins von Tag zu Tag, so daß man nur mit ganz geringen Quantitäten für die Wiener Zivilbevölkerung rechenen kann.

Die Zeit
3./XI. 1918

11

Die Ernährung Deutschösterreichs.

Deutschösterreich ist außerstande, seinen Bedarf an Nahrungsmitteln aus eigenem zu bestreiten; es ist auf Zufuhre von auswärts angewiesen. Welche Schwierigkeiten sich daraus für die Versorgung der Bevölkerung, vor allem in der nächsten Zeit, dann aber auch im Verlauf des ganzen Wirtschaftsjahres ergeben werden, ist allgemein bekannt. Es wird der ganzen Energie und der großen Arbeitskraft des Staatssekretärs Dr. Loewenfeld-Ruß und aller mit dem Ernährungswesen betrauten Männer bedürfen, um uns über den Berg zu bringen. Aber auch nach Ablauf des Wirtschaftsjahres, nach der Herstellung friedlicher Verhältnisse werden wir eine staatliche Regelung der Volksernährung nicht missen können. Damit ist nicht etwa bloß an die Zeit der eigentlichen Uebergangswirtschaft gedacht, also an den Zeitraum, währenddessen es aus verkehrstechnischen und valutarischen Gründen unmöglich sein dürfte, hinlängliche Mengen von Nahrungsstoffen einzuführen. Auch späterhin würde es für Deutschösterreich von größter Bedeutung sein, wenn der Unterschied zwischen den im Lande produzierten und den hier verbrauchten Gütermengen möglichst gering wäre. Wir werden den auf dem Boden der bisherigen österreichisch-ungarischen Monarchie emporgekommenen, uns im Osten und zum Teil im Norden und Süden umschließenden Staatsgebilden als Vertragspartner ganz anders gegenüberstehen, wenn wir von ihren landwirtschaftlichen Erzeugnissen und von dem Durchzugsverkehr durch ihr Gebiet so wenig als möglich abhängig sind.

Um zu diesem Ziele zu gelangen, wird es vor allem notwendig sein, mit den Gesetzen und Grundsätzen der Kriegswirtschaft so schnell als möglich zu brechen. Diese hat sich unter dem dringenden Gebot der Stunde bemüssigt gesehen, zur Ermöglichung einer gerechten Verteilung und einer halbwegs auskömmlichen Ration auf die möglichst vollständige Erfassung von Nahrungsmitteln ihr Hauptgewicht zu legen. Es erschien zweckmäßiger, das Bodenprodukt dem menschlichen Verbrauch unmittelbar, also nicht mittelbar auf dem Umweg über das Tier, zuzuführen. Durch eine derartige restlose Ausnützung des im Getreide enthaltenen physiologischen Nährwertes wurde aber nicht nur zu wenig beachtet, daß der Mensch auch Fleisch, Fett und Milch nicht allzusehr entbehren, der Landwirt ohne die tierische Zugkraft und ohne tierischen Dünger nicht arbeiten könne. Mit Recht wurde von einem hervorragenden Praktiker auf dem Gebiet der Landwirtschaft kürzlich hervorgehoben: „Mit einem Prozent Abfallgetreide, das dem Landwirt zu viel abgenommen wurde, hätte er vielleicht die Eierproduktion fortsetzen oder seine Kuh, für die jetzt gerade nur das Erhaltungsfutter übrigblieb, zu entsprechender Milchleistung bringen können. Damit wäre der Volksernährung die vielfache Menge an Nährstoffen zugewachsen, die das eine Prozent Getreide an und für sich darstellt. Die staatliche Bewirtschaftung hat dessen Nährwert ergriffen, sie hat aber den weit höheren Produktionswert vernichtet, der darin für den landwirtschaftlichen Betrieb lag." Das muß sobald als möglich anders werden, da das heimische Ernährungswesen eine rasche und ausgiebige Veraröherung unseres Viehbestandes erfordert.

Dabei werden uns die während der Kriegszeit gefundenen Ersatzfuttermittel ausgezeichnete Dienste leisten. Die Allgemeinheit hat auch nicht annähernd einen Begriff davon, was auf diesem Gebiete alles hervorgebracht worden ist. So wird, um nur einige Beispiele anzuführen, nunmehr das Leimleder (das ist der Abfall, der sich bei der Verarbeitung von Rohhäuten ergibt) zum größten Teil zur Futtererzeugung verwendet. Es wurden in der letzten Zeit drei vollständig neue Betriebe mit entsprechender großer Leistungsfähigkeit errichtet, die monatlich ungefähr 20.000 Meterzentner verarbeiten. Nebenbei bemerkt, ist es gelungen, bei dem jetzt gebräuchlichen Verfahren die Fettausbeute auf drei Prozent zu erhöhen. Ein ganz erheblicher Fortschritt ist in der Ausnützung der Tierkadaver zu verzeichnen. Schon jetzt stehen, da sich in dem in Wiener-Neustadt errichteten Probebetrieb ein besonderes System (Heiß-Nießen) bewährt hat, mehr als zwanzig Anlagen, darunter solche in Linz, Innsbruck, Salzburg, Reichenberg usw., in vollem Betriebe. Mehr als hundert Gemeinden haben wegen Ankaufes von Apparaten Unterhandlungen angeknüpft; es wird ihnen ermöglicht werden, den Kaufbetrag teilweise durch Lieferung des zu gewinnenden Fettmehles abzustatten. In diesem Zusammenhang wäre noch der erfolgreichen Maßnahmen, die sich auf die Strohaufschließung, auf die Herstellung von Melassefutter und Mischfutter, die Ausnützung von Roßkastanien, Eicheln und von sonstigen vegetabilischen Ersatzfuttermitteln, dann auf die Herstellung von Streuersatzmitteln und von Preßfutter beziehen, kurz zu gedenken.

Freilich läßt sich nicht bestreiten, daß die Herstellungskosten der verschiedenartigen Ersatzfuttermittel noch recht hoch sind. Sie dürften sich aber, bei weiterer Vervollkommnung des Verfahrens, ermäßigen. Dann müssen wir aber für eine Zeitlang den Standpunkt einnehmen, daß eine sogar etwas teurere inländische Produktion der Einfuhr vom Ausland, zu dem jetzt alle übrigen Staaten der Monarchie zählen, bei weitem vorzuziehen sei. Ueberhaupt haben sich während des Krieges unsere Anschauungen über das Ernährungswesen gründlich geändert. Wir legen ihm nunmehr eine unvergleichlich höhere Bedeutung bei als ehedem und wissen, daß es zu unserer wichtigsten Aufgabe zählt, aus dem heimischen Boden herauszuschlagen, was nur herauszuschlagen ist. Der Hebung unserer landwirtschaftlichen Erzeugung werden bei weitem geringere Schwierigkeiten gegenüberstehen als der Forcierung des Exports, der Absendung von Exportwaren, die schließlich den unentbehrlichen Gegenwert für die Einfuhr von Lebensmitteln bilden. Da müssen wir uns auf die heftigste Konkurrenz unserer Nachbarstaaten, auf eine wenig wohlwollende Zoll- und besonders Tarifpolitik gefaßt machen, während innere landwirtschaftliche Reformen ganz von unserer Tatkraft und Energie abhängig sind. Eine günstige Gestaltung der Ernährungswirtschaft befreit uns von zukünftiger Lohnsklaverei.

Reichspost
3./XI. 1918

12

Lebensmittel und Naturalien des Hauptquartiers für die Badner und Vöslauer.

Aus Baden, 2. d., wird uns gemeldet: Zufolge bevorstehender Auflösung des Hauptquartiers in Baden und Vöslau hat die Stadtgemeinde Baden, bezw. Vöslau die dortselbst vorhandenen, vom Armeeoberkommando innegehabten Naturalien, bestehend aus drei Waggons Mehl, großen Kohlenvorräten und dem großen Holzlager beim Elektrizitätswerke beschlagnahmt. Die Naturalien werden der Bevölkerung von Baden und Vöslau zugeführt werden.

Österr. Volkszeitung
4/XI. 1918

A3

Die neutralen Staaten für Wien.

Versorgung mit den unentbehrlichsten Lebensmitteln.

Inmitten der von allen Seiten einstürmenden „schwarzen" Nachrichten eine günstige: Die in Wien akkreditierten Gesandten der neutralen Staaten haben, wie die „Rathauskorrespondenz" meldet, gestern vormittags dem Bürgermeister einen Besuch abgestattet und der Gemeinde Wien ihre guten Dienste für die Versorgung der Stadt mit den unentbehrlichsten Lebensmitteln angeboten.

Der Bürgermeister hat dieses Anerbieten mit Dank angenommen.

Uebernahme großer Lebensmitteldepots durch die Gemeinde Wien.

Kommandierte Militärpersonen sind an die Gemeinde Wien mit dem Ersuchen herangetreten, in Wien lagernde große Lebensmitteldepots zu übernehmen, weil Offiziere, Beamte und Mannschaften vielfach ihre Dienstposten verließen und für die Sicherung der Vorräte keine Vorsorge getroffen haben. Die Gemeinde Wien hat diese Vorräte sofort für den Bedarf der Wiener Bevölkerung requieriert. Es sind das mehrere hundert Waggons Mehl, große Mengen Zucker, Fleischkonserven, Zwieback, Dauerwürste, Rauchfleich und schließlich Futtermittel für Pferde.

Die Lebensmittel waren, wie es heißt, für die Armee im Felde bestimmt und sind angesichts der eingetretenen Verhältnisse für diesen Zweck nicht mehr erforderlich. Die Versorgung der Wiener Garnison obliegt der Garnisonsmenageverwaltung, welche über genügend Vorräte verfügt, um die Garnison, die Volkswehr und die heimkehrenden Regimenter zu verpflegen.

Neue Freie Presse
5./XI. 1918

14

Die Ernährungsfrage.

Die Vermittlungsaktion der neutralen Diplomaten in der Lebensmittelversorgung Wiens.

Wir haben bereits gemeldet, daß gestern der Nunzius, der holländische, der argentinische und der persische Gesandte dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner namens der diplomatischen Vertretungen der neutralen Staaten in Oesterreich ihre guten Dienste als Vermittler angeboten haben. Diese Vermittlungstätigkeit soll sich auf die Verhandlungen zwischen Deutschösterreich einerseits, dem czecho-slowakischen, dem jugoslawischen, dem polnischen und dem ungarischen Staat anderseits beziehen.

Für die direkte Lieferung von Lebensmitteln seitens der neutralen Staaten für Wien und Deutschösterreich käme nur Argentinien in Betracht. Der argentinische Gesandte erklärte sich sofort bereit, in dieser Beziehung mit seiner Regierung in Fühlung zu treten.

Verhandlungen zwischen der deutschösterreichischen und ungarischen Regierung in Lebensmittelfragen.

Wie die „Ungarische Post" meldet, hat der deutschösterreichische Staatsrat, der fortgesetzt bemüht ist, die Ernährungsfrage rasch zu lösen, nach allen in Betracht kommenden Ländern Abgesandte entsendet, um eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu erlangen. Auch mit der ungarischen Regierung wurde eine Berührung gesucht und hergestellt. Die einleitenden Besprechungen in Budapest ergaben bereits ein ziemlich günstiges Resultat, indem die ungarische Regierung den seitens der deutschösterreichischen Regierung geäußerten Wünschen gegenüber zuvorkommend sich zeigte und durch den deutschösterreichischen Abgesandten befriedigende Mitteilungen nach Wien gelangen ließ. Die formellen Verhandlungen, betreffend die Versorgung Deutschösterreichs mit Lebensmitteln aus Ungarn, werden demnächst beginnen.

Die Absperrung der Milchzufuhren nach Wien aus Mähren und Ungarn.

Seit einigen Tagen bleibt die Milch aus den slawischen Gebieten Mährens sowie aus Ungarn, insgesamt ein Quantum von ungefähr 35.000 Liter täglich, infolge Beschlagnahme durch die nationalen Regierungen aus. Hiedurch wird die Versorgung der Kinder bis zu einem Jahre und der Kranken in Wien bedroht. Der Bürgermeister hat sich aus diesem Anlasse telegraphisch an den Narodni Bybor in Brünn sowie an die ungarischen Staatssekretäre für Volksernährung und für Handel und Gewerbe mit der dringenden Bitte um sofortige Freigabe dieser Milchmengen gewendet und überdies bezüglich der mährischen Milchlieferungen Verhandlungen mit dem Gesandten des czechoslowakischen Staates, Abg. Tusar, gepflogen. Herr Tusar hat die Freigabe der mährisch-slawischen Provenienzen in bereitwilligster Weise zugesagt. Die Milchversorgungsstelle wurde unter einem durch den Bürgermeister aufgefordert, alle möglichen Vorkehrungen zu treffen, daß wenigstens die Versorgung der Säuglinge und Kranken mit Milch aufrechterhalten werden kann.

Lebensmittel für Wien aus Galizien.

Die polnische Liquidationskommission in Krakau hat in einem Schreiben, welches von den polnischen Nationalräten Dr. Tertil, Daszynski und Witos unterfertigt ist, dem Bürgermeister mitgeteilt, daß sie am 30. Oktober die Ausfuhrbewilligung für Schlachtpferde und Wurst, einstweilen in geringem Ausmaße, für die Approvisionierung der Stadt Wien an eine hiesige Firma ausgestellt hat. In dem Schreiben heißt es weiter: Bei Ausstellung dieser Bewilligung hat die Kommission einerseits der schweren Lage der Bevölkerung Wiens Rechnung getragen und gibt andererseits der Hoffnung Ausdruck, daß der Bürgermeister dem Bestreben der polnischen Vertretung weiterhin bei Führung des Austauschhandels zwischen Galizien und Wien die Unterstützung angedeihen lassen werde.

Rückwirkung der Ereignisse der letzten Tage auf die Lebensmittelmärkte.

Auf den Lebensmittelmärkten hat sich vorläufig die Lage nicht verschlechtert. Die Märkte sind wohl schon seit langer Zeit nicht mehr ausreichend beschickt, doch haben sich die Ausfuhrbeschränkungen, welche seit der politischen Neugestaltung geplant sind, bisher noch nicht fühlbar gemacht. Die Grünwaremärkte verfügen nach wie vor über mehr als ausreichende Mengen Weißkraut und Rüben. Anderes haben wir auch bisher aus Ungarn nicht erhalten. Böhmen hatte sogar vorübergehend die Ausfuhr von Kraut gesperrt. Heute kam auf dem Naschmarkte auch niederösterreichisches Kraut zum Verkaufe. Gärtnergemüse war auf den meisten Märkten in kaum nennenswerter Menge angeboten. Die Schwämmezufuhren gehen stark zurück. Der Naschmarkt erhielt heute 12.000 Kilogramm steirische Aepfel, die zum Preise von 3 K. 80 H. für das Kilogramm verkauft wurden, und eine kleine Menge ungarischer Weintrauben. In der Großmarkthalle waren mit Rücksicht auf den fleischlosen Tag nur Weichwürste erhältlich. Auf den Fischmärkten gab es nur die teueren ungarischen Flußfische.

Anhaltende Einstellung der Abgabe von Zimmerbränden.

Infolge der Sperre der Ausfuhr aus Böhmen, welche den Kohleneinlauf nach Wien nahezu gänzlich unterbunden hat, kann auch in der 53. Woche, das ist vom 3. bis 9. d. M., kein Zimmerbrand ausgegeben werden. Auf den städtischen Lagerplätzen wird wie in der Vorwoche ein ganzer Küchenbrand mit 20 Kilogramm Steinkohle eingelöst. Heizkohle auf Grund von Bezugsscheinen, beziehungsweise Bezugskarten für Gewerbe wird überhaupt nicht ausgegeben.

Bedingungen für die ungarischen Viehlieferungen nach Wien.

Budapest, 4. November.

Ackerbauminister Burgo hat die Absendung der Monatsrate von etwa 900 Stück Vieh und der entsprechenden Futtermenge an die Stadt Wien in einer Zuschrift an den Bürgermeister der Stadt Wien davon abhängig gemacht, daß hiefür Ungarn Tuch, Leinwand, Schuhe und Papier von entsprechendem Wert zu Preisen, wie sie vor dem Kriege bestanden hatten, überlassen werden.

Plan einer deutsch-czechisch-polnischen Wirtschaftskonferenz.

Krakau, 4 November.

Heute sind hier die Vertreter des deutschösterreichischen Staatsrates, die Reichsratsabgeordneten Max Friedmann und Dr. Robert Freißler, eingetroffen, um mit den polnischen Liquidationsausschüssen wirtschaftliche Beziehungen anzuknüpfen. Während der Konferenz wurde der Plan einer in Wien abzuhaltenden gemischten Konferenz besprochen, zu der Vertreter Deutschösterreichs, der czechischen und der polnischen Nationalität entsendet werden sollen und die sich mit den Fragen des Austauschhandels sowie mit der Regelung der Demobilisierung der Soldaten der einzelnen Nationalitäten befassen soll.

Fremdenblatt
5./XI.1918

15

Unsere Ernährungslage.

Wie die „Ungarische Post" meldet, sind im Auftrag des deutschösterreichischen Staatsrates, der fortgesetzt bemüht ist, die Ernährung zu stabilisieren, nach allen Nachbarländern Abgesandte gereist, um eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu erlangen. Auch mit der ungarischen Regierung wurde eine Berührung gesucht und hergestellt. Die einleitenden Besprechungen in Budapest ergaben bereits ein ziemlich günstiges Resultat, die ungarische Regierung hat sich den von der deutschösterreichischen Regierung geäußerten Wünschen gegenüber zuvorkommend gezeigt und durch die deutschösterreichischen Abgesandten befriedigende Mitteilungen nach Wien gelangen lassen. Die formellen Verhandlungen über die Versorgung Deutschösterreichs mit Lebensmitteln aus Ungarn werden demnächst beginnen.

Lebensmittel aus Galizien.

Die polnische Liquidationskommission in Krakau hat in einem Schreiben, welches von den polnischen Nationalräten Dr. Tertil, Daszynski und Wietos unterfertigt ist, dem Bürgermeister mitgeteilt, daß sie am 30. Oktober die Ausfuhrbewilligung für Schlachtpferde und Wurst, einstweilen in geringem Ausmaße, für die Approvisionierung der Stadt Wien an eine Wiener Firma ausgestellt hat. In dem Schreiben heißt es weiter: Bei Ausstellung dieser Bewilligung hat die Kommission einerseits der schweren Lage der Bevölkerung Wiens Rechnung getragen und gibt andererseits der Hoffnung Ausdruck, daß der Bürgermeister dem Bestreben der polnischen Vertretung, weiterhin bei Führung des Austauschhandels zwischen Galizien und Wien berücksichtigt zu werden, die Unterstützung angedeihen lassen werde.

Zur Milchversorgung Wiens.

Seit einigen Tagen bleibt die Milch aus den slawischen Gebieten Mährens sowie aus Ungarn — insgesamt ein Quantum von ungefähr 35.000 Liter täglich — infolge Beschlagnahme durch die nationalen Regierungen aus. Hiedurch wird die Versorgung der Kinder bis zu einem Jahre und der Kranken in Wien bedroht. Der Bürgermeister hat sich aus diesem Anlasse telegraphisch an den Narodni Vybor in Brünn sowie an die ungarischen Staatssekretäre für Volksernährung und für Handel und Gewerbe mit der dringenden Bitte um sofortige Freigabe dieser Milchmengen gewendet und überdies bezüglich der mährischen Milchlieferungen Verhandlungen mit dem Gesandten des tschecho-slowakischen Staates, Herrn Vlastimir Tusar, gepflogen. Herr Tusar hat die Freigabe der mährisch-slawischen Provinzen in bereitwilligster Weise zugesagt. Die Milchversorgungsstelle wurde unter einem durch den Bürgermeister aufgefordert, alle möglichen Vorkehrungen zu treffen, daß wenigstens die Versorgung der Säuglinge und Kranken mit Milch aufrecht erhalten werden kann.

Der ungarische Handelsminister hat alle Milchsendungen aus Ungarn, wie ausgesprochen wird, „vorläufig" eingestellt. Alle Molkereien, welche ihre Gesamtmilch aus Ungarn beziehen, wie die Ungarisch-Altenburger Molkerei, sind dadurch leider außerstande gesetzt, den Wiener Konsum zu versehen. Es werden alle Mittel angewendet, um die Freigabe der Milch möglichst rasch zu erlangen.

Fremdenblatt
5./XI. 1918

16

Ruhe und Brot.

Heute werden die noch ausstehenden für Deutschösterreich in Betracht kommenden Aemter vom Staatsrat übernommen werden. In der Bevölkerung hatte sich bereits eine nur allzu begreifliche Unruhe bemerkbar gemacht, aus dem Gefühle heraus, daß die Uebernahme der Aemter, so dringend sie ist, nicht mit jener Schnelligkeit erfolgt, die dem Gang der Ereignisse entspricht. Wir dürfen erwarten, daß nunmehr diesem Uebel abgeholfen wird und daß die Klage über Saumseligkeit verstummt.

Die Stadt Wien hat bisher die Ruhe bewahrt. Auch die Meldungen über grobe Ausschreitungen und Ruhestörungen in der Provinz und in den Hauptstädten der Kronländer sind teils unwahr, teils weit übertrieben. Es läßt sich heute noch nicht entscheiden, ob nur Sensationslust, das Vergnügen daran, in aufgeregter Zeit aufregende Meldungen in die Welt zu setzen, die Ursache daran ist oder ob aus diesen trotz der Verschiedenartigkeit des Ursprungs ziemlich gleichartigen Meldungen eine gewisse Tendenz spricht. Ein System, das jedenfalls bezweckt, die Verwirrung zu vermehren, möglicherweise mit der Nebenabsicht, in Deutschland und nicht zuletzt in den Ländern der Entente die Verhältnisse schlechter und die Bestürzung größer erscheinen zu lassen, als sie in Wirklichkeit sind. Und doch beginnen die Vorkehrungen, der Verwirrung zu steuern, bereits Gestalt zu gewinnen, die Aussicht, daß die Umwälzung unblutig verlaufen werde, ist nicht unbegründet. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß in Wien eine Stadtschutzwehr gebildet wird, die der Sicherheitswache unterstellt, als deren notwendige Ergänzung der Aufgabe, Ruhe und Ordnung zu halten, gerecht werden wird. Das gesamte Sicherheitswesen Wiens soll dem Wiener Polizeipräsidenten unterstellt werden, in dessen politisches Geschick wir volles Vertrauen setzen. Die ganze Bewegung, welche die Gründung eines ausreichenden Schutzes durchführen will, leidet nur an einem, unter Deutschen nur allzugerne beobachteten Fehler, an der Zersplitterung. Wir brauchen in Wien nicht eine Reihe verschiedener und von verschiedenen Leuten befehligter Garden und Schutzkorps, sondern nur eine unter einer einheitlichen Leitung stehende Organisation, die, wenn es nottut, freiwillige Hilfskräfte heranziehen wird. Diese Schutztruppe muß so groß sein, daß sie als ausreichender Machtfaktor anzusehen ist und daß die jetzige Ueberanstrengung des Dienstes für den einzelnen vermieden wird. Denn was unsere Sicherheitswache in der letzten Zeit geleistet hat, geht weit über die physischen Kräfte des einzelnen hinaus. Diese Einzelleistungen lassen sich auf die Dauer nicht aufrecht erhalten.

Im engen Zusammenhang mit der Sorge um die Aufrechterhaltung der Ordnung steht die Sorge um die ungestörte Fortsetzung des Ernährungsdienstes. Wir sind von Ländern umgeben, die, ohne darben zu müssen, Nahrungsmittel abgeben können. Wir stoßen aber bei allen Versuchen, befriedigende Verhandlungen aufzunehmen, auf Schwierigkeiten, bösen Willen und eine Politik, die es sich zur Aufgabe zu machen scheint, Deutschösterreich durch Hunger mürbe zu machen. Wenigstens haben alle bisherigen Versuche, Nahrungsmittel hereinzuschaffen, nur höchst bescheidene Erfolge gezeitigt. Und doch haben wir gerade denen gegenüber, die hartnäckig ablehnen, ebenso wie denen gegenüber, die bereitwillig versprechen, um nichts zu halten, noch so manchen Trumpf in der Hand. Der äußere Feind hat uns niedergerungen, weil der innere Feind dies ermöglicht hat, und derselbe innere Feind, der sich jetzt in eigenen Staatsverbänden eingerichtet hat, tritt uns gegenüber mit derselben Härte auf wie der äußere Feind von gestern. Wir, aber gerade wir Deutschösterreicher waren beiden gegenüber immer zu weich, haben nachgegeben, uns gefügt und leere Versprechungen für bare Münze genommen. Wir dürfen kein einziges jener Industrieprodukte über die deutschösterreichische Grenze hinauslassen, jener Produkte, welche die anderen ebenso notwendig brauchen wie wir die Lebensmittel, ohne dafür ausreichende Kompensationen zu erhalten. Wir sind imstande, für eine Reihe von Industrieprodukten, wie beispielsweise Zellulose und Papier, so viel Lebensmittel herein zu bekommen, daß unsere Ernährung sichergestellt ist. Wir brauchen es nur zu wollen, indem wir es lernen, den anderen, die uns noch keinen Freundschaftsdienst vergolten haben, ebenso entgegenzutreten, wie sie es uns gegenüber tun. Jetzt sind wir uns selbst die Nächsten, müssen anfangen, vor allem jenen Druck auf Ungarn auszuüben, den Ungarn uns bisher fühlen ließ, jetzt müssen wir auch den Slawen zu bedenken geben, daß die Zeiten ihrer Politik des einseitigen Vorteiles endgiltig vorüber sind.

Fremdenblatt
5./XI. 1918

Lebensmittellieferungen der Entente für Oesterreich-Ungarn.

Gr. Basel, 4. November. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Nach einer Mitteilung der „Neuen Zürcher Zeitung" aus London verlautet dort aus glaubwürdiger Quelle, daß verschiedene Kommissionen der Alliierten bestehen, die sich zur Zeit mit der Frage des Transportes von Lebensmitteln und der Verproviantierung der österreichisch-ungarischen Monarchie beschäftigen. Sobald der Waffenstillstand nach den von den Alliierten gestellten Bedingungen in Kraft getreten sei, werde mit der Absendung von Lebensmitteln nach Oesterreich-Ungarn begonnen werden.

Neue Freie Presse
5./XI. 1918

18

Verbot des Alkoholverkaufes.

Wien, 4. November.

Der ungarische Nationalrat hat verfügt, daß bis auf weiteres im ganzen Lande der Ausschank von Alkohol verboten wird.

Der Wohlfahrtsausschuß in Graz beschloß, den Verkauf wie die Verabreichung von Alkohol im ganzen Lande für die Dauer von 14 Tagen zu verbieten.

Arbeiterzeitung
6./XI. 1918

19

Die Ernährungslage.

Vor den Vertretern der Wiener Tagespresse gab gestern der Leiter des deutschösterreichischen Staatsamtes für Volksernährung Dr. Löwenfeld-Ruß eine Darstellung über die Ernährungslage, wie sie sich infolge der jüngsten politischen Ereignisse gestaltet hat. Vor allem, so führte Dr. Löwenfeld-Ruß aus, sei in der letzten Zeit vielfach die Meinung verbreitet worden, als ob alle die bisherigen Ernährungsvorschriften nicht mehr gelten. Behörden und Einzelpersonen haben sich besonders auf dem Lande über sie hinweggesetzt, indem in den einzelnen Gebieten die Sperre durchgeführt wurde und die Waren auf dem Transport beschlagnahmt werden. Dadurch sei ein Chaos entstanden, das unbedingt zum völligen Zusammenbruch führen müßte, wenn es nicht gelänge, hier die Ordnung wiederherzustellen. Das Staatsamt für Volksernährung habe daher sofort in einem telegraphisch an die einzelnen Verwaltungsstellen hinausgegebenen Erlaß darauf aufmerksam gemacht, daß alle bisherigen Vorschriften auch weiterhin voll in Kraft bleiben und gehandhabt werden müssen.

Was die augenblickliche Ernährungslage selbst anlangt, so sei diese mit der Bildung der neuen Staaten insofern verschlechtert worden, als uns alle Zufuhren abgeschnitten wurden. Um daher die Aufbringung zunächst in Deutschösterreich intensiver zu gestalten, seien dieselben Prämien wie zu Beginn der Ernte an die Landwirte gewährt worden. Ferner habe man für die pünktliche Ablieferung des Getreides den Landwirten andere Artikel, wie Schuhe und Kleider, gegen Bezahlung in Aussicht gestellt, was auch bewirkt habe, daß in den letzten Tagen günstigere Meldungen über die Aufbringung und Ablieferung eingelangt seien. Da wir aber natürlich mit der Versorgung aus dem deutschösterreichischen Gebiet allein nicht auskommen können, so seien sofort Verhandlungen mit den Regierungen des polnischen, tschechischen und ungarischen Staates eingeleitet worden, die durch ständige, fachmännische Verbindungen auch für weiterhin aufrecht erhalten werden. Diese Unterhandlungen haben den Erfolg gehabt, daß uns von Ungarn Hilfe in Aussicht gestellt worden ist. Auch die Unterhandlungen mit Deutschland hatten den Erfolg, daß wir vorläufig tausend Waggons Mehl bekommen werden, von denen die Hälfte für Wien, die andere Hälfte für Deutschböhmen und die Alpenländer bestimmt seien. Auch für die Zukunft habe Deutschland zugesagt, nach Möglichkeit auszuhelfen. Die volle Brotquote sowie die gegenwärtig zur Ausgabe gelangende Mehlmenge seien daher für den Monat November gesichert. Ungünstiger seien die Verpflegsverhältnisse für die Kronländer Steiermark, Tirol und Vorarlberg, die besonders unter den von der Front kommenden Heeresmassen leiden. Dagegen dürfte das Kronland Salzburg hinreichend durch Oberösterreich versorgt werden.

Am ungünstigsten seien die Aussichten für die Kartoffelversorgung, da wir damit fast ausschließlich auf Böhmen, Mähren und Galizien angewiesen waren. Der Lagerbestand an Kartoffeln für Wien betrage zurzeit nur 500 Waggons, so daß wir bei Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Kopfquote für höchstens fünfzehn bis achtzehn Tage mit Kartoffeln versorgt sind. Mit der Fleischversorgung sind wir hauptsächlich auf Ungarn angewiesen. Führen die eingeleiteten Unterhandlungen dazu, daß die bisherigen Viehkontingente aufrecht erhalten bleiben, so sei die gegenwärtige Fleischquote auch für die nächste Zeit gesichert. Bei der Fettversorgung dürfte es gelingen, für die nächsten Wochen die nötigen Mengen für die bisherigen Wochenrationen zu sichern. Eine fortgesetzte Verschlechterung zeige die Milchversorgung, die, seitdem uns die Grenzen von Böhmen und Mähren versperrt sind, von 130.000 Liter täglich, die wir noch kürzlich in Wien erhielten, auf 100.000 Liter gesunken ist, so daß wir kaum mehr die Pflichtmilch für Kinder und Kranke aufbringen können. Auch für die Eierversorgung bestehen keine günstigen Aussichten, da uns die Ukraine versperrt ist. Zucker können wir gleichfalls nicht aus dem tschechischen Produktionsgebiet bekommen, solange die Ausfuhr gesperrt bleibt. Die Wiener Vorräte betragen einige hundert Waggons, wovon neunzig Waggons durch den letzten Brand vernichtet wurden. Die größten Schwierigkeiten bestehen natürlich auch in den schlechten Transportverhältnissen, die durch den täglich schlechter werdenden Zustand unserer Bahnen noch erhöht werden.

Eine der größten Gefahren, die für den Ernährungsdienst durch das Zurückfluten der Heeresmassen von den Fronten besteht, werde sich dadurch abschwächen lassen, daß mit Hilfe der Roten Kreuz-Stationen die militärischen Verpflegsmagazine für jene Städte herangezogen werden, die von den durchreisenden Truppen berührt werden. Durch das Einsetzen aller Kräfte und durch Ordnung vor allem wird es aber möglich sein, alle die Schwierigkeiten zu überwinden und die Ernährung wieder auf eine bessere Grundlage stellen zu können. Dr. Löwenfeld-Ruß teilte auch mit, daß er in der letzten Sitzung des Staatsrates den Antrag gestellt habe, an die Entente wegen einer Aushilfe mit Lebensmitteln heranzutreten, welcher Antrag auch angenommen wurde.

* * *

Die Lebensmittelmärkte. Die Grünwarenmärkte waren gestern allgemein schlecht beschickt. Auch die Zufuhren an Kraut und Rüben blieben hinter den Belieferungen der letzten Tage weit zurück. Der Obstmarkt verfügte nur über ungarische Weintrauben, da auch die geringen Apfelsendungen ausgeblieben waren. In der Großmarkthalle gab es nur geringe Rindfleischmengen und gesalzene Rindsinnereien aus Holland sowie 150 Kilogramm Blutwürste. Flußfische waren nur spärlich vorhanden, ebenso herrschte Mangel an Seefischen. Auf dem Geflügelmarkt fehlte gestern die ungarische Fettware.

Die Zeit
6/XI. 1918

20

Dringliche Aufgaben.

Die neuen Staaten, die jetzt auf dem Boden Altösterreichs plötzlich, eruptiv, gleichsam durch die Entfesselung vulkanischer Kräfte entstehen, haben, wenn wir auch nur die nächste, die allernächste Zukunft ins Auge fassen, ein großes gemeinschaftliches Interesse: Daß nämlich nach Abschluß des Waffenstillstandes, während der Friedensunterhandlungen, deren Dauer nicht abgesehen werden kann, wenigstens die ersten, unumgänglichsten Vorbedingungen für die staatliche Ordnung, für das wirtschaftliche Dasein der Gesamtheit und jedes einzelnen geschaffen werden. Auf dem bisherigen Weg werden wir zu diesem Ziele nicht gelangen. Wir sehen eine Ueberfülle von Verhandlungen, ein wirres Durcheinander von Sitzungen, von Reisen, die bald von einer Mehrzahl von Delegierten, bald von einzelnen Beamten, sei es von uns in verschiedene Städte der neuen Staaten, dann nach Budapest, nach Berlin, München usw., sei es von den Vertretern der neuen Staatsgebilde zu uns unternommen werden. Es herrscht ein regelloser Betrieb, eine fieberische Geschäftigkeit, und der ganze Vorgang erinnert an die ärgsten Zeiten der Kriegswirtschaft, als oft die meisten Mitglieder einer großen Familie gezwungen waren, in langer Kette vor zahlreichen Geschäftshäusern stundenlang zu warten, um etwas Brot oder Erdäpfel oder Zucker usw. zu erstehen. So wie wir der damaligen Zustände durch die Einführung der Rayonierung allmählich Herr geworden sind, so ließe sich auch jetzt die schädliche Regellosigkeit durch ein gewisses System ersetzen.

Für das deutschösterreichische Gebiet handelt es sich vor allem um die Erlangung der erforderlichen Nahrungsmittel. Wenn auch zur Deckung des notwendigsten und dringlichsten Bedarfes die Zuschübe aus den bisherigen Versorgungsgebieten ausreichend wären, so läßt sich doch eine durchgreifende und erhebliche Besserung nur aus einer Milderung der Blockade erhoffen, was nach den Bedingungen des Waffenstillstandes wohl zu erzielen wäre. Die Zufuhr von auswärts kann nur auf dem Seeweg erfolgen. Die einstandslose Löschung der Güter in Triest wäre, da der Hafen derzeit von den Italienern besetzt ist, gesichert. Es handelt sich also nur mehr darum, die Linie von Triest bis Wien aktionsfähig zu gestalten, denn andernfalls würden selbst ausgiebige Schiffsladungen für Deutschösterreich unerreichbar sein. Die Wiederherstellung der Ordnung auf der gänzlich heruntergekommenen und stark verstopften Südbahn ist allerdings eine ungeheure Aufgabe. Sie wird aber gelingen, wenn zumindest für eine kurze Uebergangszeit eine Verwaltungsgemeinschaft, an der fachliche Vertreter des südslawischen Staates teilzunehmen hätten, hergestellt werden könnte. Bei getrennten Leitungen und gar bei einander widersprechenden Aufträgen kann die Sicherheit des Betriebes nicht erzielt, die Disziplin im Dienst nicht aufrechterhalten werden. Die auf dem Seeweg ankommenden Güter könnten aber aushilfsweise auch in Fiume gelöscht, auf den ungarischen Bahnen weiterbefördert und dann (über Steinamanger) nach Wien geleitet werden.

Neben der Südbahn kommt als wichtigste Strecke die Nordbahn in Betracht. Sie hat jetzt einen gewaltigen Personenverkehr zu bewältigen: die Rückbeförderung der russischen Kriegsgefangenen und der nunmehr dem polnischen und vielfach auch dem tschecho-slawischen Staate gehörigen, aus dem Süden zurückflutenden Armeeteile. Sind schon aus diesem Grunde mit Berücksichtigung des gegenwärtigen Zustandes der Bahn und des rollenden Materials der Güterbeförderung überaus enge Grenzen gezogen, so wird die Aufgabe beinahe unlöslich, wenn über den Austausch der Wagen und Lokomotiven, über die Durchführung der Verkehrsmaßnahmen, über die Herbeischaffung der erforderlichen Betriebsmittel (Kohle, Schmieröl u. dgl.) jeweils mit den Nationalitäten der anderen Staaten Unterhandungen gepflogen, Dienstreisen hierher und dorthin unternommen und schließlich und endlich auch noch die Weisungen des Eisenbahnministeriums eingeholt werden müssen. Es ist große Gefahr vorhanden, daß die Nordbahn eher früher als später ganz zum Stillstand kommt, und was dies für unsere Versorgung mit Nahrungsmitteln und besonders mit Kohle bedeuten würde, braucht nicht erst gesagt zu werden. Doch auch für Galizien, für Mähren und für Schlesien ist es eine Lebensfrage, daß die Verbindung mit Wien aufrechterhalten und verbessert werde. Da sich nun die Nordbahn als eine Routendirektion besonders bei den jetzigen Verhältnissen vorläufig nur von einem Punkt aus mit Aussicht auf Erfolg leiten läßt, so wäre es das zweckmäßigste, wenn Polen und Tschechen zur Nordbahndirektion gehörig legitimierte, mit entsprechenden Vollmachten ausgestattete Vertreter entsenden würden. Der Dienst könnte dann einheitlich unter der Kontrolle dreier Staaten vollzogen werden, was selbstverständlich auch dazu führen müßte, daß man die Zuständigkeit der (den drei Staaten gemeinsamen) Nordbahndirektion erweitert und sie, mit Rücksicht auf die Stimmung in den slawischen Staaten, der Einflußnahme des Eisenbahnministeriums entzieht. So wird in das wirre Durcheinander ein System gebracht. Es bilden sich gleichsam vereinigte selbständige Exposituren der beteiligten Länder, Arbeitsgemeinschaften, das sind Gemeinschaften, die zur Durchführung einer bestimmten gemeinsamen Arbeit vereint sind. Nach und nach werden dann die Agenden auf die Direktionen der anderen Staaten übertragen; der Aufgabenkreis verringert sich immer mehr, bis er schließlich so gering wird, daß der gemeinschaftliche Betrieb aufgelassen werden kann. Derzeit wird an dem Tuch von fünf Seiten gewaltsam gezerrt, so daß schließlich jedem nur ein wertloser Fetzen in Händen bleiben kann. Wäre es nicht besser, zur Schere zu greifen und jedem das gehörige Stück in Ordnung zuzuschneiden?

Dr. S. K.

Die Zeit
6./XI.1918

21 b

Sicherung der Volksernährung.

Mitteilungen des Staatssekretärs Dr. Loewenfeld-Ruß.

Der Staatssekretär für Volksernährung Dr. Loewenfeld-Ruß hatte für gestern nachmittags die Vertreter der Wiener Presse zu einer Besprechung eingeladen, in deren Verlauf der Staatssekretär Mitteilungen über die Ernährungslage machte. Sein Bericht wies den Stempel rückhaltloser Offenheit auf. So wenig aber auch Dr. Loewenfeld-Ruß verkennen ließ, daß unsere Situation ziemlich unerquicklich ist und daß es der Entfaltung heispielloser Energie bedürfen wird, um der Schwierigkeiten Herr zu werden, ebenso überzeugend betonte er andererseits, daß wir keinen Anlaß haben, hoffnungslos in die Zukunft zu blicken. Gerade an den allerwichtigsten Lebensmitteln, nämlich an Mehl, Fleisch und Fett, ist der unerläßliche Bedarf für die nächsten Wochen gedeckt; eine Kürzung der Brotquote droht uns nicht. Wenn nun allerdings an vielen anderen Nahrungsmitteln Knappheit droht, wenn insbesondere die Versorgung mit Kartoffeln und mit Zucker noch nicht gewährleistet ist, so besteht doch Aussicht, auch diese Mängel zu lindern. Notwendig ist, so betonte der Staatssekretär, nur eines: allgemeine Disziplin.

Die nächsten Aufgaben.

Das Staatsamt für Volksernährung, so rollte Dr. Loewenfeld-Ruß seine zwanglos vorgetragenen Mitteilungen ein, stellt sich zwei Hauptaufgaben: Schleunigst Ordnung zu schaffen gegenüber der während der letzten Tage bedenklich um sich greifenden Desorganisation des Zufuhrdienstes und genügende Nahrungsmittelmengen aufzutreiben, um nächst Wien auch die Landgebiete Deutschösterreichs über die nächste kritische Zeit hinwegzuretten. Zu diesem Zweck hat der Staatssekretär vorgestern an alle deutschen Landesbehörden einen telegraphischen Erlaß gerichtet, der feststellt, daß das Staatsamt die Geschäfte übernommen hat und das einzige Exekutivorgan darstellt, dessen Weisungen unbedingt zu beachten sind. Der Erlaß schreibt weiter vor, daß alle bisher erlassenen Vorschriften bis auf weiteres in Kraft zu bleiben haben. Aber auch praktisch wurde bereits gearbeitet. Die Aufbringung des Getreides in den eigenen Ländern wird energischer denn je betrieben, und schon zeigen sich die ersten erfreulichen Wirkungen. Da aber Deutschösterreich seinen Getreidebedarf nicht aus eigener Kraft aufbringen kann, sind Verhandlungen mit der ungarischen, der tschechoslowakischen und der polnischen Regierung bereits eingeleitet. Sie werden geführt vom Staatssekretär des Auswärtigen, dem Beamte des Ernährungsamtes attachiert sind. Am weitesten vorgeschritten sind diese Verhandlungen mit den Ungarn, die Mehlaushilfe zusicherten, dafür aber Kompensationen an Petroleum, Kleidern, Schuhen und Papier verlangen. Die Ungarn wünschen den Warenaustausch auf Grundlage der Friedenspreise.

Der Staatssekretär referierte sodann über die Ergebnisse der in Berlin geführten Verhandlungen. Nun gelte es, auch die Transportschwierigkeiten zu beseitigen, damit nicht empfindliche Verspätungen eintreten. Immerhin erscheine die Versorgung für die nächsten drei Wochen einigermaßen gesichert. Weit weniger günstig als für Wien gestalte sich die Lage in den Provinzen, insbesondere in Tirol. Direktor Elderisch werde morgen die Verhandlungen mit den Tschecho-Slowaken fortsetzen, wobei das größte Gewicht auf die Sicherung von Kartoffelzufuhren gelegt werden wird. Derzeit verfügen wir infolge der allseitigen Absperrung über keinerlei Kartoffelnachschübe. Der derzeitige Lagerstand der Gemeinde Wien beträgt nicht mehr als 500 Waggons. Wird an der Quote von einem Kilogramm pro Kopf und Woche festgehalten, dann wäre also Wien nur noch für vierzehn Tage mit Kartoffeln versorgt. Eine weitere Gefahr bildet der nahe bevorstehende Kälteeinbruch. Es hat, sagte der Staatssekretär, gar keinen Zweck, in dieser Hinsicht ein Versteckenspiel zu treiben: Auch wenn die Verhandlungen günstig abschließen, ist wenig Aussicht, daß wir genügend Waggons auftreiben, um den tatsächlichen Winterbedarf an Kartoffeln voll zu decken.

Besser versorgt erscheinen wir mit Fleisch, wo wir auf Aushilfe von Ungarn zu rechnen haben. Die bisherige Fleischquote dürfte beibehalten werden. Gewiß schafft auch die Einstellung der Heeresversorgung etwas Erleichterung, doch darf nicht vergessen werden, daß unser Viehstand nahezu erschöpft ist.

Bezüglich des Fettes sind wir zur Hauptsache auf auswärtige Lieferungen angewiesen. Bei einer Zusammenfassung aller Wiener Vorräte ist aber zunächst keine Bedrängnis zu gewärtigen. Das Staatsamt werde freilich nicht in der Lage sein, außer Wien auch noch die Provinz mit Fett zu versorgen.

Aeußerst schlecht stellt sich die Milchversorgung. Sie ist seit den letzten Tagen um weitere 30.000 Liter gesunken, beträgt gegenwärtig nur 100.000 Liter und reicht nicht einmal für Kranke und Kinder. Ebenso ungünstig ist die Versorgung mit Eiern. Auf Zuschübe ist nicht zu rechnen, die Vorräte sind minimal.

Das gleiche unerfreuliche Bild bietet die Zuckerversorgung. Fast die gesamte Produktion liegt in den Händen der Tschecho-Slowaken. Wir selbst verfügen nur über vier Fabriken, die sehr wenig leistungsfähig sind, die Einfuhr ist vollständig gesperrt. Dieser Tage erst wurde verwätet die zweite Oktoberrate an Zucker ausgegeben, die Reserven sind fast vollständig erschöpft, der jüngste Brand am Praterkai hat überdies 90 Waggons, das ist der Halbmonatsbedarf von Wien, vernichtet.

Bei allem Mangel bedrohen uns schließlich die Verkehrsschwierigkeiten. Es fehlt an Waggons, es fehlt an Kohle, es fehlt an Rohstoffen. Das Staatsamt verkennt nicht diese Schwierigkeiten und wird alles Erdenkliche aufbieten, um die Situation zu erleichtern. Wie ernst auch unsere Lage sei, wir dürfen die Zuversicht nicht verlieren, denn zumindest mit den wichtigsten Artikeln, mit Mehl, Fleisch und auch mit Fett, sind wir zur Not versorgt. Das Staatssekretariat des Auswärtigen wird es sich übrigens angelegen sein lassen, neue Bezugsquellen zu erschließen.

Auch jenen Gefahren, die aus der Auflösung der Armee sich zu ergeben scheinen, wird energisch entgegengearbeitet. Sperrlinien werden einerseits die zurückflutenden Truppen auffangen, Labestationen werden andererseits für eine ausreichende Versorgung der Heimkehrer sorgen. So zeigt sich also, daß unsere Ernährungslage zwar durchaus keine rosige ist, daß alle Schwierigkeiten aber bei gutem Willen und bei ausreichender Disziplin zu überwinden sind.

Schließlich ergriff noch Direktor Elderisch das Wort, der den Wunsch aussprach, daß in der Oeffentlichkeit nicht durch unverantwortliche Elemente Gerüchte ausgesprengt werden, die geeignet sind, Enttäuschungen hervorzurufen. Nicht nur vor übertriebenem Pessimismus, auch vor allzu großem Optimismus müsse gewarnt werden.

Die Zeit
6./VI. 1918

22 6

Hilfe aus Brasilien.

Unterredung mit dem brasilianischen Konsul.

Wie bereits berichtet, haben die diplomatischen Vertreter der neutralen Staaten dem Bürgermeister der Stadt Wien ihre guten Dienste hinsichtlich der Versorgung mit Lebensmitteln angeboten. Auch der Konsul der Vereinigten Staaten von Brasilien, Herr Julius Gerstl, beschäftigt sich schon seit längerer Zeit mit dem Gedanken, die reichen Hilfsquellen Brasiliens an Lebensmitteln und Rohstoffen für Oesterreich so rasch als möglich zugänglich zu machen. Allerdings müßten Monate vergehen, ehe die ersten Transporte aus Brasilien zu erwarten wären. Konsul Gerstl äußerte sich einem unserer Mitarbeiter gegenüber folgendermaßen zu dieser Frage:

Angesichts des nahenden Friedens habe ich im Hinblick auf den herrschenden Mangel an Lebensmitteln und Rohstoffen bereits vor einiger Zeit zunächst einem engen Kreis von Fachleuten nahegelegt, aus den ungemein reichen Hilfsquellen der Vereinigten Staaten von Brasilien so rasch als nur möglich zu schöpfen. Brasilien hält in Erwartung des Friedens seit einiger Zeit sehr große Mengen Gefrierfleisch, Kaffee, Kakao, Rohgummi, namentlich aber auch enorme Quantitäten von Häuten zur Verschiffung bereit. Brasilien, wo viele unserer Landsleute eine zweite Heimat gefunden haben, wird nach meinen Informationen gewiß bereit sein, die Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen nach Oesterreich in entgegenkommender Weise zu fördern.

Es wird um so leichter sein, die Verbindung mit den in Betracht kommenden brasilianischen Stellen auf dem kürzesten Wege herzustellen, als die Vereinigten Staaten von Brasilien in Wien im Augenblick noch durch einen Geschäftsträger, Herrn Dr. Carlo Martins, vertreten sind, der Wien während seiner vieljährigen hiesigen Tätigkeit immer die größten Sympathien entgegengebracht hat.

Es wird jedenfalls angezeigt sein, wenn man in dieser Frage nicht viel Zeit verlieren und die nötigen Schritte ohne Verzug unternehmen wird. Ich werde gewiß nicht ermangeln, alles aufzubieten, um in dieser wichtigen Frage zu einem für Oesterreich ersprießlichen Resultat zu gelangen.

Reichspost
6./XI.1918

23

Aktion des Seelsorgeklerus zur Abhilfe der Ernährungsschwierigkeiten in Wien.

Eine Verlautbarung des Wiener f.-e. Ordinariats.

Das f.-e. Ordinariat in Wien erläßt hiemit nachstehende Verlautbarung an den hochw. Seelsorgeklerus der Erzdiözese:

Mit dem Abschluß des Waffenstillstandes sind leider die Nachwirkungen des Krieges noch nicht beendigt. Insbesondere ist die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung vielfach gefährdet und es besteht damit die größte Gefahr, daß sich anarchische Zustände entwickeln, die eine Ausheilung der Schäden des Krieges auf lange Jahre hinaus unmöglich machen würden. Es ist daher die höchste Pflicht aller Gutgesinnten, die Ordnung aufrecht zu erhalten und das Einreißen der Anarchie zu verhindern.

Die erste Voraussetzung zur Erhaltung einigermaßen geordneter Zustände ist eine regelmäßige Ernährung, und zwar vor allem die Lieferung von Brot und Mehl. Fehlt es daran, so sind die Folgen unabsehbar. Die Schwierigkeiten sind nun gegenwärtig dadurch besonders groß, daß der Bahnverkehr infolge der massenhaften Militärtransporte sowie der Störungen, die sich an verschiedenen Stellen ergeben haben, ungemein erschwert ist, so daß auch die Mehlzuschübe, die aus Deutschland kommen sollen, nicht mit der erforderlichen Raschheit einlangen. Mehr denn je ist somit die Versorgung von Wien und der Industrieorte auf die Getreideaufbringung in Niederösterreich angewiesen.

Das neue deutschösterreichische Staatsamt für Volksernährung hat zunächst die Verfügung getroffen, daß zur Förderung der Aufbringung für das während des Monates November abgelieferte Getreide eine Prämie von 25 Kr. über den normalen Höchstpreis gezahlt wird. Weiters wird unter werktätiger Mitwirkung des niederösterreichischen Landesausschusses und des Bauernbundes eine Warenverkehrsstelle eingerichtet, die vom Kriegsministerium Militärschuhe, Tuch, Pelze, Pferdegeschirre, Riemenzeug und andere für den Gebrauch der Landwirtschaft geeignete Waren übernimmt und die auch in nächster Zeit Gemüsesamen, Stickstoffdünger und ähnliche wichtige Artikel beschaffen soll. Die Landwirte, die Getreide abliefern, werden nun von der Warenverkehrsstelle im Wege der Gemeinden das Bezugsrecht auf derartige Waren erhalten. Die Verteilung der Waren über das flache Land soll durch ortsansässige Kaufleute erfolgen, denen hiebei ein angemessener Gewinn zugestanden wird.

Die Aufbringung des Getreides erfolgt in der gleichen Weise wie bisher. Eine Aenderung des Aufbringungssystems im jetzigen Zeitpunkte wäre äußerst gefährlich, denn es müßte mit Sicherheit zu einer Stockung der Aufbringung führen, d. h. es würde gerade das Gegenteil dessen erreicht, was unbedingt notwendig ist. Insbesondere kann der freie Verkehr, der freie Handel, im jetzigen Moment noch nicht aufgenommen werden, weil ein solcher Schritt bei der gegenwärtigen Nahrungsmittelnot nur dazu führen müßte, daß sich ausschließlich die Reichen, also in erster Linie die Kriegsgewinner, versorgen könnten, während gerade die arme Bevölkerung leer ausgehen müßte. Dies wäre aber vom Standpunkte der christlichen Moral und Sozialpolitik völlig verwerflich. Die hochwürdige Geistlichkeit wolle umgehend die Landwirte im Sinne der vorstehenden Ausführungen von der Kanzel und sonst in geeigneter Weise aufklären. Insbesondere wäre die Bevölkerung auch darauf aufmerksam zu machen, daß sich heute schon Fälle häufen, wo hungernde Soldaten in größeren Gruppen die Höfe der Landwirte plündern, wobei es dann naturgemäß nicht nur bei der Wegnahme von Getreide bleibt. Wenn nun die Lebensmittelversorgung in der nächsten Zeit nicht in geordnete Bahnen geführt wird, so bestünde die Gefahr solcher Plünderungen auch für Niederösterreich und es ist daher im eigensten Interesse des Landwirtes gelegen, das Seinige zur Aufrechterhaltung einer regelmäßigen Ernährung beizutragen. Möge der Landwirt jetzt, am Abschlusse des Krieges, seiner Pflicht als Nährstand des Staates voll Genüge tun!

Neues Wiener Tagblatt
6./XI.1918

24

Die Approvisionierung im Kriege.

Die Versorgung mit Lebensmitteln.

Mitteilungen des Staatssekretärs Dr. Loewenfeld-Ruß.

Gestern nachmittag empfing der Staatssekretär für Ernährungswesen Dr. Loewenfeld-Ruß die Vertreter der Tagespresse, um ihnen den gegenwärtigen Stand der Lebensmittelversorgung sowohl für Deutschösterreich im allgemeinen als auch für Wien im besonderen klarzulegen. Dr. Loewenfeld-Ruß verwies auf die gegenwärtigen Schwierigkeiten, welche eine weitsichtige Ernährungspolitik unmöglich machen, so daß man sich auf die Sorge für den Augenblick beschränken müsse. Nach allen Richtungen seien Bestrebungen zur Brechung der Ordnung wahrzunehmen. Selbst bei Behörden herrsche vielfach die irrige Auffassung, daß die Ernährungsvorschriften nicht mehr gelten, und es kommt vor, daß Bezirkshauptleute, Gemeindevertretungen, Bahnorgane oder Militärs einlaufende Waggons mit Lebensmitteln ohne Rücksicht auf deren Bestimmung einfach für sich oder einen kleinen Kreis beschlagnahmen. Er betrachte es als seine wichtigste Aufgabe, diese Zustände zu beseitigen und Ordnung zu schaffen.

Deutschösterreich könne sich durch eigene Erzeugung nicht verpflegen. Wohl aber erscheine es möglich, durch die inländischen Produkte die Versorgung für einen solchen Zeitraum zu decken, daß mittlerweile im Verhandlungswege ausländische Hilfe gesichert werden könne. Der Versuch, die Aufbringung in den deutschen Ländern durch Bewilligung einer Prämie von 25 K. und Zuweisung von aus den ärarischen Beständen zu entnehmenden Kleidungsstücken intensiver zu gestalten, war erfolgreich, denn es liegen schon Meldungen über günstigere Aufbringung vor. Da man damit allein nicht auskommen könnte, wurden vom Staatssekretariat des Aeußeren, dem Beamte des Ernährungsamtes beigegeben wurden, Verhandlungen mit ausländischen Staaten eingeleitet. In Budapest wurden günstige Resultate erzielt, denn die dortige Regierung hat uns schon eine bestimmte Menge Mehl, die in Tagesrationen geliefert werden wird, zugesagt. Auch in Berlin war die Stimmung günstig und man versprach uns tausend Waggons, wovon die eine Hälfte der Stadt Wien, die andre den Alpenländern und Deutschböhmen zugedacht ist. Als Gesamtergebnis geht hervor, daß Wiens Bedarf an Brotgetreide für den Monat November stollständig gesichert ist. Ebenso sind Deutschböhmen, Niederösterreich und Oberösterreich gedeckt und Salzburg wird von Oberösterreich gedeckt werden. In einer üblen Lage sind leider Tirol, Vorarlberg, Steiermark und Kärnten, denn diese Länder bedürfen starker Zusämbe, die wegen der bestehenden Verkehrsschwierigkeiten nicht in dem wünschenswerten Maß erfolgen können.

Mit den Tschecho-Slowaken und Polen verhandeln wir nicht bloß wegen Lebensmitteln, sondern auch wegen der Lieferung von Kohle. Morgen fährt eine Deputation unter Führung des Direktors Eldersch nach Prag.

Recht schlecht steht es mit der Kartoffelversorgung. Im ursprünglichen Plan war sie auf die Ernteergebnisse in Böhmen, Mähren und Galizien aufgebaut, und gerade diese drei Länder haben sich vorläufig abgesperrt. Wiens Reserve besteht in 500 Waggons, die bei der gegenwärtigen Wochenration den Bedarf der Hauptstadt für 14 bis 18 Tage decken. Wir verhandeln auch wegen der Lieferung von Kartoffeln mit dem Auslande, aber selbst ein günstiges Ergebnis dieser Verhandlungen vorausgesetzt, sind die Aussichten ungünstig, weil die Frostperiode nahe ist und einem etwaigen forcierten Transport viele Schwierigkeiten entgegenstehen. Unausbleiblich wird man an einen Ersatz durch Wrucken und Rüben denken müssen, und in dieser Hinsicht hat uns Deutschland seine Unterstützung zugesagt.

Bezüglich der Fleischversorgung sind wir in hohem Maße auf Ungarn angewiesen, und es bleibt der Ausgang der schwebenden Verhandlungen abzuwarten. Die großen Viehkontingente, die die Verpflegung der Armee in Anspruch nahm, sind jetzt für den Zivilbedarf frei geworden, und dies verbessert unsre Aussichten.

In der Fettversorgung sind wir ganz vom Auslande abhängig. Für Wien wird die gegenwärtige Ration noch durch Wochen aufrechterhalten werden können. Dagegen können wir für die Provinzen nichts tun, höchstens an Deutschböhmen, in dessen Gebiet sich die Fettfabriken befinden, werden wir etwas Fett abgeben.

Die Milchanlieferungen sind durch die Absperrung der Nationalstaaten von 130,000 auf 100,000 Liter täglich zurückgegangen, so daß selbst die Versorgung der Kinder und Schwerkranken nicht mehr zur Gänze möglich ist. Auch bezüglich der Eier ist nichts Günstiges zu melden. Wir haben nur wenig konserviert, und Zufuhren sind kaum mehr zu erwarten.

Schlecht steht es auch mit dem Zucker, denn fast die ganze Produktion liegt in tschecho-slawischem Gebiet, und die Ausfuhr von dort ist vorläufig gesperrt. Wir mußten schon unsre Reserve an Weißzucker angreifen, und sie ist fast erschöpft.

Gegenüber allen diesen Mitteilungen ist aber festzuhalten, daß die Verhandlungen mit dem Ausland durchweg einen günstigen Verlauf nehmen, so daß wir der Zukunft ruhig entgegensehen können. Ich habe auch Verhandlungen mit der Entente beantragt, und der Staatsrat hat in diesem Sinne beschlossen.

Das Ernährungsamt ist auch gezwungen, sich mit dem Zurückfluten der Truppen von der Front zu befassen, weil die Verpflegung dieser Truppen im allgemeinen Interesse liegt. Es wurde beschlossen, zu dieser Verpflegung die Labestationen des Roten Kreuzes heranzuziehen und die notwendigen Lebensmittel, soweit es geht, den Militärmagazinen zu entnehmen. In Wien wurden zwei Labestationen, auf dem Westbahnhof und auf dem Südbahnhof, errichtet, doch sind auch in Wiener-Neustadt und St. Pölten große Labestationen eingerichtet worden, damit die Soldaten nicht in ausgehungertem Zustand nach Wien kommen. Die Tschecho-Slowaken und die Ungarn sind bereit, bei der Heimbeförderung der Truppen mitzuwirken und zur Labung ihrer Staatsangehörigen Lebensmittel zur Verfügung zu stellen.

Nach diesen Mitteilungen richtete noch Direktor Eldersch an die Pressevertreter die Aufforderung, von der gewonnenen Preßfreiheit jenen Gebrauch zu machen, der der verantwortungsvollen Aufgabe der Zeitungen entspreche.

Das Ernährungsamt und die Stadt Wien.

Der Staatssekretär für Volksernährung Doktor Loewenfeld-Ruß hat gestern dem Bürgermeister der Stadt Wien einen Besuch abgestattet, wobei er versicherte, daß vom Staatsamte für Volksernährung alle Mittel aufgewendet werden, um trotz der bestehenden Schwierigkeiten die Versorgung Wiens sicherzustellen.

Auf Ersuchen des Staatssekretärs wird der Bürgermeister einen Funktionär des Magistrats ständig zum Staatsamte für Volksernährung delegieren, um das gegenseitige Einvernehmen auf dem kürzesten Wege herzustellen.

Neues Wiener Tagblatt
6./XI. 1918

25

Wiens Verpflegung.

Der Staatssekretär für Ernährungswesen Dr. Loewenfeld-Ruß teilte gestern mit, daß die Versorgung Wiens mit den wichtigsten Nahrungsmitteln, Milch und Eier ausgenommen, für diesen Monat gesichert ist, und daß bezüglich weiterer Zufuhren Verhandlungen schweben, die einen erfolgversprechenden Verlauf nehmen.

Neues Wiener Tagblatt Abendbl. 6/XI. 1918

Die Approvisionierung im Kriege.

Die Möglichkeiten der Einfuhr von Lebensmitteln.

Die im heutigen Morgenblatte veröffentlichten Mitteilungen des Staatssekretärs für Ernährungswesen über unsre Versorgung mit Lebensmitteln reflektieren auf Auslandszufuhren nur soweit das Gebiet des ehemaligen Oesterreich-Ungarn in Betracht kommt, während die Eventualität der Einfuhr aus den Ententestaaten nur flüchtig erwähnt und die der Einfuhr aus neutralen Staaten gar nicht berührt wird. Es steht dies scheinbar nicht im Einklang mit der Tatsache, daß schon mehrere hiesige Vertreter neutraler Staaten dem Bürgermeister die Bereitwilligkeit ihrer Regierungen, bei der Versorgung Wiens mit Lebensmitteln mitzuwirken, zur Kenntnis gebracht haben, tatsächlich aber hat Staatssekretär Löwenfeld-Ruß von diesen Aussichten darum nicht gesprochen, weil ihre Erfüllung auch im günstigsten Falle noch längere Zeit brauchen wird und unsre Sorge auf die nächsten Tage und Wochen gerichtet sein muß. Indessen unterliegt es keinem Zweifel, daß die Ernährung Deutschösterreichs auf die Dauer nur mit Hilfe der Entente und des neutralen Auslandes gesichert werden kann, und schon in wenigen Monaten wird die Zeit da sein, wo wir auf diese Hilfe angewiesen sein werden.

In den Waffenstillstandsbedingungen ist die Bestimmung enthalten, daß die Blockade nicht aufgehoben wird, aber Ausnahmen zugelassen werden. Diese Bestimmung ist maßgebend für die augenblicklichen Möglichkeiten eines Warenverkehres zwischen uns und dem vormaligen Auslande, aber nicht bloß betreffs überseeischer Zufuhren, sondern auch für Einfuhren auf dem Landwege, denn die Entente hat im Laufe des Krieges den Ausfuhrhandel aller neutralen Staaten unter ihre Kontrolle gebracht, und so hängt die Möglichkeit eines Warenverkehres zwischen diesen Staaten und uns vorläufig von der Erlaubnis der Entente ab. Wie lange dieser nicht bloß für uns drückende Zustand andauern wird, läßt sich noch nicht absehen, doch hat er schon nach Abschluß des Waffenstillstandes, der der Entente sehr ausgiebige militärische Sicherheiten bietet, aufgehört, eine Notwendigkeit des Krieges zu sein. m. h.

Nachstehend ein Schweizer Urteil über die augenblickliche Möglichkeit, aus dem neutralen Ausland Lebensmittel zu beziehen:

Bern, 5. November. (Privattelegramm.) Unter Bezugnahme auf die Meldung von einer Unterredung des Wiener Bürgermeisters mit den neutralen Diplomaten in Wien bezüglich einer Aushilfe mit Nahrungsmitteln für Deutschösterreich wird hier erklärt, daß Nahrungsmittellieferungen aus der Schweiz derzeit nicht stattfinden könnten, solange die Entente hiezu nicht ihre Einwilligung gebe. Da man seitens der Entente aber vermute, daß Nahrungsmittel nach Deutschland weitergeliefert werden könnten, so komme eine sofortige Einführung nach Oesterreich nicht in Frage. Es bestehe jedoch die Möglichkeit, daß eine Lebensmittelverteilung durch die Alliierten im ehemaligen Oesterreich unter deren Kontrolle stattfinden werde.

Österr. Volkszeitung
6./XI. 1918

28 6

Wien in den nächsten Tagen

Mitteilungen des Staatsrates für Volksernährung.

Die Ernährungsverhältnisse und die Umgestaltung, die sie durch die neugeschaffene Lage erfuhren, haben in den letzten Tagen zu zahllosen einander widersprechenden Gerüchten geführt. Um diesen herumschwirrenden Meldungen entgegenzutreten und offensichtliche Uebertreibungen auf ihr richtiges Maß zurückzuführen, hatte gestern Sektionschef Dr. v. Löwenfeld-Ruß, zum erstenmal in seiner Eigenschaft als Staatssekretär für Ernährungswesen, die Vertreter der Presse zu sich gebeten, um ihnen über den Stand der Ernährungslage Deutschösterreichs überhaupt, Wiens im besonderen, Mitteilungen zu machen.

Danach steht es mit der Ernährung zwar nicht zum besten, aber auch nicht so schlimm, wie es in den ersten Tagen der großen Umwälzung den Anschein hatte. Das Bild, anfangs trostlos, hat sich geklärt, seitdem gewisse Vereinbarungen getroffen und Zusicherungen gemacht wurden, auf die man im ersten Augenblick nicht rechnen durfte. Was die einzelnen Hauptnahrungsmittel betrifft, so ist die Versorgung mit Brotfrucht bis Ende November gesichert, und alle Anzeichen sprechen dafür, daß auch über diesen Zeitpunkt hinaus Brot und Mehl in dem bisherigen Ausmaß wird verteilt werden können. Von der von Deutschland zugesicherten Menge von 1000 Waggons entfallen 500 auf Wien, 500 auf Deutschösterreich. Mit weiteren Sendungen aus dem Deutschen Reiche ist zu rechnen; auch die Verhandlungen mit Ungarn stehen nicht ungünstig. Durch Prämien und dergleichen hat sich auch die Aufbringung im Lande gebessert. Im weiteren Verlauf gedenkt die Staatsregierung mit der Entente wegen Lieferung von Brotfrucht in Verhandlungen zu treten, doch wäre es verfrüht, über deren voraussichtliches Ergebnis schon heute irgend etwas zu sagen. Recht günstig ist bisher auch die Versorgung mit Fleisch; Ungarn hat das vereinbarte Kontingent bisher eingehalten, und da eine Aenderung nicht zu befürchten ist, so kann mit einer gewissen Zuversicht mit der Aufrechterhaltung der Fleischquote bis auf weiteres gerechnet werden. Mit der Zuckerversorgung sieht es allerdings schlimm, was begreiflich ist, da die überwiegende Mehrzahl der Zuckerfabriken in Böhmen und Mähren liegt, die wenigen niederösterreichischen Fabriken sind natürlich nicht einmal annähernd imstande, den Bedarf zu decken. Eine Verschärfung der augenblicklichen Lage brachte der Brand am Praterkai; die zugrundegegangenen Zuckermengen hätten die Versorgung Wiens für einen halben Monat gesichert.

Der Gegenstand ernster Besorgnis der Ernährungsbehörden ist aber besonders die Versorgung mit Kartoffeln. Der Verteilungsplan, auf Böhmen, Mähren und Galizien aufgebaut, wurde umgeworfen. Die Vorräte der Gemeinde Wien sind nahezu erschöpft und reichen nur noch für 14 Tage. Heute reist Direktor Eldersch nach Prag, um dort wegen der Zuschiebung von Kartoffeln zu verhandeln; dem tschecho-slowakischen Staat würden Industrieartikel als Kompensation übermittelt werden. Aber selbst im Falle eines günstigen Verlaufes der Verhandlungen, könnte indessen eintretender Frost den Erfolg zunichte machen. Noch ungünstiger als Wien sind die Alpenländer daran, die über keinerlei Reserven verfügen.

Der Gefahr, daß durch die zurückströmenden Truppen die Versorgung des Hinterlandes gefährdet werde, hofft man durch großangelegte Labestationen zu begegnen, die das Rote Kreuz in den Einbruchsstationen errichtet. Dort werden die Truppen so lange festgehalten und verpflegt, bis der Rücktransport in Ordnung erfolgen kann. Für Wien sind solche Sammelstationen in St. Pölten und Wiener-Neustadt geplant. Zur Verpflegung dieser Truppen werden soweit als möglich die Vorräte der Heeresverwaltung herangezogen.

Österr. Volkszeitung
7./XI. 1918

Eine deutschösterreichische Nahrungsfront.

Ein ernster und zugleich von echter Warmherzigkeit erfüllter Aufruf ergeht heute an das deutschösterreichische Volk. Es ist eine Art Einigkeitsruf, den das Staatsamt für Volksernährung an die volkliche Gesamtheit und an jeden einzelnen in der wichtigsten Angelegenheit richtet, von der alles weitere Gedeihen, ja fast der Bestand des jungen Staatsgebildes abhängt, in der großen Frage der Sicherung des Nahrungsbedürfnisses der Allgemeinheit. Gemahnte, lernet! Es ist so gut wie sicher, daß das Schwere, das uns jetzt getroffen hat, nicht über uns gekommen wäre, wenn das Volk nur ein bißchen mehr zu essen gehabt, nicht durch den Hunger völlig zermürbt worden wäre. Ohne Hunger gebe es heute keinen Triumph der Feinde in unseren Landen. Das soll uns eine gebieterische Warnung sein. Der Krieg ist aus, der Friede aber noch lange nicht da. Soll die junge Saat Deutschösterreich aus der blutgedüngten Erde dieses durch blanke Essensnot gefällten Reiches emporsprießen, soll nicht das noch zarte Gewächs von neuen Stürmen entwurzelt und verschüttet werden, dann heißt es, eine eiserne Nahrungsfront bilden und Mann für Mann, Ort für Ort, Land für Land zusammenstehen.

Das ruft uns das Staatsamt für Volksernährung in die Herzen und zu unserem Verstande. Auch die Brotfront duldet keine Disziplinlosigkeit, kein Durcheinander, keine Meuterei. Erinnert Euch doch, wie alles gekommen! Ungarn hat sich lange schon früher, als es sich selbständig erklärte, selbständig gemacht. Es gab uns von seinem Ueberflusse so wenig, daß wir immer tiefer herabkamen. Dann folgten die Tschechen, die ihr Getreide und ihre Bodenfrüchte zurückhielten, und schließlich waltete in allem Anarchie. Jeder stand gegen jeden, deutsches Kronland sogar gegen deutsches Kronland, der nackteste Egoismus diktierte, triumphierte, bis das Ganze furchtbar zusammenbrach. Solches darf nicht mehr geschehen, solches nicht mehr geduldet werden. Es geht jetzt nicht um etwa Fremdes, sondern um unser Eigenes, um unser Höchstes, ums eigene deutsche Volk in der Ostmark. Halten wir Ordnung, dann kommen wir durch. Das ist die nicht unfrohe Botschaft und die ernstlichste Ermahnung zugleich, die das Staatsamt für Volksernährung uns zukommen läßt. Wer diesen Gewissensruf überhört, er sei, wer er sei, ist ein Schädiger seines Volkstums. Deutschösterreicher schließt die Reihen zu einer eisernen Nahrungsfront! Wohl und Wehe unseres Volkes ist jetzt in jedes einzelnen Hand gegeben.

* * *

Fremdenblatt
7./XI. 1918

30

Unsere Ernährungslage.

Deutschösterreicher!

Die erste und schwerste Aufgabe, die der neuen deutschösterreichischen Regierung obliegt, ist die Sicherung des Nahrungsbedürfnisses der Bevölkerung. Der deutschösterreichische Staatsrat ist bemüht, der drohenden Lebensmittelnot durch gesteigerte Aufbringung im eigenen Lande und durch Verhandlungen mit den Nachbarstaaten abzuhelfen. Deutschland hat sich trotz eigener Knappheit in brüderlicher Hochherzigkeit bereit erklärt, auszuhelfen. Die ungarische Regierung hat Lebensmittellieferungen in Aussicht gestellt. Auch die Unterhandlungen mit den slawischen Nachbarstaaten versprechen Erfolg. Aber sie erfordern Zeit. Auch das Eintreffen der deutschen und ungarischen Sendungen erleidet infolge großer Transportschwierigkeiten Verspätungen.

Soll die Ernährung der Bevölkerung mit Hilfe der eigenen Aufbringung und der fremden Zuschübe gesichert werden, muß Ordnung im Ernährungswesen herrschen. Hier aber droht große Gefahr, wenn nicht jedermann sich rasch besinnt, daß das Gesamtwohl auch das Wohl des Einzelnen bedeutet. Jede Behörde, jede Gemeindevertretung, jeder Einzelne, Bauer und Bürger, hat die Aufbringungs- und Ernährungsvorschriften strenge einzuhalten. Es geht nicht an, daß deutschösterreichische Gebiete sich gegenseitig absperren, daß für bestimmte Empfänger angewiesene Bahnsendungen mit Lebensmitteln aufgehalten werden, städtische Verwaltungen staatliche Bestände mit Beschlag belegen.

Ich habe zur Sicherung der gebotenen Einheitlichkeit der Ernährungsverwaltung die Landesregierungen Deutschösterreichs angewiesen, Sonderverfügungen jeder Art unbedingt zu unterlassen. Dies gilt auch für alle autonomen Organe. Auch jeder Einzelne halte sich darnach. Es glaube niemand, daß er sich vor der allgemeinen Not schützen kann, wenn er nur für sich sorgt und seinen Mitbürgern das vorenthält oder wegkauft, worauf sie Anspruch haben, Anspruch erheben müssen, um ihr und ihrer Kinder Leben zu erhalten.

Der Anarchie im Ernährungswesen muß Einhalt geboten werden, wenn der deutschösterreichische Staat, kaum errichtet, nicht zu Grunde gehen soll.

An alle, an staatliche und autonome Behörden, an Stadt und Land, an Bauern, Bürger und Arbeiter ergeht die Mahnung: „Laßt keine Anarchie im Ernährungswesen einreißen!" Beobachtet die Vorschriften des Deutschösterreichischen Staatsamtes für Volksernährung! Nicht mehr mit widerstrebenden Angehörigen fremder Nationalitäten habt ihr es zu tun. Ihr seid Genossen eines Volkes, die die Not zusammenschweißt und auf sich allein gestellt hat. Bekundet den Gemeinsinn, den die anderen Völker beweisen.

Bedenket, daß es sich um euer Volkstum, um Gegenwart und Zukunft Deutschösterreichs handelt! Nur wenn jeder seine Pflicht tut, wenn jeder Disziplin bekundet, kann die Gefahr von Deutschösterreich und jedem Deutschösterreicher abgewendet werden. Dann wird sie aber auch gebannt werden. Eure Volksregierung sorgt dafür!

Das Deutschösterreichische Staatsamt für Volksernährung.
Der Staatssekretär:

Dr. Loewenfeld-Ruß m. p.

Lebensmittelhilfe für Wien.

Die Aufforderung des Staatsamtes für Volksernährung an die Landwirte des deutschen Staatsgebietes, der bedrängten städtischen Bevölkerung mit Lebensmittelüberschüssen beizuspringen, findet auf dem Lande Widerhall. Mit Freuden können wir einen Entschluß der Bürgermeister des Mistelbacher Kreises begrüßen, sie sind bereit, der Stadt Wien in ihrer Not zu helfen.

Bürgermeister Kraft von Ernstbrunn hat an den Bürgermeister Dr. Weiskirchner nachstehendes Telegramm gerichtet: „Eine Versammlung sämtlicher Bürgermeister des politischen Bezirkes Mistelbach hat in Gegenwart des Bezirkshauptmannes Dokaupil und der Landtags-Abgeordneten Freund, Bogendorfer und Eisenhut die einmütige Versicherung abgegeben, so rasch wie möglich alle verfügbaren Getreide- und Lebensmittelvorräte zur Verfügung der bedrängten Stadt Wien abzuliefern."

Fremdenblatt
7./XI. 1918

31

Unsere Lebensmittelversorgung aus dem Auslande.

Ansuchen an die Entente um Freigabe unserer Schiffahrt.

Wien, 6. November.

Geleitet von dem Bestreben, die Volksernährung in jenen Gebieten, welche auf Zufuhren unbedingt angewiesen sind, also in erster Linie in Wien, auch für die spätere Zeit, etwa im ersten Halbjahre des kommenden Jahres 1919, sicherzustellen, hat sich das Ministerium des Aeußern sofort nach Abschluß des Waffenstillstandes mit einem diesbezüglichen Schritte an die Entente und die Vereinigten Staaten gewendet.

Die Grundlage für dieses Einschreiten bietet der Artikel 5 der Seebedingungen im Waffenstillstands-Abkommen, welcher die Einsetzung einer Kommission vorsieht, die über Ausnahmen von der Blockade entscheiden soll, um unseren Schiffen Fahrten zu gestatten. Den erwähnten Regierungen wird die bedrängte Situation auf dem Ernährungsgebiete geschildert und sie werden gebeten, diese Kommission ehestens einzusetzen und ihr das Verlangen vorzulegen, einer bestimmten Anzahl unserer Handelsdampfer, von denen mehrere in Spanien und in Niederländisch-Indien liegen, Fahrten nach Argentinien, nach Nordamerika und von Indien zu gestatten. Diese Regierungen werden ferner gebeten, zu gestatten, daß in jenen Ländern Getreide, Fettstoffe und Gefrierfleisch für uns eingekauft und geladen werde. Der Transport würde unter der Aegide der Entente-Regierungen und der Vereinigten Staaten sich über Triest und die von dort ausgehenden Bahnen abwickeln.

Wenn die erhoffte Zustimmung eintrifft, können die Einzelheiten mit der früher erwähnten Kommission in kürzester Zeit festgesetzt werden, so daß die Ausfahrten in jene Produktionsländer, welche die hier benötigten Nahrungsstoffe liefern können, bald stattfinden würden.

Fremdenblatt
8./XI. 1918
32

Unsere Ernährungslage.

Die Hilfsaktion der neutralen Diplomaten für Wien.

Wie bekannt ist, haben die in Wien beglaubigten Diplomaten der neutralen Staaten unter der Führung des päpstlichen Nuntius dem Bürgermeister ihre guten Dienste für die Einleitung einer Hilfsaktion angeboten, um die Ernährungslage der Stadt Wien zu bessern. Der Bürgermeister verfaßte eine Denkschrift, die von der gesamten neutralen Diplomatie den Regierungen der Nachbarstaaten mit einer entsprechenden Einbegleitung zugemittelt wurde, und zwar der tschecho-slowakischen, ungarischen, polnischen und südslawischen Regierung.

In der Einbegleitung heißt es: Von dem Wunsche getrieben, Entbehrungen und Leiden zu lindern, haben die diplomatischen Vertreter der neutralen Staaten am Wiener Hofe in Kenntnis der offiziellen Berichte, welche den Ernst der gegenwärtigen Ernährungslage nachdrücklich bestätigen, in einer Besprechung im Palaste der apostolischen Nuntiatur einstimmig den Beschluß gefaßt, die Gefühle der Menschlichkeit der Staatsämter anzurufen, die sich soeben gebildet haben und ihnen wärmstens zu empfehlen, daß sie der beiliegenden Denkschrift, die der Bürgermeister der Stadt Wien Dr. Weiskirchner durch ihre Vermittlung an Sie richtet, wohlwollende Beachtung schenken mögen. Sie zweifeln nicht, daß die hohen Staatsämter ihrer dringenden Bitte, die in keiner Weise aus Erwägungen politischer Art entsprungen ist, Gehör geben und die von der Stadt Wien ausgesprochene Bitte rasch erfüllen werden. Sie gestatten sich die Hoffnung auszusprechen, daß der hohe Adel der Gesinnungen, der die geehrten Staatsämter auszeichnet, die altehrwürdige Stadt, eine berühmte Heimstätte der Wissenschaften und Künste, vor einer Katastrophe der öffentlichen und sozialen Gefahren bewahren wird, deren Wirkungen sich gewiß sicher auch in den Nachbarstaaten fühlbar machen würden. Die diplomatischen Vertreter der neutralen Staaten in Wien beeilen sich, den hohen Staatsämtern im vorhinein ihren Dank und Anerkennung für die Hilfe und Unterstützung, die sie der Stadt Wien in ihrer schwierigen Lage gewähren wollen, auszudrücken.

Die Verhandlungen mit den Tschecho-Slowaken.

K. **Prag**, 7. November. Das „Prager Tagblatt" meldet: In Prag weilen seit zwei Tagen als Vertreter der deutschösterreichischen Regierung die Abgeordneten Leuthner und Staret sowie in Vertretung der Gemeinde Wien Gemeinderat Dr. Oskar Hein, Magistratssekretär Dr. Ehrenberger und Doktor Goldhein, um mit dem Narodni Vybor Verhandlungen in Approvisionierungsangelegenheiten zu pflegen. Heute trat auch Landeshauptmannstellvertreter Abg. Seliger in Prag ein, um namens Deutschböhmens an den Verhandlungen teilzunehmen.

Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs.

Vossische Zeitung
8/11 918.

8/11 33

Aufruf des Kriegsernährungsamts.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Berlin, 7. November.

„Seit vier Jahren hat das deutsche Volk die Lasten und Entbehrungen des Krieges mit bewundernswerter Standhaftigkeit getragen. Jetzt steht der Friede und die Aufhebung der Hungerblockade in naher Aussicht. Damit wird auch eine Entspannung unserer Ernährungslage eintreten. Am 1. Dezember wird die Brotration erhöht werden, andere Erleichterungen werden allmählich folgen. Voraussetzung dafür, wie überhaupt für die Weiterversorgung der Bevölkerung ist unbedingte Aufrechterhaltung der Ordnung. Jede Störung verhindert die regelmäßige Lebensmittelzufuhr und bedroht die Großstädte und die Industriebezirke mit unsagbarem Elend. Wir wenden uns an das gesamte deutsche Volk, diese schwere Gefahr abzuwenden."

Staatssekretär und Vorstand des Kriegsernährungsamts.

Vossische Zeitung
8/11 918.

8/11

34

Lebensmittelversorgung in Oesterreich.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

kl Wien, 7. November.

Der alte Ballplatz (das frühere k. u. k. Ministerium des Aeußern) vollzieht das Programm der Kapitulation des Grafen Andrassy, obschon dieser letzte gemeinsame Minister des Auswärtigen in Oesterreich-Ungarn gestern endgültig das Feld seiner Tätigkeit verlassen hat und nach Budapest zurückgekehrt ist. Das Ministerium hat entsprechend dem Artikel 5 der Seebedingungen im Waffenstillstandsvertrage, welcher die Einsetzung einer Kommission vorsieht, die über das Aufgeben der Blockade entscheiden soß, an die Ententeregierungen und die Vereinigten Staaten die Bitte gerichtet, einigen in spanischen, niederländisch-indischen, indischen, argentinischen und nordamerikanischen Häfen liegenden (früher) österreichisch-ungarischen Handelsdampfern die Fahrt mit Getreide, Rohstoffen, Gefrierfleisch über Triest nach den von der Hungersnot bedrohten Gebieten, insbesondere Wien, zu gestatten. Angeblich soll bei der Kapitulation das Versprechen der Entente vorgelegen haben, die Versorgung bis Ablauf dieses Jahres und des ersten Halbjahres 1919 sicherzustellen. Am Ballplatz erwartet man die umgehende Zustimmung zur Einsetzung der erwähnten Kommission.

Der sozialistische Abg. Ellenbogen, der vom Staatsrat nach Budapest gesandt worden war, teilt mit, daß ihm vom ungarischen Staatsrate für Wien zunächst 50 Waggons Getreide zugesagt worden sind.

Vossische Zeitung
8/11 918.

9/11
35

Die Gefahren für die Ernährung.

In der heutigen Veröffentlichung des Kriegsernährungsamts wird auch darauf hingewiesen, welche ernsten Gefahren der Lebensmittelversorgung der gesamten Bevölkerung im Reiche durch Störungen der öffentlichen Ordnung drohen. Die Lage, vor der wir stehen, kann in der Tat nicht ernst und schwarz genug geschildert werden. Es ist gar kein Zweifel, daß in den Bezirken, die von den Unruhen ergriffen sind, wahrscheinlich Stockungen in der Kartoffelzufuhr, sowie in der Versorgung mit anderen Lebensmitteln bereits jetzt eingetreten sind. Ferner haben die Störungen des Eisenbahnverkehrs eine sofortige Unterbindung der Fischzufuhr in die Städte hervorgerufen, deren Folge für die Säuglings-, Kinder- und Krankenernährung nicht abzusehen ist. In den meisten Städten war die Kartoffelversorgung ohnehin schon durch die Transportschwierigkeiten gefährdet. Jetzt droht sie ganz zu versagen. Auch die Fischzufuhr hat, was allerdings leichter zu ertragen ist, ganz aufgehört, und für die Versorgung mit Fleisch bestehen ebenfalls ernsteste Befürchtungen. Aus diesem Grunde muß die Bevölkerung auf das dringendste zur Aufrechterhaltung der Ordnung und des Verkehrs ermahnt werden.

Fremdenblatt
8./XI. 1918

Tirol und Vorarlberg erbitten Lebensmittel von der Entente.

K. Bern, 7. November. Die Schweizerische Depeschenagentur meldet: Eine aus den Bürgermeistern von Bregenz und Hohenems und zwei sozialdemokratischen Abgeordneten bestehende Delegation der vorarlbergischen Bevölkerung hat heute im Bundeshause einer Delegation des Bundesrates die Bitte vorgelegt, im Hinblicke auf die geradezu furchtbare Lage der Vorarlberger Bevölkerung Lebensmittel aus der Schweiz dorthin zu senden oder eventuell bei der Entente sich zu verwenden, damit Lebensmittel gesendet werden. Außerdem sprach auch ein Vertreter des Tiroler Nationalrates im Bundeshause vor, der die gleiche Bitte vorbrachte.

Ferner hat sich der Oberkommandierende in Tirol an die österreichisch-ungarische Gesandtschaft in Bern mit dem Ersuchen gewendet, den Bundesrat um die Vermittlung bei der Entente zwecks Uebersendung von Lebensmitteln nach Tirol zu bitten.

Der Bundesrat hat sich bereit erklärt, die Bitte der notleidenden Bevölkerung Vorarlbergs und Tirols den Ententeregierungen zu übermitteln und ferner erklärt, daß er für diese Hilfsaktion gerne schweizerische Transportmittel zur Verfügung stelle.

Arbeiterzeitung
8./XI. 1918

32

Lebensmittel aus Amerika.

Das Ministerium des Aeußern hat der Entente das Ersuchen unterbreitet.

Wien, 6. November. Geleitet von dem Bestreben, die Volksernährung in jenen Gebieten, die auf Zufuhren unbedingt angewiesen sind, also in erster Linie in Wien, auch für die spätere Zeit, etwa im ersten Halbjahr des kommenden Jahres 1919, sicherzustellen, hat sich das Ministerium des Aeußern sofort nach Abschluß des Waffenstillstandes mit einem diesbezüglichen Schritte an die Entente und an die Vereinigten Staaten gewendet. Die Grundlage für dieses Einschreiten bietet der Artikel 5 der Seebedingungen im Waffenstillstandsabkommen, welcher die Einsetzung einer Kommission vorsieht, die über Ausnahmen in der Blockade entscheiden soll, um unseren Schiffen Fahrten zu gestatten. Den erwähnten Regierungen wird die bedrängte Situation auf dem Ernährungsgebiet geschildert und sie werden gebeten, diese Kommission ehestens einzusetzen und ihr das Verlangen vorzulegen, einer bestimmten Anzahl unserer Handelsdampfer, von denen mehrere in Spanien und in Niederländisch-Indien liegen, Fahrten nach Argentinien, nach Nordamerika und von Indien zu gestatten. Diese Regierungen werden ferner gebeten, zu gestatten, daß in jenen Ländern Getreide, Fettstoffe und Gefrierfleisch für uns eingekauft und geladen werde. Der Transport würde unter der Aegide der Ententeregierungen und der Vereinigten Staaten sich über Triest und die von dort ausgehenden Bahnen abwickeln.

Wenn die erhoffte Zustimmung eintrifft, können die Einzelheiten mit der früher erwähnten Kommission in kürzester Zeit festgesetzt werden, so daß die Ausfahrten in jene Produktionsländer, welche die hier benötigten Nahrungsstoffe liefern können, bald stattfinden würden.

Neues Wiener Tagblatt
8/XI. 1918

Kann sich Deutschösterreich selbst ernähren?

Von Dr. Wilhelm Freiherrn v. Alter.

II.

Produktionspolitische Fragen.*)

Jede gesunde Produktionspolitik muß sich auf eine verläßliche Statistik stützen. Im alten Oesterreich war für derartig nützliche Sachen immer zu wenig Geld vorhanden. Darauf ist es zurückzuführen, daß unsrer Agrarstatistik wesentliche Mängel anhaften. Es soll diese Feststellung kein Vorwurf sein. Vergleicht man die zur Verfügung gestandenen Mittel mit dem vorhandenen Material, so muß man sich wundern, daß trotzdem noch so viel geleistet werden konnte. Die Hervorhebung dieser Rückständigkeit verfolgt nur den Zweck, gleich zu Beginn auf einen Mangel aufmerksam zu machen, der im Interesse des großen Zieles so bald als möglich behoben werden muß. Der österreichischen Agrarstatistik war eine nationale Gliederung natürlich fremd. Immerhin ist es möglich, aus dem vorhandenen Material wenigstens eine statistische Schätzung der landwirtschaftlichen Erzeugung der deutschen Gebiete Oesterreichs zu gewinnen und sich auf diese Weise eine Vorstellung über die Möglichkeit der Ernährung mit eigenen Mitteln zu machen.

Die Bildung selbständiger Nationalstaaten kann nur in Gebieten erfolgen, die in sich geschlossen sind. Deshalb müssen alle nationalen Inseln außer Betracht bleiben.

Die geschlossenen deutschen Sprachgebiete sind von rund 9,600.000 Seelen bewohnt. Diese verfügen nach einer zu Beginn dieses Jahres erfolgten Aufnahme über einen nutzbaren Viehstand von rund 3,122.000 Rindern (darunter 794.000 Stück Jungvieh und 1,461.000 Kühe), 1,252.000 Schweinen, 413.000 Schafen, 582.000 Ziegen und 613.000 Pferden.

Die Darstellung der für die Ernährung dieser Lebewesen in Kultur stehenden Flächen erfolgt zur Verkleinerung der Zahlenreihen in 100 Hektar = 1 Quadratkilometer, die der Erntemengen in Waggons a 10.000 Kilogramm. 18.400 Quadratkilometer sind dem Anbau der hauptsächlichsten Körnerfrüchte (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais) gewidmet. Die Ernte an diesen erreicht eine Menge von rund 290.000 Waggons, Kartoffeln werden auf etwa 2960 Quadratkilometer angebaut. Der Kartoffelertrag stellt sich auf rund 274.000 Waggons. Der Anbau von Zuckerrüben auf etwa 560 Quadratkilometer bringt jährlich ungefähr 120.000 Waggons, jener von Futterrübe auf 1030 Quadratkilometer rund 196.000 Waggons ein. An Rauhfutter werden von beiläufig 17.630 Quadratkilometer Fläche jährlich etwa 630.000 Waggons geerntet.

Berechnet man nach Abzug der für Saatgut erforderlichen Mengen die Kopfquoten der als unmittelbare Nahrung für die Menschen in erster Linie in Betracht kommenden Bodenfrüchte, so zeigt sich, daß für jeden Einwohner 40 Kilogramm Weizen, 96 Kilogramm Roggen und 212 Kilogramm Kartoffeln verfügbar sind. Die derzeit nach der Karte zugewiesenen Mengen betragen im allgemeinen 26 Kilogramm Kochmehl, rund 47 Kilogramm Brotmehl und 100 Kilogramm Kartoffeln im Jahre. Die Berechnung nach den Erntezahlen ergibt, daß selbst bei einer 75prozentigen Ausmahlung des Getreides an Weizenmehl 30 Kilogramm, an Roggenmehl 72 Kilogramm für jede Seele verfügbar sind. Bei einem normalen Betrieb unsrer Landwirtschaft können somit Gerste, Mais und Hafer zur Hebung des Fütterungszustandes des Viehes und damit zu einer Besserung der Fett- und Milchversorgung verwendet werden. Auch Kartoffeln für Fütterungs- und industrielle Zwecke stünden zu Gebote, wenn die landwirtschaftliche Produktion wieder in regelmäßige Bahnen gelenkt wird. Die Zuckerproduktion Deutschösterreichs ist eine recht beschränkte. Unter Zugrundelegung eines Rohzuckerertrages von 30 Meterzentnern für den Hektar ergibt sich aber immerhin eine Kopfquote von 17 Kilogramm in Rohzuckerwert.

Das Bild von Deutschösterreich wäre unvollkommen, würde man sich unser im Werden begriffenes neues Vaterland als ein einheitliches Gebiet vorstellen. Durch volksfremde Ansiedlungen wird es in drei große Gebiete zerlegt. Das erste Gebiet umfaßt die deutschen Alpenländer und die anschließenden deutschen Bezirke Südmährens und des südwestlichen Böhmen. Das zweite Gebiet besteht im wesentlichen aus dem Egerer, Leitmeritzer, Reichenberger und dem größten Teile des Trautenauer Kreises. Das dritte Gebiet wird gebildet aus den deutschen Bezirken Nordböhmens, Schlesiens und den Resten des Trautenauer Kreises. Diese Feststellung ist deshalb von Wichtigkeit, weil innerhalb der Grenzen des alten Oesterreich ein Austausch der Erzeugnisse sich nur über volksfremdes Gebiet vollziehen kann. Allein eine Durchsicht der Erträge der einzelnen Gebiete zeigt, daß, Zucker ausgenommen, jedes Gebiet befähigt ist, bei normaler landwirtschaftlicher Betriebsführung den Bedarf zu decken.

Die nach den Erntezahlen sich ergebenden Kopfquoten betragen nämlich:

im Gebiet I bei Weizen 41, bei Roggen 87, bei Gerste 28 und bei Kartoffeln 206 Kilogramm,

im Gebiet II bei Weizen 41·5, bei Roggen 107·5, bei Gerste 77, bei Kartoffeln 191·5 Kilogramm,

im Gebiet III bei Weizen 31·8, bei Roggen 159·6, bei Gerste 63.4 und bei Kartoffeln 368 Kilogramm.

Die Lage der einzelnen Gebiete gestattet übrigens einen Austausch der Produkte, insofern er, wie zum Beispiel bei Zucker, notwendig werden sollte, über Deutschland. Selbstverständlich dürfte dieser Austausch, um unnütze Frachten zu ersparen, nur so vor sich gehen, daß Ueberschüsse der einzelnen Gebiete Deutschland zu belassen und Waren der gleichen Art aus den frachtlich günstigsten deutschen Ueberschußbezirken in das betreffende Mangel leidende Gebiet Deutschösterreichs eingeführt werden.

(Ein Schlußartikel folgt.)

*) Siehe „N. Wr. Tagblatt" vom 31. Oktober.

Fremdenblatt
8./XI. 1918

Ausfuhr aus der Schweiz nach Oesterreich-Ungarn.

Schritte des Ministeriums des Aeußern bei den Alliierten.

Wien, 7. November.

Das Ministerium des Aeußern ist bestrebt, nicht nur auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung, sondern auch in der Versorgung mit gewissen äußerst notwendigen anderen Artikeln Erleichterungen zu schaffen. Es handelt sich darum, dem Notstande in der Bekleidung, in der Krankenpflege und in der Fürsorge für kleine Kinder abzuhelfen und den dringendsten Bedarf an Stoffen, Geweben und Zwirn für Wäscheerzeugung, an Kranken- und Kinderpflegeartikeln und an Medikamenten zu beschaffen.

Während des Krieges sind die Neutralen durch eine Reihe von Maßregeln der feindlichen Mächte verhindert worden, diese Bedarfsgegenstände zu uns auszuführen. Das Ministerium des Aeußern ist nun bei den Vereinigten Staaten und den Ententeregierungen vorstellig geworden, diese Sperre teilweise aufzuheben und speziell der Schweiz, als dem uns nächsten Bezugslande, zu gestatten, bestimmte Mengen der aufgezählten Waren zu beziehen und in Ausfuhr zu bringen. Um eine derartige Erleichterung der bisherigen Warensperre bald zu erreichen, ist die Bereitwilligkeit erklärt worden, auf eventuelle Kontrollmaßregeln, welche die Entente wünschen würde, etwa nach dem Muster des in der Schweiz während des Krieges eingerichteten Ueberwachungsdienstes einzugehen; hiebei ist der Wunsch ausgesprochen worden, Delegierte zu einem eventuell zu errichtenden Ausfuhrbureau zu entsenden.

Reichspost
9./XI. 1918

40

Versorgungsfragen.

Wiens Versorgung in der nächsten Zeit.

In einer Versammlung in der Josefstadt sagte gestern Bgm. Dr. Weiskirchner: „Wieviele Ernährungskrisen haben wir durchgemacht, ohne daß die Bevölkerung Wiens etwas davon wußte. Wiederholt kam es vor, daß wir für die Zweimillionenstadt bloß einen Mehlvorrat für drei Tage hatten. Jedesmal gelang es jedoch, noch die Krisen zu überwinden und auch heute dürfen wir uns der sicheren Hoffnung hingeben, die schlimmsten Gefährdungen zu überstehen. Die Approvisionierungsfrage der Stadt Wien ist heute mehr denn je eine Verkehrsfrage. Wir haben bedeutende Mengen von Kartoffeln durch Verträge in Galizien, Polen und Böhmen abgeschlossen, bald wird uns die Ausfuhr, bald die Durchfuhr verboten. Durch unmittelbare Verhandlungen mit den Vertretern der neuen Staaten wird es jedoch, so hoffe ich, möglich sein, die Schwierigkeiten zu beseitigen, aber die beste Zeit geht verloren, es naht der Frost, der jeden Transport von Kartoffeln unmöglich macht. Der Bedarf an Mehl ist für die nächsten Wochen gedeckt. Wir haben bereits Verbindungen mit dem argentinischen Gesandten angeknüpft, damit aus seinem Reiche Getreidesendungen zu uns gelangen. Wenn unser Ansuchen günstig erledigt und die Angelegenheit auch raschestens betrieben wird, so werden doch Wochen vergehen, bevor wir in den Besitz der Ware gelangen. Ich rechne aber mit Sicherheit darauf, daß wir bis dahin durch Niederösterreich erhalten werden und ich kann mit Freude mitteilen, daß unsere Bauern erklärt haben, daß sie Getreide liefern werden.

Einschränkung der Aus- und Durchfuhren durch Deutschösterreich.

Der Staatsrat hat in seiner heutigen Sitzung folgenden Beschluß gefaßt: Der Staatssekretär für Kriegs- und Uebergangswirtschaft wird ermächtigt, bis auf weiteres Ein-, Aus- und Durchfuhren von seiner besonderen Bewilligung abhängig zu machen. Die Bewilligungen können 1. allgemein für bestimmte Grenzpunkte oder Grenzstrecken und für bestimmte Warengattungen oder 2. für bestimmte Warenmengen oder für einzelne Sendungen gegeben werden. Bei seinen Entschließungen bedient sich der Staatssekretär für Kriegs- und Uebergangswirtschaft einer Kommission, welche zusammengesetzt ist aus Vertretern des Staatssekretariates für Handel und Gewerbe, Kriegs- und Uebergangswirtschaft, der Finanzen, des Ackerbaues und soweit es im speziellen Falle erforderlich ist, auch anderer staatlicher Aemter. Zu gleicher Zeit wird für eine wirksame Ueberwachung der Grenz- und Hauptbahnhöfe gesorgt werden. Das ist erfreulich. Bekanntlich hat dies bisher in Deutschösterreich gemangelt, während die anderen Nationalstaaten dafür gesorgt hatten.

Milchüberfluß im Tschechisch-Mähren.

Aus Brünn wird uns geschrieben:

Es ist auch hier bekannt, daß die Wiener das Durchhalten am bittersten auskosten müssen. Zu allem Ungemach kam nun die Milchnot. Wenn sogar Kinder von zwölf Monaten aufwärts, säugende Mütter und Schwerkranke ohne jeden Tropfen Milch dastehen, indessen anderswo, besonders in Mähren, Milch im Ueberflusse vorhanden ist, ist dies himmelschreiend. Die Milch, um welche besonders die Wiener verkürzt werden, wird indessen hier in Tschechisch-Mähren verschwendet. Man kann es ja, denn man sperrt den Abtransport nach Wien künstlich ab. In allen Milchverkaufsstellen ist Milch ohne Drängerei reichlich zu haben. Wer Glück hat, kann auch vier Liter einheimsen. Daß in den Kaffeehäusern der mährischen und böhmischen Städte nun auch wieder Milchkaffee zu haben ist, verdient auch hervorgehoben zu werden. Nicht als ob es den Bewohnern Mährens und Böhmens nicht gegönnt wäre, daß sie mit Milch gut versorgt sind, aber daß man Kinder und Schwerkranke in Wien dahinsiechen läßt, dieweil hierzulande die Milch im Ueberflusse zu haben ist, ist unmenschlich.

Wenn man bedenkt, wie die Kaiserstadt Wien für die Tschechen seit jeher eine gastliche Stätte war, daß sie dort behandelt wurden, wie die Deutschen nirgends in einer tschechischen Stadt — vergl. die tschechischen Bankpaläste in Wien — so kann man es nicht fassen, daß dieses verhätschelte Volk so unsagbar undankbar sein kann.

Tschechischer Trutz in der Zuckerversorgung.

Der Deutschösterreichische Staatsrat beriet heute den ganzen Nachmittag über die Zuckerversorgung. Die Tschechen haben in Prag eine Zuckerzentrale errichtet. Der Zuckerzentrale in Wien bliebe demnach nur ein Bestand von etwa einem Zehntel des früheren Umfanges übrig. Allerdings liegen sehr viele und die wertvollsten Betriebe, die Raffinerien, in unbestritten deutschem Gebiet, allein diese sind auf den Rohzucker aus dem tschechischen Gebiet angewiesen. Die Tschechen haben sich durch diesen Gewaltstreich zum Herrn über eines unserer wichtigsten Nahrungsmittel gemacht. In rascher Erkenntnis der Sachlage hat der Staatssekretär für Ernährung Dr. Löwenfeld-Ruß mit den Zuckerindustriellen und den Rübenbauern unterhandelt und den Tschechen ein Kompromiß vorgeschlagen; die Tschechen verlangen aber bei jedem Anlaß, ob es sich um Kohle, Kartoffeln, Mehl, Zucker oder welchen Artikel immer handelt, die absolute Unterwerfung Deutschböhmens unter tschechische Bezirkshauptleute, die von Prag aus eingesetzt werden. Dazu aber kommt noch, daß ein solches System den tschechischen Agrariern und Fabrikanten die Möglichkeit gibt, mit der Zeit die Zuckerpreise beliebig zu erhöhen und ganz Deutschösterreich, aber auch die Polen und Südslaven auszubeuten, die ja auf den Zucker der Sudetenländer gleichfalls angewiesen sind. Der Staatsrat hat mit Bedauern feststellen müssen, daß die Verhandlungen durch die Unnachgiebigkeit der Tschechen gescheitert sind. Mit Rücksicht auf die Entbehrungen des Volkes hat der Staatsrat sich trotzdem entschlossen, auf neuerliche Verhandlungen hinzuwirken. Die Beratung über diesen Gegenstand wird auch den morgigen Tag ausfüllen.

Lebensmittel für Vorarlberg und Tirol aus der Schweiz.

Bern, 7. November. (Schweiz. Dep.-Ag.)

Eine Abordnung der Vorarlberger legte heute im Bundeshaus die Bitte vor, im Hinblick auf die geradezu furchtbare Lage der Vorarlberger, Lebensmittel aus der Schweiz dorthin zu senden. Allenfalls möge sich die Schweizer Regierung bei der Entente verwenden, um eine Sendung von Lebensmitteln zu erwirken.

Auch ein Vertreter des Tiroler Nationalrates unterbreitete die gleiche Bitte. Ferner wandte sich der Oberkommandierende in Tirol an die österreich-ungarische Gesandtschaft in Bern mit dem Ersuchen, der Bundesrat möge bei der Entente bezüglich der Sendung von Lebensmitteln nach Tirol vermitteln. Der Bundesrat erklärt sich in allen diesen Fällen bereit und stellt schweizerische Transportmittel für die Hilfsaktion zur Verfügung.

Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Transportbescheinigungen für den unmittelbaren Kartoffelbezug.

Mit Rücksicht auf die derzeit obwaltenden schwierigen Transportverhältnisse hat die Statthalterei die Verfügung getroffen, daß die nach dem Wohnorte der Verbraucher oder dem Produktionsorte zuständigen politischen Bezirksbehörden über mündliches oder schriftliches Ansuchen die Gültigkeitsdauer der für den unmittelbaren Bezug von Kartoffeln beim Produzenten bereits ausgestellten Transportbescheinigungen auch über den 15. d. hinaus erstrecken können.

Neues Wiener Tagblatt Abend
9./XI. 1918

Wirtschaftliche Vereinbarungen Deutschösterreichs mit den Südslawen.

Graz, 8. November. Von dem Bestreben geleitet, infolge der neugeschaffenen politischen und nationalen Lage des Landes Steiermark mit den Vertretern der Südslawen ehestens zu einem die wirtschaftlichen Belange der beiden aneinander grenzenden Nationen betreffenden Uebereinkommen zu gelangen, fanden gestern bis in die frühen Morgenstunden und heute vormittag bei der steiermärkischen Landesregierung in Graz zwischen den Vertretern der nationalen Regierungen der Serben, Kroaten und Slowenen und den Vertretern für den deutschösterreichischen Staat die diesbezüglichen Verhandlungen statt. Die getroffenen Vereinbarungen erstrecken sich auf das Eisenbahnwesen, Patente, Marken und Muster, die Handelskammern, den Rechtsverkehr, die Sozialversicherung, die Sparkassen und das Geldwesen, die Postsparkasse, Gendarmerie, Straßen- und Wasserwege, Posten, Telegraphen und Telephone, die privatrechtlichen Forderungen usw. Hinsichtlich der künftigen Grenze zwischen Deutschösterreich und dem südslawischen Staate wurde bestimmt, daß diese Frage dem Friedenskongreß vorbehalten bleiben solle. Die noch offenen zwischenstaatlichen Fragen werden durch nachträgliche Vereinbarung geregelt werden. Die getroffenen Vereinbarungen treten vorbehaltlich der Ratifizierung durch die vertragschließenden Regierungen sofort in Kraft.

Die Bedingungen des Uebereinkommens.

Nach dem Uebereinkommen wird die Beschlagnahme auf der Eisenbahn nur von behördlich befugten Organen angeordnet werden. Auf den Eisenbahnen darf den Militärpersonen weder Kleidung noch Handgepäck, noch ein Mundvorrat, für etwa vierzehn Tage reichend, abgenommen werden. Zivilpersonen ist das persönliche Eigentum, einschließlich mäßiger Lebensmittelvorräte, gesichert. Der durchlaufende Zugsverkehr bleibt aufrecht.

Offiziere dürfen nicht entwaffnet werden. Als Entwaffnungsstationen werden bestimmt: Laibach, Agram, Pettau, Marburg-Thesen, Marburg-Kärntnerbahnhof, Graz, Neumarkt, St. Michael, Selztal, Bruck, Villach und Klagenfurt. Die beschlagnahmten Waffen und das Kriegsmaterial werden bis zum Friedenschluß als gemeinsames Eigentum deponiert.

Der Transport von Lebensmitteln.

Lebensmittel aller Art, lebendes und totes Vieh, tierische Produkte, Brennstoff, Papier, Zündhölzchen und Lederprodukte sind bahnverkehrsfrei, vis major vorbehalten. Die beiderseitigen Gesetze und Verordnungen hinsichtlich der Lebensmittelwirtschaft sind hiebei zu beachten. Unbeschadet dieser Gesetze und Verordnungen dürfen Lebensmittel, welche von einem deutschösterreichischen Aufgabeort in eine jugoslawische Station oder umgekehrt gerichtet sind, in keinem Fall beschlagnahmt werden.

Keine Zölle, gegenseitige Rechtshilfe, Aufrechthaltung der geltenden Gesetze.

Das Uebereinkommen zwischen der Südbahngesellschaft und dem südslawischen Nationalrat vom 3. November 1918 gilt als integrierender Bestandteil des heutigen Uebereinkommens. Transitzölle und Abgaben werden beiderseits ausgeschlossen. Die Zuständigkeit der Grazer Handels- und Gewerbekammer für ihr bisheriges Gebiet bleibt ebenso wie deren Berechtigung zur Einhebung der 5prozentigen Kammerumlage bis 1. Jänner 1919 unberührt. Es wird gegenseitige unbeschränkte Rechtshilfe im Zivilrechtsvollstreckungsverfahren und Strafverfahren vereinbart. Bezüglich der Zuständigkeit der Strafgerichte gelten die dermaligen gesetzlichen Bestimmungen ohne Rücksicht auf die beiderseitigen Staatsgebiete. Ebenso bleiben jedenfalls bis zum Friedensschluß sämtliche derzeit geltenden k. k. österreichischen Gesetze in den beiderseitigen Staatsgebieten in voller Kraft. Es wird gegenseitig voller Schutz des Eigentums und der Person gewährleistet. Die Statuten der bestehenden Sparkassen bleiben aufrecht. Die Rechtsverhältnisse der Spar- und Vorschußkassen bleiben ebenso wie deren Vermögen bis zum Friedensschluß vollständig unberührt und unterliegen dann den zu treffenden internationalen Vereinbarungen.

Der Geldverkehr, volle Verkehrsfreiheit, Schutz privatrechtlicher Forderungen.

Dem Geldverkehr zwischen der Oesterreichisch-ungarischen Bank und dem jugoslawischen Gebiete werden seitens des Staates Deutschösterreich keine Hindernisse in den Weg gelegt werden. Der Postsparkassenverkehr wird aufrecht erhalten. Die volle Verkehrsfreiheit auf den Straßen, Wasserstraßen sowie im Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr wird gegenseitig gewährleistet und insbesondere der Schutz des Briefgeheimnisses zuerkannt. Die privatrechtlichen Forderungen der Bewohner der beiderseitigen Staatsgebiete bleiben vollständig unberührt, und die beiden vertragschließenden Regierungen sichern sich gegenseitig zu, daß keinerlei gegen die Bewohner des andern Staatsgebietes gerichtetes Zahlungsverbot oder sonstige Ausnahmsverfügungen erlassen werden. Hierüber wird eine gesonderte Vereinbarung vorbehalten. Bis dahin bleiben die diesbezüglichen Verwaltungs- und Rechtszustände wie bisher aufrecht. Ueberhaupt sind alle sonstigen noch offenen zwischenstaatlichen Fragen besonderen Nachtragsvereinbarungen vorbehalten. Wirtschaftspolitische Maßnahmen, welche den freien Austausch der gegenseitigen Erzeugnisse hindern oder erschweren, sind binnen 48 Stunden vor ihrer Wirksamkeit in den Amtsblättern kundzumachen. Gesandte werden vorgesehen einerseits in Wien, anderseits in Laibach und Agram.

Die Zeit
9./XI. 1918

42

Die Ernährungsverhältnisse Wiens.

Die Diplomatenaktion.

Von der schweizerischen Gesandtschaft nahestehender Seite wird uns mitgeteilt:

Wie bereits berichtet, haben unter der Leitung des Nunzius Erzbischofs Comte Valfrè di Bonzo Besprechungen der in Wien beglaubigten neutralen Gesandten über eine Aktion zugunsten der Besserung der Ernährungsverhältnisse der Wiener Bevölkerung stattgefunden. Schon vor Beginn dieser Unterredungen haben sich der Tiroler Nationalrat und der Kommandant der Tiroler Truppen an den schweizerischen Bundesrat mit der Bitte gewendet, bei der Entente vorstellig zu werden, um der schweren Notlage begegnen zu können.

Der Bundesrat ist diesem Wunsche sofort nachgekommen, indem das Berner politische Departement eine Mitteilung an die Alliierten richtete, in der der Bundesrat seiner Bereitwilligkeit Ausdruck gibt, sein möglichstes zu tun, um eine Ernährungskatastrophe zu verhindern, zugleich aber darauf hinweist, daß seine eigenen Reserven sehr gering sind und ihn überdies die strengen Bestimmungen der von der Entente eingesetzten Kontrollkommission an der Bewegungsfreiheit hindern.

Tägliche Rundschau
9./11. 1918.

43 9.

Was wird aus der Ernährung?

Der Oberbürgermeister von Berlin, Exzellenz Wermuth, hat heute einen Mitarbeiter der „V. V. N." empfangen und ihm folgendes erklärt:

Wir können nur um die Aufrechterhaltung unseres Ernährungswesens aufs schwerste besorgt sein, da der Apparat nur außerordentlich künstlich aufgezogen war. Gerade in den großen Städten, wo jedes Gramm und jeder Liter, der vom Lande hereinkommt, dringend gebraucht wird, mit Rücksicht auf die vielen Kranken heute dringender als je, kann auch die kleinste Fehlmenge den ganzen Verteilungsplan über den Haufen werfen. Schon die bisherigen Ereignisse haben die Milchversorgung aufs tiefste erschüttert. Die Fortsetzung des ungeregelten Zustandes muß in kürzester Zeit eine Katastrophe herbeiführen. Wenn gar versucht würde, die großen städtischen Betriebe mittelbar oder unmittelbar lahmzulegen und damit die primitivste Voraussetzung, von der die heutige Ernährungswirtschaft ausgeht, anzutasten, so wäre ein solches unsinniges Vorgehen von den schlimmsten Folgen begleitet und würde ein unsagbares Unglück herbeiführen. Wenn die Milch- und Kartoffelversorgung, wie das jetzt von hoffentlich unmaßgeblicher Seite geschieht, als politisches Pressionsmittel des flachen Landes betrachtet wird, das mit der neuen Ordnung der politischen Verhältnisse unzufrieden ist, so würde meines Erachtens die Landwirtschaft selbst unter den politischen Folgen eines solchen unsolidarischen Vorgehens leiden, indem auch ihre berechtigten Forderungen zur Parteisache würden.

*

Unser Münchener Vertreter hatte heute Gelegenheit, eine telephonische Unterredung mit Dr. Heim, dem bayerischen Bauernführer, über die Ernährungsfrage zu pflegen. Dr. Heim, der der Leiter der Regensburger Zentralgenossenschaft ist, erklärte Folgendes. Die allergeringste Auflösung in der Lebensmittelversorgung, sei es durch Behinderung der Landarbeit, sei es durch Störung des Antransportes der Lebensmittel und der Verteilung der Ware, würde nichts anders wie die Hungersnot bedeuten. Es wäre das dümmste, wenn jetzt Lebensmittellager ausgeraubt oder geplündert würden. Das würde wohl für einige wenige vergnügte Tage bedeuten, aber für Hunderttausende den Hunger. Mir wird eben gemeldet, daß in der Nähe von Passau ein Bauernhof ausgeraubt worden sei. Das ist unerhört. Die neue Regierung wird dafür Sorge tragen, daß keinerlei überstürzte Agrarreformen den Bau der Lebensmittelversorgung erschüttern.

Neues Wiener Tagblatt
10./XI. 1918

Kann sich Deutschösterreich selbst ernähren?

Von Dr. Wilhelm Freiherrn v. Alter.

III.*)

Die von uns gegebene Darstellung der landwirtschaftlichen Produktion Deutschösterreichs beweist, daß wir ernährungspolitisch uns zwar nicht zu üppig, aber doch unabhängig entwickeln können.

Die erste Voraussetzung hiefür ist die, daß die Landwirtschaft baldigst zu einer normalen Betriebsführung zurückkehren kann. Dies erfordert zunächst, wie in dem ersten Teile dieser Ausführungen dargetan wurde, die Aufhebung aller die Erzeugung beengenden Schranken. Geschieht dies, dann wird die deutschösterreichische Landwirtschaft zweifellos bald wieder die alte Leistungsfähigkeit erreichen. Der heimische Boden ist bei entsprechender

*) Siehe „Neues Wiener Tagblatt" vom 31. Oktober und 6. November.

Intensivierung der Betriebe gewiß befähigt, uns auch mehr zu geben. Wir brauchen das Ziel gar nicht zu hoch zu stecken. Die in der Schweiz erzielten Durchschnittserträge sind für unsre Gebiete wohl auch erreichbar. Gelangen wir bloß zu diesem Ziele, so bessert sich schon die für den einzelnen verfügbare Kopfquote bei Weizen um mehr als 30 Prozent, bei Roggen um mehr als 10 Prozent, bei Gerste um fast 15 Prozent und bei Kartoffeln gar um mehr als 50 Prozent!

Welche Steigerung der Bodenerträge in den Alpenländern zu erzielen ist, machen die Leistungen des Inspektors Josef Schubert in Tirol ersichtlich. Durch Einführung des künstlichen Futterbaues hat er es nicht nur verstanden, die Erträge an Rauhfutter um 100 und mehr Prozent zu steigern, sondern es auch infolge der bei dieser Bewirtschaftung nötigen intensiveren Bodenbearbeitung zuwege gebracht, daß bei Körnerfrüchten und Kartoffeln Ernten erzielt wurden, die den Durchschnitt selbst unsrer ertragreichsten Gegenden erreichten, ja überschritten. Dabei handelt es sich hier nicht mehr um Versuche, sondern um eine Kulturarbeit, die sich auf mehrere tausend Hektar erstreckt. Von der Verallgemeinerung des Schubertschen Systems läßt sich eine grundlegende Aenderung der Ernährungsverhältnisse in den Alpenländern mit Recht erwarten.

Eine weitblickende Produktionspolitik wird sich vor allem die Hebung der fachlichen Bildung der großen Massen der landwirtschaftlichen Berufskreise zur Aufgabe setzen müssen. Da es sich hier um einen Massenunterricht handelt, wird man schon die Volksschule mit in den Dienst dieser Sache stellen müssen. Es wird nicht schaden, wenn künftig allen Staatsbürgern Gelegenheit geboten wird, etwas mehr von der Landwirtschaft zu erfahren als bisher. Es wird gewiß kein Schaden, im nationalen Sinn sicher nur ein Vorteil sein, wenn dadurch die breiten Massen des Volkes agrarischer denken lernen würden. Allerdings soll damit nicht für ein Agrariertum gesprochen werden, das in der Industrie den unversöhnbaren Feind der Landwirtschaft sieht, das nur von hohen Zöllen und Subventionen und niedrigen öffentlichen Lasten das Heil der Landwirtschaft erwartet. Aber ein Agrariertum, geboren aus der im Kriege erworbenen Erkenntnis, daß die heimatliche Scholle in erster Linie die Erhaltung unsres Volkes in Unabhängigkeit verbürgt, ein Agrariertum, das sich die Erzielung von Höchstleistungen im Interesse der Ermöglichung einer ausgiebigen Verpflegung des Volkes zum Ziele setzt und sich dessen bewußt ist, daß die Landwirtschaft nur mit Ausnützung des industriellen Fortschrittes dieses Ziel erreichen kann, das wäre für das deutsche Volk in Oesterreich von großem Nutzen.

Es wird bald ein Jahr sein, daß, angeregt durch eine Rede des derzeitigen Ackerbauministers im Parlament, die Fragen der Intensivierung der Landwirtschaft in der öffentlichen Diskussion einen breiten Raum eingenommen haben. An dem sachlichen Inhalt des Programms der künftigen landwirtschaftlichen Produktionspolitik können auch die stürmischen Zeiten der Gegenwart keine Aenderung herbeiführen. Nach wie vor müssen die Ausführung umfangreicher wasserwirtschaftlicher Bodenmeliorationen, die Hebung der Saatgutzüchtung, die Besserung der Energie- und Düngerwirtschaft, die Beseitigung der Zersplitterung des Besitzes und der Gemenglage als die wesentlichsten Punkte

Aber die Wege, auf denen dieses Programm der Verwirklichung zugeführt werden soll, sind durch die Stürme, die über unser Vaterland dahinrasen, grundverschieden gestaltet worden. Das Parlament des alten Oesterreich wird die zur Ausführung des Programms nötigen, seit seiner Ankündigung im Parlament ausgearbeiteten Gesetzesvorlagen gewiß nicht mehr verabschieden. Noch sind nicht einmal die Grenzen des werdenden Deutschösterreich bestimmt. Es kann daher auch an eine Inkraftsetzung der nötigen Gesetze, von welcher Seite immer, nicht gedacht werden. Im deutschen Nationalrate haben wir den Keim für die kommende gesetzgebende Gewalt Deutschösterreichs zu erblicken. Gewiß, der Nationalrat hat heute größere Aufgaben zu lösen. Er muß erst den Grund für den Bau des neuen Staatsgebäudes legen. Allein alle Mitglieder des Nationalrates werden unmöglich an der Schaffung der neuen Verfassungsgesetze und der Einrichtung der Verwaltung mitarbeiten können. Es wäre eine verdienstliche Tat, wenn der Nationalrat ein engeres Komitee mit der Aufgabe betrauen würde, die Arbeiten, die für die Wiederaufrichtung der Landwirtschaft des zerfallenden Staates geleistet wurden, durchzuberaten. Nach der Fertigstellung des Staatsgebäudes könnte dann sofort an dessen wirtschaftliche Einrichtung geschritten werden. Die Zeit drängt, denn nur auf diesem Wege werden wir das Ernährungsproblem endgültig lösen.

Nur eine Frage, die der Energiewirtschaft, sei aus dem ganzen Programm noch hervorgehoben. Hier gilt bestimmt der Satz, daß, was sich für das Ganze eignet, nicht für einzelne Teile paßt. Bei der Kohlenarmut der Alpenländer wird in Zukunft der Ausnützung der Wasserkräfte eine erhöhte Rolle zukommen. Wir müssen uns aber dessen bewußt werden, daß für allzu ausgreifende Pläne in Deutschösterreich kein Raum ist. Wir müssen der Gefahr begegnen, daß eine allzu umfangreiche und allzu rasche Mobilisierung dieser Energien uns verleiten könnte, neue Großindustrien zu schaffen, für deren Belebung die Kraft unsres Volkes nicht ausreicht.

Das durch den Krieg und Unterernährung geschwächte deutsche Volk wird Mühe haben, die nötigen Arbeitskräfte zur Bearbeitung der heimischen Scholle und zur Versorgung der bestehenden Industrien aufzubringen. Die Schaffung neuer Großindustrien zur Ausnützung von Wasserkräften, die über den bestehenden und nur langsam fortschreitenden Bedarf mobilisiert werden sollten, würde die Gefahr zeitigen, daß die Unternehmer gezwungen wären, Volksfremde als Arbeitskräfte ins Land zu rufen. Damit würde im werdenden engeren Vaterlande der alte Leidensweg des deutschen Volkes im zerfallenden Oesterreich von neuem beginnen. Und davor mögen wir bewahrt bleiben!

Neues Wiener Tagblatt
10./XI. 1918

45

Die Approvisionierung im Kriege.

Lebensmittel von der Entente.

Bern, 8. November. Der Vertreter des Telegraphen-Korrespondenzbureaus erfährt von der amerikanischen Gesandtschaft, daß sich der Nahrungsmittelverwalter der Vereinigten Staaten Herbert Hover in einigen Tagen nach Europa als Spezialvertreter des Präsidenten Wilson einschiffen wird, um mit den alliierten Regierungen die Mittel zu beraten, wie den Völkern in Oesterreich und Ungarn Nahrungsmittel und andre Vorräte geliefert werden könnten. Hover wird diese Staaten besuchen und die ihm möglich erscheinenden Schritte unternehmen, um den Bevölkerungen, die von Hungersnot und Nahrungsmangel heimgesucht sind, beizustehen. Die Hauptsache sei, daß die eingesetzten Behörden respektiert werden und die öffentliche Ordnung aufrechterhalten bleibe, damit den leidenden Völkern schnelle und wirksame Hilfe zuteil werden könne.

Die Getreidelieferungen aus Argentinien gesichert.

Mitteilungen des Gesandten Dr. Perez an den Bürgermeister.

Der Gesandte der argentinischen Republik Dr. Fernando Perez, der sich bereit erklärte, dem Bürgermeister und der Stadt Wien bei der Beschaffung von Getreide aus seinem Lande zur Verfügung zu stehen, erschien gestern abend bei dem Bürgermeister. Er machte die Mitteilung, daß er die Note, die ihm Dr. Weiskirchner am 31. Oktober betreffend die Ernährungslage der Stadt Wien übergab, seiner Regierung telegraphisch zugesendet habe. Der Gesandte erklärte, daß er von seiner Regierung, die vom Inhalt der Note mit größtem Interesse Kenntnis nahm, den Auftrag habe, dem Bürgermeister folgendes mitzuteilen:

Die Stadt Wien ist berechtigt, für die Verpflegung ihrer Bevölkerung jedes notwendige Quantum an Brotgetreide und Mais in Argentinien aufzukaufen und diese Waren nach in argentinischer Währung erfolgter Bezahlung zu beziehen. Die argentinische Gesandtschaft ist berechtigt, die Depeschen des Bürgermeisters über den Abschluß der diesbezüglichen Verträge zu übermitteln. Der Gesandte erklärte, daß er außerordentlich glücklich sei, diese so überaus günstige Antwort der argentinischen Regierung dem Bürgermeister überbringen zu können. Die Antwort sei wohl geeignet, von der so schwer geprüften Stadt Wien das drohende Hungergespenst zu bannen.

Dr. Weiskirchner sprach zunächst seinen Dank und seine Freude für diese hocherfreuliche Nachricht aus. Er danke dem Gesandten insbesondere für seine rasche und erfolgreiche Tätigkeit im Interesse der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung von Wien.

Die Milchlieferungen.

Nach einer Mitteilung der Erzherzog Friedrichschen Güterdirektion in Ungarisch-Altenburg (Magyarovar) wurde die vom ungarischen Handelsministerium für den Wiener Konsum bereits freigegebene Milchlieferung der genannten Güterdirektion im Ausmaße von rund 4200 Liter täglich vom Stuhlrichteramte über Auftrag der Oberbehörde neuerlich beschlagnahmt und die Ablieferung dieser Milch nach Budapest verfügt. Der Wiener Bürgermeister hat sich aus diesem Anlasse unverzüglich telegraphisch an den ungarischen Minister für Volksernährung und den ungarischen Handelsminister gewendet, um die sofortige Freigabe dieser Milchsendung für Wien zu erwirken.

Neue Freie Presse
10./XI. 1918

Die Verhandlungen Wiens mit dem czechischen Staate.

Wien, 9. November.

Aus dem Rathause wird gemeldet: Die zur Verhandlung über die Beschaffung von Lebensmitteln aus dem czecho-slowakischen Staatsgebiete von der Gemeinde Wien entsendeten Vertreter Stadtrat Dr. Hein, Gemeinderäte Leitner und Skaret, Obermagistratsrat Dr. Ehrenberg und Dr. Goldhann, die sich mehrere Tage in Prag aufgehalten haben, sind, wie wir bereits gemeldet haben, gestern nach Wien zurückgekehrt. Sie haben beim Narodni Vybor und den sonst in Betracht kommenden Lebensmittelzentralstellen vorgesprochen und wiederholt eingehende Besprechungen mit dem Präsidenten des Vybor Dr. Soukup, mit dem Präsidenten der Landesgetreideverkehrsanstalt Dr. Viskovsky, dem Präsidenten der beiden Viehverkehrsgesellschaften Chalupka und Simana sowie dem Generaldirektor der czecho-slowakischen Bahnen Doktor Basta gepflogen.

Eine Entscheidung über die Belieferung Wiens mit Kartoffeln wurde dem Zeitpunkte vorbehalten, in welchem eine Uebersicht über die vorhandenen Bestände und den Bedarf des czecho-slowakischen Staates gegeben sein wird. Es werden darüber noch später Verhandlungen stattfinden. Hingegen wurde hinsichtlich der Ausfuhr anderer Lebensmittel, wie Wruken, Sauerkraut und Dörrgemüse, Zusicherungen gemacht, ebenso wurde die Lieferung kleinerer Mengen von Rindfleisch, Fischen und Geflügel, allenfalls auch von Graupen und Haferprodukten, in Aussicht gestellt.

Schließlich wurde die Erklärung abgegeben, daß der Durchfuhr von nach Wien bestimmten Lebensmitteln durch czecho-slowakisches Gebiet kein weiteres Hindernis mehr in den Weg gelegt wird.

Bei ihren Verhandlungen wurden die Vertreter der Gemeinde Wien von dem Abgesandten der deutschösterreichischen Regierung, Ernährungsdirektor Elbersch, der Donnerstag nach Prag kam, in wirksamer Weise unterstützt.

* * *

Der Staatsrat hat heute folgenden Beschluß gefaßt: Der Staatsrat nimmt mit Bedauern zur Kenntnis, daß die Verhandlungen, welche in bezug auf die Lieferung von Lebensmitteln und Kohle mit der czechischen Regierung gepflogen worden sind, trotz der eifrigsten Bemühungen und des opferbereitesten Entgegenkommens von unserer Seite vollständig ergebnislos geblieben sind.

Der Staatsrat erteilt der Staatsregierung den Auftrag, unverzüglich alle Verfügungen zu treffen, um die selbständige Landesverwaltung in den Provinzen Deutschböhmen und Sudetenland zu verwirklichen.

Argentinische Zusicherung von Brotgetreide für Wien.

Wien, 9. November.

In den Abendstunden erschien der Gesandte der argentinischen Republik, Perez, welcher sich bekanntlich dem Bürgermeister bei der Beschaffung von Getreide aus seinem Lande zur Verfügung gestellt hatte, im Rathause und teilte ihm mit, daß er auf telegraphischem Wege die Note des Bürgermeisters vom 31. Oktober über die Ernährungslage der Stadt Wien seiner Regierung übermittelt habe. Diese habe mit größtem Interesse den Inhalt der Note geprüft und ihn beauftragt, dem Bürgermeister folgendes mitzuteilen:

Die Stadt Wien ist berechtigt, für die Verpflegung ihrer Bevölkerung jedes notwendige Quantum an Brotgetreide und Mais in Argentinien aufzukaufen und diese Waren nach in argentinischer Währung erfolgter Bezahlung zu beziehen. Die argentinische Gesandtschaft ist berechtigt, die Depeschen des Bürgermeisters über den Abschluß der diesbezüglichen Verträge zu übermitteln. Der Gesandte erklärte, daß er außerordentlich glücklich sei, diese so überaus günstige Antwort der argentinischen Regierung dem Bürgermeister überbringen zu können, die geeignet sei, von der so schwer geprüften Stadt das drohende Hungergespenst zu bannen.

Der Bürgermeister nahm diese Mitteilung mit größter Freude zur Kenntnis und nahm die Gelegenheit wahr, dem argentinischen Gesandten den verbindlichsten Dank für seine rasche und erfolgreiche Tätigkeit im Interesse der Lebensmittelversorgung Wiens auszusprechen.

Die rascheste Inangriffnahme der Getreidelieferungen aus Argentinien.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat den Präsidenten des Staatsrates Dr. Adler und Staatssekretär Doktor v. Löwenfeld-Ruß sofort von den erfreulichen Mitteilungen des argentinischen Gesandten in Kenntnis gesetzt mit dem Bemerken, daß er selbstverständlich von den aus Argentinien bezogenen Mengen das für Wien Entbehrliche für die Ernährungszwecke Deutschösterreichs zur Verfügung stellen werde. Die Aktion gewinnt dadurch an Bedeutung, daß für die Durchführung derselben sowohl der diplomatische Draht zur Verfügung gestellt wird als auch der Gesandte Argentiniens zugesagt hat, bei der Beschaffung der Valuta seinen Einfluß geltend machen zu wollen. Man kann also rechnen, daß durch dieses abgekürzte Verfahren die Tätigung von Abschlüssen in Brotgetreide und Mais für Rechnung der Gemeinde Wien in Argentinien schon in den allernächsten Tagen erfolgen wird. Wenn, wie zu erwarten, die Aktion der anderen neutralen Diplomaten für die Versorgung Wiens und die Verhandlungen mit der Entente bald zu einem entsprechenden Ergebnis führen werden, so könnten die Verschiffungen aus Argentinien in nicht allzuferner Zeit beginnen. Das würde selbstverständlich für die ersten Monate des Jahres 1919 eine wesentliche Entspannung für die Ernährungssituation Wiens bedeuten.

Die Nahrungsmittelanshilfe Amerikas für Oesterreich und Ungarn.

Bern, 8. November.

Der Vertreter des Telegraphen-Korrespondenzbureaus erfährt von der amerikanischen Gesandtschaft, daß sich der Nahrungsmittelverwalter der Vereinigten Staaten, Herbert Hover, in einigen Tagen nach Europa als Spezialvertreter des Präsidenten Wilson einschiffen wird, um mit den alliierten Regierungen die Mittel zu beraten, wie den Völkern in Oesterreich und in Ungarn Nahrungsmittel und andere Vorräte geliefert werden könnten. Hover wird diese Staaten besuchen und die ihm möglich erscheinenden Schritte unternehmen, um den Bevölkerungen, die von Hungersnot und Nahrungsmangel heimgesucht sind, beizustehen. Die Hauptsache sei, daß die eingesetzten Behörden respektiert werden und die öffentliche Ordnung aufrechterhalten bleibe, damit den leidenden Völkern schnelle und wirksame Hilfe zuteil werden könne.

11./IV. 1918

47

Die Approvisionierungsverhältnisse in Böhmen.

Eine Deputation der Eisenbahner aus Böhmen, geführt von den Abgeordneten Stanek, Dr. Zahradnik, Doktor Hübschmann, Aust und Tomaschek sowie dem früheren Abgeordneten Burzival, hatte gestern mit dem Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler, dem Eisenbahnminister Ferdinand v. Banhans und dem Präsidenten des Ernährungsamtes Dr. Paul eine zweieinhalbstündige Beratung über den Brot-, Mehl-, Fett- und Kartoffelmangel in Prag, die zur Erörterung der Lebensmittelversorgung in ganz Oesterreich führte. Nachdem der Abgeordnete Stanek die Regierung aufgefordert hatte, genügende Nahrungsmittel nach Prag im Wege der freien Versorgung gelangen zu lassen, teilte Burzival die Beschlüsse der Prager Abgeordneten mit, es sei jedwede Ausfuhr aus Böhmen einzustellen und die Regierung habe den Ersatz für die fehlenden Lebensmittel zu beschaffen. Der Statthalter Graf Coudenhove sei über die Notlage informiert. Die Verhandlungen mit den Zentralen und Behörden gipfeln immer in der Aufforderung an die Bürger, sich an die Abgeordneten zu wenden. Die Prager Abgeordneten lehnen jedoch jede Verantwortung ab. In Prag fehlten in der letzten Woche 174.000 Kilogramm Brot. Die Bäckereien für Arbeiter und Angestellte besitzen Mehl bloß für 2 bis 3 Tage. Das sind Ziffern, die Graf Coudenhove bestätigen müsse. Die Regierung sei verpflichtet, zu helfen. Auch das der Stadt Prag versprochene Kraut sei infolge Widerstandes der „Geos" nicht angekommen. Dr. v. Seidler richtete an die Deputation die Frage, wie geholfen werden solle und ob sie selbst welche Vorschläge machen wolle. Die Regierung sei bereit, über einen jeden hilfeversprechenden Plan zu verhandeln. Präsident Paul versichere, Prag und Böhmen werden Lebensmittel zugeführt. Für Prag seien 200 Waggons rumänischen Mehles kontingentiert. Diese Menge konnte jedoch nicht eingehalten werden. In der vorletzten Woche wurde sie auf 80, in der letzten auf 70 herabgemindert. In bezug auf den Freihandel müßte zunächst die Militärverwaltung in der Ukraine eine Requisition zur Feststellung der Preise vornehmen, dann erst wären die Kommissionäre zuzulassen. Würden die Händler früher hinkommen, so hätte dies den Kettenhandel zur Folge. In der Ukraine wird der ausfuhrfähige Viehstand auf 30.000 Stück, die Ausfuhrmenge der Erdäpfel auf 12.000 Waggons geschätzt, es werde jedoch einer längeren Zeit zu deren Gewinnung bedürfen. Der Kartoffelmangel entstand in Oesterreich dadurch, daß statt 20 Millionen Meterzentner nur 9½ Millionen dem Staate abgeliefert wurden. Wo sind die anderen? Das sei eine Sache, die nicht bloß Böhmen, sondern ganz Oesterreich angehe. Präsident Paul erklärte, gegen die Selbsthilfe hätte er nichts einzuwenden, im Gegenteil angeordnet, daß der Beschaffung von Lebensmitteln auf dem Lande seitens der Städte die Gendarmerie keine Schwierigkeiten bereiten dürfe.

Vom Eisenbahnminister wurde verlangt: Die allgemeine Erhöhung der Löhne und Bezüge der Angestellten, Einrechnung der Kriegsjahre in die Provisionen und ins Avancement, Einrechnung eines Teiles der Teuerungszuschläge in die Pensionsgenüsse. Baron Banhans erwiderte, die Antwort erfordere die Zustimmung des Finanzministers, weil die Staatsbahnen jetzt passiv sind und einen Jahreszuschuß von 500 Millionen Kronen erfordern. Soweit sein Ressort allein in Frage komme, wolle er alles tun, was mit dem Budget vereinbar ist.

Tägliche Rundschau
12./11. 1918

12
48

Die Berliner Lebensmittelversorgung.

Stadtrat Simonsohn erklärte einem Mitarbeiter der „B. B. Z." auf die Frage, ob Stockungen in der Ernährungswirtschaft vorgekommen seien, folgendes: Die Lebensmittellager sind von den Soldatenräten beschützt, und es wird verhindert, daß ein Unberufener Mehl erhält. Ebenso vollzieht sich die Abfuhr des Mehls in geregelter Weise. Das Publikum hat sich leider zu Angstkäufen von Brot hinreißen lassen, indem es auf die Brotkarten der nächsten Woche Vorkauf nahm. Die Bäcker haben sich in Nichtachtung der bestehenden Vorschriften diesem Verlangen nicht widersetzt. Das Publikum ist deshalb, soweit etwa die Brotversorgung im Augenblick nicht klappt, selbst daran schuld und vergrößert durch seine Vorkäufe die allgemeine Nervosität. Die Stadt Berlin ist auf einige Wochen mit Mehl eingedeckt, so daß eine Störung nicht notwendig ist. Die Milchversorgung hat durch die Unterbrechung des Bahnverkehrs sehr gelitten, besonders, da der Lehrter Bahnhof Berlins größter Milchbahnhof ist. Die Eisenbahndirektion hat aber die baldige Behebung dieser Schwierigkeiten in sichere Aussicht gestellt, und wir hoffen, daß sie in absehbarer Zeit behoben sind.

Österr. Volkszeitung
12./XI. 1918

40

Ein Alkoholverbot.

Für heute und morgen in Kraft.

Der Staatsrat hat ein Alkoholverbot für den heutigen wie für den morgigen Tag beschlossen. Die Erlassung eines allgemeinen Alkoholverbotes wird von der Staatskanzlei vorbereitet.

Arbeiterzeitung
12./VI. 1918

50

Der Mangel an Seife und Waschmitteln. In der jüngsten Zeit macht sich ein bedrohlicher Mangel an Seife und Waschmitteln bemerkbar, der dazu geführt hat, daß in den meisten Geschäften schon seit Wochen keine Kriegsverbandseife aufzutreiben ist. Die Verantwortung für diese Erscheinung trifft, wie der Kriegsverband der Oel- und Fettindustrie mitteilt, nicht den Kriegsverband, sondern vielmehr jene Faktoren, welchen die Kohlenaufbringung für die gesamte Oel- und Fettindustrie obliegt. Droht doch der Kohlenmangel in dieser Industrie in kürzester Zeit zu einer Katastrophe zu führen, deren wirtschaftliche und sanitäre Konsequenzen gar nicht abzusehen sind. Die wichtigste Grundlage unserer Fettwirtschaft bilden gegenwärtig die pflanzlichen Oele, die in sehr geringen Mengen und für besondere Zwecke in flüssigem Zustand, zum weitaus größten Teil in der Form von Hartfetten den mannigfachsten Verwendungszwecken dienstbar gemacht werden. Da diese Oele fast durchwegs im Inland erzeugt werden, beginnen die Schwierigkeiten zunächst schon in den Oelfabriken, welche infolge Kohlenmangels außerstande sind, die gesamten ihnen zugewiesenen Oelsaaten zu verpressen und die gewonnenen Oele und Oelkuchen termingemäß abzuliefern. Daraus ergeben sich vor allem Verzögerungen für die Härtung der Oele. Eine Verschärfung erfahren diese Schwierigkeiten noch dadurch, daß die Härtungsanlagen — von denen wir nur zwei in Oesterreich besitzen — wiederum infolge Kohlenmangels nicht einmal die bereits übernommenen Oelmengen glatt aufarbeiten können. Bei dem Umstand, daß diese Hartfette für die Versorgung der Bevölkerung der Städte und Industriezentren mit Speisefett gegenwärtig von ausschlaggebender Wichtigkeit sind, machen sich derartige Stockungen naturgemäß sehr empfindlich fühlbar. Die bei der Erzeugung von speisefähigen Hartfetten resultierenden Rückstände bilden neben den auf dem Wege der Spaltung gewonnenen Fettsäuren den Grundstock der Waschmittelversorgung. Auch sie können nun infolge der Unterbindung der Oelhärtung und der Fettspaltung — diese benötigt ebenfalls Kohlen — nicht rechtzeitig den verarbeitenden Betrieben angeliefert werden, und so gerät auch die Erzeugung von Seife und Waschpulver ins Stocken. Gelingt es aber mit vieler Mühe, die Fettsäuren dem Seifenerzeuger zuzuführen, dann setzt sich dort wiederum der Kampf um jene Kohlenmengen fort, die bei Herstellung dieser Waschmittel erforderlich sind. Die gleichen Erscheinungen ergeben sich auch bei der Fabrikation der übrigen vom Kriegsverband der Oel- und Fettindustrie bewirtschafteten Fettprodukte. Aber auch indirekt beeinträchtigt der Kohlenmangel die Waschmittelversorgung und macht die Durchführung des vom Kriegsverband der Oel- und Fettindustrie sorgfältig aufgestellten Versorgungsplanes unmöglich. Den Seifen- und Waschpulvererzeugern fehlt überall das zur Bereitung fetthaltiger Waschmittel unentbehrliche Aetznatron sowie die gleich wichtige Ammoniaksoda; die Sodafabriken sind jedoch lediglich infolge Kohlenmangels nicht imstande, ihre Produktion auch nur halbwegs aufrecht zu erhalten und die ihnen vorgeschriebenen Kontingente zu liefern. Die Solnay-Werke in Hostomitz, die Schicht-Werke in Aussig und die Censon-Werke in Krischwitz bei Tetschen und viele andere Werke im nordböhmischen Braunkohlenbecken erhalten seit Wochen nicht jene Kohlenmengen geliefert, die eine ungestörte Aufrechterhaltung der Betriebe ermöglichen. Ebenso sind fast alle Knochenfettfabriken des Verbandes, in denen Hunderte Wagenladungen von Knochen liegen, durch den Kohlenmangel zum Stillstand gezwungen, wodurch Berge von mühsam gesammelten Knochen verkommen und das darin enthaltene Knochenfett verloren geht. Ein Hindernis für den Abtransport der fertigen Produkte bilden auch der Waggonmangel und die Transportschwierigkeiten auf den Bahnen. So standen beispielsweise bei den Schicht-Werken in Aussig vor kurzem Waschmittelmengen versandbereit, die für den quotenmäßigen Bedarf von vier Millionen Verbrauchern ausgereicht hätten. Trotz aller Interventionen war es nicht möglich, diese Mengen rechtzeitig zu versenden, weil die Bahn außerstande war, die erforderlichen Waggons beizustellen. Die Stauung der fertigen Ware wirkte auf die weitere Erzeugung und Neuaufnahme von Material derart zurück, daß dieses große Unternehmen für einige Zeit stillgelegt werden mußte, um nach und nach Luft zu schaffen.

Fremdenblatt
13./XI. 1918

52

Die Wirtschaftsfragen.

Lebensmittellieferungen gegen Industrieartikel an die Nationalitätenstaaten.

Auf Beschluß des Staatsrates wird vom Staatsamte für Volksernährung im Einvernehmen mit dem Staatsamte für Kriegs- und Uebergangswirtschaft mitgeteilt: Die deutschösterreichische Regierung führt gegenwärtig Verhandlungen mit den Regierungen der anderen Nationalitätenstaaten und deren Vertretern wegen Lieferung von Lebensmitteln an Deutschösterreich. Die von uns gewünschten Lebensmittellieferungen werden vielfach von Kompensationslieferungen in Industrieartikeln abhängig gemacht. Es erscheint zweckmäßig und notwendig, daß solche Kompensationsverhandlungen einheitlich von den zuständigen Zentralstellen geführt werden. Sonderverhandlungen einzelner deutschösterreichischer Stellen (Landesregierungen, städtische Verwaltungen usw.) und von diesen eingeräumte Zugeständnisse von Kompensationslieferungen in Industrieartikeln sind, abgesehen davon, daß diesen Stellen kein Verfügungsrecht über staatlich bewirtschaftete Artikel zukommt, geeignet, die offiziellen Verhandlungen nachteilig zu beeinflussen, die von der deutschösterreichischen Regierung durch die Staatsämter des Aeußern, der Volksernährung und für Kriegs- und Uebergangswirtschaft geführt werden. Es ist daher wünschenswert, daß die in Betracht kommenden Stellen solche Sonderverhandlungen unterlassen und daß sie, falls sich ihnen Gelegenheit bietet, von anderen Staaten Lebensmittel im Verhandlungswege gegen Kompensationsware, über welche sie rechtsmäßig verfügen, zu erhalten, das Staatsamt für Volksernährung hievon verständigen. Das Staatsamt für Volksernährung wird die Ermächtigung zur Einleitung solcher Verhandlungen unter Bekanntgabe der einzuhaltenden Grundsätze auf dem kürzesten Wege erteilen. Bereits abgeschlossene und in Durchführung begriffene Kompensationslieferungsgeschäfte dieser Art bleiben selbstverständlich aufrecht, doch haben die betreffenden Stellen den Inhalt der getroffenen Abmachungen dem Staatsamte für Volksernährung zur Kenntnis zu bringen.

Arbeiterzeitung
13./XI. 1918

52

Verhandlungen mit den anderen Staaten wegen Lebensmittel. Auf Beschluß des Staatsrates wird vom Staatsamt für Volksernährung im Einvernehmen mit dem Staatsamt für Kriegs- und Uebergangswirtschaft mitgeteilt: Von der deutschösterreichischen Regierung werden gegenwärtig Verhandlungen mit den Regierungen der anderen Nationalitätenstaaten und deren Vertretern wegen Lieferung von Lebensmitteln an Deutschösterreich geführt. Die von uns gewünschten Lebensmittellieferungen werden vielfach von Kompensationslieferungen in Industrieartikeln abhängig gemacht. Es erscheint zweckmäßig und notwendig, daß solche Kompensationsverhandlungen einheitlich von den zuständigen Zentralstellen geführt werden. Sonderverhandlungen einzelner deutschösterreichischer Stellen (Landesregierungen, städtische Verwaltungen u. s. w.) und von diesen eingeräumte Zugeständnisse von Kompensationslieferungen in Industrieartikeln sind, abgesehen davon, daß diesen Stellen kein Verfügungsrecht über staatlich bewirtschaftete Artikel zukommt, geeignet, die offiziellen Verhandlungen nachteilig zu beeinflussen, die von der deutschösterreichischen Regierung durch die Staatsämter des Aeußern, der Volksernährung und für Kriegs- und Uebergangswirtschaft geführt werden. Es ist daher wünschenswert, daß die in Betracht kommenden Stellen solche Sonderverhandlungen unterlassen und daß sie, falls sich ihnen Gelegenheit bietet, von anderen Staaten Lebensmittel im Verhandlungsweg gegen Kompensationsware, über welche sie rechtmäßig verfügen, zu erhalten, das Staatsamt für Volksernährung hievon verständigen. Das Staatsamt für Volksernährung wird die Ermächtigung zur Einleitung solcher Verhandlungen unter Bekanntgabe der einzuhaltenden Grundsätze auf dem kürzesten Wege erteilen. Bereits abgeschlossene und in Durchführung begriffene Kompensationslieferungsgeschäfte dieser Art bleiben selbstverständlich aufrecht, doch haben die betreffenden Stellen den Inhalt der getroffenen Abmachungen dem Staatsamt für Volksernährung zur Kenntnis zu bringen.

Reichspost
13./XI. 1918

53

Versorgungsfragen.

Eine Unterstützungsorganisation Wilsons für die Mittelmächte.

Washington, 12. November. (Drahtlos.)

In einer Ansprache auf dem Kongreß sagte Präsident Wilson, die Alliierten beabsichtigen, die Mittelmächte mit Lebensmitteln zu versorgen und sofort eine Unterstützungsorganisation wie früher für Belgien ins Leben zu rufen.

Clémenceau für eine Lebensmittelaushilfe für Oesterreich und Deutschland.

Paris, 12. November. (Havas.)

Clémenceau sagte in einer Ansprache an Journalisten, Deutschland habe mit seiner Kapitulation bis zur Erschöpfung gewartet und sei jetzt außerstande, seine Lebensmittelvorräte anzufüllen. Da die Lage in Deutschland und Oesterreich-Ungarn verzweifelt sei, würden die Alliierten ihnen bis zum äußersten beistehen, da sie für und nicht gegen die Menschlichkeit kämpfen.

Neue Freie Presse Abend 13./XI. 1918
54 a 13

Zufuhr von Nahrungsmitteln aus der Entente.

Eine Meldung aus Berlin.

Wien, 13. November.

Der dritte, gewichtigste Grund für die Erhaltung der Ruhe und Ordnung in Wien und Deutschösterreich ist eine Nachricht, die aus Deutschland kommt. Zu den Waffenstillstandsbedingungen wurde der Satz hinzugefügt: Die Alliierten und die Vereinigten Staaten von Amerika beschäftigen sich mit der Frage der Lebensmittelversorgung Deutschlands während des Waffenstillstandes in dem für notwendig erachteten Maße. Deutschland kann somit erwarten, daß die Not an Lebensmitteln durch Zufuhren der Entente rasch beendigt sein werde. Wir sind noch mehr als Deutschland auf solche Zufuhren angewiesen. Auch hier könnte die Not sich bald mildern. Die Aussicht, daß die Bevölkerung von dem schweren Druck, der auf ihr lastet, in naher Zeit erlöst sein werde, ist gewiß ein zureichender Grund, zu verhüten, daß durch Unordnung im Verkehr, in den Transporten und in den Straßen die Einfuhr von Nahrungsmitteln entweder verhindert oder verzögert werde. Die Beruhigung ist ein Lebensinteresse. Die Ordnung muß verbürgt werden. Das ist keine Parteifrage, sondern eine Volksfrage.

Wilson über die Nahrungsfrage.

Milderung der Bedingungen des Waffenstillstandes gegenüber Deutschland.

Wien, 13. November.

Die Entente hat selbst eingesehen, daß die Bedingungen des Waffenstillstandes durch ihre Härte einen Verzweiflungszustand in Deutschland herbeiführen könnten. Jetzt ist in Paris und in London noch Siegesrausch. Ob die Demobilisierung, die Rückkehr vieler Millionen Menschen von der Front ins Hinterland nicht auch dort mit Krisen verbunden sein werde, diese Frage wird die Erfahrung beantworten. Die Demobilisierung ist stets die härteste Probe für den sozialen Frieden. Die Entente ist nicht frei von solchen Besorgnissen und deshalb wurden einzelne Bestimmungen des Waffenstillstandes gemildert. Besonders kennzeichnend ist, daß selbst die Entente die Räumung sämtlicher Ostgebiete nicht mehr verlangt, sondern nur den Zeitpunkt sich selber vorbehält.

Präsident Wilson hat die Besorgnisse, die ihm die Rückwirkungen des überflüssig lange verschleppten Krieges einflößen, in einer Ansprache an den Kongreß nicht verborgen. Er hat die Frage aufgeworfen, welche Regierungen in den Ländern der besiegten Feinde den Frieden und dessen Dauer verbürgen. Er gibt zu, daß diese Frage jetzt nicht befriedigend beantwortet werden könne. Er spricht die Hoffnung aus, daß diese Völker den Weg der Selbstbeherrschung und friedlichen Anpassung suchen werden.

Die Versicherung des Präsidenten, daß der Kriegsrat in Versailles durch einstimmigen Beschluß den Vertretern der Mittelmächte gesagt habe, es werde alles, was möglich sei, geschehen, um sie mit Lebensmitteln zu versorgen, befreit auch Deutschösterreich vom schwersten Kummer. Denn die noch immer ungelöste Aufgabe der Nahrungsversorgung bleibt ein Alp, der auf der Bevölkerung lastet. Ruhe und Ordnung sind leichter zu verbürgen, wenn das Volk nicht Hunger leiden muß. Der Präsident hat in seiner Rede erklärt, daß die Schritte sofort eingeleitet werden und daß die Zufuhr in ähnlicher Weise geschehen solle, wie bei der Versorgung Belgiens mitten im Kriege. Auf diese Weise hofft er, die Völker vor vollständiger Verelendung zu retten. Vieles wäre anders gekommen, wenn die Entente den Sieg nicht bis auf die letzte Neige hätte ausschlürfen wollen.

Neue Freie Presse
13./IV. 1918.

55

Aktionen des österreichischen Roten Kreuzes.

Die Bundesleitung der Oesterreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuze hat sich an das Genfer Zentralkomitee gewendet, um durch dessen Vermittlung die Roten-Kreuz-Vereine sämtlicher Staaten zu einer Hilfsaktion für die Ernährung der Kranken und der Kinder Deutschösterreichs zu gewinnen. Das amerikanische Rote Kreuz hat sich bereit erklärt, unter Führung amerikanischer und schweizerischer Vertrauensmänner von der Schweiz aus einen Zug mit Lebensmitteln nach Deutschösterreich für unsere Zivilspitäler zu schicken und hiebei Innsbruck, Salzburg, Linz und selbstverständlich Wien zu bedenken. Die Verteilung wird durch das österreichische Rote Kreuz unter Kontrolle der erwähnten Vertrauensmänner erfolgen.

In Erfüllung einer vom österreichischen Roten Kreuze an das Internationale Komitee in Genf gerichteten Bitte hat der Oberste Befehlshaber der italienischen Armee sämtliche militärischen Stellen angewiesen, die in den besetzten Gebieten verbliebenen Sanitätsanstalten, Formationen und Materialien des österreichischen Roten Kreuzes zugunsten der Verwundeten und Kranken der Armee der Zentralmächte zu verwenden.

Vossische Zeitung
14/11 1918

14/11

56

Keine Lebensmittel ohne Karte! In allen die Ernährung von Groß-Berlin betreffenden Angelegenheiten gelten nur die Anordnungen, die von dem Bevollmächtigten für das Ernährungswesen, Emanuel Wurm, unterzeichnet sind. Sonderanordnungen irgend welcher anderen Stellen sind ungültig. Hiernach ist die Mitteilung des Vollzugsausschusses des Soldatenrats, Magistrat und Gemeindebehörde seien verpflichtet, die Lebensmittelkarten auf Ausweise von den zuständigen Soldatenräten auszuhändigen, ungültig. Es wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß niemand, auch keine Militärperson, berechtigt ist, Brot, Kartoffeln, Fleisch oder andere rationierte Lebensmittel ohne Vorlegung der betr. Karte und Abtrennung der entsprechenden Abschnitte zu beziehen.

Berliner Lokalanzeiger
14./11. 1918.

14/11
57

Die Lebensmittel-Ausweise.

Der Vollzugsrat des A.- und S.-Rates veröffentlicht unter dem 13. November folgende Bekanntmachung:

In allen die Ernährung von Groß-Berlin betreffenden Angelegenheiten gelten nur die Anordnungen, die von den Bevollmächtigten für das Ernährungswesen Emanuel Wurm untergezeichnet sind. Sonderanordnungen irgendwelcher anderen Stellen sind ungültig.

Vorstehendes veröffentliche ich mit dem Bemerken, daß hiernach die Mitteilung des Vollzugsausschusses des Soldatenrates, Magistrat und Gemeindebehörden seien verpflichtet, die Lebensmittelkarten auf Ausweise von den zuständigen Soldatenräten auszuhändigen, ungültig ist. Vielmehr gilt lediglich die von mir erlassene Vorschrift über „Lebensmittelkartenausgabe für Soldaten", die an den Säulen angeschlagen ist.

Am 12. November habe ich folgende Bekanntmachung erlassen:

„Arbeiter! Bürger! Zur Sicherstellung der Lebensmittelversorgung ist es unbedingterforderlich, daß rationierte Lebensmittel nur auf Karten verabfolgt und entnommen werden. Zuwiderhandlungen verletzen die Interessen der Allgemeinheit und gefährden den Kampf des Volkes um seine Freiheit. Sie werden daher auf das allerstrengste geahndet werden."

Diese Bekanntmachung bringe ich heute erneut unter besonderem Hinweis auf ihren Schlußsatz in Erinnerung und weise nachdrücklichst darauf hin, daß niemand, auch keine Militärperson, berechtigt ist, Brot, Kartoffeln, Fleisch oder andere rationierte Lebensmittel ohne Vorlegung der betr. Karte und Abtrennung der entsprechenden Abschnitte zu beziehen.

Für den Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates. Der Bevollmächtigte für das Ernährungswesen: Emanuel Wurm.

Neues Wiener Tagblatt Abendbl
14./XI. 1918

58

Die Lebensmittelversorgung Europas

London, 13. November. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Im Unterhause erklärte Bonar Law gelegentlich der Einbringung der Kreditvorlage für das laufende Finanzjahr:

Wir und die andern Alliierten werden dafür sorgen müssen, Lebensmittel nach Europa zu bringen, was für das Land eine größere Ausgabe, aber keine dauernden Lasten bedeuten würde.

London, 13. November. Die „Times" meldet aus Washington: Die begeisterte Friedensstimmung in Amerika bedeutet nicht, daß auch die Rührigkeit im Ergreifen der Maßregeln nachlassen werde, die getroffen werden sollen, um Europa mit Lebensmitteln zu versorgen. Was Präsident Wilson darüber im Kongreß mitgeteilt hat, wurde mit ebenso lebhaftem Beifall begrüßt wie das, was er früher durch Foch darüber mitteilen ließ. Die Presse äußert sich günstig über den Antrag, der dem Lebensmittelkontrolleur Hoover erteilt wurde. Man hat in Amerika das Gefühl, daß es Pflicht des Landes, dessen Opfer im Kriege verhältnismäßig gering waren, sei, Europa mit Lebensmitteln und andern notwendigen Artikeln zu helfen. Man stimmt allgemein mit der Ansicht des Präsidenten überein, daß die Aufbringung von Lebensmitteln das beste Mittel zur Verhütung revolutionärer Entwicklungen sei.

Neue Freie Presse
14./XI. 1918

59

Die Lebensmittelaushilfe durch die Entente.

Von unterrichteter Seite.

Wien, 13. November.

In der Ansprache, welche Präsident Wilson im Kongreß über die Bedingungen des Waffenstillstandes gehalten hat, erklärte er unter anderm, daß die Vertreter der Alliierten im obersten Kriegsrat zu Versailles durch einstimmigen Beschluß den Vertretern der Mittelmächte versichert hätten, es solle alles, was den Umständen zufolge möglich ist, geschehen, um sie mit Lebensmitteln zu versorgen. Es sollen unmittelbar Schritte getan werden, diese Unterstützungsmaßregeln in systematischer Weise zu organisieren, wie es in Belgien geschehen ist. Mit Hilfe des brachliegenden Schiffsraumes dürfte es alsbald möglich sein, die unterdrückten Völker von vollständiger Verelendung zu befreien.

Durch diese Erklärung des Präsidenten Wilson ist den Behörden, welche das verantwortungsvolle Amt haben, die Ernährung von Deutschösterreich sicherzustellen, im gegenwärtigen Stadium eine schwere Sorge zum Teil abgenommen worden. Man wird nicht einen Augenblick zögern, in Verhandlungen mit der Entente zu treten, und tatsächlich bemüht sich das Staatsamt für auswärtige Angelegenheiten bereits nachdrücklich, diese Verhandlungen mit den Alliierten in der allernächsten Zeit in Fluß zu bringen. Wie und auf welcher Grundlage diese Beratungen geführt werden dürften, läßt sich heute noch nicht genau angeben. Jedenfalls hat man für die Feststellung des Bedarfes Deutschösterreichs eine ausreichende Basis, da ja durch die Kontingentierung und Rationierung der Lebensmittel der Bedarf Deutschösterreichs bis ins Detail festgestellt ist und anderseits der Ueberblick über die noch vorhandenen Vorräte leicht ist. Es läßt sich also ziffernmäßig genau konstatieren, was und woran es Deutschösterreich fehlt, und man kann Wilson, beziehungsweise dessen Beauftragten diesbezügliche Berechnungen jederzeit zur Verfügung stellen.

Amerika selbst kann uns gewiß große Aushilfe an wichtigen Artikeln leisten. Vor allem hat es an Getreide, Fett, Gefrierfleisch großen Ueberfluß und ist in der Lage, uns von diesen für uns so wertvollen Artikeln reichliche Quantitäten zu liefern. Amerika hat sich auf eine längere Kriegführung eingerichtet und gewiß außerordentlich große Vorräte aufgestapelt. Wenn die Verhandlungen der maßgebenden Stellen von Deutschösterreich mit den Vertretern Amerikas und den Vertretern der Alliierten in kurzer Zeit aufgenommen und, wie zu hoffen ist, auch bald zu einem befriedigenden Abschluß gelangen werden, so könnten vier bis sechs Wochen später große Mengen von Lebensmitteln aus Amerika bei uns eintreffen.

Neue Freie Presse

14./XI. 1918

60

Die Lebensmittellieferungen Amerikas für Europa.

Washington, 13. November.

Reuter meldet: Hover ermahnt die Amerikaner zu weiterer Sparsamkeit im Verbrauche von Weizen und Fetten, um die Lebensmittelversorgung Europas zu erleichtern. Zu diesem Zwecke müsse Nordamerika 20 Millionen Tonnen Lebensmittel gegen ein normales Quantum von 6 Millionen liefern. Hover schilderte die Hungersnot in einigen europäischen Ländern, deren Behebung auch die Kräfte Amerikas übersteige.

Meldung über Erlaubnis von Nahrungsmitteltransporten durch deutsche Schiffe.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Genf, 13. November.

Die Entente gestattet deutschen Handelsschiffen Nahrungsmitteltransporte für den deutschen Bedarf unter britisch-amerikanischer Kontrolle.

Neue Freie Presse

14./XI. 1918

61

Maßnahmen des Staatsrates in der Ernährungsfrage.

Verhandlungen mit Deutschland und der Entente.

Wien, 13. November.

In der heutigen Kabinetssitzung kam die wirtschaftliche Lage Deutschösterreichs zu ausführlicher Beratung. Infolge der immer wirksamer werdenden Absperrung des czechoslowakischen und jugoslawischen Gebietes gestaltet sich der Versorgungszustand immer bedrohlicher. Die unablässigen Verhandlungen führen zu spärlichen oder verspäteten Abschlüssen. Darum hat die Regierung die sofortige Wiederaufnahme von Verhandlungen mit dem Deutschen Reich und mit der Entente eingeleitet. Da diese Verhandlungen viel eher Erfolg versprechen, hat der Staatsrat beschlossen, einerseits eine Abordnung nach Berlin zu entsenden, anderseits mit den Ententestaaten direkt in Verbindung zu treten.

Unterstaatssekretär Dr. Bauer an Minister Haase.

Unterstaatssekretär Dr. Bauer hat an den Volksbevollmächtigten für Aeußeres Haase in Berlin ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt: Wir bitten Sie und die deutsche Regierung, diese Bestrebungen des deutschen Volkes in Oesterreich zu unterstützen und in direkte Verhandlungen mit uns über die Vereinigung Deutschösterreichs mit der deutschen Republik und über die Teilnahme an der Gesetzgebung und Verwaltung des Deutschen Reiches einzutreten. Wir bitten Sie, uns Gelegenheit zu geben, uns mit Ihnen über alle Fragen der Friedensverhandlungen ins Einvernehmen zu setzen und diese Verhandlungen in engster Freundschaft miteinander zu führen. Wir bitten Sie schließlich auch, unserer schweren augenblicklichen Not Ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Da sich die neuen slawischen Nationalstaaten, die aus dem Zusammenbruch Oesterreichs hervorgegangen sind, gegen uns vollständig absperren, leiden wir bittere Not an Kohle und Lebensmitteln. Wir bitten Sie, Ihren Einfluß dafür einzusetzen, daß wir die unentbehrliche Aushilfe an Kohle und Lebensmitteln voll und schnell bekommen.

Ostdeutsche Rundschau
15./XI. 1918

62 D 15

Die Ernährungslage.

Von seiten des Staatsrates wird verlautbart: Infolge der immer wirksamer werdenden Absperrung des tschecho-slowakischen und jugoslavischen Gebietes gestaltet sich der Versorgungszustand immer bedrohlicher. Die unablässigen Verhandlungen führen zu spärlichen oder verspäteten Abschlüssen. Darum hat die Regierung die sofortige Wiederaufnahme von Verhandlungen mit dem Deutschen Reiche und mit der Entente eingeleitet. Da diese Verhandlungen viel eher Erfolg versprechen, hat der Staatsrat beschlossen, einerseits eine Abordnung nach Berlin zu entsenden, anderseits mit den Ententestaaten direkt in Verbindung zu treten. In Vertretung des Staatsrates werden die Abgeordneten Dr. v. Langenhan und Dr. Ellenbogen der Abordnung angehören, die sich nach Berlin begibt.

Neue Freie Presse

15./XI. 1918

64

Besserung der Ernährungslage.

Großer Fettwarenankauf in Amerika.

Wien, 14. November.

Nach den heute verlautbarten Meldungen ist es der „Dezeg" gelungen, durch Vermittlung ihrer Filiale in Holland den ersten Lieferungsvertrag in Fettware direkt mit einer der bedeutendsten Firmen in Chicago zum Abschluß zu bringen. Die Ware wird sofort nach Erledigung der Formalitäten, welche im Waffenstillstandsvertrag festgesetzt wurden, abschwimmen können.

Die Lebensmittellieferung der Entente.

Eine Zusicherung Wilsons an das deutsche Volk.

Washington, 13. November.

Auf den Appell des Reichskanzlers Ebert hat Präsident Wilson eine beruhigende Antwort an das deutsche Volk abgeschickt, worin er verspricht, mit Lebensmittellieferungen zu helfen, um den Notstand zu lindern. Er verlange aber gleichzeitig die Zusicherung, daß die öffentliche Ordnung in Deutschland aufrechterhalten und eine gerechte Verteilung der Lebensmittel gewährleistet werde.

Erklärung des englischen Lebensmittelkontrollors.

London, 13. November.

Reuter meldet: Im Unterhause erklärte im Laufe der Debatte über die Kreditvorlagen Lebensmittelkontrollor Clynes, die Kontrolle über die Vorräte und das Getreide müßten bestehen bleiben, bis normale Zeiten gekommen seien. Der Sieg lege den Alliierten ebenso Verpflichtungen auf wie der Krieg. Sie hätten die Pflicht, die notleidenden Länder zu ernähren. Es sei eine Genugtuung für ihn, daß es ihm im Zusammenwirken mit dem Lebensmittelkontrollor der Vereinigten Staaten Hoover möglich gewesen sei, eine internationale Organisation zu schaffen, durch die dem hungernden Feinde Hilfe gebracht werden könne. Die Alliierten und die Neutralen hätten natürlich den Vorzug, aber der Sieg habe den Alliierten die Pflicht auferlegt, für die sofortigen Bedürfnisse des geschlagenen Feindes zu sorgen. Das Lebensmittelministerium sei darüber unterrichtet, was die hungernden Nationen brauchen, und es werden Maßregeln zur raschen Hilfeleistung getroffen werden.

Die deutschen Schiffe für die Weltversorgung mit Nahrungsmitteln.

Rotterdam, 14. November.

Nach dem „Nieuwe Rotterdamsche Courant" verlautet in hiesigen Schifferkreisen, daß die Alliierten alle deutschen Schiffe für eine bestimmte Zeit zu chartern gedenken, um mit ihrer Hilfe die Lebensmittelversorgung der ganzen Welt durchzuführen. Die Kriegsentschädigung werde sich um den Betrag des Wertes dieser Schiffe weiter verringern.

Arbeiterzeitung
15./XI. 1918

65

Unsere Lebensmittelversorgung. Ueber den gegenwärtigen Stand unserer Lebensmittelversorgung, soweit er besonders die Stadt Wien betrifft, sind gestern von einigen Wiener Blättern alarmierende Nachrichten verbreitet worden. Vom deutschösterreichischen Staatsamt für Volksernährung, an das wir uns gewendet haben, erhalten wir dazu folgende Darstellung: Was unsere Versorgung mit Mehl und Brot anlangt, so sind wir damit noch für längere Zeit gedeckt. Auch die Fettversorgung reicht bei Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Fettquote jedenfalls noch bis Ende dieses Jahres. Schlecht sieht es dagegen mit der Kartoffelversorgung aus, da uns augenblicklich sowohl Ostgalizien, wo heuer eine sehr reiche Kartoffelernte war, wie Böhmen und die Ukraine versperrt sind. Falls hier die eingeleiteten Unterhandlungen auch zu einem günstigen Ergebnis führen, so ist immerhin der Umstand zu erwägen, daß der mittlerweile einsetzende Frost den Kartoffeltransport gefährdet, wozu noch weiter kommt, daß heuer in Böhmen selbst die Aufbringung von Kartoffeln sehr zu wünschen übrig läßt. Sehr ungünstig sieht es auch mit der Versorgung mit Zucker, da die großen Zuckerfabriken vorwiegend in tschechischem Gebiet liegen, von wo uns die Einfuhr abgeschnitten ist. Andererseits bestehen bei der Aufarbeitung der Zuckerrüben noch immer die großen Schwierigkeiten des Kohlenmangels und der Not an hinreichenden Arbeitskräften. Im allgemeinen ist also die Versorgung, wie es bei der gegenwärtigen Situation erklärlich ist, keine glänzende, doch besteht augenblicklich ein Grund zu einer ernsten Besorgnis nicht. Die eingeleiteten Verhandlungen mit den verschiedenen Staaten zum Zwecke von Lebensmittelaushilfen werden eifrig fortgesetzt, und es ist wohl zu erwarten, daß sie zum Ziele führen werden.

Die Zeit
15./XI.1918

66

Ein Notschrei an die Landwirte.

„Lasset Wien nicht verhungern!"

Das Staatsamt für Volksernährung erläßt folgenden Aufruf:

„Der Friede steht vor der Tür. Aber ernste Ernährungssorgen bedrücken uns. Die Lebensmittel sind knapp. Die Städte Deutschösterreichs leiden Mangel an Mehl, Fleisch und Fett. Wien hungert! Die Zufuhren aus den slawischen Nachbarstaaten und aus Ungarn stocken. Und die Verhandlungen mit den Regierungen dieser Staaten brauchen Zeit. Wenn wir auch alles unternehmen, um Lebensmittel aus dem Ausland zu beschaffen: in den nächsten Wochen muß Deutschösterreich sich selbst erhalten.

Landwirte! Bietet alles auf, um der städtischen und Industriebevölkerung über die kurze Spanne Zeit hinwegzuhelfen, bis die Einfuhr aus dem Ausland endgültig vor dem Hunger zu schützen vermag.

Landwirte! Lasset eure Volksgenossen in den Städten und Fabriken, lasset Wien nicht verhungern! Die Städte Deutschösterreichs und ihre Industrie bilden den Reichtum des neuen Staatswesens. Gebt dem Arbeiter Brot, damit er Kraft schöpfe zu Werken des Friedens. Liefert Getreide, liefert Vieh, liefert Fett! Beteiligt euch nicht am Schleichhandel! Wir werden dafür sorgen, daß ihr euch sobald wie möglich wieder Zuchtvieh beschaffen könnt, daß ihr Kleider, Schuhe, landwirtschaftliche Maschinen erhaltet!

Die Bauernschaft muß vor allem wünschen, daß sich der Aufbau des neuen Staates Deutschösterreich in Ruhe und Ordnung vollziehe. Diese Ruhe und Ordnung kann nur gewahrt werden, wenn die Masse der Städter und der Arbeiterschaft, die so viel Not und Mangel gelitten hat, von weiteren Entbehrungen verschont bleibt. Es ist das letzte Opfer der Kriegszeit, das wir zur Erhaltung der stammverwandten Bevölkerung, das wir von euch für Deutschösterreich verlangen.

Liefert Getreide und Vieh! Und liefert rasch! Das deutsche Volk wird es euch lohnen!"

Unterzeichnet ist der Aufruf von den drei Präsidenten des deutschösterreichischen Staatsrates, den Sekretären des Staatsamtes für Landwirtschaft und des Staatsamtes für Volksernährung.

Reichspost

15./XI. 1918

67

An die Landbevölkerung Deutschösterreichs!

Der Friede steht vor der Tür. Aber ernste Ernährungssorgen bedrücken uns. Die Lebensmittel sind knapp. Die Städte Deutschösterreichs leiden Mangel an Mehl, Fleisch und Fett. Wien hungert!

Die Zufuhren aus den slavischen Nachbarstaaten und aus Ungarn stocken. Und die Verhandlungen mit den Regierungen dieser Staaten brauchen Zeit. Wenn wir auch alles unternehmen, um Lebensmittel aus dem Auslande zu beschaffen: in den nächsten Wochen muß Deutschösterreich sich selbst erhalten.

Landwirte! Bietet alles auf, um der städtischen und Industriebevölkerung über die kurze Spanne Zeit hinwegzuhelfen, bis die Einfuhr aus dem Auslande endgültig vor dem Hunger zu schützen vermag.

Landwirte! Lasset eure Volksgenossen in den Städten und Fabriken, lasset Wien nicht verhungern! Die Städte Deutschösterreichs und ihre Industrie bilden den Reichtum des neuen Staatswesens. Gebt dem Arbeiter Brot, damit er Kraft schöpfe zu Werken des Friedens. Liefert Getreide, liefert Vieh, liefert Fett! Beteiligt euch nicht am Schleichhandel! Wir werden dafür sorgen, daß ihr euch sobald wie möglich wieder Zuchtvieh beschaffen könnt, daß ihr Kleider, Schuhe, landwirtschaftliche Maschinen erhaltet!

Die Bauernschaft muß vor allem wünschen, daß sich der Aufbau des neuen Staates Deutschösterreich in Ruhe und Ordnung vollziehe. Diese Ruhe und Ordnung kann nur gewahrt werden, wenn die Masse der Städter und Arbeiterschaft, die soviel Not und Mangel gelitten hat, von weiteren Entbehrungen verschont bleibt.

Es ist das letzte Opfer der Kriegszeit, das wir zur Erhaltung der stammverwandten Bevölkerung, das wir von euch für Deutschösterreich verlangen.

Liefert Getreide und Vieh! Und liefert rasch! Das deutsche Volk wird es euch lohnen!

Der Deutschösterreichische Staatsrat:
Dinghofer. Hauser. Seitz.

Das Deutschösterreichische Staatsamt für Landwirtschaft:
Stöckler.

Das Deutschösterreichische Staatsamt für Volksernährung:
Loewenfeld-Ruß.

Reichspost
15./XI. 1918

Verhandlungen mit der Entente wegen Lebensmittelzufuhren.

Erfolgreiche Bemühungen österreichischer Delegierter.

Aus Luzern, 14. d., wird der „Reichspost" gemeldet:

Seit längerer Zeit finden hier und wiederholt auch in Zürich zwischen Vertrauensmännern der Entente und der ehemaligen österreich-ungarischen Monarchie Verhandlungen über die ehestmögliche Zufuhr von Lebensmitteln nach Oesterreich statt. Kaiser Karl hatte sich schon vor Kriegsende lebhaft mit der sorgenvollen Frage befaßt, auf welche Weise am raschesten nach dem Zustandekommen des Waffenstillstandes Lebensmittel für Oesterreichs darbende Bevölkerung beschafft werden könnten. Er schickte den ehemaligen k. u. k. Botschafter in London Grafen Mensdorff-Pouilly, der über einen ausgedehnten Bekanntenkreis in den Verbandsländern verfügt, und den gewesenen ungarischen Ernährungsminister Prinz Ludwig Windischgrätz in die Schweiz, um hier sofort mit Vertretern der Entente Verhandlungen einzuleiten. Die beiden Unterhändler wurden hiebei vom Grafen Berchtold, der in Privatangelegenheiten in der Schweiz weilt, unterstützt. Die intensiv geführten Verhandlungen führten zu einem überaus günstigen Ergebnis, so daß die schleunigste Zufuhr von Lebensmitteln aus den Ententeländern und die Durchfuhr durch die Schweiz gesichert erscheint. Nur ist es wegen des inzwischen in Oesterreich-Ungarn erfolgten politischen Umsturzes notwendig geworden, daß beglaubigte Vertreter des neuen deutschösterreichischen Staates den Faden der Verhandlungen aufgreifen und zu Ende spinnen, da die früher genannten Unterhändler Abgesandte des Kaisers waren und daher ihr Mandat erloschen ist.

*

Aus Innsbruck wird uns gemeldet: Professor Doktor Michael Mayr, der sich wegen einer Einleitung einer Hilfsaktion für Tirol in der Schweiz aufhielt, ist zurückgekehrt und teilte über das Ergebnis seiner Mission mit, daß er nennenswerte Erfolge zu erzielen vermochte. Insbesondere hat sich das amerikanische „Rote Kreuz" bereit erklärt, für die Spitäler Tirols Verbandmaterial, Medikamente und Lebensmittel zur Verfügung zu stellen. Auch die von den schweizerischen Behörden gemachten Zusagen über die Zulieferung von Lebensmitteln für die Zivilbevölkerung Tirols, hauptsächlich Mehl und Reis, werden nunmehr rasch erfüllt werden, da inzwischen die militärischen Hindernisse in Wegfall gekommen sind.

*

Aus London, 13. d., meldet Reuter: Im Unterhause erklärte Lebensmittelkontrollor Clynes, es sei ihm im Zusammenwirken mit dem Lebensmittelkontrollor der Vereinigten Staaten Hoover möglich gewesen, eine internationale Organisation zu schaffen, durch die dem hungernden Feinde Hilfe gebracht werden könne. Die Alliierten und die Neutralen hätten natürlich den Vorrang, aber der Sieg habe den Alliierten die Pflicht auferlegt, für die sofortigen Bedürfnisse des geschlagenen Feindes zu sorgen. Das Lebensmittelministerium sei darüber unterrichtet, was die hungernden Nationen brauchen und es werden Maßregeln zur raschen Hilfeleistung getroffen werden.

Österr. Volkszeitung
16./XI. 1918

70

Die Lebensmittelversorgung.

Die Zufuhren für die Mittelmächte.

Aus Rotterdam, 13. d., wird telegraphiert: Die ersten acht Dampfer verlassen mit Lebensmitteln für Deutschland und Oesterreich am 19. November Hoboken-Newyork.

Auf den Appell des Reichskanzlers Ebert hat Präsident Wilson eine Antwort an das deutsche Volk abgeschickt, worin er verspricht, mit Lebensmittellieferungen zu helfen. Er verlange aber gleichzeitig die Zusicherung, daß die öffentliche Ordnung in Deutschland aufrechterhalten und eine gerechte Verteilung der Lebensmittel gewährleistet werde.

Aus London, 14. d., wird telegraphiert: Im Unterhaus erklärte Bonar Law auf eine Anfrage betreffend die Vorkehrungen für die Versorgung neutraler und feindlicher Länder mit Lebensmitteln, die Angelegenheit sei in die Hände des interalliierten Nahrungsmittelrates gelegt worden, der sofort Schritte unternommen habe. Er hoffe, in der Lage zu sein, für die Bedürfnisse der betreffenden Völker zu sorgen. Sollten sich jedoch Störungen der öffentlichen Ordnung ereignen, so werde die Unterstützung der Alliierten notwendigerweise verzögert oder sonst verhindert.

Der Mehlbedarf der Stadt Wien.

Die Mehl- und Brotversorgung Wiens erfordert derzeit einen Tagesbedarf von 44 Waggons Mehl. Hievon werden 34½ Waggons für die Broterzeugung verwendet. Der Bedarf an Kochmehl, welcher zur Einlösung der Wochenverbrauchsmenge von ¼ Kg. zur Deckung des Erfordernisses der Spitäler, verschiedener Anstalten, der Kriegs- und Gemeinschaftsküchen erforderlich ist, beträgt 9½ Waggons. Die Deckung für diesen Bedarf ist nach dem dermaligen Stand der Vorräte bis Anfang Dezember vorhanden. Abgeordnete und ihre Beauftragten bereisen das flache Land Niederösterreichs, um eine raschere Ablieferung des für Wien bestimmten Getreides zu erwirken.

Das deutschösterreichische Staatsamt hat Verhandlungen eingeleitet, durch welche weitere Zuschübe an Mehl für Wien, Deutschböhmen und die deutschösterreichischen Alpenländer gesichert werden sollen. Eine Delegation, bestehend aus dem Staatsrate Dr. v. Langenhan, dem Mitgliede des Direktoriums des Ernährungsamtes Elbersch und Beamten des Ernährungsamtes, reiste vorgestern abends nach Berlin, um die in Aussicht gestellten deutschen Lieferungen zu beschleunigen und neue Zuschübe zu erwirken. Die ungarische Regierung hat auf Grund der in den letzten Tagen stattgehabten Verhandlungen den Zuschub von 100 Waggons ungarischen Mehles und die Freigabe von zirka 500 Waggons Getreide rumänischer und türkischer Herkunft zugesagt. Diese Mengen befinden sich in auf der Donau schwimmenden Schleppern, die von Deutschland an Deutschösterreich abgetreten wurden. Einige von diesen Schleppern sind in diesen Tagen bereits in Wien eingelangt, andere dürften in der nächsten Zeit eintreffen. Das Staatssekretariat des Auswärtigen hat sich bekanntlich auch an die Entente gewendet, um Lebensmittelaushilfen zu erlangen.

Die Aussichten der Fleischversorgung.

Das deutschösterreichische Staatsamt für Volksernährung versendet über den Stand und die Aussichten der Fleischversorgung Wiens Mitteilungen, in denen es heißt: Infolge der herrschenden Transportschwierigkeiten konnten in der letzten Zeit die entsprechenden Mengen an Vieh und Fleisch aus Oberösterreich und Steiermark nicht geliefert werden. Verhandlungen mit der ungarischen Regierung ergaben, daß Ungarn, wenn Deutschösterreich als Kompensation Textilien liefert, im November dieses Jahres außer Schafen eventuell auch Schlachtrinder und Schlachtpferde für Deutschösterreich abgeben werde. Die Ausgabe entsprechender Rindfleischrationen in Wien hängt in der nächsten Zeit davon ab, ob von den österreichischen Ländern sowie von Ungarn genügende Mengen an Rindern nach Wien zur Ablieferung gelangen. Das von ausländischen Rindern gewonnene Fleisch stellt sich loko Wien auf 25 bis 32 K. per Kilogramm. Da in Wien das Extrafleisch zum Preise von 18 bis 25 K. und das Einheitsfleisch zum Preise von 7 K. 20 H. bis 12 K. das Kilogramm je nach der Gattung abgegeben wird, entsteht monatlich ein Verlust von vielen Millionen Kronen, der bisher vom Staat getragen wurde.

Ungarische Hilfe für Wien.

Der ungarische Staatssekretär des Auswärtigen Diner-Denes hat gestern mit dem Staatssekretär für Volksernährung Dr. Loewenfeld-Ruß eine Besprechung gehabt, bei welcher er seiner festen Absicht Ausdruck gegeben hat, Wien in der Nahrungsmittelfrage zu helfen. Er lege den größten Wert auf einen freundnachbarlichen Verkehr zwischen Deutschösterreich und Ungarn und werde dafür eintreten, daß die normalen Beziehungen zwischen den beiden Staaten raschestens wieder aufgenommen werden. Zwischen den beiden Herren wurde vereinbart, daß bereits in den nächsten Tagen neuerliche Verhandlungen stattfinden sollen, um Detailabmachungen, insbesondere hinsichtlich der dringendsten Lebensmittellieferungen, zu treffen.

Schlachtviehsendungen aus Ungarn.

Aus Budapest, 13. d., wird uns berichtet: Auf Wunsch des deutschösterreichischen Nationalrates hat der Ackerbauminister angeordnet, daß mit Rücksicht auf den Lebensmittelmangel in Wien eine Woche hindurch mittels Schiff Schlachtvieh nach Wien transportiert werde. Sollten nach Ablauf der Woche keine Kleiderstoffe in Budapest eintreffen, so wird der Schlachtviehtransport sofort eingestellt werden.

Neue Freie Presse Abendbl. 16./XI. 1918

Lebensmittelzufuhren auf der Donau.

Wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, beginnt die vor zwei Wochen auf der Donau eingetretene Verkehrsstockung in Wien und Budapest nachzulassen. Ein süddeutscher und ein ungarischer Schlepper, beide mit Getreide und Mehl beladen, wurden in Wien dem Staatsamte für Volksernährung bereits übergeben. Außer diesen Schleppern wurden weitere mit Lebensmitteln beladene Schlepper von Ungarn nach Wien weiterdirigiert und trafen schon vier mit Weizen und einer mit Pflaumen beladen in Wien ein.

Die Donauschiffahrt hat unter den Ereignissen der letzten Wochen sehr stark gelitten. Von dem vereinigt gewesenen österreichischen, ungarischen, deutschen Donauschiffspark wurden 86 österreichische, 47 ungarische und 21 deutsche Fahrzeuge vor Ablauf der gewährten Abzugsfrist durch französische Streitkräfte an der unteren Donau nächst Karabia, Fetesci und Braila festgehalten und werden — wie die letzten Nachrichten besagen — dort ihre Ladungen geplündert. Der größte Teil des vor dem Feinde nach Ungarn geborgenen Schiffsparkes, ungefähr 1100 Fahrzeuge, befindet sich in Ujvidek, Peterwardein, Vukovar, wo sie teils von Serben zu Transporten benützt, teils von den kroatischen Organen zurückgehalten und teilweise auch ausgeladen werden.

Die Schiffahrtsgruppe der liquidierenden Zentraltransportleitung und die ungarische Regierung pflegen bereits seit längerer Zeit Verhandlungen mit der südslawischen Regierung, um diese Fahrzeuge wieder frei zu bekommen. Der Rest der Fahrzeuge befindet sich teils in Ungarn, von Budapest aufwärts und in Oesterreich und Bayern. Ein Remorqueur ist von Ungarn bereits in Wien eingetroffen, weitere folgen nach. Leere Schlepper sind sowohl in Regensburg als auch in Passau vorhanden, sodaß mit der Einladung von deutschem Mehl und deutscher Kohle für Wien sofort begonnen werden kann.

Reichspost
16./XI. 1918

75

Ukrainische Lebensmittel für Wien.

Ihre Durchfuhr durch Galizien.

Wie bereits gemeldet, hat sich der Bürgermeister der Stadt Wien in einem Schreiben, das von allen neutralen in Wien akkreditierten Gesandten unterstützt war, an die polnische Regierung in Warschau mit der Bitte gewendet, für die in der Ukraine von der Stadt Wien angekauften Lebensmittel die Durchfuhrerlaubnis durch das Gebiet des ehemaligen Galizien zu gewähren. Das polnische Ministerium des Aeußern hat nun den Handelsvertreter der polnischen Gesandtschaft in Wien beauftragt, die diesbezüglichen Verhandlungen nach Möglichkeit zu erleichtern und verständigte die Liquidierungskommission in Krakau, daß seitens der polnischen Regierung eine Entscheidung im günstigen Sinne befürwortet wird. Die Vertreter der polnischen Behörden in Wien sind bemüht, dem Ansuchen der Stadt Wien Folge zu leisten.

Pester Lloyd
16./VI. 1918

§ 73 16

(Alkoholverbot.) Der Minister des Innern setzte sich mit dem Oberstadthauptmann telephonisch in Verbindung und teilte mit, daß die Verfügung, nach der in Gasthäusern zu den Mahlzeiten ein Glas Bier oder Wein verabfolgt werden dürfe, zu zahlreichen Mißbräuchen geführt habe. Der Oberstadthauptmann hat nun heute eine nevere Verordnung ausgegeben, mit der der Ausschank und der Verkauf von geistigen Getränken auch in Flaschen strengstens untersagt wird. — Schon gelegentlich der Ausgabe des ersten Verbots haben sich mehrere Gastwirte und Restaurateure diverser Uebertretungen schuldig gemacht und heute wurden bei der Stadthauptmannschaft des vierten Bezirks die Gastwirtin Elisabeth Béli zu 500, der Gastwirt Ludwig Verböczi zu 200, der Gastwirt Josef Mirt zu 50, Frau Stefan Koloza zu 50 und die Gastwirte Stefan Schwetz, Emerich Szabó, Franz Elö und Frau Michael Meßlényi zu je 100 Kronen Geldstrafe verurteilt.

Der Abend
16./XI. 1918

74 A 16

Lebensmittelhilfe.

Eine große Lehre wird den Völkern gegeben. Noch haben sie sich kaum erst von ihren Herrschern befreit und schon beginnt die entsetzlichste Not von ihnen zu weichen: die noch gestern ihre unerbittlichen Feinde waren, auf nichts bedacht als wie sie den Streitern für die Monarchien möglichst schaden könnten, beeilen sich heute, mit Lebensmittelsendungen zu helfen. Die Kaiser und Könige haben uns vor das Verhungern gestellt; das freie Volk des Westens rettet uns davor. Möchten wir daraus doch für ewige Zeiten die Lehre ziehen, wo unsere wirklichen Feinde, wo die wahren Freunde zu suchen sind, damit es unmöglich werde, daß jemand den vermessenen Gedanken fasse, die Weggejagten wieder zurückführen zu wollen. Die Monarchien hatten sich, ohne es in der Beschränktheit ihres Gottesgnadentums zu merken, zum Söldling des Großkapitals gemacht; damit dieses den Machtkreis seiner Geschäfte erweitern könne, hatten sich die Völker gegenseitig morden müssen, unter der Vorspiegelung, jedes kämpfe für sein höheres Wohlbefinden. Gut sieht es aus, dieses höhere Wohlbefinden, daß man uns von Berlin bis Bagdad verheißen hat! Jetzt erst, aus dem Blut- und Schreckensrausch erwacht, erkennen wir den namenlosen Betrug, und wenn wir auch, großmütig verzeihend wie die Völker immer waren, keine Rache an den Betrügern üben, so wollen wir doch wenigstens nicht vergessen, was sie uns angetan haben, damit die Zukunft vor ähnlichen Verbrechen bewahrt bleibe.

Die Schiffe aus Amerika werden außer Getreide und Fett noch eine kostbare Fracht mitbringen: die Lehre, daß die einzig echte Grundlage des Glückes die Freiheit ist und daß es nur e i n e n wirklichen Feind gibt, das bevorrechtete Eigentum, möge es sein angemaßtes Recht von einer Krone, einem Aberglauben oder einer eisernen Kasse herleiten. Von den Kronen sind wir befreit; an die Reihe kommt jetzt die Herrschaft über die Seelen, über die Mutter Erde und ihre Schätze und über die eisernen Kassen. Dann erst wird die Republik einen Sinn und das Volk die wahre soziale Freiheit haben. Das lehren die Schiffe, die das siegreiche und großherzige Volk des Westens den besiegten und emporstrebenden Völkern der alten Welt sendet.

Auch drüben kommt der Überfluß nur Wenigen zugute und Millionen leben in Not; aber man sei unbesorgt: dort wie überall rüstet sich die Gerechtigkeit, die die Gleichheit ist, zu ihrem endgültigen Siegeszuge. Nicht nur unsere Hungersnot geht zu Ende, auch die größere Not, die die Millionen in die Kellerwohnungen verbannt, damit die Zehntausende in Palästen wohnen können. Die Schiffe, die Amerika herübersendet, bringen die wirtschaftliche Befreiung des arbeitenden Volkes und kein U-Boot des Rückschrittes wird diese kostbare Fracht versenken. C.

Arbeiterzeitung
17./XI. 1918

75

Lebensmittel aus der Ukraine. Der Bürgermeister der Stadt Wien hat sich kürzlich in einem Schreiben, das von allen Gesandten der neutralen Länder unterstützt war, an die polnische Regierung in Warschau mit der Bitte gewendet, für die in der Ukraine von der Stadt Wien angekauften Lebensmittel die Durchfuhrerlaubnis durch das Gebiet des ehemaligen Galizien zu gestatten. In Erledigung dieses Ansuchens beauftragte das polnische Ministerium des Aeußern den Handelsvertreter der polnischen Gesandtschaft in Wien, die Verhandlungen nach Möglichkeit zu erleichtern, und verständigte die Liquidierungskommission in Krakau, daß von der polnischen Regierung eine Entscheidung im günstigen Sinne befürwortet wird. Die Vertreter der polnischen Behörden in Wien sind aufs eifrigste bemüht, dem Ansuchen der Stadt Wien Folge zu leisten.

Neues Wiener Tagblatt
17./XI. 1918

Die Approvisionierung.

Die keine Lebensmittel bekommen.

Die Knappheit an Lebensmitteln in Verbindung mit dem Umstand, daß viele tausende Soldaten in den letzten Tagen nach Wien heimgekehrt sind, hat die bedauerliche Folge, daß diese Heimkehrer längere Zeit auf die rationierten Lebensmittel verzichten müssen. Wohl folgt man ihnen bei den Brotkommissionen willig die Lebensmittelkarten aus, aber der Händler, bei dem sie sich rayonieren lassen, hat keine Warenreserven, sondern nur so viel an rationierten Lebensmitteln, als er für die bei ihm rayonierten Kunden braucht. Infolgedessen kann er den Heimkehrern rayonierte Lebensmittel erst dann verabreichen, bis sie ihm auf Grund der Neuanmeldung zugewiesen worden sind, und das dauert mehrere Tage. Mittlerweile muß der Heimkehrer von der schmalen Ration seiner Angehörigen leben.

Das ist ein sehr beklagenswerter Uebelstand, und es sollte alles aufgeboten werden, um die Händler durch Lieferung kleiner Reserven in die Lage zu setzen, an die Heimkehrer Lebensmittel sofort abgeben zu können.

Es gibt noch eine zweite Kategorie von Mitbürgern, die zwar die übrigen rationierten Lebensmittel beziehen, dagegen sich ohne Kartoffeln behelfen müssen. Es sind das jene Leute, die die Bewilligung zur Eindeckung ihres Jahresbedarfes erwirkt haben, aber beim Bezug Schiffbruch erlitten, indem entweder die Kartoffeln zwar abgeschickt, aber aus irgendeinem Grunde nicht angekommen sind oder gar nicht abgeschickt wurden. Im ersteren Fall können sie durch den Besitz des nicht eingezogenen Frachtbriefes beweisen, daß sie die Kartoffeln nicht bekommen haben, und man teilt uns aus dem Rathause mit, daß solche Haushaltungen, wenn sie sich bei der Kartoffelstelle im Rathause melden, neuerlich ihre Kartoffelkarten erhalten. Im zweiten Fall ist eine Erstreckung der Frist für den Bezug der Kartoffeln statthaft, aber die Bezirksämter haben diesbezüglich keine Weisung, und so müssen sich die Parteien ebenfalls an die Kartoffelstelle im Rathause wenden, wo man ihnen die Frist erstrecken wird, wenn sie glauben, daß dies einen Zweck hat. m. h.

Die Aussichten der Fleischversorgung.

In London kostet ein Kilogramm Gefrierfleisch nach unserm Gelde 1. K. 80 H., und wenn wir die Verschlechterung der Valuta berücksichtigen, etwas über 4 K., so daß das nach Wien gebrachte Gefrierfleisch sich alles in allem höchstens auf 5 K. stellen wird. Das ist allerdings noch Zukunftsmusik, aber die Zeit, wo wir auf amerikanische Fleischzufuhren rechnen dürfen, liegt greifbar nahe, und es ist anzunehmen, daß beim Einsetzen der amerikanischen Zufuhr auch manche von unsern gegenwärtigen Nachbarn, die früher mit uns in einem Staate vereinigt waren, zu einer Ausfuhr von Fleisch leichter zu haben sein werden als jetzt. Was besonders Ungarn anlangt, so wird dieses bei fortgesetzter Ausfuhrsperre schon in sehr kurzer Zeit einen solchen Ueberfluß an Fleisch haben, daß seine Mäster nach Abnehmern suchen werden.

Für die allernächsten Wochen helfen uns diese Erwägungen allerdings nichts. Wir sind im wesentlichen auf die eigenen sehr reduzierten Rinderbestände angewiesen und müssen froh sein, wenn ein Nachbar uns etwas gibt. Die inländischen Zufuhren nach Wien haben in der letzten Zeit sinkende Tendenz gezeigt, und es ist in Fachkreisen bekannt, daß dies zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß ein sehr lohnender Schmuggel nach Ungarn getrieben wird, von wo dann die Rinder uns zu viel teuereren Preisen zukommen, da der Preis, den wir für ungarische Provenienzen bezahlen, etwa dreimal so hoch ist als die Höchstpreise für inländische Rinder. Einigermaßen kommt dieses Verhältnis zum Ausdrucke im Unterschiede zwischen den Preisen des Einheitsfleisches und denen des Extremfleisches, zum größeren Teile aber wurde die Differenz aus dem Staatssäckel bestritten, und sie hat diesen mit mehr als 20 Millionen Kronen monatlich belastet. Ehe noch das ehemalige Oesterreich in Liquidation trat, wurde dieser Betrag vom Finanzministerium für den Monat November erlegt. Was wird aber im Dezember geschehen? Aus den Mitteln Deutschösterreichs kann eine so bedeutende Summe für die Fleischversorgung Wiens unmöglich verwendet werden und man wird daher für die hohen Preise des ungarischen Viehes auf irgendeine andre Weise aufkommen müssen. Eine ausgiebige Erhöhung der Fleischpreise wird kaum zu umgehen sein, und es wäre zu erörtern, ob man nicht besser fährt, wenn man für die Zeit bis zur überseeischen Einfuhr den Bedarf Wiens durch Freigebung des Handels mit Schlachtvieh zu decken versucht. Allerdings könnte sich der freie Handel nur auf Aufbringung erstrecken, denn die Verteilung wird nach wie vor auf dem Wege der Rationierung erfolgen müssen, weil sonst die minderzahlungsfähigen Schichten der Bevölkerung leer ausgehen würden.

Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß der von der „Dezeg" in Chicago durchgeführte Fettabschluß eine Lieferung von 500 Bahnwagen, also 50,000 Meterzentner, umfaßt. Da der Tag der Absendung noch nicht bestimmt werden konnte, wurde als Preis vereinbart jener Preis, den das Fett am Tage der Absendung in Chicago notieren wird. Gegenüber unsern gegenwärtigen Fettpreisen wird dieser Preis unglaublich niedrig sein. m. h.

Tägliche Rundschau 18/12.1918.

77

Deutschland lehnt russische Mehlsendungen ab.

Die Räteregierung hat der neuen deutschen Volksrepublik Getreidesendungen angeboten und auch bereits zwei Züge mit Mehl abgehen lassen. Die Räteregierung erklärt, daß sie Deutschland dauernd mit den reichen Getreidevorräten, besonders des Kubangebietes, aushelfen könne. An dem guten Willen der Räteregierung wird hier an zuständiger Stelle nicht gezweifelt, allein es scheint doch fraglich, ob sie die tatsächliche Verfügungsgewalt über dieses Getreide hat, weil sich gerade im Kubangebiet mit Unterstützung der freiwilligen Armee die neue russische Regierung gebildet hat, deren hervorragendster und charakteristischer Vertreter S s a s o n o w ist. Die deutsche Regierung hat daher das Angebot der Räteregierung mit Dank a b g e l e h n t, zumal die Entente Deutschland Lebensmittel in Aussicht gestellt hat, und anderseits die Lebensmittelnot in den russischen Großstädten so schlimm ist, daß die Bevölkerung kaum den Winter überstehen kann.

Die Zeit
18./XI. 1918

Ein neuer Ernährungsdirektor.

Der Obmann der ständigen mittelständischen Delegation Josef Zehetbauer wurde zum Ernährungsdirektor im deutschösterreichischen Ernährungsamt bestellt. Die in der mittelständischen Delegation vereinigten, großen bürgerlichen Konsumentenorganisationen haben durch ihre Vertreter im Ernährungsamt den Wunsch ausgesprochen, daß der Obmann der Delegation zur tätigen Mitarbeit in das Direktorium des Ernährungsamtes berufen werde, wo er neben dem Direktor Eldersch, der der sozialdemokratischen Partei angehört, und dem Direktor Mayer, der aus den Kreisen der Agrarier kommt, berufen sein wird, für die mittelständischen Konsumenteninteressen seine Kräfte einzusetzen.

Fremdenblatt
19./XI. 1918

79

Unsere Ernährungslage.

Wien für die nächsten Wochen gesichert.

In der Obmännerkonferenz am Samstag wurden von den Vorständen der Bezirkswirtschaftsstellen übersichtliche Berichte über die gegenwärtige Ernährungslage und über die Kohlenversorgung der Stadt Wien erstattet. Die Mitglieder der Konferenz konnten diesen Berichten entnehmen, daß die Versorgung der Stadt in den nächsten Wochen teils mit den bisherigen, teils mit verringerten Mengen gesichert sei, in welch letzterem Falle jedoch entsprechende Ersatzmittel abgegeben werden sollen.

Dr. v. Schwarz-Hiller gab die Anregung, es möge eine Abordnung der Stadt Wien sich in die Schweiz begeben und dort mit den Vertretern der Entente in Verhandlungen treten. Es soll entweder durch die Entente uns unmittelbar Hilfe namentlich in der Frage der Kohlenversorgung geleistet, oder die Zahl der von den Deutschen abzuliefernden Eisenbahnwagen verringert werden, damit diese in die Lage versetzt sind, uns Kohlen zuzuschieben, oder aber möge auf die Vertretung des tschecho-slowakischen Staates eingewirkt werden, daß von ihnen ein Teil ihres Kohlenüberschusses der Stadt Wien zur Verfügung gestellt werde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner versprach, die entsprechenden Schritte zur Durchführung dieser Anregung einzuleiten.

Neue Freie Presse
19/XI. 1918

80

Die Sicherstellung der Lebensmittel für Wien in der nächsten Zeit.

In der am Samstag abgehaltenen Obmännerkonferenz, der sämtliche Vorstände der Bezirkswirtschaftsstellen zugezogen waren, wurden von diesen übersichtliche Berichte über die gegenwärtige Ernährungslage und über die Kohlenversorgung der Stadt Wien erstattet. Die Mitglieder der Konferenz konnten diesen Berichten entnehmen, daß die Versorgung der Stadt in den nächsten Wochen teils mit den bisherigen, teils mit verringerten Mengen gesichert sei, in welch letzterem Falle jedoch entsprechende Ersatzmittel abgegeben werden sollen.

Gemeinderat Dr. v. Schwarz-Hiller gab die Anregung, es möge eine Abordnung der Stadt Wien sich in die Schweiz begeben und dort mit den Vertretern der Entente in Verhandlung treten. Es soll entweder durch die Entente uns unmittelbar Hilfe, namentlich in der Frage der Kohlenversorgung geleistet oder die Zahl der von den Deutschen abzuliefernden Eisenbahnwagen verringert werden, damit diese in die Lage versetzt sind, uns Kohlen zuzuschieben, oder aber möge auf die Vertretung des czecho-slowakischen Staates eingewirkt werden, daß von ihnen ein Teil ihres Kohlenüberschusses der Stadt Wien zur Verfügung gestellt werde.

Der Bürgermeister versprach, die entsprechenden Schritte zur Durchführung dieser Anregung einzuleiten.

Abgabe von 1/8 Kilogramm Rindfleisch für die laufende Woche.

In der mit Donnerstag den 21. d. beginnenden Abgabewoche für Einheits- und Extremrindfleisch werden die mit dem Buchstaben „T“ versehenen Abschnitte des Rindfleischeinkaufscheines, und zwar bei einmaligem Bezuge der ganzen Wochenmenge gleichzeitig, beim Bezuge in zwei Teilen gesondert abgetrennt. Bei den Mitgliedern der Eisenbahn- und Straßenbahnorganisationen, denen diese Abschnitte bereits abgetrennt worden sind, ist als Zeichen des erfolgten Bezuges das am Stamme des Rindfleischeinkaufscheines befindliche Wappen zu durchlochen. Die Wochenmenge Rindfleisch beträgt für jede Person des Haushaltes ein Achtelkilogramm einschließlich der Zuwage.

Eine Aktion des österreichischen Roten Kreuzes zur Beschaffung von Kindernährmitteln und Krankenkost.

Wir haben gemeldet, daß ein Vertreter des österreichischen Roten Kreuzes in die Schweiz entsendet wurde, um durch Vermittlung des dortigen Roten Kreuzes sich an die amerikanische Schwesterinstitution mit der Bitte zu wenden, das zur Versorgung der deutschösterreichischen Bevölkerung, insbesondere der Kinder, dringendst erforderliche Material, wie Kondensmilch, Butter, Kakao und Kakes, zur Verfügung zu stellen. Das amerikanische Rote Kreuz hat unter der Voraussetzung, daß aus Washington die Zustimmung hiezu erteilt wird, eine bejahende Zusage gemacht. Die Washingtoner Antwort wird stündlich erwartet. Eine weitere Voraussetzung für die Beistellung von Krankenkostartikeln ist die Garantierung der Sicherheit des Zuges und des Begleitpersonals. Im Wege des Staatsamtes für Volksgesundheit wurde vom Staatsamt für Heerwesen eine solche Sicherstellung in Anspruch genommen und auch bereits eine diesbezügliche verbindliche Zusage gemacht.

Neue Freie Presse

19./XI. 1918

81

Wie denkt die Entente über Nahrungseinfuhr, Frieden und Deutschösterreich?

Korrespondenten englischer Blätter in Wien.

Wien, 18. November.

Einige Vertreter der englischen Presse sind hier angekommen. Sie wurden beauftragt, nach Wien zu reisen, um die Verhältnisse durch den Augenschein kennen zu lernen, dem englischen und dem amerikanischen Publikum mitzuteilen, was sich bei uns ereignet hat. Die Gelegenheit dürfte nicht unbenützt bleiben, auf diesem Wege dem englischen und amerikanischen Volke zu sagen, was in Wien, was in Deutschösterreich nötig sei. Es war die erste Begegnung mit Publizisten der Entente, das erste berufsmäßige Zusammentreffen und auch das erste Zeichen rückkehrender Freizügigkeit für Angehörige der Presse. Warum zögert Amerika so lange mit der Sendung von Lebensmitteln, warum verschleppen sich die Verhandlungen über den Frieden, und ist es wahr, daß die verbündeten Mächte den Anschluß von Deutschösterreich an Deutschland nicht wollen? Diese Fragen wurden in zwangloser Form gestellt, mit dem Wunsche, daß die Entente und die Vereinigten Staaten aus den Eindrücken und der Darstellung englischer Korrespondenten erfahren, wie notwendig rasche Beschlüsse sind. Die Kälte des Winters ist eingebrochen, Schnee liegt auf den Gassen und die Widerstandskraft hat durch die Leiden von mehr als fünfzig Monaten abgenommen. Die Entente und Amerika haben sich auf den Winter vorbereitet. Da sie ihre Truppen bereits langsam entlassen, den Stand nach und nach auf das Bedürfnis des Friedens herunterbringen, so müssen große Vorräte, die in Frankreich aufgestapelt wurden, überschüssig sein. Warum könnten sie nicht zum Teil nach Wien und dem übrigen Deutschösterreich geschickt werden? Der amerikanische Nahrungsminister hat sich eingeschifft und fährt nach Europa. Er will die Lage studieren. Er sollte zunächst durch seine Eingriffe verhüten, daß die Nahrungskrise und der Kohlenmangel in den so viele Jahre abgesperrten Ländern sich verschärfen. Ein halbes Kilogramm Kartoffeln für den Kopf und die Woche, diese Ziffer schildert die Lebensverhältnisse und schaltet die Politik aus. Nur die Menschlichkeit hat zu sprechen.

Das wird aus Wien nach London berichtet werden, um dort auf die Stimmungen zu wirken und die Hilfsbereitschaft zu vermehren. Wo können die Hindernisse sein? Nicht im schlechten Willen. Das ist aus den Bemerkungen der Korrespondenten zu erkennen. Wien und Deutschösterreich könnten in naher Zeit starke Zufuhren von Lebensmitteln haben. Mehrere große Schiffe, auf denen Nahrung verfrachtet wurde, sind im Mittelmeer. Sie könnten rasch Triest anlaufen. Von dort geht es jedoch nicht. Warum sollte es nicht gehen? Weil nach den Erzählungen der Herren, welche über diese Strecke gefahren sind, der Kampf in dieser Gegend noch fortdauert. Es ist ein Krieg zwischen den Italienern und den Südslawen bis gegen Laibach hinauf. Die Entente und Amerika haben nicht die Bürgschaft, daß Nahrungszüge sicher durchgelassen und von den Südslawen nicht beschlagnahmt werden. Wenn die Ordnung hergestellt wäre, könnten die Sendungen ohne Verzug beginnen. Aber die Entente hat doch den größten Einfluß auf die Südslawen? Die Antwort war, die sind nicht leicht zu lenken; dort ist eine große Leidenschaft für die Politik, auch bei den Frauen und Kindern. Wäre der Landweg ausgeschlossen? Gewiß. Die Eisenbahnen, die von Frankreich nach Oesterreich führen, sind nahezu verstopft. Die Fahrbetriebsmittel sind durch langen und übermäßigen Gebrauch schlecht, oft lebensgefährlich. Von Triest nach Wien ist für Ladungen, die über das Meer kommen, der kürzeste Landweg bis zum Bestimmungsorte. Amerika hatte das Glück einer reichen Ernte; es kann helfen. Fleisch ist genug da. Wenn jemand eine Depesche an die Firma Armour & Co. nach Chicago schickt, wird die Zustimmung bald eintreffen. Das Fleisch würde allerdings durch den niedrigen Geldwert in Oesterreich sich teurer stellen. Aber die Schwierigkeit ist die Verwirrung auf der Strecke zwischen Triest und Laibach, wo die Ordnung durch die Streitigkeiten zwischen den Südslawen und den Italienern gestört wird.

Die Verzögerung des Friedens ist für die Deutschen in Oesterreich besonders drückend. Die Entente und Amerika haben die Blockade nach dem Waffenstillstande nicht aufgehoben, die Selbsthilfe wird uns genommen, als ob noch Krieg wäre. Deshalb müßte uns die Entente helfen, denn das Recht des Feindes, den Gegner auch wirtschaftlich zu entwaffnen, hat sie bei unserer Wehrlosigkeit nicht mehr. Deutschland zeigt wie im ganzen Verlauf des Krieges seinen guten Willen. Es gibt von seiner Armut. Aber die Bedingungen des Waffenstillstandes zwingen es, einen wesentlichen Teil seines Fahrparks auszuliefern, und verbieten, die Vorräte, die in den Räumungsgebieten liegen, zu entfernen. Die Verringerung des rollenden Materials auf den Bahnen und der Verlust an Vorräten sind ernste Gefahren für die Ernährung in Deutschland und durch den Rückschlag auch für die Deutschen in Oesterreich. Was sich aus dem Mangel an Brot, Fett und Kohle in einer so bewegten Zeit entwickeln kann, werden auch die leitenden Persönlichkeiten in London nicht wünschen. Der Waffenstillstand ist nicht bloß hart, sondern bei genauer Durchführung für die ganze Welt schädlich. Wien und Berlin können es nicht aushalten. Das sollte durch die sich bietende Gelegenheit dem englischen Publikum in einer wahrheitsgetreuen Darstellung zur Kenntnis gebracht werden. Die Einwendung war, daß der Vorfriede rasch geschlossen werden könnte, wenn die Entente nicht glaubte, den Bildungsprozeß der neuen Republiken abwarten zu müssen. Sie weiß nicht, ob sichere Bürgen für die Einhaltung des Friedens schon jetzt vorhanden seien; sie will erst sehen, ob sich die Verhältnisse befestigen und eine klarere Gestaltung annehmen. Wenn einmal der Vorfriede unterzeichnet wäre, könnten sofort Erleichterungen im gegenseitigen Verkehr angeordnet werden. Dieser Gedankengang der Entente und der Vereinigten Staaten ist jedoch ein fehlerhafter Kreis. Die Zurückhaltung wegen der Unruhe könnte der Anstoß zu Verwicklungen durch Hunger sein; kein Vorfriede bis zur festeren Ausgestaltung der neuen Republiken könnte deren Uebergang zur Arbeit für den Wiederaufbau noch schwieriger machen. Vielleicht wird es gelingen, in London, Washington und Paris die Einsicht hervorzurufen, daß diese Politik ein bedenklicher Irrtum sei.

Eine der Kümmernisse dieser schweren Zeit ist die Frage nach der Zukunft von Wien und von Deutschösterreich. Die alte Monarchie ist zertrümmert und der Plan gescheitert, aus den früheren Bestandteilen einen Zollverein zu gründen, damit die politische Trennung sich ohne wirtschaftliche Krisen vollziehe. Der Zollverein hätte den Republiken ihre volle Selbständigkeit gelassen. Denn die Beschränkung durch wirtschaftliche Verträge fehlt in keinem Lande und ist kein Zwang. Das haben die Czechen zurückgewiesen, Deutschösterreich kann unter den gegebenen Verhältnissen nicht allein bleiben und will es auch nicht. Wir können uns nicht selbst ernähren und die ganze Ausrüstung ist persönlich und wirtschaftlich auf eine Großmacht eingerichtet. Bayern hat sich grundsätzlich für die Vereinigung ausgesprochen und sollten die Abgeordneten von Deutschösterreich vor der Tür der verfassunggebenden Versammlung in Berlin erscheinen, wird ihnen niemand den Eingang versperren. Da war es wichtig, zu hören, daß sich England und die Vereinigten Staaten mit solchen Möglichkeiten vertraut gemacht haben. Deutschland werde auch nach der Revolution sich zu einem Bundesstaate vereinigen und Deutschösterreich sich anschließen. Deutsche und Czechen sollten jedoch ihre gegenseitigen Beziehungen ordnen und sorgsam pflegen. Frankreich dürfte die Vereinigung nicht gerne sehen. Es möchte in der Volkszahl hinter Deutschland nicht noch mehr zurückbleiben. Die übrigen Mächte der Entente haben keine solchen Einwendungen. Dauernd dürfte die Vereinigung sich schwer verhüten lassen. So denkt die Entente über Nahrungszufuhr, Frieden und Deutschösterreich.

Fremdenblatt Abendt
20./XI. 1918

Lebensmittelhilfe für Deutschösterreich.

Unverzügliche Entsendung von Abordnungen nach Amerika und England.

Ein Mitarbeiter der englischen Korrespondenz „The Vienna Buletin" hatte heute Gelegenheit, mit den hier eingetroffenen amerikanischen und englischen Journalisten zu sprechen. Uebereinstimmend geht deren Ansicht dahin, daß wir unverzüglich Abordnungen nach England und Amerika entsenden sollten, um durch direkte Fühlungnahme mit den maßgebenden Stellen der Ententeländer und der Vereinigten Staaten eine rasche Linderung unserer Lebensmittelnot zu erwirken. Die persönlichen eindringlichen Schilderungen der traurigen Lage werden wirksamer sein als alle Noten und Kabeldepeschen, nur darf man sich die Sache nicht lange überlegen und muß rasch handeln.

Unabhängig von den erwähnten Absendungen wäre auch zu empfehlen, eine dringliche Bitte an das amerikanische Rote Kreuz sowie an das Rote Kreuz der Ententeländer zu senden, helfend einzugreifen oder unsere Bitte um Hilfe kräftigst zu unterstützen. Die amerikanischen und englischen Journalisten sind überzeugt, daß sowohl Amerika wie auch die Ententeländer alles tun werden, um der Not zu steuern, schon um die drohende Anarchie zu verhüten.

Die deutschösterreichische Note an Wilson.

S. K. Zürich, 20. November. Einer Agenturmeldung zufolge ist die deutschösterreichische Note an Wilson, die der Leiter des österreichischen Außenamtes Dr. Bauer an Wilson abgesendet hat, in Washington eingetroffen. Die amerikanischen Blätter besprechen das Ansuchen Deutschösterreichs sowie die Bitten aus Deutschland bezüglich der Milderung der Waffenstillstandsbedingungen im Zusammenhange und sagen, daß Amerika sicherlich gegen diese Bitten in menschlicher Hinsicht nicht taub sein werde. Es handle sich um die Freimachung des nötigen Schiffsraumes, was nicht von heute auf morgen möglich sei. Bezüglich der Waffenstillstandsbedingungen und der kommenden Friedensbedingungen würden die Alliierten sicherlich erwägen, daß sie es nicht mehr mit den beiden kaiserlichen Mächten, sondern mit freien Volksrepubliken zu tun hätten.

Reichspost Abend
20./XI. 1918
84

Rationierung der Lebensmittelproduktion nach dem Kriege?

(Von dem Korrespondenten der „Reichspost".)

Amsterdam, 19. November.

Der Londoner Korrespondent des „Telegraaf" meldet: Major Waldorf Astor, Mitglied des Unterhauses und Privatsekretär des Ministeriums für Volksernährung äußerte sich über den Nahrungsmittelzustand wie folgt:

Wie bekannt, ist die gesamte Organisation der Lebensmittelverteilung darauf gerichtet, die Bedürfnisse der alliierten Länder soviel als möglich zu befriedigen; durch gemeinsamen Ankauf und Verschiffung hat der „interalliierte Lebensmittelrat" tatsächlich alle Konkurrenz ausgeschaltet und konnte überdies die Preise niedrig halten. Die Anfuhren nach den verschiedenen Ländern fanden nicht nach dem Ausmaße des Tonnenmaßes statt, worüber jedes Land die Verfügung zu bekommen wußte, sondern nach dem tatsächlichen Bedürfnisse der Bevölkerung. Auch die Neutralen haben von dieser Organisation Lebensmittel bekommen.

Obwohl jetzt der Friede sich nähert, darf dieses System nicht aufgegeben werden. Würde der Handel freigegeben werden, dann würde eine unbegrenzte Konkurrenz die Preise in die Höhe treiben; eine große Unsicherheit würde dadurch in der Versorgung entstehen, so daß in vielen Ländern der Friede noch schlechtere Zustände hervorrufen würde, als sie gegenwärtig sind. Die Alliierten werden darum auch weiterhin die Einkäufe gemeinsam vornehmen und den Vorrat nach den Bedürfnissen der einzelnen Länder verteilen.

Neue Freie Presse

20./XI. 1918

85

Die Nahrungsfrage in Wien und Berlin.

Spannungen in der inneren Lage von Deutschland.

Wien, 19. November.

Die Vorräte an Lebensmitteln in Deutschösterreich sind gering. Kohle fehlt, Hunger und Frost sind schlechte politische Ratgeber und die Bevölkerung hat schon viel gehungert und viel unter Kälte gelitten. Der amerikanische Nahrungsminister hat die Einsicht, daß er helfen müsse, daß die Milderung der Blockade und die Nahrungszufuhr kaum noch freier Wille, sondern Notwendigkeit seien. Er fürchtet, daß Deutschland und Deutschösterreich von der Anarchie überflutet werden könnten, daß die Entente und die Vereinigten Staaten niemand fänden, der die Vollmacht zum Friedensschlusse hätte und die Entschädigung an Frankreich und Belgien aufbringen würde. Der Irrtum des Ministers Hoover ist jedoch, daß er von dieser Gefahr wie von einer noch entfernteren Möglichkeit spricht. Sie wächst mit jedem Tage, der geschwächte und heruntergekommene Menschen unter den Zwang harter Entbehrungen bringt. Für einige Wochen müßte rasch geholfen werden, bis die Planmäßigkeit, mit der für alle bedürftigen Länder gesorgt werden soll, einsetzt und die Schwierigkeiten durch Aufhebung der Blockade und Reinigung der Seewege von Minen beseitigt. Die Niederlage im Kriege und die anderen kummervollen Erlebnisse haben den natürlichen Stolz nicht so gebeugt, daß es nicht schmerzhaft wäre und nicht Ueberwindung kosten würde, von dem ehemaligen Feinde auch im täglichen Leben abhängig zu werden und die Hand auszustrecken, in die er so zögernd einschlägt. Aber die Männer können es nicht aushalten und wie sollten Frauen und Kinder mit dem physiologischen Unsinn der Nahrung, die jetzt gegen Vorweisung der Karten verteilt wird, den Winter ohne Zunahme der Sterblichkeit und ohne Ausbreitung der Lungenschwindsucht überdauern. Der Gedanke an diese Wirkungen des Mangels läßt keine Wahl und der Besiegte muß sich an den Sieger wenden und ist dazu berechtigt, da die Blockade schon seit fünfzig Monaten die Bewohner von Oesterreich und Deutschland zu Kriegsgefangenen gemacht hat, die sich von den gewöhnlichen nur durch den Raum unterschieden, in dem sie, von Schiffen und Minen abgesperrt, sich bewegen konnten.

Deutschland ist durch die Bestimmungen des Waffenstillstandes in ähnliche Verhältnisse gekommen. Die Nachrichten, die heute eingetroffen sind, haben eine trübere Färbung, weil der Streit zwischen den Anhängern der verfassunggebenden Versammlung und den Vertretern der proletarischen Diktatur heftiger wird. Das politische Glaubensbekenntnis der sozialdemokratischen Partei von Deutschland wurde vor siebenundzwanzig Jahren im Erfurter Programm niedergelegt. Der Grundsatz wird darin ausgesprochen, daß die sozialdemokratische Partei nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller, ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung, kämpfe. Die russischen Bolschewiki wollen dagegen eine Klassenherrschaft, eine Diktatur des Proletariats. Lenin geht noch weiter und sein letztes Ziel ist das Absterben des Staats, die Anarchie. Die Anhänger der Nationalversammlung und die Dränger zur Diktatur des Proletariats berufen sich gleichmäßig auf Karl Marx, auf das kommunistische Manifest, worin gesagt wird: Wir sahen schon oben, daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist; das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benützen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in die Hände des Staates, des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren. Das hat Karl Marx gegen die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts in dem Manifeste ausgesprochen. Aber die Kritik hat im zwanzigsten Jahrhundert eingesetzt und Bernstein, der Marx persönlich nahegestanden ist, erzählt, daß der Mann, an dessen scharfsinnigen Untersuchungen so viele Gelehrte herumbeißen, die Meinung ausgesprochen habe, bei der nächsten europäischen Erschütterung werde in Deutschland die kleinbürgerliche Demokratie unbedingt ans Ruder kommen. Der Streit mit Bakunin hat gezeigt, daß Marx sich den evolutionistischen Meinungen zuneigte, und ein Zeugnis liegt in den Erklärungen von Engels vor, die so frisch geblieben sind, als wären sie heute geschrieben worden. Er spricht von der Enttäuschung, welche die Ereignisse der Pariser Februarrevolution ihm und Marx bereitet haben und wie die Geschichte denen unrecht gegeben habe, die damals an den Sieg des Proletariats glaubten. Dann fügt er die bedeutungsvollen Worte hinzu: Die Zeit der Ueberrumpelungen, der von kleinen Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen durchgeführten Revolutionen ist vorbei. Diese Erfahrung ist in der jungen Revolution, die vor einigen Wochen begonnen hat, schon jetzt gemacht worden.

Die Diktatur des Proletariats war ein Lieblingsausdruck von Robespierre, der jedoch keine neue Gesellschaftsordnung, sondern eine neue Rechtsordnung schaffen wollte. Der Gedanke, durch Putsche die politische Gewalt zu erobern, ist nicht verschwunden und war hauptsächlich vertreten in Blanqui, dem Urheber der sozialistischen Julischlachten in den Straßen von Paris und des Kommuneaufstandes nach dem Frieden von Versailles. Karl Marx, der die Februarrevolution mit großen Erwartungen begleitete, schrieb zwei Jahre später: Der öffentliche Kredit und der Privatkredit sind der ökonomische Thermometer, woran man die Intensität einer Revolution messen kann; in demselben Grade, in dem sie fallen, steigt die Glut und die Zeugungskraft der Revolution. Die französischen Syndikalisten unserer Tage haben aus der Ueberlieferung von Robespierre die Diktatur des Proletariats hervorgeholt und wollen sie durch den Generalstreik der Gewerkvereine mit einem Ruck erobern. Der Versuch, solche Pläne in dem geschlagenen Deutschland auszuführen, wäre selbstmörderisch für die Industrie und die Arbeit. Deutschland wird die Erzlager von Lothringen verlieren und ist von der Gefahr bedroht, daß ihm ein Stück von Oberschlesien mit seinen Kohlengruben entrissen wird. Von einer riesigen Milliardenschuld belastet, wird es auch noch die Entschädigungen, welche die Friedenskonferenz beschließen will, aus seinen stark verbrauchten Ersparnissen decken müssen. Der verlorene Krieg ist die Gefahr einer schweren wirtschaftlichen Krise.

Wenn in diesem Elend eine soziale Umwälzung sich vollziehen, den Bürgerkrieg entfesseln, die Leitung der Betriebe in unerfahrene Hände legen sollte, würde es dem deutschen Volke gehen, wie es dem russischen gegangen ist. Das wäre die Auflösung der Einheit und brächte die Franzosen oder die Engländer, die das linke Rheinufer besetzt haben, nach Berlin. Dann würde auch die Unabhängigkeit verloren sein und zu den Milliarden, die der Krieg gekostet hat, kämen noch die Milliarden für die Erhaltung fremder Truppen und die Teile des Nationalvermögens, die bei einer gewaltsam aufgezwungenen Diktatur untergehen müßten. Die Pflicht aller gesellschaftlichen Schichten und deren Machthaber ist gegenwärtig, jeden Vorwand für die Verzögerung der Nahrungseinfuhr und für die Unterjochung durch den Einmarsch der Ententesoldaten zu vermeiden. Das Volk will essen, dem Hunger entfliehen, vor dem Frost behütet sein und zum Frieden kommen, so traurig er auch werden mag. Die Vereinigten Staaten und die Entente sollten bereits wissen, daß keine Minute länger gezögert werden dürfe. Genug der Qualen für sehr unglückliche, hart getroffene, in Mühseligkeit lebende Völker.

Fremdenblatt Abendbl. 21./XI. 1918

Reise des amerikanischen Lebensmittelkontrollors nach Europa.

Zusammenkunft mit unseren Delegierten in Bern.

Amtlich wird bekanntgegeben, daß Mr. Hoover, der vom Präsidenten Wilson entsendet wurde, um die Versorgung der notleidenden Bevölkerung Europas mit Nahrungsmitteln in die Hand zu nehmen, demnächst in der Schweiz erwartet wird. Um die erforderliche Verbindung mit ihm herzustellen und die Modalitäten der ersten schleunigen Aushilfe mit Lebensmitteln, in erster Linie mit Mehl, Fett und Fleisch, zu vereinbaren, begibt sich eine Kommission des Deutschösterreichischen Staatsamtes für Aeußeres in Begleitung mehrerer Fachleute nach Bern. Sobald die Ergebnisse dieser Vereinbarung gemeldet werden, wird die Oeffentlichkeit Weiteres erfahren.

Tägliche Rundschau 21./11.1918.

87

• **Erleichterung der Bezugsscheinpflicht.** Wie die „Textil-Woche" erfährt, steht eine große Erleichterung der Bezugsscheinpflicht unmittelbar bevor. Es sollen auf die Freiliste gesetzt werden: Tischwäsche, Kragen, Manschetten, Vorhemden und Scheuertücher, wahrscheinlich auch Taschentücher. Ferner sollen alle undichten Gewebe bezugsscheinfrei sein, nicht nur undichte baumwollene Kleiderstoffe, wie es bisher hieß. Auf Bettwäsche sollen Bezugsscheine wieder ausgegeben werden. Die Bestandsprüfung soll zum großen Teil wegfallen. Es soll vielmehr bei vereinfachter Bedarfsprüfung gegen einen Bezugsschein ein Winterkleid und ein Wintermantel ohne weiteres gewährt werden. Die kommunale Beschlagnahme der Tischwäsche wird aufgehoben. Im Monat Dezember sollen weitere Erleichterungen der Bezugsscheinpflicht eintreten. Man hofft, bis zum April die Bezugsscheinpflicht ganz beseitigt zu haben. Die Kaufleute werden jedoch ersucht, die amtliche Bekanntmachung hierüber abzuwarten, da noch keine endgültigen Beschlüsse vorliegen.

Tägliche Rundschau 21./11. 1918.

88

* **Das Jagdverbot teilweise aufgehoben.** Ueber die Freigabe der Jagd laufen bei dem Polizeipräsidium aus den Kreisen der Jagdgemeinde Groß-Berlins fortwährend Anfragen ein, zu deren Beantwortung mitgeteilt wird, daß die augenblicklich schwebenden Beratungen ihrem Abschluß in Kürze entgegensehen. Sie werden eine einheitliche Regelung der Ausübung der Jagd bringen, die einen nicht unwesentlichen Bestandteil der Ernährung Groß-Berlins bedeutet. Wie wir weiter erfahren, ist den Jagdpächtern, die eine eigene Jagd haben, vorläufig erlaubt, die Jagd mit der Munition, die sie noch besitzen, auszuüben.

Österr. Volkszeitung
21./XI. 1918

89

Die Lebensmittelversorgung.

Abordnungen nach Amerika und England.

Ein Mitarbeiter der englischen Korrespondenz „The Vienna Bulletin" hatte gestern mit den hier eingetroffenen amerikanischen und englischen Journalisten Unterredungen. Uebereinstimmend geht deren Ansicht dahin, daß wir unverzüglich Abordnungen nach England und Amerika entsenden sollten, um durch direkte Fühlungnahme mit den maßgebenden Stellen der Ententeländer und der Vereinigten Staaten eine rasche Linderung unserer Lebensmittelnot zu erwirken.

Unabhängig von den erwähnten Absendungen wäre auch zu empfehlen, eine dringliche Bitte an das Amerikanische Rote Kreuz sowie an das Rote Kreuz der Ententeländer zu senden, helfend einzugreifen oder unsere Bitte um Hilfe kräftigst zu unterstützen.

Der Warenaustausch mit Galizien.

Zwischen deutschösterreichischen und polnischen Bevollmächtigten wurde ein Abkommen unterzeichnet, in dem neben einigen allgemeinen Fragen auch der Warenverkehr für die nächste Zeit einer Regelung zugeführt wird; insbesondere wurde der sofortige Austausch einer Reihe beiderseits dringend benötigter Artikel vereinbart.

Die Aufhebung der Gemüsesperre.

Die Bestimmungen über den Transportscheinzwang und über Höchstpreise sind, wie verlautbart wird, zur Gänze aufgehoben. Gemüse kann sonach ohne jede Beschränkung verfrachtet werden. Für die Aufhebung der Höchstpreise war insbesondere maßgebend, daß die heurige Gemüseernte sehr günstig ausgefallen ist.

Die Zufuhren aus Böhmen.

Der Bevollmächtigte des tschecho-slowakischen Staates in Wien, Tusar, äußerte sich zu einem Berichterstatter über Lebensmittelfragen. Seit der Grenzsperre, sagte der Gesandte, sind in Böhmen die Preise mancher Artikel auf ein Drittel, andere auf ein Zehntel gesunken. Auf gewöhnlichem Wege war Fleisch früher in Böhmen überhaupt nicht zu haben. Im Schleichhandel hat ein Kilogramm 50 bis 60 K. gekostet. Heute ist Fleisch überall, Schweinefleisch zum Beispiel um 20 K. per Kilogramm zu haben. Butter war früher ganz verschwunden und nur im Schleichhandel zu 80 bis 100 K. per Kilogramm erhältlich. Jetzt wird Butter überall um 20 Kronen per Kilogramm verkauft.

Für Wien, erklärte der Gesandte sodann, haben wir zunächst Transporte von Gemüse, Kraut und Rüben freigemacht und trachten jetzt auch noch Kartoffeln zu schicken. Getreide haben wir selbst wenig, Fett überhaupt nicht. Wir haben dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner zugesagt, daß wir als vorläufige Aushilfe in den nächsten Tagen 500 Waggons Kartoffeln liefern werden. Die weiteren Kartoffelsendungen werden davon abhängen, wieviel wir von Galizien für Mährisch-Ostrau bekommen. Gleichzeitig haben wir eine Vereinbarung mit Galizien getroffen, daß wir die freie Durchfuhr der für Wien bestimmten 2000 Waggons galizischer Kartoffeln über unser Gebiet gestatten. Wie ich höre, sind die galizischen Transporte schon im Anrollen. Zur Uebernahme von 3000 Waggons Gemüse, Kraut und Rüben, ist bereits ein Vertreter des Wiener Rathauses in Prag. Die Ware wird schon verladen und dürfte in den nächsten Tagen in Wien sein. Kraut kostet bei uns 10 Heller per Kilogramm. Ich habe übrigens eine Information aus Paris bekommen, daß sich die Waren der Entente für uns schon auf dem Wege befinden. Wir dürfen also eine Erleichterung, die auch eine solche für uns ist, zuversichtlich in einem Monat oder sechs Wochen erwarten.

Die Kohlenfrage, erklärte schließlich Herr Tusar, ist eine Verkehrsfrage. Es fehlt in erster Reihe an Lokomotiven und es ist ein dringendes Gebot, zuerst die Zuckerfabriken mit Kohle zu versorgen. Die Kampagne wird noch etwa sechs Wochen dauern. Dann wird jedenfalls eine große Erleichterung eintreten. Ich verweise noch darauf, daß wir in der letzten Zeit täglich durchschnittlich 270 Waggons nach Wien schicken. Allerdings werden diese Sendungen meist von den Bahnen selbst verbraucht.

Keine Versorgung aus Ungarn.

Aus Budapest, 20. d., telegraphiert man: Ernährungsminister Nagy erklärte einem Mitarbeiter des „Az Est" gegenüber: Bisher haben wir den Oesterreichern noch keinerlei Lebensmittel geliefert. Unsere Lage ist heute viel schwieriger als früher. Aus den besetzten Gebieten sowie aus den slowakischen Gegenden können wir nichts oder nur sehr wenig herbeischaffen, so daß wir selbst sehr knapp daran sind. Unter solchen Umständen kann nicht einmal daran gedacht werden, Oesterreich mit Lebensmitteln zu versehen.

Neues Wiener Tagblatt
21./XI. 1918

96

Die Approvisionierung.

Lebensmittel von Amerika.

Aus Washington meldet Reuters Bureau: „Es sind jetzt Schiffe mit 200,000 Tonnen Lebensmitteln für Frankreich, Belgien und Oesterreich nach Europa unterwegs. Die Schiffe fahren mit versiegelten Befehlen nach Gibraltar, Bristol und den Kanalhäfen."

Wieviel von diesen 200,000 Tonnen für Deutschösterreich bestimmt ist und von welcher Gattung die uns zugedachten Lebensmittel sind, wissen wir vorläufig nicht, aber wir sehen, daß Amerika uns werktätig hilft, und das ist aufs beste geeignet, unsern Mut zu heben. Wir bedürfen der Hilfe und sehr schneller Hilfe, denn unser Brotbedarf ist nur auf beschränkte Zeit gesichert, und Kartoffeln dürften wir für längere Zeit in dieser Woche zum letztenmal bekommen haben.

Für unsre Lage wäre es das zweckmäßigste, wenn uns Amerika aus den in Europa befindlichen gewaltigen Armeevorräten für die nächste Zeit versorgen wollte, denn dies könnte binnen einigen Tagen geschehen, während die Transporte aus Amerika mehrere Wochen brauchen. Der Lebensmittelkontrollor Hoover ist schon unterwegs nach Europa, und man nimmt an, daß er in der nächsten Woche in Bern eintreffen wird. Delegierte der deutschösterreichischen Regierung werden ihn in Bern erwarten, um mit ihm die nächstliegenden Angelegenheiten unsrer Versorgung zu besprechen. Das Resultat, welches unsre Delegierten erzielen werden, wird für die Entwicklung der Dinge in jeder Hinsicht von größter Bedeutung sein.

In Argentinien hat Bürgermeister Welskirchner eine Menge von 160,000 Tonnen Mais und 100,000 Tonnen Weizen sich gesichert, doch müssen zur Durchführung der Einfuhr die Valuta und der Schiffsraum noch beschafft werden. m. h.

Neue Freie Presse
21./XI. 1918

91

Amerikanische Lebensmittelschiffe unterwegs.

Auch für Oesterreich.

Wien, 20. November.

Reuter meldet aus Washington vom 19. d.: Es sind jetzt Schiffe mit 200.000 Tonnen Lebensmitteln für Frankreich, Belgien und Oesterreich nach Europa unterwegs.

Die Schiffe fahren mit versiegelten Befehlen nach Gibraltar, Bristol und den Kanalhäfen.

* * *

Es wird vom Inhalt der versiegelten Befehle abhängen, welchen Anteil an dieser Menge von Lebensmitteln, die im Durchschnitt ungefähr zwei Kilo für jeden Kopf der drei in Betracht kommenden Länder betragen würde, auf Oesterreich entfallen wird. Die Instradierung eines Teiles der Schiffe nach Gibraltar deutet darauf hin, daß diese über Triest für Oesterreich bestimmt sind.

Reichspost
21./XI. 1918

92

Die Belieferung Wiens durch Niederösterreich.

Abg. Franz Benedikt Parrer, der bekanntlich im Ernährungsamte als einer der drei Direktoren tätig ist, hatte heute die Freundlichkeit, einem unserer Mitarbeiter gegenüber sich über die Ernährungslage Wiens folgendermaßen zu äußern:

Die Aufbringung für die Stadt Wien macht in Niederösterreich erfreulich gute Fortschritte. Die Niederösterreicher haben sich bekanntlich trotz der bereits abgelieferten großen Mengen bereit erklärt, der Stadt Wien über die nächste Not der Absperrungen aller nichtdeutschen Verpflegsgebiete hinwegzuhelfen, in zahlreichen Bauernversammlungen auf dem Lande wurde für diesen Zweck eifrig gearbeitet und die Niederösterreicher, die Wien bereits einmal — es war im Juni bei der „Getreideanleihe" — an erster Stelle herausgeholfen haben bewähren sich heute abermals als diejenigen, die den Ernst der Zeit am einsichtsvollsten durch die Tat würdigen und zu den vielen Opfern der letzten Jahre neue hinzuzufügen bereit sind. Die Niederösterreicher sind bisher immer unter den fleißigsten Aufbringern gestanden und es zeigt sich bereits, daß auch der neue Appell an ihre Hilfsbereitschaft wieder vollen Erfolg haben wird. Es ist natürlich nun auch noch zu erwarten, daß auch die bisher ausständigen Gemeinden und Bezirke sich noch denen anschließen werden die bereits voll abgeliefert haben, so viel nur in ihren Kräften gestanden hat. In den Zuschriften aus bäuerlichen Kreisen und aus den Kundgebungen der Versammlungen auf dem Lande spricht der einmütige Wille, für die Wiener, deren Notlage die Niederösterreicher sehr wohl kennen, das Letzte herzugeben. Ich habe in meinen Bezirken, in Bruck a. d. Leitha, Hainburg und Schwechat, auch selbst solche Versammlungen abgehalten, die von allen Produzentenschichten besucht waren und in denen mit allem Nachdruck das Versprechen abgegeben wurde, alles aufzubieten, um die drohende Ernährungskatastrophe von Wien abzuwehren. Und so viel an den Niederösterreichern liegt, wird dies auch gelingen. Es ist zu hoffen, daß die Ernährung Wiens bis zum Eintreffen auswärtiger Aushilfen gesichert ist.

Natürlich wäre es heute ein unschätzbarer Vorteil, wenn jetzt schon das Land Niederösterreich um jene westungarischen deutschen Komitate vergrößert wäre, deren Anschluß hüben und drüben gefordert wird. Nach den Erhebungen, die von uns angestellt wurden, befinden sich in diesen Komitaten sehr bedeutende Vorräte von Getreide, Hülsenfrüchten, Kartoffeln und Wein und große Mengen von Rindern, Schweinen und verarbeitetem Fett, deren sofortige Beiziehung für die Ernährung Wiens uns über die Sorge für die nächste Zeit vollständig beruhigen könnte.

Die Aufhebung der Gemüsesperre.

Die Korr. Wilhelm meldet: Weite Kreise der Bevölkerung sind sich dessen nicht bewußt, daß der Verkehr mit Frischgemüse innerhalb des deutschösterreichischen Staatsgebietes keinerlei Beschränkungen unterworfen ist. Die Bestimmungen über den Transportscheinzwang und über Höchstpreise sind zur Gänze aufgehoben. Gemüse kann ohne jede Beschränkung verfrachtet werden.

Keine Lebensmittel aus Ungarn?

Nach einer Meldung aus Budapest soll sich dort der ungarische Ernährungsminister dahin geäußert haben, daß er gar „nicht daran denken könne, Oesterreich zu ernähren". Ungarns Lage sei heute viel schlechter als früher, da aus den besetzten Gebieten und aus der Slovakei so gut wie gar nichts mehr nach Budapest komme, das bald selbst in Not sein werde. Das einzige, das Ungarn jetzt geliefert habe, seien Rinder.

Fremdenblatt
21./XI. 1918

93.

200.000 Tonnen Lebensmittel auf dem Wege nach Europa.

Für Frankreich, Belgien und Oesterreich.

Washington, 19. November. Es sind jetzt Schiffe mit 200.000 Tonnen Lebensmittel für Frankreich, Belgien und Oesterreich nach Europa unterwegs. Die Schiffe fuhren mit versiegelten Befehlen nach Gibraltar, Bristol und den Kanalhäfen.

England glaubt nicht an Deutschlands Lebensmittelnot.

Amsterdam, 19. November. Das hiesige englische Blatt „British News" meldet aus London: Die Ansicht, die Hoover vor seiner Abreise nach Europa geäußert hat, daß die Deutschen sich in keiner Gefahr des Aushungerns befinden, wird durch die Nachrichten, die aus den feindlichen Ländern nach London kommen, bestätigt. Es ist unmöglich, daß die Mittelmächte die eben erst eingebrachte Ernte schon aufgebraucht haben. Die Lebensmittelnot war nicht die unmittelbare Ursache des Zusammenbruches Deutschlands. Die deutsche Regierung übertreibt die Lage aus demselben Grunde, aus dem sie revolutionäre Bewegungen entfacht. Die Berichte über die Ausbreitung des Bolschewismus sind aus mehreren Gründen verdächtig. Deutschland hofft auf Milderung der Friedensbedingungen, indem es sich bankrott erklärt sowohl was Lebensmittel als auch was stabile Regierung betrifft. Wir erwarten, hievon vor der Friedenskonferenz noch recht viel zu hören.

Es wird dann eine Aeußerung von Dr. Wohlmannstädter vom Ernährungsamt zitiert, der am 10. Oktober erklärt haben soll, daß die Besorgnis wegen Zusammenbruches der Lebensmittellieferungen grundlos sei. Zehn Tage später habe der Reichskanzler selbst gesagt, die Lebensmittellage werde im nächsten Jahre nicht ungünstiger sein als 1917.

Zum Schlusse heißt es: Man muß ferner großen Argwohn davor hegen, daß Deutschland von den Ententemächten die Erlaubnis zu erhalten sucht, deutsche Handelsschiffe wieder ausfahren lassen zu dürfen, angeblich um Lebensmittel nach Deutschland zu bringen, in Wirklichkeit aber, um den deutschen Außenhandel wieder aufzunehmen.

Ostdeutsche) – Rundschau
22./VI. 1918

Die Lebensmittelversorgung aus Amerika.

Amtlich wird bekanntgegeben, daß Mr. Hoover, der vom Präsidenten Wilson entsendet wurde, um die **Versorgung der notleidenden Bevölkerung Europas mit Nahrungsmitteln** in die Hand zu nehmen, demnächst in der Schweiz erwartet wird. **Um die erforderliche Verbindung mit ihm herzustellen und die Modalitäten der ersten schleunigen Aushilfe mit Lebensmitteln in erster Linie mit Mehl, Fett und Fleisch, zu vereinbaren, begibt sich eine Kommission des deutschösterreichischen Staatsamtes für Aeußeres in Begleitung mehrerer geschäftlicher Fachleute nach Bern.** Sobald die Ergebnisse dieser Vereinbarung gemeldet werden, wird die Oeffentlichkeit weiteres erfahren.

Der Abend
22./XI. 1918

95

Die Ernährungslage Wiens.

Mehl aus Deutschland — billiges Pferdefleisch.

Die Lebensmittelversorgung Wiens in der nächsten Zeit wird, wie wir im Staatsamt für Volksernährung erfahren, aller Voraussicht nach durch große Mehlzufuhren aus Deutschland günstig beeinflußt werden. An Aushilfen sind 1000 Waggons Mehl im Anrollen, die großenteils für Wien bestimmt sind. Weitere Verhandlungen bezüglich unmittelbar anschließenden Mehlaushilfen nehmen einen günstigen Verlauf. Das Ergebnis der Getreideaufbringung in Niederösterreich ist günstiger geworden.

Die stärkere Belieferung des Wiener Marktes mit Pferdefleisch ist in die Wege geleitet. Das Pferdefleisch wird bedeutend billiger werden, man spricht von drei bis fünf Kronen für das Kilogramm.

Ungarn stellt ein Ultimatum.

Budapest. (Drahtbericht des „Abend".)

Der Ackerbauminister hat unlängst mit der deutschösterreichischen Regierung einen Vertrag über die Lieferung von Rindern und Schafen nach Deutschösterreich auf der Grundlage von Gegenleistungen abgeschlossen. Die Stadt Wien stand vollständig ohne Fleisch da, und deswegen hat die deutschösterreichische Regierung einen Abgesandten nach Budapest geschickt, um Industrieartikel, in erster Reihe Juteware, gegen Rinder und Schafe anzubieten. Der ungarische Ackerbauminister und der Vertreter der deutschösterreichischen Regierung haben hierauf das Übereinkommen abgeschlossen, demzufolge Ungarn nach Deutschösterreich 6000 Stück Rinder und 20.000 Stück Schafe liefern und als Gegenwert 100.000 Meter Schaf- oder Baumwollstoff, eine halbe Million Meter Leinwand und 500 Gros Zwirn bekommt. Die Durchführung dieses Übereinkommens hat der deutschösterreichische Vertreter von der Einwilligung seiner Regierung abhängig gemacht. Auf seine Bitte willigte aber der ungarische Minister ein, daß mit Rücksicht auf die Not der Stadt Wien der Rinder- und der Schafetransport sofort beginne. Seit damals sind acht Tage vergangen und es wurden 600 Rinder und 10.000 Schafe nach Wien gesendet ohne daß aus Deutschösterreich ein einziger Meter Stoff angekommen wäre. Der Ackerbauminister hat nun die Verfügung getroffen, daß die Lebensmittelsendungen nach Deutschösterreich, wenn nicht innerhalb 24 Stunden deutschösterreichische Sendungen eintreffen, eingestellt werden.

Fremdenblatt 22./XI. 1918

96

Unsere Ernährungslage.

Die Bemühungen der Staatsbehörden, die Versorgung der Republik Deutschösterreich mit den unentbehrlichsten Nahrungsstoffen für die nächste Zukunft zu sichern, haben bisher außer mehr minder unbestimmten Zusagen der Nachbarländer und grundsätzlicher Bereitwilligkeit der Entente zur Lebensmittelaushilfe keinen greifbaren Erfolg aufzuweisen. Ohne mit der Feststellung dieser Tatsache einen Vorwurf gegen die Regierung zu verbinden, müssen wir uns doch eben von jeder Täuschung fernehalten, denn von unverbindlichen Versprechungen wird kein Mensch satt. Wir müssen uns vorläufig auf die eigenen Vorräte verlassen, die zweifellos noch vorhanden sind, und jede auch noch so bescheidene Ergänzung mit der Zuversicht begrüßen, daß damit über die Not des Augenblicks hinweggeholfen wird. Eine wirkliche Besserung der Ernährungslage und Beruhigung der Bevölkerung wird naturgemäß erst eintreten, bis die auswärtige Lebensmittelhilfe via facti einsetzt. Bis dahin müssen trotz aller Mißerfolge die Anstrengungen in der nächsten Nachbarschaft unverdrossen fortgesetzt werden. Beharrlichkeit trägt Früchte. Beweis dessen, daß einige Alpenländer auf dem Wege selbständiger Aktionen, die sich aber auf ganz Deutschösterreich erstrecken müssen, Uebereinkommen erzielt haben. In Steiermark haben nach einer vorliegenden amtlichen Meldung die Wirtschaftskommissäre durch Kompensationsverhandlungen mit der Agramer Regierung den Vorteil erreicht, den Einkaufspreis für ausländisches Vieh um 4 bis 5 Kronen per Kilo Lebendgewicht herabzudrücken. Tirol geht seine eigenen Wege, desgleichen Vorarlberg, mit dem faktischen Gewinn, daß es seit etlichen Tagen durch die Schweiz Zuschübe erhält. Die Landesversammlung in Kärnten arbeitet seit Wochen eifrig und erfolgreich an der Neuordnung in den deutschen Landesteilen, und dieser energischen Tätigkeit verdanken vor allem die Landeshauptstadt Klagenfurt sowie die größeren Konsumzentren eine wesentliche Besserung der allgemeinen Versorgung. Allerdings kommt Kärnten der günstige Umstand zustatten, daß die zurückflutenden Armeeteile beträchtliche Lebensmittelmengen in das Land führten, die zum Teile durch eine straff organisierte, rasch zufassende Requisition zum Nutzen der einheimischen Bewohner sichergestellt werden konnten. Minder gut ist Salzburg daran, während in Oberösterreich verhältnismäßig bessere Verhältnisse vorherrschen.

Aus dieser flüchtigen Darstellung darf jedoch keineswegs die Schlußfolgerung abgeleitet werden, als ob einige Gebiete Deutschösterreichs mehr als über die nächste Zukunft versorgt wären. Sie sind augenblicklich dem schlimmsten Mangel entrückt, späterhin aber gleichfalls auf fremde Hilfe angewiesen. Das Hauptsorgenkind ist Wien, die Millionenstadt, ohne eigenes Produktionsgebiet, ohne alle eigenen Hilfsquellen, buchstäblich von der Hand in den Mund lebend. Und wenn man in Betracht zieht, daß seine Seelenzahl die Bevölkerungsziffern einiger Länder Deutschösterreichs um das drei- bis sechsfache übersteigt, ergibt sich von selbst die ungeheure Schwierigkeit einer Lösung des Ernährungsproblems und der damit zusammenhängenden Wirtschaftsfragen.

Die Lieferungen ungarischer Rinder für Wien gesichert.

Abends wird uns gemeldet: Die Verhandlungen, die im Laufe des Tages zwischen Vertretern des deutschösterreichischen Staates und der ungarischen Regierung in der Frage der Lieferung von Lebensmitteln geführt wurden, haben, wie nun uns mitteilt, zu einem befriedigenden Ergebnisse geführt. Speziell in der Angelegenheit der Lieferung von Rindern aus Ungarn kam eine bindende Vereinbarung zustande, nach welcher der Zuschub von 10.000 Rindern nach Wien gesichert ist. Damit wäre der dringendsten Fleischnot in Wien für die nächste Zeit abgeholfen. Für spätere Termine hofft man dann auf Lieferungen auch aus anderen Gebieten.

Heute nachmittags begibt sich mit einem Extrazug der ungarische Gesandte Harrer nach Budapest. In seiner Begleitung fährt der deutschösterreichische Gesandte v. Cnobloch, der dort seinen Dienst antritt. Gesandter Harrer wird der ungarischen Regierung über seine Verhandlungen, die er in Wien wegen Beschickung Deutschösterreichs, namentlich Wiens, mit Lebensmitteln gepflogen hat, Bericht erstatten. Die Verhandlungen werden in Budapest fortgesetzt und aus diesem Anlaß unterbleibt die geplante Reise des ungarischen Staatssekretärs Diener-Denes nach Wien.

Neue Freie Presse
22./XI. 1918

97

Die Kommission der Stadt Wien für Verhandlungen mit der Entente.

Die von der Gemeinde Wien in die Schweiz zu entsendende Kommission besteht aus Freiherrn Slatin Pascha, Gemeinderat Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller und Magistratsrat Dr. Roßkopf. Die Kommission reist Samstag zunächst nach Bern, um dort mit Vertretern der Entente wegen Beschaffung von Lebensmitteln und Kohle für die Stadt Wien zu verhandeln. In Bern dürfte die Kommission mit der vom deutschösterreichischen Staatsrat entsendeten Abordnung zusammentreffen.

Fremdenblatt
22./XI. 1918

Stellung der westungarischen Komitate.

Die Frage der Angliederung. — Nahrungsaushilfe.

Die ungarische Regierung hat beim Staatsamte für Aeußeres Vorstellungen erhoben gegen den vom Staatsrat gefaßten Beschluß über die Angliederung der vier westungarischen Komitate an Deutschösterreich. Der Staatsrat hat auf Grund des Berichtes des Staatsamtes für Aeußeres folgenden Beschluß gefaßt:

Das Staatsamt der deutschösterreichischen Republik hat den Wunsch, die freundschaftlichen Beziehungen ungetrübt aufrechtzuerhalten, den westungarischen Komitaten, soweit sie von deutscher Bevölkerung bewohnt sind, stets das gleiche Selbstbestimmungsrecht zu geben, welches nach wiederholten Erklärungen der ungarischen Regierung allen anderen Völkern Ungarns eingeräumt ist.

Der Staatsrat wird auf der Friedenskonferenz den Standpunkt vertreten, daß den Deutschen Westungarns die Gelegenheit geboten werde, ihr Selbstbestimmungsrecht in voller Freiheit auszuüben. Die Erklärung des Staasrates vom 17. November 1918 ist erfolgt als Antwort auf die Ansuchen, welche Deputationen der westungarischen deutschen Bauernschaft dem Staatsrate vorgelegt hatten. Dem Staatsrate selbst liegt es in dieser Frage nicht daran, die Initiative zu ergreifen. Er will die deutschen Gebiete Westungarns nicht annektieren, er erhebt aber Anspruch darauf, auf der Friedenskonferenz für das Recht der Bevölkerung dieser Gebiete, selbst über ihre Staatszugehörigkeit zu entscheiden, einzutreten.

Was die Lebensmittelversorgung aus diesen Gebieten anbelangt, liegt es dem Staatsrate ferne, das Verfügungsrecht der ungarischen Regierung über die Lebensmittelüberschüsse des Verwaltungsgebietes zu bestreiten. Er will daher Lebensmittel aus diesen Gebieten nur mit Zustimmung der ungarischen Regierung beziehen. Der Staatsrat spricht jedoch den Wunsch aus, daß es die ungarische Regierung ermöglicht, die Lebensmittelüberschüsse der deutschen Gebiete Westungarns den notleidenden Gebieten Deutschösterreichs zuzuführen.

Reichenberg für Deutschösterreich.

Reichenberg, 22. November. In der Volkshalle des Rathauses fand gestern abends eine von etwa 700 Staatsbeamten aus Reichenberg besuchte Versammlung statt, die sich zu einer feierlichen Kundgebung der volksbewußten Staatsbeamtenschaft zum deutschösterreichischen Staate und zur Provinz Deutschböhmen gestaltete.

Berliner Lokalanzeiger
23/11 1918

23/11
99

Deutschlands Ernährungsnöte.

Vom Staatssekretär des Kriegsernährungsamts Wurm erhalten wir folgende Mitteilung:

In der auswärtigen Presse hat es vielfach Befremden erregt, daß Deutschland kurz vor der Hungersnot stehen soll, während die frühere Regierung erklärt hatte, die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln sei bis zum Schluß des Erntejahres gesichert. Die Nahrungsmittelversorgung Deutschlands ist viel zu günstig eingeschätzt worden. In den von Deutschland besetzten Gebieten des Ostens waren überdies ungefähr 1 500 000 Menschen und 300 000 Pferde untergebracht und versorgt. Die Geschäftsbeziehungen mit der Ukraine, im Don- und Kubangebiet versprachen reichliche Zufuhren an Getreide- und Futtermitteln. Insbesondere glaubte man auf dem See- und Donauweg große Mengen von Oelsaaten und Oel heranschaffen zu können.

Dies alles ist mit einem Schlage zusammengebrochen. Aber auch die heimische Ernte ist geringer, als man sie in Rechnung gestellt hatte, namentlich bei den Kartoffeln. Die letzten kriegerischen Ereignisse nahmen das rollende Material stark in Anspruch und brachten dadurch die Wintereindeckung der großen Industriezentren mit Kartoffeln in starken Rückstand. Mit dem Augenblick des Waffenstillstandes haben fast alle Kriegsgefangenen, auf deren Arbeitskraft die deutsche Landwirtschaft im wesentlichen beruhte, die Arbeit eingestellt. Dadurch sind Millionen von Zentnern Kartoffeln in der Erde geblieben und bei dem unerwartet früh eingetretenen Frostwetter dem Verderben anheimgefallen. Der heimische Viehbestand zeigt von Monat zu Monat eine geringere Ergiebigkeit an Schlachtvieh und sonstigen tierischen Produkten. Schon seit zwei Jahren mußte in den Viehbestand tief eingegriffen werden. Dabei konnten selbst die Milchkühe nicht geschont werden, woraus sich für die Kindererernährung und die Sterblichkeit der Säuglinge bei einer auch nur noch wenige Monate dauernden Fortsetzung dieses Vorgehens die entsetzlichsten Folgen ergeben müssen. Durch den auf Grund der harten Waffenstillstandsbedingungen notwendig gewordenen, übereilten Rückmarsch und Rücktransport des Heeres ist eine ordnungsmäßige Verwaltung des Proviants und dessen restlose Rückführung in die Heimat unmöglich geworden. Verschärft wird diese Not noch durch die uns aufgezwungene überstürzte Abgabe der Transportmittel, wodurch Stockungen in dem Verkehr zwischen Lägern, Mühlen, Nährmittelfabriken, Verteilungsstellen und Kommunalverbänden unvermeidlich sind, ferner dadurch, daß in manchen Gegenden die örtlichen Gewalten die Versorgung ihres Wirkungskreises den berechtigten Ansprüchen der Gesamtheit voranstellen, so daß bedeutende Mengen von Vorräten vorzeitig und planwidrig einem ungeregelten Verbrauch zugeführt werden.

Durch alle diese Bedingungen ist eine Lage entstanden, in der nur die schleunigste Heranschaffung von ausländischen Nahrungsmitteln das deutsche Volk vor dem Hunger bewahren kann, selbst wenn die Landbevölkerung in Erkenntnis der drohenden Lage zur Ablieferung aller entbehrlichen Feldfrüchte und zur genauen Innehaltung der kriegswirtschaftlichen Verordnungen bereit ist. Obwohl der zentrale Verwaltungsapparat völlig ungestört funktioniert, so steht doch infolge des Mangels an Nahrungs- und an Transportmitteln der Zusammenbruch vor der Tür, falls es nicht gelingt, das große Versorgungsdefizit in den Hauptwohnbezirken durch rechtzeitiges Einsetzen der in Aussicht gestellten amerikanischen Hilfsaktion und einer unmittelbar einsetzenden Hilfsbereitschaft der Neutralen so auszugleichen, daß die ausländischen Zufuhren die inländischen Vorräte genügend ergänzen.

Österr. Volkszeitung
23./XI. 1918

100

Die Ernährungsaussichten.

Was Wien zu erwarten hat.

Die Ernährungslage ist, wie von maßgebender Stelle mitgeteilt wurde, dermalen sehr schwankend. Es finden, wie gestern einem unserer Mitarbeiter an maßgebender Stelle mitgeteilt wurde, ständig Verhandlungen mit den Vertretern der Nationalstaaten statt, ebenso werden die Verhandlungen mit dem Deutschen Reich dauernd fortgesetzt und mit dem Ausland sind die Ernährungsbehörden gleichfalls in steter Fühlung. Ein entscheidender Erfolg ist bisher nicht festzustellen, ein klares Bild der Ernährungsaussichten Wiens noch nicht zu gewinnen.

Was Fleisch betrifft, so wird es sich erst Anfang nächster Woche herausstellen, ob die normale Quote in der kommenden Verbrauchsperiode wieder ausgegeben werden kann. Die Aufbringung in Niederösterreich ist nicht ungünstig. Aus Ungarn sind Zuschübe zu erwarten; zwecks Vereinbarungen darüber haben sich gestern wieder drei Vertreter der deutschösterreichischen Behörden nach Budapest begeben. Recht günstig steht die Versorgung mit Pferdefleisch; es wird in der nächsten Zeit davon soviel zur Verfügung stehen, daß auch eine sehr wesentliche Preisermäßigung zu erwarten ist.

Der Bedarf an Brotfrucht ist bis 12. Dezember gedeckt; die Aufbringung im deutschösterreichischen Staatsgebiet erweist sich als günstiger als man angenommen hat, weshalb auf dem Gebiet der Brot- und Mehlversorgung eine optimistische Auffassung der Lage selbst dann gerechtfertigt ist, wenn wider Erwarten die Bemühungen, von außen her Zuschüsse zu erhalten, ergebnislos sein sollten.

Mit Kartoffeln steht es unverändert schlecht; die Ausgabe selbst einer gekürzten Quote ist in der kommenden Woche nicht möglich, da die Reserven erschöpft sind. Die Verhandlungen mit Böhmen, Galizien und Ungarn werden fortgesetzt; aus dem deutschen Südmähren sind Transporte zu erwarten, leider ist der ungewöhnlich früh einsetzende Frost ein erhebliches Hemmnis; ob eine Kartoffelabgabe während des Winters noch möglich sein wird, muß unter solchen Umständen bezweifelt werden.

Neues Wiener Tagblatt
23/XI. 1918

101

Die Approvisionierung.

Versorgungsangelegenheiten in der gestrigen Gemeinderatssitzung.

In der gestrigen Sitzung des Gemeinderates brachte Gemeinderat Herold den Wunsch vor nach einer stärkeren Verbreitung des Haferreises als Nahrungsmittel.

Bürgermeister Dr. Weisskirchner erwiderte: Wenn ich einen Hafer hätte, wäre ich sehr glücklich. Aber den habe ich nicht. Was die militärischen Vorräte anlangt, möge sich der Anfragesteller erkundigen, wie in Etappenstationen die Vorräte in unerhörtester Weise geplündert und vernichtet wurden. Es wurden Mehlsäcke aufgeschnitten und das Mehl ausgeschüttet, daß die Soldaten bis zu den Knöcheln im Mehl wateten, infolge der grassen militärischen Unfähigkeit der betreffenden Stellen. (Zustimmung.)

Ferdinand Fischer fragt, ob der Bürgermeister beim Staatsrat die 6-Uhr-Sperre bis Weihnachten erwirken wolle.

Bürgermeister Dr. Weisskirchner: Mir sind die Klagen aus dem Kreise der Gewerbe- und Handeltreibenden wohl bekannt. Diese Klagen sind berechtigt, aber wenn Sie vor der Wahl stehen, entweder die öffentliche Beleuchtung sistieren zu müssen oder die 4-Uhr-Sperre zu verfügen, dann wird auch der Anfragesteller sich lieber dafür entscheiden, daß wir notdürftig die öffentliche Beleuchtung, so lange wir können, aufrechterhalten. So stehen wir. Ich muß aufmerksam machen, daß in den nächsten Tagen eine weitergehende Maßnahme betreffend Einschränkung des Gas- und Elektrizitätsverbrauches getroffen werden wird.

Ferdinand Fischer fragt, ob der Bürgermeister beim Staatsrat dahin wirken wolle, daß die Baumwollzentrale baldigst liquidiere und daß die Bezugscheine aufgehoben werden.

Bürgermeister Dr. Weisskirchner erwidert, daß die Auffassung derjenigen Zentralen, welche bisher die Textilwaren bewirtschaftet haben, wie auch die Aufhebung der Bestimmungen über die Bedarfsbescheinigungen B und C für Kleider und Schuhe im Zuge ist.

Wimberger stellt die Anfrage, ob der Bürgermeister geneigt wäre, seinen ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Zentralen aufgelöst und der Handel freigegeben wird. Und daß die freie Einfuhr aus Nieder- und Oberösterreich für Wien überhaupt gestattet ist.

Bürgermeister Dr. Weisskirchner: Ich habe bereits in der letzten Gemeinderatssitzung meinen Standpunkt in dieser Frage dargelegt und hoffe auf sicheren Erfolg. In einer Eingabe habe ich um eine volkstümliche Zusammensetzung des Direktoriums für die Zeit des Abbaues gebeten.

Die deutsche Mehlaushilfe.

Die Ankunft des ersten Teiles der uns von Deutschland versprochenen Mehlaushilfe steht sowohl in Wien als auch in Tirol unmittelbar bevor.

Die Zufuhr oberschlesischer Kohle ermöglicht.

Nach einer im Staatsamt für Aeußeres eingetroffenen Nachricht hat der tschecho-slowakische Nationalratsschuß die Durchfuhr von Kohle aus Oberschlesien nach Wien im Prinzip bewilligt.

Hoffentlich wird die prinzipielle Bewilligung derart gehandhabt werden, daß wir von ihr schleunigst Gebrauch machen können, damit die überaus ernste Lage unsrer Verkehrsmittel nicht noch ärger werde. Leute, die gestern auf Wiener Bahnhöfen Güter aufgeben wollten, wurden von der unangenehmen Mitteilung überrascht, daß bis auf weiteres, Lebensmittel allein ausgenommen, jede Güteraufnahme sistiert sei.

Die Zeit
23./XI. 1918
102

Die Ernährungsfrage.

Neuerliche Intervention bei den Ententevertretern.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilte in der gestrigen Obmännerkonferenz mit, daß in Durchführung der in der letzten Obmännerkonferenz gegebenen Anregung Gemeinderat Dr. v. Schwarz-Hiller sich in die Schweiz begebe, um Informationen bei den Vertretern der Entente wegen Beschaffung von Lebensmitteln einzuholen.

Herrenlose Pferde in Tirol.

Aus Kärnten, Tirol usw. kommen Nachrichten, daß sich dort Tausende von Pferden befinden, die durch Futtermangel zugrunde gehen. Von seiten der dortigen Behörden wird die Sendung von Schlächtern und Transportmaterial verlangt, um Pferde, deren Rettung nicht mehr möglich ist, an Ort und Stelle zu schlachten und als Nahrung der Bevölkerung zuzuführen. Der Ernährungsrat der Gemeinde Wien befaßte sich gestern mit dieser Angelegenheit. Man hofft, es binnen kurzem zu ermöglichen, daß der Wiener Bevölkerung Pferdefleisch um 3 Kronen pro Kilogramm zugeführt wird.

Neues Wiener Tagblatt
23. IV. 1918

103

Aushilfe der Entente für Vorarlberg.

Aus Bregenz wird berichtet, daß am 17. d. im dortigen Landhause der englische Konsul Hadryn H. Gastrell und Vizekonsul E. A. Steiger-Buit, der amerikanische Konsul Ralph F. Chesbrough und Vizekonsul Montefiore Judelsohn, sowie vom amerikanischen Roten Kreuz Karl Kaufmann; der belgische Vizekonsul Max Muser und als Abgeordneter der Schweiz Nationalrat Schmidheiny von Heerbrugg aus St. Gallen eintrafen. Die Vertreter Vorarlbergs gaben eine eingehende Schilderung der politischen und Ernährungsverhältnisse des Landes, worauf die erschienene Abordnung der Entente sofortige Aushilfe zusagte. Für die Zukunft ist die direkte Belieferung Vorarlbergs durch die Vereinigten Staaten in Amerika in Aussicht genommen, wobei es sich in erster Linie um Mehl zur vollen Deckung der Mehl- und Brotkarte handelt, dann als Ersatz für die fehlenden Kartoffel um Reis, Teigwaren und eventuell Mais oder Maismehl.

Es besteht auch Aussicht, daß England nach Vorarlberg Baumwollstoff liefere, um Arbeitsgelegenheit für Ware zu schaffen, die dann in Oesterreich und Ungarn abzusetzen wäre.

Neues Wiener Tagblatt
23./XI. 1918

104

Die Lebensmittelhilfe aus Deutschböhmen.

Prag, 22. November. (Meldung der Telegraphenkompagnie.) Mit Rücksicht auf die katastrophale Not der Wiener Bevölkerung infolge Absperrung von jeder Zufuhr ist in Aussicht genommen, Vieh aus den deutschböhmischen Ueberschußgebieten nach Wien zu liefern. Das Vieh wird an die Viehverwertungsgesellschaft in Prag verladen, dort geschlachtet und in Kühlwaggons nach Wien gebracht werden. Die Innereien und Nebenprodukte werden den deutschen Mittelstandsorganisationen in Prag zugewiesen.

Vossische Zeitung 23./11. 1918.

23/
705/4

Die kritische Lage der Volksernährung.

In einer Kundgebung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts, Wurm, heißt es:

In der auswärtigen Presse hat es vielfach Befremden erregt, daß Deutschland kurz vor der Hungersnot stehen soll, während die frühere Regierung erklärt hatte, die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln sei bis zum Schluß des Erntejahres gesichert. Wie sich jetzt zeigt, ist früher die Nahrungsmittelversorgung Deutschlands viel zu günstig eingeschätzt worden. Dazu kommen die Folgen der militärischen Niederlagen. In den von Deutschland besetzten Gebieten des Ostens waren ungefähr 1 500 000 Menschen und 300 000 Pferde untergebracht und versorgt.

Dies alles ist mit einem Schlage zusammengebrochen. Aber auch die heimische Ernte ist geringer, als man sie in Rechnung gestellt hatte, namentlich bei den Kartoffeln. Dazu kommt, daß die letzten kriegerischen Ereignisse das rollende Material stark in Anspruch nahmen und dadurch die Wintereindeckung der großen Industriezentren mit Kartoffeln in starken Rückstand brachten. Mit dem Augenblick des Waffenstillstandes haben fast alle Kriegsgefangenen, auf deren Arbeitskraft die deutsche Landwirtschaft im wesentlichen beruhte, die Arbeit eingestellt. Dadurch sind Millionen von Zentnern Kartoffeln in der Erde geblieben und bei dem unerwartet früh eingetretenen Frostwetter dem Verderben anheimgefallen. Der heimische Viehbestand zeigt von Monat zu Monat eine geringere Ergiebigkeit an Schlachtvieh und sonstigen tierischen Produkten. Schon seit zwei Jahren mußte in den Viehbestand tief eingegriffen werden, um auch nur die ungenügende Fleischration aufrecht zu erhalten. Dabei konnten selbst die Milchkühe nicht geschont werden, woraus sich für die Kinderernährung und die Sterblichkeit der Säuglinge bei einer auch nur noch wenige Monate dauernden Fortsetzung dieses Vorgehens die entsetzlichsten Folgen ergeben müssen. Durch den auf Grund der harten Waffenstillstandsbedingungen notwendig gewordenen übereilten Rückmarsch und Rücktransport des Heeres ist eine ordnungsmäßige Verwaltung des Proviants und dessen restlose Rückführung in die Heimat unmöglich geworden. Verschärft wird diese Not noch durch die uns aufgezwungene überstürzte Abgabe der Transportmittel, wodurch Stockungen in dem Verkehr zwischen Lagern, Mühlen, Nährmittelfabriken, Verteilungsstellen und Kommunalverbänden unvermeidlich sind, ferner dadurch, daß in manchen Gegenden die örtlichen Gewalten die Versorgung ihres Wirkungskreises den berechtigten Ansprüchen der Gesamtheit voranstellen, so daß bedeutende Mengen von Vorräten vorzeitig und planwidrig einem ungeregelten Verbrauch zugeführt werden.

24./XI. 1918

106

Lebensmitteleinfuhr.

Von Dr. Viktor Krakauer.

Die Verhandlungen mit der Entente über die Zufuhr von Lebensmitteln nach Deutschösterreich werden demnächst beginnen. Wie sich diese Zufuhr gestalten, welche Waren sie umfassen, auf welche Mengen sie sich belaufen wird, darüber sind wir gegenwärtig noch vollständig im unklaren. Die Pläne des Vierverbandes sind uns derzeit auch nicht in flüchtigen Umrissen bekannt. Es kann nur drei Möglichkeiten geben: Entweder gestattet uns die Entente den freien Einkauf im Ausland und besonders in Amerika, oder sie beschränkt den freien Einkauf auf bestimmte Gegenstände und bestimmte Mengen oder sie greift zur Rationierung, wobei uns gewisse Lebensmittel jeweils für einen bestimmten Zeitraum zugewiesen werden müßten. Ob im letzteren Falle die Entente den freien Einkauf nichtrationierter Waren gestatten wird, läßt sich vorläufig noch nicht sagen. Nur soll nebenbei bemerkt werden, daß die deutschösterreichische Regierung ihrerseits derartigen Geschäften schon jetzt keine Hindernisse mehr in den Weg legt. Mit anderen Worten: Der freie Einkauf ist, sowohl was Lebensmittel als auch was Futtermittel alangt, im Ausland zulässig. Die Regierung knüpft daran nur die eine Bedingung, daß ihr die Waren angeboten werden. Damit muß keineswegs eine Beschlagnahme verknüpft sein. Der Anbotszwang soll vielmehr nur die Handhabe für eine gerechte Verteilung dringend erforderlicher Gegenstände bieten: es soll verhütet werden, daß einzelne Bevölkerungsschichten einen Ueberfluß an diesen Waren haben, während andere leer ausgehen. Mit dem Schwinden einer solchen Gefahr wird auch der Beweggrund für die staatliche Einflußnahme entfallen. Haben wir einen größeren, etwa für vier bis sechs Monate ausreichenden Vorrat an den betreffenden Nahrungsmitteln, sind wir nicht mehr gezwungen, von der Hand in den Mund zu leben, dann wird der freie Handel im Ausland auch durch den im Inland ergänzt werden können.

Die Durchführung und die Finanzierung des ganzen Geschäftes ist davon abhängig, welche der erwähnten drei Möglichkeiten die Entente wählen wird. In jedem einzelnen Falle ergibt sich dann eine Unzahl verschiedenartiger Kombinationen. Nur das eine steht fest, daß die Finanzierung ohne Hilfe der großen Banken undurchführbar wäre. Handelt es sich doch um ganz gewaltige Mengen. Sokämen, um nur zwei Beispiele anzuführen, bis zur Anbahnung einer geregelten Versorgung nach ganz oberflächlicher Veranschlagung etwa 80.000 Eisenbahnwagen Getreide, 16.000 Wagen Fett usw. in Frage. Den Gegenwert dafür sofort aufzubringen, ist der deutschösterreichische Staat gegenwärtig noch nicht in der Lage, zumal er ja noch kein endgültig kristallisiertes Gebilde darstellt. Seine Grenzen sind noch verschwommen — mit Recht wird gegenwärtig zwischen Staatsgebiet und Rechtsgebiet unterschieden — und die Anzahl seiner Bewohner läßt sich noch mit keiner positiven Ziffer ausdrücken. Aber selbst wenn das der Fall wäre, so könnten wir jetzt keine Ausfuhrgüter (auch nicht in einer nur annähernd entsprechenden Menge) den ausländischen Lieferern zur Verfügung stellen, und unsere Papierkronen werden ihnen begreiflicherweise als Zahlungsmittel kaum willkommen sein. Somit ist es klar, daß für die erste Zeit Großbanken, finanzielle Anstalten von internationaler Geltung, mit weitverzweigten Verbindungen zur Durchführung der Nahrungsmittelimporte herangezogen werden müssen, und es unterliegt keinem Zweifel, daß sie sich dieser Aufgabe schon aus Patriotismus, aus Rücksichtnahme auf den jungen Staat, gern unterziehen werden. Dabei wird es sich bei der Frage der Beschaffung der ausländischen Valuta vorwiegend um ein Kreditgeschäft großen Stils handeln können.

Mit dem Abschluß des Kaufvertrages, mit der Feststellung der Bedingungen über Ware und Preis sind aber noch lange nicht alle Fragen der Lebensmitteleinfuhr gelöst. So wird beispielsweise die Beförderung erhebliche Schwierigkeiten bereiten. Der Vierverband hat selber empfindlichen Mangel an Schiffsraum: er hat aber auch nicht genügend Kohle, und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß er es uns überlassen wird, die erforderlichen Kohlenmengen zu beschaffen und — zu bezahlen. Dann ist bei der herrschenden Verkehrsbehinderung, bei dem Wagen- und Lokomotivmangel in allen Staaten, auch die Beförderung auf dem Landwege eine ungemein schwierige Aufgabe, die verschiedenartige, nicht bloß auf den Bahnverkehr sich beziehende zwischenstaatliche Abmachungen voraussetzt. Und alles das muß in der denkbar kürzesten Frist bewältigt werden, damit wir in erster Linie vor dem Aergsten bewahrt bleiben, späterhin aber auch die Möglichkeit haben, unsere Ernährung allmählich zu bessern. Ein englisches Sprichwort sagt: In der Stunde vor der Dämmerung herrscht die größte Finsternis. Die mit dem Ernährungswesen Deutschösterreichs betrauten Organe werden unendlich viel zu leisten haben, um in dieser Finsternis den Weg zu finden, mitten durch das fürchterliche Chaos, das der Krieg zurückgelassen hat. Gelingt dies, dann ist die Zeit der Morgenröte nicht mehr fern.

Österr. Volkszeitung

25./XI. 1918

108

Ein Engländer über Wien.

Ordnung, aber furchtbare Lebensmittelnot.

Der „Matin" gibt, wie aus Paris, 24. d., telegraphiert wird, den Bericht eines Redakteurs der „Daily Mail" wieder, der in Wien am 12. d. eingetroffen ist. Der Verfasser erklärt, daß er während seiner Reise keine Spur von Bolschewismus wahrgenommen hat. Weiter stellt er fest, daß er keine plündernden Soldaten in den Eisenbahnzügen gesehen hat. Bei Soldaten und Offizieren hat er nur Kriegsmüdigkeit wahrgenommen. Wenn er über die Vorgänge bei der Proklamierung der Republik, die er beobachtet hat, nicht recht ins klare gekommen ist, so meint er feststellen zu können, daß die Wiener Revolution jedenfalls keine „rote" war. Er äußert sich einigermaßen erstaunt über die am nächsten Tage wiedergeöffneten und mit kostbaren Gegenständen gefüllten Läden. Daß der Berichterstatter nur die innere Stadt gesehen haben dürfte, geht aus seinen Aeußerungen über die gute Bekleidung des Publikums (sogar Fußbekleidung) hervor. Doch stellt er die schreckliche Teuerung fest und die Lebensmittelnot bezeichnet er als furchtbar, wobei er die Mitschuld Ungarns und Böhmens hervorhebt.

Tägliche Rundschau 26/11 1918.

109

* **Reichsernährungsamt statt Kriegsernährungsamt.** Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts, Wurm, hat mit Ermächtigung der Reichsregierung bestimmt, daß das Kriegsernährungsamt fortan den Namen „Reichsernährungsamt" führt.

Die Versorgung der Zentralmächte mit Lebensmitteln.

Eine Botschaft Lansings.

Wien, 25. November.

Unsere Gesandtschaft in Bern erhielt im Wege des schweizerischen politischen Departements folgende Mitteilung des amerikanischen Staatssekretärs Mr. Lansing:

In einer gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser des Kongresses kündigte der Präsident der Vereinigten Staaten an, daß die Vertreter der verbündeten Regierungen in dem obersten Kriegsrate zu Versailles durch einstimmigen Beschluß die Völker der Zentralmächte versicherten, daß alles, was unter den Umständen möglich ist, geschehen wird, um sie mit Nahrungsmitteln zu versorgen, und den schmerzlichen Mangel, der an manchen Orten selbst ihr Leben bedroht, zu erleichtern; und daß Schritte sofort unternommen werden, diese Hilfsaktion in derselben systematischen Art, in welcher sie für Belgien eingerichtet war, zu organisieren. Ueberdies drückte der Präsident die Meinung aus, daß durch den Gebrauch der unbenützten Tonnage der Zentralmächte es gegenwärtig möglich sein würde, der bedrückten Bevölkerung die Furcht vor vollständiger Verelendung zu benehmen und ihre Gedanken und Energien freizumachen für die große und kühne Aufgabe des politischen Wiederaufbaues, die ihnen auf allen Seiten bevorsteht.

Demgemäß beordert mich der Präsident nunmehr zu erklären, daß er bereit sei, die Ueberweisung von Lebensmitteln an Deutschland günstig zu erwägen und die Sache sofort mit den verbündeten Regierungen in Angriff zu nehmen, vorausgesetzt, daß er versichert sein könnte, daß die öffentliche Ordnung in Deutschland aufrecht erhalten und fortfahren wird, so zu bleiben, und daß eine gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel bestimmt garantiert werden könne.

Fremdenblatt 21. XI. 1918

Neue Freie Presse

Abendblatt
26./XI. 1918

Lebensmittel aus Amerika.

Eine Mitteilung des amerikanischen Staatssekretärs Lansing.

Wien, 26. November.

Die Bereitwilligkeit der Vereinigten Staaten, die Notlage in Deutschösterreich durch Sendungen von Lebensmitteln zu mildern, wird amtlich mitgeteilt. Das politische Departement der Schweiz hat eine sich darauf beziehende Erklärung des Staatssekretärs Lansing unserer Gesandtschaft in Bern bekanntgegeben. Der Beschluß, die Völker der Zentralmächte mit Lebensmitteln zu versorgen, wurde im Obersten Kriegsrate zu Versailles gefaßt. Präsident Wilson hat ihn den beiden Häusern des Kongresses in einer gemeinsamen Sitzung zur Kenntnis gebracht. Wir dürfen also hoffen, daß in naher Zeit die Nahrungskrise, unter der die Bevölkerung von Deutschösterreich und besonders die Bewohner von Wien leiden, durch die Einfuhr aus Amerika gemildert werden wird. Der Tag, an dem der Kriegsrat von Versailles den Beschluß über die Versorgung der Zentralmächte mit Lebensmitteln gefaßt hat, läßt sich nach den bisherigen Veröffentlichungen nicht genau angeben. Aus der Depesche des Staatssekretärs Lansing geht jedoch hervor, daß er den beiden Häusern des Kongresses am 11. November mitgeteilt hat, was in Versailles beschlossen worden ist. Daraus ergibt sich die weitere Folgerung, daß der Kriegsrat in Versailles schon vor dem 11. November sich für die Hilfe ausgesprochen hat. Das muß beiläufig um die Zeit geschehen sein, in der die Verträge über den Waffenstillstand mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland unterzeichnet worden sind, demnach ungefähr zwischen dem 3. und 9. November. Ob es nicht möglich war, die Absicht des Kriegsrates rascher durchzuführen, läßt sich schwer beurteilen.

In der Depesche des Staatssekretärs wird die Hilfe an zwei Bedingungen geknüpft. Die öffentliche Ruhe in Deutschland muß aufrechterhalten werden, nicht nur jetzt, sondern dauernd. Ferner wird eine Verbürgung der gleichmäßigen Verteilung gefordert. Es ist die höchste Zeit, daß die Versprechungen erfüllt werden und die Nahrungsmittel tatsächlich in Deutschösterreich und Deutschland eintreffen. Jede weitere Verzögerung wäre nicht bloß bedenklich, sondern auch, mit Rücksicht auf den frühen Einbruch des Winters, grausam. Die Bevölkerung leidet unter Nahrungsmangel, der durch den Kohlenmangel noch empfindlicher wird. Die czecho-slowakische Regierung kennt die Lage in Wien und dennoch werden die Bezüge von Kohle aus dem Ostrauer Becken und aus Schlesien durch ihre Maßregeln sehr erschwert. Die Verwicklungen, die entstehen können, wenn der Güterverkehr auf den Eisenbahnen und insbesondere die Kohlenverfrachtung eingestellt werden müssen oder in Verwirrung kommen, sind aus den Erfahrungen von Rußland nur zu anschaulich geworden. Wenn die Fabriken ohne Kohle sind, können sie den Betrieb nicht fortsetzen und dann steigert sich die Arbeitslosigkeit, die beim Uebergang von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft das schwierigste wirtschaftliche und politische Problem ist.

Wir merken vorläufig kein Abklingen des Hasses in den Ententeländern. Aber der Beschluß des Kriegsrates in Versailles zeigt dennoch die Einsicht, daß bei Aufrechterhaltung der Blockade Deutschösterreich nicht für sich selbst sorgen kann. Dazu kommt noch die Absperrung von Böhmen, die Besetzung von Landstrichen, im Süden durch die Serben bis nach Marburg und das Vordringen der Italiener bis über Innsbruck hinaus. Alle diese Maßregeln sind Erschwerungen einer unabhängigen Nahrungspolitik. Die Bewohner von Deutschösterreich und von Wien leben gleichsam in einem großen Internierlenlager, wo der Ausgang von der Erlaubnis der Nachbarn und der verbündeten Mächte abhängig ist.

Berliner Lokalanzeiger
27/11 1918.

27/11
1 R.

Unsere Ernährungslage.

Auf der Reichskonferenz warnte vorgestern — nach dem jetzt vorliegenden ausführlichen Berichte — Staatssekretär Wurm davor, die Fehler der alten Durchhalts-Regierung zu beschönigen, der wirtschaftliche Zusammenbruch sei ohne gleichen. Der Ausfall der Kriegsgefangenen bei der Ernte von Hackfrüchten, die Grippe und der Kohlenmangel hätten auf die Bearbeitung von Zuckerrüben, auf die Mühlbetriebe usw. verheerend gewirkt. Dazu der Ausfall von Ueberschußbezirken (Elsaß-Lothringen, linkes Rheinufer, Posen und Westpreußen) und schließlich das eigenmächtige Vorgehen mancher A.- und S.-Räte hätten den Verteilungsplan gestört. Wie wollen wir da den Oesterreichern die ihnen nötigen 83 000 Tonnen Mehl zum ersten Dezember geben?

Die Kartoffel-Mißernte in Ostpreußen mit einem Ausfall von 16 Millionen Zentnern und der Stand der Getreidebelieferung, an der noch 62 Prozent oder 8,8 Millionen Tonnen fehlen, machen die Belieferung einzelner Gebiete unmöglich. Bei Fett müssen wir uns mit 4,5 Prozent des Bedarfs einrichten, beim Fleisch wäre bei bisheriger Rationierung jeden Monat eine fleischlose Woche nötig. In Posen bestände die Gefahr, daß das polnische Ernährungsamt unter der Diktatur polnischer Chauvinisten die Belieferung einstelle, wogegen mit Waffengewalt gar nichts zu machen sei. Ein bestimmter Ernährungsplan für die Zukunft sei unmöglich; auf die Proviantämter, die immer nur monateweise beliefert worden seien, dürfe nicht entscheidend gerechnet werden. Bei Ablieferungen der Landkreise und Unterbindung des Schleichhandels rechne man auf die Tätigkeit der Bauernräte, auch die Hamsterlager in Stadt und Land sollten kontrolliert werden, wobei es sich aber nur um verhältnismäßig geringe Mengen handeln könne. Rettung könnte nur Aufhören der Blockade und ein Präliminarfriede bringen, wozu wir konsolidierte Verhältnisse haben müssen. Wir brauchen ungefähr vom Ausland für mäßige Ernährung der Bevölkerung monatlich **67 000 Tonnen Fett, 180 000 Tonnen Fleisch** und **420 000 Tonnen Getreide, Mehl** und **Reis**, dazu für die Kinder kondensierte Milch und Nährmittel. Dazu müßte uns das Ausland mehr als 6 Milliarden kreditieren. Wenn wir vor aller Welt zeigen, wie elend das deutsche Volk durch den Krieg dran sei, dann müßten wir auf die Hilfe Amerikas rechnen können.

Neues Wiener Tagblatt

Abendl.

27./XI. 1918

113

Politik und Landwirtschaft.

Von Dr. Wilhelm Freiherrn v. Alter.

Die beispiellose Wandlung der Verhältnisse in unserm Gemeinwesen zeitigte eine erfreuliche Erscheinung: die Einigung aller deutschen Parteien zur Erreichung des großen Zieles, der Schaffung eines neuen deutschen Vaterlandes. Diese erfreuliche Erscheinung sollte alle Deutschen ohne Unterschied der Partei erheben. Die mühsam erworbene Einigkeit darf von keinem deutschen Bürger gestört werden. Die Regierung — Staatsrat und Staatssekretäre — sieht ohnehin vor einer ungeheuer schweren Aufgabe. Ihr obliegt ja nicht nur die Last der Einrichtung des neuen Gemeinwesens, sondern auch die Sorge dafür, daß die Ruinen des alten Staates nicht vollends einstürzen und in diesem Sturze alles begraben. Die manchenorts auftauchenden Vorwürfe gegen die neue Regierung sind zumindest verfrüht. Die Hauptsorge der Regierung muß darauf gerichtet sein, einen Umsturz zu verhindern, sowohl in politischer wie in wirtschaftlicher Beziehung. Als Umsturz in politischer Beziehung muß jede plötzliche Veränderung der augenblicklichen Verhältnisse gelten. Nicht nur eine plötzliche Entwicklung in radikaler Richtung, auch eine solche in die Bahnen der letzten Vergangenheit. Denn täuschen wir uns darüber nicht, lernen wir von unsern Nachbarn im Osten, jede plötzliche Bewegung nach der einen oder andern Richtung kostet Ströme von Blut und bringt unser ganzes Hab und Gut in Gefahr.

Was für das Gebiet der Politik gilt, gilt auch für jenes der Wirtschaft. Nichts wäre verkehrter, als wenn die Regierung zwangsweise eine Aenderung jener wirtschaftlichen Verhältnisse herbeiführen wollte, die sich nach den wirtschaftlichen Gesetzen der Kriegszeit gebildet haben. Wären die extremen Preisbildungen Einzelerscheinungen, dann könnte man sich mit radikalen Reformen einverstanden erklären. Allein es handelt sich auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens bei der Landwirtschaft wie bei der Industrie um Massenprobleme. Da ist Vorsicht am Platze. Der ungeheuren Fülle an Geldmitteln entspricht die Entwertung des Geldes. Mit dieser im innigsten Zusammenhange steht die Entwicklung der Preise und der Löhne. Es ist daher, soweit die Handlungen der neuen Regierung in Erscheinung treten, nur zu begrüßen, daß sie das Bestreben zeigen, einen Umsturz in wirtschaftlicher Beziehung zu verhindern. Dies muß auch für die Landwirtschaft gelten.

Das nationale Interesse erfordert es ebenso wie das wirtschaftspolitische des Gemeinwesens, daß wir bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln bald völlig unabhängig werden. Gewiß werden wir zunächst auf Einfuhren angewiesen sein. Die Volksinteressen erheischen augenblicklich solche Einfuhren sogar gebieterisch. Dagegen darf auch von agrarischer Seite kein Einwand erhoben werden. Politisch und wirtschaftlich erstarken können wir aber erst dann, wenn die Einfuhr von Lebensmitteln entbehrlich wird. Für die Gestaltung unsrer Valuta ist das sogar von grundlegender Bedeutung. Soweit die Bildung der Preise für die Bodenprodukte in Betracht kommt, werden sich die Bemühungen der Regierung in erster Linie der Ausschaltung jener Ursachen zuwenden müssen, die, ohne in der Wirtschaftsgestaltung begründet zu sein, eine Steigerung der Preise verursachten. Damit wird der Abbau der Preise unter Vermeidung der Beeinträchtigung der Produktion in die Wege geleitet werden. Die Zeiten sinkender Rentabilität jedoch können niemand zu Investitionen verlocken.

Die Unsicherheit hinsichtlich der Preisbildung muß einer Ausdehnung der Produktion hinderlich im Wege sein. Die Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung ist aber ein außerordentliches Staatsinteresse, ein gemeinsames Einzelinteresse aller Klassen des Staates: der Arbeiter, der Bürger und der Bauern. Die Intensivierung und Ausdehnung der landwirtschaftlichen Betriebe ist allerdings nur zu erreichen, wenn Klarheit über die Preisbildung der nächsten Zeit herrscht und die Gefahr einer verlustbringenden Betätigung gebannt ist. Die Regierung hat durch die Monopolisierung des Handels mit der wichtigsten Bodenprodukten das Machtmittel in der Hand, hier die nötige Klarheit für die nächste Zukunft zu schaffen. Im öffentlichen Interesse, im Interesse der Festigung der Grundlagen des Gemeinwesens gebrauche sie ihre Macht in diesem Sinne.

Lernen wir auch hier von unsern Feinden! Als die englische Regierung erkannte, daß die Interessen des Landes eine Ausdehnung und Intensivierung der landwirtschaftlichen Betriebe erforderten, schritt sie zur Festsetzung von Mindestpreisen für die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Der heutigen englischen Regierung kann sicherlich niemand den Vorwurf der Vertretung reaktionärer agrarischer Bestrebungen machen.

Fremdenblatt Abendz
27./XI. 1918
a 27
114

Die Ernährung Deutschösterreichs.

Eine Anfrage in der Nationalversammlung.

In der heutigen Nationalversammlung stellte Staatsrat Dr. Jerzabek die Anfrage, auf wielange Deutschösterreich mit Mehl und Brot versorgt sei, ob Fleisch und Fett genügend vorhanden oder ob eine Herabsetzung der Quoten zu befürchten sei, ob infolge der nunmehr fast gänzlich durchgeführten Demobilisierung aus den früheren militärischen Magazinen Lebensmittel freigeworden sind, insbesondere Konserven, Fleisch und Hülsenfrüchte, und in welchen Mengen. Zu welchen Ergebnissen haben die mit den Nachbarstaaten gepflogenen Verhandlungen geführt und wie steht es mit der von der Deutschen Republik zugesicherten Lebensmittelaushilfe. Schließlich wird gefragt, ob auf eine Hilfsaktion seitens der Ententemächte in Wirklichkeit gerechnet werden kann und in welchem Ausmaße und zu welchem Zeitpunkte eine solche in Aussicht stünde.

Der Staatssekretär für Volksernährung wird die Anfrage möglichst bald beantworten.

Die Ernährungsaushilfe aus Deutschland.

In Frage gestellt?

Berlin, 27. November. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) In der gestrigen Reichskonferenz erklärte der Staatssekretär des Reichsernährungsamtes Wurm, daß der Ausfall bei der Ernte von Hartfrüchten, die Grippe und der Kohlenmangel geradezu verheerend gewirkt hätten, so daß der Verteilungsplan, den die Regierung aufgestellt habe, gestört worden sei. Er fügte hinzu: Wie wollen wir da den Oesterreichern 33.000 Tonnen Mehl zum 1. Dezember geben?

Die Zeit
27./XI. 1918

(Die Käufer werden weiter bewuchert.) Das Kriegswucheramt hat während der abgelaufenen Woche ein Konsortium von Gelegenheitskaufleuten, die bedenkliche Geschäfte mit Zwirn betrieben hatten, der Staatsanwaltschaft angezeigt. An diesen Geschäften waren ein Bankbeamter, ein Lederhändler und ein Wäschewarenerzeuger beteiligt. Eine größere Menge Zwirn wurde beschlagnahmt. Insgesamt wurden 84 Warenposten saisiert, die im Wege des Anforderungsverfahrens der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden. Auf Grund eines Gutachtens der Preisprüfungsstelle wurde eine große Wiener Wäschewarenfabrik wegen einer unangemessen hohen Forderung beim Verkauf von Herrenkragen zur Anzeige gebracht. Das Kriegswucheramt hat in der letzten Zeit die Wahrnehmung gemacht, daß verschiedene Gemüsesorten nicht nach Gewicht, sondern nach Stück verkauft und daß hierbei die festgesetzten Preise nicht eingehalten werden. Ueberdies wurde festgestellt, daß diese Händler Qualitätsware nach Stück zu hohen Preisen an Vorzugskunden absetzten, während die mindere Ware zu den amtlichen Preisen angeboten wird. Ferner wurde beobachtet, daß in der letzten Zeit die Verordnung betreffend das Ersichtlichmachen der Preise in den Schaufenstern nicht eingehalten wird. Die Kontrollen wurden verschärft.

Die Zeit
27./XI. 1918

M6

Ungarns Aushilfen.

Unterredung mit Minister Dr. Franz Nagy

In einem Budapester Blatt äußerte sich der ungarische Ernährungsminister Dr. Franz Nagy über die Schwierigkeiten, die der von Oesterreich erbetenen Lebensmittelaushilfe im Wege stehen. Einem Mitarbeiter unseres Blattes gegenüber sprach sich Minister Dr. Nagy über dieselbe Angelegenheit wie folgt aus:

„Die Approvisionierungsverhältnisse Ungarns waren in den letzten Monaten keineswegs so günstig, wie man in Oesterreich annahm. Seither hat sich die Lage noch verschlechtert. Die serbischen Soldaten haben bekanntlich den fruchtbarsten Teil Ungarns — die Backa — besetzt, und abgesehen davon, daß dadurch der Eisenbahnverkehr geradezu unterbunden wurde, scheinen die Serben auch Requisitionen vorzunehmen, so daß über die dort befindlichen Getreidevorräte und Viehbestände nicht mehr frei verfügt werden kann. Bei Abschluß des Waffenstillstandes glaubte man, daß jene Lebensmittel, die erspart werden, weil die Frontarmee nicht mehr zu versorgen sei, zur Disposition bleiben, und auf dieser Vermutung basierten die Wünsche und Forderungen der Vertreter der Stadt Wien. Doch schon damals warnte ich vor überschwenglichen Hoffnungen, und leider habe ich mit meinem Pessimismus recht behalten. Den Delegierten der Wiener Kommune mußte ich zu meinem Bedauern erklären, daß Ungarn kein Mehl (und auch kein Getreide) der Stadt Wien und Oesterreich überhaupt zur Verfügung stellen kann. Wir werden die größten Anstrengungen machen und mit der penibelsten Rigorosität vorgehen müssen, um bis zur neuen Ernte in Ungarn und in Budapest durchhalten zu können, wobei noch zu bemerken ist, daß auch das nächste Jahr noch kein Normaljahr werden kann, weil infolge der weltumstürzenden Ereignisse die landwirtschaftliche Arbeit vielfach gestört wurde und uns ein kleineres und weniger fruchtbares Gebiet mit Lebensmitteln versorgen soll. Nach einer Hinsicht könnten wir allerdings Oesterreich helfen: Wir besitzen genügende Mengen von Fleisch, und es haben auch schon Kompensationsverhandlungen stattgefunden, die jedoch kein günstiges Resultat zeitigten, weil einerseits die politisch-annexionistischen Angriffe von alldeutsch-österreichischer Seite hier verstimmend wirkten und andererseits Lieferungen, die von Oesterreich zugesagt wurden, ausblieben. Die Verhandlungen wegen Aushilfen mit Fleisch werden übrigens fortgesetzt, und es ist zu erwarten, daß sie auf der Kompensationsbasis zu einem Einvernehmen führen, das beide Teile befriedigen wird."

Tägliche Rundschau 27/11
27/11 918.

* **Spatzenplage und Spatzenbraten.** In manchen Gegenden hat die Spatzenplage einen Umfang angenommen, der unsere Volksernährung beeinträchtigt. Es wird berichtet, daß in einer Gegend infolge der Spatzenplage kaum die Aussaat geerntet worden sei. Ueber die Schädlichkeit der Sperlinge hat sich der Direktor der biologischen Anstalt für Land- und Forstwirtschaft in Berlin-Dahlem dahin ausgesprochen, daß die Sperlinge vom landwirtschaftlichen Standpunkte aus wohl unbestritten als schädlich zu bezeichnen seien, weil sie vor allem in den Getreidefeldern erheblichen Schaden, stellenweise sogar Verwüstungen anrichten. Als Maßnahmen zur Bekämpfung der Sperlinge kommt in erster Linie das Ausnehmen der Nester in Betracht, ferner das Fangen der Sperlinge zur Winterzeit in den Ställen und das Schießen der sich auf mit Futter bestreuten Plätzen ansammelnden Sperlinge mit Vogeldunst. Der Sperling ist reiner Körnerfresser. Sein Fleisch stellt, besonders wenn der Fang oder Abschuß zu Beginn des Winters geschieht, ein sehr schmackhaftes Nahrungsmittel dar, das sicher noch leichter, wie dies bereits bei den Saatkrähen geschieht, in den Städten Absatz finden wird. Bei der jetzigen Lage des Fleischmarktes ist auch der kleinste Gewinn willkommen. Von der allgemeinen Nutzbarmachung der gefangenen oder geschossenen Sperlinge für die Ernährung ist wohl ein gesteigerter Anreiz zu ihrer Vertilgung zu erhoffen. — Der preußische Minister für Landwirtschaft beabsichtigt, Anweisungen an die nachgeordneten Behörden zur Bekämpfung der Spatzenplage zu erlassen.

Ostdeutsche Rundschau

27/XI. 1918

D 27

119

45 Waggons Lebensmittel für die Tschechen.

Dieselben Zeitungen, welche früher jede Mitteilung, daß das Deutsche Reich uns mit Lebensmitteln aushilft, obwohl es doch selbst immer in arger Bedrängnis war, angezweifelt haben, jene Blätter, welche Deutschands uneigennützige Hilfe, die in Oesterreich durchaus nicht immer nur den deutschen Stammesgenossen der Geber, sondern sehr oft den Tschecho-Slowaken und den Jugoslaven zustatten gekommen ist, verhöhnten und bei ihren Lesern herabzusetzen bemüht waren, dieselben Blätter sind es jetzt, die tagtäglich von der Hilfe faseln, die uns von den Verbandsmächten geleistet werden soll und die bereits auf dem Wege ist. Täglich wird uns mitgeteilt, daß das Brotgetreide bereits eingeschifft ist, daß Gefrierfleisch schon verladen ist usw. Die amtlichen Mitteilungen aus den Verbandsmächten selbst erzählen uns allerdings anderes. Da müssen noch sehr viel große Vorbedingungen erfüllt werden, bevor wir zu den angekündigten Nahrungsmitteln kommen. Man sei, so sagt man heute, in Nordamerika daran, die Hilfe für Mitteleuropa zu organisieren. Aber man müsse auch vollständig sicher sein, daß im Deutschen Reiche und in Deutschösterreich Ordnung herrscht und durch diese eine gerechte Verteilung der Lebensmittel gesichert wird. Was sich die Herren unter Ordnung vorstellen, nachdem sie durch ihre Waffenstillstandsbedingungen alles getan haben, um die Unordnung bei uns hervorzurufen, wird nicht gesagt. Wir werden aber gut tun, wenn wir nicht allzu sehr mit dieser Hilfeleistung rechnen, so sehr wir sie dringend benötigen. Vor allem anderen ist keine Ursache gegeben, unsere Feinde jetzt schon zu loben, wie es gewisse Blätter gar so gerne tun, die früher immer alles verschimpft haben, was vom Deutschen Reiche kam.

Die Möglichkeit, uns, den Deutschösterreichern, die wir im Rahmen des ehemaligen Kaiserreiches am ärgsten Not leiden, zu helfen, war sicher schon gegeben, dafür haben wir jetzt einen schlagenden Beweis. Montag den 25. d. M. sind auf dem Franz Josefs-Bahnhofe in Wien nicht weniger als 45 vollbeladene Waggons mit Nahrungsmitteln angekommen. Das sind Liebesgaben der Engländer, bestimmt für die Tschecho-Slowaken. Die Waggons haben ihren Weg vom Süden her gemacht, quer durch Deutschösterreich durch. Sie sind nirgends beanständet, nirgends geplündert worden. Auf dem Franz Josefs-Bahnhofe fiel es nun jemanden, der sich noch etwas gerechtes Denken bewahrt hat, ein, daß die Tschechen in ähnlichem Falle anders handeln, daß man also jedenfalls darüber reden könnte,

ob Deutschösterreich, das hungernde und frierende, unbedingt verpflichtet ist, Lebensmittel, die durch sein Gebiet zu den gewiß nicht mehr hungernden und auch gar nicht frierenden Tschecho-Slowaken gebracht werden sollen, ohne weiteres durchzulassen. Es war doch jedenfalls naheliegend, daran zu denken, diese 45 Waggon Lebensmittel nur gegen Zugeständnisse von seiten der Tschechen weiter zu führen. So rief man denn den Staatsrat an und dieser entschied kurz, daß die 45 Waggons, beladen mit allerhand Lebensmittel für die Tschechen, sofort und bedingungslos weiterzuführen sind. Auf dem Franz Josefs-Bahnhofe ist noch so viel Kohle vorhanden, daß gerade einige Züge — man spricht von 10 bis 20 — abrollen können. Dann wird es, wenn nicht mittlerweile frische Kohle kommt, Schluß sein mit dem Zugsverkehr vom Wiener Franz Josefs-Bahnhof weg. Die Kohle ist also dort gerade schon recht kostbar geworden. Von dem kleinen Reste, der noch geblieben ist, hat man nun genommen, um die Lokomotive mit Heizmaterial zu versehen, die bestimmt ist, 45 Waggon Lebensmittel als Liebesgaben der Engländer an die Tschechen weiterzubefördern — — — Vom goldenen Wienerherz hat man früher gesungen, jetzt sollte man das umändern und vom dummen Staatsrat erzählen.

—k.

Österr. Volkszeitung
28/XI. 1918

120

Die Lebensmittelversorgung.

Lieferungen aus Ungarn.

Vor einigen Tagen haben Beratungen zwischen den Vertretern der deutschösterreichischen und der ungarischen Regierung stattgefunden, die sich mit der Frage der Beschaffung von Lebensmitteln für Deutschösterreich befaßt haben. Hiebei wurde ein Uebereinkommen erzielt, das für Deutschösterreich die Lieferung von großen Mengen, insbesondere an Schlachtvieh, Schafen, außerdem an Getreide und Kartoffeln sichere. Es soll sich hier um eine Vereinbarung handeln, die nur bis Ende Dezember geht und auch für diese Zeit nicht nur nicht große, sondern sehr geringfügige Mengen von Nahrungsmitteln in Aussicht stellt. Während bisher beispielsweise monatlich 8000 bis 9000 Stück Rinder geliefert werden sollten, hält sich die jetzt zugesagte Quote weit unter dieser Menge. Die Kartoffelsendungen würden kaum den Wiener Bedarf für anderthalb Wochen decken. Bei den Getreidesendungen besteht eine Erschwerung darin, daß manche Mühlen und Gerstenlager sich in tschechoslowakischem Gebiet befinden.

Die Preise beim Gemüseverkauf.

Das Kriegswucheramt hat die Wahrnehmung gemacht, daß verschiedene Gemüsesorten nicht nach Gewicht, sondern nach Stück verkauft werden und daß hiebei die festgesetzten Preise nicht eingehalten werden. Ueberdies wurde festgestellt, daß diese Händler Qualitätsware nach Stück zu hohen Preisen an Vorzugskundschaften absetzten, während die mindere Ware zu den amtlichen Preisen angeboten wird. Ferner wurde beobachtet, daß die Verordnung betreffend das Ersichtlichmachen der Preise in den Schaufenstern nicht eingehalten wird. Die Kontrolle wurde verschärft.

Die wirtschaftlichen Vereinigungen.

Reichsorganisation der Hausfrauen. Heute, Zentralmagazin, VIII., Piaristengasse 19: Sauerkraut, von 9 bis 12 Uhr. — 2., 10. Bezirk: Sauerkraut von 9 bis 12 Uhr. — 3. Bezirk: Malzkaffee, solange der Vorrat, von 9 bis 12 Uhr. — 4. Bezirk: Seife von 9 bis 12 Uhr. — 9. Bezirk: Sauerkraut und Paradeismark von 9 bis 12 Uhr. — 17. Bezirk: Sauerkraut und Winterzwiebel, von 9 bis 12 Uhr. — 21. Bezirk: Sauerkraut von 2 bis 4 Uhr. — 10., 12., 13., 18. Bezirk: Geschlossen.

Mitteilungen des W. F. W.: Heute Donnerstag vormittags von 8 bis 12 Uhr A bis K, nachmittags von 3 bis 6 Uhr L bis Z. Der Einlaß in das Verkaufslokal wird um ½12 Uhr und um ½6 Uhr geschlossen. — Heute Donnerstag von ½9 bis ½12 Uhr Fleischabgabe für alle ravontierten Mitglieder. — Freitag von ½9 bis ½12 Uhr von A bis K, von 3 bis ½6 Uhr von L bis Z.

Kein Schweine- und Innereienverkauf.

Heute in St. Marx kein Verkauf von Schweinen und Innereien. — Meidlinger Schlachthaus ab 1 Uhr. Rindsinnereien Nr. 108 bis 210. Knochen für den 19., 20. und 1. Bezirk.

Arbeiterzeitung
28./XI. 1918

121

Die Lebensmittelmärkte. Die Marktbesucher, die gestern sehnsüchtig auf den angekündigten Verkauf von Pferdewürsten und Pferdeinnereien gehofft hatten, kamen leider nur teilweise auf ihre Rechnung. Pferdeinnereien gab es nämlich nur spärlich und der Bedarf konnte damit nur recht unvollkommen gedeckt werden. Dazu hatten auch die Fischmärkte wieder versagt, da außer einigem Fischroggen und einer kleinen Anzahl ungarischer Karpfen keinerlei Ware zu verzeichnen war. Der Preis für Karpfen, der 20 Kronen für das Kilogramm beträgt, ist natürlich so hoch, daß mit einem größeren Absatz nicht gerechnet werden kann. Auf den Gemüsemärkten sah es wieder leer aus. Es gab nur Rüben und Kraut und fast gar keine Gärtnerware. Auf dem Obstmarkt waren kleine Mengen von böhmischen Aepfeln eingelangt, die das Kilogramm zu 5-60 Kronen verkauft wurden. In einzelnen Geschäften in den Bezirken wurde das Kilogramm Aepfel sogar zu 10 Kronen abgegeben, was gewiß deutlich zeigt, wohin die Aufhebung der Höchstpreise bereits geführt hat. Für heute Donnerstag verzeichnen die Fleischzufuhren in der Großmarkthalle wieder eine wesentliche Besserung. Sowohl aus Oberösterreich als auch aus Steiermark sind größere Mengen Rindfleisch und auch Innereien eingelangt.

Frankfurter Zeitung 28/11. 1918.

122.

Unsere Lebensmittelversorgung.

Fünfzig Monate haben wir der Hungerblockade unserer Feinde standgehalten, alle Einschränkungen und Entbehrungen willig auf uns genommen. Nun der Krieg beendet ist und der Friede vor der Türe steht, gestaltet sich unsere Versorgung außerordentlich bedenklich, droht erst wirkliche Hungersnot. Soll zu allem Elend und Grauen, das der Krieg über uns gebracht hat, auch noch der schlimmste aller Kriegsschrecken sich gesellen und unser und unserer Kinder Leben und Gesundheit bedrohen? Aber — so fragen wir uns wieder und hören Hunderttausend andere fragen: Ist es nicht ein Schreckgespenst, das uns da vorgeführt wird, darauf berechnet, Mitleid — vielleicht auch Angst und Sorge — bei unseren Feinden zu erwecken und sie so zur schleunigen Herbeischaffung von Nahrungsmitteln für uns zu veranlassen? Wurden uns nicht vor wenigen Monaten die Aussichten unserer Ernährung im neuen Erntejahr als durchaus gesichert geschildert? Versprach man uns nicht allerdings neben mancher notwendigen weiteren Einschränkung, wie beispielsweise in der Fett- und Fleischversorgung, Aufbesserung der Rationen, und ist nicht inzwischen eine mäßige Erhöhung der Brotration zum 1. Dezember tatsächlich angeordnet worden? Spricht nicht all das gegen den befürchteten Eintritt einer katastrophalen Verknappung unserer Lebensmittelvorräte, und ist nicht bei geordneter Verwaltung und weiterer sparsamer Wirtschaft unser Auskommen bis zur neuen Ernte gesichert?

Der Komplex der hier gestellten Fragen läßt sich nicht so einfach, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag, beantworten. Zunächst müssen wir uns darüber klar werden, was bisher war und wodurch die Balanzierung unseres Ernährungsetats ermöglicht wurde. Wir haben von der Mitte des zweiten Kriegsjahres ab in zunehmendem Maße, quantitativ und vor allem qualitativ, uns einschränken müssen, zeitweilig — und das gilt vor allem für die Nichtselbstversorger in den Städten und Industriezentren — auch gehungert. Der Mangel an Fett namentlich — tierischem und pflanzlichem — machte sich von Monat zu Monat immer mehr fühlbar. Wenn man bedenkt, daß wir vor dem Kriege jährlich für rund 3 Milliarden Mark Nahrungs- und Futtermittel aus dem Auslande bezogen, daß der Krieg die Lebensmittelerzeugung in wachsendem Maße einengte (Mangel an Düngemitteln, menschlicher und tierischer Arbeitskraft!) und gleichzeitig der ungeheure Bedarf des Heeres zu befriedigen blieb, so leuchtet ohne weiteres ein, wie außerordentlich bescheiden die Ernährung der Bevölkerung sein und wie sozusagen auf Tag und Stunde die vorhandenen Mengen eingeteilt, Vorschüsse auf neue Rechnung bei früher erntenden Nachbarn genommen, gegebenenfalls auch solche zugestanden werden mußten. Und selbst diese Methode des Durchhaltens und Durchoperierens war nur möglich unter Zuhilfenahme der Zuschüsse aus den besetzten Gebieten in Nordfrankreich, in Rumänien und Rußland, sowie der Requisitionen und der Erträgnisse militärischer Eigenwirtschaft überall, wo unsere Heere standen. Diese Hilfsquellen, die militärischen wie die zivilen, sind mit der Freigabe der von uns besetzt gewesenen Gebiete vollständig für uns weggefallen. Wir sind mit unserem gesamten Bedarf für Mensch und Tier auf den Ertrag des eigenen Bodens angewiesen. Erst jetzt, zum ersten Male, sind wir von den Nahrungsquellen der Welt wirklich abgeschlossen. Die Versorgung des Feldheeres fällt zwar fort; aber wollen die heimkehrenden Menschen und Tiere nicht weiter ernährt sein und — diese Frage erhebt sich mit Recht — werden unsere Soldaten, obgleich auch sie manchmal den Riemen enger schnallen mußten, sich so rasch und unvermittelt auf den schmalen Ernährungsetat einzustellen vermögen, auf den wir uns in langsamer Gewöhnung eingerichtet haben? Und dazu ein anderes! Der überaus beschleunigte Rückzug, zu dem die Waffenstillstandsbedingungen unser Feldheer gezwungen haben, bedeutete, wie festgestellt ist, die teilweise Preisgabe wertvollen Proviants, der uns nunmehr fehlt, während gleichzeitig die uns auferlegte Verpflichtung zur Unterhaltung der feindlichen Besatzungsheere die Zahl der zu Versorgenden um ein ganz Beträchtliches erhöht. Wesentliche Verringerung der Mittel bei gleichzeitig gesteigertem Bedarf, das ist die Situation, der wir uns gegenübergestellt sehen.

Aber neben dieser beängstigenden Verengung unseres Ernährungsetats kommen noch andere Momente in Betracht, die unsere Versorgung gefährden. Vor allem die Transportfrage. Das bloße Vorhandensein von Lebensmitteln genügt nicht — auch wenn sie in ausreichenden Mengen da wären —, sie müssen sich auch dort befinden, wo sie gebraucht werden. Die richtige Dislozierung der Nahrungsmittel war schon in den vorausgegangenen Kriegsjahren mit ihrer, trotz aller gelegentlichen Störungen als Folge namentlich veränderter militärischer Dispositionen, doch im großen und ganzen planvollen Versendung eine sehr schwierige Aufgabe. Die Waffenstillstandsbedingungen haben auch in dieser Frage alle geordnete Versorgung über den Haufen geworfen und dem Chaos Tür und Tor geöffnet, nicht nur durch die infolge der überstürzten Demobilisierung notwendig gewordene Beanspruchung aller Transportmittel bis zur völligen Lahmlegung des gesamten nichtmilitärischen Verkehrs, sondern in noch verschärftem Maße durch die erzwungene Hergabe eines gewaltigen Eisenbahnmaterials, das uns an allen Ecken und Enden fehlt. Infolgedessen auch intensiver Mangel an Brennstoffen, die gestern hier verfügte Einschränkung des Gasverbrauchs ist erst ein kleiner Anfang! Die drohende Lebensmittel- und Kohlennot trifft in allererster Linie die großen Städte und die Industriegebiete, weniger zunächst das Land und seine nächste Umgebung. Zunächst! Denn wie die Dinge sich gestalten, wenn Hunger und Kälte die Massen auf die Straße treiben, das mag jeder sich selber ausmalen. Dann würde ein Kampf aller gegen alle beginnen und das Land nicht verschont bleiben.

Die Gefahren, die in solcher Entwicklung liegen, werden von allen anerkannt, hier bei uns wie draußen bei unseren Gegnern. In wiederholten eindringlichen Darlegungen der berufenen Stellen sind sie auf den Ernst der Lage hingewiesen und um die rasche Bereitstellung von Lebensmitteln gebeten worden. Vor allem an Amerika hat sich unser Ersuchen gerichtet, und Herr Lansing hat uns wissen lassen, daß von dort sofort Schritte zur systematischen Organisierung des erbetenen Hilfswerkes eingeleitet werden sollen, vorausgesetzt allerdings, „daß in Deutschland die öffentliche Ordnung aufrecht erhalten wird, auch weiterhin aufrecht erhalten bleibt und daß eine gerechte Verteilung aller Nahrungsmittel unzweifelhaft garantiert wird." Friede und Brot! Die Erfüllung dieser beiden Forderungen, mit denen, neben dem Rufe nach Freiheit, das revolutionäre Deutschland den staatlichen Umsturz begründete, bleibt abhängig davon, wie die innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland sich gestalten. Einem Deutschland der Diktatur und Klassenherrschaft — auch wenn es die proletarische wäre — geben unsere Gegner weder Frieden noch Brot! Die Versagung des einen wie des andern würde aber Steigerung der Not und des Elends ins Unermeßliche und das Chaos und den Untergang für uns alle bedeuten. Die Folgerungen daraus ergeben sich von selbst: Wir müssen mit stärkster Energie allen Bestrebungen entgegenwirken, die darauf ausgehen, die ruhige Konsolidierung der neuen Ordnung bei uns zu stören. Unsere Feinde aber dürfen — auch in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse, das auch für sie selber den Frieden heischt — den Bogen nicht überspannen und nicht durch ein Uebermaß harter Bedingungen einen Zustand der Verwirrung und Not herbeiführen helfen, der die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Deutschland gefährdet oder gar unmöglich macht. Und sie müssen darüber hinaus positiv mitarbeiten an der Wiederherbeiführung eines Zustandes, der es dem neuen Deutschland ermöglicht, den Aufgaben friedlicher Arbeit im Innern und nach außen sich wieder zuzuwenden. Die schleunige Sicherstellung unserer Ernährung würde zu solcher Festigung ganz wesentlich beitragen.

Bis dahin erwächst aber unserer eigenen Landwirtschaft, erwächst den Verteilungsstellen und nicht zuletzt jedem einzelnen Verbraucher die heilige Pflicht, dafür zu sorgen, daß mit dem Vorhandenen vernünftig gewirtschaftet, nichts verschwendet und nichts zurückhalten werde. Wer auch heute noch Schleichhandel treibt und Wucherpreise nimmt, ist noch mehr als bisher ein Verräter an seinen Volksgenossen!

Die Zeit Abendbl
28./XI. 1918.
123

Größere Lebensmittelzufuhren aus Ungarn.

Ein günstiges Verhandlungsergebnis.

Wie wir erfahren, ist es gelungen, mit der ungarischen Regierung auf Grundlage des Prinzips der gegenseitigen Vergütung ein Uebereinkommen zu treffen, in dem sich die ungarische Regierung bereit erklärt, von nun ab größere Lieferungen von Lebensmitteln nach Deutschösterreich gelangen zu lassen.

Vor allem handelt es sich darum, daß die bisher aus Ungarn eingetroffenen Zufuhren von Rindern auch weiterhin sichergestellt werden. Weiter sieht das Uebereinkommen eine verhältnismäßig reichliche Belieferung Deutschösterreichs mit anderem Schlachtvieh, wie Schafen, vor. Getreide, Mehl und Kartoffeln sollen ebenfalls in allernächster Zeit geliefert werden.

Die deutschösterreichischen Unterhändler sind nach Abschluß der Verhandlungen gestern aus Budapest hierher zurückgekehrt und haben dem Staatsrat Bericht über das Ergebnis ihrer befriedigend verlaufenen Verhandlungen erstattet.

Ostdeutsche – Rundschau
28./XI. 1918

124

Die Doppelversorgung der Tschechen in Wien mit Nahrungsmitteln ist jetzt vollständig geregelt. Wir haben uns schon vor einigen Tagen erlaubt, darauf hinzuweisen, wie Herr Tusar als Gesandter der Tschecho-Slowaken in Wien für seine hier wohnenden Landsleute zu sorgen versteht und wie seine Bestrebungen von seiten deutschösterreichischer Aemter wohlwollend gefördert werden. Nun erfahren wir, daß sich in der ehemaligen tschechischen Schule im 12. Bezirk, in der Ehrenfelsgasse 16, die amtliche Stelle der Tschechen befindet, wo sie die Bezugsscheine für die lediglich ihnen gewidmeten Nahrungsmitteln aus Böhmen und Mähren erhalten. Dagegen ließe sich nun an sich gewiß nichts einwenden. In der „Ostdeutschen Rundschau" ist ja selbst der Vorschlag gemacht worden, es solle den Tschechen die Sorge und Verpflegung ihrer in Wien wohnenden Landsleute überlassen werden. Wogegen wir uns aber mit aller Entschiedenheit verwahren müssen, ist das, daß die Tschechen in Wien jetzt reichlich Nahrungsmittel aus Böhmen und Mähren erhalten, daß ihnen diese Nahrungsmittel auf unseren Bahnen, die so sehr an Kohlenmangel leiden, daß wir unsere notwendigsten Fahrten nicht bewerkstelligen können, zugeführt werden und daß sie außerdem auf Grund der ihnen von der Gemeinde Wien ausgestellten Lebensmittelkarten auch noch an dem bescheidenen Mehl, Brot und sonstigen Lebensmitteln Anteil haben, die für die hungernde Wiener Bevölkerung bestimmt sind. Wir haben den Vorschlag gemacht, es mögen den in Wien lebenden Tschechen die Lebensmittelkarten entzogen werden. Damit sollte ein Druck auf die Tschechen ausgeübt werden, daß sie sich gefügiger zeigen für eine Lieferung von Lebensmitteln nach Wien überhaupt. Jetzt steht die Sache so, daß die Entziehung der Lebensmittelkarten bei den Tschechen in Wien ein dringendes Gebot der Gerechtigkeit ist, denn es geht doch nicht an, daß in dieser Zeit einzelne Bewohner Wiens sich mit an Karten gebundenen Lebensmitteln doppelt versorgen können. Das, was so frei wird, kann man recht gut für die öffentlichen Küchen brauchen. Aber geschehen muß einmal etwas. Diesmal hat die Gemeinde Wien zu handeln.

Neue Freie Presse
29./XI. 1918

M5

Verhandlungen zwischen Deutschösterreich und dem amerikanischen Lebensmittelkontrollor.

Wie uns aus unterrichteten Kreisen mitgeteilt wird, bildet die Behebung der Kohlen- und Lebensmittelschwierigkeiten gegenwärtig den Gegenstand eingehender Erwägungen der hiesigen Regierungskreise.

Man hofft, im Laufe der nächsten Woche mit dem in Europa angelangten amerikanischen Lebensmittelkommissär Mister Hoover auf neutralem Boden in Berührung zu treten und mit ihm Verhandlungen zu pflegen.

Fremdenblatt
29./XI. 1918

Ein englischer Bericht über die Lage in Wien.

P. C. Im nachstehenden geben wir den wesentlichen Inhalt eines vom 14. November datierten Berichtes eines Spezialkorrespondenten der „Times" über die Verhältnisse in Wien wieder. Die Redaktion bezeichnet den Bericht als die erste direkte Botschaft aus Wien. Der Berichterstatter erzählt, daß er auf dem Weg von Tirol über Salzburg und Linz nach Wien gekommen ist. Nirgendwo habe er ein Zeichen von Bolschewismus wahrgenommen. Die zurückflutenden Truppenkolonnen hätten sich alle ruhig verhalten. Sie waren wohl hundsmüde, aber schritten vorwärts ohne Geschrei. Offiziere und Mannschaft, mit welchen der Korrespondent gesprochen, hatten keine andere Sorge, als nach Hause zu kommen. Die Offiziere, die mit dem Korrespondenten in demselben Zuge fuhren, schienen zufrieden mit der Wendung der Dinge. Der Berichterstatter, der am Tage der Proklamierung der Republik in Wien eintraf und in einem der ersten Hotels einkehrte, fand, daß der Krieg und der Wechsel des Regimes daselbst gar keine Veränderung hervorgerufen hat. Der erste Eindruck, den er empfing, ging dahin, daß Requisitionen und andere Anforderungen zumeist die Wohnungen der niedrigen Klassen getroffen haben, und seine weitere Erfahrung habe ihn in dieser Meinung bestärkt. Am nächsten Morgen — nach der Proklamierung der Republik — als er ausging, war alles sonnig und glänzend, und wenn es eine Revolution gegeben, so war es keine sehr rote, man könnte sie eine in Gold gefaßt weiße nennen. Die Läden waren alle offen und voll der herrlichsten Waren. Die Leute, denen man begegnete, waren gut gekleidet, sogar auch gut beschuht. Für die Armen sei die Ernährungsfrage das Allerschrecklichste. Die Ernährung sei gefährdet, da Ungarn und Böhmen, um ihrer eigenen Bevölkerung willen, ihre Grenzen abgeschlossen haben. Die Stadt Wien habe weniger gelitten als ihre Bevölkerung. Der Wechsel des Regimes habe den Gebäuden und Statuen keinerlei Schaden zugefügt. Auch der Hofburg und den kaiserlichen Palästen sei nichts geschehen. Alle Kunstschätze und Kronjuwelen seien auf ihrem Platze. Im Auswärtigen Amte, auf dem Ballhausplatze, herrsche eine gewisse Ruhe. An den öffentlichen Versammlungsorten geht das Leben wie gewöhnlich. Die Kirchen sind voll und die Leute beten andächtig. In den Hauptstraßen haben nur wenige Läden das Geschäft aufgegeben, aber die schmutzigen Fenster in den Lokalitäten der oberen Stockwerke sprechen dafür, daß Großkaufleute in großer Zahl die Geschäfte eingestellt haben. Thomas Cook and Sons Schild steht noch immer am Stephansplatz und es scheint überhaupt wenig Neigung gewesen, französische, englische oder amerikanische Schilder zu beseitigen. Ein englisches Ausrüstungsgeschäft war den ganzen Krieg hindurch tätig. Die Oesterreicher bilden sich viel ein auf ihr allgemein gutes Verhalten gegenüber englischen, französischen und amerikanischen Untertanen während des Krieges, und scheinen zu glauben, daß bei Fortsetzung solchen Verhaltens und infolge der Tatsache, daß sie im allgemeinen den Krieg mit der Entente stets bedauert haben, die Feinde sie binnen kurzem ans Herz drücken werden.

Fremdenblatt
29./XI. 1918

128

Unsere Ernährungssorgen.

Gesandter Harrer über die Hilfe Ungarns.

In den letzten Tagen fand zwischen der deutschösterreichischen und der ungarischen Regierung ein Meinungsaustausch über die Lieferung von Lebensmitteln durch die ungarische Republik statt. Der ungarische Gesandte in Wien, Harrer, der in den letzten Tagen in Budapest geweilt hat, äußerte sich in der „Wiener politischen Rundschau" über diese Verhandlungen:

„Soweit ich informiert bin, sind die in der Lebensmittelfrage schwebenden Verhandlungen bereits zu einem günstigen Abschluß gelangt. Vor allem will man große Mengen ungarischen Schlachtviehs nach Wien bringen lassen und es frägt sich nur, wann die Transportmöglichkeit gegeben sein wird, da die Bahnen noch immer stark überlastet sind. Wenn es gelingt, unser fruchtbares Gebiet freizuerhalten, so dürften auch Kartoffeln aus Oberungarn und Getreide aus Südungarn den Weg nach Wien finden. Jedenfalls herrscht unsererseits der beste Wille, der Bevölkerung Wiens in kürzester Zeit mit Nahrungsmitteln zu Hilfe zu kommen. Natürlich dürfen die Ansprüche nicht übertrieben hohe (!) sein. Wir hoffen, daß bald der dringendsten Not abgeholfen sein wird."

Das hofft unser Volk schon lange, mit dem lebhaften Wunsche, daß von der so oft und stark betonten Hilfsbereitschaft zu Taten übergegangen wird. Wer ernstlich helfen will, kann es auch, denn wo ein Wille, ist auch ein Weg, und wer schnell gibt, gibt doppelt.

Arbeiterzeitung
30./XI. 1918

129

Vereinbarungen mit Ungarn über Lebensmittellieferungen.

Amtlich wird gemeldet: In den letzten Tagen fanden in Budapest zwischen der deutschösterreichischen Regierung und der Regierung der ungarischen Volksrepublik Verhandlungen wegen Ausfuhr von Lebensmitteln aus Ungarn nach Deutschösterreich statt, an denen die Vertreter der Staatsämter für Volksernährung und für Kriegs- und Uebergangswirtschaft und Dr. Josef Kranz teilnahmen.

Der ersten Sitzung präsidierte der Staatssekretär des Aeußern Josef Diner-Dénes, der die Delegierten der deutschösterreichischen Regierung herzlich begrüßte und allen Vertragsteilnehmern den Willen der ungarischen Volksrepublik bekanntgab, in diesen Tagen der größten Not dem befreundeten Nachbar soweit entgegenzukommen, als es nur immer mit Berücksichtigung der gegenwärtigen Eigenzustände möglich ist. Er hoffe und wünsche, daß nach Rückkehr geordneter Verhältnisse eine wirtschaftliche Zusammenarbeit aller auf dem Gebiet der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie entstandenen Volksstaaten ermöglicht werde, und rechne hiebei mit Zuversicht auf die Mitwirkung Wiens und der deutschösterreichischen Regierung.

Auf Grundlage der Verhandlungen kam ein Uebereinkommen mit der Wirkung bis 31. Dezember d. J. zustande. Ungarn verpflichtete sich, innerhalb dieser Frist an Deutschösterreich 40.000 Schafe, rund 5000 Rinder, bis 1000 Schlachtpferde und 500 Waggons Getreide zu liefern. Ferner hat Ungarn eine sofortige Lieferung von 300 Waggons Kartoffeln zugesagt und unter der Voraussetzung, daß Deutschösterreich die entsprechende Arbeitsmannschaft beistellt, auch weitere Kartoffellieferungen zugesichert. Von Oesterreich erhält Ungarn dafür Textilien, Leder, Metalle, Chemikalien und Papier, gleichfalls lieferbar in der Zeit bis 31. Dezember d. J. In dem Vertrag wurde gegenseitig freie Durchfuhr vereinbart und die Bestimmung aufgenommen, daß die Transporte auf den wechselseitigen Staatsgebieten durch die betreffende Regierung zu sichern sind. Endlich enthalten die Abmachungen eine Reihe von Bestimmungen für die Durchführung des Uebereinkommens.

Nach Abschluß der Verhandlungen statteten die Bevollmächtigten der deutschösterreichischen Regierung dem Ministerpräsidenten der ungarischen Volksrepublik Grafen Michael Karolyi den Dank ab. Graf Karolyi erklärte, er schätze sich glücklich, daß die ungarische Volksrepublik durch Herausgabe von Lebensmitteln Deutschösterreich und Wien ihre freundschaftliche Gesinnung betätigen könne. Er setze sich hiezu auch ohne Rücksicht auf den Wert industrieller Kompensationen veranlaßt, weil er sich, trotz der mißlichen Verhältnisse Ungarns selbst, verpflichtet fühle, der augenblicklichen Not Deutschösterreichs unbedingt abzuhelfen.

Der Staatsrat hat in seiner gestrigen Abendsitzung die Vereinbarungen mit einem oder dem anderen kleinen Vorbehalt angenommen. Obwohl ja die Hingabe so vieler und so hochwertiger Industrieprodukte ein empfindliches Opfer unserer Volkswirtschaft darstellt, glaubte er dennoch mit Rücksicht auf die Ernährungsnot zu diesem Opfer verpflichtet zu sein. Auch hat die offenbar bekundete freundschaftliche Absicht der derzeitigen ungarischen Volksrepublik im Staatsrat lebhafte Erwiderung gefunden. Zu begrüßen wäre es, wenn der Krieg aller gegen alle, der mit dem Waffenstillstand auf der ganzen Welt in unserer Heimat ausgebrochen ist, endlich freundschaftlichen Beziehungen mit den einzelnen auf dem Boden der österreichisch-ungarischen Monarchie entstandenen Nationalstaaten weichen würde.

Neue Freie Presse
30./XI. 1918

130

Die Versorgung Wiens aus Ungarn.

Die ersten Sendungen von Lebensmitteln aus Ungarn für die Wiener Bevölkerung werden in den nächsten Tagen verladen und im Laufe der nächsten Woche bereits in Wien eintreffen. Dies betrifft hauptsächlich die Sendungen von Schlachtvieh und Kartoffeln. Der Exportausschuß des ungarischen Ernährungsamtes hat eine Verfügung getroffen, wonach 500 Waggon Zwiebeln und 250 Waggon Knoblauch nach Oesterreich ausgeführt werden dürfen.

Für die Versorgung Wiens mit Lebensmitteln dürften auch jene enormen Mengen von Konserven in Betracht kommen, die das ehemalige gemeinsame Kriegsministerium zur Lieferung im Jahre 1919 bei ungarischen Konservenfabriken bestellt hat. Es soll sich hier um rund 4000 Waggons Konserven handeln, die die ungarischen Fabriken teilweise bereits hergestellt haben und für deren weitere Herstellung sie sich seinerzeit mit den notwendigen Rohstoffen versorgt haben. Die ungarischen Interessenten haben sich bereits mit der ungarischen Regierung betreffs der Uebernahme und Verwertung ihrer Produktion in Verbindung gesetzt.

Frankfurter Zeitung
2/12. - 1918.
2/12
132

Die Lebensmittelversorgung.

Berlin, 1. Dezbr. (W. B.) Die „Rote Fahne" bringt erneut eine völlig unzutreffende Darstellung über die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln durch die Entente unter Angriffen auf den Volksbeauftragten Ebert, dem sie vorwirft, daß er die Entente veranlaßt habe, bereits zugesagte Sendungen an Deutschland nur dann zu liefern, wenn Ruhe und Ordnung herrsche. Demgegenüber muß im Interesse der Wahrheit die Reihenfolge der wirklichen Vorgänge erneut und dokumentarisch festgestellt werden.

1. Der Waffenstillstandsentwurf der Entente enthielt die uneingeschränkte Aufrechterhaltung der Blockade. Das bedeutete, daß Deutschland kein Pfund Mehl, kein Pfund Fleisch während der Dauer des Waffenstillstandes erhalten sollte.

2. Die deutsche Waffenstillstandskommission erreichte demgegenüber in Verhandlungen, wie die „Rote Fahne" selber feststellt, daß Deutschland in als notwendig erkanntem Maße mit Lebensmitteln von der Entente versorgt werden soll.

3. Nach dem Bekanntwerden der Revolution in Deutschland (10. November) wurde von den Alliierten sofort die Frage aufgeworfen, ob die Regierung, die den Waffenstillstand unterzeichnete, überhaupt in der Lage sein würde, die Bedingungen des Waffenstillstandes zu erfüllen. Nur die beruhigende Versicherung, daß auch die Regierung Ebert, wenn sie das Waffenstillstandsabkommen unterzeichne, die Macht habe, diese Bedingungen durchzuführen, verhinderte den Abbruch der Verhandlungen.

4. Die Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens fand darauf am Montag, 11. November, früh 5 Uhr statt. Es herrschte vollkommene Klarheit darüber, daß das gesamte Abkommen mit allen erreichten Verbesserungen, besonders auch die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln, nur dann aufrecht erhalten werden könne, wenn die Garantie für die Innehaltung der übernommenen Verpflichtungen durch Ruhe und Ordnung in Deutschland gegeben sei. Von diesem Gesichtspunkt aus wurde von England noch in letzter Stunde die Besetzung von Helgoland gefordert, falls durch Störung der Ruhe und Ordnung die Uebergabe der Flotte sich verzögern würde.

5. Die Waffenstillstandskommission hat alsbald die gesamte Sachlage telephonisch der Reichsleitung unterbreitet. Gleichzeitig hat die Waffenstillstandskommission die Reichsleitung um die sofortige Aufnahme der Verhandlungen zu einem Präliminarfrieden gebeten. Im Verfolg dieser Anregungen hat Staatssekretär Solf am 12. November folgende, in der deutschen Presse allgemein veröffentlichte Note an die Vereinigten Staaten gerichtet: „Nachdem nunmehr der Waffenstillstand abgeschlossen ist, bittet die deutsche Regierung den Präsidenten der Vereinigten Staaten, den Beginn der Friedensverhandlungen in die Wege leiten zu wollen. Der Beschleunigung halber schlägt sie vor, zunächst den Abschluß eines Präliminarfriedens ins Auge zu fassen und ihr mitzuteilen, an welchem Orte und zu welchem Zeitpunkte die Verhandlungen beginnen können. Wegen drohender Lebensmittelnot legt die deutsche Regierung auf den unverzüglichen Beginn der Verhandlungen besonderen Wert."

6. Die Note von Lansing vom 13. November, veröffentlicht in der deutschen Presse vom 14. November, teilte mit, daß Wilson bereit sei, die Belieferung Deutschlands mit Lebensmitteln in wohlwollende Erwägung zu ziehen und die Frage sofort mit den Verbündeten zu erörtern, vorausgesetzt, daß er versichert sein kann, daß die öffentliche Ordnung in Deutschland weiterhin gesichert ist und bleibt und daß eine unparteiische Verteilung der Lebensmittel verbürgt ist.

7. Eine weitere Depesche deutscherseits ist vor Eingang der vorstehenden Note Lansings von keiner deutschen Seite gesandt worden. Das ebenfalls unter dem 13. November von dem Hollandsch Nieuws Bureau veröffentlichte angebliche Telegramm des deutschen Reichskanzlers existiert nicht. Der Volksbeauftragte Ebert sandte nie eine Depesche an Wilson. Die von Hollandsch Nieuws Bureau mitgeteilte ist nie durch W.T.B. verbreitet worden wie all die amtlichen Kundgebungen.

8. Damit ist der aktenmäßige Beweis erbracht, daß die Wendung, „wenn die öffentliche Ordnung in Deutschland aufrecht erhalten bleibt", zuerst und allein von Lansing gebracht worden ist und daß die Behauptung, Ebert habe der Entente diese Bedingung vorgeschlagen, vollkommen erfunden ist. Nicht wer für Brot sorget, verrichtet Henkersarbeit, sondern wer Deutschland in wilde Anarchie zu stürzen versucht.

Neues Wiener Tagblatt

Abendl

3./XII. 1918

133

Die Approvisionierung.

Die Lebensmittelhilfe der Entente für die Mittelmächte.

Nach New-Yorker Meldungen gibt die amerikanische Presse ihrem Erstaunen darüber Ausdruck, daß man bei den Zentralmächten anzunehmen scheine, daß die für Europa avisierten 200,000 Tonnen Lebensmittel zur Verteilung auch bei den Mittelmächten bestimmt seien. Das Programm der Lebensmittelaushilfe, mit dem der amerikanische Lebensmittelkontrollor Hoover nach Europa gereist sei, enthalte folgende Punkte: 1. Nahrungsverteilung für die Verbündeten Amerikas in Europa. 2. Nahrung und Kleidung für die Völker der befreiten Gebiete. 3. Regelung der Nahrungsfrage in den neutralen Ländern Europas. Erst der vierte Punkt beinhalte die Prüfung der Nahrungsbedingungen in den feindlichen Ländern, wo in einigen Fällen die Nahrung das einzige Mittel bilde, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Durchführung der Sendung nach Europa stoße noch auf starke Schwierigkeiten, da der Verbrauch der unter Waffen stehenden Truppen der Alliierten noch immer in vollem Umfang besteht und fast alle Tonnage hiefür derzeit beansprucht wird. Es sei unmöglich, heute zu bestimmen, wann große Transporte für die feindlichen Länder möglich sein werden. Ebensowenig könne jetzt noch festgestellt werden, wann Tonnage für den freien Handel verfügbar sein wird, um jene Waren, die bis jetzt für Heereszwecke in Amerika zurückgehalten wurden, nach Europa zu bringen. Die amerikanische Presse erklärt es als selbstverständlich, daß zunächst die befreiten Gebiete und die Neutralen bei der Versorgung an die Reihe kommen müßten. Der Ton der Blätter gegen Deutschland ist nach wie vor sehr heftig und unversöhnlich.

Die heutigen Lebensmittelmärkte.

Die Großmarkthalle verfügte heute bloß über 500 Kilogramm Rindfleisch für rationierte Kunden, dagegen war Schaffleisch weit über Bedarf angeboten. Das Schaffleisch minderer Qualität kostete 10 bis 14 K., das bester Qualität 18 bis 26 K. Beide Sorten fanden wenig Nachfrage. Außerdem gab es in der Großmarkthalle 2400 Kilogramm Pferdewürste und ein geringes Quantum anderer Würste. Der Geflügelmarkt hat 30 Stück polnische Gänse, die im Augenblick vergriffen waren, und 50 steirische Poulards. Der Fischmarkt war mit 300 Kilogramm Schellfischen ohne Kopf, das Kilogramm zu K. 7.50, beschickt, die unter lebhaften Anteilnahmen reißenden Absatz fanden. Für die Großmarkthalle sind heute drei Waggons Rindfleisch aus Oberösterreich mit 23·4 Tonnen angekommen. Der Grünwarenmarkt war infolge der Schneeverwehungen schwach beschickt, doch konnte der Bedarf an Gartenware so ziemlich gedeckt werden. Weißkraut, Karotten und Rüben standen in reichem Maße zur Verfügung.

Fremdenblatt Abendbl
3./XI. 1918

Die Lebensmittelhilfe für die Mittelmächte.

Das Programm der Verteilung. — Die unversöhnliche Presse Amerikas.

Bern, 2. Dezember. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Nach New-Yorker Meldungen gibt die amerikanische Presse ihrem Erstaunen darüber Ausdruck, daß man bei den Zentralmächten anzunehmen scheine, daß die für Europa avisierten 200.000 Tonnen Lebensmittel zur Verteilung auch bei den Mittelmächten bestimmt seien. Diese Auffassung sei irrtümlich. Das Programm der Lebensmittelaushilfe, mit dem der amerikanische Lebensmittelkontrollor Hoover nach Europa gereist sei, enthalte vielmehr folgende Punkte:

1. Nahrungsmittelverteilung für die Verbündeten Amerikas in Europa.

2. Nahrung und Kleidung für die Völker der befreiten Gebiete.

3. Regelung der Nahrungsfrage in den neutralen Ländern Europas. Erst der vierte Punkt beinhalte die Prüfung der Nahrungsbedingungen in den feindlichen Ländern, wo in wenigen Fällen die Nahrung das einzige Mittel bilde, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Durchführung der Sendung nach Europa stoße noch auf starke Schwierigkeiten, da der Verbrauch der unter Waffen stehenden Truppen der Alliierten noch immer im vollen Umfange besteht und daß alle Tonnage hiefür derzeit beansprucht wird. Es sei unmöglich, bereits heute zu bestimmen, wann große Transporte für die feindlichen Länder möglich sein werden. Ebenso wenig könne jetzt noch festgestellt werden, wann Tonnage für den freien Handel verfügbar sein wird, um jene Waren, die bis jetzt für Heereszwecke in Amerika zurückgehalten wurden, nach Europa zu bringen. Die amerikanische Presse erklärt es als selbstverständlich, daß zunächst die befreiten Gebiete und die Neutralen bei der Versorgung an die Reihe kommen müßten. Der Ton der Blätter gegen Deutschland ist nach wie vor sehr heftig und unversöhnlich.

Arbeiterzeitung
3./VII. 1918

135

Die Ernährungsfragen.

Lebensmittel aus Deutschland. Wir werden von der deutschen Botschaft um Aufnahme folgender Richtigstellung ersucht: Die in der gestrigen „Sonn- und Montagszeitung" enthaltene Angabe, daß von dem von Deutschland dem Staatsrat Dr. v. Langenhan für Deutschösterreich zugesicherten Mehl bis heute nichts eingetroffen sei und es ganz ausgeschlossen erscheine, daß Deutschösterreich von dem selbst hungernden und durch innere Wirrnisse jeder Organisation beraubten Deutschland in absehbarer Zeit irgend welche Zuschübe an Nahrungsmitteln erhalten könne, trifft nicht zu. Deutschland hält vielmehr an der allmählichen Lieferung der zugesagten 10.000 Tonnen Mehl fest, von denen bis 30. November bereits 2295 Tonnen eingetroffen sind. Neben diesen Lieferungen sind aus anderen Deutschland zur Verfügung stehenden Beständen vorläufig schon 5524 Tonnen Weizen und Gerste Deutschösterreich überlassen worden.

Die Lebensmittelmärkte. Der gestrige Marktverkehr hatte unter dem Einfluß der schlechten Witterung sehr stark gelitten. Die Zufuhren waren noch geringer, als sie sonst an Montagen zu sein pflegen, und auch die Besucherzahl hielt sich nicht auf der gewöhnlichen Höhe. Mangel herrschte vor allem an Gärtnerwaren und nur Weißkraut und Karotten waren wieder in größeren Mengen eingelangt. Kleinere Mengen an Aepfeln fanden auf dem Naschmarkt sehr guten Absatz, obwohl das Kilogramm zu 5·60 Kronen verkauft wurde. Pferdewürste und Pferdeinnereien, die man in größeren Mengen erwartet hatte, genügten für den Bedarf bei weitem nicht. Für heute Dienstag ist aus Oberösterreich und Steiermark Rindfleisch nur in kleinen Mengen eingelangt und auch die Vorräte an Pferdefleisch, das von heute an das Kilogramm 6 Kronen kostete, sind nicht besonders groß.

Neue Freie Presse
3./XII. 1918

136

Die Lebensmittelaushilfe Deutschlands für Deutschösterreich.

Wir werden von der deutschen Botschaft um Aufnahme folgender Mitteilung gebeten:

„Die heute verbreiteten Meldungen, daß von den seitens Deutschlands dem Staatsrat Dr. v. Langenhan für Deutschösterreich zugesicherten Mehl bis heute nichts eingetroffen sei und es ganz ausgeschlossen erscheine, daß Deutschösterreich von dem selbst hungernden und durch innere Wirrnisse jeder Organisation beraubten Deutschland in absehbarer Zeit irgendwelche Zuschübe an Nahrungsmitteln erhalten könne, trifft nicht zu. Deutschland hält vielmehr an der sukzessiven Lieferung der zugesagten 10.000 Tonnen Mehl fest, von denen bis Samstag bereits 2295 Tonnen eingetroffen sind. Neben dieser Lieferungen sind aus anderen Deutschland zur Verfügung stehenden Beständen vorläufig schon 5524 Tonnen Weizen und Gerste Deutschösterreich überlassen worden."

Die Zeit
4./XII. 1918

137

— **Klagen gegen den Wiener Magistrat und gegen das Volksernährungsamt.** Der deutschösterreichische Verwaltungsgerichtshof hatte gestern über eine interessante Beschwerde zu entscheiden, die der Getreidehändler Karl Robitschek gegen den Wiener Magistrat und gegen das Amt für Volksernährung erhoben hatte. Im August 1917 wurden vom Kriegswucheramt dem Robitschek 19 Säcke Getreide ungarischer Provenienz wegen Verdachtes der Preistreiberei beschlagnahmt. Dieses Getreide wurde dann von der Kriegsgetreidegesellschaft übernommen und in Verkehr gebracht. Nachdem der Verdacht der Preistreiberei sich als gänzlich unbegründet erwiesen hatte, verlangte Robitschek die Rückgabe des beschlagnahmten Getreides und eventuell den Rückersatz in natura. Die Kriegsgetreidegesellschaft lehnte das Ansuchen des Robitschek ab und erwirkte nunmehr am 29. Dezember 1917 eine Verfügung des Magistrats, mit der seitens des Volksernährungsamtes von Karl Robitschek das ihm seinerzeit beschlagnahmte Getreide angefordert wurde. Gegen diese nachträgliche Anforderung richtete sich die zur Verhandlung gelangte Beschwerde. Der Vertreter des Beschwerdeführers Dr. Richard Beer hob hervor, daß die nachträgliche, erst vier Monate nach der Beschlagnahme erfolgte Anforderung einen schweren Eingriff in die Privatrechte seines Klienten beinhalte und vollkommen ungesetzlich war. Der Verwaltungsgerichtshof hob auch die angefochtene Verfügung des Magistrats als ungesetzlich auf.

Neue Freie Presse

4./XII. 1918

139

Die Verhandlungen mit Amerika über die Lebensmittelaushilfe.

Wien, 3. Dezember.

Die deutschösterreichische Kommission, die sich wegen der Verhandlungen über die Nahrungsmittelaushilfe Amerikas nach Bern begeben hat, ist mit der Aufgabe betraut gewesen, dort zunächst Verbindungen mit der französischen und schweizerischen Gesandtschaft anzuknüpfen. Wenn der Boden für direkte Verhandlungen mit dem amerikanischen Ernährungskontrollor Hoover oder seinen Vertretern vorbereitet ist, dürfte wohl ein hoher Funktionär des Ernährungsamtes diese Besprechungen führen. Da die Frage der Bezahlung der Lebensmittel und die Voraussetzungen hiefür bei den Konferenzen eine wichtige Rolle spielen werden, haben darüber Vorbesprechungen stattfinden und demnächst wird der Direktor des Bankvereins Dr. Wilhelm v. Adler im Auftrage der deutschösterreichischen Regierung zunächst nach Bern und dann voraussichtlich nach Frankreich reisen, um über die Finanzierung zu verhandeln.

Als die Amerikaner Belgien und anderen Ententeländern eine Nahrungsmittelaushilfe gewährten, haben sie hiefür Kredite von Staat zu Staat eingeräumt. Man stellt sich vor, daß die erste an Deutschösterreich zu leistende Nahrungsmittelaushilfe einige hundert Millionen Kronen insbesondere für Getreide, Fett und Fleisch umfassen dürfte, und nimmt an, daß Amerika Deutschösterreich ebenso wie den Ententeländern Kredite gewähren wird, als deren Unterlage eventuell auch die Garantie verschiedener Städte Deutschösterreichs dienen könnte. Einem späteren Stadium bliebe ein großer Finanzvertrag vorbehalten, der über die erste Nahrungsmittelaushilfe hinaus den Import von Lebensmitteln sowie von Rohstoffen für die Industrie regeln soll. Die Finanzierung der ersten Notaushilfe, die zunächst in Frage kommt, würde dann mit dem neuen großen Arrangement vereinigt werden. Das letztere wird jedoch erst den Gegenstand der Friedensverhandlungen bilden; bis zum Abschlusse derselben handelt es sich um die bis dahin nötige Nahrungsmittelaushilfe.

Dem Staatsamte des Aeußern und dem Volksernährungsamt kommen täglich zahlose Ansuchen von Privatpersonen zu, die sich anbieten, im Auslande Lebensmittel anzukaufen. Diese Ansuchen werden ausnahmslos zurückgewiesen, weil es bisher noch gar nicht bekannt ist, ob die Entente den freien Einkauf gestatten oder, was als wahrscheinlicher angesehen wird, selbst die Nahrungsmittel zuweisen wird, wie es seinerzeit bei der belgischen Notstandsaktion der Fall war. Entschließt sich die Entente, beziehungsweise Amerika für den letzteren Weg, so würde die für das deutschösterreichische Staatsgebiet umgebildete Kriegsgetreideverkehrsanstalt das Getreide, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Oelsaaten und Sämereien, und die an die Stelle der Oezeg tretende Gesellschaft insbesondere Fett und Fleisch, aber auch sonstige Nahrungsmittel, wie Kondensmilch, Käse und Teigwaren, übernehmen. Diese beiden Gesellschaften hätten mit den amerikanischen Firmen, die der deutschösterreichischen Regierung als Lieferanten bekanntgegeben werden, die Schlußbriefe zu wechseln. Für die Fleisch- und Fettlieferungen kommt der Armour-Trust, für Getreidelieferungen nordamerikanische und argentinische Firmen in Betracht. Es ist beabsichtigt, das Kartensystem noch aufrechtzuerhalten und nach Maßgabe der verfügbaren Vorräte die Quoten zu erhöhen.

Hinsichtlich des Zeitpunktes der ersten Ankünfte amerikanischer Lebensmittel läßt sich Bestimmtes noch nicht sagen, doch hofft man, daß sie zu Beginn des Januar in Oesterreich eintreffen werden, da man die Verhandlungen über die Notaushilfe rasch durchführen zu können glaubt. Die ersten Vorräte könnten, wie man annimmt, aus Militärverpflegsmagazinen der Entente aus Europa oder aus Lebensmittelsendungen entnommen werden, die zwar für die Entente bestimmt waren, aber funkentelegraphisch nach Oesterreich geleitet werden würden.

Arbeiterzeitung
5./XII. 1918.

1460

Unsere Lebensmittelversorgung. Wie wir aus dem deutschösterreichischen Staatsamt für Volksernährung erfahren, fehlen bisher noch immer irgend welche Zusagen darüber, in welcher Art und in welchem Umfang uns die Entente eine Lebensmittelaushilfe zu gewähren gedenkt. Zurzeit befindet sich eine Kommission zum Zwecke der Unterhandlungen wegen Lebensmittelaushilfe in der Schweiz, wo auch die Vertreter der Entente erwartet werden. Bis jetzt ist jedoch eine offizielle Nachricht über irgend welche stattgefundene Unterhandlungen nicht eingetroffen, was allen bisherigen Verlautbarungen über bereits gemachte Zusagen gegenüber festgestellt werden muß. Was die Versorgung mit Zucker anlangt, so entspricht die vor einigen Tagen von einigen Blättern gebrachte Meldung, wonach wir von Deutschland eine Zuckeraushilfe zu erwarten haben, gleichfalls nicht den Tatsachen. Dagegen besteht aber auf Grundlage einer anderen Vereinbarung die Aussicht, daß in der Zuckerversorgung in den nächsten Wochen voraussichtlich eine Besserung eintreten wird. Es ist nämlich mit der Regierung des tschechischen Staates ein Uebereinkommen zustande gekommen, wonach der tschechischen Regierung die gesamte Bewirtschaftung des Zuckers und der Zuckererzeugung überlassen worden ist. Danach erhält der tschechische Staat auch die Rübenverarbeitung in den deutschen Gebieten zugewiesen, bei der sich für die deutschösterreichische Regierung, durch den Kohlenmangel verursacht, unüberwindliche Schwierigkeiten ergeben hatten. Gleichzeitig wird die Zuckerzentrale nach Prag verlegt, während in Wien ein Zuckeramt errichtet werden soll, durch das die Verteilung des uns von der tschechischen Regierung überwiesenen Zuckers für die Alpenländer zu erfolgen hat. Für die Zuckerausgabe müssen wir für die erste Dezemberhälfte allerdings noch mit unseren sehr spärlichen Restbeständen auskommen, doch hofft man, daß bereits in der zweiten Monatshälfte der neue Zucker von der tschechischen Regierung zugewiesen sein wird.

Tägliche Rundschau
5/12 918.

* **Versteckte Warenvorräte.** Man schreibt uns: Der nahende Friedensschluß, zugleich aber auch der Verfassungsumsturz haben große Mengen Lebens- und Genußmittel aus ihrem Versteck aufgescheucht. Als erste erschienen die Zigarrenhamster auf dem Plan; sie fühlten ihr Wucherherz stark beklommen, als sie vernahmen, daß Holland 500 Millionen Zigarren für die Ausfuhr nach Deutschland freigegeben habe. Stärker noch peinigt sie aber jetzt der Gedanke, daß für die Fronttruppen nicht mehr 60—80 v. H. der deutschen Gesamterzeugung an Tabaken abgeliefert werden müssen. Sie mußten ihre schönsten Hoffnungen begraben, wenngleich sie immerhin noch recht kräftige Verdienste eingesteckt haben. Weiterhin haben wir erfahren, daß bei der Auflösung der Westfront beträchtlich gefüllte Proviantmagazine großenteils der Plünderung durch unsere Truppen verfielen; von den wertvollen Lebensmitteln sind aber allem Anschein nach nur bescheidene Mengen nach Deutschland selbst gelangt; der überwiegende Teil wurde in aller Hast an Belgier zu Spottpreisen verschleudert. Was mitgenommen werden konnte, wurde in der Heimat oder auf dem Wege nach dorthin zu höchsten Preisen verkauft, soweit es nicht für die eigene Ernährung beansprucht wurde. Am besten waren diejenigen daran, die sich für den Rücktransport der Lastkraftwagen bedienen konnten. Für diese hat sich die Fahrt zweifellos belohnt gemacht.

Anläßlich des Ausbruchs der Revolution wurde schließlich bekannt, daß unsere Weinvorräte im Inlande weit größer seien, als vielfach angenommen werden mochte. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Weinlager, die für unsere Truppen im Felde bestimmt waren. So hören wir, daß von Kiel aus jetzt ein Posten von mehr als einer Million Flaschen Rotwein zum Kauf angeboten wird, der für die Balkantruppen bestimmt war. Auch sonst sollen noch erhebliche Weinvorräte anläßlich des Verfassungsumsturzes ans Tageslicht gekommen sein, die man jetzt „unter der Hand" an den Mann zu bringen sucht. Nach der Art, wie sie angeboten werden, steht es nicht zweifelsfrei fest, ob dabei alles mit rechten Dingen zugeht und ob nicht Unberufene sich in das Geschäft drängen. Man könnte das daraus schließen, daß die riesigen Mengen eiligst im ganzen ausgeboten werden und z. B. auch Banken zum Eintritt in das Millionengeschäft veranlaßt werden sollen. Zweckmäßiger wäre es, wenn man dafür sorgte, daß so begehrte Waren wie Rotwein den Verbrauchern in kleinen Posten zugänglich gemacht würden.

Neue Freie Presse Abendbl.
5./XII. 1918

a/5

142

Unsere Ein- und Ausfuhr im Kriege.

Wien, 5. Dezember.

Heute liegen zum erstenmale die Ziffern für die Ein- und Ausfuhr im Kriege in einer Veröffentlichung der „Industrie" vor. Danach betrug 1913 die Einfuhr ohne Stückware 230 Millionen Meterzentner im Werte von 3509 Millionen Kronen, die Ausfuhr 188 Millionen Meterzentner im Werte von 2988 Millionen Kronen; Ergebnis ein Passivum von 521 Millionen Kronen. Im Jahre 1914 war die Einfuhr 172 Millionen Meterzentner per 2981 Millionen Kronen, die Ausfuhr 142 Millionen Meterzentner per 2245 Millionen Kronen, daher Passivum von 736 Millionen Kronen. Im Jahre 1915 war die Einfuhr 137 Millionen Meterzentner per 3850 Millionen Kronen, die Ausfuhr 97 Millionen Meterzentner per 1426 Millionen Kronen, daher Passivum von 2426 Millionen Kronen. Im Jahre 1916 war die Einfuhr 183 Millionen Meterzentner per 6085 Millionen Kronen, die Ausfuhr 92 Millionen Meterzentner per 1623 Millionen Kronen, daher Passivum von 4463 Millionen Kronen. Im Jahre 1917 war die Einfuhr 159 Millionen Meterzentner per 4405 Millionen Kronen, die Ausfuhr 72 Millionen Meterzenter per 1515 Millionen Kronen, daher Passivum von 2890 Millionen Kronen. In den ersten sieben Monaten 1918 war die Einfuhr 91 Millionen Meterzentner per 2253 Millionen Kronen, die Ausfuhr 38 Millionen Meterzentner per 843 Millionen Kronen, daher Passivum 1410 Millionen Kronen. Vom Import der ersten sieben Monate 1918 kamen auf Rohstoffe 1320 Millionen Kronen, davon Kohle 369, Vieh 236 Millionen Kronen (über eine halbe Million Stück), auf Getreide nur 155 Millionen Kronen oder im ganzen 3 Millionen Meterzentner, also nur ein Drittel des Vorjahres. Von der Ausfuhr 1918 entfielen auf Rohstoffe 400 Millionen Kronen. Es sind dies an größeren Posten Kohle, ungarischer Wein, Mineralöl und Zucker. Von der Ausfuhr 1917 stellen die größten Posten Erze mit 243, Erdöle mit 154 Millionen Kronen dar. Unser Zwischenverkehr mit Ungarn war 1916 mit 136 Millionen aktiv., 1917 mit 138 und in den ersten sechs Monaten 1918 mit 490 Millionen passiv.

Neues Pester Journal
5./XII. 1918
143

Ernährung und Versorgung.

Die Approvisionierung Budapests.

Kein Weißgebäck. — Die Seifenabgabe. — Zuckerausfolgung für Januar.

Das Landes-Ernährungsamt hatte sich mit dem Plan befaßt, das Backen von Semmeln und Kipfeln wieder zu gestatten. Die mit den kompetenten Faktoren gepflogenen Beratungen ergaben jedoch, daß eine solche Erlaubnis auf Kosten der Weißmehlvorräte des Privathaushaltes ginge. Das Ernährungsamt hat daher die Erlaubnis zum Backen von Kipfeln und Semmeln bis zu der Zeit aufgeschoben, wo es Mehlüberfluß geben wird.

Kriegsseife ist nur an den kommunalen Lebensmittelverschleißstellen, sowie den Verschleißstellen des kommunalen Pferdefleischbetriebes und bei den mit dem Seifenverschleiß betrauten Kaufleuten zu haben. Die Liste dieser Kaufleute wird rechtzeitig bekanntgegeben. Die vom 1. bis 20. d. giltigen Kriegsseifenkupons der vereinigten Lebensmittelkarte sind bis Ende Dezember giltig und berechtigen während dieser Zeit zum Kauf von je 25 Dekagramm Kriegsseife. Bis 18. Dezember werden nur die roten Karten, von diesem Tage an aber auch die blauen Karten eingelöst. Die vom 21. Dezember bis 10. Januar giltigen Kriegsseifenkupons können erst vom 1. Januar an eingelöst werden. Preis eines Stücks Kriegsseife (ungefähr 25 Dekagramm) 126 Heller. Die Kupons D der vereinigten Lebensmittelkarte können im Laufe dieses Monats eingelöst werden. Gegen jeden Kupon D werden 50 Dekagramm Schmierseife ausgefolgt.

Der Magistrat verständigt das Publikum, daß es schon jetzt die Januarration an Zucker auf den Kupon L der Vereinigten Budapester Lebensmittelkarte einlösen kann. Auf jeden solchen Kupon werden 75 Dekagramm Zucker verabfolgt. Diese Kupons sind auch im Januar giltig, denn auf den neuen Lebensmittelkarten werden keine Zuckerkupons sich befinden.

Reichspost
5./XII. 1918

144

Das Austauschgeschäft mit Ungarn.

Die Lebensmittel, die uns jetzt von Ungarn vertraglich zugesagt sind, kommen nicht gerade billig zu stehen. Nach einer Budapester Meldung hat nämlich Ernährungsminister Nagy erklärt, Ungarn liefere an Deutschösterreich 500 Waggons Getreide, 2000 bis 4000 Stück Lebendvieh, 1500 Rinder für Wien, 40.000 Schafe, 500 bis 1000 Pferde und vorläufig 300 Waggons Kartoffeln. Als Gegenwert muß Deutschösterreich folgende Waren an Ungarn abliefern: 50.000 Männeranzüge aus papierfreiem Stoff, 100.000 Meter papierfreien Stoff, 74.000 Meter Stoff für andere Anzüge, 2000 große Spulen Zwirn, 60.000 Männerunterhosen, 100.000 Kilogramm Aluminium, 5 Waggons Blei, 15 Waggons Kupfer und Kupferabfälle, 1 Waggon Chromeisen, 20 Waggons Edelstahl, 15 Waggons Sensenstahl, 15 Waggons fertige Sensen, 20 Waggons Eisenrohre und kleinere Bestandteile, 5000 Kilogramm Karlsbadersalz, 1000 Kilogramm Karlsbader Salzsilber, 300 Kisten Original Karlsbader Sprudelsalz, 4 Waggons chromsaures Kali, 100 Kilogramm Phosphor, 14 Waggons Ammoniak, 8 Waggons Bromkali und Medikamente, 2 Waggons Paraffin oder 3 Waggons Kerzen, 17 Waggons Rotationspapier, 3 Waggons Walzenlackpapier und 30 Waggons Kommerzpapier.

5./12. 1918.

5./12

146

Das Reichsernährungsamt hat an das Auswärtige Amt eine Note gerichtet, in der es auf die unabsehbaren Folgen hinweist, die der bevorstehende Zusammenbruch unserer Ernährungswirtschaft nach sich ziehen wird. Wir sind in der Lage, aus dieser Note die folgenden wichtigen Gesichtspunkte zu veröffentlichen:

Das Rückgrat unserer ganzen Kriegsernährungswirtschaft bildete bisher die Versorgung mit Brotgetreide und Kartoffeln. Infolge der Grippe, der Unruhen und der Arbeitseinstellung der Kriegsgefangenen usw. ist ein erheblicher Teil unserer Kartoffelernte in der Erde geblieben und durch den frühen Frost vernichtet worden. Hinzukommt die ungeheure Transportkrise, die ebenfalls dazu beigetragen hat, daß unsere Kartoffelvorräte nicht ordnungsmäßig haben eingewintert werden können. Die Folge davon ist, daß die Hauptwohnbezirke nur noch für wenige Wochen mit Vorräten versorgt sind und nennenswerte Zufuhren nicht mehr erwarten können. Ein Durchhalten der vorgesehenen Kartoffelration erscheint daher schon heute vollkommen ausgeschlossen, und höchstens die Hälfte der Ration wird allgemein ausgegeben werden können. Die Getreideversorgung war nach der verfrühten Inanspruchnahme der diesjährigen einheimischen Ernte in erheblichem Maße auf Zufuhren aus dem Osten eingestellt. Infolge des Fortfalles dieser Zufuhren hat sich die Lage der Reichsgetreidestelle derart ungünstig gestaltet, daß ihre Lagerbestände nur noch bis zum 7. Februar 1919 reichen und auch dann nur, wenn die täglichen Zufuhren in gleicher Höhe wie im Vorjahr erfolgen. Dies erscheint aber nach Lage der Transportverhältnisse völlig ausgeschlossen. Nach dem 7. Februar würde sich also günstigenfalls nur eine Tageskopfration von 80 Gramm Mehl, d. h. ein Drittel der gegenwärtigen Ration, verteilen lassen. Diese Lage bessert sich auch dann nicht wesentlich, wenn die seit dem 1. Dezember zugestandene Erhöhung der Brotration wieder rückgängig gemacht wird, was aus technischen Gründen kaum vor dem 1. Januar möglich sein würde. Hierbei ist zu bemerken, daß die Erhöhung der Brotration seinerzeit ausschließlich aus politischen Gründen erfolgt ist.

Sehr trübe sieht es auch um die Aussichten unserer Fett- und Fleischversorgung aus, da namentlich das Durchhalten der Fettwirtschaft auf die Zufuhren der in Rußland angekauften Oelsaaten eingestellt war. Diese Vorräte sind naturgemäß nicht mehr abtransportiert worden. Die einheimische Fettwirtschaft gestattet deshalb nach dem völligen Zusammenbruch der Milchwirtschaft nur noch einen Wirtschaftsplan bis zum 1. April. Bis zu diesem Tage steht aus der möglichen Aufbringung an Milchfett und aus der Margarineerzeugung nur noch ein Tageskopfsatz von 3,3 Gramm zur Verfügung. Die Fleischration, die für den größten Teil der versorgungsberechtigten Bevölkerung nur noch eine Wochenkopfmenge von 100 Gramm vorsieht, kann auch nur unter Zuhilfenahme ganz beträchtlicher Zufuhren aufrecht erhalten werden. Ohne solche Zufuhren ist jedenfalls mit einer starken Herabsetzung aller wichtigen Lebensmittelrationssätze spätestens Anfang Februar zu rechnen. Was das bedeuten würde, geht daraus hervor, daß alsdann der Nährwert, der heute schon nur noch ein Drittel des normalen Durchschnittsnährwerts darstellt, auf etwa die Hälfte des gegenwärtigen Nährwertes herabsinken würde. Diese Tatsache würde ein langsames aber sicheres Verhungern bedeuten.

Die Note schließt mit dem Hinweis, daß die Sterblichkeit in Deutschland in der Kriegszeit und insbesondere in den letzten Jahren in erschreckendem Umfang zugenommen hat. Bereits im Jahre 1917 sind in Deutschland infolge des Hungerkrieges von je tausend Lebenden gleichen Alters mehr als vor dem Kriege gestorben: im ersten Lebensjahr 9,7 v. H., im Alter von 1—5 Jahren 19,6 v. H., im Alter von 70 Jahren und darüber 33,4 v. H. Noch fürchterlicher gesteigert hat sich die Sterblichkeit an Tuberkulose. Sie ist bei je 10 000 Einwohnern von 15,7 auf 31,7 v. H. gestiegen. Allein in den 380 deutschen Orten mit mehr als 15 000 Einwohnern sind im Jahre 1918 43 320 Personen mehr an Tuberkulose gestorben als im Jahre 1913. Noch eindrucksvoller prägt sich die Erhöhung der Sterblichkeitsziffer in den Hauptwohnbezirken aus und zwar ganz besonders in den Ziffern für die weibliche Bevölkerung. In Berlin ist die absolute monatliche Zahl der weiblichen Todesfälle seit Oktober 1915 von 1097 auf 3136 gestiegen. Die Zahl der Todesfälle an Lungenkrankheiten, also hauptsächlich an Schwindsucht weist eine Erhöhung von 205 auf 1752 auf.

Dabei sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Hauptschuld an dem Zusammenbruch unserer Ernährungswirtschaft die Absperrungsmaßnahmen Englands tragen.

Fremdenblatt
5./XII. 1918

147

Lebensmittelhilfe für Mitteleuropa

Eine Botschaft Hoovers an die Amerikaner.

U. Berlin, 3. Dezember. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Aus Rotterdam wird gemeldet: Der amerikanische Nahrungsmittelkontrollor Hoover hat eine Botschaft erlassen, in der er an das Gewissen der Amerikaner appelliert, Lebensmittel zu liefern, um die Lebensmittelnot in Mitteleuropa aus der Welt zu schaffen. Die Völker in den mit Amerika verbündeten Ländern, die Not leiden, erwarten ebenfalls von uns Lebensmittel. Wir haben auch ein großes Interesse an der Lebensfähigkeit der Bevölkerung Mitteleuropas, heißt es in der Botschaft, und das bedeutet, daß noch weitere zweihundert Millionen Menschen auf unsere Hilfe warten. Keine Regierung und keine Nation könne bestehen, wenn ihre Bevölkerung an Hunger stirbt. Das amerikanische Volk könne in diesem kritischen Moment seiner Geschichte beweisen, daß es nicht nur imstande sei, den Krieg durchzuhalten, sondern auch durch Selbstenthaltung der Not der leidenden Menschheit zu Hilfe zu kommen.

Die Zeit
5./XII. 1918

158

Die Ernährungsfrage.

Die Not der Spitäler.

In einer unter dem Vorsitz des Präsidenten Hofrates v. Exner gestern abgehaltenen außerordentlichen Versammlung der Gesellschaft der Aerzte teilte Hofrat Freiherr v. Eiselsberg mit, daß er auf Anregung der Fürstin Metternich sich veranlaßt sehe, der Gesellschaft der Aerzte nahezulegen, eine Aktion zugunsten der Beschaffung von Lebensmitteln und Kohle für die Spitäler zu unternehmen. Er unterbreitete der Versammlung auch eine diesbezügliche Entschließung, die einstimmig angenommen wurde. In Aussicht genommen ist, daß sich die Gesellschaft der Aerzte an die Regierungen sowie an die Aerzte der alliierten Länder zwecks Versorgung der notleidenden Spitäler in Wien und Deutschösterreich in erster Linie mit Lebensmitteln und mit Kohle wendet. Hierbei soll darauf hingewiesen werden, daß die Heilanstalt Alland wegen Versorgungsschwierigkeiten schon geschlossenn werden mußte und daß nun auch die Sperre mehrerer anderer großer Wiener Krankenhäuser in drohender Nähe steht.

Abgesandte des Genfer Roten Kreuzes in Wien.

Samstag den 7. d. treffen die Herren Professor Dr. Ferriere und dessen Neffe aus Bern als Abgesandte des Genfer Internationalen Komitees vom Roten Kreuz hier ein, um auf Anregung des amerikanischen Staatssekretärs Lansing die in den österreichischen Spitälern herrschenden Verhältnisse aus eigener Anschauung kennenzulernen. Es handelt sich um die vom österreichischen Roten Kreuz für unsere kranke Zivilbevölkerung erbetene Aushilfe an Nahrungsmitteln. Die Abgesandten werden an der Grenze in Feldkirch von Vertretern des österreichischen Roten Kreuzes erwartet. In Wien werden sie vom Bundespräsidenten, von Vertretern des deutschösterreichischen Staatsamtes für Volksgesundheit und der Gemeinde Wien empfangen werden. Die Abgesandten werden über ihre Wahrnehmungen sofort telegraphisch an das Genfer Internationale Komitee berichten, so daß der von diesem zur Konferenz nach Versailles zu entsendende Vertrauensmann die Hilfsaktion für Oesterreich in genauer Kenntnis der Verhältnisse wird betreiben können.

Ungünstige Aussichten der Marmeladeversorgung.

Für den heurigen Winter sind die Aussichten der Marmeladeversorgung bis jetzt nicht besonders günstig zu nennen, doch dürfte es gelingen, der Schwierigkeiten dann Herr zu werden, wenn innerhalb der nächsten Zeit die nötigen Zuckerquantitäten aufgebracht werden können. Die heimischen Marmeladeerzeuger klagen weniger über die Kohlennot, als über den Mangel an Zucker, wenn auch einzelne Betriebe mit Kohle nicht besonders günstig versorgt sind.

Wie wir aus Fachkreisen erfahren, ist es den Wiener und den niederösterreichischen Betrieben trotz aller Hemmnisse gelungen, bisher namhaftere Quantitäten von Feinmelangemarmelade zu erzeugen, mit deren Ausgabe die Gemeinde Wien in der Woche vor Weihnachten beginnen dürfte. Zu der Herstellung der mit Gemüsezusätzen (Möhren, Karotten, Kürbissen) versehenen Dreier- oder sogenannten Volksmarmelade ist mangels des Zuckers heuer eine bedeutende Verzögerung eingetreten.

Die Marmeladeversorgung in der heurigen Saison dürfte aber trotz des Minderausfalles der Obsternte infolge der Streckung durch Gemüsezusatz gegenüber dem Vorjahre nicht zurückbleiben.

Infolge der gesteigerten Produktionskosten werden heuer die Marmeladepreise gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung erfahren müssen. Die rationierte Abgabe der Marmelade an die Einkaufsscheinkontrolle wird unter allen Umständen aufrechterhalten bleiben.

Gegenwärtig wird in Wien ziemlich teure ungarische Marmelade — es handelt sich der Hauptsache nach um Apfelmus — feilgehalten. Ein Glas davon stellt sich auf 12 bis 15 Kronen.

Neue Höchstpreise für Kaffeesurrogate.

Das Staatsamt für Volksernährung hat neue Höchstpreise für die nur aus Zichorien- und Zuckerrübenmehl der Ernte 1918 hergestellten Kaffeesurrogate festgesetzt. Die Kleinverschleißpreise für paketierte Ware sind unter Berücksichtigung der erhöhten Rohstoffpreise und der gesteigerten sonstigen Gestehungskosten je nach der Art der Verpackung (Papier- oder Schachtelpackung) mit K. 4.72, beziehungsweise K. 4.96 pro Kilogramm bestimmt.

Erhöhung der Spirituspreise.

Die Verhältnisse der letzten Zeit haben auch in der Versorgung der Bevölkerung mit Spiritus empfindliche Störungen hervorgerufen. Eine Freigabe von Spiritus für Trinkzwecke kann nach wie vor nicht erfolgen. Während mit der Abgabe von Brennspiritus im November infolge Störungen in der Produktion ausgesetzt werden mußte, wird im Monat Dezember wieder eine Freigabe von Brennspiritus, wenn auch in beschränktem Ausmaße, erfolgen. Gleichzeitig werden auch die Verkaufspreise des Spiritus erhöht werden.

Hamburger Fremdenblatt
6/12 18.

6/12

149

Aufgaben der Konsumentenkammer.

Man schreibt uns:

„Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen für Hamburg-Altona und Umgebung beschloß in seiner letzten Sitzung seine Auflösung, da durch die Neugründung der Konsumentenkammern seine Tätigkeit angeblich überflüssig geworden ist. Die neue Kammer findet besonders in Hamburg ein überaus dankbares Arbeitsfeld vor.

Aus der Fülle der Aufgaben sei nun zunächst einiges herausgegriffen: Die Hoffnung, daß die neue Zeit auch mit dem bekannten Amtsschimmel und dem bürokratischen Zopf aufräumen würde, ist zum Leidwesen vieler Verbraucher bis heute noch nicht in Erfüllung gegangen, denn wie wäre es sonst möglich, daß die Reichsbekleidungsstelle jetzt schon die Großverbraucher in Nähfäden auffordert, ihren Bedarf für das erste Halbjahr 1919 anzumelden, während die kleinen Konsumenten heute noch vergeblich auf die bereits vor Monaten in Aussicht gestellte Verteilung warten.

Der in Hamburg so beliebte Einwand, Berlin gibt nichts her, ist in diesem Falle nicht stichhaltig, da in den Lägern der Kriegsbekleidungsämter genügend Vorräte vorhanden sind, die für militärische Zwecke nicht mehr in Frage kommen und für die einzelnen Gemeinden, die in den betreffenden Korpsbezirken liegen, greifbar sind.

Ebenso unverständlich ist, daß das Kriegsversorgungsamt die Kartoffelration auf 5 Pfund herabsetzt, während heute noch die Händler in der Lage sind, Bestellern gleich für das ganze Jahr die wöchentlich 7pfündige Menge zu liefern. Im Wege des Schleichhandels ist ferner jede Menge zu haben, Preis 40 bis 70 Mk. für den Zentner.

Weiterhin wird zurzeit den Haushaltungen ein sogenanntes Mehl geliefert, das weder zum Kochen noch zum Backen zu verwenden ist. Daß gutes Mehl in genügenden Mengen vorhanden ist, beweist die Tatsache, daß Sonderzulagen, die zur Verteilung an Eisenbahnbeamte bestimmt sind, in so großen Mengen ankommen, daß sie vor der Verteilung eingelagert werden müssen. Weshalb diese Bevölkerungskreise überhaupt Sonderzulagen erhalten, bedarf der Aufklärung.

Im Interesse der Verbraucher darf der neuen Kammer der Wunsch ausgesprochen werden, daß sie unnachsichtlich dafür eintritt, daß restlos alle Konsumartikel erfaßt und auf ordnungsgemäßem Wege der Allgemeinheit zugeführt werden."

Tägliche Rundschau 6/12 6/12 18.

150

Die Ernährungskatastrophe

rückt immer näher. Das Reichsernährungsamt hat das Auswärtige Amt darauf hingewiesen, daß die andauernden Krisen einen Zusammenbruch herbeiführen müssen. Ursachen: Grippe, Unruhen, Arbeitereinstellungen usw. Man rechne schon jetzt nur noch mit der Hälfte der Kartoffelration, ebenso werde sich infolge des Fortfalls der Zufuhren aus den besetzten Gebieten (man sieht also, wie notwendig diese Eroberungen waren. — D. Schriftl.) nach dem 7. Februar günstigenfalls nur eine Tageskopfration von 80 Gramm Mehl, d. h. ein Drittel der gegenwärtigen Ration, verteilen lassen. Diese Lage bessert sich auch dann nicht wesentlich, wenn die seit dem 1. Dezember zugestandene Erhöhung der Brotration wieder rückgängig gemacht wird.

Sehr trübe sieht es auch, wie die „Voss. Ztg." aus der Denkschrift mitteilt, um die Aussichten unserer Fett- und Fleischversorgung aus, da namentlich das Durchhalten der Fettwirtschaft auf die Zufuhren der in Rußland angekauften Oelsaaten eingestellt war. Diese Vorräte sind naturgemäß nicht mehr abtransportiert worden. Die einheimische Fettwirtschaft gestattet deshalb nach dem völligen Zusammenbruch der Milchwirtschaft nur noch einen Wirtschaftsplan bis zum 1. April. Bis zu diesem Tage steht aus der möglichen Aufbringung an Milchfett und aus der Margarineerzeugung nur noch ein Tageskopfsatz von 3,3 Gr. zur Verfügung. Die Fleischration, die für den größten Teil der versorgungsberechtigten Bevölkerung nur noch eine Wochenkopfmenge von 100 Gr. vorsieht, kann auch nur unter Zuhilfenahme ganz beträchtlicher Zufuhren aufrechterhalten werden. Ohne solche Zufuhren ist jedenfalls mit einer starken Herabsetzung aller wichtigen Lebensmittelrationssätze spätestens Anfang Februar zu rechnen.

Die Note schließt mit dem Hinweis, daß die Sterblichkeit in Deutschland in der Kriegszeit und insbesondere in den letzten Jahren in erschreckendem Umfang zugenommen hat. Bereits im Jahre 1917 sind in Deutschland infolge des Hungerkrieges von je tausend Lebenden gleichen Alters mehr als vor dem Kriege gestorben: im ersten Lebensjahr 9,7 v. H., im Alter von 1—5 Jahren 19,6 v. H., im Alter von 70 Jahren und darüber 33,4 v. H. Noch fürchterlicher gesteigert hat sich die Sterblichkeit an Tuberkulose. Sie ist bei je 10 000 Einwohnern von 15,7 auf 31,7 v. H. gestiegen. Allein in den 380 deutschen Orten mit mehr als 15 000 Einwohnern sind im Jahre 1918 43 320 Personen mehr an Tuberkulose gestorben als im Jahre 1913. In Berlin ist die absolute monatliche Zahl der weiblichen Todesfälle seit Oktober 1915 von 1097 auf 3136 gestiegen. Die Zahl der Todesfälle an Lungenkrankheiten, also hauptsächlich an Schwindsucht, weist eine Erhöhung von 205 auf 1752 auf. — Dabei sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Hauptschuld an dem Zusammenbruch unserer Ernährungswirtschaft die Absperrungsmaßnahmen Englands tragen.

*

Berlin, 5. Dezember. (W.T.B.) Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt: Admiral Beatty erklärte am 15. November, daß die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln von der Schnelligkeit und dem guten Willen abhängt, mit dem die Forderungen des Waffenstillstandsvertrages ausgeführt werden. Admiral Meurer antwortete darauf, daß der Chef des Hochseekommandos bestrebt sei, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die Bedingungen des Waffenstillstandes so schnell und so gewissenhaft wie möglich zu erfüllen.

Neues Pester Journal
6./XII. 1918

Ernährung und Versorgung.

Die steigenden Gasthauspreise.

Billiges Fleisch und teure Preise. — Wo bleibt die Preisprüfungskommission? — Eine Erklärung der Gastwirte. — Regierungskommissär Erdélyi über den Abbau der Fleischpreise.

In den Budapester Restaurationen und Gastwirtschaften gibt sich eine Tendenz zum Hinaufschrauben der Preise kund. Fast sämtliche Preise der Speisenkarte wurden in den letzten zwei Wochen erhöht. In den Speisebetrieben, die von dem Mittelstand frequentiert werden, werden für Braten bereits 10 bis 12 Kronen berechnet. Es ist dies ein Vorgang, der in den geltenden Preisen für Lebensmittel keine Begründung finden kann; gerade im Gegenteil, es hätte eine Herabsetzung der Preise vorgenommen werden müssen, da die Preise für Fleisch bedeutend herabgesetzt worden sind. Das beste Bratenfleisch, das früher 32 bis 40 Kronen per Kilogramm gekostet hat, ist jetzt für 18 Kronen und noch billiger zu haben. Fische, Geflügel, Grünwaren, Gewürze und fast alle Küchenmaterialien sind im Preise gesunken, nur die Speisenpreise weisen eine steigende Tendenz auf. Es ist ganz unerklärlich, wie die Speisenbetriebe die Erhöhung der Preise durchführen konnten. Die Preise der Gastwirtschaften stehen bekanntlich unter ständiger Kontrolle der Zentral-Preisprüfungskommission. Bei der Kommission liegen Stammblätter sämtlicher Budapester Restaurationen und Gastwirtschaften auf, in denen sämtliche Preise verzeichnet sind, die sie in ihrem Betriebe fordern dürfen. Eine Erhöhung der Preise darf nur mit der vorherigen Genehmigung der Zentral-Preisprüfungskommission vorgenommen werden. Seit einer kurzen Zeit scheint aber die Kommission ihres Amtes nicht ernst zu walten, ansonst wäre es ganz unbegreiflich, wie einzelne Speisenbetriebe ohne Belästigung der Behörden Preistreiberei begehen können.

Daß die Inhaber der Speisenbetriebe selbst einsehen, daß die Lage ganz unhaltbar ist, beweist nachstehendes Communiqué, das uns heute zugegangen ist: „Die Gewerbegenossenschaft der Budapester Hoteliers, Restaurateure und Gastwirte hat die Inhaber von Gastwirtschaften aufgefordert, die Preise für Fleischspeisen in Anbetracht des Sinkens der Preise für Rind- und Kalbfleisch herabzusetzen. Die in Kraft befindlichen Menüpreise können nicht herabgesetzt werden, da diese von der Zentral-Preisprüfungskommission noch zu einer Zeit festgestellt worden sind, als die Preise für Fleisch noch billiger waren." Es genügt nicht, daß die Zentral-Preisprüfungskommission den Gastwirten selbst das Recht überläßt, freiwillig die Preise herabzusetzen, sondern sie muß ihrerseits darauf achten, in welcher Weise diese Aufforderung durchgeführt wird. Was die Preise für Menüs betrifft, läßt das Communiqué außer Acht, daß die Zentral-Preisprüfungskommission vor nicht so langer Zeit die Wünsche der Gastwirte auf deren Erhöhung unter Hinweis auf dem Umstand ablehnte, daß die Speisen à la carte einen derartigen Gewinn sichern, daß ein Verdienstausfall bei den Menüs reichlich gedeckt wird. Da seither die Fleischpreise gesunken sind, kann und muß auch eine Herabsetzung der Menüpreise vorgenommen werden.

*

Regierungskommissär Moriz Erdélyi machte heute vor einer Deputation der Gewerbekorporation der Fleischhauer folgende Erklärungen über die Gestaltung der Fleischpreise: Die Regierung wird bereits nächste Woche Montag die Preise für Lebendvieh maximieren. Auf dem Viehmarkte werden in Hinkunft nur mit Gewerbelegitimationen versehene Metzger kaufen dürfen. Der Verschleiß von Aktionsfleisch wird den von der Front zurückkehrenden Fleischhauern überlassen werden. Der Preis für Fleisch wird auch weiterhin abgebaut werden. Es ist eine Reduktion von 2 Kronen per Kilogramm und Woche vorgesehen, die insolange vorgenommen wird, bis die Preise für Extremfleisch denen für Aktionsfleisch gleich sein werden. In drei bis vier Wochen wird es in Budapest nur billiges Fleisch geben.

Die Fettversorgung.

Künstliches Speisefett. — Die Einlösung der Fettkarten.

Die Approvisionierungssektion der Hauptstadt Budapest teilt mit: Auf Verfügung des Landes-Ernährungsamtes werden die für die Zeit vom 11. bis 20. d. gültigen Fettkupons Nr. 8 der Vereinigten Budapester Lebensmittelkarte nur mit künstlichem Speisefett eingelöst. Die Ration beträgt per Kupon 15 Dekagramm; der Preis 11 K. 20 H. für das Kilogramm. Die Sektion fordert die mit dem Verschleiß von künstlichem Speisefett betrauten Kaufleute auf, das nötige Fett gegen Anweisung des Zentral-Mehlamtes bei der Fabrik und das neue Preisverzeichnis bei dem Zentral-Mehlamte vom 9. d. an zu übernehmen.

Regierungskommissär Moriz Erdélyi hat in Angelegenheit der Fettabgabe folgende Neuerungen angeordnet:

Die Inhaber der roten Lebensmittelkarten werden in Gruppen geteilt; an den ersten fünf Tagen der Gültigkeit der Karten werden nur diese Gruppen mit Fett versehen, und zwar an jedem der fünf Tage eine bestimmte Anzahl von Gruppen. Die Fettkarten werden an 250 Verschleißstellen eingelöst, denen jeden Tag rechtzeitig das nötige Fettquantum zugeführt werden wird. Diese Aenderung tritt am 21. d. in Kraft, doch ist dies nur eine provisorische Regelung; am 1. Januar wird eine definitive Regelung der Einlösung der Fettkarten ins Leben gerufen; die roten Lebensmittelkarten, die am 1. Januar zur Ausgabe gelangen, werden mit Nummern von 1 bis 5 versehen sein, und an jedem der ersten fünf Tage werden die mit der entsprechenden Nummer versehenen Karten eingelöst. Die blauen Lebensmittelkarten werden an den kommunalen Verschleißstellen erst vom sechsten Tage an eingelöst; in anderen Geschäften können sie aber schon früher eingelöst werden.

Nur die Regierung verfügt über alle Vorräte.

Ernährungsminister Dr. Franz Nagy hat eine Verordnung erlassen, wonach über die Erfassung, den Verbrauch, den Transport und die Verteilung der Erntevorräte ausschließlich das Landes-

* Die Protestversammlung in Zsolca. Das aus den umliegenden Ortschaften in Zsolca gebildete Zentralkomitee hat eine Zweiundvierzig Seiten umfassende Gravamenschrift in der morgigen Sitzung der Gespanniteskommission vorschlagen wird.

* Die Getreideernte in Bosnien. Im Jahre 1918 wurden im Königreich Bosnien 118 Personen getötet. — Heute vormittag fand unter dem Vorsitz Exzellenz Justizrat Ludwig Hatvany eine Konferenz statt, an welcher auch Abgeordnete des Controllerdepartements des Ministeriums des Innern, sowie Oberphysikus Dr. Alexander Sándor teilnahmen. In der Sitzung wurden jene radikalen Maßnahmen besprochen, die der Regierung in der morgigen Sitzung der Gespanniteskommission vorschlagen wird.

Fremdenblatt
6./XII. 1918

152

Keine tschechische Hilfe für Deutschösterreich.

L. **Prag**, 5. Dezember. (**Tel. d. „Fremden-Blatt“.**)
„Pravo Lidu“ wendet sich in Besprechung der gestrigen Rede des deutschösterreichischen Staatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten Dr. Bauer gegen den Vorwurf, als ob die tschechische Republik Wien und die deutschen Gebiete des gewesenen Oesterreichs aus Motiven politischer Rachsucht absichtlich in eine katastrophale Lage treiben wolle. Böhmen könne selbst beim besten Willen und bei den besten Kompensationen keine größeren Lieferungen für Wien abgeben. Die tschechische Regierung sollte auch an die Ententestaaten gegen die übertriebenen Vorstellungen sich wenden, wonach man in Böhmen Ueberfluß in allem besäße.

Reichspost

6./XII. 1918

153

Unsere täglichen Sorgen.

Amerikanische Lebensmittelhilfe für Oesterreich.

Washington, 4. Dezember.

Hier wird bekanntgegeben, daß in der Woche nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes einige Schiffe mit 200.000 Tonnen Lebensmitteln für Nordfrankreich, Belgien und Oesterreich nach Europa abgefahren sind.

Neues Wiener Tagblatt

Abendl
7./XII. 1918

154

Die Approvisionierung.

Die ersten mündlichen Verhandlungen mit amerikanischen und englischen Vertretern.

In der vorigen Woche wurden vom deutsch-österreichischen Staatsrate und von der Gemeinde Wien Delegierte nach Bern entsendet, um dort den amerikanischen Lebensmittelkontrollor Hoover zu erwarten und mit ihm über die Zufuhr von Lebensmitteln zu verhandeln. Mittlerweile hat Herr Hoover seinen Reiseplan geändert und berührt Bern nicht, während er wahrscheinlich nach Wien kommen dürfte. Infolge dieser geänderten Dispositon haben die deutsch-österreichischen Vertreter Weisung erhalten, mit den diplomatischen Vertretern Amerikas und Englands unverzüglich auf Grundlage des ihnen vom Ernährungsamt mitgegebenen Ernährungsplanes zu verhandeln. An den Verhandlungen nahmen für Amerika Mr. Wilson, ein Neffe des Präsidenten, und für England Sir Rumbold teil. Ueber die bisherigen Ergebnisse meldet unser Berner Korrespondent telegraphisch:

Bern, 6. Dezember. (Privattelegramm.) Die Verhandlungen versprechen einen guten Erfolg, indem auf die tschecho-slowakische Regierung diplomatisch eingewirkt werden wird, für Wien die Zufuhr von Kohle aus dem Brüxer und Ostrauer Revier und die Durchfuhr aus dem oberschlesischen Revier zu bewilligen. Für die Stadt Wien hat Doktor Schwarz-Hiller noch um Einflußnahme auf die tschecho-slowakische und die polnische Regierung zu dem Zwecke, damit sie Kartoffellieferungen bewilligen und die Durchfuhr aus der Ukraine nicht verhindern. Als Wiens Wochenbedarf sprach Doktor Schwarz-Hiller an 28 Waggons Fett, 575 Waggons Kartoffeln, 290 Waggons Brotmehl, 115 Waggons Kochmehl, 29 Waggons Fleisch und 700 Waggons Kohle. Die Vertreter Amerikas und Englands nahmen das Ansuchen freundlich auf und versprachen, es sofort an ihre Regierungen weiterzuleiten. Mitte nächster Woche dürfte schon eine Antwort vorliegen, da England mit dem Präsidenten Masaryk, der gerade in London weilt, direkt verhandeln kann.

Neues Wiener Tagblatt

8/XII. 1918

155

Wichtige Maßnahmen der Uebergangswirtschaft.

Entsprechend dem Programm, welches kürzlich Staatssekretär Loewenfeld-Ruß gegenüber einem Mitarbeiter des „Neuen Wiener Tagblattes" für die Gestaltung der Uebergangswirtschaft entwickelt hat, haben im Ernährungsamte unter Zuziehung von Vertretern der Industrie, des Handels und der Konsumenten die ersten Beratungen über die Organisierung der Einfuhr von Lebensmitteln stattgefunden. Hierüber wird berichtet:

Im Staatsamte für Volksernährung fanden dieser Tage unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Loewenfeld-Ruß in Anwesenheit der Mitglieder des Direktoriums des Staatsamtes für Volksernährung und unter Heranziehung von Vertretern der verschiedenen Wirtschaftskreise Besprechungen über die künftige Gestaltung der Einfuhr verschiedener Lebensmittel, der Bewirtschaftung derselben und der Einflußnahme des Staates statt. In Vordergrunde standen die Fragen der Getreide- und Fettversorgung. Rücksichtlich der Getreideversorgung wurde das Projekt der Gründung einer Einfuhrgesellschaft für überseeisches Getreide, Futtermittel und Saaten auf einer kommerziellen Grundlage zu errichten in Erörterung gezogen. Diese Gesellschaft soll durch den Zusammenschluß von Stadtvertretungen unter hervorragender Heranziehung der Stadt Wien, des Getreidehandels, des Imports, der Mühlen und übrigen getreideverarbeitenden Industrien, der landwirtschaftlichen Organisationen sowie von Konsumentenorganisationen gebildet werden. Durch die Heranziehung des Getreidehandels und Imports verfügt die Gruppe über eine Anzahl von Auslandsvertretungen, die sie in die Lage setzen, das Geschäft sofort aufzunehmen. Die Durchführung der Geschäfte wird allerdings von den Bedingungen abhängen, die die Entente und Amerika den Mittelmächten zugestehen werden.

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß eine Betätigung der Gesellschaft erst in jenem Zeitpunkt möglich sein würde, zu welchem uns durch die Alliierten der Einkauf in Amerika freigegeben würde. Die Gesellschaft würde sonach als eine vorbereitete Organisation dem österreichischen Staatsamte für Volksernährung zur Verfügung stehen, um in dem Moment, in welchem die Getreidebelieferung durch die Entente, beziehungsweise durch Amerika ihr Eingreifen gestattet, bereits auf dem Platze zu sein. Unter diesen Gesichtspunkten werden vorbereitende Schritte zur Gründung einer solchen Gesellschaft durchgeführt werden. Ein Komitee wurde beauftragt, das Projekt und die Regelung des Verhältnisses der Gesellschaft zum Staatsamte für Volksernährung auszuarbeiten. Hiebei ist geplant, daß die Ablieferung des Getreides an die Deutschösterreichische Kriegsgetreideanstalt, welche, wie bisher, die Verteilung im Inland zu besorgen hätte, zu erfolgen haben wird.

Was die übrigen Lebensmittel anlangt, von denen Fett und Fleisch an erster Stelle rangieren, wurde zur Erörterung gestellt, fachlichen Gesellschaften mit beschränkter Haftung unter weitgehender Heranziehung des Handels, der Vertreter der Städte und Konsumenten die Einfuhr von Lebensmitteln, sobald deren Einkauf im Ausland möglich sein wird, zu übertragen. Dabei wurde der überwiegenden Meinung Ausdruck gegeben, daß in der nächsten Zeit eine Ueberlassung der Geschäfte an den freien Handel noch nicht tunlich erscheine, sondern daß jedenfalls eine Zeitlang an einer staatlichen Organisation festgehalten werden müsse, wobei bei den einzelnen in Betracht kommenden Gruppen entsprechende Rücksichtnahme auf die Vertretung der Städte und der Konsumenten in den Organisationen zu erfolgen hätte. Die Beratungen in dieser Angelegenheit sind noch nicht zum Abschlusse gekommen.

Vossische Zeitung

8/12 918.

8/2

156

Günstigere Ernährungsaussichten.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Berlin, 7. Dezember.

Die Aussichten unserer Brotversorgung haben sich in den letzten Tagen dadurch gebessert, daß infolge des frostfreien Wetters die Hackfruchternte teilweise rascher, als erwartet, beendigt wurde. Dadurch sind viele Arbeitskräfte freigeworden, so daß die Bemühungen der Reichsgetreidestelle und der Kommunalverbände den Erfolg hatten, daß mehr Getreide als erwartet wurde, zur Ablieferung gelangte. Wenn der Güterverkehr in vollem Umfang aufrecht erhalten wird, werden sich die Eingänge an Brotgetreide derart steigern lassen, daß die Brotversorgung über den 7. Februar 1919 hinaus gesichert ist.

Wenn in der Presse darauf hingewiesen wurde, daß die alte Regierung über unsere Vorräte Berichte gegeben hat, die den Tatsachen nicht entsprochen haben, so erklärt sich das damit, daß zwischen Ernteschätzungen, Ernteerträgen und Erntеerfassung bedeutende Unterschiede sich stets ergeben müssen. Durch die Grippe-Epidemie, die große Erschwerung unserer Transportverhältnisse und besonders durch die politischen Ereignisse, sind in der letzten Zeit empfindliche Verzögerungen in der Ablieferung hervorgerufen worden. Unzutreffende Angaben über vorhandene Vorräte sind von keiner amtlichen Seite gemacht worden.

Österr. Volkszeitung
10./XII. 1918

Hilfe für Wien?

Was die Delegierten des Genfer Roten Kreuzes in Wien gesehen haben. — Hoovers Vorschläge. — Unterhändler in Prag und in der Schweiz. — Die rot-weiß-roten Fässer in Amerika. — Die Absichten der Entente. — Die Liga der vergessenen Menschlichkeit.

Professor Ferriere, der Delegierte des Genfer Roten Kreuzes, hat vorgestern und gestern, begleitet von fachmännischen Referenten, die notleidenden Wiener Spitäler und öffentlichen Anstalten besucht. Im Karolinen-Kinderspitale und im Allgemeinen Krankenhause fand der Delegierte trostlose Zustände vor. Insbesondere die mangelhafte, teilweise ganz fehlende Beheizung der Krankenzimmer war es, die Professor Ferriere veranlaßte, sofort ein Telegramm an die Genfer Zentralleitung des Roten Kreuzes abgehen zu lassen, in dem er von der Kohlennot Wiens, namentlich in den Spitälern, in den beweglichsten Worten sprach und die Zentrale bat, dringlichst die Ententemächte zu veranlassen, auf die Tschechen dahin einzuwirken, daß sie den Durchtransport von Kohlen zur Versorgung Wiens bewilligen möchten.

Die Krankenkost fand Professor Ferriere dürftig und inhaltlos, aber in der Menge zureichend. Es gab im Krankenhause Suppe, Sauerkraut und Sträußeltknödeln. Gestern nachmittags fand sich der Delegierte im Staatssekretariat des Aeußern ein und besuchte die Anlagen des „Steinhofs". Für morgen sind Streifzüge in die Wiener Vororte geplant. Professor Ferriere wird sein Referat schleunigst erstatten. Nach seinen Beobachtungen ist er zu dem Schluß gekommen, daß Tausende von Kranken und Zehntausende von Gesunden zugrunde gehen müssen, wenn nicht augenblicklich an die Erleichterung von Lebensmittelzufuhren und an die ausgiebige Sendung von Kohlen gedacht wird. Der Delegierte des Genfer Roten Kreuzes will nichts unversucht lassen, um die Notlage der Wiener Bevölkerung der Entente gegenüber ins rechte Licht zu setzen.

Auch Herr Hoover denkt an Hilfe für Wien. Sein Bruder ist einer der größten Heerdenbesitzer in Amerika und hat zehntausend Tonnen Fässer bereit, die augenblicklich nach Wien abgehen können. Für die Versorgung Wiens ist sogar soweit gedacht, daß die Fässer rot-weiß-rote Streifen tragen und die Bezeichnung „Vienna Old-Austria" tragen. Die Aufschrift „Alt-Oesterreich" haben die Amerikaner darum gewählt, damit nur ja kein Zweifel darüber bestehen kann, wohin die Fässer, die Schweinefleisch, Rindfleisch und Büffelfleisch enthalten, bestimmt sind. In Wien besteht auch schon eine millionenschwere Gesellschaft, die die Ausbeutung des Hooverschen Fleisches in Angriff nehmen soll. Es ist also alles da — bis auf das Fleisch. Zwischen den Brüdern Hoover ist ein sehr reger Depeschenwechsel, die geschäftliche Basis ist da, es fehlt lediglich an Schiffsraum.

Zurzeit arbeiten die Herren Dr. Krantz und Lustig in Prag und Herr Hilfreich in der Schweiz, um uns in der Kohlenfrage zu helfen. Die genannten Herren sind mit den allerbesten Empfehlungen ausgestattet, ja noch mehr, sie haben Vollmachten, wie sie nie noch Gesandte gehabt haben mögen. Die Aktion in Prag steht gut; das Verlangen des Narodni Vybor geht vorläufig dahin, in Wien und Deutschösterreich die „Agitation" gegen die Tschechen einzustellen, des weiteren werden wirtschaftliche Zugeständnisse verlangt, die nicht den Wiener Gemeinderat und die tschechischen Volksschulen in Wien, auch nicht die Besitzergreifung von Deutschböhmen betreffen, sondern die Industrien in den deutschen Städten Böhmens. Die Tschechen wollen sich den Besitzstand dieser Industrien auch für die Zukunft sichern. — Von der Schweiz verlangt man moralische Hilfe. Aber die Schweiz, die durch die ungeheure Zahl der „Einreiser" überflutet ist, steht Deutschösterreich nur zum Teil freundlich gegenüber. In der Tat verhalten sich die französischen und die italienischen Kantone direkt unfreundlich gegen deutsche und österreichische Passagiere.

Die Entente will helfen, das heißt England und Amerika haben nichts gegen die Versorgung Deutschösterreichs, Italien mischt sich nicht in die Alimentierungsfrage und nur Frankreich steht auf dem Standpunkt des starren Nein und fordert den Wiederaufbau Belgiens und die damit verbundene Kriegsentschädigung ehe ein Sack Weizen nach Deutschland oder Oesterreich abgeht. Die Amerikaner sind über den Zustand der Wiener Lebensverhältnisse unterrichtet und ein „Komitee der vergessenen Menschlichkeit" hat sich gebildet. Es fehlt nur der nötige Schiffsraum, und Amerika muß sich da an die Abmachungen mit seinen Alliierten halten, ehe es die Hooverschen Fleischfässer und die Zentnerladungen an Mehl und Fett nach Triest übermittelt. Das eine ist sicher: Amerika sendet ausreichende Bedeckungsmannschaft mit den Schiffen und gibt den Auftrag, die Waren bis Wien zu geleiten. Bei dieser Gelegenheit dürfte es interessieren zu erfahren, daß amerikanische Waren schon in Wien eingetroffen sind. Die englische Autokolonne, die Anfang November in Wien eintraf, ließ den amerikanischen und englischen Staatsbürgern, die sich während des Krieges in Wien aufhielten, Lebensmittel zukommen. In der Kiste, für die eine Verpackungsgebühr von 20 K. zu entrichten war, befanden sich mehrere Kilogramm Mehl, Fett, Grieß, Reis und Puddingpulver.

Amerika will auch der Bevölkerung Deutschösterreichs helfen, aber es wartet und wartet. Ob nicht auch da das trübe medizinische Scherzwort zutreffen wird: Operation gelungen, Patient gestorben!?

Neues Wiener Tagblatt
10./XII. 1918

1600

Eine amerikanische Lebensmittelkommission für Europa.

Basel, 9. Dezember. (Privattelegramm.) Der Pariser „Herald" meldet aus New-York: Mit Präsidenten Wilson hat sich, wie jetzt bekannt wird, eine Lebensmittelkommission eingeschifft, die die Versorgung der Mittelmächte mit Lebensmitteln und Rohstoffen übernehmen soll. Ihr gehört eine Anzahl Deutschamerikaner an, die sich bei Kriegsausbruch auf den Boden der Wilsonschen Grundsätze gestellt hatten.

Berner Tand.

10./XII. 1918. 161

Die dritte Belagerung Wiens

Ein Apell an die Kulturvölker

Von Dr. Rudolf Ritter von Schwarz-Hiller,
Gemeinderat und bevollmächtigter Delegierter der Stadt Wien

Bern, den 6. Dez. 1918.

Die Stadt Wien hat in vergangenen Tagen zwei Türkenbelagerungen überstanden, anno 1529 und 1683. In beiden Jahren brach sich Lust und Kraft des Angriffes der zahlreichen und mächtigen Feinde aus dem Osten an der Ausdauer, Zähigkeit und Heldenhaftigkeit der Verteidiger. Und damit war auch der Siegeszug der gefährlichen Feinde aus dem Osten abgeschnitten, und der Westen Europas blieb vor feindlichen Einfällen und deren Schrecken befreit. Wien hat sich damals den Dank Europas für ewige Zeiten verdient.

Heute erduldet Wien seine dritte Belagerung; es ist fast nach allen Seiten abgesperrt, alle Zufuhren sind unterbunden. Die große Stadt ist wieder einmal allein gegen böse Widersacher. Auch diesmal steht es als machtvolles Bollwerk da gegen einen furchtbaren Feind aus dem Osten. Die Belagerer Wiens sind allerdings seine nächsten Nachbarn, und Verbündete und Begünstiger dieser Nachbarn sind alle jene Völker, welche zulassen und ruhig zusehen, wie sich der großen Stadt die würgende Hand der größten Not um den Hals legt. Aber wenn Wien dieser dritten Belagerung unterliegen, wenn die uralte, aus der Römerzeit stammende Stadt im Donautal fallen sollte im harten, schweren Kampfe gegen Mangel und Not, dann sind die Tore Europas weit offen für den tückischen und gefährlichen Feind des Ostens der Neuzeit, der den einstigen türkischen Erbfeind an Grausamkeit und Schrecken weit übertrifft, und kein Volk kann sagen, daß dieser Feind vor seinen Grenzen Halt machen wird. Darum sollte das belagerte Wien entsetzt werden, nicht um seinetwillen allein, um der künftigen Ruhe Europas halber.

Wien besitzt kein Kohlenvorkommen in erreichbarer Nähe, das imstande wäre, die Bedürfnisse einer Menschenanhäufung von 2,300,000 zu befriedigen. Die Kohle, die für Wien in Betracht kommt, lagert in Mährisch-Ostrau, dort allerdings auf den Halden in solchen Mengen, daß sie vor der Gefahr der Selbstentzündung steht. Mährisch-Ostrau liegt aber jetzt im Gebiet des tschechoslowakischen Staates. Kohle wird weiter in Oberschlesien gefördert; die Kohlenzüge aber müssen auf der Reise nach Wien das Gebiet des tschechoslowakischen Gebietes passieren. Kohle ist schließlich im böhmischen Braunkohlen-Revier vorhanden; wiederum Gebiet des tschecho-slowakischen Staates. Mit dem tschecho-slowakischen Staat wird nun seit mehr als vier Wochen wegen der Kohlenlieferungen bzw. wegen des Durchlassens von Kohlenzügen verhandelt. Die letzte Nachricht aus Wien sagt: Die Verhandlungen dauern fort. Da meine Mission rein humanitär und vollkommen unpolitisch ist, kann ich mich mit diesen Verhandlungen, welche am wenigsten die technische und finanzielle Seite der Kohlenfrage behandeln, nicht weiter abgeben. Aber die Kohlenvorräte der großen Stadt gehen mit furchtbarer und unheimlicher Raschheit ihrem Ende entgegen, trotz all der strengen und immer strenger werdenden Sparmaßnahmen, und der Tag rückt näher, an dem Gaswerk und Elektrizitätswerk ihren Betrieb einstellen werden, an dem die Wohnungen der Wärme entbehren werden, an dem die Menschen ihre Speisen, ja nicht einmal Wasser werden wärmen können. Dunkelheit, Kälte und Hunger, das sind die Gaben, welche die so lang ersehnte erste Friedensweihnacht für die Wiener nach 4½jährigen Kriegsleiden aufgespart hat.

Und in der Stadt sind Frauen und Greise, Zehntausende von Kindern und Kranken, und die Stadt muß frieren, hungern und in winterlicher Dunkelheit dahinsiechen, und Spitäler, Wohlfahrtsanstalten und Schulen müssen gesperrt werden, denn Verhandlungen wegen der Kohle und wegen Lebensmittelzufuhr wurden vor Wochen eingeleitet, und sie dauern fort. Aber Wien friert. Und doch wird in Tausenden und Abertausenden von Gotteshäusern auf dieser Erde tausend und abertausendmal der Name Gottes angerufen und seine Barmherzigkeit erbeten. Aber die Verhandlungen mit der Regierung des tschecho-slowakischen Staates dauern fort und wollen kein Ende finden. Und es sollte wirklich keine andere Macht auf Erden erstehen, welche diese Verhandlungen endlich einmal abschließt und welche das Machtwort ausspricht, daß auf die Grausamkeiten und Härten des Krieges nicht noch ärgere im Frieden folgen dürfen? Denn dann wären die Menschen der Segnungen des Friedens nicht würdig, und der Engel der Erlösung aus Not und Pein der letzten Jahre müßte wieder weinend sein Haupt verhüllen.

Wenn die Kohlenvorräte erschöpft sind, dann müssen auch viele tausende gewerbliche und industrielle Betriebe eingestellt werden. Dann wird urplötzlich ein Heer von Arbeitslosen, wir müssen mit mehr als einer halben Million rechnen, auf der Straße stehen. Und wenn sich auch aller Umsturz in Wien bisher in aller Ruhe und Ordnung, ja man könnte fast sagen in Gemütlichkeit vollzogen hat, wenn bisher Wien trotz aller Nöte und Leiden mit lächelndem Heroismus alles Schwere ertragen hat, was ihm die Zeiten aufluden — wenn die Qual zu groß wird, dann wird auch dieses gute Volk dem bösen Versucher aus dem Osten, den Feinden jeder bürgerlichen Ordnung Gehör schenken, dann wird die zweite ungeordnete und ungeregelte Revolution in Wien anheben, deren Verlauf und Ausgang man nur ahnen und fürchten, aber nicht mehr beeinflussen wird können. Dura necessitas wird Zustände schaffen, für die als Devise der Satz des englischen Philosophen Hobbes gelten wird: Homo homini lupus.

Wenn in früheren Jahren irgendwo in der Welt ein Unglück die Menschen traf, so hat die Stadt Wien ihren Zusammenhang, ihr Mitfühlen, sozusagen ihre Mitgliedschaft in der Kulturgemeinschaft aller Menschen stets rasch energisch, hilfsbereit zum Ausdrucke gebracht. Ich erinnere an das Erdbeben in Süditalien und an ähnliche Gelegenheiten. Wir haben niemals gewartet, bis wir gerufen wurden, wir haben stets aus eigenem Antriebe gehandelt, der inneren Stimme des Mitleidens und Mitfühlens gehorchend — wir haben damit den Weltruf vom goldenen Wiener Herz begründet. Heute wenden wir uns an die Kulturvölker der Erde. Wien benötigt Kohle, Fett und Mehl. Unserer Stadt kann leicht geholfen werden, denn der Hilfeleistung stehen besondere technische Schwierigkeiten nicht entgegen, lediglich menschliches Wollen. Die Hilfeleistung darf aber nicht länger mehr verzögert werden. Die Möglichkeit, uns helfen, uns retten zu können, zählt nach Tagen! Sollten alle Leute, die jetzt in ehemaligem Feindesland sitzen, und vor dem Kriege in Scharen unsere Stadt gerne besucht haben, deren Schönheiten, sowie der Schönheiten ihrer Umgebung und der Gastfreundlichkeit ihrer Bewohner vergessen haben? Ich kann es nicht glauben, so wie ich es nicht glauben mag, daß nach diesem Kriege trotz aller Kämpfe und Blutvergießens, trotz aller Siege und Niederlagen, trotz aller Streitigkeiten und Eifersüchteleien zwischen den Nationen nicht als höchste Kategorie über allen Staaten und Völkerschaften auch weiterhin bleiben wird — die Menschheit.

Tägliche Rundschau 10/XII. 1918.

163

* **Die Lebensmittelverordnungen bleiben bestehen.** Auf eine von dem Reichsverband der Obst- und Gemüsehändler gestellte Anfrage, ob nach der Auflösung des Bundesrats die von diesem erlassenen Verordnungen noch Rechtsgültigkeit behalten, hat das Reichsernährungsamt folgenden Bescheid erteilt:

Die Auffassung, daß die von den bisherigen Institutionen des Reichs erlassenen Vorschriften als nicht mehr zu Recht bestehend anzusehen seien, ist nicht zutreffend. Alle ordnungsmäßig erlassenen Gesetze, Verordnungen und Verfügungen der früheren Gewalten bleiben vielmehr so lange in Kraft, bis sie ausdrücklich aufgehoben werden. Da das bezüglich der Verkehrsbeschränkungen im Handel mit Lebensmitteln nicht geschehen ist, sind die Verordnungen also genau so verbindlich für alle Beteiligten wie bisher. Solange nicht eine wesentliche Besserung der allgemeinen Versorgungslage eintritt, kann eine Aenderung hierin auch nicht in Aussicht gestellt werden.

Vossische Zeitung

11/XII. 1918. 162

Ein deutsch-tschechischer Lieferungs-Vertrag.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* Dresden, 11. Dezember.

Zwischen der deutschen und der tschecho-slowakischen Regierung ist eine provisorische Vereinbarung über eine Reihe dringender Fragen getroffen worden, die zunächst bis zum Abschluß des Friedens Geltung haben soll. Die Hauptbestimmungen lauten:

1. Deutschland liefert der tschecho-slowakischen Republik monatlich 10 000 Tonnen Steinkohlen und Koks, wovon mindestens 7500 Tonnen in Steinkohle geliefert werden sollen. Die Regierung der tschecho-slowakischen Republik stellt dafür monatlich 70 000 Tonnen Braunkohle Deutschland zur Verfügung.

2. Die tschecho-slowakische Republik wird die Ausfuhr von monatlich mindestens 50 Tonnen Marmelade und 50 Tonnen Pflaumenmus nach Deutschland gestatten. Soweit zur Ausfuhr verfügbare Mengen getrockneten Obstes vorhanden sind, will die tschecho-slowakische Republik der Ausfuhr nach Deutschland kein Hindernis in den Weg legen.

3. Die Regierung der tschecho-slowakischen Republik wird die Ausfuhr von Kaolin und Graphit nach Deutschland nicht behindern.

4. Desgleichen soll die Ausfuhr von Grubenholz nach Deutschland keinen Einschränkungen unterliegen. Die tschecho-slowakische Regierung wird auch tunlichst große Mengen von Bau- und Nutzholz zur Ausfuhr nach Deutschland zulassen.

5. Die tschecho-slowakische Regierung wird monatlich mindestens 30 Waggons Hartblei zur Ausfuhr nach Deutschland freigeben.

6. Die deutsche Regierung wird die Lieferung und Ausfuhr von Maschinen und Maschinenteilen, sowie Erzeugnisse der elektrischen Industrie freigeben, welche vor dem 18. Mai d. J. bestellt und bezahlt worden sind. Umgekehrt wird die tschecho-slowakische Regierung gegen die deutschen Lieferungsaufträge, die noch nicht erfüllt sind, das gleiche Verhalten beobachten.

7. und 8. Die deutsche Regierung ist bereit, der tschecho-slowakischen Republik tunlichst große Mengen von Chemikalien abzugeben.

9. Unter der Voraussetzung einer wesentlichen Hebung der derzeitigen Kaliproduktion wird die deutsche Regierung bereit sein, der tschecho-slowakischen Republik eine entsprechende Menge von Kali für die Frühjahrsdüngung abzugeben.

10. Die deutsche Regierung sagt eine wohlwollende Prüfung der Frage der Ausfuhr von Karbid, Zink und Aluminium zu.

11. Wegen des Wagenverkehrs vereinbaren die beiden Regierungen, daß bis auf weiteres der Wagenübergang nach beiden Richtungen gleichmäßig sein soll und nähere Vereinbarungen noch zu treffen sind. Die Entschädigung für die Wagenbenutzung erfolgt nach einem weiteren Uebereinkommen.

12. Beide Regierungen sind bereit, in ihrem Gebiete liegende Schiffe des anderen Teiles samt ihren Ladungen freizugeben.

13. Soweit im Gebiete des einen Teiles Waren des andern Teiles beschlagnahmt sind, soll ihre Freigabe unverzüglich erfolgen.

14. Die beiden Regierungen sind einverstanden, daß im Interesse einer baldigen Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs die Einzelheiten für den Güter- und Personenverkehr, einschließlich des Gepäckverkehrs und des Warenüberganges, in unmittelbarer Vereinbarung demnächst geregelt werden soll.

15. Die beiden Regierungen werden dem Grenzübergang und der ungehinderten Beförderung der diplomatischen Kuriere und ihres Gepäcks keine Hindernisse in den Weg legen.

16. Beide Teile erkennen grundsätzlich an, daß die wechselseitige Durchfuhr der in diesem Uebereinkommen erwähnten Waren möglichst wenig gehindert werden soll. Sie werden daher Durchfuhranträge schnellstens wohlwollend prüfen und erledigen. Jedenfalls soll die Durchfuhr von Kohle, Koks und Brennstoffen wechselseitig frei sein.

Neues Wiener Tagblatt
11/XII. 1918

Abend

765

a
11

Eine Hilfsaktion der neutralen Diplomaten.

Konferenz in Prag.

Wie verlautet, haben die diplomatischen Vertreter der neutralen Staaten eine energische Hilfsaktion für Deutschösterreich beschlossen. Der schweizerische Gesandte Dr. Bourcart hatte die Freundlichkeit, einem unsrer Mitarbeiter darüber folgende Mitteilungen zu machen:

Das diplomatische Korps der neutralen Staaten hat beschlossen, meinen Kollegen von der schwedischen Gesandtschaft und mich zu einer Konferenz mit der tschechoslowakischen Regierung nach Prag zu entsenden, und wir werden diese Reise morgen Donnerstag in der Früh antreten.

Der Zweck dieser Aktion ist eine Hilfeleistung zur Linderung der Not im deutschösterreichischen Staate. Wir werden uns bei den Unterhandlungen in Prag auf den humanitären Standpunkt stellen. Es wäre nicht angezeigt, schon heute weitere Argumente vorzubringen, die für die Prager Verhandlungen ins Gewicht fallen.

Die Schweizer Regierung ist auch anderweitig bemüht, den Grundsätzen der Menschlichkeit in der Politik zur Geltung zu verhelfen. Abgesehen von der Hilfeleistung für Tirol und Vorarlberg wird sie auch weiter bestrebt sein, durch ihren diplomatischen Einfluß bei der Entente und den andern Staaten eine Hilfe für Deutschösterreich zu erwirken."

Neues Wiener Tagblatt
11./XII.1918

Die Lebensmittelaushilfe.

Lugano, 10. Dezember. (Privattelegramm.) Die Agenzia America meldet aus Buenos Aires über die argentinischen Lebensmittellieferungen, die argentinische Regierung habe für Wien die Ausfuhr von zehntausend Waggons Weizen und zwanzigtausend Waggons Mais gestattet, die von österreichischen Schiffen, die in Spanien interniert waren, befördert werden sollen. Der vereinbarte Preis ist vorauszuzahlen.

Neues Wiener Tagblatt Abschr.
11./XII. 1918
168

Die Approvisionierung.

Die amerikanischen Lebensmittelversprechungen für die Mittelmächte.

Kopenhagen, 11. Dezember. („Korrespondenz Rundschau.") Die „Times" erfährt aus New-York, daß die amerikanische Regierung eine große Anzahl von Handelsschiffen verschiedener Staaten erworben habe, um möglichst rasch Lebensmittelsendungen für die Mittelmächte abgehen lassen zu können. Die Lebensmittelversorgung Deutschlands und Deutschösterreichs durch die Vereinigten Staaten werde jedoch erst nach den Wahlen in die definitive Konstituante einsetzen. Die Organisation der Lebensmittelhilfe werde vom Staate aus erfolgen, da andernfalls eine gerechte und gründliche Verteilung der Nahrungsmittel nicht gewährleistet erscheine.

Zucker kommt.

Nach fünfwöchiger Unterbrechung sind gestern für Wien die ersten Zuckersendungen aus Böhmen abgegangen. Deutschösterreich ist augenblicklich hinsichtlich der Zuckerversorgung ganz auf Böhmen angewiesen, so daß die Wiener Zuckerzentrale nur noch als Verteilungsstelle fungiert, während die Aufbringung lediglich in dem Monatskontingent besteht, welches der tschecho-slowakische Staat uns zu liefern versprach. Bisher hat aus mehrfachen Gründen keine Lieferung stattgefunden, und so mußte die Wiener Bevölkerung den Zucker entbehren, was ihr unter den herrschenden traurigen Verhältnissen sehr schwer fiel. Die ärgste Not wird nun mit den schon unterwegs befindlichen Lieferungen behoben werden können.

Wie viel Böhmen uns schicken wird, ist noch unbekannt, und es läßt sich auch bei den gegenwärtigen Verkehrsverhältnissen nicht vorhersehen, ob der Zucker zeitlich genug ankommen wird, um noch vor Weihnachten an die Haushaltungen verteilt werden zu können. In keinem Falle kommen diese Zuckersendungen für die Erzeugung von Weihnachtszuckerln in Betracht, doch wird es trotzdem Zuckerln geben. Das Ernährungsamt hat von den für Exportzwecke erzeugten Zuckerln, die allerdings vom Erzeuger weg 16 K. kosten, mehrere Waggons der Gemeinde überlassen, und diese wird sie in der Weihnachtswoche in den Handel bringen. m. h.

Neue Freie Presse Abendbl.
12./XII. 1918

168

Das ausgehungerte Wien.

Die Schritte fremder Diplomaten bei der Entente.

Wien, 12. Dezember.

Die Friedensverhandlungen werden immer weiter hinausgeschoben. Eine Nachricht liegt heute vor, daß der französische Ministerpräsident Clemenceau wieder eine Vertagung bis zum Beginne des nächsten Jahres verlangt habe, bis erkennbar sei, ob sich in Deutschland eine feste Regierungsform herausbilden könne. Gerüchte sind im Umlauf, daß die Entente die Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte in Deutschland verlangen werde. Die Meldung, daß die Einberufung des Reichstages geplant sei, wird als unrichtig bezeichnet. In Trier wird über die Verlängerung des Waffenstillstandes verhandelt. Diese Politik der Entente rückt die Zeit, in der die Völker endlich werden sagen können, daß mit einem der traurigsten Ereignisse der Menschheit im Friedensschlusse abgerechnet worden sei, in die Ferne. Ein so langes Hinausschieben des Friedens nach dem Waffenstillstande ist gegen alle Gepflogenheit, gegen alle Menschlichkeit und auch gegen die Erwartung.

Wien und Deutschösterreich hungern. Sie haben keine Nahrung, auch keine Kohle, und die Not ist so groß, daß die Bäume in den Parks bei Wien, die früher im Besitze des Hofes waren, gefällt werden, um den Armen ein bißchen Holz verschaffen zu können. Auch der Wildstand soll zusammengeschossen werden, der Teich im Lazenburger Schloßgarten wird ausgefischt. Die österreichische Handelsflotte ist gezwungen, für italienische Rechnung zu fahren. Die Entente hat im Waffenstillstande die Möglichkeit vorbehalten, Ausnahmen von der Blockade zu bewilligen. Bisher ist jedoch die Erlaubnis, Schiffe aussenden zu dürfen, damit sie Nahrungsmittel bringen, nicht gegeben worden. Die Entente hat aus den öffentlichen Reden erfahren, daß Wien und Deutschösterreich sich mit Nahrungsmitteln nur bis zum Januar fortschleppen können. Will sie eine Hungerkatastrophe? Wir hören nur immer, daß der amerikanische Nahrungsminister durch persönliche Erkundigungen in Europa sich die genaue Kenntnis der Tatsachen verschaffen will. Aber davon kann niemand satt werden.

Die Verhältnisse in Wien und Deutschösterreich sind ernst. Die Vertreter der neutralen Staaten, die während des Krieges hier gelebt haben und die unbefangensten Zeugen des Notstandes sind, wollen in Spaa durch eine von ihnen zu entsendende Abordnung der Entente mitteilen, in welcher Lage unsere Bevölkerung sei, damit die Hilfe bewilligt und beschleunigt werde. Wir sind Gegenstand des Mitleids geworden. Ein verlorener Krieg ist wohl das schrecklichste Unglück, das einem Volke zustoßen kann.

VOSSISCHE ZEITUNG

12/XII. 1918.

Vorläufig kein freier Handel.

Eine Erklärung des Reichsernährungsamtes.

W. T. B. teilt mit: Von vielen Seiten wird an das Reichsernährungsamt mit dem Wunsche herangetreten, alsbald für die Einfuhr aus dem Auslande den freien Handel wieder einzusetzen und die Z. E. G. aufzuheben.

Das Reichsernährungsamt muß unter den gegenwärtigen Verhältnissen erst recht an der straffen Zentralisation der Einfuhr festhalten. Das Verbot der Ausfuhr aus den neutralen Staaten ist noch nicht beseitigt, nur bestimmte Kontingente sind zur Ausfuhr freigegeben, jede Ausfuhr, die außerhalb des Kontingents erfolgt, wird, sobald sie zur Kenntnis der neutralen Regierungen gelangt, auf das deutsche Kontingent angerechnet. Die Preisgestaltung in den neutralen Ländern ist noch derart, daß sie nicht dem freien Handel überlassen werden kann, weil die Preise alsdann für Deutschland infolge seines ungeheuren Bedarfs eine unerträgliche Höhe erreichen würden. Die mit dem freien Handel einsetzende Preistreiberei steigert auch für die Bevölkerung der Ausfuhrländer die Lebensmittelpreise ins Unerträgliche. Dies war hauptsächlich der Grund, aus welchem die neutralen Staaten selbst die Zentralisation der Einfuhr nach Deutschland verlangt haben und auch jetzt noch daran festhalten.

Was die Zentralisation der Einfuhr während des Krieges geleistet hat, zeigen folgende Zahlen:

Die gesamte Friedenseinfuhr nach Deutschland betrug im Jahre 1913 an Fleisch 110 000 Tonnen, an Butter 54 000 Tonnen, an Käse 24 000 Tonnen.

Der zentralisierten Einfuhr ist es gelungen, im Jahre 1916 eine Fleischeinfuhr von 185 000 Tonnen, eine Buttereinfuhr von 51 000 Tonnen und 1917 eine Käseeinfuhr von 27 000 Tonnen zu erreichen.

Im übrigen ist das Reichsernährungsamt bereits damit beschäftigt, die Organisation der Zentral-Einkaufsgesellschaft der neuen Entwicklung der Verhältnisse anzupassen.

13./XII. 1918

172

Die Ernährungsfrage.

Spitalbesuch der Schweizer Mission.

Prof. Dr. Ferrière, der Vizepräsident des Internationalen Komitees in Genf, und sein Neffe, die auf Bitte des deutschösterreichischen Roten Kreuzes nach Wien gekommen sind, haben die letzten Tage mit allem Eifer benützt, um aus eigener Anschauung die Ernährungsverhältnisse kennenzulernen, die in unseren Spitälern und in der Bevölkerung im allgemeinen herrschen. Die Herren besuchten unter anderem das Kriegsspital am Flötzersteig, das gegenwärtig mit 1700 Tuberkulösen belegt ist, die unter dem Nahrungsmangel schwer zu leiden haben. Aehnliche Erfahrungen machten die Besucher in den Landesanstalten Am Steinhof, wo der Referent, Landesrat Volkert, auf die traurige Lage hinwies, die hier nicht nur durch den Nahrungsmangel, sondern auch durch den Kohlenmangel hervorgerufen worden sei. Wenn sich die Zufuhren nicht bald bessern, wird die Beheizung der Anstalt binnen kurzer Zeit ganz eingestellt werden müssen. Prof. Ferrière und sein Neffe fuhren an einem der letzten Tage auch nach Favoriten, um zunächst den Markt auf dem Eugenplatz zu besichtigen. Er bot das der Wiener Bevölkerung aus der Kriegszeit bekannte traurige Bild. Zu kaufen war nichts als Halmrüben und rote Rüben sowie Kraut. An einem Stand wurden kleine Kohlköpfe zu einer Krone das Stück abgegeben. Um sie zu erlangen, waren Hunderte von Personen angestellt. Minderwertige, nasse, zum Teil angefaulte Aepfel um K. 5.68 das Kilogramm fanden ebenfalls reißenden Absatz. Die Marktbesucherinnen umringten schließlich Prof. Ferrière und seine Begleitung, öffneten die Körbe, um den Herren zu zeigen, was sie nach stundenlangem Warten ihren Kindern nach Hause bringen, und beschworen die Delegierten des Roten Kreuzes, möglichst bald Hilfe zu bringen. Diese Szenen übten auf die Herren aus der Schweiz tiefen Eindruck. Prof. Ferrière besichtigte ferner die Kriegsküche in der Quellenstraße und wohnte auch einer Ausspeisung bedürftiger Schulkinder in der Anstalt in der genannten Straße bei. Die Kleinen erhielten im ganzen je 0·3 Liter Suppe. Prof. Ferrière war ergriffen, als er sah, wie schlecht genährt viele Kinder aussahen.

Die Fischversorgung Wiens.

Die Genossenschaft der Fischhändler in Wien hat sich an den tschechischen Nationalrat in Prag mit einer Eingabe gewendet, in der um Freigebung der in Böhmen und Mähren zurückbleibenden, dort dem Verderben ausgesetzten Fischmengen für die Approvisionierung Wiens gebeten wird.

Vossische Zeitung

14./XII. 1918. 173

Die Versorgung mit Lebensmitteln.

Die Klauseln, welche die Verlängerung des Vertrages bis zum Abschluß des Präliminarfriedens sowie die vorherige Anzeige vor Besetzung der neutralen Zone vom Kölner Brückenkopf bis zur holländischen Grenze betreffen, wurden auf Vorschlag des Staatssekretärs Erzberger in das Abkommen aufgenommen.

Zu Beginn der Sitzung teilte Marschall Foch im Namen des amerikanischen Lebensmittelkontrolleurs Hoover mit, daß die in Deutschland liegenden 2,5 Millionen Tonnen Schiffsraum unter Kontrolle der Alliierten zur Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln zur Verfügung gestellt werden müssen.

Zu der Erklärung des Ausdruckes „Kontrolle der Alliierten" in dem Sinne, daß hierbei die Schiffe selbstverständlich deutsches Eigentum verbleiben und mit deutschen Besatzungen versehen werden könnten, antwortete Marschall Foch im Prinzip zustimmend. Aus den weiteren Bestimmungen ging sodann hervor, daß diese Versorgung mit Lebensmitteln von zwei Kommissionen geregelt werden wird. Die eine, welche Lebensmittel ankauft, hat ihren Sitz in Paris, während die mit der Verteilung und dem Transport beauftragte Kommission ihren Sitz in London hat. Staatssekretär Erzberger erklärte sich mit dieser Regelung des Transportes und der Benutzung des deutschen Schiffsraums einverstanden, und Marschall Foch sagte zu, dieses Einverständnis dem Lebensmittelkontrolleur Hoover zu übermitteln, damit die Verhandlungen zwischen den Schiffahrtssachverständigen und dem Ausschuß, der deutscherseits für die Einführung von Lebensmitteln eingesetzt ist, alsbald aufgenommen werden können. Diese Verhandlungen werden nicht in Spaa stattfinden.

Aus der Debatte ist weiter hervorzuheben, daß die Abgabe des Verkehrsmaterials auf Grund der deutschen Vorschläge vor sich gehen würde, und zwar in der Weise, daß bis zum 18. Januar 1919 die auszuliefernden 5000 Lokomotiven, 150 000 Eisenbahnwagen und 5000 Lastkraftwagen übergeben sein werden. Der deutsche, nach langen Verhandlungen angenommene Vorschlag sieht im einzelnen vor, daß während der ersten zehn Tage vom 18. Dezember an täglich 110 Lokomotiven und 2400 Wagen, sodann während der übrigen 20 Tage je 150 Lokomotiven und 3200 Wagen abgeliefert werden. Der französische Vorschlag auf Ablieferung in kürzerer Frist drang nicht durch. Insbesondere gelang es auch, die von französischer Seite vorgeschlagenen Strafvorschriften im Falle der Ablieferung von Material, dessen Zustand für nicht genügend erklärt wird, zu mildern.

Von englischer Seite wurde verlangt, daß das Linienschiff „Baden" an Stelle des Panzerkreuzers „Mackensen" abgeliefert werde, der nicht schießbereit ist. Letztere Tatsache war bereits am 11. November im Walde von Compiègne mitgeteilt worden, worauf von englischer Seite keine neue Forderung gestellt worden war. Staatssekretär Erzberger bezeichnete diese jetzt vorgebrachte Forderung als einen Akt der Willkür und legte Protest ein. Die Engländer haben ihre Forderung nicht zurückgezogen. Ein Vorschlag des Staatssekretärs Erzberger betreffend die in Ostafrika befindlichen Kolonialgefangenen wird von Marschall Foch geprüft. Die Antwort ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

Marschall Foch verläßt Trier heute nachmittag um 2 Uhr. Die aus Spaa zu den Verhandlungen eingetroffenen Mitglieder der Waffenstillstandskommission treten zu derselben Zeit die Rückreise an, und die von Berlin gekommenen Delegierten werden heute abend über Kassel—Wilhelmshöhe dorthin zurückkehren.

Deutsche Waffenstillstandskommission.

Staatssekretär Erzberger.

Neues Wiener Tagblatt
14./XII. 1918

Die Wiener Eindrücke Professor Dr. Ferrières.

Heute morgen verläßt der Delegierte des internationalen Komitees des Roten Kreuzes Professor Dr. Ferrière Wien, um sich nach Genf zurückzubegeben, woselbst er einen eingehenden Bericht über seine Wiener Eindrücke abzustatten gedenkt. Einem Redakteur unsres Blattes gegenüber, der gestern Professor Ferrière besuchte, machte der Schweizer Delegierte einige Mitteilungen, die wir hier wiedergeben wollen:

„Ich muß gestehen — so sagte Professor Ferrière — so arg habe ich es mir nicht vorgestellt. Es ist geradezu jammervoll. Ich war in den Volksküchen, war in den Vororten, auf den Märkten, und habe stundenlang die Bevölkerung beobachtet. Der stärkste Eindruck, den ich dabei gewonnen habe, ist der, daß es kaum in einem andern Lande eine gleich gutmütige, liebenswürdige und geduldige Bevölkerung gibt wie bei Ihnen. Ich habe lange Reihen von Frauen gesehen, die stunden- und stundenlang, oft vom späten Abend bis zum frühen Morgen, mit unendlicher Geduld auf irgendeine geringfügige Menge von Nahrungsmitteln warteten und die nie sicher waren, ob das Ende der Wartezeit durch einen Erfolg belohnt werden würde. Nie kam es zu den geringsten Ausschreitungen und ich hörte auch keine Drohungen.

Einmal sah ich auf einem Markte, wo nur arme Leute einkaufen, bei einem Gemüsehändler eine lange Reihe von angestellten Leuten. Gleich nebenan war eine Fleischhackerbude, und ganz vorn auf dem Ladentisch lagen kleine Stückchen Fleisch. Ich dachte, daß eine der armen Frauen den Versuch machen würde, sich auf unrechtmäßige Weise ein Stück Fleisch anzueignen, wie es gewiß anderswo in manchen Städten geschehen wäre. Aber die Leute sind so von Rechtlichkeitsgefühl durchdrungen, daß ihnen ein solcher Gedanke nie in den Sinn zu kommen scheint.

Ich persönlich bin natürlich davon überzeugt, daß rasche Hilfe für Wien not tut. Hier heißt es wirklich: wer schnell gibt, gibt doppelt. Ich glaube auch, daß das erste Schiff, das nach Triest kommt, schon etwas bedeutet; es wird jedenfalls in den Lebensmittelpreisen einen Preissturz hervorrufen. Man hat mir gesagt, daß es möglich wäre, daß die Züge mit den Nahrungsmitteln gestürmt oder geplündert würden. Aber ich halte so etwas nach meinen Beobachtungen für gänzlich ausgeschlossen.

Trotz der außerordentlichen Erschütterung, die Sie in den letzten Wochen durchgemacht haben, ist es doch bei Ihnen so ruhig wie im Frieden. Ich habe ja häufiger in Wien geweilt, kenne die Stadt sehr gut und habe mich hier immer sehr wohl gefühlt. Der Wiener hat in seinem Wesen viel mit dem Franzosen gemein, und er ist von einer large Auffassung im internationalen Sinne. Er läßt auch eine andre Meinung gelten, was man keineswegs von allen andern Nationen sagen kann, die oft starr auf dem einmal vorgefaßten Standpunkte stehen. Das ist es auch, was meine Mission so schwer macht. Dazu kommt, daß das allgemeine Niveau des Mitleids in den letzten Jahren so gesunken ist, daß man oft glaubt, an der Menschheit verzweifeln zu müssen. Meine Aufgabe ist natürlich nicht die Politik, aber ich weiß, daß man im Ausland, wo man Ihre Leiden allerdings nur oberflächlich kennt, sagt: „Warum sind die Oesterreicher mit den Deutschen gegangen? Warum haben sie keinen Separatfrieden gemacht? Warum haben sie dies oder jenes getan oder unterlassen?" Es wird eben alles durch die politische Brille betrachtet, sonst könnten Sie in Wien sicher sein, daß so manches anders wäre!

Ich reise in meine Heimat zurück mit den trüben Bildern, die ich in Ihrer einst so glücklichen Stadt gewonnen habe. Ich hoffe, daß meine Schilderungen an dem geeigneten Ort Beachtung und meine schwache Stimme Gehör finden wird."

Reichspost Abendblatt 14./XII. 1918 775 a 14

Ein Schweizer Hilfsantrag für Wien.

Bern, 13. Dezember.

Im Nationalrat stellten Jäger und Mitunterzeichner den Antrag, der Bundesrat möge Vorkehrungen treffen, um dem Hungerelend in Wien durch direkte Zusendung von Lebensmitteln aus der Schweiz und Anrufung der Hilfe der Entente und Amerikas Einhalt zu tun. Der Antrag wird in der Montagssitzung verhandelt werden.

Wie Berlin während der Revolution lebt.

Berlin, 8. Dezember.

Die schwerste Belastungsprobe, die Berlins Lebensmittelversorgung zu bestehen hatte, ist bewunderungswürdig geglückt. Weder hat die Revolution noch das Zurückfluten von Teilen einer Millionen-Armee bis nun eine Lebensmittelkrise geschaffen. Mit Ausnahme der Milchversorgung für Kinder und Kranke, die einige Tage stockte, arbeitet der ganze komplizierte Ernährungsdienst genau so präzis unter der neuen wie unter der alten Regierung. Meist sind ja die ehemaligen Behörden und Leiter der Ernährungsressorts an ihrer Stelle geblieben und arbeiten vereint mit der neuen Regierung. Das Brotquantum, das ab 1. Oktober inklusive zehn Prozent Kartoffelstreckungsmittel um 220 Gramm erhöht wurde, wird neuerdings ab 2. d. auf 2350 Gramm wöchentlich festgesetzt. Die Qualität des Brotes ist gut und nahrhaft.

Der freie Handel in Getreide strebt seine Beteiligung an der Getreide-Einfuhr schon für die Uebergangszeit an. Doch ist die Stellungnahme der Regierung zu dieser Frage noch nicht spruchreif; ebenso die Frage, ob Amerika das Getreide en bloc der Regierung überlassen wird oder einzelnen Importfirmen.

In den fleischlosen Wochen wurden 250 Gramm Weizenmehl pro Kopf als Fleischersatz verteilt.

Manche deutsche Staaten, wie Bayern und Württemberg, planen zwecks Bekämpfung des Viehschleichhandels die Anlage von Viehkatastern.

Sehr knapp war nach wie vor die Versorgung mit Wild, etwas reichlicher jene in Fischen.

Die Geflügelpreise ziehen weiter an, so daß die Versorgung mit diesem Artikel für den Mittelstand kaum in Betracht kommt.

Die Eierpreise wurden erhöht, doch bot dies nicht den Anreiz zur besseren Beschickung des Marktes; der Schleichhandel darin zahlt eben noch bedeutend höhere Preise.

Das Obst ist fast ganz vom Markt verschwunden; sporadisch tauchen minderwertige Sorten als Edelobst deklariert zu Wucherpreisen auf. Den Rest hat die Reichsstelle für Gemüse und Obst beschlagnahmt und an die Marmeladenfabriken weiter geleitet; ab da gelangt es via Kommunalverband zu mäßigen Preisen an die Verbraucher.

Die Auspizien für die Winterkartoffelversorgung lauten weniger günstig als anfangs erwartet wurde. Die Ernte war ungünstig durch naßkaltes Wetter beeinflußt, stellenweise gab es Transportstockungen. Auch die Kriegsgefangenen streikten am Schluß bei der Arbeit, so daß viele Zentner Kartoffeln zugrunde gehen mußten. Immerhin ist aber das Wochenquantum von sieben Pfund bis nun stets eingehalten worden, und frische sowie Trockenkartoffeln stehen einstweilen zur Brotstreckung zur Verfügung. Allerdings wurde die Kartoffelverarbeitung zu gewerblichen Zwecken, hauptsächlich die Spiritus- und Alkoholerzeugung, neuerdings energisch und streng eingeschränkt. Selbstverständlich tritt auch das Kartoffelverfütterungsverbot noch rigoroser gefordert wieder in Kraft.

Ausgezeichnet funktioniert die Gemüseversorgung; große Mengen davon standen bisnun zu billigen Preisen den Verbrauchern zur Verfügung. Lieferungsverträge, reichliche Stickstoff- und andere Düngung sowie die schon im Frieden angebahnte Selbstversorgung Berlins durch seine Rieselfelder haben Anteil an diesem günstigen Ergebnis. Durch die Eigenproduktion Berlins kann der Gemüsemarkt auch preisbildend beeinflußt werden.

Die erwartete Zuckerpreissteigerung ist eingetreten und laut untenstehender Tabelle ersichtlich.

Rohzucker, 50 Kilogramm ohne Sack, frei Magdeburg.

Lieferung bis 31. Dez 1918	Gemahlene Melis
1914/15 . . . M. 9.50	M. 19.50
1915/16 . . . „ 12.—	„ 22.60
1916/17 . . . „ 15.—	„ 26.—
1917/18 . . . „ 23.—	„ 36.—
1918/19 . . . „ 27.50	„ 42.30

Lieferungen nach dem 31. Dezember erhöhen sich ab Ersten jeden Monats für Rohzucker um 20 Pfennig, für Melis um 30 Pfennig.

Die diesjährige Zuckerernte ist gegen das Vorjahr geringer ausgefallen. Gewerbliche Verarbeitung von Zucker zu Süßigkeiten ist nur gestattet, wenn der Zucker durch die Reichszuckerstelle an den Kommunalverband oder eine andere Wirtschaftsstelle angewiesen wird.

Sichtbarer Weltvorrat an Zucker 1,306.000 (gegen das Vorjahr 1,494.000).

In Java lagern gegenwärtig mehr als 24 Millionen Zentner Zucker. Hingegen ist der diesjährige Zuckerrübenertrag Amerikas überschätzt worden und die Produktion darin gegen das Vorjahr zurückgegangen.

Zwecks Kaffee-Einfuhr fand in Hamburg im Beisein eines Vertreters des Reichswirtschaftsamtes Ende Oktober eine gründende Versammlung statt. Der Verein ist Selbstverwaltungskörper und die Wirtschaftsstelle für den Kaffeeimport der Uebergangszeit (Bundesratsverordnung vom 2. September 1918 über Kolonialwaren).

Mitglied des Vereins kann jeder werden, der vor dem 1. August 1914 mit Kaffee gehandelt hat.

Nachstehend die festgesetzten Lebensmittelpreise in der Zeit von Ende September bis Ende November 1918.

Grünkohl	pro Pfd.	25 bis 30	Pfg.
Spinat	„ „	35 „ 50	„
Kraut	„ „	10 „ 15	„
Gelbe Rüben und Karotten	„ „	14 „ 25	„
Rote Rüben	„ „	17 „ 28	„
Kartoffel	„ „	10 „ 15	„
„ Sept.-Preis	„ Zentner	M. 6.75	
Wirsingkohl	„ Pfd.	20 „ 50	Pfg.
Kohlrabi	„ „	9 „ 14	„
„ Sept.-Okt.	„ „	12 „ 35	„
Tellower Rübchen	„ „	65 „ 75	„
Radieschen	„ Bund	10 „ 25	„
Eier	„ Stück	61	Pfennig
Butter	20 Gramm	24	„
Margarine	50 „	28	„
Mehl (Roggenmehl)	pro Pfd.	28	„
Weizenmehl i. Schleichhandel	„ „	2 bis 3	Mark
Kunsthonig	„ „	75	Pfennig
Haferflocken	„ „	62 bis 82	Pfg.
Milch	„ Liter	48	Pfennig
Zucker ab 1. Nov.	„ Pfd.	52 bis 54	Pfg.
Fleisch im Durchschnitt mit der Zuwage	„ „	M. 2.20	
Kaffee-Ersatz	„ „	„ 1.12	
Geflügel	„ „	9 bis 12	Mark
Hafermehl	„ „	88	Pfennig
Teigwaren	„ „	66 bis 90	Pfg.

F. B.

Die Zeit 15./III. 1919

Neues Wiener Tagblatt

16./XII. 1918

178

Hilfe für Wien aus der Schweiz.

Von unserm Berner Korrespondenten.

Bern, 15. Dezember.

Im Schweizer Nationalrat brachte, wie gemeldet, der freisinnige Abgeordnete für Baden im Aargau Jäger einen Antrag ein, der Montag verhandelt wird, daß Wien durch die Schweiz mit Lebensmitteln unterstützt werde.

In einer Unterredung über die Motive seines Antrages erklärte Jäger Ihrem Korrespondenten: „Ich bin ein alter Bewunderer der hohen Kultur Wiens, seiner Fröhlichkeit und Liebenswürdigkeit, die nicht zugrunde gehen dürfen. Die Klagen, die aus Wien kommen, veranlaßten mich, für die bedrängte Stadt nicht nur mit Worten, sondern durch die Tat einzutreten, auch schon deshalb, um meiner Dankbarkeit für das Entgegenkommen Ausdruck zu geben, das mein Sohn fand, der als Attaché der Schweizer Gesandtschaft in Wien glückliche Jahre verlebte. Mein Antrag, Wiens Not abzuhelfen, fand erfreuliche Unterstützung durch sämtliche Parteien. Konservative, Demokraten, Liberale, das Zentrum, Sozialisten und Sozialpolitiker gehören zu den Unterzeichnern, und auch Franzosen findet man unter den sechzig Antragstellern. Wir beabsichtigen vor allem, der Kindersterblichkeit in Wien zu steuern, indem der Bundesrat die Ausfuhr von kondensierter Milch und Kindermehl gestattet. Soweit es unsre Ernährungsverhältnisse gestatten, hoffe ich, daß die Chefs der maßgebenden Departements die Zustimmung zu meinem Antrag geben werden."

Abend 17/12 918.

Preisprüfungsstelle und Sachverständige

Die Preisprüfungsstelle Groß-Berlin hat am 12. November 1918 ein Rundschreiben an die ihr angehörigen gerichtlichen Sachverständigen gerichtet, das zu lebhaften Bedenken Anlaß gibt. Veranlassung ist offenbar die Tatsache, daß solche Sachverständige sich bei ihrer mündlichen Vernehmung in der Hauptverhandlung wiederholt in Gegensatz zu dem schriftlichen Gutachten des Fachausschusses gesetzt haben. Diese schriftlichen Gutachten sind, wie dem Rundschreiben zu entnehmen ist, in der Regel nicht in einer Sitzung des Fachausschusses beraten, aber auf Grund der von ihm festgelegten Grundsätze erstattet und von dem Vorsitzenden, dem volkswirtschaftlichen Assistenten und dem technischen Dezernenten gezeichnet. Soweit nun das Rundschreiben den gerichtlichen Sachverständigen nahelegt, vor der Erstattung ihres Gutachtens von dem des Fachausschusses Kenntnis zu nehmen, ist dagegen nichts zu erinnern. Die Grenze des Zulässigen aber überschreitet das an ihn gerichtete Ansinnen, in den Fällen, in denen er nach seiner Ueberzeugung von diesem Gutachten abweicht, „dies umgehend den Fachausschuß wissen zu lassen, damit dieser in der Lage ist, noch rechtzeitig dem Gericht einen anderen Sachverständigen zu benennen oder ein etwa obwaltendes Mißverständnis zu beseitigen". Der Sachverständige soll hiernach dafür sorgen, daß seine „nach bestem Wissen und Gewissen" kundgegebene Ueberzeugung hinter der abweichenden des Vorsitzenden des Fachausschusses und seines Assistenten zurücktritt. Irreführend ist auch die Anweisung: „Vor Gericht ist gemäß § 255 Abs. 2 Strafproz.-O. die Auffassung des Fachausschusses als die einer kollegialen Fachbehörde zum Ausdruck zu bringen." Denn diese Vorschrift besagt lediglich, daß das Gericht die Behörde ersuchen kann, eines ihrer Mitglieder mit der Vertretung des Gutachtens in der Hauptverhandlung zu beauftragen. Danach ist es also lediglich Sache des Fachausschusses, für die Vertretung des in seinem Gutachten eingenommenen Standpunktes zu sorgen. Ebensowenig kann man es billigen, daß dem Sachverständigen zugemutet wird, eine Vertagung der Hauptverhandlung zu beantragen, wenn sich in dieser neue Umstände ergeben, die „eine von dem schriftlichen Gutachten abweichende Beurteilung nahelegen", damit der Fachausschuß erneut Stellung nehmen kann. Das mag man doch der an einer solchen Vertagung interessierten Partei überlassen.

In dem ganzen Rundschreiben kommt eine bedauerliche Unterschätzung der Stellung des gerichtlichen Sachverständigen und eine allzu große Besorgtheit, das „Ansehen der Preisprüfungsstellen bei dem Gericht" zu wahren, zum Ausdruck. Dies Ansehen kann durch derartige Rundschreiben nur vermindert werden.

E. E.

Berner Bund

18./XII. 1918. 181

wird.

Die Lage in Wien und Umgebung ist verzweifelt

Genf, 17. d. Das „Journal de Genève" schreibt: Dr. Ferrière, Mitglied des internationalen Roten Kreuzes, ist soeben aus Oesterreich zurückgekehrt, wo er Gelegenheit hatte, im Verkehr mit den Behörden und mit den Vertretern aller Bevölkerungsklassen, sich über die gegenwärtige Lage genau zu informieren. Er erklärt, daß die Situation in Wien und der Umgebung äußerst verzweifelt sei. Als Arzt äußerte er sich, daß die gegenwärtige Lebensmittelration zur Hälfte unter der ärztlich berechneten Minimalration stehe. Man verteile nebst einigen Kleinigkeiten täglich nur 125 Gramm Brot pro Kopf, und auf dem Markt finde man nur ein wenig Kohl und Runkelrüben, über die man sich mit Gold streite und auch diese Lebensmittel dauern nur bis Neujahr. Die Moral sei schon jetzt schwer erschüttert, obschon der Wiener sehr geduldig ist, und wenn der Bevölkerung nicht geholfen werde, falle sie ganz der Verzweiflung anheim. Der Sieg der bolschewistischen Elemente würde unvermeidlich sein, und Wien müßte das Schicksal von Petersburg teilen. Die provisorische Regierung hat keine Mittel, um die Unordnung und die Meutereien zu unterdrücken. Es gibt keine Polizei mehr, und nur die roten Garden sind organisiert und bewaffnet. Unaufhörlich strömen ihnen von den aus dem Felde heimkehrenden Soldaten neue Mitglieder zu, die bei der Rückkehr aus schweren Schlachten weder Arbeit noch Nahrung finden. Herr Ferrière besteht darauf, Wien und seine Umgebung in der allernächsten Zeit mit Lebensmitteln zu versehen. Die Entente und die Vereinigten Staaten müssen die Rettung eines dem Untergang nahestehenden Volkes nicht nur aus Menschlichkeit unternehmen, sondern im Interesse von ganz Europa, um einen bolschewistischen Sieg zu verhindern, der sich sonst auch auf andere Länder ausdehnen könnte.

Ostdeutsche Rundschau
18/XII. 1918
182

Eine wirkliche Hilfe für den Alpenbauern.

Von **Max Grießmayr.**

Zu Beginn des Weltkrieges, als die Wogen der Begeisterung sehr hoch gingen, war man sehr altruistisch gesinnt. Jedem, der Hilfe brauchte, sollte beigesprungen werden. Auch dem Landmanne sollte geholfen werden. Scharen von Städtern wollten sich über das Land ergießen und helfend den Landleuten beistehen. Wer die bäuerlichen Verhältnisse etwas näher kannte, stand wohl ziemlich skeptisch diesem wohlgemeinten Unternehmen gegenüber. Abgesehen davon, daß bei vielen Helfern die Begeisterung nur ein Strohfeuer war, wurden die Kräfte für ein solches Unternehmen sehr unrichtig eingeschätzt. Zugegeben, daß auf großen Gütern auf dem flachen Lande so viele Handlangerarbeit zu leisten ist, die auch von nicht gelernten Bauersleuten geschafft werden kann, so daß dort solche ungelernte freiwillige Helfer verwendet werden könnten, im kleinbäuerlichen Besitze, besonders im Gebirge, ist die Hilfe solcher Ungelernter ausgeschlossen. Dort gibt es keine weitgehende Teilung der Arbeit; jeder hat fürs Ganze einzustehen und das kann nur der dabei aufgewachsene. Der kleine Bergbauer hätte für eine recht zweifelhafte Hilfe einen Esser mehr an seinem knappen Tische und müßte vielleicht noch die Haftpflicht für gar nicht ausbleibende Verletzungen des ungelernten Helfers übernehmen. Die ganze Unternehmung verlief auch im Sande.

Und dennoch hätte es auch für den Alpbauern eine wertvolle Hilfe gegeben, wenn nur die Sache **richtig** angepackt worden wäre. Die Möglichkeit einer solchen Hilfe fiel mir jedesmal bei, wenn ich während der Kriegszeit durch die Straßen der Stadt einen Trupp älterer Leute in Uniform schlendern sah, zu Zehnen oder Zwölfen ein Wägelchen fortbewegend, das ein halbwüchsiger Bursche bewältigen konnte. Es waren Trupps sogenannter Mindertauglicher, mit denen man nichts anzufangen wußte, die man aber eigensinnig beim Militär festhielt, trotzdem sie zu Hause gute Dienste leisten konnten. Unter den Vergeudungen, deren sich die verflossene Heeresleitung schuldig gemacht, ist eine der schwersten, eine solche Vergeudung an Volkskraft, die durch Erziehung zur Arbeitsscheu auch noch länger verderblich fortwirken wird.

Solche Leute hätte man, wenn man sie schon nicht nach Hause ließ, dem Alpbauern nutzbringend zur Arbeit auf der Alm überlassen können. Nicht zur Arbeit des Sennen, denn die erfordert tüchtig geschulte Kräfte, sondern zum Putzen der Alm, zur Säuberung derselben.

Das Leben auf der Alm ist durchaus keine Idylle, wie sie in der Vorstellung so vieler Leute lebt, nach deren naiven Vorstellung eine üppige Sennin in silberverschnürtem Mieder dem sanftblickenden Vieh das duftende Futter hinreicht, um gleich darauf, womöglich unter beständigem Jodeln und unter Zitherklängen, den Kühen am andern Ende die süße Milch zu entnehmen, die sich dann ohne weiteres in die köstliche Butter und den schmackhaften Käse verwandelt. Nirgends ist die Wirklichkeit so weit von der Poesie entfernt, als auf der Alm. Das Leben und die Arbeit auf derselben ist hart, rauh, anstrengend; so hart und anstrengend, daß der Bauer nur sehr schwer Leute für diese Arbeit findet. Darum kann ich mich auch nicht sonderlich für das Schlagwort: Rückgabe der Jagdgebiete an die Viehnützung erwärmen, denn die Rückgabe nützte dem Bauer gar nichts, ohne gleichzeitige Zuweisung von Arbeitskräften, um die Gebiete zu betreiben, da er gegenwärtig kaum den bestehenden Betrieb bestreiten kann.

Außer Viehzucht und Milchwirtschaft fordert aber die Säuberung der Alm Arbeitskräfte, zu welchen man eben jene vorerwähnten, nichtgeschulten Leute heranziehen könnte. Der Grasboden der Alm ist durchaus kein unveränderlicher: ohne Pflege verwildert er. Die Alm wächst dann zu. Bei meinen Wanderungen in den Lauerntälern im letzten Kriegssommer nahm ich mit Schrecken wahr, wie sehr dieses Zuwachsen während des Krieges um sich gegriffen hat. Aus den Schluchten von allen Seiten her, von dem Gerölle oberhalb kriecht er heran, der wilde Pflanzenwuchs, und überwuchert die Grasnarbe. Die Hauptfeinde des Grases sind der Wacholder, die Latsche (Legföhre), die Alpenerle, der Senditen (das Heidekraut) und die Alpenrose (in manchen Gegenden weniger poetisch als wahr „Schinderlatschen" genannt, und nur wer das Glück hatte, einen größeren Fleck mit Alpenrosensträuchern ausroden zu müssen versteht die Richtigkeit dieses Ausdruckes.) Diese Feinde des Grasbodens müssen mit scharfer, eiserner Faust ausgerodet, zum Verschwinden gebracht werden, weshalb diese Arbeit „Schwenden" genannt wird.

Als Schwender wären diese militärischen Müßiggänger sehr verwendbar gewesen und auch jetzt noch, da die heimgekehrt sind, gäbe es in den Städten noch eine Menge arbeitsloser Leute, die im Sommer zu dieser Arbeit, die keine Fachkenntnis erfordert, angehalten werden könnten. Trüge der Staat den Lohn und die Reisespesen, würde der Bauer wohl für die Kost aufkommen.

Es wäre nun die Frage: Hat der Staat Vorteil von solcher Arbeit, um die Kosten zu rechtfertigen? Ich glaube, der Staat hat Vorteil davon. Er prüfe nur seine Handelsbilanz. Unter den wenigen Aktivposten, mit denen Deutschösterreich wird rechnen können, steht die **Viehzucht** obenan. Und durch Säuberung der Alpen, womöglich Vergrößerung derselben, wäre eine 50prozentige Erhöhung des Viehstandes möglich und was eine solche Erhöhung der Zahl des Viehstandes, vorzügich an trefflichem Zuchtvieh, für unsere Bilanz bedeutet, wird sich wohl jeder zurechtlegen können.

Die **Vergrößerung der Almflächen** erlaubte dann auch noch, die besser gelegenen Teile der Almen als Mahder zu benützen, die auch **Winterfutter** liefern. Die Alpe Mitterberg im Pongau hat ein Mahd, das in guten Jahren, wenn ich nicht irre, gegen 1400 Meterzentner erstklassigen Bergheues liefert. Welche Vorteile für ein ständige Viehzucht!

Nebst der Säuberung der Alpe wären noch Wegbauten vorzunehmen, Berieslungen der Grasflächen, besonders der Mahder mit Wasser oder sehr dünnflüssiger Jauche einzuleiten. Also Arbeiten die Hülle und Fülle!

Auch Erfreuliches sah ich auf meinen Wanderungen. Dazu zählt die starke Zunahme der **Kleintierzucht** (Schafe und Ziegen) und in den Tälern der bedeutend vermehrte Anbau der Faserpflanzen (**Flachs** und **Hanf**). Was die frühere Ackerbaubehörde mit ihren Subventionen und sonstigen Bestrebungen in 40 Jahren nicht zuwege brachte, brachten Not und Vorteil in wenigen Jahren zustande! Ich denke, diese Kräfte werden auch noch für eine längere Zukunft wirksam bleiben!

Freudenblatt
19./XII. 1918

183

Prof. Ferrière über die Lebensmittelnot Wiens

Bern, 18. Dezember. Das „Journal de Genève" veröffentlicht Aeußerungen des aus Wien zurückgekehrten Delegierten des Roten Kreuzes Ferrière über die verzweifelte Lage Wiens, wo nach seiner Ansicht ein Sieg der bolschewistischen Elemente drohe, wenn nicht sofort eine Hilfeleistung einsetze. Die Rettung Wiens liege im Interesse ganz Europas. Ferrière ist im Begriffe, diesbezüglich einen dringenden Appell an die Entente zu richten.

Neue Freie Presse

19./XII. 1918

188

[Die Finanzierung der Lebensmittelbezüge.] Wenn man aus den Versprechungen, welche die in der Schweiz befindlichen Delegierten Deutschösterreichs hinsichtlich einer Lebensmittelaushilfe von den Vertretern der Entente erhalten haben, Schlußfolgerungen zieht, dürfte man hoffen, daß die Verhandlungen wenigstens über die ersten und dringendsten Bezüge in kurzer Zeit zu einem positiven Ergebnisse führen werden. Das wäre nur das erste Stadium und daran würden sich Besprechungen über ein großes, wohl ein Vielfaches der ersten Teilaktion umfassendes Programm für die weitere Einfuhr von Nahrungsmitteln knüpfen. Erwartet man, daß es in kurzem möglich sein werde, Lebensmittel, sei es auf direktem oder indirektem Wege aus Amerika zu erlangen, dann ist es zweckmäßig, jetzt schon die Vorbereitungen für die Finanzierung zu treffen, damit nicht eine Verzögerung in dem Abschlusse der Verhandlungen eintritt. Eines der Projekte, geht dahin, den Kredit der Stadt Wien heranzuziehen und der Nationalversammlung eine Vorlage darüber zu unterbreiten. Danach würde die Gemeinde Wien Lebensmittel, vor allem amerikanisches Getreide, eventuell auch Fleisch und Fett erwerben, aber die Zahlung erst in einer späteren Zeit leisten. Die Lieferanten würden den Kaufpreis von Schweizer Banken erhalten, die der Kommune Wien einen Kredit in dieser Höhe einräumen. Zur Sicherstellung gibt die Gemeinde Titres hin, die auf Dollar oder Franc lauten, jedoch nicht auf den Markt gebracht, sondern von den Schweizer Banken, die den Kredit gewähren, ins Depot genommen werden. Die Gemeinde Wien verpflichtet sich, die Schuldsumme zu verzinsen und in einer späteren Zeit unter Rücklösung ihrer Titres zu begleichen. Eine Garantie des deutschösterreichischen Staates wird nicht verlangt, doch ist derselbe natürlich an der Aktion sehr interessiert, da die Lebensmittel nicht bloß für die Gemeinde Wien, sondern auch für andere Gebiete Deutschösterreichs bestimmt sein würden. Der Staat würde sich mit der Gemeinde Wien über seinen Anteil an den Lieferungen, über die Bezahlung und Abrechnung auseinanderzusetzen haben. Ein anderes Projekt, das in Frage kam, ist eine Kreditoperation durch den deutschösterreichischen Staat im Rahmen der Ermächtigung von zwei Milliarden, welche das Budgetprovisorium erteilt. In kurzem dürfte wohl über den hinsichtlich der Finanzierung der Lebensmittelbezüge einzuschlagenden Weg die Entscheidung getroffen werden.

Österr. Volkszeitung
19./XII. 1918

185

Ein Appell Professor Ferrieres.

Hilfe für Wien im Interesse Europas.

Aus Bern, 18. d., wird uns telegraphiert: Das „Journal de Geneve" veröffentlicht Aeußerungen des aus Wien zurückgekehrten Delegierten des Roten Kreuzes Ferrieres, über die verzweifelte Lage Wiens, wo nach seiner Ansicht ein Sieg der bolschewistischen Elemente drohe, wenn nicht sofort eine Hilfeleistung einsetze. Die Rettung Wiens liege im Interesse ganz Europas. Ferriere ist im Begriffe, diesbezüglich einen dringenden Appell an die Entente zu richten.

Neue Freie Presse

Abendblatt

19/XII. 1918

186

Lebensmittel für Wien.

Aus dem Kriegsgefangenenlager Siegmundsherberg.

Wien, 19. Dezember.

Dank der energischen Initiative des hiesigen schweizerischen Gesandten Dr. Bourcart und nach einem Entschlusse des Königs von Italien erhält die Gemeinde Wien jetzt unentgeltlich die recht bedeutenden, aus Liebesgaben herrührenden Lebensmittelvorräte des italienischen Kriegsgefangenenlagers in Siegmundsherberg. Es handelt sich um 1½ Millionen Pakete im Gewichte von 4 bis 5 Millionen Kilogramm und im Werte von 15 Millionen Kronen. Die Vorräte bestehen zu zwei Dritteln aus einer Art Zwiebackbrot, dann aus Reis, Konserven und kondensierter Milch.

Der günstige Ergebnis ist, wie gesagt, vor allem auf die Initiative des schweizerischen Gesandten zurückzuführen. Als vor mehreren Wochen die trostlosen Ernährungsverhältnisse die Aufmerksamkeit der neutralen Diplomatie zu beschäftigen begannen, wandte sich der schweizerische Gesandte, der die italienischen Interessen in Wien zu vertreten hat, im Einvernehmen mit dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner und dem Roten Kreuze an seine Regierung, sie möge der italienischen Regierung vorschlagen, die Vorräte von Siegmundsherberg den Wienern zur Verfügung zu stellen, und zwar womöglich unentgeltlich.

Es fanden Konferenzen statt zwischen Dr. Bourcart, dem Bürgermeister und dem italienischen Obersten Menna vom Kriegsgefangenenlager Siegmundsherberg. Es wurde eine Art Vertrag abgeschlossen und zugleich die Preise festgestellt, wobei aber der schweizerische Gesandte wieder nahelegte, daß die Abtretung unentgeltlich erfolgen solle.

Der Bescheid lautet folgendermaßen: Das italienische Rote Kreuz stellt die Vorräte von Siegmundsherberg dem Wiener Roten Kreuz und dieses wieder der Gemeinde Wien zur Verfügung; und zwar auf bestimmte Anordnung des Königs von Italien unentgeltlich.

Abendblatt
19./XII. 1918

187 a 13

Hilfsbereitschaft der Schweiz für Wien.

In der gestrigen Sitzung des Schweizer Nationalrates ist von Abgeordneten aller Landesteile und Fraktionen an den Bundesrat die Aufforderung gerichtet worden, die schwere Notlage der Stadt Wien durch Zuweisung von Lebensmitteln aus der Schweiz und durch Anrufung der Hilfe Amerikas und der Verbandsmächte lindern zu helfen. Der Antrag fand allseitige Zustimmung und Bundespräsident Calonder konnte darauf hinweisen, daß die gestellte Forderung insofern bereits erfüllt sei, als schon ein große Hilfsaktion eingeleitet wurde und der Bundesrat im Einvernehmen mit den Verbandsmächten sein Möglichstes tun werde, um die Lage Wiens zu bessern.

Die Schweiz hat sich während des Weltkrieges stets als ein Hort der Menschlichkeit erwiesen und die vielen Kriegsgefangenen, die die Gastfreundschaft der Schweiz genossen und sich auf Schweizer Boden von den Folgen ihrer Verwundungen und den Leiden der Gefangenschaft erholt haben, legen in der ganzen Welt Zeugenschaft ab für den Edelsinn der Schweizer Bevölkerung, die trotz eigener Nöte stets bereit war, anderen, die sich in noch schlimmerer Lage befanden, zu helfen. Auch jetzt in der schweren Bedrängnis der Stadt Wien ist es wieder die Schweiz, die nicht nur unsere Hilferufe an Amerika kräftigst unterstützt, sondern die sich auch selbst Einschränkungen auferlegt, um uns in unserer Notlage mit ihren eigenen beschränkten Mitteln zu Hilfe eilen zu können. Während keines der Völker, die mit Deutschösterreich auf dem Boden der alten Monarchie durch Jahrhunderte in enger staatlicher Gemeinschaft verbunden gewesen waren, auch nur eine Hand rührt, um die Not der früheren Reichshauptstadt zu lindern, vereinigen sich in der Schweiz die Vertreter der französischen und italienischen Landesteile mit den Deutschschweizern in dem edelsinnigen Wunsche, der von Hungersnot bedrohten Hauptstadt des Nachbarstaates mit allen Kräften beizustehen. In der Not erkennt man seine wahren Freunde und die Wiener werden den Schweizern die edle und menschenfreundliche Haltung, die sie für das bedrängte Wien an den Tag gelegt haben, niemals vergessen.

Bern, 18. Dezember.

In der heutigen Nachmittagsitzung des Nationalrates begründete Jäger einen von ihm und vierzig anderen Mitgliedern des Nationalrates aller Landesteile und aller Fraktionen eingereichten Antrag, der den Bundesrat einlädt, raschestens Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit durch direkte Zuweisung von Lebensmitteln aus der Schweiz sowie durch Anrufung der Hilfe der Entente und Amerikas dem Hungerelend in Wien Einhalt zu gebieten. Micheli (Genf) unterstützt im Namen des „Roten Kreuzes" sowie des Kantons Genf den warmherzigen Antrag Jägers durch die Mitteilung weiterer Einzelheiten, die die Trostlosigkeit der Verhältnisse noch deutlicher illustrieren. Der Hilferuf der Schweiz werde bei den Alliierten sicher auf guten Boden fallen.

Auch Bertoni (Tessin) befürwortete den Antrag Jäger im Namen der Tessiner Deputation. Streng (Thurgau) dankte dem Antragsteller für seine Anregung und betonte, daß das menschliche Werk doppelt geboten sei einer Stadt gegenüber, die ein Bollwerk der Christenheit war.

Bundespräsident Calonder betont, daß die Schilderung der Notlage Wiens leider den Tatsachen entspreche. Seit langem habe sich der Bundesrat mit den Zuständen in Wien befaßt. Es sei klar, daß die Schweiz die Versorgung der Stadt Wien nicht allein übernehmen könne. Einzig die Entente im Vereine mit den Vereinigten Staaten könne das Problem lösen. Die Schweiz könne keinen Druck auf die anderen Länder der gewesenen österreich-ungarischen Monarchie in der Richtung ausüben, daß sie die Stadt Wien mit Lebensmitteln versorgen, wohl aber auf die Entente. Es sei nicht zu zweifeln, daß sie dies tun werde. Die Aufgabe der Schweiz habe in der Uebermittlung aller Nachrichten und Gesuche an die Entente gelegen. Dies sei nach Möglichkeit geschehen und auch an der Unterstützung der Bittgesuche durch den Bundesrat habe es nicht gefehlt. Was der Antrag verlange, sei bereits geschehen. Es sei eine große Hilfsaktion in Vorbereitung. Der Bundesrat sei bereit, im Einvernehmen mit der Entente sein Möglichstes zur Hilfeleistung zu tun. An der Lösung der wichtigen Frage der Kohlenversorgung habe der Gesandte der Schweiz in Wien mitgewirkt. Es scheine, daß die Kohlenlieferungen vorläufig wenigstens gesichert sind. Auch kondensierte Milch — sagte der Bundespräsident — soll geliefert werden, wenn wir sie uns auch vom Munde absparen müßten; aber auch andere Waren sollten wir liefern können.

Neues Wiener Tagblatt
19./XII. 1918

Abendblatt

188

Die Schweiz für Wien.

Die Schweiz, der alle kriegführenden Staaten so sehr zu Dank verpflichtet sind, hat sich jetzt den besonderen Dank Wiens verdient. Kein Staatswesen hat seit vier Jahren so getreu die Pflichten der Neutralität mit denen der Humanität zu vereinigen gewußt. Jetzt nimmt die Schweiz abermals das schöne Vorrecht in Anspruch, bei einem Werke der Humanität die Führung zu ergreifen. Die Berichte Ihres Gesandten in Wien, eines wahren Menschenfreundes, und der Bericht des Dr. Ferrière haben vierzig Mitglieder des Schweizer Nationalrates ohne Unterschied der Parteien veranlaßt, eine Hilfsaktion für Wien zu beantragen — für das Wien der Armen, die hungern und frieren. Es hat aber des Antrages nicht erst bedurft, um den Bundesrat zu einer solchen Hilfsaktion zu veranlassen; sie ist, wie der Bundespräsident mitteilt, bereits im Zuge, und zu Weihnachten empfangen wir als teuerste Gabe die Gewißheit, daß die gesittete Welt Wiens Not nicht länger als politisches Pressionsmittel der Feinde Deutsch-Österreichs ausnützen lassen will.

* * *

Die Lebensmittelaushilfe.

Bern, 18. Dezember. (Meldung der Schweizerischen Depeschenagentur.) In der heutigen Nachmittagssitzung des Nationalrates begründete Jäger (Baden) einen von ihm und vierzig andern Mitgliedern des Nationalrates aller Landesteile und aller Fraktionen eingereichten Antrag, der den Bundesrat einlädt, raschestens Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit durch direkte Zuweisung von Lebensmitteln aus der Schweiz sowie durch Anrufung der Hilfe der Entente und Amerikas dem Hungerelend in Wien Einhalt zu gebieten.

Micheli (Genf) unterstützte im Namen des Roten Kreuzes sowie des Kantons Genf den warmherzigen Antrag Jägers durch die Mitteilung weiterer Einzelheiten, die die Trostlosigkeit der Verhältnisse noch deutlicher illustrieren. Der Hilferuf der Schweiz werde bei den Alliierten sicher auf guten Boden fallen.

Auch Bertoni (Tessin) befürwortete den Antrag Jäger im Namen der Tessiner Deputation.

Streng (Thurgau) dankte dem Antragsteller für seine Anregung und betonte, daß das menschliche Werk doppelt geboten sei einer Stadt gegenüber, die ein Bollwerk der Christenheit war.

Bundespräsident Calonder betonte, daß die Schilderung der Notlage Wiens leider den Tatsachen entspreche. Seit langem habe sich der Bundesrat mit den Zuständen in Wien befaßt. Es sei klar, daß die Schweiz die Versorgung der Stadt Wien nicht allein übernehmen könne. Einzig die Entente im Verein mit den Vereinigten Staaten könne das Problem lösen. Die Schweiz könne keinen Druck auf die andern Länder der gewesenen österreichisch-ungarischen Monarchie in der Richtung ausüben, daß sie die Stadt Wien mit Lebensmitteln versorgen, wohl aber die Entente. Es sei nicht zu zweifeln, daß sie dies tun werde. Die Aufgabe der Schweiz habe in der Uebermittlung aller Nachrichten und Gesuche an die Entente gelegen. Dies sei nach Möglichkeit geschehen und auch an der Unterstützung der Bittgesuche durch den Bundesrat habe es nicht gefehlt. Was der Antrag verlange, sei bereits geschehen. Es sei eine große Hilfsaktion in Vorbereitung. Der Bundesrat sei bereit, im Einvernehmen mit der Entente sein möglichstes zur Hilfeleistung zu tun. An der Lösung der wichtigen Frage der Kohlenversorgung habe der Gesandte der Schweiz in Wien mitgewirkt. Es scheine, daß die Kohlenlieferungen vorläufig wenigstens gesichert sind. Auch kondensierte Milch — sagte der Bundespräsident — soll geliefert werden, wenn wir sie uns auch vom Munde absparen müßten; aber auch andre Waren sollten wir liefern können.

Vossische Zeitung
19./12. 1918.

19./12.

188

Gegen die Hungerblockade.

Ein Notschrei der ärztlichen Gesellschaften.

Gestern Abend fand im Langenbeck-Virchow-Hause eine außerordentliche Sitzung der 3000 Aerzte umfassenden ärztlichen wissenschaftlichen Gesellschaften statt, um gegenüber der bedrohlichen weiteren Verschlechterung unserer Ernährungsverhältnisse maßgebende Fachmänner zu hören. Der Vorsitzende der Berliner Medizinischen Gesellschaft, Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Orth, hob hervor, daß die Aerzteschaft von jeher nicht nur kranke Menschen zu heilen, sondern auch das Wohl des ganzen Volkes zu fördern berufen sei. Wenn auch die Aerzteschaft so vieles über sich hat ergehen lassen müssen, und wahrscheinlich noch weiteres Schlimmes zu erdulden haben wird, so wird sie sich doch nicht abhalten lassen, ihre selbstgewählte Pflicht zu erfüllen und ihre Sorgen dem Volkswohl zu widmen, Sorgen im Augenblick im strengsten Sinne des Wortes. Als erster Redner sprach Geheimrat Prof. Dr. Rubner vom Physiologischen Institut. Er gab einen Rückblick über die Blockade Deutschlands, die den Zweck hatte, die Zivilbevölkerung an Leib und Seele zu schädigen. Anfangs wenig beachtet, merkte man erst Mitte 1916, wie wirksam sie war. Seit dieser Zeit wurden viele der wichtigsten Nahrungsmittel nur in homöopathischer Dosis verabfolgt, so besonders Fleisch, Milch und Fett in einem Drittel der normalen Menge. Jetzt im Jahre 1918 wurde eine weitere Einschränkung der Milch notwendig, die für die Ernährung der Kinder von der größten Bedeutung ist. Die zensurierten Aeußerungen der Presse ließen den Gesundheitszustand der Bevölkerung als gut erscheinen. Aber eine vertrauliche Umfrage im Dezember 1917 zeigte ein rasches Steigen der gesamten Sterblichkeit, insbesondere auch an Tuberkulose. Verzweifelt lauteten die Berichte aus Anstalten, wo nur die rationierte Ernährung gegeben wurde. Eine weitere Untersuchung scheiterte an dem Widerstand gewisser mächtiger Persönlichkeiten. Es fehlt jeder Maßstab, wie weit das Elend geht, das nicht nur die Großstädte, sondern auch Kleinstädte, und schließlich auch das Land ergriffen hat. Der vierjährige Kampf um das tägliche Brot hat alle Gedanken auf die Ernährung gerichtet; daher auch die krankhafte Gleichgültigkeit, mit der die Massen den Niederbruch hinnehmen. Jetzt ist der Krieg zu Ende, aber nicht die Blockade für Deutschland.

Geh. Medizinalrat Kraus von der II. Medizinischen Klinik der Charité bespricht als Kliniker die Wirkungen der Hungerblockade. Eine spezifische Hungerkrankheit ist das Hungerödem, das besonders in Groß- und Industriestädten bei der schwer arbeitenden Bevölkerung mit nur einer Ernährung von 800 bis 1300 Kalorien sich geltend macht. Tausende sind dieser Krankheit erlegen. Zunächst starben nur ältere Personen, später auch solche, die dem zweiten bis fünften Lebensdezennium angehörten, und auch viele Jugendliche sind der Unterernährung erlegen. Neben der geringen Nahrungsmenge wirkt auch die Eintönigkeit der Brotkost ungünstig auf den Gesundheitszustand ein. Nötig ist eine Erhöhung der Gesamtkalorienzahl und die Zufuhr von Fett, Fleisch, Obst, Kaffee, Tee sowie Brotgetreide, um ein bekömmlicheres Brot herzustellen, sofort und in auskömmlicher Menge.

Auch Geheimrat Czerny von der Kinderklinik der Charité zeigte, daß bis 1916 das gute Aussehen und das befriedigende Körpergewicht der Kinder nur dadurch hervorgerufen sei, daß oft die Eltern aller Volksschichten zu Gunsten der Kinder hungerten. Die seit dieser Zeit auftretende schnelle Zunahme der Unterernährung erfordert rasche Hilfe. Denn jetzt werden auch die Brustkinder in Mitleidenschaft gezogen, da die Milch der Mütter ungenügend wird. Noch ungünstiger sind die künstlich ernährten Kinder daran, da die Kuhmilch, wenn sie überhaupt vorhanden ist, qualitativ schlecht ist. Dazu kommt noch der Mangel an Mehlerzeugnissen und Haferflocken. Daß die Säuglingssterblichkeit keine großen Zahlen aufweist, liegt daran, daß so wenig Kinder geboren werden. Bei größeren Kindern zeigt sich Skrofulose und Tuberkulose in besonders bösartigen Formen, daneben Rachitis und Anämie.

Regierungsrat Dr. Hamel vom Reichsamt des Innern gab einige erschütternde Zahlen. Die Gesamtsterblichkeit der Zivilbevölkerung zeigte im Jahre 1917 eine Zunahme von 32 v. H., in den ersten dreiviertel Jahren 1918 von 34 v. H. gegenüber 1913. Dabei sind die Grippefälle nicht mitgerechnet. An Tuberkulose starben in Städten von mehr als 150 000 Einwohnern 1913 40 384 Menschen. Im ersten Halbjahr 1918 41 800. An Erkrankung der Atmungsorgane starben 1913 46 000, 1917 61 000. Im ersten Halbjahr 1918 33 500 Menschen, ohne die Grippefälle. Es erhebt sich die Frage, wie diesem vermehrten Sterben Einhalt zu tun ist. Aus unseren eigenen Vorräten können wir nicht helfen. In bezug auf Kartoffeln und Fleisch stehen wir ungünstiger da als je. Bei 7 Pfund Kartoffeln in der Woche ergibt sich für das Wirtschaftsjahr ein erheblicher Ausfall. Auch die Ernte des Brotgetreides läßt eine Einschränkung der Brotration bald nötig werden. An Fett ist nur ein Drittel der jetzigen Ration vorhanden. Die Zahl der Schweine ist von 26 auf 8 Millionen, ihr Schlachtgewicht von 85 auf 59 Kilo gesunken. Auch eine Erhöhung der Zuckerration ist nicht zu erwarten, da die Rüben nicht rechtzeitig geerntet worden sind und die Leistungsfähigkeit der Zuckerfabriken herabgesetzt ist. Wenn nicht bald Abhilfe geschaffen wird, muß ein Absterben der Nation eintreten.

Stadtmedizinalrat Dr. Weber ergänzte die Zahlen für das Reich durch solche für die Stadt Berlin. Die Todesfälle an Lungen- und Halsschwindsucht haben sich gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1913 und 1916 im Jahre 1917 verdoppelt. Besonders groß ist die Sterblichkeit der Frau. Geh. Sanitätsrat Prof. Dr. Kuttner vom Virchow-Krankenhause besprach die Verhältnisse in den Krankenhäusern. Nur durch Sonderzuweisungen durch die Behörden war es möglich, eine genügende Krankenernährung herbeizuführen. Der Vorrat dieser Sonderzuweisungen ist aber erschöpft. Wenn nun noch die bisherigen Rationen herabgesetzt werden, werden die Krankenhäuser aus Heilstätten zu Hungerstätten.

In der Erörterung gab Geh. Medizinalrat Dr. Bernhard vom Ministerium des Innern eine Uebersicht über die Verhältnisse auf dem Lande, wie sie eine Untersuchung der letzten Wochen ergeben hat. Auch hier sind jetzt dieselben traurigen Verhältnisse zu beobachten. Zum Schluß sprach der Staatssekretär des Reichsernährungsamts, Dr. Wurm, der der Hoffnung Ausdruck gab, daß solche Berichte, wenn sie in die Welt hinausgehen, das Mitgefühl der Menschheit mit dem leidenden Volke erwecken.

Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Wir richten an unsere Regierung die dringende Forderung, dafür zu sorgen, daß sämtliche Maßnahmen zur ordnungsmäßigen Erfassung und Verteilung der in Deutschland vorhandenen Lebensmittel durchgeführt werden. Wir sprechen weiter die Hoffnung aus, daß die feindlichen Regierungen ihren in letzter Stunde bekundeten Willen, eine Zufuhr von Lebensmitteln aus dem Ausland nach Deutschland zu ermöglichen, ausreichend erfüllen werden. Wir wenden uns an das Gewissen der Männer der feindlichen Völker, in deren Brust das Bewußtsein der Verantwortung vor dem Urteil der Geschichte nicht erstickt ist. Li.

Der Abend
19./XII. 1918
190

Die Retter.

Die „Kranz-Verträge" werden nicht eingehalten.

Der Staatsrat glaubt, in der verzweifelten Lage, in der wir uns befinden, bei der Auswahl seiner Mitarbeiter nicht wählerisch sein zu dürfen, und so kommt es, daß sich in Prag, in der Schweiz und in den Hauptstädten der Nationalstaaten, mit Vollmachten unserer Staatsämter versehen, Menschen herumtreiben, mit deren Namen die Erinnerung an die Zeiten der verbrecherischesten wirtschaftlichen Kriegskorruption verknüpft ist. So wie jetzt der Staatsrat, so glaubten vor drei und vor zwei Jahren auch die monarchistischen Ämter, nur mit diesen Leuten arbeiten zu können, weil sie sich ihnen als die berufenen Fachleute vorstellten, aber heute wie damals wird übersehen, daß die fachliche Legitimation ausschließlich in gelungenen Fischzügen bestand. Der naive Irrtum, daß ein geschickter Macher ein Fachmann sei, mußte im Krieg mit Millionen Lehrgeld bezahlt werden. Das hindert nicht, in der alten Bahn zu bleiben.

Vollends der Dr. Kranz ist uns vor drei Wochen als Retter Österreichs in der Lebensmittelnot gepriesen worden, weil er Ende November in Budapest angeblich einen sehr günstigen Vertrag zustande gebracht habe. Wie es in Wirklichkeit damit aussieht, zeigt folgender, von der allerunterrichtetsten Stelle stammender Bericht:

Die ungarischen Lieferungen.

Bei den mit Ungarn getroffenen Vereinbarungen über die Lebensmittellieferungen haben wir zwei Verträge zu unterscheiden. Der erste nach Ausrufung der Republik unmittelbar zwischen den Regierungen seinerzeit abgeschlossene betraf u. a. hundert Waggons Getreide, für die auch Tauschwerte in österreichischen Waren, z. B. Medizinalwaren, gegeben werden sollten. Von diesen hundert Waggons haben wir bisher im ganzen 70 (siebzig) Waggons erhalten. Die ungarische Regierung erklärte, der Umstand, daß die in Betracht kommenden fruchtbaren Gebiete von der Entente besetzt oder sonstwie gefährdert seien, verhindere die Ablieferung.

Der zweite, spätere Vertrag, den Wiener kaufmännische Unterhändler abgeschlossen haben, der sogenannte „Kranz-Vertrag", lautete auf Lieferung von 500 Waggons Getreide, auf Kartoffeln, Rinder, 40.000 Schafe usw. Außer Bargeld mußten ausgiebige Kompensationen in österreichischen Industrieerzeugnissen, so Webwaren, Chemikalien, Maschinen usw., geboten werden. Die Ungarn haben bisher diesen Vertrag so gut wie gar nicht erfüllt. Nur Fleischware kommt ein wenig herein, und auch diese nur kleinweise; das von ihnen gelieferte Schoffleisch stellt sich so teuer (bis zu 24 K für das Kilogramm), daß die Wiener Bevölkerung lieber darauf verzichtet. Von den 500 Waggons Getreide ist noch gar nichts eingetroffen, ebenso sind noch gar keine Kartoffeln geliefert worden, bezüglich welcher die Ungarn sich auf die Besetzung Nordungarns durch die Tschecho-Slowaken berufen. Die Budapester Vermittlungsstelle, die Ungarische Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft, erklärt immer wieder, „sie habe von der Regierung keinen Auftrag zur Lieferung des Getreides bekommen". Man ist hier in Wien aufs tiefste verstimmt, da die Ungarn wieder die alten Mätzchen machen. Bis heute haben wir mit den vielen drahtlichen und sonstigen nach Budapest gerichteten dringenden Anfragen und Aufforderungen nicht den geringsten Erfolg erzielt.

Von den zugesagten 65.000 Schafen haben wir bisher 31.000 Stück erhalten, von den 5500 vereinbarten Rindern 1400. Alle diese Bezüge gehen auf Rechnung des alten Vertrages. An Schlachtpferden waren uns im ersten und im zweiten Vertrage je 500 bis 1000 Stück zugesagt. Erhalten haben wir auf Rechnung des ersten Vertrages 664 Pferde und auf Rechnung des zweiten gar nur 259. Die Kartoffeln, die Ende dieser Woche geliefert werden sollten, werden von der ungarischen Regierung zurückgehalten.

Es geht daraus hervor, daß der zwischen den Staatsämtern unmittelbar abgeschlossene Vertrag, wenn davon überhaupt die Rede sein kann, noch bessere Erfolge hatte als der Vertrag des „großzügigen Geschäftsmannes" Dr. Kranz, von dem wir trotz des Jubels einiger Blätter überhaupt nichts bekommen haben

Wo bleiben die Kompensationen?

Dr. Kranz ist von den Wiener Banken und Industriellen dem Staatsrat als wirtschaftlicher Unterhändler unterschoben worden. Es geschah mit der Begründung, daß Dr. Kranz, die Banken und die Industriellen in der Lage sein würden, für die von uns geforderten Lebensmittel die Kompensationsgüter aufbringen zu können, falls die Tschechen oder die Ungarn welche verlangen sollten. Jetzt, da es sich darum handelt, die Kompensationen aufzubringen, lassen sie den Staat in Stich, offenbar, weil sie diese Waren anderweitig mit gutem Gewinn weiterverkaufen können. Tatsächlich halten die Ungarn jetzt mit jeder Lieferung unter der Angabe zurück, daß sie keine Kompensationsgüter erhalten. Die Aktion der Bank- und Industriekeute erweist sich als Humbug, nur darauf angelegt, die schlechte Stimmung der Öffentlichkeit gegen sie zu verbessern.

Die Bevölkerung kann es sich auf die Dauer nicht gefallen lassen, daß Menschen wie der Dr. Kranz vorgeschoben und in verlogener Aufdringlichkeit als Retter angepriesen werden. Es ist kapitalistische Mache, die nur den Erfolg haben kann, den alten Ausbeutern wieder zur Macht zu verhelfen. In Deutschland verlangte man die Absetzung persönlich einwandfreier Männer, wie Erzberger und Solf, in Deutschösterreich gibt man sich mit dem Dr. Kranz ab. Könnten wir von Leuten seiner Art etwas erwarten, so müßte man in der grenzenlosen Not dieser Tage schweigen. Aber selbst ihre Erfolge sind, wie das Beispiel zeigt, nur Scheinerfolge, bestenfalls gefährliche Geschäfte, die immer mehr kosten, als sie wert sind. Der Preis in diesem Falle: die Auslieferung der deutschösterreichischen Volkswirtschaft an den alten kapitalistischen Klüngel. Er verschafft jetzt angeblich Lebensmittel und Kohle, dann wird er das große Wort bei der Bestimmung der Vermögensabgabe führen, dann den wirtschaftlichen Wiederaufbau leiten. Er wird dabei immer fetter und wir immer dünner werden, aber wenn es so weitergeht wie jetzt, wird man von uns auch noch Dankbarkeit verlangen. Die Politik, die da gemacht wird, bewegt sich auf einer schiefen Bahn. Wir hoffen inständig, daß nicht auch die von der Kriegsgewinnerpresse so bejubelten Prager Kohlenverhandlungen für uns mit einer furchtbaren Enttäuschung enden. Wir hoffen, daß die Prager uns den Dr. Kranz, über den sie in Prag lächelten, nicht entgelten lassen. Wir wünschen aber, daß der Staatsrat sich das Klüngel der Kriegsnutznießer vonhalse schafft.

Berner Bund 19./XII. 1918.

Rationierung und Wirtschaftsgewerbe

Das Ernährungsamt lenkt in einem Kreisschreiben die Aufmerksamkeit der Kantonsregierungen auf Mitteilungen, die ihm sowohl von Amtsstellen als von Privaten über Nichtbeachtung der Rationierungsvorschriften für das Wirtschaftsgewerbe zugekommen sind. Die Vorschriften des Bundesratsbeschlusses vom 11. Juni 1917 betreffend Einschränkung der Lebenshaltung würden in einer Anzahl von Hotels, Restaurants und Wirtschaften entweder gar nicht oder nur mangelhaft gehandhabt. Die Gastgewerbe der Städte beklagten sich darüber, daß gegenüber den Wirtschaften auf dem Lande weniger streng vorgegangen werde als in den Städten. Die Vorschriften über Rationierung, Abnahme der verschiedenen Lebensmittelkarten usw. würden nicht überall innegehalten. Unter anderm nehmen einzelne Hotels und Wirtschaften ihren Angestellten die Lebensmittelkarten ab, ohne ihnen ein entsprechendes Aequivalent zu bieten, und verwendeten die Karten dazu, um die Ernährung der Gäste zu verbessern. Das Ernährungsamt weist darauf hin, daß Bußen im allgemeinen ihren Zweck nicht erreichen, und es fragt sich daher, ob nicht durch einen Bundesratsbeschluß den zuständigen Gerichten die Ermächtigung einzuräumen wäre, in besonders schwerwiegenden Fällen die betreffende Wirtschaft in der Weise zu bestrafen, daß die Ausübung des Gewerbes eingeschränkt wird. Bevor aber das Ernährungsamt im jetzigen Zeitpunkt mit einem derartigen Antrag an den Bundesrat gelangt, wünscht es die Ansichten der Kantone zu vernehmen.

Berner Bund 19./XII. 1918.

192

Die Not der Stadt Wien

Die Verhandlungen im Nationalrat

Jäger (freis.) begründet folgende von Mitgliedern aller Parteien und Landesteile unterzeichnete Motion:

„Der Bundesrat wird eingeladen, so schnell wie möglich Vorkehren zu treffen, um nach Möglichkeit dem Hungerelend in Wien Einhalt zu tun durch direkte Zuweisung von Lebensmitteln aus der Schweiz, sowie durch Anrufung der Hülfe von seiten der Entente und Amerika."

Der Motionär führt aus: Dem Antrag liegen keine politischen Motive, sondern nur humanitäre zugrunde. Die Mentalität des guten Herzens soll alle Hindernisse überwinden. Wien bedarf der besondern Fürsorge, weil diese Stadt unter der Drohung der Tyrannis des Elends, ja des Verbrechens steht. Keine Phantasie eines Lebenden hätte den Bankerott für möglich gehalten, der heute in Wien vor uns steht. Die Millionenstadt liegt hilflos da, weil die alten Staatsgenossen, die Ungarn, alles, was sie nach unzumaßlichem Gefühl und Recht geben sollten, verweigern. In Wien sind Zustände, die zum Himmel schreien; die Sterblichkeit steigt rapid. Die Kinder sterben wie die Fliegen dahin; nur ganz kleinen Kindern und Kranken kann noch ein Minimum von Milch abgegeben werden. Der Schleichhandel hat die Preise ungeheuer in die Höhe getrieben.

Wien ist im Laufe der Jahrhunderte mit seiner lebensbejahenden Bevölkerung ein fester Wall gegen Invasione gewesen; Wien hat 1848 als eine der ersten die Republik verkündet; Wien hat uns soviel Frohmut und Kunst geschenkt, daß wir uns heute versündigen würden, wenn wir kein Ohr und Auge hätten für das Elend Wiens. Wir sind ja zwar selbst in Bedrängnis, aber gerade, wenn wir als Bedrängte geben, dann ist unsere Gabe umso wertvoller.

Deshalb stellen wir die Forderung auf, daß der alten Kulturstadt geholfen werde. Wir wissen, daß mit unserer Bitte das Rote Kreuz und die Frauenvereine, die wissen, was jetzt nötig ist, einverstanden sind. Doppelt gibt, wer rasch gibt. Wir legen das Schwergewicht nicht auf das Wenige, das wir geben, sondern auf die Fürbitte, die der Bundesrat bei den Alliierten vorbringen soll. Wir zweifeln nicht, daß in dieser Adventzeit, der christliche Geist der Brüderlichkeit siegen wird. (Beifall.)

Micheli (lib.-dem.): Ich möchte die Motion namens der Genfer lebhaft unterstützen; ich hatte Gelegenheit von dem Vizepräsidenten des Roten Kreuzes der in Wien war, zu vernehmen, in welchem Elend Wien lebt. Er war Zeuge von der furchtbaren Verzweiflung. Das Volk, das den Krieg nicht gewollt, büßt heute für die Verantwortlichen in furchtbarer Weise. Die Hilfe ist dringend; wir könnten vorläufig das dringendste, Milch, hinsenden. (Beifall.)

Bertoni (freis.): Namens der Tessiner möchte ich die Motion warm unterstützen.

v. Streng (kath.-kons.): Ich möchte dem Initianten, Herrn Jäger, meinen herzlichen Dank aussprechen für den Ausdruck der Humanität, den er hier gebracht. Herr Micheli hat uns mit seiner warmen Unterstützung das Bewußtsein gebracht, daß wir uns als Schweizerbürger wahrhaft freuen dürfen. Ich möchte der Begründung nur noch eines beifügen. Wir können heute Wien den Dank dafür abstatten, daß es als Bollwerk der Christenheit den Islam aufgehalten hat. Ich unterstütze namens meiner Fraktion die Motion.

Bundespräsident Calonder: Der Krieg ist zu Ende. Seine Schäden wirken weiter und was er an wirtschaftlichen und moralischen Werten zerstört hat, das kommt jetzt zum Vorschein. Kein Teil Europas ist so hart vom Schicksal mitgenommen worden wie Wien. Wir wissen von allen Seiten, wie Wien leidet. Herr Dr. Fernier, der Vertreter des Roten Kreuzes, hat mir Bericht abgelegt über die furchtbare Notlage der Wiener. Ich war von diesem Berichte tief erschüttert. Es fehlt an allem: Milch, Brot, Fett, Kohle. Die größte Gefahr ist allerdings behoben. Wir haben uns mit diesen mißlichen Verhältnissen seit langer Zeit beschäftigt und dabei darf nicht das Herz mit dem Kopfe durchgehen. Es wurde uns bei näherer Prüfung klar, daß wir die Versorgung Wiens nicht voll übernehmen können; die Alliierten allein können dieses Problem lösen. Uns fehlen die Waren, die Tonnage, der Einfluß auf Ungarn, das nach seiner Lage berufen ist, Wien zu versorgen. Ich zweifle nicht daran, daß die Alliierten in dieser Richtung wirken werden. Ich weiß nicht, warum diese Aktion von dieser Seite noch nicht in die Erscheinung getreten ist; ich erkläre es mir aus den ungeheuren Anforderungen, die in der Versorgung der eigenen und neutralen Länder gestellt sind.

Wir haben in der letzten Woche mehr als nur ein Gesuch an die zuständige Adresse gerichtet. Wir haben uns bereits bei den Alliierten um die Versorgung Wiens bemüht und ich kann mitteilen, daß eine große Aktion für die Versorgung notleidender Gebiete von seiten der Entente im Werden ist. Wir haben dem Vorarlberg bereits Lebensmittelvorschüsse gemacht und sind bereit, im Einverständnis und mit Hilfe der Entente für Wien alles zu tun, was möglich ist.

In der überaus wichtigen Frage der Kohlenversorgung hat sich der schweizerische Gesandte in Wien, Herr Bourcart, im Verein mit andern Neutralen bei den Tschecho-Slowaken bemüht; eine Delegation von Wien hat erreicht, daß die Kohlenversorgung Wiens auf sechs Monate gesichert wird.

Kann die Schweiz wirklich selbst etwas tun? Wir sind noch zu keinem abschließenden Urteil gelangt. Es würde uns eine große Genugtuung sein und ich hoffe, daß es möglich sein wird, Wien etwas abgeben zu können; dabei würde es sich vor allem um Kondensmilch handeln. Es soll mehr seine als eine schöne Geste; ich hoffe, daß das Schweizervolk vom eigenen Munde abspare, damit etwas für die Hülfesuchenden abfalle. Wir werden prüfen, ob wir nicht sofort Lebensmittel abgeben können. An unserm guten Willen fehlt es nicht. Jede politische Berechnung fällt hier außer Betracht. Wir haben ein tiefgefühltes Mitleid mit der alten Kunststadt Wien. Ich erkläre in diesem Sinne Annahme der Motion. (Beifall.)

Frankfurter Zeitung 19./XII. 1918. 1193

Deutsche Schiffe für Lebensmitteltransporte.

N Berlin, 10. Dezbr. (Priv.-Tel.) Wie der „Seedienst" an zuständiger Stelle hört, werden die von der amerikanischen Kommission zum Zweck des Nahrungsmitteltransportes angeforderten 2,5 Millionen Tonnen deutschen Schiffsraums nicht gestellt werden können. Von deutscher Seite werden nur knapp 2 Millionen Tonnen aufzubringen sein. Die Schwierigkeiten werden dadurch noch vergrößert, daß zum Abtransport der Gefangenen eine große Anzahl deutscher Passagierschiffe gestellt werden sollen.

Nationalzeitung 19./XII. 1918.

Bundesversammlung.

Nationalrat.

Schweizerische Hilfe für Wien.

st. Die Nachmittagssitzung des Nationalrates wird eingeleitet durch die Begründung der wichtigen Motion Jäger (Baden, freis.) betreffend die Abgabe von Lebensmitteln an die Stadt Wien zur Linderung des dortigen Hungerelendes bezw. betreffend Vornahme geeigneter Schritte zu diesem Zwecke bei den Westmächten. Jäger führt zur Begründung aus, daß Wien gegenwärtig die unglückseligste Stadt der Zentralmächte ist. Es ist der erschütterndste Ausschnitt des ungeheuren Weltelends. Die trostlosen Schilderungen dieses erschütternden Jammers pochen an unsere Herzen. Wien, die stolze Donaustadt mit dem lebendigen, lebensfrohen Volk, ist von allen Wirtschaftsgebieten abgeschnitten. Die früheren Staatsgenossen, die Ungarn, verweigern die Abgabe von Nahrungsmitteln. Nero hat nicht solche Schrecken über Rom gebracht, wie sie der Donaustadt drohen. In unheimlicher Weise nehmen Tuberkulose und Skorbut überhand. 1914 war die Sterblichkeit 14 Promille, 1916 schon 38 Promille. 17 Prozent bis 25 Prozent aller Todesfälle sind auf Unterernährung zurückzuführen. Die Teuerung hat ungeheure Dimensionen angenommen. Ein Kilo Schweineschmalz kostet mehr als 100 Kronen, ein Kilo Mehl 30 Kr. usw. Zur Lebensmittelnot kommt die Kohlennot.

Es muß rasch geholfen werden. Für die Schweiz besteht die Möglichkeit, vorläufige Sendungen von Lebensmitteln nach Wien zu schicken. Wir denken speziell an Sendungen von kondensierter Milch und Chokolade. Ferner ersuchen wir den Bundesrat, bei der Entente Schritte zu unternehmen, um eine organisierte Lebensmittelzufuhr nach Wien zu erreichen. Wir zweifeln nicht daran, daß dieses Gesuch dort die richtige Aufnahme finden werde. (Beifall.)

Micheli (Genf, lib.-kons.) unterstützt die Motion lebhaft (Bravorufe). Der gestern aus Wien zurückgekehrte Vizepräsident des Internationalen Roten Kreuzes hat die Aussagen Jägers in vollem Umfange bestätigt. Die Lage in Wien ist geradezu verzweifelt. Die Schweiz hat die Pflicht zu helfen. (Zustimmung.) Entweder kann durch direkte Lebensmittelzufuhr oder durch eine Aktion bei den Westmächten erwirkt werden, die Versorgung zu verbessern. Die Hilfe muß aber rasch kommen (Beifall).

In italienischer Sprache unterstützt der freisinnige Tessiner Bertoni die Motion.

Im Namen der katholisch-konservativen Fraktion spricht von Streng dem Motionär seinen warmen Dank aus. Wir freuen uns doppelt, daß aus der französischen und der italienischen Schweiz so freundlich zugestimmt worden ist. Das zeigt uns, daß die Eidgenossen im entscheidenden Moment keinen „Graben" kennen. Noch ein Gedanke sei hier erwähnt: Es war die Stadt Wien, die im 17. Jahrhundert die ganze Christenheit als Bollwerk vor der Invasion des Islam, der Europa zu verheeren drohte, beschützt hat. Wir stimmen der Motion lebhaft zu.

Bundespräsident Calonder: Der Krieg ist zu Ende. Aber seine schädlichen Wirkungen dauern fort. Die düsteren Schilderungen über die wirtschaftliche Lage von Wien entsprechen leider den Tatsachen. Der genannte Vizepräsident des Internationalen Roten Kreuzes hat mir heute eine Schilderung von der Lage gegeben, die mich aufs tiefste erschüttert hat. Was dort hauptsächlich fehlt, ist Milch, Fettsubstanzen und Brot, daneben herrschte aber auch ein bedenklicher Mangel an Kohlen. Unseren Bemühungen bei der Entente ist es gelungen, daß nun die tschecho-slowakische Regierung in beschränktem Umfange wieder Kohlen zuführt. Dabei hat unser Gesandter Bourcart in Wien mitgewirkt.

Was die Lebensmittelversorgung anbetrifft, so hat sich der Bundesrat nicht erst heute mit dem Problem befaßt, sondern schon seit langer Zeit. Es war uns jedoch klar, daß die Schweiz nicht imstande ist, für die Zukunft die Versorgung der Stadt Wien zu übernehmen. Es kann nur durch oder mit der Entente gelöst werden. Die Westmächte vermögen auf die Nachbarländer von Deutsch-Oesterreich einen bestimmenden Einfluß auszuüben, und wir zweifeln nicht daran, daß sie es erwirken werden, daß die Länder Oesterreich-Ungarn die Stadt Wien wieder versorgen. Natürlich läßt solche Hilfe länger auf sich warten. Der Bundesrat hat aber die Entente ersucht, der Stadt Wien zu helfen. An zuständiger Stelle wird eine große Hilfsaktion auch für dieses Gebiet vorbereitet. Die Schweiz hat auch dem Vorarlberg und dem Tirol Lebensmittel geschickt. Sie wird auch für die Stadt Wien alles tun, was möglich ist. Es würde uns zur größten Genugtuung gereichen, wenn wir kondensierte Milch und andere Lebensmittel schicken könnten, und zwar sollten wir es tun, auch wenn unser Volk am eigenen Mund etwas absparen müßte. Der Bundesrat prüft gegenwärtig die Frage einer vorläufigen Hilfsaktion und nimmt die Motion in diesem Sinne entgegen. (Beifall.)

de Dardel (Neuenburg, lib.-kons.) gibt seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß eine solche Hilfsaktion seinerzeit nicht auch zu Gunsten der besetzten französischen und belgischen Gebietsteile geleistet wurde.

Die Diskussion ist geschlossen. Die Motion wird erheblich erklärt. — Der Rat setzt dann die Behandlung des Geschäfts- und Rechnungsberichts der Alkoholverwaltung für 1917 und des Budgets für 1918 fort und genehmigt ohne Diskussion alle drei Vorlagen.

Neue Freie Presse

Abendbl

20./XII. 1918

796

Hilfe für Wien aus der Schweiz.

Wien, 20. Dezember.

In der im heutigen Morgenblatte unter dem Titel „Hilfe für Wien aus der Schweiz" wiedergegebenen Unterredung mit dem schweizerischen Gesandten Dr. Bourcart hat sich ein bedauerlicher Druckfehler eingeschlichen.

Es muß, wo von der Rede des Bundespräsidenten Calonder die Rede ist, heißen, daß die Schweiz, die ja selbst keine vier Millionen Einwohner hat, zwar unmöglich (nicht unverzüglich) die Verproviantierung der Großstadt Wien übernehme könne, aber trachten werde, in kleinem Maßstabe der dringendsten Not abzuhelfen.

Vossische Zeitung

20./12. 1918

20/12

197

Deutschlands Versorgung mit Lebensmitteln.

In der gestrigen Vollsitzung der Waffenstillstandskommission in Spaa wurden von deutscher Seite Anfragen über Deutschlands Versorgung mit Lebensmitteln gestellt. Die deutschen Delegierten ersuchten um baldige Mitteilung, wann und an welchem Orte Verhandlungen über diese im Waffenstillstandsabkommen in Aussicht genommene Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln beginnen könnten. General Nudant erklärte, daß diese Angelegenheit nicht die internationale Waffenstillstandskommission, sondern lediglich die Regierungen betreffe. Jedoch erklärte er sich damit einverstanden, die deutsche Anfrage den alliierten Regierungen zu übermitteln, um deren Antwort herbeizuführen. Im übrigen beschränken sich die Verhandlungen der Vollsitzungen auf die Ueberreichung von Noten. Vom Vorsitzenden der englischen Kommission wurde mitgeteilt, daß die Entsendung englischer Sanitätsoffiziere, Krankenschwestern, Medikamente für britische Kriegsgefangene gemäß dem Anerbieten des preußischen Kriegsministeriums willkommen sei. Von deutscher Seite wurde die Zusicherung gegeben, daß dieses englische Sanitätspersonal jederzeit einreisen und ungehindert seine Tätigkeit ausüben kann.

Nationalzeitung. 24/XII. 1918.

198

Volksschokolade.

Die Abteilung für Monopolwaren des eidg. Ernährungsamtes erläßt folgende Bekanntmachung:

Die Einführung einer Volksschokolade bildete schon vor längerer Zeit ein Postulat der Notstandskommission. Das eidg. Ernährungsamt war der Meinung, daß es sich bei allseitig gutem Willen einfach realisieren lasse, indem man sich nur über die Verkaufspreise einer vom Publikum stark verlangten Schokoladesorte zu verständigen hätte, während die Preise für feinere Sorten und Spezialitäten von amtswegen nicht beeinflußt würden. Mit dem Syndikat der Schokoladefabrikanten hat sich das eidg. Ernährungsamt dahin geeinigt, daß die Marke Ménage in Tabletten und Pulverform als Volksschokolade bezeichnet werden soll. Diese Schokolademarke wird in der gewöhnlichen Fabrikpackung mit dem Aufdruck Volksschokolade geliefert. Bei der gegenwärtigen Produktion verpflichtet sich das Schokoladesyndikat zur monatlichen Lieferung von rund 75 Tonnen Volksschokolade; bei Reduktion oder Unterbruch der Kakao- und Zuckerzufuhren würde das Monatskontingent entsprechend der geringern Gesamtproduktion kleiner. Der Detaillist macht seine Bestellungen in Volksschokolade (bisher Chocolat Ménage) direkt beim Fabrikanten. Das Kilo Volksschokolade soll im Detail nicht über Fr. 4 verkauft werden. Das eidg. Ernährungsamt nimmt als Beginn des Verkaufes der Volksschokolade den 1. Januar 1919 in Aussicht.

Neues Wiener Tagblatt

20./XII. 1918

199

Eine Unterredung mit dem Schweizer Gesandten.

Dr. Bourcart über die Lebensmittelhilfe für Wien.

Wir haben in unserm Abendblatte die Nachrichten über die Lebensmittelhilfe, die uns die Schweiz zuteil werden lassen will, gebracht. Der Gesandte der Schweiz Dr. Bourcart hatte gestern die Freundlichkeit, einen unsrer Mitarbeiter zu empfangen und sich ihm gegenüber wie folgt zu äußern:

„Ich möchte gleich eingangs bemerken, daß die Vorschläge für Lebensmittelhilfe von seiten der Schweiz bereits viel früher eingesetzt haben. Es sind in der Zeit bis zum November von der eidgenössischen Regierung etwa mehr als zwanzig Mitteilungen an die Entente betreffend die Lebensmittelnot in Wien gerichtet worden. Ueber die jetzige Aktion bin ich nun vorderhand auch nicht viel genauer als die gesamte Oeffentlichkeit informiert. Aber vielleicht wird Sie dieses Telegramm interessieren, das ich von meiner Regierung erhalten habe und das die Hilfe der Schweiz in Aussicht stellt, die sie freilich leider nur in einem beschränkten Ausmaße zu bieten vermag. Aber sie will wenigstens dem ärgsten Mangel in Wien steuern.

In diesem Telegramm," fuhr Dr. Bourcart fort, „erklärt meine Regierung auch, daß sie in dieser Angelegenheit nur im Einverständnis mit der Entente vorgehen kann. Die Lebensmittelhilfe der Schweiz wird also, wie gesagt, falls sie aus eigenen Mitteln durchgeführt werden soll, freilich keine allzugroßen Vorräte bringen können. Denn die Schweiz kann als ein Land von knapp vier Millionen Einwohnern schwer eine Stadt von 2½ Millionen vollkommen in ihrer Ernährung unterstützen. Außerdem ist ja auch bei uns die Produktion während des Krieges zurückgegangen, und die Zahl der zu exportierenden Artikel ist infolge der natürlichen Beschaffenheit der Schweiz eine beschränkte. Es kämen da etwa vielleicht Trockenmilch, Schokolade und Käse in Betracht, obwohl wir beispielsweise gerade im Käse mit 250 Gramm pro Kopf rationiert sind. Doch wird die Schweiz alles, was in ihren Kräften steht, im eigenen Lande und bei der Entente zu veranlassen trachten, um wenigstens das Nötigste den Wienern zukommen zu lassen.

Bei der Lebensmittelschenkung des Königs von Italien an die Wiener, die ich zu vermitteln die Freude hatte, waren nur Schwierigkeiten formeller Natur zu überwinden. Denn das italienische Rote Kreuz, das die für die italienischen Kriegsgefangenen in Sigmundsherberg lagernden Lebensmittelpakete dem hiesigen Roten Kreuz übergeben wollte, mußte zu diesem Schritt erst die Erlaubnis seiner Regierung einholen, was immerhin zwei Wochen Zeit erforderte. Ich bitte die Wiener, den versöhnlichen Zug, der in dieser großherzigen Schenkung des Königs von Italien liegt, zu beachten. Vielleicht bildet der Umstand, daß der Bevölkerung eines bisher feindlichen Staates Lebensmittel im Werte von 15 Millionen zur Verfügung gestellt wurden, den Beginn des endlichen Abbaues des Völkerhasses, gegen den dieser schöne Akt gerichtet war.

Im übrigen," so schloß der Gesandte, „seien Sie versichert, daß man in der Schweiz das Schicksal Wiens mit der regsten Anteilnahme verfolgt und alles tun wird, um der notleidenden Stadt zu helfen. Jedenfalls wird die Schweiz auch eventuelle Lebensmitteltransporte von seiten der Entente nach Kräften unterstützen." Der Gesandte bemerkte noch, er habe bei den Prager Verhandlungen den Eindruck von der Loyalität der tschechischen Regierung empfangen. Es sei nur zu hoffen, daß die Kohlentransporte bald anrollen werden.

Arbeiterzeitung
20./XII. 1918

200

* **Die Teuerung des Weihnachtsschmuckes.** Die Zufuhr an Christbäumen war besonders im vergangenen Jahre in Wien ausreichend groß, weil damals durch den militärischen Witwen- und Waisenfonds eine große Menge Weihnachtsbäume für wohltätige Zwecke verkauft wurden. Ihr Preis stand auf einer erträglichen Höhe und dennoch blieb davon ein unverkaufter Vorrat. Heuer sind zunächst die Angebote von Tannen und Fichten so klein, daß man unsinnig viel dafür verlangt. Ein Bäumchen, das kaum einen halben Meter hoch ist und im Frieden 40 Heller kostete, stellt sich auf 8 bis 9 Kronen, eines von etwa einem Meter Höhe auf 15 bis 20 Kronen und mehr. Früher hatte man Höchstpreise dafür festgesetzt, die zwar auch hoch genug waren, jedoch lange nicht an die Preise von heuer heranreichen. Mag auch die Zufuhr jetzt schwieriger sein als sonst, so sind derartige Wucherpreise nicht gerechtfertigt. Sie machen es vielen Leuten unmöglich, sich heuer einen Baum zu kaufen. Auch der Putz für den Baum wurde unerschwinglich teuer. Kerzchen sieht man selten, und wenn sie zu haben sind, dann verkauft man eines, das ehedem 4 Heller kostete, für 60 bis 90 Heller. In vielen Geschäften taucht der Glasschmuck auf; es ist teilweise noch Friedensware, aber auch minder ausgeführte Kriegsware, von der sich ein Stück auf 60 Heller bis 2 Kronen stellt. Was nun ein Stück kostet, war früher der Preis für eine ganze Schachtel. Und gar erst die Zuckerwaren und Bäckereien! Sie sind keineswegs so selten, als man in dieser Zeit meinen würde. Man sieht seit wenigen Tagen in vielen Geschäften derartige Zusammenstellungen von Bäckereien und Zuckerln in Verpackung, jedoch zu wahnsinnigen Preisen. Eine kleine Schachtel mit wenigen Stücken stellt sich auf 20 Kronen und höher, wird doch für ein Stück Keks 20 bis 80 Heller gefordert. Man wundert sich, daß das Kriegswucheramt dem offenen Wucher nicht mehr entgegentritt und ihn sich breitmachen läßt, als wäre ihm keine Schranke gesetzt. Unter solchen Umständen und zu diesen hohen Preisen kann heute nur noch ein Kriegsgewinner einen Weihnachtsbaum schmücken.

Neue Freie Presse

20./XII. 1918

201

Hilfe für Wien aus der Schweiz.

Aus einem Gespräch mit dem schweizerischen Gesandten Dr. Bourcart.

Wien, 19. Dezember.

Der schweizerische Gesandte Dr. Bourcart war heute so liebenswürdig, einen unserer Redakteure zu empfangen und mit ihm über die Berner Meldung von einer bevorstehenden Hilfsaktion für Wien zu sprechen. Es ist möglich, daß die Mitteilungen des Bundespräsidenten Calonder sich sowohl auf eine Aktion der Entente mit Amerika wie auf eine Sonderaktion der Schweiz beziehen. Jedoch ist eine besondere Aktion der Schweiz auch nur im Einvernehmen mit der Entente möglich, einerseits weil die Schweiz durch ihre Handelsabkommen mit der Entente selbst ihre eigenen Produkte nicht ohne Genehmigung der Entente ausführen kann, und anderseits deshalb, weil die Schweiz manches nur liefern könnte, wenn die Entente bereit ist, ihr das Gelieferte zu ersetzen.

Dr. Bourcart betonte vor allem, in welcher intensiven Art und Weise sich die Schweizer Bundesverwaltung schon bisher mit der Frage beschäftigt hat, da ihr aus den Berichten ihres Wiener Vertreters die Wiener Notlage bekannt war. „In der Zeit vom 6. November bis zum 10. Dezember," sagte der Schweizer Diplomat, „hat die Bundesverwaltung nicht weniger als achtzehnmal verschiedene Schritte zugunsten Wiens unternommen, sei es, daß sie Wiener Ansuchen um Hilfeleistung weiter beförderte, sei es, daß sie selbst Schritte unternahm. Bereits am 5. November habe ich auf die drohende Hungersnot in Wien aufmerksam gemacht und gebeten, die im Artikel 5 (Bestimmungen zur See) des Waffenstillstandsvertrages vorgesehene Kommission unverzüglich einzusetzen. Ein Aide-Mémoire, in welchem die Lage der Stadt Wien geschildert war, wurde allen Vertretern der Entente überreicht. Zwei Tage darauf machte die österreichisch-ungarische Gesandtschaft in Bern auf den vollständigen Mangel an Stoffen, Leinwand, Nähfaden, Sanitätsmaterial und pharmazeutischen Artikeln aufmerksam, zu deren Ausfuhr aus der Schweiz die Bewilligung der Entente notwendig war. Andere Fragen, bei denen unsere Regierung zu vermitteln hatte, betrafen die Freigabe österreichischer Schiffe in Spanien und im Mittelmeer, um die Zufuhr argentinischen Getreides möglich zu machen, dann die Gestattung von Lebensmittelsendungen auf Ententeschiffen. Eine besonders wichtige Frage war die Kohlenversorgung Wiens. Es wurde auf die verzweifelte Lage Wiens aufmerksam gemacht und um die Einwirkung der Entente auf die czechische Regierung gebeten. Erst vor einigen Tagen wurde allen Ententeregierungen von den Schritten berichtet, welche das neutrale Wiener diplomatische Korps bei der Prager Regierung in der Frage der Kohlennot unternommen hat. Eine andere Frage betraf die Lebensmittellieferung aus den von den Ententetruppen und von Czecho-Slowaken besetzten Teilen Ungarns."

„Wie Sie sehen, handelt es sich da um einen ziemlich umfangreichen Komplex von Fragen. Dabei ist gar nicht berücksichtigt, die Intervention meiner Regierung in betreff der Ueberlassung der Lebensmittel im Kriegsgefangenenlager Siegmundsherberg an die Stadt Wien, eine Intervention, die, wie die „Neue Freie Presse" im heutigen Abendblatt gemeldet hat, von Erfolg begleitet gewesen ist; ja der König von Italien hat sogar entschieden, daß die Lebensmittel unentgeltlich zu überlassen sind. Meine Mitteilung vom Anfang November über die Notlage Wiens habe ich Anfang dieses Monats wieder ergänzt. Schon Anfang November habe ich bei meiner Regierung in Anregung gebracht, eine größere Sendung kondensierter Milch und Käse für Wien zur Verfügung zu stellen. Diese Anregung fand in Bern vollste Sympathie; jedoch war zur Ausführung des Planes die Zustimmung der Entente erforderlich, und gerade damals war die Hilfeleistung für Vorarlberg und Tirol auf der Tagesordnung. Diese Hilfeleistung ist bekanntlich bereits erfolgt und hat unter anderm auch in der Lieferung von Mehl bestanden. Sie war nur möglich durch die Zustimmung der Entente, die sich anscheinend bereit erklärt hat, der Schweiz, die ja selbst in bezug auf Getreide und Mehl auf fremde Zufuhren angewiesen ist, das nach Tirol und Vorarlberg Gelieferte zu ersetzen. In der gestrigen Sitzung des Nationalrates hat Bundespräsident Calonder gesagt: „Auch kondensierte Milch soll geliefert werden, wenn wir sie auch vom Munde absparen müssen; jedoch auch andere Waren sollten wir liefern können."

Ich habe," schloß Dr. Bourcart, „noch keine detaillierte Mitteilung über die geplante Hilfsaktion, jedoch scheint aus dem Worte des Bundespräsidenten ziemlich klar hervorzugehen, daß nicht nur die Lieferung kondensierter Milch diesmal möglich sein wird, sondern noch mehr geplant ist. Bundespräsident Calonder betonte gestern, daß die Schweiz, die ja selbst keine vier Millionen Einwohner hat, zwar unverzüglich die Verproviantierung der Großstadt Wien übernehmen könne; sie werde aber trachten, sofort dem Notstand in Wien zu steuern und in kleinem Maßstab der dringendsten Not abzuhelfen und später nach Tunlichkeit im Zusammenwirken mit der Entente die Versorgung Wiens zu erleichtern. Dagegen habe die Schweiz weder die Macht noch den Einfluß, auf die losgelösten Bestandteile der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie zugunsten Wiens einzuwirken; dazu sei einzig die Entente imstande.

An dem guten Willen der Schweiz, zu helfen, ist in Wien wohl nie gezweifelt worden; es ist bemerkenswert, daß der Antrag Jäger im Nationalrat, der die Hilfeleistung für Wien verlangt, von Vertretern aller Landesteile und Parteien unterschrieben war; Vertreter des Tessin und der welschen Schweiz haben in warmherzigen Worten den Antrag Jäger unterstützt. Die große Notlage in Wien ist einwandfrei festgestellt, die Not sowohl an Lebensmitteln wie auch die Not an Kohle; beidem muß unbedingt abgeholfen werden. Die Intervention der neutralen Diplomaten in Prag zugunsten der Kohlenversorgung Wiens zeigt deutlich, daß diese Notlage von unbefangenen neutralen Beobachtern als tatsächlich bestehend anerkannt und in ihrem ganzen bedrohlichen Charakter erfaßt wird. Hoffen wir zuversichtlich, daß die Menschlichkeit zu ihrem Rechte kommen wird, und es wird meinem Lande gewiß zur größten Genugtuung gereichen, an diesem edlen Werk mitgeholfen zu haben."

Berliner Lokalanzeiger 20/XII. 1918.

Richtlinien bei der Erfassung von Hamsterlagern.

Der Staatssekretär des Reichsernährungsamts hat nunmehr in einem Rundschreiben an die Bundesregierungen die vor kurzem angekündigten Richtlinien aufgestellt, die bei einer etwaigen Erfassung der sogenannten Hamsterlager in Stadt und Land für den allgemeinen Verbrauch zu beachten sind. Danach steht es im pflichtmäßigen Ermessen der Kommunalverbände als der eigentlichen Träger der Versorgungsregelung, unter Zuziehung des örtlichen Arbeiter- und Soldatenrats bzw. Bauernrats oder deren Beauftragten, ob sie nach Lage der örtlichen Verhältnisse glauben, auf solche Vorräte für Zwecke der Allgemeinheit zurückgreifen zu sollen. Tun sie es, so haben sie die Maßnahmen so durchzuführen, daß eine Verletzung berechtigter Interessen des einzelnen vermieden wird. Zu diesem Zwecke ist bestimmt, daß die Kommunalverbände zunächst mit einer Aufforderung zur freiwilligen Ablieferung und erst, wenn diese Aufforderung keinen Erfolg hat, mit Zwangsmaßnahmen vorgehen sollen. Besondere Rechtsgarantien sind für die Vornahme von Durchsuchungen geschaffen. Die Ablieferungspflicht darf nur auf die hauptsächlichsten der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegenden Gruppen von Lebensmitteln erstreckt werden. Sie darf aber auch nicht sämtliche Vorräte dieser Art umfassen, sondern den Eigentümern muß ein bestimmter angemessener Teil von jeder Art zur weiteren Verfügung belassen werden. Vorräte, die ohne Verletzung der geltenden Bewirtschaftungsvorschriften erworben sind (Ersparnisse aus behördlichen Zuteilungen und Hausschlachtungen, Erzeugnisse der Kleingartenwirtschaft und dgl.), dürfen keineswegs weggenommen werden. Für die abgelieferten oder zwangsweise in Anspruch genommenen Lebensmittel ist Vergütung in Geld zu gewähren, die sich im allgemeinen nach den am Orte geltenden Kleinhandelshöchstpreisen zu richten hat. Der Kommunalverband hat die von ihm auf diese Weise erlangten Vorräte zur Versorgung von Krankenhäusern und Lazaretten, für Massenspeisungen oder für sonstige gemeinnützige Zwecke zu verwenden.

Reichspost

21./XII. 1918

Die Schweizer Hilfe für Wien.

Telegrammwechsel zwischen Professor Ferrière und Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

Professor Ferriere hat aus Genf folgendes Telegramm an Bürgermeister Dr. Weiskirchner gerichtet: „Bin sehr glücklich, daß meine Schritte bei der schweizerischen Regierung und bei den amerikanischen Beauftragten ausgezeichnete Würdigung gefunden haben und Approvisionierungsmaßnahmen schon teilweise in Ausführung sind. Erhoffe rascheste Hilfe."

Bgm. Dr. Weiskirchner hat mit folgendem Telegramm erwidert: Wärmsten Dank für die erfreuliche Mitteilung. Ihre hochherzige Aufklärungstätigkeit über das in Wien herrschende Elend festigt in der Wiener Bevölkerung die Zuversicht, daß wir durch die Intervention des Auslandes, insbesondere des edlen Schweizervolkes, in absehbarer Zeit von der größten Not erlöst werden. Nehmen Sie für Ihr Fürsorgewerk den innigsten Dank entgegen und seien Sie versichert, daß Ihnen die Wiener für Ihre von reinster Menschlichkeit getragenen Bestrebungen in dankbarer Hochschätzung stets verbunden bleiben werden.

Wiens verdienstvolle Vergangenheit und trübe Zukunft; — ein Urteil des Auslandes.

Bern, 19. Dezember.

Die herzerhebende Art, in der Nationalrat Jäger unter Zustimmung der Führer sämtlicher Parteien eine Hilfeleistung für Wien angeregt und begründet hat, sowie die edle Menschlichkeit, mit der der Bundespräsident und die Sprecher aller die Schweiz bewohnenden Nationen für den Antrag Jäger eingetreten sind, finden in der gesamten Schweizer Oeffentlichkeit und Presse einmütigen, herzlichen Widerhall. Die herrschende Stimmung gipfelt in der Entschlossenheit, der Stadt Wien, die in der gesamten Kulturwelt so große Sympathien genießt, rasche und ausgiebige Hilfe zu verschaffen.

In einem großen „Für Wien" überschriebenen Leitartikel legt die „Basler Nationalzeitung" die Verpflichtung der ganzen Welt dar, Wien hilfreich beizustehen, jetzt und in Zukunft.

Man erinnert sich, schreibt das Blatt, wie großartig die Vereinigten Staaten die Hilfe für Belgien zu organisieren verstanden haben, und man kann sich nicht denken, daß Amerika ein Elend wird länger dulden wollen, dessen bloßes Vorhandensein eine Schande für jeden ist, der ein Menschenantlitz trägt. Niemand zweifelt an dem guten Willen der Amerikaner. Es wird nur notwendig sein, daß sie erfahren, wie sehr hier Eile nottut. Wenn der Krieg für alle viel zu lange gedauert hat, so gilt dies zu allererst für Wien. Es ist in den Waffenstillstand ohne Reserven eingetreten, nichts war vorhergesehen und nichts konnte auch vorhergesehen werden, weil das Ende des Krieges die furchtbare Wirkung hatte, die einstige Reichshauptstadt, die früher in der Mitte einer Zoll- und Menschengemeinschaft von 50 Millionen lag, plötzlich durch lauter nahe Zollgrenzen eines auf einmal feindlich gewordenen Auslandes abzusperren. Die ganzen Lebensvoraussetzungen für das Zusammenleben von mehr als zwei Millionen Menschen wurden ihnen gleichsam unter den Füßen fortgezogen. Nun hat sich tröstlich und hoffnungsvoll im schweizerischen Nationalrat das Gewissen der Menschheit geregt. Wien hat ein starkes Anrecht auf die Dankbarkeit der Menschheit. Es wäre verfehlt, allzuviel von der Hilfe der Tschechen und Ungarn zu erwarten, auch wenn die Entente diesen Verbündeten begreiflich machte, daß sie mit ihrer unmenschlichen Aushungerung sich selbst nichts nützen, sondern sich bloß entehren. Denn jene Länder sind zweifellos selbst stark desorganisiert und die dortigen Regierungen zu schwach, um ihre etwaigen Versprechungen durchsetzen zu können. Eine große Geste der Entente, rasche Hilfe der Amerikaner würde eine Tat sein, die in jedem Sinne Werte bewahrt und schafft, und sie würde zu jenen Gesten gehören, die auch noch nach Jahrhunderten nicht vergessen werden. Ein Redner hat gestern in Bern daran erinnert, daß Wiens Widerstand die Christenheit vor der Gefahr der türkischen Invasion gerettet und dadurch die Welt vor dem Rückfall in die Barbarei bewahrt hat. Vielleicht gäbe es, wenn Wien damals nicht opferwillig und heldenhaft widerstanden hätte, heute gar keine Republik der Vereinigten Staaten. Die Zukunft Wiens wird jedenfalls härter sein, als jene der meisten anderen Städte, selbst wenn heute das erwachende Gewissen das Aergste von ihm abwendet. Wien bleibt auf seine Verbindung mit den losgelösten Ländern angewiesen. Findet es sich nicht wieder zu ihnen, wobei man ja nicht an eine politische, sondern an eine wirtschaftliche Zusammengehörigkeit denken wird, dann ist es eine unglücklich gelegene Provinzstadt, die niemanden besitzt, für den sie zu arbeiten hat und der sie ernährt. Deutschböhmen wehrt sich verzweifelt gegen den tschechischen Terror, der sich auf angebliche Besitzverhältnisse vor 1620 beruft. In Mähren und Schlesien Gewalt und Unterdrückung, in der Bukowina, Siebenbürgen und der Slovakei Kämpfe, im deutschen Südtirol unauslöschlicher Haß der Vergewaltigten, und Wien, die noch vorhandene Hauptstadt eines nicht mehr vorhandenen Reiches, liegt rettungslos am Boden. Zweifacher Hilfe bedarf es: Einer Hilfe für den Augenblick. Die andere Hilfe aber ist notwendig, damit Wien lebe, als gleichberechtigtes Glied dieser Welt, der es so viel gegeben hat und auch noch geben könnte. Diese Hilfe aber kann nur darin bestehen, daß die Weltherren der Entente es verstehen, die Notwendigkeiten geographischer und wirtschaftlicher Zusammenhänge mit dem berechtigten Daseinswillen der neuen Nationalstaaten zu vereinigen. Die Art, wie sie auf den Hilferuf Wiens antworten, dürfte man als erste, entscheidende Probe nehmen, ob sie es verstehen, Dauerndes zu schaffen und sich nicht von Phrasen der verschiedenen Chauvinisten beherrschen lassen. Dies ist die dringende Sorge von morgen. Die dringende Sorge für heute ist unaufschiebbar. Die heutige edle, hilfsbereite Tat der Schweiz, die für alle Zeit ein Ehrentitel für sie sein wird, darf und wird nicht vergebens sein. Der in Bern erschollene Ruf „Für Wien" wirkt wie die erste Selbstbesinnung, glänzt wie das Morgenrot nach dunkler Nacht des Hasses.

Arbeiterzeitung

21./XII. 1918

20

Die Aussichten unserer Lebensmittelversorgung.

Wie aus allen bisherigen, von amtlicher Seite gegebenen Darstellungen bekannt ist, sind die Lebensmittelvorräte, die Deutschösterreich zur Verfügung hat, knapp am Ende angelangt. Wir sind daher schon im Laufe des kommenden Monats auf die Zufuhren von auswärts angewiesen, von denen vor allem die Lieferungen aus Ungarn in Betracht kommen. Ueber die Aussichten, die von dieser Seite bestehen, äußerte sich der Staatssekretär des deutschösterreichischen Volksernährungsamtes Herr Dr. Löwenfeld-Ruß einem unserer Mitarbeiter gegenüber folgendermaßen: Die Sendungen aus Ungarn, die zuletzt vertragsmäßig mit der ungarischen Regierung vereinbart wurden, sind bisher kontinuierlich geliefert worden, und die gestrige Meldung, wonach diese Lieferungen durch die ungarische Regierung eingestellt worden seien, entspricht nicht den Tatsachen. Es haben sich allerdings Stockungen sowohl bei uns, bei den Kompensationsartikeln, wie bei der Lieferung der Lebensmittel auf ungarischer Seite ergeben, da man einerseits unsere Transportschwierigkeiten nicht verkennen darf, wie man auch andererseits die Tatsache nicht übersehen darf, daß in Ungarn einzelne Gebiete von den Tschechen besetzt sind, was die Lieferung bestimmter Artikel zeitweilig ja behindern kann. In Ungarn sind in den letzten Tagen neuerlich Verfügungen getroffen worden, daß 200 Waggons mit Kartoffeln nach Wien abgehen, und wir werden diese wie alle anderen Artikel, die wir nach dem abgeschlossenen Vertrag, der mit Ende des Jahres abläuft, noch zu bekommen haben, sicherlich erhalten. Was die Lebensmittelaushilfe aus der Schweiz anlangt, so ist über eine solche bisher zwar keine amtliche Verständigung erfolgt, doch besteht wohl, nachdem sie von dem schweizerischen Gesandten in Aussicht gestellt wurde, kaum ein Zweifel, daß sie uns zuteil werden wird. Es muß das wohl auch umsomehr angenommen werden, nachdem ja heute schon Tirol und Vorarlberg von der Schweiz mit Lebensmitteln versorgt werden. Auch darüber, was die Entente in der Lebensmittelaushilfe zu tun gedenkt, fehlt bisher jede amtliche Nachricht und es steht wohl soviel fest, daß man grundsätzlich nicht abgeneigt sei, eine Aushilfe für Deutschösterreich zu gewähren. Zu übertriebenen Hoffnungen ist aber schon deshalb kein Anlaß, weil der Bedarf in Wien allein so groß ist, daß man sich in den Kreisen der Bevölkerung darüber zumeist keine richtige Vorstellung macht. Jetzt, wo wir ja auch für die Heeresverpflegung mit aufkommen müssen, brauchen wir in Wien allein nahezu fünfzig Waggons Mehl täglich und der Bedarf von Deutschösterreich überhaupt stellt sich auf mehr als hundert Waggons täglich.

Schwieriger noch als die Lebensmittelbeschaffung selbst gestaltet sich der Abbau der Preise, der jetzt allgemein erwartet wird. Vor allem offenbaren sich diese Schwierigkeiten bei den Fleischpreisen. Bisher ist bei den jetzigen Wiener Fleischpreisen, um die Differenz auszugleichen, die sich aus dem Gegensatz der hohen ungarischen Viehpreise und den Fleischverkaufspreisen ergeben hat, ein staatlicher Zuschuß von etwa 23 Millionen Kronen nötig gewesen. Das ist für die Dauer nicht zu ertragen, und es muß, wenn wir weiterhin in Ungarn einkaufen wollen, mit einer Erhöhung der Fleischpreise gerechnet werden. Auch das Pferdefleisch werde im Kilogrammpreis auf 11 Kronen erhöht werden müssen, weil das Fleisch von den billigen Demobilisierungspferden, mit denen wir durch zwei bis drei Wochen förmlich überflutet wurden, zu Ende ist und nun Schlachtpferde zu unverhältnismäßig hohen Preisen in Ungarn eingekauft werden müssen. Was die Versorgung mit Zucker betrifft, so vollziehen sich die Zufuhren aus Böhmen nur sehr langsam und schleppend. Auf Grund der Lieferungsvereinbarungen mit der tschechischen Regierung, die mit Ende Jänner ablaufen, haben wir bisher nur 25 Waggons erhalten. Wir haben diesen Zucker bisher allerdings ohne Kompensationen erhalten, werden aber in Zukunft eine Exportprämie zu leisten haben, so daß auch mit einer kleinen Erhöhung unserer Zuckerpreise zu rechnen sein wird. Zusammenfassend ist also die Situation eine solche, daß leider auch noch für die nächste Zukunft eine Reihe sehr wesentlicher Schwierigkeiten bei unserer Lebensmittelversorgung nicht zu überwinden sein werden.

21/XII. 1918

205

Die Nahrungsmittelhilfe der Schweiz für Deutschösterreich und Wien.

Professor Ferrière hat aus Genf folgendes Telegramm an Bürgermeister Dr. Weiskirchner gerichtet: „Bin sehr glücklich, daß meine Schritte bei der schweizerischen Regierung und bei den amerikanischen Beauftragten ausgezeichnete Würdigung gefunden haben und Approvisionierungsmaßnahmen schon teilweise in Ausführung sind. Erhoffe rascheste Hilfe."

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat mit folgendem Telegramm erwidert: „Wärmsten Dank für die erfreuliche Mitteilung. Ihre hochherzige Aufklärungstätigkeit über das in Wien herrschende Elend festigt in der Wiener Bevölkerung die Zuversicht, daß wir durch die Intervention des Auslandes, insbesondere des edlen Schweizervolkes, in absehbarer Zeit von der größten Not erlöst werden. Nehmen Sie für Ihr Fürsorgewerk den innigsten Dank entgegen und seien Sie versichert, daß Ihnen die Wiener für Ihre von reinster Menschlichkeit getragenen Bestrebungen in dankbarer Hochschätzung stets verbunden bleiben werden."

Hilfsaktion des Roten Kreuzes für die Spitäler Deutschösterreichs und für Wien.

Erfolg der Aktion Professor Ferrières.

Dem Bundespräsidenten der Deutschösterreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz, Grafen Traun, ist heute nachstehendes Telegramm des Professors Ferrière aus Genf zugekommen:

„Graf Traun, Präsident des österreichischen Roten Kreuzes, Wien, Milchgasse Nr. 1. Genf, Schweiz. Auf telegraphischem Wege habe ich bei Herrn Hoover in Paris und beim amerikanischen Roten Kreuz in Bern wegen der Hilfsaktion für die Spitäler Wiens und in Deutschösterreich, und zwar mit guten Aussichten auf Erfolg vorgesprochen. Ich habe auch Anlaß, ein gutes Resultat meines Einschreitens für die Versorgung Wiens und Deutschösterreichs von der Schweizer Regierung und den amerikanischen Vertretungen zu erwarten. Meine Fürsprache wurde günstig aufgenommen, und die Ausführung ist teilweise bereits im Zuge. Bin sehr beglückt, eine hoffnungsfreudige und bessere Lage feststellen zu können. Herzlichen Dank für Ihre ausgezeichnete Aufnahme. Ferrière."

Der Bundespräsident hat sofort nach Erhalt der Depesche Professor Ferrière namens der notleidenden Spitäler und der schwergeprüften Bevölkerung Wiens und Deutschösterreichs für die tatkräftige Förderung der Hilfsaktion des Roten Kreuzes bei der Schweizer Regierung und den amerikanischen Vertretern den allerherzlichsten Dank ausgesprochen und die Bitte beigefügt, auch in Hinkunft dem Liebeswerk des deutschösterreichischen Roten Kreuzes die weitestgehende Unterstützung angedeihen zu lassen.

Fremdenblatt

21./XII. 1918

286

Die Lebensmittelhilfe der Schweiz.

Prof. Ferrière hat aus Genf folgendes Telegramm an Bürgermeister Dr. Weiskirchner gerichtet:

Bin sehr glücklich, daß meine Schritte bei der schweizerischen Regierung und bei den amerikanischen Beauftragten ausgezeichnete Würdigung gefunden haben und Approvisionierungsmaßnahmen schon teilweise in Ausführung sind. Erhoffe rascheste Hilfe.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat mit folgendem Telegramm erwidert: Wärmsten Dank für die erfreuliche Mitteilung. Ihre hochherzige Aufklärungstätigkeit über das in Wien herrschende Elend festigt in der Wiener Bevölkerung die Zuversicht, daß wir durch die Intervention des Auslandes, insbesondere des edlen Schweizervolkes, in absehbarer Zeit von der größten Not erlöst werden. Nehmen Sie für Ihr Fürsorgewerk den innigsten Dank entgegen und seien Sie versichert, daß Ihnen die Wiener für Ihre von reinster Menschlichkeit getragenen Bestrebungen in dankbarer Hochschätzung stets verbunden bleiben werden.

Die Schweizer Hilfsaktion für unsere Spitäler.

Dem Bundespräsidenten der Deutschösterreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz Grafen Traun ist nachstehendes Telegramm des Professors Ferriere aus Genf zugekommen:

„Auf telegraphischem Wege habe ich bei Herrn Hoover in Paris und beim amerikanischen Roten Kreuz in Bern wegen der Hilfsaktion für die Spitäler Wiens und in Deutschösterreich, und zwar mit guten Aussichten auf Erfolg, vorgesprochen. Ich habe auch Anlaß, ein gutes Resultat meines Einschreitens für die Versorgung Wiens und Deutschösterreichs von der Schweizer Regierung und den amerikanischen Vertretungen zu erwarten. Meine Fürsprache wurde günstig aufgenommen, und die Ausführung ist teilweise bereits im Zuge. Bin sehr beglückt, eine hoffnungsfreudige und bessere Lage feststellen zu können. Herzlichen Dank für Ihre ausgezeichnete Aufnahme. Ferriere."

Der Bundespräsident hat sofort für die tatkräftige Förderung der Hilfsaktion des Roten Kreuz bei der Schweizer Regierung und den amerikanischen Vertretern den allerherzlichsten Dank ausgesprochen und die Bitte beigefügt, auch in Hinkunft dem Liebeswerke des Deutschösterreichischen Roten Kreuzes die weitestgehende Unterstützung angedeihen zu lassen.

Rührender Appell aus Schweizer Blättern.

In einem großen „Für Wien" überschriebenen Leitartikel legt die „Basler Nationalzeitung" die **Verpflichtung der ganzen Welt** dar, Wien hilfreich beizustehen, jetzt und in Zukunft. Man erinnert sich, schreibt das Blatt, wie großartig die Vereinigten Staaten die Hilfe für Belgien zu organisieren verstanden haben, und man kann sich nicht denken, daß Amerika ein Elend wird länger dulden wollen, dessen bloßes Vorhandensein eine Schande für jeden ist, der ein Menschenantlitz trägt. Niemand zweifelt an dem guten Willen der Amerikaner. Es wird nur notwendig sein, daß sie erfahren, wie sehr hier Eile nottut. Wenn der Krieg für alle viel zu lange gedauert hat, so gilt dies zu allererst für Wien. Es ist in den Waffenstillstand ohne Reserven eingetreten, nichts war vorgesehen und nichts konnte auch vorgesehen werden, weil das Ende des Krieges die furchtbare Wirkung hatte, die einstige Reichshauptstadt, die früher in der Mitte einer Zoll- und Menschengemeinschaft von 50 Millionen Menschen lag, plötzlich durch lauter nahe Zollgrenzen eines auf einmal feindlich gewordenen Auslandes abzusperren. Die ganzen Lebensvoraussetzungen für das Zusammenleben von mehr als zwei Millionen Menschen wurden ihnen plötzlich gleichsam unter den Füßen fortgenommen. Nun hat sich tröstlich und hoffnungsvoll im schweizerischen Nationalrat das Gewissen der Menschheit geregt. **Wien hat ein starkes Anrecht auf die Dankbarkeit der Menschheit.**

Es wäre verfehlt, allzuviel von der Hilfe der Tschechen und Ungarn zu erwarten, auch wenn die Entente diesen Verbündeten begreiflich machte, daß sie mit ihrer unmenschlichen Aushungerung sich selbst nichts nützen, sondern sich bloß entehren. Denn jene Länder sind selbst zweifellos stark desorganisiert und die dortigen Regierungen zu schwach, um ihre etwaigen Versprechungen durchsetzen zu können. Eine große Geste der Entente, rasche Hilfe der Amerikaner würde eine Tat sein, die in jedem Sinne Werte bewahrt und schafft, und sie würde zu jenen Gesten gehören, die auch **noch nach Jahrhunderten nicht vergessen werden.** Ein Redner hat gestern in Bern daran erinnert, daß Wiens Widerstand die Christenheit vor der Gefahr der türkischen Invasion gerettet und dadurch die Welt vor dem Rückfall in die Barbarei bewahrt hat. Vielleicht gäbe es, wenn Wien damals nicht opferwillig und heldenhaft widerstanden hätte, heute gar keine Republik der Vereinigten Staaten. Die Zukunft Wiens wird jedenfalls härter sein als jene der meisten anderen Städte, selbst wenn heute das erwachende Gewissen das Aergste von ihm abwendet.

Wien bleibt auf seine Verbindung mit den losgelösten Ländern angewiesen. Findet es sich nicht wieder zu ihnen, wobei man ja an keine politische, sondern an eine wirtschaftliche Zusammengehörigkeit denken wird, dann ist es eine unglücklich gelegene Provinzstadt, die niemanden besitzt, für den sie zu arbeiten hat und der sie ernährt.

Deutschböhmen wehrt sich verzweifelt gegen den tschechischen Terror, der sich auf angebliche Besitzverhältnisse vor 1620 beruft. In Mähren und Schlesien Gewalt und Unterdrückung, in der Bukowina, Siebenbürgen und der Slowakei Kämpfe, im deutschen Südtirol unauslöschlicher Haß der Vergewaltigten, und Wien, die noch vorhandene Hauptstadt eines nicht mehr vorhandenen Reiches liegt rettungslos am Boden.

Zweifacher Hilfe bedarf es: Einer Hilfe für den Augenblick. Die andere Hilfe aber ist notwendig, damit Wien lebe als gleichwertiges **Glied dieser Welt, der es so viel gegeben hat und wohl auch noch geben könnte.** Diese Hilfe aber kann nur darin bestehen, daß die Weltherren der Entente es verstehen, die Notwendigkeiten geographischer und wirtschaftlicher Zusammenhänge mit dem berechtigten Daseinswillen der neuen Nationalstaaten zu vereinigen. Die Art, wie sie auf den Hilferuf Wiens antworten, dürfte man als erste, entscheidende Probe nehmen, ob sie es verstehen, Dauerndes zu schaffen, und sich nicht von Phrasen der verschiedenen Chauvinisten beherrschen lassen.

Dies ist die dringende Sorge von morgen. Die dringende Sorge für heute ist unaufschiebbar. Die heutige, edle, hilfsbereite Tat der Schweiz, die für alle Zeit ein Ehrentitel für sie sein wird, darf und wird nicht vergebens sein. Der in Bern erschollene Ruf „Für Wien" wirkt wie die erste Selbstbesinnung, glänzt wie das Morgenrot nach der langen Nacht des Hasses.

Neues Wiener Tagblatt
21./XII. 1918
207

Intervention des Professors Ferriere beim amerikanischen Lebensmittelkommissär.

Telegramme an den Grafen Traun und an den Bürgermeister.

Von den Gesinnungen, welche in der Schweiz für Wien herrschen, haben wir durch die in unserm Blatte veröffentlichten Aeußerungen des verdienstvollen Schweizer Gesandten in Wien, Herrn Doktor Bourcart, sowie jene, die wir vor wenigen Tagen aus dem Munde des Professors Ferriere entgegennehmen konnten, einen Eindruck erhalten, der nicht so bald wird verwischt werden können. Dazu gesellten sich dann die erst vorgestern mitgeteilten Debatten im Schweizer Bundesrate sowie die Berichte über die fortgesetzte Tätigkeit Professor Ferrieres in seinem Vaterlande, wo er als hervorragender Anwalt der Menschlichkeit immer wieder die Bemühungen Herrn Dr. Bourcarts zum Zwecke der Hilfeleistung für die schwer heimgesuchte Bevölkerung Wiens unterstützt. Nun ist gestern beim Bundespräsidenten des Roten Kreuzes Grafen Traun ein neues Telegramm von Professor Ferriere eingelaufen, das man bei uns sicherlich nur mit den Gefühlen des aufrichtigsten Dankes willkommen heißen wird. Das aus Genf datierte Telegramm, welches zeigt, daß sich Professor Ferriere unverweilt auch mit dem amerikanischen Lebensmittelkontrollor Mr. Hoover in Verbindung gesetzt hat, lautet:

Neues Wiener Tagblatt
21./XII. 1918
208

Die Lebensmittelhilfe der Schweiz.

Bern, 19. Dezember. Die herzerhebende Art, in der Nationalrat Jäger unter Zustimmung der Führer sämtlicher Parteien eine Hilfeleistung für Wien angeregt und begründet hat, sowie die edle Menschlichkeit, mit der der Bundespräsident und die Sprecher aller die Schweiz bewohnenden Nationen für den Antrag Jäger eingetreten sind, finden in der gesamten Schweizer Oeffentlichkeit und Presse einmütigen, herzlichen Widerhall. Die herrschende Stimmung gipfelt in der Entschlossenheit, der Stadt Wien, die in der gesamten Kulturwelt so große Sympathien genießt, rasche und ausgiebige Hilfe zu verschaffen.

„Auf telegraphischem Wege habe ich bei Herrn Hoover in Paris und beim amerikanischen Roten Kreuz wegen der Hilfsaktion für die Spitäler Wiens und in Deutschösterreich, und zwar mit guten Aussichten auf Erfolg, vorgesprochen.

Ich habe auch Anlaß, ein gutes Resultat meines Einschreitens für die Versorgung Wiens und Deutschösterreichs von der Schweizer Regierung und den amerikanischen Vertretungen zu erwarten. Meine Fürsprache wurde günstig aufgenommen und die Ausführung ist teilweise bereits im Zuge. Bin sehr beglückt, eine hoffnungsfreudige und bessere Lage feststellen zu können. Herzlichen Dank für Ihre ausgezeichnete Aufnahme. Ferriere."

Graf Traun hat sofort nach Erhalt der Depesche Professor Ferriere namens der notleidenden Spitäler und der Bevölkerung Wiens und Deutschösterreichs für die tatkräftige Förderung der Hilfsaktion des Roten Kreuzes den allerherzlichsten Dank ausgesprochen und die Bitte beigefügt, auch in Hinkunft dem Liebeswerk des deutschösterreichischen Roten Kreuzes die weitestgehende Unterstützung angedeihen zu lassen.

* * *

Professor Ferriere hat ferner folgendes Telegramm an Bürgermeister Dr. Weiskirchner gerichtet: „Bin sehr glücklich, daß meine Schritte bei der schweizerischen Regierung und bei den amerikanischen Beauftragten ausgezeichnete Würdigung gefunden haben und Approvisionierungsmaßnahmen schon teilweise in Ausführung sind. Erhoffe rascheste Hilfe."

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat mit folgendem Telegramm erwidert: „Wärmsten Dank für die erfreuliche Mitteilung. Ihre hochherzige Aufklärungstätigkeit über das in Wien herrschende Elend festigt in der Wiener Bevölkerung die Zuversicht, daß wir durch die Intervention des Auslandes, insbesondere des edlen Schweizer Volkes, in absehbarer Zeit von der größten Not erlöst werden. Nehmen Sie für Ihr Fürsorgewerk den innigsten Dank entgegen und seien Sie versichert, daß Ihnen die Wiener für Ihre von reinster Menschlichkeit getragenen Bestrebungen in dankbarer Hochschätzung stets verbunden bleiben werden."

Neue Freie Presse

Abendl

21./XII. 1918

a 21

209

Die Schweizer Presse für die Erhaltung Wiens als Kulturstadt.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Bern, 20. Dezember.

Die einstimmige Annahme des Antrages Jäger hat in der gesamten Presse der Schweiz die wärmste Zustimmung gefunden. Die west- und ostschweizerischen Blätter verweisen gleicherweise auf die unvergleichliche kulturelle und historische Bedeutung Wiens und beglückwünschen die Bundesversammlung zur Betonung des neuerwachenden europäischen und menschlichen Solidaritätsgefühls.

Die „Baseler Nationalzeitung" schreibt: „Auf verschiedene Weise soll versucht werden, das Aergste von der unendlich geprüften Stadt abzuwenden, einerseits durch rasche Hilfe seitens der Eidgenossenschaft selbst, dann durch Einwirken auf die Nachbarn Wiens, Czechen und Ungarn, jener Stadt nicht zu vergessen, die jahrhundertelang der Mittelpunkt ihrer Geschichte war, schließlich aber durch Fürsprache bei der Entente.

Eine große Geste der Entente, rasche Hilfe der Amerikaner würde eine Tat sein, die in jedem Sinne Werte bewahrt und schafft, und sie würde zu jenen Gesten gehören, die auch noch nach Jahrhunderten nicht vergessen werden.

Zweifacher Hilfe bedarf es: einer für den Augenblick; sie besteht in Milch, Brot, Fleisch, Kohlen, Fett, Medikamenten, Kleidern und Schuhen, kurz alles, was man braucht, um nicht sofort zu sterben. Die andere Hilfe aber ist notwendig, damit Wien lebe, nicht als kümmerlicher Bettler, sondern als gleichberechtigtes Glied dieser Welt, der es so viel gab, und wohl auch noch geben könnte. Diese Hilfe aber kann nur darin bestehen, daß die Weltherren der Entente verstehen, die Notwendigkeiten der geographischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge mit dem berechtigten Daseinswillen der neuen Nationalitäten zu vereinigen. Die Art, wie sie auf den Hilferuf Wiens antworten, dürfte man als erste entscheidende Probe nehmen, ob sie verstehen, Dauerndes zu schaffen, und sich nicht von Phrasen verschiedener Chauvinisten beherrschen lassen. Dies ist die dringende Sorge von morgen. Die Sorge für heute, unaufschiebbar, ist, daß Wien nicht aufhöre, daß mit der ehemaligen Hauptstadt nicht auch ihre Bewohner ehemalig werden. Die edle, hilfsbereite Tat der Schweiz, die für alle Zeit ein Ehrentitel für sie sein wird, darf und wird nicht vergebens sein. Der in Bern erschollene Ruf: „Für Wien!" wirkt wie erste Selbstbesinnung, glänzt wie Morgenrot nach der langen Nacht des Hasses."

Neue Freie Presse

Abendbl. 210
21./XII. 1918

Weihnachtsspenden an Wiener Kinder aus der Schweiz.

Zürich, 20. Dezember. (T.-K.)

Die „Neue Züricher Zeitung" veröffentlicht einen Aufruf aus Züricher Frauenkreisen zur Bildung eines Komitees für Weihnachtsspenden an die Wiener Kinder. Gleichzeitig wurde an das volkswirtschaftliche Departement die Bitte gerichtet, die Ausfuhr mehrerer Waggons Weihnachtsgeschenke zu bewilligen.

Berner Bund 21./XII. 1918.

Hilfe für Wien

Aus allen Teilen der Schweiz kommen Anerbieten, die den Wienern helfen möchten, so sehr geht ihnen die Not der Stadt zu Herzen. So wird uns vom Lande „von mehreren Kartenbesitzern" geschrieben, daß jeder rechtdenkende Schweizer diesen Monat noch mindestens 200 Gramm Brot, 50 Gramm Käse und ein Liter Milchkarte sich absparen und es an einer Sammelstelle für Wien abgeben solle. Ein welscher Eidgenosse schreibt uns:

En vue de venir en aide aux habitants de Vienne, menacés de la famine, et tout spécialement aux enfants, ne serait-il pas possible d'organiser dans toute la Suisse une souscription, qui permettrait de faire un envoi de lait condensé. De nombreuses familles possèdent certainement quelques boîtes de lait condensé et en réunissant, dans chaque localité, ce qui y est disponible, on obtiendra une provision qui ne serait pas négligeable, et nous contribuerions ainsi à soulager bien des misères. G.

Oesterreichische Preßstimmen

Sp. Wien, 20. d. ag. (W. K. B.) Die Blätter begrüßen dankbar die Hilfsaktion der Schweiz für Wien. Die „Reichspost" schreibt: Die Schweiz hat sich stets als Hort der Menschlichkeit erwiesen. Die vielen Kriegsgefangenen, die sich auf Schweizerboden von den Folgen ihrer Verwundungen und Leiden in der Gefangenschaft erholt haben, legen in der ganzen Welt Zeugenschaft ab, für den Edelsinn der Schweizer Bevölkerung, die trotz eigener Nöte stets bereit war, anderen, die sich in noch schlimmerer Lage befinden, zu helfen. Auch jetzt, in der schweren Bedrängnis der Stadt Wien, ist es wiederum die Schweiz, die nicht nur unsere Hilferufe an Amerika kräftig unterstützt, sondern sich auch selbst Einschränkungen auferlegt, um uns in unserer Notlage mit ihren eigenen beschränkten Mitteln zu Hilfe zu eilen. Während keines der Völker, die mit Deutschösterreich Jahrhunderte hindurch in enger staatlicher Gemeinschaft verbunden gewesen waren, die Hand rührt, vereinigen sich in der Schweiz die Vertreter der französischen und italienischen Landesteile mit den Deutschschweizern in dem edelsinnigen Wunsche, der von Hungersnot bedrohten Hauptstadt des Nachbarstaates mit allen Kräften beizustehen. In der Not erkennt man seine wahren Freunde, und die Wiener werden die edle, menschenfreundliche Haltung der Schweizer niemals vergessen.

Das „Neue Wiener Abendblatt" schreibt: Die Schweiz hat sich jetzt den besonderen Dank Wiens verdient. Das schweizerische Staatswesen hat seit vier Jahren so getreu die Pflichten der Neutralität mit denen der Humanität zu vereinigen gewußt. Jetzt nimmt die Schweiz abermals das schöne Vorrecht für sich in Anspruch, bei einem Werke der Humanität die Führung zu ergreifen.

Die „Neue Freie Presse" hebt die energische Initiative des schweizerischen Gesandten Bourcart und das Verhalten des Königs von Italien hervor, denen es zu verdanken sei, daß die unentgeltliche Ueberlassung der Lebensmittelvorräte der italienischen Gefangenenlager an die Gemeinde Wien zustande kam.

Berner Bund 22/XII. 1918

2/B

Die Umwälzung in Österreich-Ungarn

Wien, 20. d. ag. (W. K. B.) Verspätet. Der Bundespräsident des deutschösterreichischen Roten Kreuzes erhielt von Oberst Merma, dem Kommandanten des italienischen Departements in Siegmundsberg, ein Telegramm, demzufolge der König von Italien gestattet, daß die für den Bedarf der italienischen Truppen und der Internierten des Kriegsgefangenenlagers Siegmundsberg überzähligen Lebensmittelpakete an das deutschösterreichische Rote Kreuz für die notleidende Bevölkerung Wiens unentgeltlich ausgefolgt werden.

Hilfe für Wien

Wien, 21. d. ag. (W. K. B.) Der Bundespräsident des deutschösterreichischen Roten Kreuzes, Graf Traum, erhielt von Prof. Ferrière ein Telegramm, in dem dieser mitteilt, daß er telegraphisch bei Hoover, in Paris und beim amerikanischen Roten Kreuz in Bern wegen einer Hilfsaktion für die Bevölkerung Wiens und Deutschösterreichs und zwar mit guter Aussicht auf Erfolg vorgesprochen habe. Er habe auch Anlaß, ein gutes Resultat seines Einschreitens für die Versorgung Wiens und Deutschösterreichs seitens der schweizerischen Regierung und der amerikanischen Vertretungen zu erwarten. Seine Fürsprache werde günstig aufgenommen, und die Ausführung sei teilweise bereits im Zuge. Er schätze sich glücklich, eine hoffnungsfreudige Besserung der Lage feststellen zu können und dankt schließlich für die ausgezeichnete Aufnahme in Wien.

In seinem Antworttelegramm drückt der Bundespräsident Traum Prof. Ferrière für seine tatkräftige Förderung der Hilfsaktion den allerherzlichsten Dank aus.

Wien, 21. d. ag. (W. K. B.) Prof. Ferrière hat aus Genf folgendes Telegramm an den Bürgermeister Weißkirchner gerichtet: Ich bin sehr glücklich, daß meine Schritte bei der schweizerischen Regierung und bei den amerikanischen Beauftragten eine ausgezeichnete Würdigung gefunden haben und die Lebensmittelversorgungs-Maßnahmen schon teilweise in Ausführung sind. Ich erhoffe raschestе Hilfe.

Weißkirchner antwortete telegraphisch: Wärmsten Dank für Ihre erfreuliche Mitteilung. Ihre hochherzige Aufklärungstätigkeit über das in Wien herrschende Elend festigt in der Wiener Bevölkerung die Zuversicht, daß wir durch die Intervention des Auslandes, insbesondere des edlen Schweizervolkes, in absehbarer Zeit von der größten Not erlöst sein werden. Nehmen Sie für Ihre Fürsorge den innigsten Dank entgegen und seien Sie versichert, daß Ihnen die Wiener für Ihre von reinster Menschlichkeit getragenen Bestrebungen in dankbarer Hochschätzung stets verbunden bleiben werden.

Österr. Volkszeitung

22/XII. 1918

2 A 3

* **Englische Weihnachtsgaben für Wiener Kinder.** Eine englische Kolonne vom Roten Kreuz, die mit Nahrungsmitteln für die kriegsgefangenen Ententesoldaten und die interniert gewesenen Engländer hieher gekommen ist, weilt, wie schon berichtet, in Wien. Ihr Führer Oberst Summerbayes erhielt die Weisung, sich auch über die Ernährungsverhältnisse in Wien zu unterrichten, und besuchte die Kinderklinik des Professors Baron Pirquet in der Lazarettgasse, und unter Führung der Frau v. Miari auch Volkskriegsküchen, wobei er, anscheinend tief ergriffen, Bilder der bittersten Not kennen lernte. Der englische Offizier erklärte immer wieder und bat Frau v. Miari, seine Worte den Anwesenden zu übersetzen, bisher habe man sich bekriegt, jetzt aber müsse das ganze Streben darauf gerichtet sein, völkerversöhnend zu wirken. Die Entente sei bereit, in weitestgehender Weise Hilfe zu bringen. Oberst Summerbayes hat bereits diesbezügliche Depeschen an die Entente gerichtet und glaubt, daß bald eine Sendung von Kondensmilch und von Baumwollwaren zur Bekleidung der ärmsten Kinder eintreffen wird. Die bedürftigsten von ihm besuchten Familien erhielten sofort einen größeren Geldbetrag.

Reichspost

22./XII. 1918

214

Rührende Schweizer Hilfsbereitschaft für Wien.

TK. Bern, 21. Dezember.

Der „Berner Bund" schreibt: Wie sehr unserer Bevölkerung die Not der Wiener ans Herz greift und wie eifrig sie nach Mitteln sucht, um zu helfen, mag die Anregung zeigen, die uns von einigen Berner Frauen übermittelt worden ist. Es handelt sich um den Vorschlag, daß die Schweizer Frauen, denen ihre finanzielle Lage es erlaubt, als Weihnachtsgabe der Hungernden Bevölkerung von Wien ein Opfer bringen, indem sie auf einen Teil der ihnen zu Gebote stehenden monatlichen Lebensmittelration verzichten. Aus allen Teilen der Schweiz kommen Anerbieten, die den Wienern helfen möchten; so sehr geht ihnen die Not der Stadt zu Herzen. So wird uns vom Lande „von mehreren Kartenbesitzern" geschrieben, daß jeder rechtdenkende Schweizer diesen Monat noch mindestens 200 Gramm Brot, 20 Gramm Käse und einen Liter Milch sich absparen und an einer Sammelstelle „für Wien" abgeben solle.

Ein welscher Eidgenosse schreibt dem Blatt: Wäre es, um den notleidenden Wienern, insbesondere den Kindern, zuhilfe zu kommen, nicht möglich, in der ganzen Schweiz eine Subskription einzuleiten, die die Absendung von Kondensmilch zuwege brächte? Zahlreiche Familien besitzen sicherlich einige Büchsen Kondensmilch. Man könnte diese verfügbaren Quantitäten an einem Orte sammeln und wir könnten mit dieser sicher nicht zu unterschätzenden Sendung zur Linderung des Elends in Wien beitragen.

Auch die übrigen Blätter bringen Zuschriften mit Anregungen von humanitären Vereinigungen und Einzelpersonen.

•

Nach viereinhalb Jahren standhafter und tapferer Verteidigung ist das Volk Deutschösterreichs in tiefe Demütigungen gestürzt worden. Daß die Schweizer es sind, die in unserem Unglück als die Ersten unserer Bevölkerung mit liebreicher Menschlichkeit gedenken, ist eine neuerliche Bekundung des Edelmutes, den die Schweizer unseren heimkehrenden Invaliden und Zivilinternierten so oft bewiesen haben.

Man wird in Deutschösterreich den Schweizern diese hochherzigen Gesinnungen — vor allem, daß sie als die Ersten werkätig helfen — nicht vergessen.

Nationals-Zeitung 23./XII. 1918.

205

Hilfe für Deutschland und Oesterreich.

London, 21. Dez. ag. (Reuter.) Der „Daily Expreß" glaubt zu wissen, daß der amerikanische Lebensmittelkommissär Hoover Montag in Bern mit der Gemeindeverwaltung von Wien zusammentreffen werde. Vertreter der englischen und französischen Regierung werden der Besprechung beiwohnen, die sich auf die Bedürfnisse der österreichischen Republik beziehen werden. Diese Aussprache wird gleichzeitig zur Vorbereitung der Verhandlungen dienen, die über die allgemeine Versorgung der Zentralmächte geführt werden. Man wird zu diesem Zwecke vor Beginn der Friedenskonferenz einen bestimmten Plan annehmen.

Z. **Wien**, 22. Dez. (Prwattel.) Die Teilnahme der Schweiz an dem schweren Schicksal, das Wien betroffen hat, die werktätige Hilfe, die in Aussicht gestellt wird, die telegraphischen Mitteilungen darüber und die Debatte des schweiz. Nationalrates haben in Wien freudigsten und dankbarsten Widerhall gefunden.

A. C. **Wien**, 22. Dezember. (Privattelegr.) Der Wiener Vizebürgermeister Reumann, der mich in Abwesenheit des Bürgermeisters Weißkirchner empfing, stellte mir einige Daten über die Ernährungslage Wiens zur Verfügung, die in dem Bericht des Wiener Gemeinderates an den Stadtrat über die Versorgung der Stadt enthalten sind. Diese Angaben reden eine furchtbare Sprache; sie machen begreifen, daß die von der Schweiz angekündigte Hilfe mit so herzlicher Dankbarkeit aufgenommen wird und der schweiz. Gesandte in Wien, Minister Bourcard, so lebhafter Sympathiekundgebungen der Bevölkerung begegnet. Wien bedarf einer ausgiebigen und raschen Hilfe; denn die letzten Vorräte werden bis Mitte Januar auch bei äußerster Sparsamkeit aufgebraucht sein. Ergänzungen aus dem ehemaligen Ungarn sind fast unmöglich, und die übrigen neuen Nationalstaaten sind noch nicht genügend organisiert, sodaß die nach langen Verhandlungen endlich nach Wien geleiteten Sendungen häufig unterwegs stecken bleiben oder gar eigenmächtig umdirigiert werden. Dazu kommen Eisenbahnerstreiks, Streiks der Bergwerkarbeiter, sonstige Unruhen an verschiedenen Orten. Selbst bei dem besten Willen der Nachbarstaaten Wiens kommt mit Ausnahme von Fleisch, das möglicherweise aus Oberösterreich hereinzubekommen ist, für die Zufuhr nach Wien lediglich die Schweiz, vor allem aber auch die Ententestaaten in Betracht. Am nötigsten brauchen wir Mehl, Fett und Kartoffeln; wohltätig wäre Kondensmilch. Was immer kommt, wird dankbarst angenommen. Das Ausbleiben rascher Hilfe wird trotz der bewundernswerten Geduld der Bevölkerung katastrophal wirken; schwerste Hungerunruhen wären unausbleiblich. Unverantwortliche extreme Elemente würden die Herrschaft an sich reißen.

Von den vielen Ziffern des Elends, die Vizebürgermeister Reumann mir nannte, seien nur einige angeführt. Der Physiologe der Wiener Universität, Dürig, berechnet den Wert der täglichen Nahrung der Wiener, wenn alle Lebensmittelkarten eingelöst würden, mit 746 Kalorien für Tag auf den Kopf; die Wissenschaft verlangt aber 3500 bis 5500 Kalorien. Tatsächlich werden aber nicht einmal die Quanten der Lebensmittelkarten eingelöst; die Waren fehlen. Schreckliche Unterernährung ist die Folge. Gewichtsabnahmen bis 40 Kilo sind in Wien häufig. Die Todesfälle betrugen im Juni des Vorjahres 20 gegen 15 Promille vor dem Kriege. Bei den untersuchten fünfjährigen Ferienkindern betrug das Durchschnittsgewicht heuer 29 gegen 45 Kilo normal. Die Greisensterblichkeit ist furchtbar; im städtischen Altersasyl bildet Kraut die ausschließliche Nahrung. Im August 1918 waren 14 Prozent aller Todesfälle Hungertod. Das Elend ist entsetzlich. Wien steht um sofortige Hilfe; sonst geht es zugrunde.

Nationalzeitung 23./XII. 1918.

216

Hilfe für Wien.

Liebe Schweizerkinder!

Wißt Ihr noch, wie man Euch vor Jahren einmal zusammenrief, den armen, heimatlosen Belgierkindern eine Weihnachtsfreude zu machen, und wie Ihr glückliche Schweizerkinder dann gekommen seid, mit vielen Päcklein voll Schokolade, Gutzeli, Spielsachen. Wollt Ihr nun noch einmal teilen mit andern, mit so unsäglich armen Kindern, daß Ihr es Euch nicht denken könnt, wie elend sie sind. Wohl haben es auch bei uns lange nicht alle gut. Aber unser Ländli hat keinen Krieg und darum auch nicht die ganz große, ganz schreckliche Not, wie die armen Kinder, insbesondere unsere Schweizerkinder in Wien. Wohl haben sie noch eine Stube. Aber sie ist eisig kalt und warme Kleider zum zudecken sind längst nicht mehr da. Keinen Löffel voll Suppe um sich zu wärmen. Kein Stücklein Brot, nichts, nichts mehr haben sie zu essen. Wißt Ihr, wie das tut, frieren und hungern zugleich? Nein, Ihr seid zu glücklich im Friedensland, um es zu wissen. Aber ein warmes Herz habt Ihr, Schweizerkinder, und damit fühlt Ihr, wie furchtbar es sein muß. Und darum könnt Ihr's nicht mehr aushalten, es gut zu haben ganz allein. Ihr wollt teilen. Ihr bringt was Ihr könnt: Lebkuchen, Zwieback, Schokolade, diverses Obst; alles, was man fortschicken kann. Vielleicht habt Ihr auch ein warmes Kleidl oder Handschuhe, oder Finkli, oder ein Beitrag aus dem Sparkäßchen. Wenns auch nur etwas ist, gebts, bringts, so klein es ist, so große Freude machts den Allerärmsten. Und glaubt, erst dann kommt die richtige Weihnachtsfreude in Euch, wenn Ihr nicht alles allein behalten, wenn Ihr geteilt habt, Schweizerkinder.

Was Ihr uns bringt, nehmen wir mit innigem Dank entgegen.

Frau Minister Bourcart, Wien. Für den Lyceumklub Basel: C. L'Orsa-Zschokke, Batterieweg 127, Telefon 4589. Sammelstellen über die Bureauzeiten im Geiselbureau, Freiestraße 17, 2. Stock und im Lokal des Lyceumklub: Hotel Ors: Tage vom 26. Dezember 1918 bis 4. Januar 1919.

Die Not in Wien.

Von Wien her kommen uns neuerdings Depeschen zu, die uns dringend ersuchen, alles zu tun, um die Abfahrt des Zuges zu beschleunigen, der den notleidenden Schweizern in Wien die Heimreise in die Schweiz ermöglichen soll. Die Vorbereitungen der Schweizer sind alle geschlossen, allein es wird die Abfahrt des Zuges in unverantwortlicher Weise aus unbekannten Gründen immer wieder verzögert. Die aus ganz Oesterreich in Wien zusammengetroffenen Schweizer sind nun durch die Verzögerung größter Not preisgegeben, da sie weder Unterkunft noch genügende Lebensmittel finden können. Die schweizerische Gesandtschaft tut in anerkennenswerter Weise alles, was möglich ist; es ist aber zweifellos notwendig, daß man auch direkt von der Schweiz aus wieder vorstellig wird.

Berner Bund

23./XII. 1918. 217

Die Not in Wien

Unterredung mit dem Wiener Bürgermeister

Wir erhalten folgendes Telegramm:

Wien, 21. d., nachmittags. Ihr Korrespondent wurde, in Abwesenheit Weißkirchners, empfangen durch den sozialdemokratischen Vizebürgermeister Neumann, der aus seinem vorbereiteten Bericht an den Stadtrat über die Ernährungslage Wiens furchtbare Daten zur Verfügung stellte. Die Schweizerhilfe begrüßte er wärmstens und sprach vom schweizerischen Gesandten Bourcart mit herzlichster Sympathie und Dankbarkeit. Jedoch sei ausgiebigste und rascheste Hilfe erforderlich, da die Hauptvorräte hier Mitte Januar ausgehen. Ergänzung aus dem ehemaligen Oesterreich-Ungarn sei unmöglich; die neuen Nationalstaaten seien noch nicht genügend organisiert, so daß nach langen Verhandlungen endlich hergeleitete Sendungen häufig unterwegs stecken bleiben oder gar eigenmächtig umdirigiert werden. Dazu kommen Eisenbahnerstreiks, Streiks der Bergwerkarbeiter und sonstige Unruhen an verschiedenen Stellen. Selbst bei bestem Willen der Nachbarstaaten komme mit Ausnahme von Fleisch, das möglicherweise aus Oberösterreich hereinzubekommen sei, für die Einfuhr lediglich die Schweiz, vor allem aber die Entente in Betracht. Am nötigsten brauchen wir Mehl, Fett und Kartoffeln; wohltätig wäre Kondensmilch. Was immer kommt, wird dankbarst angenommen.

Das Ausbleiben raschester Hilfe wäre diesmal trotz der bewundernswerten Geduld der Bevölkerung katastrophal, schwerste Hungerunruhen wären unausbleiblich. Unverantwortliche radikale Elemente würden die Herrschaft an sich reißen. Die Folgen wären auch für unsere Nachbarn fürchterlich. Von vielen Ziffern des Elends, die Neumann nannte, nur einige bezeichnende:

Der Physiologe der hiesigen Universität, Durig, berechnet den Kalorienwert der täglichen Nahrung, wenn alle Lebensmittelkarten eingelöst würden, mit 746 für Tag und Kopf, die Wissenschaft verlangt 3500 bis 5500. Tatsächlich werden nicht einmal alle Quanten Lebensmittelkarten eingelöst, so daß Unterernährung unter ein Zehntel des Notwendigen vorliegt. Gewichtsabnahmen bis 40 Kilogramm sind häufig. Todesfälle im Juni des Vorjahres 20 gegen 15 Promille vor dem Kriege, bei untersuchten 15jährigen Ferienkindern Durchschnittsgewicht 29 gegen 45 Kilogramm normal, die Greisensterblichkeit furchtbar. Im städtischen Altersasyl ist die ausschließliche Nahrung Kraut, im August 14 Prozent aller Todesfälle Unterernährung, d. h. Hungertod. Das Elend ist entsetzlich, alle Erörterungen über Schuld sind unwesentlich gegenüber der dringendsten Bitte um sofortige ausgiebigste Hilfe, sonst geht Wien zugrunde, aber nicht nur Wien, die Leidenschaften kennen keine Grenzen. Glauben Sie das mir, dem Sozialdemokraten, der stets am schärfsten gegen diesen verbrecherischen Krieg gekämpft hat. (Spezialdienst der Agence Centrale.)

*

Es ist ergreifend und erhebend, wie in der Schweiz sich wieder die werktätige Menschenliebe regt. Seitdem die Schilderungen über die Not in Wien in unserm Blatt erschienen sind, werden uns Brotkarten, Fettkarten und Geld für die unglückliche Stadt zugesandt und die Mahnungen, die Hilfe zu organisieren, einen Aufruf zu erlassen, Komitees zu bilden, den Behörden zuzureden, werden immer dringender; alle wollen sich am Munde absparen, was nur möglich ist.

Schweizerische Hilfsaktion für Wien

SPT. Auf Anregung von Nat.-Rat Gelpke in Basel, Armeninspektor Pfarrer Lörtscher in Bern und Prof. Dr. Steiger in Bern fand am Sonntag in Bern eine Versammlung von Vertretern verschiedener politischer, kirchlicher und humanitärer Instanzen statt zur Besprechung der Einleitung einer Hilfsaktion für die der Hungersnot ausgesetzte Bevölkerung der Stadt Wien im Sinne einer Aktion des persönlichen Opfers, des freiwilligen Verzichtes der schweizerischen Bevölkerung auf ein gewisses Maß von Lebensmitteln. Die eingehende Diskussion ergab völlige Uebereinstimmung über die Wünschbarkeit und Dringlichkeit der Einleitung einer solchen Aktion. Es wurde ein Initiativkomitee zur Beratung des weitern Vorgehens bestellt, das sich aus folgenden Persönlichkeiten zusammensetzt: Regierungsrat Burren, Regierungsrat Merz, Nationalrat Schneeberger, Professor Dr. Steiger, Armeninspektor Pfr. Lörtscher, Lehrersekretär Graf, Frl. B. Trüssel, Dr. med. Ischer und den Redakteuren Dr. Baumgartner, Dr. Beck, Dr. Erb, Schürch und Vogel. Das Komitee soll sich selber durch Vertreter der romanischen Schweiz und der schweizerischen Landwirtschaft ergänzen.

Berner Bund 23/XII. 1918.

Hilfeleistung für Wien

(Mitgeteilt)

Unter Mithilfe des eidgenössischen Ernährungsamtes in Bern und im Einverständnis der zuständigen Organe der Alliierten sind die Vorbereitungen zur Hilfeleistung für die Stadt Wien im Gange. In Verbindung damit soll auch das Werk der Schülerspeisung in der Schweiz unterstützt werden.

Am Dienstag wurde ein schweizerisches Komitee zur Hilfeleistung für Wien und zur Unterstützung der Schülerspeisung in der Schweiz gebildet, worin alle Kantone und Volksklassen berücksichtigt werden. Dasselbe wird sich in den nächsten Tagen mit einem Aufruf an das Schweizervolk wenden, in welchem nähere Direktiven für die Durchführung der Hilfeleistung enthalten sind. Es handelt sich dabei in erster Linie um Einsparung von Karten-Abschnitten rationierter Lebensmittel (Brot, Mehl, Käse, Fett und kantonale Monopolwaren, wie Reis, Teigwaren, Haferprodukte und Zucker). Es ist auch in Aussicht genommen die Sammlung von Geld und nicht rationierten Waren.

Es kann mitgeteilt werden, daß die Sammlung im Laufe des Januars beginnen soll. Deshalb möge man schon jetzt die ersparten Dezember-Abschnitte für die Sammlung der erwähnten Lebensmittel bereitlegen, da dieselben im Januar auch noch angenommen werden. Damit die Hilfeleistung keine Verzögerung erleidet, macht das eidgenössische Ernährungsamt auf diese Sammlung hin einen Vorschuß von ca. 100 Wagen verschiedener Lebensmittel, die bereits nach Wien unterwegs sind. Die Instruktionen des eidgenössischen Ernährungsamtes an die kantonalen Lebensmittelämter werden bis Ende Jahres im Besitze der kantonalen Behörden sein. Die kantonalen Hilfskomitees werden das Nötige über die Organisation der Sammlung und die Bezeichnung der Gemeindesammelstellen in den nächsten Tagen veröffentlichen.

Neues Wiener Tagblatt

23./XII. 1918

219

Die Lebensmittelhilfe der Schweiz.

Zustimmung der Entente zur Ausfuhr nach Wien.

Bern, 22. Dezember. (Privattelegramm.) Der eidgenössische Ernährungsdirektor Goumoens erschien gestern bei dem Vertreter der Stadt Wien Gemeinderat Dr. R. v. Schwarz-Hiller und erklärte ihm, daß die Entente der Schweiz die Bewilligung zur Ausfuhr folgender Lebensmittel für die Stadt Wien erteilt habe, und zwar:

60 Waggons Mehl,
40 Waggons Reis,
6 Waggons Fett,
6 Waggons Kondensmilch,
einige Waggons Schokoladepulver.

Es sind durchweg Vorräte, die die Entente der Schweiz geliefert hat, die diese nunmehr Wien zur Verfügung stellt, womit das Versprechen erfüllt wird, das Bundespräsident Calonder bei der Beratung des Antrages Jäger über die Lebensmittelhilfe für Wien abgegeben hatte. Hiefür schuldet Wien der Schweiz ebenso großen Dank wie den hiesigen Vertretungen Amerikas, Englands und Italiens. Man muß namentlich das Entgegenkommen das letzteres Wien erwies, hoch anschlagen. Mit dem Eintreffen dieser Vorräte in Wien ist schon in allernächster Zeit zu rechnen.

Im Laufe der nächsten Woche wird in Wien auch eine viergliedrige, amerikanische Kommission eintreffen, die unter Führung Dr. Tailors, des Stellvertreters des amerikanischen Ernährungsdirektors Hoover, von hier abreist. Der Tag der Ankunft in Wien ist noch nicht genau bestimmbar, da die Kommission, die Samstag hier erwartet wurde, infolge Verkehrsstörungen in Frankreich bisher nicht eingetroffen ist.

Aktionen des schwedischen Roten Kreuzes.

Stockholm, 21. Dezember. Dem „Svenska Dagbladet" zufolge hat die Oberleitung des schwedischen Roten Kreuzes am 5. d. beschlossen, möglicherweise zusammen mit den übrigen Vereinigungen des Roten Kreuzes der neutralen Länder von Europa, sich an das Rote Kreuz der allierten Großmächte mit der Bitte zu wenden, im Namen der Menschlichkeit darauf hinzuwirken, unmittelbar für die Armen, besonders für die durch den Lebensmittelmangel Geschädigten und die Kranken, unter der Bevölkerung der Mittelmächte, in erster Linie für die Frauen und Kinder in den größeren Städten, Lebensmittel zur Verfügung zu stellen. Zugleich hat sich das Rote Kreuz erboten, hiebei mitzuwirken und die Austeilung der Lebensmittel zu kontrollieren. Es ist noch nicht bekannt, wieviel Rote Kreuzvereinigungen sich diesem Aufrufe anschließen werden, doch ist er bereits in Form eines längeren Schreibens, das von dem Prinzen Karl unterzeichnet ist, abgegangen.

23./XII. 1918

220

Die Schweiz für Wien.

Bern, 22. Dezember. Die Schweizer Presse veröffentlicht auch heute zahlreiche Zuschriften und Aufrufe zugunsten der notleidenden Wiener, insbesondere der bedürftigen Kinder Wiens. In den Zuschriften wird wiederholt dem aufrichtigen Bedauern Ausdruck gegeben, daß es der schweizerischen Bevölkerung selbst infolge der bestehenden Vorschriften der Entente nicht sogleich möglich ist, durch Sammlungen und durch Verzicht auf einen Teil ihrer eigenen Lebensmittelrationen den Wienern zu Hilfe zu eilen.

Die „Basler Nachrichten" schreiben: Täglich erneuern sich die schaurigen Berichte über die Wiener Hungersnot, jeder Tag Verzug steigert das Elend ins Ungemessene. Ohne Zustimmung der Ententebehörden sind wir indessen machtlos. Was uns Schweizer an der ganzen Sache am meisten berührt, ist die betrübende Tatsache, daß eine große Anzahl unserer Mitbürger, darunter Kinder und Frauen, diesen unsagbaren Jammer einer hungernden Großstadt wehrlos erdulden müssen. Ein solches Unrecht versteht das Schweizer Volk nicht, um so weniger als viele Tausende kranker Soldaten, Evakuierter und Gefangener aus den Ententeländern die mildtätige Schweizer Hand zu loben und zu schätzen wußten. Was wir diesen Aermsten getan haben, erfüllt uns mit stolzer Freude. Heute sind es unsere eigenen schweizerischen Brüder in Wien, die bittersten Hunger leiden, ohne daß wir ihnen helfen können. Ist es zu viel verlangt, wenn wir erneut und immer stärker an die Großmut der alliierten Mächte appellieren, indem wir nochmals die Bitte aussprechen: Laßt unsere Schweizer in Wien nicht ganz verhungern!

Unter den vielen schweizerischen Schriftstellern und Redakteuren, die in diesen Tagen sich mit der Hilfeleistung für Wien beschäftigt haben, ist der Leitartikler des „Journal de Geneve" Chapuissat der einzige, der diese Fragen reiner Menschlichkeit mit Rekriminationen politischer Natur zu verknüpfen für gut fand. Wenn er auch in dem heutigen Leitartikel die Notwendigkeit und die Pflicht, Wien beizuspringen, in kargen Worten betont, und die gegenwärtige Hauptpflicht der Menschheit bezeichnet, sich gegenseitig zu helfen, so glaubt er doch auch in diesem Zusammenhange die Welt erinnern zu müssen, daß es Oesterreich-Ungarn war, das im Verein mit Deutschland den Weltkrieg entfesselte, und daß die Bevölkerung der durch die Waffen der Mittelmächte verwüsteten Gebiete Serbiens, Belgiens und Nordfrankreichs nicht minder Not leide.

Eine Anregung des schwedischen Roten Kreuzes.

Stockholm, 21. Dezember. Dem „Svenska Dagbladet" zufolge hat die Oberleitung des schwedischen Roten Kreuzes am 5. Dezember beschlossen, möglicherweise zusammen mit den übrigen Vereinigungen des Roten Kreuzes der neutralen Länder von Europa, sich an das Rote Kreuz der alliierten Großmächte mit der Bitte zu wenden, im Namen der Menschlichkeit darauf hinzuwirken, unmittelbar für die Armen, besonders für die durch den Lebensmittelmangel Geschädigten und Kranken, unter der Bevölkerung der Mittelmächte, in erster Linie für die Frauen und Kinder in den größeren Städten, Lebensmittel zur Verfügung zu stellen. Zugleich hat sich das Rote Kreuz erboten, hiebei mitzuwirken und die Austeilung der Lebensmittel zu kontrollieren. Es ist noch nicht bekannt, wieviele Rote Kreuz-Vereinigungen sich diesem Aufrufe anschließen werden, doch ist er bereits in Form eines längeren Schreibens, das von dem Prinzen Karl unterzeichnet ist, abgegangen.

24./XII. 1918

221

Die Aushilfe der Entente für Deutschösterreich.

Wien, 23. Dezember.

Durch die Waffenstillstandsbedingungen wird zwar die Blockade Deutschlands und Deutschösterreichs aufrechterhalten, aber dennoch ist die Hoffnung nicht ungerechtfertigt, daß nunmehr, da die Feindseligkeiten endgültig eingestellt sind, die Entente sich doch veranlaßt sehen wird, Deutschösterreich und Deutschland vor den Gefahren einer Hungersnot zu bewahren. Wie groß ist nun der Bedarf an Getreide, respektive Brotfrucht, bis zur neuen Ernte? Wenn wir das deutschösterreichische Staatsgebiet in Berücksichtigung ziehen, so wird sein Bedarf an Brotgetreide bis zur neuen Ernte wohl kaum mehr als 3½ bis 4 Millionen Meterzentner betragen, vorausgesetzt, daß bis dahin dieselbe Rationierung und Sparsamkeit herrscht, wie sie bisher vorgeschrieben war. Bei einer Zufuhr in solcher Höhe wäre es ohne Zweifel möglich, die volle Brotration aufrechtzuerhalten und vielleicht auch die Mehlration gegenüber der gegenwärtigen Kürzung etwas zu heben. Wesentlich größer ist natürlich der Bedarf des Deutschen Reiches. Deutschland soll bis Ende Februar mit Brot und Mehl versorgt sein. Der Bedarf des verkleinerten Deutschland wäre bis zur neuen Ernte zwischen 25 und 30 Millionen Meterzentner zu veranschlagen. Die Entente müßte demnach für beide Länder zusammengenommen 30 bis 35 Millionen Meterzentner Brotgetreide liefern, daneben auch Hülsenfrüchte für Deutschösterreich, um den Kartoffelmangel halbwegs auszugleichen, zumal für Kartoffeln eine Ausfuhrmöglichkeit aus den Vereinigten Staaten nicht besteht. Ferner wären Fleisch und Fett einzuführen. Die Fettquantitäten, die den Vereinigten Staaten zur Verfügung stehen, sind so reichliche, daß kein Zweifel darüber besteht, daß die Lieferung möglich wäre. Eine Menge von 600.000 bis 700.000 Meterzentner Fett zu liefern, ist für die Chicagoer Schlachthäuser eine Kleinigkeit.

Wie steht es nun mit Getreide? Eine Rekordernte von 917 Millionen Bushel Weizen ist in Amerika eingebracht worden. Wenn auch der Bedarf der Vereinigten Staaten infolge der Versorgung des in Europa stehenden Millionenheeres Amerikas und seiner Alliierten, der starken Verschiffungen nach Italien und England sehr erheblich ist, so werden bei dieser Rekordernte die Vorräte Nordamerikas hiedurch kaum aufgebraucht werden. Bei einer um fast 400 Millionen Bushel geringeren Ernte als im Vorjahre hat sich die Getreideversorgung der Alliierten glatt vollzogen. Aber selbst wenn man Nordamerika für die Versorgung Deutschlands und Deutschösterreichs außer Betracht läßt, sind in den anderen Ueberseestaaten so enorme Vorräte aufgestapelt, daß 30 bis 35 Millionen Meterzentner, welche Deutschland und Deutschösterreich bis zur neuen Ernte brauchen, bei allmählicher Lieferung kaum in Betracht kommen. In Australien wurde seit drei Jahren von England für die Mächte der Entente die ganze Ernte angekauft. Die Schiffsraumverhältnisse gestatteten jedoch nicht die Abfuhr, so daß alle Lagerhäuser Australiens mit Getreide vollgefüllt liegen und sogar in einigen Gegenden durch Mäusefraß viel Getreide zugrunde gegangen ist. Dennoch wird der Getreidevorrat Australiens auf 11 Millionen Tonnen (110 Millionen Meterzentner) geschätzt. Argentinien steht nach den bis jetzt vorliegenden Berichten vor einer überreichen Ernte, die in wenigen Wochen eingebracht sein wird. Der Gesamtüberschuß Argentiniens in Weizen wird auf 45 Millionen Meterzentner geschätzt. Angesichts dieser Ziffern besteht die Möglichkeit, Deutschland und Deutschösterreich auszuhelfen. Die in Europa stehenden Truppen der Alliierten werden wohl weiter mit Getreide zu versorgen sein, aber der ganze Schiffsraum, der bisher durch den Nachschub und die Verfrachtung des Kriegsmaterials in Anspruch genommen war, steht zur Verfügung. Wenn auf seiten der Entente der Wille vorhanden ist, die Nahrungsmittelaushilfe zu gewähren, wird man den Weg hiezu finden. Vielleicht bringen die nächsten Tage gute Nachrichten.

Neue Freie Presse

25./XII. 1918

223

Ententeberatung über die Versorgung Wiens und Deutschösterreichs in Bern.

Bewilligung der sofortigen Sendung von 110 Waggons Lebensmittel aus der Schweiz.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Bern, 24. Dezember.

Heute nachmittag begannen auf der hiesigen amerikanischen Gesandtschaft die interalliierten Wirtschaftsberatungen über die Approvisionierung der Stadt Wien und Deutschösterreichs. Delegierte der Stadt Wien und Deutschösterreichs nahmen an den Beratungen teil.

Die Vertreter Amerikas, Englands, Frankreichs und Italiens gaben dem dringlichen Antrage statt, die sofortige Ausfuhr von 110 Waggons Lebensmittel als Vorschuß für die Gemeinde Wien aus den schweizerischen Beständen zu bewilligen.

Der Schweizer Ernährungsdirektor v. Goumpens sprach gegenüber dem Vertreter Wiens Dr. v. Schwarz-Hiller die sichere Hoffnung aus, bereits Donnerstag die ersten Waggons nach Wien abgehen lassen zu können.

Wahrscheinliche Reise einer Ententekommission nach Wien.

Es soll auch gleichzeitig die Finanzierung des großzügigen, einheitlichen Versorgungsplanes besprochen werden. Die interalliierte Wirtschaftskommission dürfte sich in den nächsten Tagen nach Wien begeben.

Nationalzeitung 27./XII. 1918.

226

Die schweizerische Hilfe für Wien.

Bern, 25. Dez. ag. (Mitg.) Unter Mithilfe des Eidg. Ernährungsamtes in Bern und im Einverständnis der zuständigen Organe der Alliierten sind die Vorbereitungen zur Hilfeleistung für die Stadt Wien im Gange. In Verbindung damit soll auch das Werk einer Schülerspeisung von der Schweiz unterstützt werden.

Am Dienstag wurde ein Schweizerkomite zur Hilfeleistung für Wien und zur Unterstützung der Schülerspeisung in der Schweiz gebildet, worin alle Kantone und Volksklassen berücksichtigt werden. Dasselbe wird sich in den nächsten Tagen mit einem Aufruf an das Schweizervolk wenden, in welchem nähere Direktiven für die Durchführung der Hilfeleistung enthalten sind.

Es handelt sich dabei in erster Linie um Einsparung von Kartenabschnitten rationierter Lebensmittel (Brot, Mehl, Käse, Fett) und kantonalen Monopolwaren (Reis, Teigwaren, Haferprodukte und Zucker). Es ist auch in Aussicht genommen die Sammlung von Geld und nichtrationierten Waren.

Es kann mitgeteilt werden, daß die Sammlung im Laufe des Januars beginnen soll. Deshalb möge man schon jetzt die ersparten Dezemberabschnitte für die Sammlung der erwähnten Lebensmittel bereitlegen, da dieselben im Januar auch noch angenommen werden. Damit die Hilfeleistung keine Verzögerung erleidet, macht das Eidg. Ernährungsamt auf diese Sammlung hin einen Vorschuß von ca. 100 Wagen verschiedener Lebensmittel, die bereits nach Wien unterwegs sind. Die Instruktionen des Eidg. Ernährungsamtes an die kantonalen Lebensmittelämter werden bis Ende des Jahres im Besitz der kantn. Behörden sein. Die kantonalen Hilfsstellen werden das Nötige über die Organisation der Sammlung und die Bezeichnung der Gemeindesammelstellen in den nächsten Tagen veröffentlichen.

Reichspost Abend
27./XII. 1918

Die Schweizer Hilfe für Wien.

20 Waggons Lebensmittel für die Wiener Kinder.

Bern, 25. Dezember. (Verspätet eingetroffen).

Zur Beratung der Frage der Lebensmittelversorgung Deutschösterreichs und insbesondere Wiens fand gestern die erste Konferenz statt, woran die tagszuvor eingetroffene amerikanische Delegation unter Führung Dr. Taylors, ferner Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens, seitens Deutschösterreichs unter anderen Legationsrat Freiherr v. Honnet, Direktor Dr R. v. Adler vom Wiener Bankverein und als Vertreter der Stadt Wien GR. Dr. R. v. Schwarz-Hiller teilnahmen. Der Antrag des letzteren, die sofortige Ausfuhr von 110 Waggons Lebensmittel für die Gemeinde Wien aus Schweizer Beständen zu bewilligen, fand die Zustimmung der Ententevertreter. Einen weiteren Gegenstand der Beratungen bildete die Frage der Finanzierung der Lebensmittelsendungen. Zur Erörterung dieser Frage wurde ein Finanzkomitee eingesetzt, das heute vormittag in der amerikanischen Gesandtschaft zu seiner ersten Sitzung zusammentrat. Dem Komitee gehören für Deutschösterreich Baron Rennet und Dr. Somary, für Wien Dr. R. v. Adler und Doktor R. v. Schwarz-Hiller an.

*

Die „Züricher Zeitung" meldet: Die Züricher Delegation für die Wiener Kinder-Hilfe erhielt durch die Berner Bundesbehörden Zusicherung, daß seitens des Verbandes jedes Entgegenkommen in der Frage der Lebensmittelausfuhr zu erwarten sei. Das Komitee plant in der ersten Jännerhälfte ungefähr 20 Waggons (zweihundert Tonnen) Lebensmittel im Werte von einer halben Million, die durch freiwilligen Verzicht der Züricher Bevölkerung auf ihre Ration verfügbar würden, mittels Extrazuges nach Wien abzusenden. Eine Abordnung der Stadt Zürich wird die Sendung geleiten.

Neue Freie Presse

27./XII. 1918

228.

Die Nahrungsmittelaushilfe der Entente.

Ein Kredit an die Stadt Wien von 20 Millionen Dollar.

Wien, 26. Dezember.

Die Verhandlungen, die wegen einer von der Entente zu gewährenden Aushilfe an Lebensmitteln in der Schweiz geführt werden, dürften, wie man in den hiesigen Rathauskreisen hoffen zu können glaubt, demnächst zu einem Ergebnisse führen. Um auf alle Fälle vorbereitet zu sein, wenn eine Meldung von dem Abschlusse eines Uebereinkommens eintreffen sollte, ist für die nächste Woche beim Bürgermeister Dr. Weiskirchner eine Besprechung von Wiener Bankdirektoren in Aussicht genommen, in der die Frage der Finanzierung dieser Lebensmittelbezüge erörtert werden soll.

Ueber die Details wird man erst ein Bild gewinnen können, wenn nähere Mitteilungen aus der Schweiz hier eingelangt sein werden. Wenn eine Verständigung erfolgt, würde die Entente Lebensmittel für 20 Millionen Dollar liefern und der Gemeinde Wien einen Kredit in dieser Höhe gewährt werden, den sie in mehreren Jahren bezahlt. Die Gemeinde Wien gibt als Unterlage entweder Titres oder Wechsel, die die Schweizer Banken übernehmen. Diese bezahlen den Ententelieferanten den Kaufpreis, welcher der Gemeinde gestundet wird. Ueber die näheren Bedingungen wird jedoch, wie bemerkt, erst Gewißheit bestehen, bis genauere Meldungen aus der Schweiz vorliegen werden.

Bei der Lieferung kommt hauptsächlich Getreide, Fleisch und Fett in Betracht. Mit Lebensmitteln für 20 Millionen Dollar könnte wohl bis zum Frühling das Auslangen gefunden werden.

Abgang des ersten Schweizer Lebensmittelzuges nach Wien.

Freitag früh ab Buchs.

Bern, 25. Dezember.

Auf Grund der gestern erteilten Zustimmung der Vertreter der Ententeregierungen geht Freitag früh ab Buchs der erste Lebensmittelzug nach Wien ab.

Der Zug, der etwa 60 Waggons mit Mehl, Fett, Kondensmilch, Reis und Schokolade führt, steht unter Leitung des schweizerischen Kommissärs Oberleutnants Frey. Als Bewachung fahren zwei Unteroffiziere, 15 Soldaten und ein Sanitätssoldat mit. Mit dem gleichen Zuge begeben sich die Aerzte Dr. Ferrière jun. und Dr. Roth nach Wien.

Der Schweizer Bundesrat hat sich an das italienische Okkupationskommando in Tirol wegen Gewährung freien Durchzuges gewendet.

Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller, der die Verhandlungen mit dem Direktor des eidgenössischen Ernährungsamtes Goumeens führte, hat den Bürgermeister Dr. Weiskirchner telegraphisch ersucht, Beamte der Gemeinde Wien zum Empfange der Schweizer Herren nach St. Pölten entgegenzusenden.

Nächsten Montag soll ein zweiter Zug mit gleichfalls 60 Wagen nach Wien abgehen.

Bern, 25. Dezember.

Der Regierungsrat des Kantons Aargau hat das kantonale Lebensmittelamt ermächtigt, der Stadt Wien 10.000 bis 20.000 Kilogramm Julienne aus seinen Vorräten durch Vermittlung der eidgenössischen Instanzen zur Verfügung zu stellen.

Die Hilfe aus Zürich.

Bern, 25. Dezember

Die „Zürcher Zeitung" erläßt einen warmen Aufruf an die Bevölkerung, während der Weihnachtsfesttage der Kinder und Kranken Wiens zu gedenken, damit sofort nach den Feiertagen, sobald das Zürcher Hilfskomitee mit seiner Sammeltätigkeit beginnt, den Hungernden in Wien in der denkbar kürzesten Zeit geholfen werden könne. Es soll große und ganze Arbeit geleistet werden, um dem ersten Zuge der schweizerischen Hilfe volle Fracht mit auf den Weg zu geben. Ueberall in der Schweiz sei für das darbende Wien Mitleid laut geworden und Zürich solle die erste Stadt sein, die dorthin Hilfe bringt.

Die „Zürcher Zeitung" schreibt weiter: „Die Zürcher Hilfe für Wien kommt und damit geht die Hoffnung vieler in Erfüllung, die unter den Hiobsnachrichten aus Wien seelisch leiden, als ginge das Gespenst des Hungers durch unsere eigene Stadt. Zu Dutzenden gehen mit jeder Post Hilfsangebote aus der Bevölkerung bei uns ein. Von allen Seiten dringt man auf rascheste und weitestgehende Hilfeleistung für das arme Wien, und schon liegen die ersten Spenden bei uns: Banknoten, Brot, Mehl, Fett und Reismarken und dazu Schokolade für die armen, unschuldig leidenden Kinder Wiens.

Montag fand hier unter dem Vorsitz des Stadtpräsidenten Nägeli die erste Besprechung des neugebildeten Zürcher Hilfskomitees statt, an der Vertreter hiesiger gemeinnütziger Kreise teilnahmen. Dadurch wird die Sonderaktion unseres Blattes überflüssig, da eine große Aktion weit ausgreifender arbeiten kann. Eine Abordnung des Hilfskomitees wird Dienstag in Bern mit dem Bundesrat und dem Volkswirtschaftsdepartement sowie mit dem ebenfalls in Bildung begriffenen schweizerischen Hilfskomitee für Wien in Verbindung treten und dann unverzüglich die Arbeit in Zürich aufnehmen, die, daran zweifeln wir nicht, erfolg- und segensreich sein wird.

Nahrungsmittelkommissär Hoover nicht in Bern.

Bern, 24. Dezember.

Der amerikanische Pressedienst stellt fest, daß die Berichte über die Anwesenheit des amerikanischen Nahrungsmittelkommissärs Hoover nicht zutreffen.

27/XII. 1918

229

Schweizer Lebensmittel für Wien.

Abgang von 60 Waggons Lebensmittel.

Wien, 26. Dezember.

Die Entente hat zugestimmt, daß morgen der erste Lebensmittelzug mit sechzig Waggons Mehl, Fett, Kondensmilch, Reis und Schokolade von der schweizerischen Grenzstation Buchs nach Wien abgeht, dem Montag bereits ein zweiter Lebensmittelzug folgen wird.

Für die Bezahlung der Lebensmittelbezüge aus Ländern der Entente, hauptsächlich von Getreide, Fleisch und Fett, sollen bis zum Frühjahr etwa 20 Millionen Dollar erforderlich sein, über deren Bedeckung der Bürgermeister mit den Wiener Banken Verhandlungen eingeleitet hat.

Abendblatt
27./XII. 1918
230

Die Lebensmittelversorgung Deutschösterreichs.

Die erste Konferenz in Bern.

Bern, 25. Dezember. (Verspätet eingetroffen.) Zur Frage der Lebensmittelversorgung Deutschösterreichs und insbesondere Wiens fand gestern die erste Konferenz statt, woran die tags zuvor eingetroffene amerikanische Delegation unter Führung Dr. Taylors, ferner Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens, seitens Deutschösterreichs u. a. Legationsrat Freiherr v. Hennet, Direktor Dr. Ritter v. Adler vom Wiener Bankverein und als Vertreter der Stadt Wien Gemeinderat Dr. R. v. Schwarz-Hiller teilnahmen.

Der Antrag des letzteren, die sofortige Ausfuhr von 110 Waggons Lebensmittel für die Gemeinde Wien aus Schweizer Beständen zu bewilligen, fand die Zustimmung der Ententevertreter.

Einen weiteren Gegenstand der Beratungen bildete die Frage der Finanzierung der Lebensmittelsendungen. Zur Erörterung dieser Frage wurde ein Finanzkomitee eingesetzt, das heute vormittags in der amerikanischen Gesandtschaft zu seiner ersten Sitzung zusammentrat. Dem Komitee gehören für Deutschösterreich Baron Hennet und Dr. Semary, für Wien Dr. R. v. Adler und Dr. R. v. Schwarz-Hiller an.

Die Hilfeleistung für Wien.

Ber, 26. Dezember.. (Meldung der Schweizerischen Depeschenagentur.) Unter Mithilfe des eidgenössischen Ernährungsamtes in Bern und mit Einverständnis der zuständigen Organe der Alliierten sind die Vorbereitungen für die Hilfeleistung für die Stadt Wien im Gange. Am Dienstag ist ein schweizerisches Komitee für die Hilfeleistung für Wien und zur Unterstützung der Schülerausspeisung in der Schweiz gebildet worden, in welchem alle Kantone und Volksschichten vertreten sind. Das Komitee wird in den nächsten Tagen einen Aufruf an das schweizerische Volk richten, worin nähere Direktiven für die Durchführung der Hilfeleistungen enthalten sein werden. Es handelt sich dabei in erster Linie um die Ersparung von Kartenabschnitten bei den rationierten Lebensmitteln, Brot, Mehl, Käse und Fett, sowie bei den kantonalen Monopolwaren, Reis, Teigwaren, Haferprodukten und Zucker.

Eine Geldsammlung.

Es ist auch die Sammlung von Geld und nichtrationierten Waren in Aussicht genommen. Die Sammlung soll im Laufe des Jänner beginnen. Damit die Hilfeleistung keine Verzögerung erleide, gewährt das eidgenössische Ernährungsamt auf die Sammlung hin einen Vorschuß von zirka hundert Waggons verschiedener Lebensmittel, die bereits nach Wien unterwegs sind.

Die Instruktionen des eidgenössischen Lebensmittelamtes an die kantonalen Lebensmittelämter werde zu Ende des Jahres im Besitze der kantonalen Behörden sein. Die kantonalen Hilfskomitees werden die nötigen Verlautbarungen über die Organisation der Sammlung und die Bezeichnung der Lebensmittelsammelstellen in den nächsten Tagen veröffentlichen.

Neue Freie Presse

28/XII. 1918

232

Der erste Lebensmittelzug aus der Schweiz.

Wien, 27. Dezember.

Bis heute abend lag uns nur die authentische Nachricht vor, daß ein kleiner Teil des ersten Lebensmitteltransports, der von der Entente zur Verfügung gestellte Lebensmittel nach Wien bringt, die Grenzstation Buchs bereits verlassen hat. Es handelt sich bei diesem Transport um 60 Waggons, die in mehrere Züge geteilt werden, um die Fahrzeit nach Tunlichkeit abkürzen zu können. Immerhin werden noch einige Tage verstreichen, bis diese Lebensmittel in Wien eintreffen. In der Schweiz werden augenblicklich zwei Parallelaktionen zur Beschaffung von Lebensmitteln betrieben: eine des deutschösterreichischen Staatsrates und eine besondere der Gemeinde Wien. Die jetzt erwartete Sendung dürfte ausschließlich der Gemeinde Wien gehören und auch nur hier zur Verteilung kommen, während die Bemühungen des Staatsrates natürlich in einem viel größeren Rahmen gehalten sind mit der Absicht, die eingeführten Waren zunächst nicht zu verteilen, sondern zur Ansammlung von Vorräten zu benützen, um so eine eiserne Reserve zu schaffen, an der es bekanntlich seit Kriegsausbruch immer gefehlt hat, wodurch wir jeweilig schutzlos jedem durch Verkehrsstockungen eingetretenen Ausfall in der Zufuhr preisgegeben waren. Der Bürgermeister hat den Magistrat bereits beauftragt, schleunigst Vorschläge über die Verteilung zu erstatten, die ehebaldigst von den maßgebenden Stellen geprüft werden sollen. Natürlich werden sich diese Vorschläge, soweit sie die breiten Schichten der Bevölkerung betreffen, auf die Katasterarbeit der Brotkommissionen stützen, denen bei der Verteilungsanweisung wichtige Funktionen zukommen werden. In allervorderster Reihe werden aber aus diesen ersten Friedenslebensmittelzügen die Spitäler und Versorgungshäuser bedacht sowie die Kinder versorgt werden. Das sind die Teile der Bevölkerung, die am meisten gelitten haben und wo auch schon mit verhältnismäßig geringen Mengen sehr wesentliche Arbeit geleistet werden kann. Später kämen die Mindest- und dann die Minderbemittelten an die Reihe. Dies wird natürlich erst möglich sein, wenn die Sendungen von der Entente wiederholt und regelmäßig und daher in größeren Mengen einlaufen. Ein Waggon faßt brutto 10.000 Kilogramm Ladung und eine einfache Rechnung ergibt, wieviel das für den Kopf der Bevölkerung bedeutet. Gewiß sind nicht alle zwei Millionen Einwohner nach dieser Richtung hilfsbedürftig, aber die Grenze nach oben darf nicht engherzig gezogen werden. Der Mittelstand hat während des ganzen Krieges sehr gelitten und ist auch jetzt sehr hart betroffen.

Die Bevölkerung Wiens wird jeden dieser Lebensmittelzüge mit Freuden empfangen und allen Vermittlern an dem Gelingen dieser neuen Zufuhrbestrebungen dankbar sein. Allzu übertriebene Hoffnungen dürfen aber zunächst nicht an das Unternehmen geknüpft werden, um Enttäuschungen, die hoffentlich ausbleiben werden, zu begegnen. Die Frage ist unendlich schwierig und leider zu sehr mit Politik verknüpft, als daß wir damit rechnen könnten, Erwägungen der Menschlichkeit allein würden immer ausschlaggebend sein. Sie ist auch finanziell riesengroß. Wir haben bereits gemeldet, daß Bestrebungen im Zuge sind, den Kredit auf der Grundlage eines Monatsbedarfs von 10 Millionen Dollar zu organisieren, was bei dem gegenwärtigen Stande unserer Valuta einer Jahressumme von beiläufig zwei Milliarden Kronen gleichkäme. Diese Erwägungen dürfen aber die Genugtuung darüber, daß die ersten Waggons mit Lebensmitteln, die uns mit Zustimmung unserer bisherigen Feinde zukommen, bereits auf deutschösterreichischem Boden rollen, nicht trüben. Wenn ja, so gilt hier der Satz, daß der erste Schritt der schwierigste und wichtigste ist.

Der Bürgermeister wird die den ersten Transport aus der Schweiz begleitenden Herren in St. Pölten durch eine besondere Abordnung unter Führung des Vizebürgermeisters Rain im Namen der Stadt Wien begrüßen lassen. Zu den Beschlußfassungen über die Verwendung dieser Lebensmittel werden alle politischen Parteien Wiens herangezogen werden.

Zehn Waggons von Buchs abgegangen.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Innsbruck, 27. Dezember.

Wie Ihr Korrespondent von maßgebender Stelle erfährt, sind von den Lebensmittelsendungen aus der Schweiz, die für Wien bestimmt sind, die ersten zehn Waggons von Buchs bereits auf dem Wege nach Wien.

Ihr Durchrollen in Innsbruck ist noch im Laufe der heutigen Nacht zu erwarten.

Die weiteren Sendungen dürften in den nächsten Tagen sukzessive durchgeführt werden können.

500 Faß Butter als Weihnachtsgeschenk Dänemarks für Wien.

Wien, 27. Dezember.

Vom deutschösterreichischen Staatsamte für Volksernährung wird verlautbart: Die königlich dänische Regierung hat in dankenswerter Weise der deutschösterreichischen Regierung als Weihnachtsgeschenk für die Bevölkerung der Stadt Wien 500 Faß Butter zur Verfügung gestellt.

Der Transport und die seinerzeitige Uebernahme dieser Sendung behufs Verteilung an die Bevölkerung wurde bereits in die Wege geleitet.

Bericht des amerikanischen Lebensmittelkontrollors Hoover.

Versorgung Deutschösterreichs vor jener Deutschlands.

Newyork, 26. Dezember. (T.-K.)

Der Sonderkorrespondent der „Newyork World" in Paris meldet seinem Blatte: Der amerikanische Lebensmittelkontrollor Hoover hat dem Präsidenten Wilson einen Bericht über die Lebensmittellage Deutschlands unterbreitet, in dem er sagt: „Die Lage ist schlecht, aber nicht so schlecht, wie sie die Deutschen darstellen. Ich befürworte die Aufrechterhaltung des bereits angekündigten Programms der Vereinigten Staaten, wonach wir zunächst die Alliierten, dann die Neutralen und in letzter Linie die feindlichen Länder mit Nahrungsmitteln versorgen werden. Was die feindlichen Länder betrifft, so wird Deutschösterreich vor Deutschland versorgt werden müssen, da die Lage in Deutschösterreich erheblich schlechter ist als jene im Deutschen Reiche."

Berner Bund

28./12.1918

28/12/18

233

Hilferuf an das Schweizervolk.

Der Krieg ist zu Ende gegangen, aber das in seinem Gefolge stehende Elend nimmt zu. Auch wir leiden unter einem empfindlichen Mangel an den hauptsächlichsten Lebensmitteln.

Unsere Lage ist jedoch nicht zu vergleichen mit der furchtbaren Not in andern Ländern, namentlich in dem benachbarten Oesterreich, und dort ganz besonders in der Stadt Wien. Amtliche Berichte und schweizerische Augenzeugen entrollen geradezu trostlose Bilder menschlichen Elendes, wie sie dort zu finden sind. Große Teile der Bevölkerung der unglücklichen Stadt stehen vor dem Hungertode. Rasche Hilfe tut not.

An das Schweizervolk, das sich gegenüber fremdem Unglück stets opferwillig gezeigt hat, richten wir die Bitte: „Ob du auch selber entbehrst, spare und hilf damit den Verhungernden!"

Die Hilfsaktion wird unter Mitwirkung des eidgenössischen Ernährungsamtes und im Einverständnis mit den zuständigen Organen der alliierten Mächte durchgeführt. Sie bezweckt in erster Linie die Sammlung von Lebensmitteln, die unter amtlicher Aufsicht nach Wien transportiert und dort an die Bedürftigsten, vorab an Kinder, Kranke und Wöchnerinnen, verteilt werden sollen. Um jede weitere Verzögerung zu vermeiden, hat das eidgenössische Ernährungsamt als Vorschuß auf die von uns eingeleitete Sammlung zirka 100 Eisenbahnwagen verschiedener Lebensmittel schon in diesen Tagen nach Wien abgehen lassen.

In Verbindung mit der Hilfsaktion für Wien möchten wir auch den Notstand im eigenen Lande mildern. Auch bei uns herrscht vielerorts Mangel. Nach Berichten von Aerzten und Schulbehörden sind namentlich große Kreise von Kindern durch Unterernährung gefährdet. Das Werk der Schülerspeisung muß daher ausgedehnt werden. Auch hiezu bedarf es der Unterstützung aller Volkskreise, an deren Opferwilligkeit wir appellieren.

Die Sammlung für beide Zwecke soll nach den noch zu erlassenden nähern Anordnungen der kantonalen und lokalen Komitee im Januar 1919 stattfinden, und zwar in der Weise, daß freiwillig alle, die es können, auf einen Teil der ihnen zukommenden Lebensmittelrationen verzichten und die derart ersparten Kartenabschnitte (vom Dezember und Januar) dem Hilfswerke zur Verfügung stellen. Auch geeignete Naturalgaben und Geld werden gerne entgegengenommen werden.

Die Organisation und Durchführung der Sammlung ist Sache der kantonalen Komitees. Wir bitten, in jedem Kanton, wo es noch nicht geschehen ist, ein einheitliches Komitee zu bilden. Die Organe des Schweizerischen Roten Kreuzes, des Schweizerischen Gemeinnützigen Frauenvereins und des Schweizerischen Katholischen Frauenbundes haben hiezu ihre Mithilfe in verdankenswerter Weise anerboten. Von der Bildung der kantonalen Komitees ist der unten bezeichneten schweizerischen Geschäftsstelle sofort Kenntnis zu geben, welche das Nähere mitteilen wird.

Liebe Mitbürger und Mitbürgerinnen!

Die Not ist groß! Wir bitten Euch: Helfet!

Der engere Ausschuß:

Merz, Ständerat, Bern, Präsident.
Prof. G. de Reynold, Bern, 1. Vizepräsident.
Schneeberger, Nationalrat, Bern, 2. Vizepräsident.
Frau Minister Bourcart.
Frl. B. Trüssel, Präsidentin des Schweiz. Gemeinnützigen Frauenvereins, Bern.
Dr. Tschumi, Reg.-Rat, Bern.
Dr. Ischer, Adjunkt des Zentralsekretärs des Schweiz. Roten Kreuzes, Bern.
Pfarrer Lörtscher, kant. Armeninspektor, Bern.
Dr. Steiger, Professor, Bern.
Dr. Erb, Stadtrat, Bern.
v. Grenus, Bankier, Bern.
Schmid-Weber, Kaufmann, Bern.

Die Schweizerische Geschäftsstelle:

O. Boßhardt, Kommissär der schweiz. Handelsbörse, Bern, Effingerstraße 4, Telephon 54.

Das erweiterte Komitee:

Dr. v. Schultheß, Präsident der Schweiz. Gemeinnützigen Gesellschaft, Zürich.
Wild, Pfarrer, Präsident der Schweiz. Vereinigung für Kinder- und Frauenschutz, Zürich.
Dr. Pestalozzi-Pfyffer, Präsident des schweiz. katholischen Volksvereins, Zug.
Fritschi, Nationalrat, Präsident des schweizerischen Lehrervereins, Zürich.
Truog, Dekan, Präsident der Schweiz. reformierten Kirchenkonferenz, Jenaz (Graubünden).
Frau Gutzwiller, Präsidentin des Schweiz. katholischen Frauenbundes, Basel.
Schürch, französischer Sekretär des Schweiz. Gewerkschaftsbundes, Bern.
Keller, Regierungspräsident, Zürich.
Nägeli, Stadtpräsident, Zürich.
Baumberger, Kantonsrat und Chefredaktor, Zürich.
Lang, Stadtrat, Zürich.
Freiburghaus, Nationalrat, Präsident der Oekonomischen und Gemeinnützigen Gesellschaft des Kantons Bern, Spengelried.
Jenny, Nationalrat, Worblaufen (Bern).
Grospierre, Nationalrat, Bern.
Moser, Nationalrat, Hitzkirch (Luzern).
Gamma, Nationalrat, Altdorf (Uri).
Räber, Ständerat, Küsnacht (Schwyz).
Wirz, Ständerat, Sarnen Obwalden.
v. Matt, Nationalrat, Stans, Nidwalden.
Blumer, Nationalrat, Glarus.
Steiner, Regierungsrat, Zug.
Musy, Nationalrat, Freiburg.
Dr. Beck, Professor der Universität, Freiburg.
Dr. Hartmann, Nationalrat, Solothurn.
Obrecht, Nationalrat, Solothurn.
Dr. Kälin, Redaktor, Solothurn.
Gelpke, Nationalrat, Basel.
Seiler, Nationalrat, Liestal.
Schlatter, Stadtpräsident, Schaffhausen.
Eugster-Züst, Nationalrat, Speicher.
Scherrer, Hermann, Stadtrat, St. Gallen.
Jäger, Nationalrat, Baden (Aargau).
Siegfried, Präsident der aargauischen Kulturgesellschaft, Aarau.
Schmid, Regierungsrat, Frauenfeld.

Noseda, Pfarrer, schweiz. Delegierter zum Besuch der österreichischen Kriegsgefangenen, Morbio (Tessin).
Bertoni, Nationalrat, Lugano.
Prof. Dr. Dind, Conseiller aux Etats, Lausanne.
Couvreux, Syndic, Vevey.
Dr. Seiler, Nationalrat, Zermatt (Wallis).
Dr. Pettavel, Conseiller aux Etats, Neuchatel.
Dr. Frederic Ferriere, Genf.
Micheli, Nationalrat, Genf.

Der Abend
28./XII. 1918

234

Unser Dank an die Schweiz.

Die Lebensmittelhilfe der Schweiz ist unterwegs. Nicht daß sie uns mit Waggons Nahrungsmitteln hilft ist das ganze Große an dieser Tat, obwohl es nichts Geringes ist, wenn der, der die Schrecken des Krieges selbst bitter empfinden muß, von seinem Mangel abgibt, größer und bedeutungsvoller ist, daß der hochherzige Entschluß der Schweiz zeigt, daß die Menschenliebe noch nicht ganz erstorben ist, am bedeutungsvollsten aber ist, daß diese weithin sichtbare Hilfe das Gewissen bei unseren Feinden aufgerüttelt hat. Nicht nur bei den Lloyd George und Clemenceau, sondern vor allem bei den Völkern.

Zahlreiche Zuschriften zeigen, daß wir gestern die Empfindungen des Volkes von Wien ausgesprochen haben, als wir die Größe unserer Dankbarkeit für die menschenfreundliche Hilfe der Schweiz betonten. Dieser Dank darf aber nicht auf Zeitungskundgebungen beschränkt bleiben, sondern muß durch feierliche, weithin sichtbare und nicht vergängliche Kundgebungen der Größe der Tat und der Dankbarkeit angemessen sein. Nur das wird den Gefühlen unserer Bevölkerung entsprechen. Wir zweifeln auch keinen Augenblick, daß sich der Gemeinderat als der berufene Dolmetsch des Volksempfindens, dieser Pflicht bewußt, mit würdigen Kundgebungen befassen wird. In dieser Richtung einige zweckdienliche Anregungen zu geben, ist der Zweck dieser Zeilen.

Es fällt auf, daß keine unserer Straßen und Plätze an die Schweiz erinnert, mit der uns doch so uralte geschichtliche Beziehungen verbinden; fast ist es, als hätte die Monarchie die Erinnerung daran verwischen wollen, daß der Ursprung des Herrschergeschlechtes in dem uralten Freistaate zu suchen sei. Heute, wo wir als der jüngste in die Reihen der Freistaaten getreten sind, fallen solche Rücksichten weg und es wird uns ehren, wenn wir, nach alter Sitte freier Städte, einer Straße den Namen der uns jetzt doppelt nahegerückten Schweiz geben. Welche Straße dies sein soll, ergibt sich fast von selbst. Ein Teil des Rings trägt einen Namen, der nicht länger geduldet werden kann: wir können keinen Kaiser Wilhelm-Ring brauchen und ertragen. Entsühnen wir dieses Zugeständnis an den Byzantinismus, indem wir den ehemaligen Parkring von jetzt an Schweizer-Ring nennen. Dem Geschichtskundigen wird dieser Name in Erinnerung rufen, daß die Völker in Kampf und Zwietracht leben mußten, solange das Familieninteresse ihrer Herrscher ihr Geschick bestimmte, daß sie aber Freunde wurden in dem Augenblick, in dem an die Stelle des Herrscherwillens der Volkswille trat. Keine Geßler-Hüte entzweien uns länger, kein Arnold von Winkelried braucht seine Brust den Speeren feindlicher Lanzknechte zu bieten; was die Kriegsnot verschuldet hat, macht jetzt friedlicher Bürgersinn in menschlicher Gesinnung gut.

Neben diesem Zeichen der Dankbarkeit, das sicherlich in der Schweiz verstanden und gewürdigt werden wird, scheint uns noch ein zweites am Platze zu sein, eines, das der Stadt, von der die Anregung zur Hilfe ausging, zeigen soll, daß wir ihr in aufrichtigen Gefühlen zugetan sind. Wir sind arm und haben wenig zu verschenken; aber wenn sich arme Leute erkenntlich zeigen wollen, so nehmen sie ein Stück, das ihnen teuer ist, von der Wand ihrer Stube und bringen es dem, den sie ehren wollen. So sollten auch wir es halten. Wien ist die Stadt der Kunst und des guten Geschmacks, Zürich die des schönsten aller Landesmuseen. Senden wir ihm aus unserem Besitze an Wiener Kunst und Kunstgewerbe ein paar besonders bezeichnende Stücke aus unseren öffentlichen Sammlungen. Die Auswahl mögen die Sachverständigen treffen. Wir meinen, daß ein besonders schöner Waldmüller, ein Rudolf Alt, ein Klimt, ein Egger-Lienz, ein Bildwerk von Hellmer, dies oder jenes Meisterwerk unseres Kunstgewerbes darunter sein sollte und vielleicht auch, damit die ureigenste unserer Kunstleistungen vertreten sei, die Handschrift eines Schubertschen Liedes, der ja doch der wienerischeste der großen Musiker war, etwa ergänzt durch einen Walzer von Johann Strauß. Wir sollten meinen, daß diese Gabe, aus dankerfülltem Herzen gegeben, gern und freudig angenommen werden würde, ein Unterpfand zugleich dauernd freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem ältesten und dem jüngsten Freistaate. Mögen aber nun diese Anregungen verwirklicht oder andere, bessere gefunden werden, auf jeden Fall erwarten wir und mit uns gewiß Hunderttausende von freidenkenden Wienern, daß der Gemeinderat ein weithin sichtbares Zeichen unserer Dankbarkeit stiften werde. Wenn sich aus den Trümmern und Brandstätten der Zerstörung die Menschenliebe wieder emporzusteigen anschickt, so ist es das große Verdienst des Schweizer Hilfswerks. In diesem Sinne bedeuten die Eisenbahnwagen die jetzt schon auf dem deutschösterreichischen Boden rollen, mehr als die Stillung des Hungers unserer Armut; der Schweizer-Ring, den wir hiermit vorschlagen, wird das Symbol des Ringes sein, der dereinst die Menschheit der Kulturländer in Freiheit, Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit umschlingen und verbinden wird.

Berner Bund

29/XII. 1918.

235

Dank eines Wieners

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Gestatten Sie, daß ich um Gastfreundschaft in Ihrem geschätzten Blatte bitte, um in seinen Spalten den Dank eines Wieners für die Großherzigkeit der Schweiz öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Ich habe nicht das Recht, im Namen der Stadt Wien oder überhaupt in irgend einem anderen als meinem eigenen Namen zu sprechen, aber ich glaube, daß sich alle meine Landsleute meinem Wunsche anschließen werden, der Helvetischen Republik unseren innigsten Dank für die Hilfe zu übermitteln, die sie unserer armen und schwer heimgesuchten Vaterstadt zuteil werden läßt.

Seit einem Jahre bin ich in der Schweiz in meinem Berufe tätig und habe in dieser Zeit wirklich kennen gelernt, was das heißt: wahre Demokratie. Nur ein Volk, das sich einer solchen politischen Reife erfreut, wie die Schweizer, konnte es, obwohl von allen Seiten umbrandet vom Sturme des Weltkrieges, durchsetzen, daß selbst in den Tagen, da am schwersten und erbittertsten um die Entscheidung gerungen wurde, jede der beiden Parteien die Hoheit der Schweizer Grenzen respektierte. Darüber hinaus hat aber die Helvetische Eidgenossenschaft durch ihre Fürsorge für unglückliche Opfer des Krieges der Welt ein Beispiel echtester Menschlichkeit gegeben. Das Genfer Rote Kreuz ist eine von den wenigen Institutionen internationaler Abmachungen, die der Menschheit wahren Dienst geleistet haben. Ist es nötig, auch noch all das andere Samariterwerk aufzuzählen, das die Schweiz während der vier Jahre Krieg getan hat, muß man daran erinnern, daß sie so und so vielen Tausenden Internierten und Kriegsgefangenen Asyl gewährt hat? Muß man die Hunderte von Austauschzügen zusammenrechnen, in denen sie blessierte und invalide Soldaten in ihre Heimat zurückbeförderte?

Und nun kommt diese denkwürdige Sitzung des Schweizer Nationalrates, in der Schweizer aller Sprachen aufstehen und Hilfe für das hungernde Wien verlangen. Sie zeigt damit neuerdings der Welt, daß die Menschheit in der Schweiz wirklich Heimat und Boden hat.

Auf die Tat allein kommt es in diesem Falle an. Wir alle wissen, daß die Schweiz selbst nicht viel zu geben hat. Gerade deshalb, weil sie immer so stolz und ehrlich ihre Neutralität wahrte. Heute muß sie ihren Bürgern selbst jedes Stück Zucker, jedes Gramm Fett vorzählen, aber sie zögert keinen Moment, die Einschränkungen noch größer zu machen, um den zweieinhalb Millionen Menschen in Wien zu helfen. Das Beispiel, diese wundervolle Geste edelster Menschlichkeit ... das ist die Tat, die gewiß ihre Wirkung auch auf seiten derer haben muß, die heute noch im Hasse des Krieges befangen sind. Mitten hinein in die Reden von Strafe und Demütigung des Feindes, wirft die Schweiz das eine Wort: „Helfet!"

Das ist die Tat, für die ihr Wien danken muß und auch danken wird. Wien allein? Nein, die ganze Welt. Ernst Klein, Redakteur.

Berner Bund

29./XII. 1918.

236

Hilferuf an das Schweizervolk

Der Krieg ist zu Ende gegangen, aber das in seinem Gefolge stehende Elend nimmt zu. Auch wir leiden unter einem empfindlichen Mangel an den hauptsächlichsten Lebensmitteln.

Unsere Lage ist jedoch nicht zu vergleichen mit der furchtbaren Not in andern Ländern, namentlich in dem benachbarten Oesterreich, und dort ganz besonders in der Stadt Wien. Amtliche Berichte und schweizerische Augenzeugen entrollen geradezu trostlose Bilder menschlichen Elendes, wie sie dort zu finden sind. Große Teile der Bevölkerung der unglücklichen Stadt stehen vor dem Hungertode. Rasche Hilfe tut not.

An das Schweizervolk, das sich gegenüber fremdem Unglück stets opferwillig gezeigt hat, richten wir die Bitte: „Ob du auch selber entbehrst, spare und hilf damit den Verhungernden!"

Die Hilfsaktion wird unter Mitwirkung des eidgenössischen Ernährungsamtes und im Einverständnis mit den zuständigen Organen der alliierten Mächte durchgeführt. Sie bezweckt in erster Linie die Sammlung von Lebensmitteln, die unter amtlicher Aufsicht nach Wien transportiert und dort an die Bedürftigsten, vorab an Kinder, Kranke und Wöchnerinnen, verteilt werden sollen. Um jede weitere Verzögerung zu vermeiden, hat das eidgenössische Ernährungsamt als Vorschuß auf die von uns eingeleitete Sammlung zirka 100 Eisenbahnwagen verschiedener Lebensmittel schon in diesen Tagen nach Wien abgehen lassen.

In Verbindung mit der Hilfsaktion für Wien möchten wir auch den Notstand im eigenen Lande mildern. Auch bei uns herrscht vielerorts Mangel. Nach Berichten von Aerzten und Schulbehörden sind namentlich große Kreise von Kindern durch Unterernährung gefährdet. Das Werk der Schülerspeisung muß daher ausgedehnt werden. Auch hierzu bedarf es der Unterstützung aller Volkskreise, an deren Opferwilligkeit wir appellieren.

Die Sammlung für beide Zwecke soll nach den noch zu erlassenden näheren Anordnungen der kantonalen und lokalen Komitees im Januar 1919 stattfinden, und zwar in der Weise, daß freiwillig alle, die es können, auf einen Teil der ihnen zukommenden Lebensmittelrationen verzichten und die derart ersparten Kartenabschnitte (vom Dezember und Januar) dem Hilfswerke zur Verfügung stellen. Auch geeignete Naturalgaben und Geld werden gerne entgegengenommen werden.

Die Organisation und Durchführung der Sammlung ist Sache der kantonalen Komitees. Wir bitten, in jedem Kanton, wo es noch nicht geschehen ist, ein einheitliches Komitee zu bilden. Die Organe des schweizerischen Roten Kreuzes, des Schweizerischen Gemeinnützigen Frauenvereins und des Schweizerischen Katholischen Frauenbundes haben hierzu ihre Mithilfe in verdankenswerter Weise anerboten. Von der Bildung der kantonalen Komitees ist der unten bezeichneten schweizerischen Geschäftsstelle sofort Kenntnis zu geben, welche das Nähere mitteilen wird.

Liebe Mitbürger und Mitbürgerinnen!
Die Not ist groß! Wir bitten euch: Helfet!

Der engere Ausschuß: Merz, Ständerat, Bern, Präsident; Prof. G. de Reynold, Bern, 1. Vizepräsident; Schneeberger, Nationalrat, Bern, 2. Vizepräsident; Frau Minister Bourcart, Basel; Frl. B. Trüssel, Präsidentin des Schweiz. Gem. Frauenvereins, Bern; Dr. Ischer, Adjunkt des Zentralsekretärs des schweiz. Roten Kreuzes, Bern; Pfarrer Lörtscher, kantonaler Armeninspektor, Bern; Dr. Steiger, Professor, Bern; Dr. Erb, Stadtrat, Bern; v. Grenus, Bankier, Bern; Schmid-Weber, Kaufmann, Bern; Dr. Tschumi, Regierungsrat, Bern.

Die schweizerische Geschäftsstelle: O. Boßhardt, Kommissär der schweizerischen Handelsbörse, Effingerstraße 4, Bern, Telephon 54.

Das erweiterte Komitee: Dr. v. Schultheß, Präsident der Schweizer. Gemeinn. Gesellschaft, Zürich; Wild, Pfarrer, Präsident der Schweizerischen Vereinigung für Kinder- und Frauenschutz, Zürich; Dr. Pestalozzi-Pfyffer, Präsident des Schweizer. kathol. Volksvereins, Zug; Fritschi, Nationalrat, Präsident des Schweizerischen Lehrervereins, Zürich; Frau Gutzwiller, Präsidentin des Schweizer. katholischen Frauenbundes, Basel; Schürch, französischer Sekretär des Schweizer. Gewerkschaftsbundes, Bern; Kellet, Regierungspräsident, Zürich; Nägeli, Stadtpräsident, Zürich; Baumberger, Kantonsrat und Chefredakteur, Zürich; Lang, Stadtrat, Zürich; Truog, Dekan, Präsident der schweiz. reformierten Kirchenkonferenz, Kenaz, Graubünden; Freiburghaus, Nationalrat, Präsident der Oekon. u. gemeinn. Gesellschaft des Kantons Bern, Spengelried; Jenny, Nationalrat, Worblaufen, Bern; Grospierre, Nationalrat, Bern; Moser, Nationalrat, Hitzkirch, Luzern; Gamma, Nationalrat, Altdorf, Uri; Räber, Ständerat, Küßnacht, Schwyz; Wirz, Ständerat, Sarnen, Obwalden; v. Matt, Nationalrat, Stans, Nidwalden; Blumer, Nationalrat, Glarus; Steiner, Regierungsrat, Zug; Musy, Nationalrat, Freiburg; Dr. Beck, Professor der Universität Freiburg; Dr. Hartmann, Nationalrat, Solothurn; Obrecht, Nationalrat, Solothurn; Dr. Kälin, Redakteur, Solothurn; Gelpke, Nationalrat, Basel; Seiler, Nationalrat, Liestal; Schlatter, Stadtpräsident, Schaffhausen; Eugster-Züst, Nationalrat, Speicher; Scherrer, Hermann, Stadtrat, St. Gallen; Siegfried, Präsident der aarg. Kulturgesellschaft, Aarau; Jäger, Nat., Stadtpräs. von Baden (Aargau). Schmid, Regierungsrat, Frauenfeld; Roseda, Pfarrer, schweizerischer Delegierter zum Besuch der österreichischen Kriegsgefangenen, Morbio, Tessin; Bertoni, Nationalrat, Lugano; Dind, Ständerat, Lausanne; Couvreux, Syndic, Vevey; Dr. Seiler, Nationalrat, Zermatt, Wallis; Dr. Pettavel, Ständerat, Neuenburg; Dr. Frédéric Ferrière, Genf; Micheli, Nationalrat, Genf.

(Anmerkung der Redaktion: Wir erinnern daran, daß die Dezembercoupons auch noch im Januar abgegeben werden können. Die Sammelstelle für die Gemeinde Bern wird demnächst bekannt gegeben.)

Berner Bund 29./XII. 1918.

Schweizer, die dem Wiener Elend entfliehen

ff. Buchs, 27. d. (Eig. Drahtber.) Heute nachmittags 2 Uhr kamen per Extrazug zirka 150 Schweizer, die dem Kriegselend in Wien entflohen sind, hier an. Die Bevölkerung bereitete ihnen einen herzlichen Empfang. Auf dem Bahnhof weht die Schweizerflagge, die Musik des Schützenbataillons 7 begrüßte die Eidgenossen durch prächtige Vorträge.

Die Kochkiste.

„Not bricht Eisen," sagt ein altes Sprichwort, und so hat die Not unserer Tage an Gas und Kohle auch das eiserne Vorurteil unserer Hausfrauen und — Köchinnen gegen die „Kochkiste" gebrochen. „Ja, gab es denn das überhaupt noch," werden Hunderte und Tausende unserer Hausfrauen fragen. „Uns ist doch die Kochkiste schon jahrelang eine gute Freundin, wir können uns ein Wirtschaften ohne Kochkiste gar nicht mehr vorstellen."

Und doch war es so. Es gab immer noch viele Frauen aller Stände, die ungläubig fragten: „Wie ist es denn möglich, in einer Kochkiste ohne Feuer zu kochen?", und sich eines Besseren nicht belehren lassen wollten. Und die Köchinnen hielten es einfach für einen lächerlichen Eingriff in ihr Bereich. Und manche Hausfrauen mußten ihr Beharren auf der Neuerung mit dem Verlust ihres alten Küchenfaktotums büßen, wenn sie es nicht verstanden, durch die Ueberzeugung der Tatsache zu wirken. So ließ eine Dame, nachdem sie eigenhändig vor den Augen des Mädchens und unbekümmert um deren Brummen das Essen in die Kochkiste gesetzt hatte, die Köchin an einem Sonntagvormittag drei Stunden spazieren gehen, und als es dann trotzdem mittags nicht zu dem probezeiten Krach mit dem „gnädigen Herrn" kam, weil doch ein, noch dazu sehr schmackhaftes Essen auf dem Tisch war, wurde endlich aus dem „Saulus" ein begeisterter „Paulus".

Gleich ch dem Siegeslauf der Kochkiste in Deutschlan. vor zirka zwölf Jahren, wurde der Versuch gemacht, sie in Oesterreich einzuführen, allerdings mit wenig Erfolg, was vielleicht auch damals gewissermaßen berechtigt war. Wiener Küche gebrauchte liebevolle Sorgfalt, und wenn schon für deren viele Einzelheiten der Kochherd stundenlang brannte, wozu die Kochkiste? Sogenannte „Eintopfgerichte", wie sie besonders gut in der Kochkiste werden, liebte man in Wien nicht. Man ließ sie sich auch von draußen im Reiche, wo man doch, wie von allen Wienern geurteilt wurde, elend aß, nicht aufzwingen. Nach der Erhaltung und Ausnützung der Nährkraft einzelner Speisen fragte man damals nicht. Das Interesse für die Nährtheorie ist ja auch bei den meisten Hausfrauen nur eine Errungenschaft der Not mit Lebensmitteln. So führte sich die Kochkiste jahrelang nur langsam bei vielbeschäftigten oder besonders sparsamen Hausfrauen ein. Dann kam der Krieg, und sofort erkannten die führenden Frauen der wirtschaftlichen Frauenbewegung, daß ihnen in der Kochkiste eine außerordentliche Helferin im Sparen und Ausnützen der Nährkraft von Lebensmitteln und Heizmaterial, vor allem aber an Zeit und Kräften der Frauen zur Verfügung stehe. Es setzte eine vielseitige Lehrpropaganda ein, aber trotz aller Bemühungen und begeisterter Anhängerschaft der Bekehrten, Gemeingut wurde die Kochkiste noch nicht.

Da mußte es noch schlimmer kommen. Wenig Gas, keine Kohlen, kein Petroleum, kein Spiritus. „Wie sollen wir kochen? — in der Kochkiste, ja, wo, wie?" erschallen die Fragen. Die Vorträge werden eifrig besucht, die Geschäfte um Lieferung von Kochkisten bestürmt, und im Kochkistenmagazin der Rohö drängen sich die Frauen. Natürlich hat in den Jahren des Bestehens die Industrie verbesserte und fast vollkommene Kochkisten geschaffen. Aber ihren Zweck erfüllen auch die einfachsten. Eine alte Kiste, ein Militärkoffer, eine Hutschachtel, nur gut mit Papier isoliert und mit Holzwolle fest gestopft und richtig behandelt muß sie werden. Die Speisen müssen nach bestimmten, kurzen Vorkochzeiten siedend in die Kochkiste gestellt werden, und keine Neugierde darf die Kiste oder den Topfdeckel früher lüften, als bis die Zeit vollendet ist. Dann erhalten wir ein besonders saftiges Fleisch, einen guten Saft, ein nahrhaftes Gemüse. Jede Art Reis (Haferreis), Graupen, Hülsenfrüchte, Nudeln usw. quellen in der Kochkiste zur Vollendung auf. Leider haben wir diese nahrhaften Speisen jetzt nicht oder nur teuer erworben, und gerade darum muß man ihren Nährwert möglichst ausnützen. Auch für die Wäsche ist die Kochkiste schon nutzbar gemacht worden. Diese siedet darin langsam und reinigt sich automatisch. Und so wollen wir hoffen, daß nun durch die Not auch das letzte Vorurteil besiegt ist, und alle die verschiedenen Typen der Kochkiste, von der Babykochkiste, worin Milch und das „Papperl" heiß bleibt, bis zur Waschkochkiste von Riesendimensionen bald ihren Einzug in allen Haushaltungen halten werden.

G. S.

Die Zeit 29./III.1918

232

Die Zeit

29./XII. 1918

232

Die Sorge um Wien.

Für die hochherzige Hilfsbereitschaft, mit der in diesen schweren Tagen das Schweizer Volk dem bedrängten Wien beisteht, kann nicht warm und innig genug gedankt werden. Täglich werden uns aus Leserkreisen, besonders von weiblicher Seite, Zuschriften gesendet, die der Dankbarkeit der Wiener Bevölkerung den beredtesten Ausdruck geben. Es tut so unendlich wohl, nachdem in vier leidensvollen Kriegsjahren die trübe Flut des Völkerhasses höher und höher gestiegen, nun wieder den reinen Quell menschlichen Mitgefühls fließen zu sehen. Die Schweiz ist freilich immer, auch während rings die wildesten nationalen Leidenschaften tobten, eine Zufluchtsstätte des humanen und kosmopolitischen Denkens geblieben. Aber von dieser gütigen Veranlagung des Schweizer Volksempfindens abgesehen, dürfen wir Wiener — ohne alle Einbildung und Eitelkeit — doch wohl annehmen, daß der uns in so edler Weise gewährte Beistand auch auf eine besondere Sympathie für unsere alte, liebe, wohlberufene Vaterstadt zurückzuführen ist. Wien ist als eine Stadt, wo es sich unter angenehmen Menschen und Verhältnissen gut leben läßt, wohl jedem einstmaligen Besucher und Freund in bester Erinnerung geblieben. Das ist ein wertvoller Kredit, den Wien aus seiner Vergangenheit in die Zukunft hinüber nimmt, und wer heute mit ernster Sorge an Wiens Zukunft denkt, wird diesen Kredit wohl in alle Rechnungen als wichtigen Posten einstellen dürfen.

Zur ernsten Sorge ist leider Grund genug vorhanden. In unserer Stadt hat immer, in sonderbarer Verbindung mit einem Hang zum Schnupfen und Raunzen, doch vorherrschend die Neigung bestanden, das Leben von der leichten Seite zu nehmen, das Heute zu genießen und sich um das Morgen nicht viel Gedanken zu machen. Aber jetzt ist unsere Lage eine so unverkennbar schwierige und gefahrdrohende geworden, daß auch die leichtblütigste Sorte von Wienertum nach dem alten Rezept „Wien bleibt Wien" oder „Mir san mir" das Zukunftsbangen nicht mehr abschütteln kann. Aus der Hauptstadt eines Großstaates ist die Hauptstadt eines Kleinstaates geworden, ein mächtiges Wirtschaftszentrum ist zu einer Grenzstadt verwandelt, von der aus die Verkehrslinien schon auf ein paar Meilen Entfernung an „ausländische" Grenzpfähle anlaufen. Orte, die sonst als Vororte Wiens galten, liegen jetzt bereits im sozusagen feindlichen Ausland. Die politische Wandlung muß unvermeidlich auch schwere wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen. In der alten Kaiserstadt gibt es keinen Kaiserhof mehr, und nebst diesem Mittelpunkt von allerlei Hofgewerbe und Hoflieferantenwesen werden auch vielerlei andere Mittelpunkte von Produktion und Konsum entschwinden. Die amtlichen Zentralstellen werden entsprechend verkleinert, die hauptstädtischen Bureaus zahlreicher Verkehrs-, Industrie- und Handelsunternehmungen werden aufgelöst oder stark reduziert, überflüssig gewordene Scharen von Angestellten und Arbeitern werden abwandern. Die Zweimillionenstadt wird es unendlich schwer haben, ihre alte Ziffer und ihren alten Rang unter den Weltstädten zu behaupten.

Ist aber Wien deshalb eine verlorene Stadt? Ein Stück Vergangenheit ohne Zukunft? Die alte Gunst der geographischen Lage, am östlichen Ausgang der Alpen, an dem großen, nach Osten gerichteten Hauptstrom Europas, bleibt unverändert. Ob die Ungunst der neuen politischen Verhältnisse überwunden werden kann, wird in erster Linie von der Tüchtigkeit und Rührigkeit der Wiener Bevölkerung abhängen; nicht in letzter Linie aber auch von ihrem Takt, von ihrer Fähigkeit, den guten alten Ruf Wiens als einer der gastlichsten, angenehmsten, fremdenfreundlichsten Städte der Welt zu bewahren. Was Wien als Handelsstadt wahrscheinlich verlieren muß, kann es als Fremdenstadt sicher gewinnen, wenn Bevölkerung und Stadtverwaltung in diesem Punkte klare Einsicht und festen Willen zeigen. Dazu gehört freilich vor allem, daß der alte Glanz der Theater- und Musikstadt Wien niemals, auch nicht vorübergehend, erlösche. Mit dem kleinlichen Geist, der sich jetzt zum Beispiel in der Frage der Theatersperre zeigt, ist nichts zu machen, der gefährdet geradezu Wiens Zukunft, indem er die hier zusammenströmende Künstlerschaft an der Sicherheit ihrer Existenzgrundlagen zweifeln macht. Und nicht minder gefahrvoll ist der Zug nationaler und sozialer Gehässigkeit, der — ganz gegen alle Tradition — in den letzten Jahren ins Wiener Gesellschaftsleben eindrang. In Wien muß eine freie Lebensauffassung herrschen, tolerantes Verständnis für fremdes Wesen, nationale Vorurteilslosigkeit, liebevoller Eifer für Kunstpflege jeder Art, zielbewußte Förderung einer kosmopolitischen Großstadtkultur. Wir erfreuen uns seit altersher der Sympathien des Auslandes, wie uns eben wieder die Freundeshilfe der Schweiz bewiesen hat. Verstärken wir diese Sympathien, benützen wir unseren guten alten Kredit, lenken wir den Strom derer, die historische Schönheit und moderne Weltfreude suchen, nach unserer Stadt — dann werden wir um die Zukunft Wiens nicht bangen müssen.

Freundenblatt

29./XII. 1918

241

Die Lebensmittelhilfe für Wien.

Aus der Schweiz rollen die ersten für Wien bestimmten Lebensmittelsendungen unserer Stadt zu. Die kraftvoll eingeleitete, von Vertretern sämtlicher politischer Parteien und aller Sprachgebiete der Schweiz unterstützte Hilfsaktion für Wien und Deutschösterreich zeitigt die ersten greifbaren Erfolge. Mit seltener Einmütigkeit hat das edle Schweizer Volk diese Aktion unternommen und getreu dem Grundsatze „wer rasch gibt, gibt doppelt" wirksam betätigt. Unser Vertrauen auf die ernste Bereitwilligkeit des eidgenössischen Nationalrates, unsere feste Zuversicht auf Erfüllung der Zusagen sind nicht enttäuscht worden. Der gerade Sinn der Schweizer kennt keine Halbheit, die sich in wohlwollenden Redensarten erschöpft. Was dieses willensstarke Volk beginnt, das führt es auch zu Ende. Es wird ganze Arbeit verrichtet. In allen Kantonen wirken die Behörden im vollsten Einverständnisse zusammen: Vertreter aller Volksstände haben sich dem rasch gebildeten Hilfsausschuß angeschlossen, eine große Volksbewegung ist im Flusse, allerorten werden Sammlungen für die Wiener veranstaltet. Bürger, Bauern und Arbeiter liefern freiwillig Abschnitte ihrer Lebensmittelkarten für Brot, Käse, Mehl und Fett an ihr Ernährungsamt ab. Ja, geradezu ein Wettbewerb ist unter den schweizerischen Städten, welche von ihnen als erste Wien zu Hilfe kommen wird. Mit dankbarer Rührung wird man den Aufruf eines der hervorragendsten Schweizer Blätter, der „Neuen Zürcher Zeitung" lesen, der in die Worte ausklingt: „Zürich soll die erste Stadt sein, die Hilfe bringt. Ueberall in unserem Lande ist für das hungernde darbende Wien das Mitleid laut geworden. Gebet den Wienern, was ihr entbehren könnt!" Und der warmherzige Appell fiel auf fruchtbaren Boden. Schon in den ersten Stunden nach Eröffnung der Sammlung liefen viele Spenden ein. Opferfreudig, ohne Ruhmredigkeit setzten die Schweizer ihr großes Samariterwerk fort. Ihre Energie, ihre Entschlossenheit bürgt uns für das weitere Gelingen.

Diese eifervolle, vor keinen Schwierigkeiten zurückscheuende Betätigung wahrer Menschlichkeit und christlicher Barmherzigkeit hat es auch vermocht, den beklemmenden Ring, der uns vom feindlichen Auslande abschließt, zu durchbrechen. Seit Monaten unablässig bemüht, die harthörigen Sieger immer wieder an ihre moralische und sittliche Pflicht zu erinnern, ist es der Schweiz gelungen, der Vernunft und Gerechtigkeit Geltung zu verschaffen. Lange hat der Stolz der Feinde es nicht zugelassen, mit uns in unmittelbaren Verkehr zu treten. Noch befinden wir uns mit den Feinden des zertrümmerten Oesterreich-Ungarn im latenten Kriegszustande, noch ist der Anfang zu den Friedensverhandlungen nicht gekommen, noch wogt bei den Siegern der Streit um die Größe der Beute. Welch ungeheurer Anstrengungen bedurfte es unter solchen Umständen, über diplomatische Förmlichkeiten, über Haß ud Härte den Feind selbst für rasche Hilfe zu gewinnen. Trotz der Bedenken, das Mißfallen der Entente zu erregen, ihre vom Auslande vielfach abhängige eigene Lebensmittelversorgung zu gefährden, haben die Schweizer Besprechungen zwischen Vertretern Englands, Amerikas, Frankreichs und Italiens mit Vertretern Deutschösterreichs zustande gebracht. In diesen Konferenzen erzielte die Schweiz vorerst die Zustimmung der Entente für die Ausfuhr von Lebensmitteln nach Deutschösterreich. Diese erste bedeutsame Hilfe reicht für den Augenblick, sie lindert die ärgste Not, beseitigt schwere Nahrungssorgen für die nächsten Tage. In dieser Erkenntnis hat die Schweiz ihr augenblickliches Hauptwerk ausgestaltet und bewirkt, daß die Hilfe der Feindesstaaten, die uns so oft in Aussicht gestellt wurde, endlich eingesetzt. Die in Bern anwesenden Bevöllmächtigten der interalliierten Lebensmittelkonferenz haben die sofortige Lieferung von 4000 Tonnen Weizen für Deutschösterreich einschließlich Wien zugesagt und über weitere Lebensmittelsendungen wird eine aus amerikanischen, englischen, französischen und italienischen Vertretern zusammengesetzte Kommission, die in der nächsten Zeit in Wien eintrifft, entscheidende Beschlüsse fassen.

Der Weg direkter Verhandlungen zwischen der Entente und Deutschösterreich wegen der Nahrungsmittelversorgung unseres Volkes ist beschritten. Wir haben fürderhin nicht mehr zu befürchten, daß die Noten und Darlegungen unserer Regierung mit kühler Höflichkeit bestätigt und mit der Vertröstung ins Ungewisse erledigt werden. Am Verhandlungstische werden unsere Vertreter den Bevollmächtigten der Entente unsere dringendsten Anliegen, Wünsche und Bedürfnisse auseinandersetzen, in Rede und Gegenrede dafür mit zwingender Ueberzeugung eintreten können. Das ist ein großer, weithin sichtbarer Erfolg, das ist zugleich das große Verdienst des Schweizer Volkes für Deutschösterreich und für Wien. In tiefer Dankbarkeit werden wir der brüderlichen Schweizer Hilfe gedenken und uns all die Werke der Humanität in die Erinnerung zurückrufen, die die Schweiz während der langen Kriegszeit uns erwiesen hat. Sie hat immerdar von rein menschlichen Gefühlen sich leiten lassen und sie schuf dieser Menschlichkeit jetzt freie Bahn. Dieser wahren lebendigen Freundschaft uns würdig zu erweisen, ist und bleibt unsere höchste Pflicht.

4000 Tonnen Weizen für Deutschösterreich.

Vom deutschösterreichischen Staatsamte für Volksernährung wird mitgeteilt: Nach einer heute an das Staatsamt des Aeußern gelangten Nachricht unseres Bevollmächtigten in Bern haben die dort anwesenden Vertreter der interalliierten Lebensmittelkonferenz die vorläufige sofortige Lieferung von 4000 Tonnen Weizen für Deutschösterreich, einschließlich Wien, zugesagt.

Zur Verhandlung über weitere Lebensmittelsendungen für Deutschösterreich wird eine aus amerikanischen, englischen, französischen und italienischen Vertretern bestehende Kommission in Wien eintreffen.

Die Hilfe der Schweiz.

Der Stadtpräsident Naegeli von Zürich hatte sich mit der Züricher Abordnung trotz des Christabends zur Konstituierung der Schweizer Hilfsaktion nach Bern begeben. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat aus diesem Anlasse an den Stadtpräsidenten Naegeli folgendes Telegramm gerichtet: „Hocherfreut über Ihre werktätige Anteilnahme und die opferwillige Hilfsbereitschaft der Züricher Bevölkerung sende ich im Namen der schwergeprüften Stadt Wien herzlichsten Dank und versichere Sie unserer unbegrenzten Hochschätzung.

Etwas für die Hausfrau.

Silvester-Rezepte.

(Punschcreme.) 4 Eidotter mit 10 Dekagramm Zucker fest schlagen, bis eine dicke Masse geworden ist. Soviel Rum und Zitronenessenz beimengen, daß die Creme pikant schmeckt. 3 Eiklar Schnee kommen zuletzt dazu, nachdem man die Creme in heißem, kochenden Wasser geschlagen hat, bis sie in die Höhe steigt. In diesem Moment vom Feuer weg und den Schnee dazu. Rasch in flache Champagnergläser füllen und heiß oder ganz kalt servieren.

(Glückspunsch.) In den Schneekessel kommt 1 Viertelkilogramm Zucker, 1 Viertelliter Wasser; dies läßt man zergehen. 2—3 Dotter, Zitronenessenz, 1 Viertelliter starken Tees dazu geben und fest verrühren oder schlagen. Nun auf kochendes Wasser und so lange fest über Dunst schlagen, bis die ganze Flüssigkeit gleichmäßig schaumig ist. Vom Feuer weg, Vanille- oder anderen Likör dazu rühren, in Gläser oder Schüssel füllen, Kleeblätter darauf, heiß oder kalt servieren.

(Hauspunsch.) Zu sehr starkem Tee mengt man Zitronensaft, Rotwein und Zucker; Punschessenz rührt man mit ein paar Löffeln feiner Marmelade ab, mengt es zum Tee, schmeckt, ob noch Zucker nötig ist, und macht das Ganze recht heiß, bevor man es in die Punschbowle gießt. Sehr verbessert wird die Bowle, wenn man ein paar Dunstfrüchte, wie Erdbeeren, Weichseln, Pfirsichstücke, Himbeeren oder dgl., hineingibt.

(Echt indischer Punsch.) Man kocht eine Handvoll Reis mit Wasser sehr lange, bis der Reis verkocht ist. Dann seiht man das Wasser ab (der Reis kann anderweitig, zu Suppe u. dgl., gebraucht werden), mengt dazu noch Rot- oder Weißwein, Punschessenz oder Tee, Zucker, Likör, bis alles „gut schmeckt", läßt es aufsieden und serviert heiß. Reiswasser wirkt berauschend, daher Vorsicht, ist aber vorzüglich. Rezept aus Bombay.

(Weinpunsch.) In guten Tee-Extrakt kommt eine entsprechende Portion Zucker, Rum sowie etwas moussierender Wein. Man kocht dies auf, mengt noch eventuell Zitronensaft bei, gibt dies in die Punschbowle und vor dem Hineingeben noch einen Spritzer Sodawasser, damit es recht stark moussiert.

(Hamburger Punsch.) Zucker mit wenig Wasser kochen, bis er sich spinnt, dann Tee, Rum, Zitrone, Wein zugeben, bis alles genug dünn ist. Zuletzt etwas Marmelade, nicht viel, aber nur gute, heiß machen, abschmecken und im ganzen oder in Gläsern servieren.

Bei jeder Punschbereitung spielt der persönliche Geschmack — „die feine Zunge" — eine Hauptrolle, man kann beifügen, was man will, wenn es nur gut schmeckt.

Viele versetzen Punsch mit Vanille, Zimmt, Gewürznelken, Ingwer u. dgl.

(Brigitta-Tascherln.) Auf das Brett kommen 25 Dekagramm gekochte, geriebene Erdäpfel, 25 Dekagramm Mehl, 10 Dekagramm Zucker, 10 Dekagramm Fett, ein ganzes Backpulver und, wenn man es hat, ein Ei. Davon rasch einen mürben Teig arbeiten, nicht sehr dick auswalken, in Vierecke radeln, mit Marmelade, Mohn- oder Nußfülle füllen, indem ein Kugerl in die Mitte kommt, Tascherln oder Kipferln oder Dreiecke formen, hellgelb backen und heiß mit feinem Zucker bestreuen.

(Erdäpfel-Krapfen.) Am Brett ans 10 Dekagramm gekochten, geriebenen Erdäpfeln, 10 Dekagramm Mehl, 5 Dekagramm Fett, Salz und einem halben Backpulver einen Teig machen, der wie ein Butterteig einigemal ausgewalkt und zusammengeschlagen wird. Auswalken, runde Scheibchen ausstechen, je zwei in der Mitte zusammenpicken, die obere mit Salz und Kümmel bestreuen und in der heißen Röhre wie Butterteig backen. Sollen warm zum Tee serviert werden. Aus demselben Teig werden

Erdäpfelkipferln hergestellt, wenn der Teig in viereckige Stücke geschnitten wird und man als Fülle gehackte, fein verrührte Wurst oder etwas milden Streichkäse verwendet, leicht einrollt, Kipferln formt und licht bäckt. Müssen ebenfalls warm, eventuell gewärmt, auf einer zierlich gelegten Serviette zu Tische kommen.

(Erdäpfelbiskuit als Bischofsbrot.) Feigen weich, aber nicht ganz weich, kochen, abseihen, in Stückchen schneiden, Rosinen putzen, einige Obstkerne fein schneiden, kurz etwas „Südfrüchtenartiges" vorbereiten; braucht nicht viel zu sein. Drei ganze Eier mit 12 Dekagramm Zucker über kochendem Wasser schlagen, bis die ganze Masse dickschaumig ist, dann kalt schlagen. Nun 12 Dekagramm gesiebtes Erdäpfelmehl, mit einem halben Päckchen Backpulver gemengt, langsam hinein, zuletzt die Früchte leicht darunterrühren und sofort licht backen. Auch gebäht sind diese Schnitten sehr fein, nur darf man das Biskuit erst am zweiten Tage anschneiden.

(Finessa.) Vier Dotter mit 12 Dekagramm Zucker fein abtreiben, dann 14 Dekagramm sehr feingesiebtes Erdäpfelmehl hinein, ein halbes Backpulver, von vier Klar den Schnee und womöglich in zwei Tortenformen backen; sonst die Torte auseinanderschneiden. Am nächsten Tage — wenn man sie denselben Tag braucht — etwas Himbeersaft mit Rum, Wein oder Zuckerwasser verdünnen, die Tortenhälfte auf die Tortenplatte legen und mit dieser Mischung befeuchten; die Torte darf aber nur saftig, nicht zu weich sein. Nun kommt entweder irgend eine gute Hauskonfitüre oder Marmelade darüber oder, was sehr feinschmeckend ist, Nuß- oder Kastanienfülle, sodann die zweite Hälfte der Torte, welche ebenfalls befeuchtet und leicht an die untere angepreßt wird. Die ganze Torte mit Marmelade rundherum bestreichen und mit geriebenen Nüssen bestreuen!

(Berg Busserln.) Eine Mokkaschale schwarzen Kaffees mit 14 Dekagramm Zucker so lange kochen, bis der Zucker dickschaumig ist; inzwischen hat man drei Klar zu sehr festem Schnee geschlagen, 7 Dekagramm Zucker hineingerührt und gießt nun den kochenden Zucker in den Schnee. Weiter rühren, bis die Masse kalt, lichtschaumig und dick wie stehend geworden ist, dann am besetteten Blech kleine Busserln dressieren und in der warmen Röhre backen. Sind gut, sobald sie sich vom Blech von selbst ablösen.

(Zwieback.) Vier Eiklar zu Schnee schlagen, 8 Dekagramm Zucker hinein, 10 Dekagramm Mehl, ein halbes Backpulver, zwei Löffel laue Butter. Licht backen; nach zwei Tagen in dünne Schnitten schneiden, licht bähen, heiß in Vanillezucker eindrehen.

(Pikante Sandwiches.) 1. Etwas geriebene, gekochte Erdäpfel, Sardellenpaste, etwas Butter und Senf zusammenrühren, abschmecken nach Salz oder Zwiebel, aufstreichen. — 2. Schöpsen-, Schweins- oder Geflügelleber mit Zwiebel und Fett braten; herausheben — die Kasserolle warm stellen — und mit einigen gekochten Eiern sehr fein hacken (ist besser, als passiert). Nun in das warme Fett zurück, alles innig vermengen, Senf, Salz nach Geschmack, entweder kalt gestellt und nett verziert als Pastete geben, oder aufgestrichen als Sandwiches.

(Sandwiches-Brot.) Ein halbes Kilogramm Mehl, drei große Erdäpfel gekocht und gerieben, ein Löffel Fett, Salz, Kümmel, Dampfel von eineinhalb Dekagramm Germ und nur so viel laues Wasser, daß man einen festen Teig machen kann. Hauptsache ist sehr gutes Abarbeiten. Mit einem Weidling oder Tuch bedecken, lange gehen lassen, bis doppelt so hoch geworden, dann zwei lange, schmale Wecken formieren, nochmals ein wenig gehen lassen und dann erst backen. Von demselben Teig können nach dem Gehen auch keine Weckerln, Stritzeln oder Salzstangerln gemacht werden, von welchen man ein Stück zu jedem Gedeck legt und auch ein „gefülltes Semmelkörbchen" in die Mitte des Tisches stellt.

29./XII. 1918

242

Neues Wiener Tagblatt
29./XII. 1918

Der Ernährungszustand der Wiener Kinder.

Zu dem großen und betrübenden Kapitel, das den Ernährungszustand der Wiener Bevölkerung zum Inhalte hat und das erst vor wenigen Tagen durch die Darlegungen des städtischen Gesundheitsamtes beleuchtet wurde, liefert nun der Wiener Kliniker Professor Baron Pirquet einen wertvollen Beitrag in der Neujahrsnummer der „Wiener medizinischen Wochenschrift". Professor Pirquet betont zunächst, daß der Ernährungszustand der Wiener Kinder nicht so fürchterlich sei wie der der alten Leute, aber er sei immerhin noch außerordentlich schlecht. Nur die Neugeborenen machen eine Ausnahme. Sie kommen auf die Welt, kräftig wie in Friedenszeiten; sie nehmen sich von Nahrungsstoffen, was sie brauchen, ohne Rücksicht, ob die Mutter diese Stoffe ersetzen kann oder nicht. Aber bald stellt sich die Unterernährung ein. Eine Tabelle, welche Lebensalter und Körpergewicht der im Laufe dieses Jahres in der Wiener Kinderklinik aufgenommenen Kinder enthält, besagt, daß von 252 Knaben 226 untergewichtig waren, von 246 Mädchen 214. Besonders auffallend ist das niedrige Gewicht der im Jahre 1917 geborenen Kinder. Sechs Knaben wogen zusammen nur 36 Kilo, also durchschnittlich so viel wie ein sechs Monate altes Kind. Von Interesse ist, daß für nicht weniger als 71,855 Kinder ein Landaufenthalt bei der Wohlfahrtsaktion angesucht wurde, also für ein Drittel aller Schulkinder in Wien. Von diesen fanden sich bei der ärztlichen Untersuchung nur sieben Prozent als in gutem Ernährungszustand. Unter den im Spital aufgenommenen Kindern im Alter von 1 bis 15 Jahren waren 91 Prozent, unter den für die Ferienaktion untersuchten 93 Prozent in einem unbefriedigenden Ernährungszustand.

Die Aussichten, die sich daraus ergeben, sind sehr trübe. Zunächst sind diese Kinder in der nächsten Zeit durch die verschiedenen Infektionen besonders gefährdet. Und wir sehen, wie die Tuberkulose unter ihnen wütet. Weiterhin sind sie für das ganze spätere Leben durch den Wachstumstillstand geschädigt, den sie während der Hungerjahre erlitten haben. Denn das Wachstum geschieht nur aus dem Ueberschuß. Solange das Kind nur so viel an Nahrung erhält, daß es gerade am Leben bleibt, kann es nicht wachsen. Mit Medizinen ist hier nichts getan. Was die Aerzte anstreben müssen, ist eine zielbewußte Ernährungspolitik und -fürsorge für das Kindesalter. Diese hat sich nicht auf die Qualitäten, sondern vor allem auf die Quantitäten zu richten. Wir brauchen für unsre Kinder nicht so sehr Eier und weißes Fleisch und Rindsuppe und Butter, sondern wir brauchen gewöhnliches Mehl, Milch und Kartoffeln. Nicht auf eine gute Kost, auf eine ausgiebige, grobe Kost kommt es an.

Neue Freie Presse

29./XII. 1918

244

Die Lebensmittelaushilfe aus der Schweiz.

Ankunft des ersten Transportes Montag.

Wien, 28. Dezember.

Vizebürgermeister Rain machte heute unserem Vertreter folgende Mitteilungen: Der erste Lebensmittelzug aus der Schweiz dürfte Montag abend in Wien eintreffen. Es heißt, er führe vierzig Waggons mit. Weitere siebzig Waggons sollen folgen und bis Ende der nächsten Woche in Wien einlaufen.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Gemeinde Wien allein die Verteilung vornehmen. Sie dürfte sich dabei der Mitwirkung der Brot- und Mehlkommission versichern. In erster Reihe wird auf die Spitäler, Humanitätsanstalten und auf die Kinder Rücksicht genommen, vorausgesetzt, daß sich der Delegierte der Schweiz, der mit den Lebensmittelzügen nach Wien kommt, mit dem Wiener Verteilungsplan einverstanden erklärt. Sollte die Schweiz besondere Wünsche äußern, wird die Gemeinde Wien diesen nach jeder Richtung Rechnung tragen. Dr. Ferriere hatte anläßlich seines Wiener Aufenthaltes Gelegenheit, die Zustände hier kennen zu lernen, und er wird an zuständiger Stelle berichtet haben.

Wir wissen im Augenblicke nicht, welche Lebensmittel und in welcher Menge aus der Schweiz nach Wien kommen. Deshalb muß man vor den Feststellungen mit dem Urteil zurückhalten, damit in der Bevölkerung keine übermäßigen Hoffnungen erweckt werden.

Sorge muß auch für den Mittelstand getragen werden, dem es sehr schlecht geht.

Vizebürgermeister Rain berührte auch die Meldungen über das Dollaranlehen. Es sind die verschiedensten Versionen aufgetaucht. Richtig ist, daß in der Schweiz Verhandlungen im Zuge sind. Von Wien sind Gemeinderat Dr. v. Schwarz-Hiller, Bankdirektor v. Adler und Freiherr v. Haupt anwesend. Es sind viele und schwierige Vorfragen zu lösen. Im Vordergrunde der Beratung stehen die Zahlungsbedingnisse.

Ententegetreide für Wien.

Im Laufe des heutigen Tages sind Telegramme aus der Schweiz nach Wien gekommen mit Anboten von Getreidelieferungen für Wien. Der Bürgermeister Dr. Weiskirchner berief eine Konferenz ein unter Zuziehung der Vizebürgermeister und der Fachreferenten des Magistrats. Sollte die Gemeinde die Offerten annehmen, dann wird das Getreide in der Vonwiller-Dampfmühle vermahlen werden. Diese Dampfmühle gehört der Gemeinde.

Auch eine große Menge Zitronen stehen zur Verfügung.

29./XII. 1918

245

Offener Brief an den amerikanischen Lebensmitteldiktator Mr. Herbert Clark Hoover.

Von **Professor Dr. Adolf Lorenz.**
Ehrenbürger der Stadt Newyork.

Lieber Mr. Hoover!

Sagen Sie beim Anblick dieser Zeilen nicht gleich: „how dare you!" Warten Sie, bitte, die Rechtfertigung derselben ruhig ab!

Obzwar nur ein einfacher Wiener Arzt, ist der Briefschreiber als Besitzer des „Freedom of the city of Newyork" Ehrenbürger jener herrlichen Stadt. Er ist Ehrenamerikaner geworden, weil der „board of aldermen" der Stadt Newyork und anderer großen Städte der Union seiner Ueberzeugung Ausdruck geben wollte, daß der Schreiber dieser Zeilen auch der Kinderwelt Amerikas einen humanitären Dienst von bleibendem Werte geleistet hat. Sie merken, lieber Mr. Hoover, daß der Briefschreiber den Bibelspruch im Sinne hat: „Aug' um Auge, Zahn um Zahn!"

Als jenes kostbare Dokument seiner Ehrenbürgerschaft im ehrwürdigen Rathause der Stadt Newyork vom Schreibtische Washingtons gehoben und in seine Hände gelegt worden war, flüsterte ihm einer seiner amerikanischen Freunde launig zu: „All right, vor dem Verhungern brauchen Sie sich auf keinen Fall mehr zu fürchten! Bevor Sie so weit wären, brauchen Sie nur in Newyork City anzuklopfen."

In diesen Zeiten unserer fürchterlichen Not habe ich mich oft an diese Episode erinnert. Zwar bin ich selber noch nicht ganz so weit, aber ich sehe bei meiner ärztlichen Tätigkeit in der orthopädischen Abteilung des Hospitals in erschreckend sich steigernder Zahl viele Hunderte von armen Kindern, denen die rapid um sich greifende Tuberkulose nicht mehr die Zeit zum Hungertode läßt.

Ob es nun „fair" ist oder nicht, ich **muß** für diese verhungernden Kinder das kostbare Gut meiner Ehrenbürgerschaft von Newyork in unerhörter Weise ausbeuten. Hiefür sehe ich in Ihnen, lieber Mr. Hoover, meinen gottgesandten Vermittler.

Ich schrecke vor dem Frevel nicht zurück, mir die höchste von der Bibel konzedierte Lebensdauer zuzulegen. (Des Menschen Leben währet 70 Jahre und wenn es hoch kommt 80.) Ich habe nach dieser Rechnung noch 5961 Tage vor mir. Wenn die Stadt Newyork während dieser Zeit billigerweise dreimal täglich den Tisch für mich deckt, so hätte ich 17.883 Mahlzeiten zu verzehren. Eine schreckliche Aufgabe für den Einzelnen — aber für die verhungernden Kinder Wiens nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Habe ich bis jetzt gefordert, so verlege ich mich nunmehr aufs Bitten und flehe zu der durch Ihre Person repräsentierten weltberühmten „american charity", daß sie durch ihr Mitleid diesen Tropfen zu einem Heilbrunnen anschwellen lassen möge, aus welchem tausende verhungernder armer Wiener Kinder sich satt und gesund trinken könnten. Wenn Sie ein Diktator sind, rettet ein Federstrich Ihrer Hand tausend Leben — ein Vorrecht, wie es keinem Kaiser und keinem König jemals beschieden war. Lassen Sie Ihre Hand nicht zögern! Die Tuberkulose kommt leicht dem Hunger zuvor. Alle Kinder Amerikas und deren Eltern werden Ihnen Beifall klatschen und diesseits und jenseits des Ozeans werden alle Kinder freudig in das Lied einstimmen: „Hoover is a jolly good fellow, which nobody can deny" — am allerwenigsten.

Ihr ihm voraus dankbarer

Professor Dr. Adolf Lorenz, Wien.

Neues Wiener Tagblatt

30./XII. 1918

246

Die Hungersnot unter den Kindern.

Wir haben im Sonntagsblatte den Hilferuf des Professors Dr. Adolf Lorenz an den amerikanischen Lebensmitteldiktator und die Mitteilungen des Klinikers Professor Dr. Baron Pirquet über den Ernährungszustand der Wiener Kinder veröffentlicht. Nun teilt uns ein Wiener Arzt folgende Beobachtungen mit, die er selbst an Wiener Kindern gemacht hat.

Die Unterernährung der Kinderbevölkerung Wiens während der letzten zwei Kriegsjahre konnte deutlich auch in den drei Rayonsäuglingsfürsorgestellen des Vereines „Säuglingsfürsorge" in dem 5., 10. und 16. Bezirk wahrgenommen werden. Dort werden ungefähr 3000 in den ersten Lebensjahren stehende Kinder teils ärztlich, teils bloß pflegerisch überwacht. Es wurde nur aus dem Material des Jahres 1916 von allen drei Fürsorgestellen eine Zusammenstellung über 1399 im ersten Lebensjahre stehende Kinder nach der Reihenfolge ihres zeitlichen Eintretens in die fürsorgerische Ueberwachung zur Prüfung auf ihre Gewichtsverhältnisse vorgenommen. An diesen Säuglingen wurden insgesamt 12,893 Wägungen vorgenommen, davon waren 1568 Erstwägungen nach der Aufnahme. Es stellte sich heraus, daß von diesen 12,335 Vergleichswägungen 88·5 Prozent Zunahmen, 4·5 Prozent Gewichtsstillstände und nur 6·6 Prozent Gewichtsabnahmen gewesen waren.

Von denselben Kindern wurden im zweiten Lebensjahre noch 345 regelmäßig durch die Obhut der Fürsorgestellen gewichtsmäßig beobachtet. Außerdem traten 250 im zweiten Lebensjahre stehende Kinder neu in die Fürsorge ein, so daß die gesamten 595 Kleinkinder 3076 Wägungen aufzuweisen hatten. Sieht man von den 250 Erstwägungen ab, so waren unter den 2826 Vergleichswägungen nur mehr 65·2 Prozent Zunahmen, dagegen schon 10·9 Prozent Gewichtsstillstände, und in der erschreckenden Höhe von sogar 23·9 Prozent waren mehr oder weniger beträchtliche Abnahmen zu verzeichnen. Aus diesem Verhalten der Körpergewichte geht hervor, daß die im ersten Lebensjahre stehenden Kinder unter dem Schutze der mütterlichen Ernährung ein gutes Gedeihen aufweisen, daß aber nach dem Aufhören dieser Ernährungsweise durch den sich anschließenden Mangel an rationeller Ernährung ein derartig bedeutendes Zurückbleiben im Gewicht eingetreten war. Diesen noch zarten und allersüngsten Kindern fehlen in der Ernährung die frischen E[illegible], wie Extraktivstoffe, die Vitamine, die ergänzenden Nä[illegible]offe, die für die Kleinkindernahrung unerläßlich [illegible] höchst wertvoll sind.

Fragen wir uns, zu welchen Schlußfolgerungen diese bedauerlichen Tatsachen führen, so muß in erster Linie eine streng durchgeführte Pflichtmilchabgabe in den behördlicherseits genehmigten Mengen von mindestens täglich einem halben Liter Milch gefordert werden, außerdem ist die von den Staatsämtern für Volksernährung und Volksgesundheit angemeldete Kleinkindermehlkarte unverzüglich zur Durchführung zu bringen. Und dann sei auch auf einen Organisationsfehler der in den Kriegsjahren in Wien förmlich als eine Modesache ins Leben getretenen Säuglingsfürsorgebestrebungen hingewiesen. Sie haben in rühmenswerter Weise der ausgiebigsten Erfassung und gesundheitlichen Beschützung der Säuglinge sich gewidmet. Nach Kriegsende müssen sie dahin erweitert werden, daß sie nunmehr eine planmäßige und zweckdienliche Kleinkinderfürsorge ihren großzügigen Werken anschließen. Es darf nicht mehr geschehen, daß für einen einzigen Säugling zwei, drei oder mehrere Organisationen in ihrem einzigen Wettbewerbe mit Doppelleistungen geldlicher und ärztlicher Art sowie mit Naturalleistungen sich zusammendrängen und dann mit dem Abschluß des zehnten Lebensmonates jegliche Fürsorge jählings abbricht und die Mutter ohne Unterstützung und Aufsicht sich selbst hilflos überlassen wird. Der Verein „Säuglingsfürsorge", dessen Zentrale 1. Bezirk, Maximilianstraße Nr. 5 ist, hat dieses kalendermäßige Abreißen der Fürsorgearbeit stets dadurch vermieden, daß er die Ausscheidung der überwachten Kinder grundsätzlich der freien Wahl der Mutter überlassen hat und keine vorzeitige Ausschließung vorgenommen hat. Um diese Ansätze planmäßig auszubauen, hat er seine bekannte Stillkassenorganisation nunmehr dazu benützt, um die Frauen schon in der Schwangerschaft als zahlende Mitglieder in dieses gemeinnützige Unternehmen aufzunehmen und ihnen nach Beendigung der gegenwärtig fast allgemein durchgeführten Stillung als eine Art von Schlußprämie die ärztlich-pflegerische Ueberwachung des Kleinkindes einzurichten sowie fortgesetzte geldliche und Naturalunterstützung für dieses Kindesalter zu gewähren. Es soll der Stillgeldfonds wesentlich vermehrt und zur Kräftigung eines Nachwuchses von gesunden Menschenkindern verwendet werden. Dazu bedarf es weiterer Unterstützung der einsichtsvollen und für den Wiederaufbau der Bevölkerung gebefreudigen Kreise.

Dr. S. W.

30./XII. 1918 247

Die Lebensmittelsendungen der Entente.

Weitere Meldungen aus Bern.

Wien, 30. Dezember.

Gestern sind im Staatsamt für Volksernährung aus Bern telegraphische Meldungen eingetroffen, nach denen der neueste Stand der Verhandlungen über die Lebensmittelsendungen Amerikas und der Entente der folgende ist:

Die Vertreter der interalliierten Kommission in Bern, die sich aus Amerikanern, Engländern, Franzosen und Italienern zusammensetzt, haben den Wunsch ausgesprochen, daß von den 4000 Tonnen Weizen, die sofort geliefert werden sollen, 3000 Tonnen in Wien, 1000 Tonnen in der deutschösterreichischen Provinz Verwendung finden sollen. Gleichzeitig wurde dem Ernährungsamte mitgeteilt, daß die ersten tausend Tonnen über Innsbruck aus Italien kommen, wobei die Alliierten im Bedarfsfalle für die Transporte von Innsbruck nach Italien und umgekehrt die Kohle beistellen werden. Der Preis dieses Weizens ist allerdings für unsere Verhältnisse sehr hoch, da er 300 Kronen per Meterzentner ab italienischen Lagerort beträgt. Wenn dieser Preis auf Mehl umgerechnet wird, Fracht und Vermahlungskosten berücksichtigt werden, würde sich ein Kilo Mehl auf 3 Kronen 50 Heller stellen, während der Inlandpreis sich mit 1 Krone für Brotmehl, 1 Krone 50 Heller für Backmehl bezissert. Das Staatsamt für Volksernährung prüft gegenwärtig die Frage, in welcher Art die Belastung der minderbemittelten Klassen durch einen so hohen Mehlpreis gemildert werden könnte. Da die Finanzen des deutschösterreichischen Staates die Uebernahme der Differenz gegenüber dem Inlandpreise nicht gestatten, wird unter anderm die Frage erwogen, ob nicht bei den bemittelteren Schichten neben dem Erstehungspreis des ausländischen Mehles ein Zuschlag einzuheben wäre. Die ärmeren Klassen der Bevölkerung würden, solange das inländische Mehl reicht, mit diesem beteilt werden, und wenn nur mehr die Ententevorräte vorhanden sind, dieses Mehl zu den gleichen Preisen wie früher das inländische Mehl bekommen; die Mehrkosten wären eben aus dem Zuschlag hereinzubringen, den die bessersituierten Klassen zu entrichten hätten. Darüber findet im Staatsamt für Volksernährung eine Konferenz statt, und nachdem in Wien in den nächsten Tagen auch Beratungen mit den Vertretern der Landesregierungen abgehalten werden, wird hiebei zweifellos auch die Frage der Deckung des Mehlpreises für das Mehl besprochen werden.

Das Staatsamt für Ernährung hat ferner die Mitteilung erhalten, daß die Alliierten sofort fünf Waggons Kondensmilch und eine ziffermäßig vorläufig nicht namhaft gemachte Menge Zitronen liefern werden.

Am Mittwoch dürften die Vertreter der Berner Alliiertenkonferenz, die aus sechs Amerikanern, drei Franzosen, zwei Engländern und zwei Italienern besteht, aus Feldkirch nach Wien abreisen, wo im Ernährungsamte Verhandlungen über die endgültigen Lieferungsdispositionen beginnen werden. Bis dahin dürfte wohl die Zustimmung der Pariser Alliiertenkonferenz zu den früher erwähnten weiteren Sendungen von Getreide, Fett und Kondensmilch vorliegen. Der Preis, der für diese Mengen in Betracht kommt, ist in den hier eingetroffenen Meldungen nicht bezeichnet, und es ist abzuwarten, ob er bei den 26.000 Tonnen Getreide gleich hoch sein wird, wie bei den 4000 Tonnen, für die er, wie berichtet wurde, 300 Kronen per Meterzentner beträgt. Unter Annahme des gleichen Preises würden die 30.000 Tonnen Getreide etwa 105 Millionen Kronen kosten.

Wie viel von den 26.000 Tonnen Getreide, dem Fett und der Kondensmilch auf Wien, wie viel auf die Provinz entfallen sollen, wird den Gegenstand weiterer Verhandlungen im Ernährungsamte bilden, das die Aufteilung auf Grund des Ergebnisses der Besprechungen mit den in Betracht kommenden Stellen vornehmen wird.

Die gesamten, teils genehmigten, teils bisher nur beantragten Mengen Getreides und Fettes würden etwa den einmonatigen Bedarf Wiens und der deutschösterreichischen Gebiete außerhalb Wiens decken.

Die Verhandlungen über die Finanzierung sind noch nicht abgeschlossen. Die genehmigten Lebensmittellieferungen werden, wie zugestanden worden ist, vor der endgültigen Lösung der Finanzierungsfrage einsetzen. Es scheint, daß die Alliierten nicht abgeneigt sind, vorläufig als Sicherheit den Erlag eines Depots in Kronen anzunehmen. Dasselbe würde bei den großen Summen, die in Betracht kommen, in die Millionen gehen. Mag es nun 20 Millionen oder darunter sein — eine größere Klarheit wird darüber erst bestehen, wenn die Vertreter der Alliierten bei den Verhandlungen, die in Wien im Staatsamte für Ernährung aufgenommen werden, nähere Mitteilungen über ihren Standpunkt gemacht haben werden.

Trotz dieser und der noch zu treffenden Vereinbarungen bleibt die Ernährungslage gespannt. Abmachungen bedeuten noch nicht das tägliche pünktliche Anrollen der Lebensmittel, das von den verschiedensten Umständen abhängt. Die bisherigen Kopfquoten können mangels an Reserven nicht geändert werden.

Ankunft des ersten Schweizer Lebensmittelzuges.

Im Laufe des Nachmittags wird der erste Zug der Schweizer Lebensmittelaushilfe in Wien einlangen. Im Auftrage des Bürgermeisters ist Obermagistratsrat Formanek gestern abend nach St. Pölten gefahren, um die den Zug begleitenden Schweizer Offiziere namens der Gemeinde Wien zu begrüßen.

Verspätung infolge einer Entgleisung in St. Pölten.

St. Pölten, 30. Dezember.

Der erste Zug mit der Schweizer Lebensmittelhilfe erlitt heute früh 7 Uhr 18 Minuten bei der Einfahrt in die hiesige Station einen Unfall, angeblich wegen falscher Weichenstellung. Es entgleisten hiebei fünf Waggons, einer wurde stark beschädigt. Menschenleben waren nicht gefährdet.

Der Zug ist begleitet von schweizerischer Mannschaft und Linzer Volkswehr. Wegen der Aufräumungsarbeiten wurde auch die St. Pöltner Volkswehr requiriert.

Soeben, 12 Uhr mittags, rollte der Lebensmittelzug nach Wien ab, wo er um 6 Uhr eintreffen dürfte. Die Waren sind vollkommen unversehrt.

Erfolglose Hetzereien gegen die Hilfsaktion für Wien.

Bern, 28. Dezember

Sämtliche welschen Blätter veröffentlichen Mitteilungen über die schweizerische Hilfsaktion. Das heutige „Journal de Genève" verweist in einem ausführlichen Artikel auf die gerade in der Weihnachtszeit betrübende und schmerzliche Tatsache, daß der Redaktion eine Reihe anonymer Schreiben zugekommen sei, die sich zumeist aus politischen Gründen scharf gegen jegliche Hilfsaktion für Wien aussprachen. Das Blatt tritt der Behauptung entgegen, daß sich die Schweiz gegenüber Serbien und Belgien teilnahmslos verhalten hätte, und erklärt: Die gegenwärtige Aktion für Wien ist nur eine Fortsetzung jenes Hilfswerkes, das die Schweiz zugunsten aller Opfer des Krieges bisher betätigt hat. Wir können uns daher in keiner Weise den Gefühlen der Rache anschließen, welche die Zuschriften gegenüber der Wiener Bevölkerung kundtun, die niemals über den Krieg befragt worden ist, die ihn immer mißbilligt hat, und vollkommen unschuldig ist an dem Unglück Serbiens und Belgiens. Wissen die Verfasser der Zuschriften nicht, daß während des Krieges 11.400 österreichische Soldaten und Zivilisten gehängt worden sind, weil sie gegen den Krieg protestieren wollten? Jene, die an diesen Massakern schuld sind, weilen gegenwärtig nicht mehr in Wien. Die Unschuldigen, die Leute leiden, können für diese Verbrechen nicht verantwortlich gemacht werden. Wie man vorhersehen konnte, hat sich die Entente generöser gezeigt, als manche ihrer traurigen Freunde, die nur daran denken, den Skalptanz um einen Sieg aufzuführen, welchen sie selbst nicht errungen haben.

Nationalzeitung Abend 20/XII. 1918.

248

Basler Hilfe für Wien.

Die Hilfsaktion des Kantons Baselstadt für die notleidende Bevölkerung der Stadt Wien wird unter Mitwirkung des eidgenössischen Ernährungsamtes durchgeführt.

Sie bezweckt die Sammlung von Lebensmitteln, die unter amtlicher Aufsicht nach Wien transportiert und dort an die Bedürftigsten, vorab an Kinder, Kranke und Wöchnerinnen, verteilt werden sollen.

Wir sammeln zu diesem Zwecke besonders Geldspenden, aber auch Lebensmittel-Rationsmarken, und bitten daher alle Einwohner, welche freiwillig auf einen Teil der ihnen zukommenden Lebensmittelrationen verzichten, diese ersparten Kartenabschnitte vom Dezember und Januar dem Hilfswerke zur Verfügung zu stellen.

Die Geldbeiträge und Rationsmarken nehmen für das Hilfswerk bereitwilligst entgegen:

Die Herren Pfarrer der evangelisch-reformierten, der römisch-katholischen, der christkatholischen und der israelitischen Kirchgemeinden; ferner die Mitglieder des unterzeichneten engern Ausschusses, der Zentralkassier Herr Willy Stocker, Postcheck V 3915, die Herren C. Gutzwiller & Cie., Safranzunft, und die Expedition der „National-Zeitung".

Wir nehmen ferner geeignete haltbare Naturalgaben entgegen. Die diesbezüglichen Sammelstellen werden in den ersten Tagen des Januars bekanntgegeben.

Liebe Mitbürger und Mitbürgerinnen!

Die Not ist groß! Wir bitten euch: Helfet!

Der engere Ausschuß des kantonalen Komites:

Frau Minister Bourcart aus Wien, z. Zt. Augustinergasse 19.
Herr Nationalrat Gelpke, Neusatzweg 2.
Frau Gutzwiller-Meyer, Bundesstraße 21.
Herr A. Sidler, Präsident des Basler Männerchors, Rütimeyerstraße 21.
Herr W. Stocker, Vizepräsident des Basler Männerchors, Leimenstraße 61.
Herr H. Täuber, Kommissionsmitglied des Basler Männerchors, Barfüßerplatz 15.

(Eingef.) Jedermann vernahm mit Freude, daß der Basler Männerchor den Entschluß faßte, für die hungernde Wiener Bevölkerung eine Hilfsaktion zu organisieren. Diese Hilfe großzügig ins Werk zu setzen ist die Pflicht des Basler Männerchors, der im Frühling 1908 den Rheinstrand verließ, um auf der blauen Donau dem lebensfrohen Wien zuzusteuern, das die Basler mit jener herzlichen Gastfreundschaft aufnahm, die seit langem ein Vorrecht dieser schönen Stadt zu sein scheint. Als einstiges Mitglied des Empfangskomtes der Schweizer Kolonie Wien, weiß der Schreiber dieser Zeilen, daß die Gemeinde Wien für das dem Basler Männerchor offerierte Bankett damals K. 12,000 oder Fr. 12,600 bewilligt hatte und wem es vergönnt war, am 26. Mai 1908 im 90 Meter langen Festsaal des stolzen Wiener Rathauses die hohen Wogen der Freude und der Freundschaft mitzuerleben, den prickelnden Weisen zu lauschen, wer sich der kulinarischen Genüsse erinnert und des reichlich fließenden Besten aus dem Gemeindekeller, wer beim Eintritt in die mit Blumen gezierte und in unsern Farben prangende Halle das mit dem Wappen der Stadt Wien und dem Rathausmann geschmückte Zigarrenetui mit feinem Inhalt entgegennehmen durfte, der ergreift jetzt freudig die Gelegenheit sich dankbar zu zeigen für so viel Empfangenes. Er tut es um so eifriger zum Gedächtnis an den gemütlichen Bürgermeister Dr. Karl Lueger, der in seiner offenen Herzlichkeit die sympathischen Bewohner Wiens so trefflich verkörperte und er tut es auch eingedenk der Wandelbarkeit der Zeiten, wonach der heutige Wohltäter morgen selber der Hilfe bedürftig sein kann.

Aber jene auf das Verdienst unseres damaligen Gesandten Herrn du Matheray zurückzuführende Bewirtung durch die Stadt Wien galt nicht dem Basler Männerchor allein, sie galt den Baslern und im weitern Sinne den Schweizern und deshalb ergeht der Ruf an alle Wohlgesinnten, in der Neujahrswoche etwas bescheidener als sonst zu leben und den ersten Tag des anbrechenden Friedensjahres, als gutes Omen für unsere Stadt, zu einem Wiener Hilfstag zu erheben. Am Neujahrstag wollen wir in unseren Familien für Hungernde alles zusammentragen, was wir zu spenden geneigt sind: Kartenabschnitte, Rationsmarken, nichtrationierte Waren und Geld. Nicht nur das leicht Entbehrliche wollen wir geben, sondern dem lieben Ich etwas abringen und auf irgendein Vergnügen verzichten zugunsten der bedrückten Wiener.

Der zersetzende Kriegshaß soll mit dem alten Jahr verschwinden und mit dem neuen Jahre die Menschenliebe ihren fruchtbaren Einzug halten. Blr.

Nationalzeitung 31/XII. 1918.

248

Helft Wien!

Wer die erschütternden Meldungen von Hunger und Elend in Wien gelesen hat, wird nicht ohne einiges Mitgefühl der unglücklichen Stadt gedenken, die in ihren guten Tagen ein Ort heiterer festlicher Freude und ausdauernder Arbeit war. — Wien ist die Stadt Mozarts und Beethovens, Brahms', Gustav Mahlers, Johann Strauß', Hebbels, Grillparzers, Anzengrubers; die europäische Kultur verdankt Wien unendlich viel an erhebenden, weltbefreienden und versöhnenden Taten. — Da ist es an uns, der edlen Vindobona in ihrer schweren Zeit nicht zu vergessen! Wer Wien im Kriege gesehen hat, wer die armen ausgehungerten Kinder in den Straßen erblickte, wird die bleichen Gesichter nicht vergessen können. Helfen wir Wien mit dem was wir entbehren können, mit Abschnitten von Rationsmarken, die wir abzugeben vermögen, mit Lebensmitteln in natura, mit Geld. Helft Wien, helft der tapferen, durch schweres Leid niedergebeugten liebwerten Bevölkerung dieser sonst so sonnigen Stadt, die der Welt noch so viel geben kann! Helft Wien! S.

Berner Bund

30/12 1918.

39/12

250

Für die notleidenden Wiener

St. Gallen, 28. d. Der Stadtrat von St. Gallen hat beschlossen, sich an der Hilfsaktion für die notleidende Bevölkerung der Stadt Wien zu beteiligen, und wartet die nötigen Anleitungen aus Bern ab. Er erläßt aber bereits einen Aufruf von sich aus, wonach mit der Sammlung unbenützter Rationskarten begonnen werden soll.

Der Dank des Wiener Bürgermeisters

Wien, 28. d. ag. (W. K. B.) Bürgermeister Weißkirchner richtete an den päpstlichen Nuntius, an den schweizerischen, argentinischen und schwedischen Gesandten Neujahrswünsche, in denen er ihnen nochmals für ihre warmherzige werktätige Teilnahme an dem Schicksal der Wiener Bevölkerung dankt. In dem Schreiben an den schweizerischen Gesandten heißt es: Die Wiener Bevölkerung blickt heute mit tiefer Dankbarkeit auf das Liebeswerk der Schweizerbevölkerung, das in Ausführung begriffen ist und das große Elend in unserer Stadt zu lindern sich anschickt. Wir wissen, daß unsere so schwer geprüfte Bevölkerung in der so hoch verehrten Person Euerer Exzellenz einen warmherzigen Anwalt der Menschlichkeit bei dem edlen Schweizervolke gefunden hat und sind Eurer Exzellenz für ihre erfolgreichen Bemühungen von Herzen dankbar.

Wien, 29. d. ag. (W. K. B.) Zur raschen Hilfe mit Lebensmitteln der Schweiz für Wien schreibt das „Fremdenblatt“: Mit seltener Einmütigkeit hat das edle Schweizervolk diese Aktion unternommen und getreu dem Grundsatz „Wer rasch gibt, gibt doppelt“, wirksam bestätigt. Unser Vertrauen auf die ernste Bereitwilligkit des eidgenössischen Nationalrates, unsere feste Zuversicht auf die rasche Erfüllung der Zusagen, wurden nicht enttäuscht. Der gerade Sinn der Schweizer kennt keine Halbheit, die sich in wohlwollenden Redensarten erschöpft. Was dieses willensstarke Volk beginnt, führt es auch zu Ende. Das Blatt hebt rühmend die Hilfsbereitschaft aller Schweizerstämme, sowie das lebhafte Eintreten der gesamten Schweizerpresse für die Aktion hervor. Das Blatt schließt: In tiefer Dankbarkeit werden wir der brüderlichen Hilfe der Schweiz gedenken und uns die Werke der Humanität in Erinnerung rufen, die die Schweiz während der langen Kriegszeit uns erwiesen hat.

Erster Schweizer Lebensmittelzug in Wien

A. C. Wien, 29. d., früh. Gestern traf der erste Zug mit Schweizer Lebensmitteln ein. Sie wurden an die Spitäler, Kinder und Armen verteilt. Die Kontrolle übt ein interparteiliches Komitee aus.

Das Zürcher Hilfskomitee

Zürich, 28. d. ag. Unter dem Vorsitz von Stadtpräsident Nägeli konstituierte sich am Freitag abend das Zürcher Komitee für Wien. Es bestellte den Arbeiterausschuß mit Stadtpräsident Nägeli, den Stadträten Kruck und Pflüger, Redakteur Bierbaum, als Sekretär der Aktion, Kaufmann Raschl, Oberst Usteri-Pestalozzi, Direktor Wächter vom städtischen Lebensmittelamt und Direktor Escher-Abegg, und wählte als Organisationskommission einen 35gliedrigen Ausschuß, zusammengesetzt aus Vertretern der gemeinnützigen politischen und konfessionellen Gruppierungen. Vorgesehen ist eine Sammlung von Geld, rationsfreien Lebensmitteln und Rationsmarken. Die Sammlung soll sofort an Hand genommen werden. In einem Aufruf wird die Bevölkerung über die Aktion aufgeklärt werden. Für eine kantonale Sammlung wurde ein Unterkomitee mit Oberst Usteri-Pestalozzi und Regierungspräsident Dr. Keller bestimmt.

31./XII.1918

251

Erhöhung der Preise für Fleisch und Brot.

Wien, 31. Dezember.

Wir haben im Morgenblatte die vom Neujahrstage an gültigen erhöhten Preisansätze für die verschiedenen Rindfleischsorten veröffentlicht, die sich aus der Ueberwälzung der Hälfte des Kriegszuschlages zu den Schlachtpreisen ergeben und zwischen ein und zwei Kronen für das Kilogramm betragen. Bekanntlich muß die Finanzverwaltung monatlich sehr bedeutende Beträge zur Verfügung stellen, die häufig den Betrag von 25 Millionen Kronen übersteigen, um die Differenz zwischen den Höchstpreisen für Rindfleisch und den Preisen für Vieh ungarischer und kroatischer Provenienz zu decken. Außerdem trug die Staatsverwaltung das Erfordernis für den an die österreichischen Landwirte bei freiwilliger Ablieferung der vorgeschriebenen Viehstücke zur Auszahlung gelangenden Kriegszuschlag zu den Schlachtviehpreisen. Die Hälfte des letzteren wird nun auf den Konsum überwälzt, da die Finanzverwaltung außerstande ist, weiterhin diesen bedeutenden Aufwand zu bestreiten, ein Aufwand, der stetig im Wachsen ist, da die schlachtbaren Viehbestände in Deutschösterreich sich immer mehr verringern und die Notwendigkeit der Einfuhr von Vieh aus dem Auslande vorliegt, die in der letzten Zeit nur bei sehr gestiegenen Preisen getätigt werden kann. Der Beschluß, die Hälfte des erwähnten Kriegszuschlages dem Verbrauche anzulasten, erfolgte in einer nach Weihnachten beim Staatskanzler unter Teilnahme von Vertretern des Staatsrates, der Staatsämter für Volksernährung und für Finanzen sowie der Gemeinde Wien abgehaltenen Beratung. Damit hat aber die Preisfrage für Rindfleisch keine definitive Lösung für längere Zeit hinaus gefunden, und man einigte sich nur darauf, daß, abgesehen von dem morgen in Kraft tretenden Zuschlag bis zum 15. Januar 1919 in Wien keine Erhöhung der Rindfleischpreise stattfinden wird, da dieselbe im Hinblick auf die viel niedrigeren Fleischpreise in den einzelnen deutschösterreichischen Ländern eine ungerechte Belastung der Wiener Bevölkerung bedeuten würde, welche diese wegen ihrer verminderten Kaufkraft nur schwer zu tragen imstande wäre. Was nach dem 15. Januar geschehen wird, steht zurzeit noch nicht fest. Als sicher gilt nur, daß die Staatsfinanzen weiterhin im bisherigen Ausmaße bei der Fleischversorgung der Wiener Bevölkerung nicht belastet werden können. Als wahrscheinlich gilt eine noch weitere Hinaufsetzung der Preise für Extremfleisch, die zwangsweise Rayonierung hemittelter Bevölkerungsschichten zum Bezuge von Extremfleisch, soweit derselbe nicht schon freiwillig erfolgt, um so die Möglichkeit zu schaffen, die Preise für das Einheitsfleisch als Nahrungsmittel jener breiten Schichten der Bevölkerung, die nicht bereits zum Konsum von Pferdefleisch übergegangen sind, auf ihrer gegenwärtigen Höhe belassen zu können.

Außer dieser Belastung steht der Wiener Bevölkerung in naher Zeit auch die Erhöhung der Preise für Brot und Mehl bevor. Nach den von uns bereits veröffentlichten Darlegungen werden sich das amerikanische Getreide und das Mehl wesentlich teurer stellen als die zurzeit hier geltenden Höchstpreise. Dies hängt natürlicherweise mit dem Stande unserer Valuta zusammen. Abschließende Ergebnisse sowohl über die Mengen als über den Preis des aus den Ententeländern zu erwartenden Brotgetreides und Mehles liegen noch nicht vor, keinesfalls wird das Kilogramm Mehl aber billiger als auf drei Kronen zu stehen kommen. Für den Einheitslaib Brot von 126 Dekagramm werden 90 Dekagramm Mehl benötigt. Gegenwärtig kostet der Laib 1 K. 56 H. Das Mehl allein wird sich künftig also fast doppelt so teuer stellen als gegenwärtig der Brotpreis, wozu noch die Backkosten zu schlagen sind. Auch sind die Verhandlungen mit der Entente darauf gerichtet, wenn es nicht gelingen sollte, Kartoffeln zu erhalten, was in den bevorstehenden Wintermonaten wegen der Frostgefahr sehr schwer möglich ist, aber als Ersatz für die fehlenden Kartoffeln Reis zu bekommen, Brotgetreide in einer Menge einzuführen, welche die Erhöhung der Brotquote als Ersatz für die fehlenden Kartoffeln gestatten würde. Dadurch wird die Bedeutung der Preisfrage für das tägliche Brot noch schwerwiegender. Selbst bei der gegenwärtigen Quote müßte man mit einer Verteuerung von 2 K. für den Laib rechnen, was einer monatlichen Mehrbelastung Wiens von 20 Millionen Kronen gleichkäme. Als sich im abgelaufenen Sommer die damalige österreichische Regierung zur Erhöhung des Brotpreises gezwungen sah, wurde in der Oeffentlichkeit der schärfste Widerstand dagegen laut, daß diese Preishinaufsetzung zu Lasten der Verbraucher vor sich gehe. Unter dem Drucke der öffentlichen Meinung wurde wenigstens erreicht, daß Brotgutscheine ausgegeben wurden, um den Minderbemittelten den billigeren Bezug von Brot zu ermöglichen. Heute, bei den so gründlich geänderten Verhältnissen, muß natürlich auch diese Frage von einem anderen Gesichtspunkte aus beurteilt werden und es wird kaum angängig sein, einer Lösung das Wort zu reden, die dahin geht, die Differenz zwischen den gegenwärtigen Preisen und dem Brotpreise aus Ententemehl aus Steuergeldern zu bestreiten. Vielleicht wird man sich doch entschließen, einen Versuch mit dem oft empfohlenen Straßburger System zu machen, einer Abstufung der Brotpreise nach den Einkommensverhältnissen auf Grund des Steuerbogens. Allerdings haben die letzten Monate auch die Voraussetzungen für die Anwendbarkeit des Straßburger Systems wesentlich verschoben, die Lebensbedingungen für den Mittelstand, dem man vielleicht im Sommer noch einen Teil der Mehrkosten hätte anlasten können, sind derartige geworden, daß sie eine Verteuerung des wichtigsten Nahrungsmittels nicht mehr vertragen. Die wachsende Arbeitslosigkeit als Folge der Kohlennot zwingt ebenfalls zu besonderer Rücksichtnahme. Eine Forderung, die im Sommer erhoben wurde, muß aber jetzt neuerlich betont werden. Die Preisfestsetzung für Brot darf nicht im Wege einer Vollzugsanweisung erfolgen, es muß ihr ein Beschluß der Nationalversammlung zugrunde liegen. Diese wird auch zu prüfen haben, ob die gegenwärtige Spannung zwischen Mehl- und Brotpreis, kurz gesagt der Backlohn, den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Bei allen Schwierigkeiten, mit denen auch das Bäckergewerbe zu kämpfen hat, darf nicht aus wahlpolitischen Gründen eine Bevorzugung erfolgen, die von der Bevölkerung so große finanzielle Opfer erfordert. Die Preisfestsetzung für die von der Entente zu liefernden Lebensmittel wird eine der wichtigsten Fragen der nächsten Wochen sein.

Berner Band

31./12. 1918.

34/12

252

Hilferuf an das Bernervolk

Wir haben Weihnachten gefeiert. Neujahr steht vor der Türe. Aber auf die Stimmung der Festzeit legt sich ein schwerer Druck. Wohl ist der furchtbare Völkerkrieg zu Ende gegangen und es wird ihm bald, so hoffen wir, der ersehnte Friede folgen. Heute aber zieht die Not durch die Lande, und Sorgen mannigfacher Art halten jede Freude darnieder.

Wir haben in diesen Tagen Kunde erhalten von der furchtbaren Lage, in der sich unser Nachbarland Oesterreich befindet. Ganz entsetzlich sind die Leiden der Stadt Wien. Große Teile der Bevölkerung stehen tatsächlich vor dem Hungertode.

An das Schweizervolk erging der Ruf um Hilfe, und kein mitfühlender Mensch wird sie versagen wollen. Der Aufruf des schweizerischen Aktionskomitees hat allenthalben im Schweizerlande gute Aufnahme gefunden, und wir Berner wollen bei diesem dringenden Werke der Menschenliebe nicht zurückbleiben.

Bei diesem Anlasse sollen aber auch diejenigen nicht vergessen werden, die in unserem eigenen Lande Mangel leiden, namentlich die Kinder, die laut Berichten von Aerzten und Schulbehörden da und dort an Unterernährung leiden.

Ihnen beiden, den Verhungernden in Wien und den notleidenden Kindern im eigenen Lande, wollen wir alle, so gut es uns möglich ist, helfen.

Zu dem Zwecke soll in den kommenden Tagen, anfangs Januar, überall in unsern bernischen Gemeinden eine Sammlung stattfinden. Es handelt sich in erster Linie darum, eingesparte Abschnitte von Lebensmittelkarten (Brot, Mehl, Käse, Fett, Teigwaren, Reis, Haferprodukte und Zucker) einzusammeln. Dezemberabschnitte können dafür verwendet werden. Für die Schülerspeisung fallen nur Brotkartenabschnitte in Betracht.

Im Einverständnis mit der kantonalen Unterrichtsdirektion wenden wir uns an die Schulkommissionen, die Lehrerschaft und die Pfarrämter aller Gemeinden mit der Bitte, durch Schulkinder oder besondere Vertrauensleute die Kartenabschnitte einsammeln zu lassen.

Wo aus irgendwelchen Gründen Kinder für die Sammlung nicht verwendet werden können, werden Rotkreuz- oder Frauenvereine die Arbeit übernehmen. Für die Städte Bern und Biel werden besondere Hilfskomitees gebildet.

Dabei ist die Sammlung so durchzuführen, daß den Gebern Gelegenheit geboten wird, zu bestimmen, welchen der beiden in Rede stehenden Hilfsaktionen sie ihre Gaben zuzuwenden wünschen. Dies wird in der Weise geschehen, daß die Sammler zwei Sammelbüchsen mitnehmen, die eine mit der Aufschrift

31./. 12. 1918.

253

Die Not in Wien

Von einem Berner, der viele Jahre in Wien gelebt hat und letzter Tage mit andern Schweizern in seine alte Heimat zurückgekehrt ist, erfahren wir folgendes:

„Zurzeit ist die Not in Wien wirklich sehr groß. Die allermeisten Berichte über eine beginnende Hungersnot sind nicht übertrieben. Wer keine Vorräte hat, ist jetzt ganz schlimm daran. Die meisten Schweizer, die nun nach Hause zurückgekehrt sind, hatten glücklicherweise noch einige Vorräte aufzubrauchen. Aber auch bei uns Schweizern war schon längst „Schmalhans" Küchenmeister. Am schwersten wurde die alte Kaiserstadt betroffen durch die völlige Unterbrechung der altgewohnten Nahrungsmittelzufuhr aus Ungarn."

Noch betrüblicher klingt, was der englische Sanitätsoberst Summerhayes, der als Abgesandter des britischen Roten Kreuzes die Gefangenenlager in Oesterreich und darauf auch die ärmeren Quartiere der Stadt Wien besucht hat, über die gegenwärtige Notlage berichtet: „Es ist meine vollendete Ueberzeugung, daß, wenn nicht unverzüglich Lebensmittel nach Wien gesandt werden, von den 2,250,000 Einwohnern der Stadt mindestens 200,000 dem Tode geweiht sind, sobald das kalte Winterwetter eintritt. Ein großer Teil der Bevölkerung ist durch Unterernährung der Erschöpfung nahe, und schwächere Leute sterben weg wie die Fliegen. Während der 15 Jahre meiner ärztlichen Tätigkeit in Indien, wo doch Hungersnöte an der Tagesordnung sind, habe ich nicht soviel Elend gesehen wie eben jetzt in Wien. Besonders schlimm sieht es in den Vorstädten, unter den Arbeitern und namentlich unter den Arbeitslosen aus. Handwerker haben ihr ganzes Arbeitszeug und sogar ihre Sonntagskleider verkauft, um sich die notwendigsten Lebensmittel zu verschaffen, immer in der Hoffnung auf baldige Besserung. Aber noch fast kläglicher ist in manchen Fällen die Lage der Kleinbürger und Beamten, die vielfach im Stillen dulden und lieber die herbsten Entbehrungen leiden, als sich an die öffentliche Mildtätigkeit zu wenden.

Diese kann übrigens aus Mangel an Lebensmitteln auch nicht viel tun. In den öffentlichen Speisehallen gibt es fast nur mehr magere Portionen mittelmäßigen Pferdefleisches mit etwas Gemüse. Und doch stehen da stunden- und stundenlang Männer, Frauen und Kinder frierend und hungernd, um zuletzt für ihre 50 oder 60 Heller eine armselige Portion zu erobern.

Neue Freie Presse

31./XII. 1918

31

255

Die Verhandlungen über die Lebensmittelaushilfe der Entente.

Nach einem Gespräch mit dem Staatssekretär des Ernährungsamtes Dr. Hans Loewenfeld-Ruß.

Die deutschösterreichische Regierung hat sofort nach ihrem Amtsantritte alle Schritte eingeleitet, um von den Ententestaaten und Amerika eine Nahrungsmittelaushilfe zu erlangen. Nach den ersten Versuchen, die wir zur Fühlungnahme auf dem Wege über neutrale Staaten machten, wurde uns mitgeteilt, daß der amerikanische Lebensmittelkontrollor Hoover nach Europa komme und sich daher Gelegenheit zu einer Aussprache ergeben werde. Hoover ging nach Paris und spätere unverbürgte Mitteilungen besagten, daß er wahrscheinlich nach Bern reisen werde. Um unverzüglich die Möglichkeit zu schaffen, sich sofort an Hoover als die Persönlichkeit, die uns als die berufenste bezeichnet wurde, zu wenden, wurde unter Führung des Freiherrn v. Haupt sozusagen als Avantgarde eine Kommission zusammengestellt, der auch Fachmänner auf dem Gebiete des Ernährungs-, Finanz- und Transportwesens beigegeben wurden. Der Kommission wurde ein vollkommen instruiertes Material vom Ernährungsamte über unsere Lage und unseren Bedarf übermittelt, um die fremden Vertreter genauestens unterrichten zu können. Da weder Hoover noch andere Bevollmächtigte der Alliierten nach Bern kamen, mußte sich die Kommission darauf beschränken, durch die amerikanische, französische und englische Gesandtschaft in Bern Fühlung zu nehmen und Informationen nach Paris und London weiterzugeben, ohne daß man zunächst in wirkliche Verhandlungen hätte eintreten können. Vor einigen Tagen hatten dann die Besprechungen dieser deutschösterreichischen Kommission, in der sich auch ein Vertreter der Stadt Wien als Mitglied befindet, das Ergebnis, daß infolge der direkten Entsendung von Vertretern Tirols und Vorarlberg zunächst die Schweiz vorschußweise in diese beiden Länder eine für einige Wochen reichende Aushilfe an Mehl und Reis geschickt hat. Sehr unterstützt wurde die Aktion durch Professor Ferriere sowie durch die Berichte der Schweizer und französischen Journalisten in Wien, und es ist insbesondere der Vermittlung Ferrieres zu danken, daß die Schweiz vor einigen Tagen eine sofortige Aushilfe in Aussicht genommen hat, die aber der Zustimmung der Entente bedurfte.

Das neueste Stadium bestand darin, daß vor wenigen Tagen Delegierte der in Versailles tagenden interalliierten Lebensmittelkonferenz, die aus Amerikanern, Engländern, Franzosen und Italienern besteht, in Bern eingetroffen sind und daß mit ihnen verhandelt wurde. Diese Delegation hat zunächst der vorschußweisen Lieferung von 60 Wagen Mehl, 30 Wagen Reis, etwas Schokolade und Teigwaren durch die Schweiz zugestimmt. Samstag früh ist der betreffende Lebensmittelzug in Buchs eingetroffen und ging nach Wien. Diese Aushilfe ist lediglich für Wien bestimmt und dient besonders der Ernährung von Kranken und Kindern. Da Wien heute einen Tagesbedarf von 47½ Waggons Mehl hat, sind 60 Wagen eine sehr kleine Zubuße und dasselbe gilt von der Reissendung, doch ist natürlich dieser Schritt der Schweiz als Zeichen ihrer guten Gesinnung mit wärmstem Dank zu begrüßen. Die Schweizer Verhandlungen über eine großzügige Aushilfe der Entente begegneten bedeutenden Schwierigkeiten mit Rücksicht auf die Frage der Finanzierung, die gegenwärtig im Mittelpunkte der Erörterung steht. Diese Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen; die alliierten Vertreter in Bern haben sich aber bereit erklärt, ehe noch eine endgültige Lösung der Finanzierungsfrage erfolgt, uns sofort 4000 Tonnen Weizen zur Verfügung zu stellen. Davon gehören 3000 Tonnen für Wien, 1000 Tonnen für die Provinz. Diese Menge, die für den Verbrauch Wiens und Deutschösterreichs für kaum fünf Tage ausreichen würde, ist aber nur als Abschlagssendung gedacht, und die Kommission der Interalliierten wird Mitte der nächsten Woche in Wien sein, wo das Ernährungsamt die Verhandlungen fortführen wird, die hoffentlich ein endgültiges Ergebnis bringen werden. Gestern ist die Mitteilung eingetroffen, daß die Vertreter dieser Konferenz der Alliierten in Bern für Deutschösterreich noch 26.000 Tonnen Getreide, 3000 Tonnen Fett und 1000 Tonnen Kondensmilch liefern und die Zustimmung hiezu in Paris einholen wollen. Der Bedarf Wiens an Mehl wäre bei einer Kopfquote von 200 Gramm per Tag 13.800 Wagen, jener Innerösterreichs ohne Berücksichtigung Deutschböhmens 24.000, zusammen also rund 38.000 Tonnen im Monat.

Man darf sich jedoch durch Ziffern, die nur scheinbar hoch sind, nicht über die wirkliche Sachlage täuschen. Die Versorgung Wiens und Deutschösterreichs außerhalb der Hauptstadt ist nicht viel länger als bis Mitte Januar gedeckt, und es bereitet enorme Schwierigkeiten, bei den heutigen Transportverhältnissen Tausende von Wägen zeitgerecht an die einzelnen Konsumorte zu bringen, wobei Getreide an die Mühlen und dann an die einzelnen Verbrauchsplätze disponiert werden muß. Damit die Ernährungsverhältnisse in Ordnung kommen, müßten täglich klaglos die erforderlichen Sendungen anrollen, und das ist bei den Transport- und anderen Schwierigkeiten nicht anzunehmen. Volle Hilfe wäre erst dann geschaffen, wenn wir so viel Nahrungsmittel erhielten, daß wir gewisse Reserven anlegen können. Gewiß wird niemand die entscheidende Bedeutung der Lebensmittelversorgung Wiens verkennen; doch ist nicht zu übersehen, daß es außer Wien auch Steiermark, Kärnten, Tirol, Vorarlberg schlecht geht und die deutschösterreichische Regierung auch für diese Länder vorsorgen muß, um so mehr als sonst in den genannten Gebieten Strömungen entstehen könnten, um den Zusammenhang mit Wien zu lockern. Ferner wäre es irrig, zu glauben, daß durch die Ententeaushilfe etwa der Preis von Mehl, Fleisch und Fett eine Herabsetzung erfahren wird, was schon der Tiefstand unserer Valuta verhindert. Das amerikanische Mehl wird uns wesentlich höher zu stehen kommen als das eigene, und bei seiner Finanzlage kann der deutschösterreichische Staat die Differenzen nicht tragen. Es empfiehlt sich also, sich keinen Illusionen hinsichtlich einer raschen eingreifenden Besserung hinzugeben. Um über die Bedarfsmengen ein Bild zu geben, sei erwähnt, daß, wenn man für den Fettverbrauch nicht die Hungerquote von 40 Gramm, sondern die Quote von 120 Gramm per Woche zugrunde legt, der Monatsbedarf von Wien und Innerösterreich sich auf rund 3000 Tonnen, der Fleischbedarf bei einer Wochenmenge von einem Kilogramm auf 5000 Tonnen stellt. An Mehl benötigt man 38.000 Tonnen im Monat und insgesamt will man uns zunächst 4000 Tonnen Getreide und 26.000 Tonnen nach erfolgter Genehmigung liefern.

Verlangt hat die deutschösterreichische Regierung von der Entente und Amerika eine Lebensmittelaushilfe, die von Anfang Januar bis Mitte August zureichen würde. Da wir vom 1. Januar bis Ende Juni für die Nichtselbstversorger 150.000 Tonnen Kartoffeln brauchen, aber nicht einmal einen kleinen Teil davon bekommen dürften, haben wir in unserem Verhandlungsmaterial den Wunsch ausgesprochen, daß uns im Verhältnis des Nährwertes zwischen Kartoffeln und Reis ein Viertel der 150.000 Tonnen in Reis ersetzt werde. Ursprünglich haben wir überhaupt viel höhere Quoten eingesetzt, doch wurde uns mitgeteilt, daß die Entente und Amerika nicht höhere Quanten bewilligen können, als den Quoten in Frankreich und der Schweiz entsprechen würde. Bei den Mengen an Getreide, Fleisch, Fett, Reis, Hülsenfrüchten usw. und bei dem Stande unserer Valuta dürfte der Preis der erwähnten Bezüge, die bis Mitte August reichen sollen, mit zwei bis drei Milliarden nicht überschätzt sein. Man sieht also, daß die Opfer groß sein werden und daß vorläufig wenigstens eine entscheidende Besserung der Ernährungslage nicht herbeigeführt werden wird, sondern infolge des Mangels an Reserven, der Transportschwierigkeiten und anderer Umstände Stockungen nicht zu vermeiden sein werden. Eine Besserung der Kopfquoten kann daher nicht in Aussicht genommen werden.

Neue Freie Presse

Abendbl. 31./XII. 1918 256

Die Ankunft der interalliierten Wirtschaftskommission in Wien.

Wien, 2. Januar.

Die interalliierte Wirtschaftskommission über die Lebensmittelbezüge für Deutschösterreich, die gestern früh unter Führung des Gemeinderates Dr. Rudolf v. Schwarz-Hiller aus Bern abgereist ist, trifft im Laufe des heutigen Tages in Wien ein.

Der Kommission gehören Vertreter Italiens, Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten an.

Unter den nach Wien entsendeten Persönlichkeiten befinden sich Dr. Alonzo Taylor, Professor Haguenin, Beveridge und Professor Labriola.

Aufgabe der Kommission ist es, ein eingehendes Bild über die Lebensmittelverhältnisse in Wien und Deutschösterreich zu gewinnen und auf Grund der hier geschöpften Eindrücke den Regierungen der Entente Berichte und Vorschläge zu erstatten, welche die Lebensmittelversorgung Wiens und Deutschösterreichs in die richtigen Wege leiten sollen.

Wie bereits mitgeteilt, stimmte die interalliierte Kommission auf Grund ihrer mit den Vertretern Deutschösterreichs in Bern abgehaltenen Sitzungen der Entsendung von 112 Waggons Lebensmittel aus der Schweiz nach Wien zu.

Von Italien werden 4000 Tonnen Weizen, mehrere Waggons Kondensmilch und Zitronen nach Wien und anderen Orten Deutschösterreichs abgeschickt.

Besuch der interalliierten Wirtschaftskommission in Budapest.

Wie der „Ungarischen Post" aus Budapest gemeldet wird, erhielt die ungarische Regierung eine offizielle Mitteilung, wonach der amerikanische Wirtschaftskommissär Dr. Taylor, der gestern in Wien eingetroffen ist, um die Verhältnisse auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung zu untersuchen, in einigen Tagen sich nach Budapest begeben werde. In Budapest wird die amerikanische Kommission die Frage der Kohlenversorgung untersuchen. In der Kommission sind außer den amerikanischen Begleitern und Mitarbeitern Dr. Taylors auch Großbritannien, Frankreich und Italien durch Bevollmächtigte vertreten. Der Budapester Aufenthalt der Wirtschaftskommission der Alliierten ist für drei Tage berechnet, worauf dann die Kommission nach Wien zurückkehrt.

Neue Freie Presse Abendbl
31./XII. 1918

257

Eine amerikanische Mission für Polen in Wien.

Heute nacht ist eine amerikanische Mission in Wien eingetroffen und im Hotel Bristol abgestiegen. Die Mission ist gebildet aus den Herren Vernon Kellogg, Hugh Gibson, Konrad Ihle, William Grove, Kapitän Charles Wetter, Premierleutnant Chauncey Mac Kornik, Leutnant Louis Sperry, Sergeant Josef Cliff und den polnischen Herren Alexander Znamiecki, Jan Horodyski und Andre v. Maday.

Eines der Mitglieder der Mission, Kapitän Charles Wetter, hatte die Liebenswürdigkeit, einem unserer Mitarbeiter die folgenden Mitteilungen zu machen: „Die Mission, der ich angehöre, ist nicht mit der im Laufe des Abends erwarteten gemischten Mission zu verwechseln. Wir sind auf der Durchreise nach Warschau begriffen, um die Ernährungsverhältnisse Polens zu studieren und eventuell über Vorkehrungen zur Abhilfe der dort, wie uns berichtet wird, herrschenden Notlage zu beraten. Wir wurden von der polnischen Regierung zum Besuche Polens eingeladen. Die polnische Regierung hat drei Delegierte, die Herren Znamiecki, Horodyski und Maday, nach Bern geschickt, in deren Gesellschaft wir auch die Reise von Bern angetreten haben.

Wir gedenken, uns zwei Tage in Wien aufzuhalten und sodann unsere Reise fortzusetzen. Was wir im Laufe der kurzen Zeit unseres Aufenthaltes in Wien bemerken konnten, hat im allgemeinen einen recht sympathischen Eindruck auf uns gemacht. Die Stadt hat ein bedeutend besseres Aussehen, als wir erwartet haben. Wir zweifeln nicht daran, daß eine wirkliche, empfindliche Notlage, ein großer Mangel an wichtigen Nahrungsmitteln in Wien herrscht.

Man darf nicht vergessen, auch in Frankreich ist es nicht zum besten bestellt in verschiedenen wichtigen Beziehungen. Die Preise für Bekleidungsartikel, Nahrungsmittel usw. sind auch dort, wie überhaupt überall in Europa sehr hoch und erst der hergestellte Friede wird einen Abbau der Preise herbeiführen. Ich zweifle übrigens nicht daran, daß Amerika seine von der Regierung übernommene Mission, die Not der Welt, eingeschlossen Deutschösterreich, zu lindern, gewiß erfüllen wird.

Was die Stimmung des amerikanischen Volkes gegenüber Deutschösterreich betrifft, so kann ich nach meiner Kenntnis sagen, daß man bei uns den Deutschen Oesterreichs gegenüber wohlwollende Gesinnungen empfindet. Ich zweifle nicht daran, daß nach dem Abschluß des Friedens die Wiederaufnahme angenehmer Beziehungen Amerikas mit dem schönen Deutschösterreich keinen Hindernissen begegnen wird.

Berner-Tagblatt 31/XII. 1918. 258

Sammlung für die Schülerspeisung und Hilfsaktion für Wien.

Hilferuf an das Berner Volk.

Wir haben Weihnachten gefeiert. Neujahr steht vor der Türe. Aber auf die Stimmung der Festzeit legt sich ein schwerer Druck. Wohl ist der furchtbare Völkerkrieg zu Ende gegangen und wird ihm bald, so hoffen wir, der ersehnte Frieden folgen. Heute aber zieht die Not durch die Lande und Sorgen mannigfacher Art halten jede Freude darnieder. Wir haben in diesen Tagen Kunde erhalten von der furchtbaren Lage, in der sich unser Nachbarland Oesterreich, befindet. Ganz entsetzlich sind die Leiden der Stadt Wien. Große Teile der Bevölkerung stehen tatsächlich vor dem Hungertode.

An das Schweizervolk erging der Ruf um Hilfe und kein mitfühlender Mensch wird sie versagen wollen. Der Aufruf des schweizerischen Aktionskomitees hat allenthalben im Schweizerlande gute Aufnahme gefunden, und wir Berner wollen bei diesem dringenden Werke der Menschenliebe nicht zurück bleiben.

Bei diesem Anlasse sollen aber auch diejenigen nicht vergessen werden, die in unserem eigenen Lande Mangel leiden, namentlich die Kinder, die laut Berichten von Aerzten und Schulbehörden da und dort an Unterernährung leiden. Ihnen beiden, den Verhungernden in Wien und den notleidenden Kindern im eigenen Lande, wollen wir alle, so gut es uns möglich ist, helfen. Zu dem Zwecke soll in den kommenden Tagen des Anfang Januar überall in unsern bernischen Gemeinden eine Sammlung stattfinden. Es handelt sich in erster Linie darum, eingesparte Abschnitte von Lebensmittelkarten (Brot, Mehl, Käse, Fett, Teigwaren, Reis, Haferprodukte und Zucker) einzusammeln. Dezemberabschnitte können dafür verwendet werden. Für die Schülerspeisung fallen nur Brotkartenabschnitte in Betracht.

Im Einverständnis mit der kantonalen Unterrichtsdirektion wenden wir uns an die Schulkommissionen, die Lehrerschaft und die Pfarrämter aller Gemeinden mit der Bitte, durch Schulkinder oder besondere Vertrauensleute die Kartenabschnitte einsammeln zu lassen.

Wo aus irgendwelchen Gründen Kinder für die Sammlung nicht verwendet werden können, werden Rotkreuz- oder Frauenvereine die Arbeit übernehmen. Für die Städte Bern und Biel werden besondere Hilfskomitees gebildet. Dabei ist die Sammlung so durchzuführen, daß den Gebern Gelegenheit geboten wird, zu bestimmen, welchen der beiden in Rede stehenden Hilfsaktionen sie ihre Gaben zuzuwenden wünschen. Dies wird in der Weise geschehen, daß die Sammler zwei Sammelbüchsen mitnehmen, die eine mit der Aufschrift „Hilfsaktion für Wien", die andere „Schülerspeisung (nur Brotkarten)".

Die Einzelheiten der Durchführung werden den beteiligten Gemeindestellen durch besonderes Zirkular bekanntgegeben.

Einstweilen erteilen wir folgende Weisungen:

1. In jeder Gemeinde ist eine besondere Stelle zu bezeichnen, welche die eingesammelten Gaben in Empfang nimmt. Diese Stelle darf nicht die offizielle Gemeindekartenstelle sein, muß aber von dieser genehmigt werden.

2. Die für die Schülerspeisung bestimmten Brotkartenabschnitte und Geldbeträge sind in jeder Gemeinde der Gemeindestelle zu überliefern, welche mit der Leitung der Schülerspeisung betraut ist.

3. Geldbeträge (auch Briefe) für die Hilfsaktion für Wien sind an die kantonale Geschäftsstelle (Fürsprecher Büchi, Rathaus Bern) zu leisten. Es kann das per Postscheck geschehen. Die Nummer des Postscheckkontos wird durch die Presse bekannt gemacht.

4. Als Naturalgaben fallen nur transportable Dauerwaren in Betracht. Sie sind ebenfalls an die kantonale Geschäftsstelle zu leiten, die darüber verfügt.

5. Mustersammelbüchsen werden den Schulpräsidenten wie den Aktionskomitees von Bern und Biel zur Verfügung gestellt.

6. Die für Wien bestimmten Kartenabschnitte sind von den Sammlern der bestimmten Gemeindestelle und von dieser der besondern Abschnittsammelstelle des kantonalen Lebensmittelamtes in Bern zu übermitteln. Weitere Mitteilungen hierüber werden in dem bereits erwähnten Zirkular gemacht werden. Die kantonale Hilfskommission wird mit Hilfe des eidgenössischen Ernährungsamtes und des schweizerischen Komitees dafür besorgt sein, daß die nach Wien gesandten Nahrungsmittel vornehmlich den Spitälern und den Kinder- und Mütterfürsorgestellen zugeführt werden.

Liebe Mitbürger! Wir leiden wohl alle selber unter der Not, welche der Krieg über die Menschheit gebracht hat. Um so tiefer soll uns die Lage derjenigen zu Herzen gehen, die noch unglücklicher sind als wir. Wir wollen denen zu Hilfe kommen, die gar nichts mehr haben oder die durch Mangel an Lebensmitteln und Gebrauchsartikeln an Gesundheit und Leben gefährdet sind.

Die beiden Hilfsaktionen werden Eurem Mitgefühl und Eurer Opferwilligkeit warm empfohlen.

Bern, den 29. Dezember 1918.

Für die kantonale Hilfskommission:

Der Präsident: Dr. Tschumi, Reg.-Rat;
die Vizepräsidenten: Lörtscher, Pfarrer, Dr. Ischer; der Sekr.: Bürki, Inspektor.

* * *

Bernisch-kantonale Hilfskommission.

Präsident: Hr. Dr. Tschumi, Regierungsrat, Bern.

Vizepräsidenten: Herr Lörtscher, Pfarrer, kant. Armeninspektor, Bern. Herr Dr. Ischer, Arzt, Adjunkt des Zentralsekretariats des Roten Kreuzes, Bern.

Sekretär: Herr Bürki, Schulinspektor, Wabern.

Geschäftsstelle: Herr Büchi, Fürsprecher, Rathaus, Bern.

Mitglieder: Herren Amuat, Vorsteher des kant. Lebensmittelamtes, Bern; Dr. Baumgartner, Chefredakteur des „Intelligenzblatt", Bern; Dr. Beck, Chefredaktor des „Berner Tagblatt", Bern; Bucher, Großrat, Thun; Burren, Regierungsrat, Bern; Chavannes, Redaktor, Pruntrut; Dr. Erb, Präsident der kathol. Vereinigung, Bern; Freiburghaus, Nationalrat, Spengelried; Graf, Lehrersekretär, Bern; Grospierre, Nationalrat, Bern; Jacot, Notar, Sonvilier; Jenny, Nationalrat, Worblaufen; Lanz, Spediteur, Thun; Dr. Lehmann, Vorsteher des städt. Lebensmittelamtes, Bern; Leuenberger, Stadtpräsident, Biel; Dr. Minder, Nationalrat, Huttwil; Minger, Landwirt, Schüpfen; Morgenthaler, Großrat, Burgdorf; Dr. Müller, Pfarrer, Langnau i. E.; Rebmann, Nationalrat, Erlenbach; Dr. Rickli, Nationalrat, Langenthal; Ryser, Nationalrat Biel; Schneeberger, Nationalrat, Bern; Schrag, Stadtrat, Bern; [illegible]ch, Redaktor des „Bund", Bern; Schürch, E., franz. Sekretär des Gewerkschaftsbundes, Bern; Stähli, Journalist, Bern; Prof. Dr. Steiger, Bern; Dr. Stucki, Nationalrat, Melringen; Frl. Trüssel, Präsidentin des Schweiz. Gemeinnützigen Frauenvereins, Bern; Hr. Vogel, Chefredaktor der „Berner Tagwacht", Bern.

Berner Tagblatt 31./XII. 1918.

259

Die Lebensmittelfrage Deutschösterreichs.

ag. Am 31. Dezember mittags begibt sich von Bern aus eine interalliierte Kommission, bestehend aus Vertretern Amerikas (Dr. Taylor), Englands, Frankreichs und Italiens, insgesamt 14 Delegierte und deren Begleitung, zum Studium der Lebensmittelfrage Deutschösterreichs nach Wien. — Mit dem gleichen Zuge reisen auch einzelne Mitglieder der deutschösterreichischen Delegation, die in der letzten Zeit mit der Ententekommission Beratungen gepflogen haben, nach Wien zurück.

Außer den durch die Schweiz verschußweise zu liefernden 100 Waggons Lebensmitteln aus Schweizer Beständen bewilligte die Entente-Kommission bis jetzt weitere 4000 Tonnen Nahrungsmittel für Deutschösterreich, die seitens Italien in den nächsten Tagen sukzessive über Innsbruck nach Wien geführt werden sollen.

Die Schweizerische Oberpostdirektion hat für alle Postsendungen, die sich auf das Hilfswerk für die Stadt Wien und die Schweizerische Schülerspeisung beziehen, die Portofreiheit bewilligt. Die Geschäftsstelle des Schweizerischen Komitees in Bern, Effingerstraße Nr. 4, hat ein Postscheckkonto Nr. III/26 errichtet, an welches Geldzahlungen geleitet werden können, soweit man sich nicht der von den örtlichen Komitees bezeichneten Einzahlungsstellen bedienen will.

ag. Wien, 30 Dez. (W. K.-B.) Unter der Ueberschrift „Die Intrigen Wiens" versteigt sich der „Temps" vom 20. Dezember zur Behauptung, der in Wien herrschende Lebensmittelmangel sei durch die Wiener selbst verschuldet, die Waffen und Munition nach den Kohlengrubengebieten Nord- und Südböhmens schicken, um einen Aufstand zu schüren, die Verproviantierung der Tschechen zu hindern, innere Schwierigkeiten zu schaffen usw.

In den allernächsten Tagen trifft aus Bern eine Alliiertenkommission zum Studium der Lebensmittelverhältnisse in Wien ein. Die dieser Kommission angehörenden französischen Mitglieder werden hierbei Gelegenheit haben, festzustellen, wie unsinnig die durch den „Temps" verbreitet Behauptung ist.

•

ag. Wien, 31. Dez. (W. K.-B.) Im Auftrag des Bürgermeisters Weißkirchner begab sich vorgestern Ober-Magistratsrat Kormanek nach St. Pölten, um die den ersten Zug schweizerischer Lebensmittel begleitenden schweizerischen Offiziere namens der Gemeinde Wien zu begrüßen.

Der Schweizerzug erlitt gestern früh bei der Einfahrt in der Station St. Pölten einen Unfall, angeblich wegen falscher Weichenstellung. Fünf Wagen entgleisten wovon einer stark beschädigt wurde. Menschenleben waren nicht in Gefahr.

—⊙—

Reichspost

31./XII. 1918

760

Der erste Schweizer Lebensmitteltransport in Wien.

Obermagistratsrat Dr. Formanek über den Unfall in St. Pölten.

Der erste Schweizer Lebensmittelzug ist heute abend mit größerer Verspätung, die durch den gemeldeten Unfall in St. Pölten verursacht wurde, in Wien eingetroffen. Ueber die Entgleisung am St. Pöltner Bahnhof und die Fahrt nach Wien erzählt der Vorstand des Präsidialbureaus Obermagistratsrat Dr. Formanek, der dem Transport bis St. Pölten entgegengefahren war und die Schweizer Mission namens des Wiener Gemeinderates begrüßt hatte:

„Der Zug ist um 7 Uhr 18 Minuten früh in den Bahnhof St. Pölten eingefahren. Die Entgleisung, die unmittelbar neben dem Bahnhof der Mariazeller Bahn erfolgte, hat ihre Ursache wahrscheinlich darin, daß infolge des Bremsens ein Waggon bei einem Wechsel aus dem Geleise sprang. Die nachfolgenden Wagen wurden ineinander geschoben und zum Teile stark beschädigt. Bei einem Waggon fehlte das Dach, von einem zweiten wurde der Führersitz herabgerissen, bei dem nächsten, der am meisten beschädigt ist, wurden die Seitenwände eingedrückt. Dagegen blieben die Waren fast unbeschädigt. Vom Bahnhofkommando wurde sofort Mannschaft an die Unfallstelle beordert, Eisenbahnarbeiter kamen herbei, die Waggons wurden aufgerichtet und das Geleise freigelegt. Diese Arbeiten dauerten bis halb ein Uhr mittags. Dann wurden die Waren umgeladen und ein neuer Zug rangiert. Die Weiterfahrt ging über Tulln nach Nußdorf und von da ins Lagerhaus."

Mit dem Transporte sind fünfzehn Mann Schweizer Militär und sechs Unteroffiziere, stramme, prachtvolle Burschen, mitgekommen. Der Zug war ferner begleitet von Oberst Frey, Oberleutnant Dr. Schmidt und Dr. Ferriere; ferner vom Oesterreichischen „Roten Kreuz" durch Hauptmann Gerenyi und Hauptmann Jaray."

Obermagistratsrat Dr. Formanek begrüßte die Schweizer Offiziere namens der Gemeinde und sprach ihnen im Namen des Bürgermeisters den herzlichsten Dank für die Uebernahme der Mission aus. In Wien wurden sie von einem Abgesandten der schweizerischen Gesandtschaft und Herren des Staatsamtes für Heerwesen begrüßt und zu den Wagen geleitet, die sie ins Hotel „Kontinental" führten, während die Mannschaft den Zug ins Lagerhaus geleitete, wo er von der Verwaltung übernommen und unter die Bewachung des Lagerhauses gestellt wurde. Der Zug bestand aus 38 Waggons, darunter 2 Doppelwaggons, enthält also 40 Waggons Ladung, die aus diversen Lebensmitteln, hauptsächlich Reis, Kondensmilch, Kokosfett, Kakao usw. besteht. — Offiziere und Mannschaften der Begleitung tragen die schweizerische Uniform mit den feldmäßigen Stahlhelmen, welche die Aufschrift tragen: „Hilfsaktion für Wien".

Weitere Lebensmittelaushilfe des Verbandes.

Bern, 29. Dezember.

In der Besprechung zwischen der Delegation des Verbandes und den Vertretern Deutschösterreichs sagte der italienische Vertreter außer den bereits bewilligten 4000 Tonnen die weitere Entsendung von einigen Waggons Kondensmilch, Zitronen und Reis zu. Die Verbandsdelegation wandte sich nach Paris um die Erlaubnis, 30.000 Tonnen Getreide, 3000 Tonnen Fett und 1000 Tonnen Kondensmilch nach Deutschösterreich zu senden.

Die Abreise der Kommission von Bern nach Wien ist für Dienstag mittags angesetzt. Der sechsgliedrigen amerikanischen Delegation unter der Führung Dr. Taylors haben sich zur Reise nach Wien noch zwei Vertreter Englands, drei Vertreter Frankreichs und drei Vertreter Italiens angeschlossen. Mit demselben Zuge wird auch ein Teil der deutschösterreichischen Delegation nach Wien zurückkehren.

31./XII. 1918

261

Der Warenaustausch mit Ungarn. Der vor einiger Zeit mit der ungarischen Regierung abgeschlossene Kompensationsvertrag wegen Lieferung von Lebensmitteln an Deutschösterreich ist nun insoweit erfüllt, als Ungarn bereits eine große Anzahl von Schafen, Schlachtrindern und Pferden geliefert hat. Was die von uns an Ungarn zugesprochenen Kompensationsartikel anlangt, so haben die Industrien und der Handel Deutsch[illegible]erreichs ihrerseits (mit Ausnahme der Gruppe Textilien und Textilienverarbeitung) teils bereits geliefert, jedenfalls aber alles, was für die Lieferung gehört, versandmäßig bereitgestellt. Was Textilien anlangt, so ist am 27. d. eine ungarische Kommission unter der Führung des Generaldirektors Willerstorfer in Wien eingetroffen, die die vom Warenverkehrsbüro gesammelten Offerte von Textilien und konfektionierten Waren eingehendst prüft. Voraussichtlich werden spätestens in der ersten Woche des neuen Jahres von der deutschösterreichischen Regierung alle Bedingungen des Vertrages erfüllt sein. Inzwischen dürfte auch auf ungarischer Seite der Vertrag abgewickelt sein, so daß dann den Verhandlungen für einen neuen, in Aussicht genommenen Vertrag mit Ungarn nichts mehr im Wege stehen dürfte. Weiter sind Kompensationsverhandlungen mit der kroatisch-slavonischen Regierung in Agram im Zuge.

in Galizien angehalten und angeblich auch schon zur Verteilung gebracht wurden.

Es liegt noch kein Grund vor, aus diesen zwei Fällen weitreichende Schlüsse zu ziehen, denn es kann auch unter der früheren Wirtschaftsordnung trotz Zentralgewalt und angeblich geordneter Verwaltung vor, daß ein Statthalter oder selbst ein Bezirkshauptmann auf eigene Faust eine Sendung Lebensmittel anhielt. Auch kann man nicht behaupten, daß die Ernährung Wiens gerade von den zwei Waggons Seefischen oder von der in Galizien angehaltenen Fleischsendung abhänge, aber immerhin geschieht dieser großen Stadt durch den Entgang einer Lebensmittelsendung, mit deren Eintreffen man schon gerechnet hatte, fühlbarer Abbruch. Der Deutsche Nationalrat wird gewiß nicht unterlassen, durch Verhandlungen mit allen andern Nationalräten dafür zu sorgen, daß die nach Wien bestimmten Zufuhren in Hinkunft auch ihr Ziel erreichen.

Die von Deutschland für Deutschösterreich als Aushilfe bewilligten tausend Waggons Mehl werden über Salzburg befördert werden und daher den ganzen Weg von der Grenze bis nach Wien auf deutschösterreichischem Boden zurücklegen.

* * *

Sperrung der Lebensmittelausfuhr durch den Nationalrat in Böhmen.

Der tschechische Nationalrat in Prag hat eine Verfügung getroffen, die geeignet erscheint, ganz besonders Wien in Mitleidenschaft zu ziehen. Es wurde nämlich, wie wir erfahren, in Böhmen die Ausfuhr nachbenannter Artikel gesperrt: Getreide, Kartoffeln, Hülsenfrüchte, Oel, Fette aller Art, Mühlenprodukte, Futtermittel, und zwar trocken und körnig, Zucker, Kaffee-Ersatz, lebendes Vieh, ferner alle Gegenstände und Artikel für die Volksbekleidung, wie Leder, Flachs, Baumwollwaren 2c., ferner feste und flüssige Brennstoffe, ausgenommen Holz und Kohle für die Eisenbahnen, wogegen die für die Parteien bestimmten Kohlensendungen zurückgehalten werden. Schließlich unterliegt der Ausfuhrsperre auch Zeitungspapier.

Was Kohle betrifft, werden gemäß den offiziellen Weisungen alle Kohlenwagen in Böhmen zurückgehalten. Vom Nationalrat wurde eine besondere Verwaltungskommission für die Kohlenangelegenheiten in Böhmen eingesetzt, und eine der ersten Amtshandlungen dieser Kommission war die Anordnung, die Kohlenwaggons nicht aus dem Lande zu lassen, angeblich im Hinblick auf den Bedarf der öffentlichen Anstalten des Landes, wie Gaswerke, Wasserwerke 2c., sowie angesichts der Notwendigkeit, die Zuckerindustrie, die gerade mitten in der Kampagne steht, mit Kohle zu versorgen.

Die Befehle des Nationalrates, beziehungsweise des von ihm ins Leben gerufenen Landwirtschaftsrates, dem unter andern auch die Kohlenkommission untersteht, treffen, wie bemerkt, vornehmlich Niederösterreich und in erster Linie Wien, doch wird von tschechischer Seite erklärt, daß sich die Maßregel gegen Ungarn richte. Die Aufzählung der Lebensmittel und der mannigfachen Bedarfsgegenstände, welche die Sperrliste umfaßt, zeigt deutlich, daß die Unterhandlungen, die mit dem tschechischen Gesandten in Wien Abgeordneten Tusar vom hiesigen Ernährungsausschuß geführt werden, bisher keinen Erfolg gezeitigt haben. Die Unterhändler werden aber sicherlich alles aufbieten, um eine Milderung der Sperrverfügungen zu erzielen.

* * *

Die Ernährungsverhältnisse Wiens.

Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Doktor Weiskirchner trat gestern abend der 30gliedrige gemeinderätliche Wiener Ernährungsausschuß im Rathause zu seiner zweiten Sitzung zusammen. Zu Beginn der Beratung berichtete Gemeinderat von Steiner über das Ergebnis seiner Reise nach Berlin. Er teilte mit, daß die maßgebenden Faktoren in Berlin das größte Entgegenkommen an den Tag legten und eine Getreideaushilfe von 10,000 Waggons für Deutschösterreich in Aussicht stellten. Durch die bekannten tiefbedauerlichen Vorgänge der letzten Tage sei diese Aushilfe auf ein Quantum von 1000 Waggons reduziert worden, wovon auf Wien 500 Waggons entfallen.

Der Bürgermeister machte hierauf die Mitteilung, daß er sich mit Rücksicht auf den neuerlichen Rückgang des Milcheinlaufes, der in der Einstellung der Milchzufuhr aus Mähren seinen Grund hat, an den Cesky Vibor in Berlin mit dem telegraphischen Ersuchen

Neues Wiener

Die Approvisionierung im Kriege.

Ungarische Maßnahmen gegen Deutschösterreich und Deutschland.

Die ungarische Regierung hat an sämtliche Donauhäfenkommandos den Auftrag erteilt, das gesamte deutschösterreichische und reichsdeutsche Schiffsmaterial, das gegenwärtig auf dem durch Ungarn fließenden Teil der Donau schwimmt, und somit sämtliche auf diesen Schiffen befindliche Ladungen zurückzuhalten und den Weitertransport nach Deutschland und Deutschösterreich zu verhindern. Unter diesen Schiffsladungen befinden sich nicht weniger als 20,000 Tonnen Lebensmittel, die für Deutschösterreich und Deutschland bestimmt waren. Ferner wertvolle Erzladungen aus dem Kaukasus und Oelladungen aus Rumänien. Ueberhaupt hat die ungarische Regierung die Durchfuhr von Transportmitteln und Waren nach Deutschland gänzlich eingestellt. Durch diese Maßnahmen wird hauptsächlich das Deutsche Reich schwer geschädigt, da dem Deutschen Reich dadurch der Abtransport sämtlicher Transportmittel aus Rumänien, wie 500 Lokomotiven und 30,000 Waggons unmöglich gemacht wird. Außerdem wird dadurch der Abtransport von zwei deutschen Armeekorps, die derzeit noch auf dem Balkan stehen und gegen das Vordringen der Ententetruppen kämpfen und somit ungarischen Boden verteidigen, unmöglich. Wie uns mitgeteilt wird, beabsichtigt die deutsche Regierung wegen dieser Maßnahmen bei der ungarischen Regierung schärfste Vorstellungen zu unternehmen.

* * *

Durch diese Maßnahme der ungarischen Regierung verlieren wir nicht bloß wichtige Transportmittel, sondern auch viele und wertvolle Lebensmittel. Es ist uns zum Beispiel bekannt, daß längs der unteren Donau 1100 Waggons gedörrte Zwetschken des Abtransports harrten. Aber auch sonst müssen große Mengen Lebensmittel die bei der Räumung Serbiens noch gerettet wurden, gegenwärtig auf der Donau schwimmen.

Der gestrige Tag brachte uns auch von andern Seiten die unangenehme Nachricht, daß für Wien bestimmte Lebensmittelsendungen beim Passieren des Gebietes anderssprachiger Nationen angehalten wurden. Der erste Fall betrifft zwei Waggons Seefische, die aus Deutschland nach Wien geschickt, in Böhmen aber angehalten wurden. Im zweiten Falle handelt es sich um mehrere Waggons Rinder, Schweine, Schafe und Schlachtpferde, die aus der Ukraine nach Wien unterwegs

Neue Freie Presse
6./XI. 1918

27

Der Economist.

Staatssekretär Loewenfeld-Ruß über die Ernährungslage.

Gebesserte Aussichten für Wien. — Antrag des Staatssekretärs auf Verhandlungen mit der Entente. — Die Aushilfe Ungarns, Deutschlands und der neuen Staaten.

Wien, 5. November.

Der Staatssekretär des Amtes für Volksernährung Dr. Hans Loewenfeld-Ruß empfing heute Vertreter der Presse, um sie über die Ernährungslage zu unterrichten. Er führte im Wesen folgendes aus:

Es kann heute nicht meine Aufgabe sein, ein Programm zu entwickeln. Derzeit handelt es sich in erster Linie darum, die Ordnung aufrechtzuerhalten und für die nächste Zeit die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu sichern. Mit Rücksicht auf die Absperrung von Gebieten, die bisher mit uns in der engsten wirtschaftlichen Verbindung gestanden sind, sieht sich das Ernährungsamt vor die neue Aufgabe gestellt, Lebensmittel auf anderem Wege als bisher zu beschaffen. Was die Frage der Aufrechterhaltung der Ordnung betrifft, so ist leider zum Teil nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch bei behördlichen Stellen die Meinung eingerissen, daß die politische Umwälzung auch eine Aenderung in den gesetzlichen und sozialen Verhältnissen hervorgerufen hat, das heißt, daß jedermann nach freiem Ermessen vorgehen dürfe. Es ist beispielsweise vorgekommen, daß in deutschösterreichischen Gebieten staatliche und autonome Behörden Güter und Lebensmittel, die an bestimmte Empfänger gesandt wurden, mit Beschlag belegt haben. Dazu kommen die Fälle, in denen Lebensmittel einfach auf ungesetzlichem Wege ihrer Bestimmung entzogen wurden. Leider zeigt sich auch innerhalb des deutschösterreichischen Gebietes die Tendenz, sich gegenseitig abzusperren, ohne zu berücksichtigen, daß jetzt mehr denn je gegenseitige Aushilfe notwendig ist. Es muß daher betont werden, daß die bestehenden Gesetze und Vorschriften für das Ernährungswesen aufrecht bleiben und befolgt werden müssen, so lange sie nicht geändert werden, was für die Aufbringung, Verteilung, Rationierung, Preiserstellung usw. gilt. Ein selbständiges Verfügungsrecht der untergeordneten Behörden müßte ein allgemeines Chaos und bei der Knappheit der Lebensmittel einen Zusammenbruch des neuen Staates, kaum daß er errichtet worden ist, hervorrufen. Die Erfüllung der erwähnten ersten Aufgabe begegnet aber Schwierigkeiten, weil die Disziplin gelitten hat und dem neuen deutschösterreichischen Staate noch nicht genügend Machtmittel zur Verfügung stehen.

Hinsichtlich der Beschaffung der Lebensmittel konnte sich Oesterreich bekanntlich schon früher nicht aus eigenem erhalten, was insbesondere für die passiven Gebiete Deutschösterreichs, namentlich für Wien und die Alpenländer, gilt. Zunächst hat das Amt für Volksernährung für eine verstärkte Aufbringung vorgesorgt, indem Prämien für die rasche Getreideablieferung bewilligt worden sind, wodurch sich in Niederösterreich die Aufbringung sehr gehoben hat. In einem bestimmten Verhältnis zu der aufgebrachten Getreidemenge sollen den Landwirten auch Kleider, Schuhe und gewisse Bedarfsartikel gegen Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Ferner ist der Staatsrat sofort mit Ungarn, dem czecho-slowakischen und polnischen Staate wegen der Beschaffung von Getreide und Mehl in Verbindung getreten. Die ungarische Regierung hat eine vorläufige Mehlaushilfe in bestimmten Tagesraten zugesichert, die von morgen an laufen werden. Die Verhandlungen mit Ungarn über die anderen Lebensmittel sind noch nicht abgeschlossen und werden unter Führung eines Mitgliedes des Staatsrates von Vertretern der Ernährungsamtes in Budapest gepflogen. Die Aushilfe Deutschlands, die mit 500 Waggons für Wien, ferner für Deutschböhmen und die Alpenländer bestimmt ist, kommt infolge der Transportschwierigkeiten nicht so schnell herein, als erwünscht wäre, ist aber zum Teile im Anrollen.

Die verstärkte eigene Aufbringung, die deutsche und ungarische Aushilfe ermöglichen es, daß in Wien im ganzen Monate November die jetzige Brotquote und die Mehlquote in dem derzeitigen gekürzten Ausmaß ausgegeben werden kann, während vor kurzem schon der Stand in der zweiten Novemberwoche ein äußerst kritischer gewesen wäre. Außerdem sind Verhandlungen mit dem czecho-slowakischen Staate eingeleitet. Deutschböhmen, Nieder- und Oberösterreich werden sich durch die eigene Getreideaufbringung versorgen können. Dem Lande Salzburg hilft Oberösterreich aus. Ungünstig ist die Lage von Steiermark, Kärnten, Tirol und Vorarlberg, welche auswärtige Zuschübe bedürfen, die durch die schwierigen Transportverhältnisse gehemmt werden. Die in Berlin zugesagte Aushilfe für diese Länder dürfte eine leichte Besserung bringen. Wegen der Versorgung Steiermarks sollen Besprechungen mit dem czecho-slowakischen Staate eingeleitet sein. Tirol und Kärnten sind natürlich durch das Zuströmen der Truppen von der Front besonders belastet.

Ich habe im Staatsrate bereits den Antrag gestellt, rechtzeitig mit der Entente wegen der Zusendung von Lebensmitteln in Verbindung zu treten. Nach einer bisher allerdings noch nicht bestätigten Meldung sollen die Ententetruppen, die bereits in Tirol vorgehen, unser Militär mit Lebensmitteln versorgen. Man kann den Zuschub der Entente entweder auf dem Meereswege bekommen, wobei die Entente die dann benützten südslawischen Bahnlinien in Ordnung halten müßte, oder über die Schweiz. Immerhin erfordern die Besprechungen mit der Entente einige Zeit.

Ungünstig steht die Versorgung Wiens und der Alpenländer mit Kartoffeln, da die Zuschübe Galiziens, Böhmens und Mährens eingestellt worden sind, so daß wir vorläufig auf die hier befindlichen, für achtzehn Tage reichenden Vorräte angewiesen sind. Auch da sind Verhandlungen, insbesondere mit dem czecho-slowakischen Staate, angebahnt. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat sich in dieser Sache sehr bemüht. Ob es möglich ist, aus Ostgalizien Kartoffeln zu bekommen, hängt davon ab, ob sie über Westgalizien und Mähren oder durch Ungarn durchgeführt werden können. Gegenwärtig sind diese Durchfuhren unterbunden. Auf ein befriedigendes Ausmaß wird die Kartoffelversorgung bedauerlicherweise nicht gebracht werden können, da die Frostzeit immer näher heranrückt. Das Ernährungsamt hat bisher alle Versuche gemacht, um die Durchfuhr aus den neuen Staaten zu erreichen.

Für die Wiener Fleischquote hat Ungarn die normalen Viehkontingente geliefert, so daß, wenn diese Bezüge weiter andauern, die gegenwärtige Fleischquote für Wien aufrechterhalten werden wird. Deutschböhmen und die Alpenländer sind auf die eigene Aufbringung angewiesen. Wenngleich die Viehbestände auf das äußerste erschöpft sind, dürfte der Wegfall der Aufbringung für die Heeresverwaltung eine gewisse Erleichterung der Zivilversorgung bewirken.

Bei der Fettbeschaffung war man auf auswärtige Zuschübe angewiesen, aber mit Hilfe kleinerer Vorräte und durch Aushilfe aus den Beständen der Gemeinde Wien kann vorläufig für die nächsten Wochen die bisherige Fettquote aufrechterhalten werden. Eine ganz besondere Schwierigkeit liegt darin, daß die Härtung des Fettes für die Kriegsmargarine in zwei in Deutschböhmen gelegenen Fabriken erfolgt. Auch hier wird getrachtet werden, durch Vereinbarungen mit dem czecho-slowakischen Staate die Approvisionierung zu erleichtern. Die Provinz ist auf die eigene Fettaufbringung angewiesen, mit Ausnahme der Arbeiterschaft gewisser großer Kriegsbetriebe außerhalb Wiens.

Die Eierversorgung ist nicht günstig und in der nächsten Zeit kann auch keine Besserung erwartet werden.

Bei der Zuckerversorgung liegt eine Schwierigkeit darin, daß sich ein großer Teil der Fabriken im czechischen Gebiet befindet, von wo die Ausfuhr unterbunden wurde. Es schweben Verhandlungen, dieselbe frei zu geben. Die niederösterreichischen Zuckerproduktionsstätten haben im Verhältnis zum Bedarf keine nennenswerte Erzeugung, und wenn Wien bisher gerade zur Not mit Zucker versorgt wurde, erklärt sich dies dadurch, daß das Ernährungsamt seit langem eine eiserne Reserve angelegt hat, die jedoch nur kurze Zeit andauern wird. Die Novemberquote kann, da man die letzte Reserve noch nicht angreifen, sondern das Ergebnis der schwebenden Verhandlungen abwarten will, vorläufig noch nicht ausgegeben werden. Leider sind bei dem Brande am Handelskai 70 Waggons Zucker, nicht viel weniger als die Hälfte des Wiener Monatsbedarfes (180 Waggons), vernichtet worden.

Berücksichtigt man die enormen Schwierigkeiten der Bahnen, denen Kohle und Fahrbetriebsmittel fehlen, so begreift man, daß weit ausgreifende Versorgungsmaßnahmen derzeit den allergrößten Hemmungen begegnen würden und daß heute das Bestreben des Ernährungsamtes hauptsächlich dahin gehen muß, die Versorgung für die nächste Zeit zu sichern, was für fernerliegende Gebiete ganz besonderen Hindernissen begegnet. Dazu kommt das in naher Zeit zu gewärtigende Heranströmen der Truppen aus dem Süden, das eine Reihe von Maßregeln notwendig macht. Es sind dies Vorkehrungen militärischer Art zur Aufrechterhaltung der Ordnung, ferner auf dem Gebiete des Verkehrswesens, wobei wieder ungewöhnliche Schwierigkeiten zu bewältigen sind, dann sanitäre Maßregeln, die bereits vorgesehen sind, und ganz besonders eine Aktion zur Lebensmittelversorgung. Man muß verhüten, daß diese Truppen die Gebiete, die sie durchziehen, übermäßig in Anspruch nehmen. In den letzten Tagen haben darüber wiederholt Besprechungen der Staatssekretäre und der Fachressorts stattgefunden. Man wird unter Mithilfe des Roten Kreuzes an bestimmten Knotenpunkten Stationen errichten, in welchen die einströmenden Truppen immer nach Möglichkeit mit Lebensmitteln versorgt werden und wo sie auch nächtigen können. Dadurch hofft man einer regellosen wilden Rückkehr vorzubeugen. Man wird sich auch bemühen, diese Truppen in bestimmten Richtungen von den großen Städten abzulenken. In der Nähe von Wien, in Wiener-Neustadt und St. Pölten werden vom Staatssekretariat für das Heerwesen Verköstigungsstationen errichtet. Sie werden in den nächsten Tagen auch auf dem Südbahn- und Westbahnhofe in Wien ins Leben gerufen.

Österr. Volkszeitung
15./XI. 1918

63

Die Lebensmittelversorgung.

Die Verhandlungen mit Deutschland und der Entente.

In der vorgestrigen Staatsratssitzung wurde die wirtschaftliche Lage Deutschösterreichs eingehend erörtert. Infolge der immer wirksamer werdenden Absperrung des tschecho-slowakischen und jugoslawischen Gebietes gestaltet sich der Versorgungszustand immer bedrohlicher. Die unablässigen Verhandlungen führen zu spärlichen oder verspäteten Abschlüssen. Darum hat die Regierung die sofortige Wiederaufnahme von Verhandlungen mit dem Deutschen Reiche und mit der Entente eingeleitet. Da diese Verhandlungen viel eher Erfolg versprechen, hat der Staatsrat, wie schon berichtet, beschlossen, einerseits eine Abordnung nach Berlin zu entsenden, andererseits mit den Ententestaaten direkt in Verbindung zu treten.

An hiesigen maßgebenden Stellen sind neuerdings aus Bern Meldungen eingetroffen, welchen zufolge die Ententegesandten in Bern die bindende Zusicherung abgaben, daß die Entente so rasch wie möglich Deutschösterreich nach Tunlichkeit mit Lebensmitteln versorgen werde. Und zwar wird, wie verlautet, dafür, wenn die Verhandlungen weiterhin günstig verlaufen, der kürzeste Weg gewählt werden, der aus Amerika über den französischen Hafen Cette und über die Schweiz führt. Auf diesem Wege ist bekanntlich auch bisher die Schweiz selbst mit Lebensmitteln versorgt worden.

Sendungen von Kohle und Lebensmitteln.

Die Zuwendung der aus dem Deutschen Reich zugesagten Aushilfen an Lebensmitteln und Kohlen sind neuestens, da die Transportschwierigkeiten teilweise beseitigt erscheinen, wieder im vollen Gange. Ferner ist für Wien auch der Inhalt zweier Schlepper bestimmt, die für die Heeresverwaltung auf der Donau in Wien eingetroffen sind und zur Verfügung gestellt wurden. Der Inhalt einer Reihe weiterer Schlepper, die zurzeit noch auf der unteren Donau liegen, wird, falls es gelingen sollte, sie nach Wien zu bringen, zur Versorgung der Stadt zur Verfügung gestellt werden.

Die Vertreter der neutralen Staaten in Wien erschienen, wie weiter gemeldet wird, vorgestern beim Gesandten des tschecho-slowakischen Staates Tusar und ersuchten ihn, die böhmischen Länder mögen für die Bevölkerung Wiens Nahrungsmittel bereitstellen.

Die Fettquote bis Ende des Jahres gesichert.

Vom Staatsamt für Volksernährung wird mitgeteilt: Der Bedarf der Stadt Wien an Speisefett beträgt bei Annahme der gegenwärtig geltenden Wochenfettquote von 4 Dekagramm für die privaten Haushaltungen, von 3 Dekagramm für die Großverbraucher (Gemeinschafts- und Kriegsküchen, Anstalten usw.) und von 7 Dekagramm für die Spitäler 126.572 Kilogramm. Seit die Zufuhr an nordischer Butter und die ungarischen Kontingente an Schweinefettwaren immer geringer wurden, dann ganz aufhörten, mußte der größte Teil des Bedarfes durch Kriegsmargarin bestritten werden, die bekanntlich aus Rindsfett sowie flüssigem und gehärtetem Speiseöl besteht. Nach dem gegenwärtigen Stande der Vorräte kann gesagt werden, daß die Aufrechterhaltung der derzeitigen Wiener Wochenfettquote, wenn nicht besondere Zwischenfälle eintreten, bis gegen Ende des Jahres gesichert ist.

Keine regelmäßige Kartoffelabgabe in diesem Winter.

Das Staatsamt für Volksernährung teilt mit: Nach dem aufgestellten Versorgungsplan waren für die Deckung des Wiener Bedarfes an Kartoffeln rund 14.000 Waggons aus Böhmen, Mähren, Schlesien, Galizien und der Bukowina in Aussicht genommen. Vom Moment der völligen Absperrung der tschecho-slowakischen, polnischen und ukrainisch-galizischen Gebiete sind jedoch die auswärtigen Zuschübe zur Gänze ausgeblieben. Mit dem Lagerstand von 324 Waggons, über welche die Stadt Wien am 8. d. verfügte, ist die Kartoffelversorgung in Wien bis längstens 23. d. gedeckt, wobei jedoch mit Rücksicht auf Schwund und sonstige Verluste bereits mit der Kürzung der Quote in der Woche vom 17. bis 23. d. zu rechnen ist. Die Verhandlungen mit den Tschecho-Slowaken sind bisher ergebnislos geblieben. Wegen der galizischen Zuschübe werden Verhandlungen mit polnischen Vertretern geführt. Allzu große Erwartungen können mit Rücksicht auf das Herannahen der kalten Jahreszeit und die schwierigen Transportverhältnisse daran nicht geknüpft werden. Mit einer regelmäßigen und entsprechenden Ausgabe von Kartoffeln kann im heurigen Winter nicht mehr gerechnet werden.

Der erste Fettwarenkauf in Amerika.

Die „Oszeg" hat durch Vermittlung ihrer Filiale in Holland den ersten Lieferungsvertrag in Fettware direkt mit einer der bedeutendsten Firmen in Chikago zum Abschlusse gebracht. Die Ware wird sofort nach Erledigung der Formalitäten, welche im Waffenstillstandsvertrag festgesetzt wurden, abschwimmen können.

Freigabe des Verkehrs mit Frischgemüse.

Das Staatsamt für Volksernährung teilt mit: Da angesichts der herrschenden Verhältnisse, wie sie sich durch die Umwälzung ergaben, eine zentrale Bewirtschaftung des Frischgemüses derzeit nur schwer durchführbar ist, hat das Staatsamt für Volksernährung die in den einzelnen Ländern erlassenen Vorschriften und Sperrmaßnahmen aufgehoben. Im Zusammenhange damit werden die Höchstpreise sowie der Transportscheinzwang für Frischgemüse im Inlande außer Kraft gesetzt. Im Verkehr mit Frischgemüse bestehen sonach derzeit bis auf weiteres keine den Handel und Verkauf einschränkenden Vorschriften. Aus denselben Gründen wird auch die Gemüsesamenbewirtschaftung aufgehoben.

Der Staatsrat an die Landbevölkerung.

Der Staatsrat veröffentlicht nachstehenden Aufruf an die Landbevölkerung Deutschösterreichs:

Der Friede steht vor der Tür. Aber ernste Ernährungssorgen bedrücken uns. Die Lebensmittel sind knapp. Die Städte Deutschösterreichs leiden Mangel an Mehl, Fleisch und Fett. Wien hungert! Die Zufuhren aus den slawischen Nachbarstaaten und aus Ungarn stocken. Und die Verhandlungen mit den Regierungen dieser Staaten brauchen Zeit. Wenn wir auch alles unternehmen, um Lebensmittel aus dem Auslande zu beschaffen: in den nächsten Wochen muß Deutschösterreich sich selbsterhalten.

Landwirte! Bietet alles auf, um der städtischen und Industriebevölkerung über die kurze Spanne Zeit hinwegzuhelfen, bis die Einfuhr aus dem Auslande endgültig vor dem Hunger zu schützen vermag. Lasset Eure Volksgenossen in den Städten und Fabriken, lasset Wien nicht verhungern! Die Städte Deutschösterreichs und ihre Industrie bilden den Reichtum des neuen Staatswesens. Gebt dem Arbeiter Brot, damit er Kraft schöpfe zu Werken des Friedens. Liefert Getreide, liefert Vieh, liefert Fett! Beteiligt Euch nicht am Schleichhandel! Wir werden dafür sorgen, daß Ihr Euch sobald wie möglich wieder Zuchtvieh beschaffen könnt, daß Ihr Kleider, Schuhe, landwirtschaftliche Maschinen erhält!

Die Bauernschaft muß vor allem wünschen, daß sich der Aufbau des neuen Staates Deutschösterreich in Ruhe und Ordnung vollziehe. Diese Ruhe und Ordnung kann nur gewahrt werden, wenn die Masse der Städter und Arbeiterschaft, die so viel Not und Mangel gelitten hat, von weiteren Entbehrungen verschont bleibt. Es ist das letzte Opfer der Kriegszeit, das wir zur Erhaltung der stammverwandten Bevölkerung, das wir von Euch für Deutschösterreich verlangen. Liefert Getreide und Vieh! Und liefert rasch! Das deutsche Volk wird es Euch lohnen!

Der deutschösterreichische Staatsrat:

Dinghofer. Hauser. Seitz.

Das deutschösterreichische Staatsamt für Landwirtschaft:

Stöckler.

Das deutschösterreichische Staatsamt für Volksernährung:

Loewenfeld-Ruß.

Kraut für die Mindestbemittelten.

In der laufenden Woche wird, wie berichtet, an die Besitzer der rosafarbenen Einkaufscheine kein Wohlfahrtsfleisch abgegeben werden. Diese erhalten jedoch außer der Mehlzubuße von 1/8 Kg. frisches Kraut zum Preise von 40 H. für 1 Kg. in den bekannten Ständen und Geschäften der Großschlächterei. Die Abgabe erfolgt im Ausmaße von 1/2 Kg. für Einzelpersonen, 1 1/2 Kg. für Haushalte von vier bis fünf Personen, und 2 Kg. für Haushalte von sechs und mehr Personen gegen Abtrennung des Buchstaben S vom rosafarbenen Einkaufschein an folgenden Tagen: morgen, 16. d., A bis F; Sonntag, 17. d., G bis K; Dienstag, 19. d., L bis R, und Donnerstag, 21. d., S bis Z.

Reichsorganiation der Hausfrauen.

Das Zentralmagazin und sämtliche Abgabestellen bleiben heute geschlossen.

Vierteljährl. Bezugspreis: in Köln 3 ℳ 25 ₰; ausschließl. Bestellgeld,
bei den auswärtigen Vertretungen 10 ℳ 50 ₰ einschließl. Bestellgeld,
bei den deutschen Postanstalten 9 ℳ 90 ₰ ausschließl. Bestellgeld.
Der Einzelverkaufspreis jeder Ausgabe beträgt 10 ₰.
Preis für die Anzeigenzeile oder deren Raum 70 ₰, zuzüglich 33 1/3 % Kriegszuschlag,
für die Reklamezeile oder deren Raum 3 ℳ /
Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder in bestimmt bezeichneten Ausgaben wird keine Verantwortlichkeit übernommen.

Vertretungen: Koblenz C. Hees. Ennepetal. **Krefeld** J. P. Houben. **Lennep** Ad. Mann. **Mainz** Mainzer Ver.-Anst. **Mannheim** D. Frenz. **Mülheim (R.)** H. Baedekers Buchhdl. **M.-Gladbach** E. Schellmann. **Neuß** H. Carenteid. **Neuwied** Felix Trumm. **Remscheid** C. A. Kochenrath. **Rheydt** O. Berger. **Ruhrort** Andreae & Co. **Saarbrücken** J. C. Schäfer. **Siegburg** A. Fritz. **Solingen** Ed. Elven. **Wiesbaden** H. Gieß. – **Sonst. Vertret. in Deutschland:** In allen größ. Städten: Haasenstein & Vogler, Rud. Mosse, Daube & Co., G. m. b. H., Invalidendank. **Bremen** Herm. Wülker. Wilh. Scheller.

Waffenstillstand und Lebensmittelversorgung.

Von G. Oeteshofen.

Das Ernährungsproblem ist für Deutschland mit seiner großen landwirtschaftlichen Produktion während des Krieges niemals in erster Linie eine Frage der Nahrungskonkurrenz der Menschen untereinander, sondern in erster Linie stets eine Frage der Nahrungskonkurrenz zwischen der Bevölkerung einerseits und dem Viehbestand anderseits gewesen. Das will besagen, daß die Ernährung der Menschen im Grunde nicht dadurch bedroht worden ist, daß der eine Mensch auf Kosten des andern seinen Nahrungsbedarf gedeckt hat, sondern dadurch, daß ein übermäßiger Viehbestand die Nahrungsdecke für die Bevölkerung im allgemeinen so verkürzt hat, daß nicht für jeden Menschen der volle Nahrungsbedarf befriedigt werden konnte.

Die Möglichkeit einer Bedrohung der menschlichen Ernährung durch das Vieh hat ihren Grund darin, daß die Umwandlung von pflanzlichen in animale Kalorien mit einem riesenhaften Verluste vor sich geht. Theoretisch beträgt dieser Verlust 70 bis 80 v. H., ist aber in Wirklichkeit noch viel größer. Zur Friedenszeit hat Deutschland zur menschlichen Ernährung jährlich etwa 20 000 Milliarden animale Kalorien in Gestalt von Fleisch, Fett und Milch erzeugt. Zu dieser Produktion mußten aber jährlich etwa 165 000 Milliarden Kalorien an pflanzlichen Nahrungsstoffen verfüttert werden. Es handelt sich also bei der Erzeugung von animalen Nahrungsstoffen keineswegs um ein Brikettierungsverfahren, bei dem die Substanz im wesentlichen erhalten und nur in eine bessere Form gebracht wird; vielmehr werden hierbei ungeheure Mengen von Nahrungsstoffen vernichtet. Eine solche Vernichtung hat in normaler Zeit, wenn pflanzliche Nahrungsstoffe in Überfülle zur Verfügung stehen, nichts zu bedeuten, wird aber sofort zu einer Gefahr für die Volksernährung, wenn aus irgendeinem Grunde, z. B. infolge einer Blockade, die Gesamtmenge der pflanzlichen Nahrungsstoffe vermindert worden ist. In solchen Fällen ist der einzige Ausweg der, daß man zur Aufrechterhaltung der menschlichen Ernährung die so verlustreiche Umwandlung von pflanzlichen in animale Nahrungsstoffe einschränkt, d. h. den Nutzviehbestand herabsetzt und nötigenfalls den Futtermittelanbau behufs Steigerung des Getreideanbaus vermindert. In dieser Möglichkeit lag für Deutschland nationalwirtschaftlich eine gewaltige, stille Reserve, die es nur in Anspruch zu nehmen brauchte, um jeden Nahrungsmangel von der Bevölkerung fernzuhalten. Dies hat man in Deutschland nicht erkannt und versucht, während des Krieges neben der Bevölkerung auch noch den Viehbestand in der frühern Höhe zu erhalten. Zur Friedenszeit hatte Deutschland außer einer Bevölkerung von 68 Millionen im Gewichte von 3 Millionen Tonnen, mit einem jährlichen Nahrungsbedarf von etwa 60 000 Milliarden Kalorien einen Nutz- und Arbeitsviehstapel von etwa 10 Millionen Tonnen, mit einem Nahrungsbedarf von etwa 230 000 Milliarden Kalorien ernährt. Durch die englische Blockade wurde uns eine Einfuhr von etwa 25 000 Milliarden pflanzlichen Kalorien direkt und fast die gleiche Menge durch Unterbindung der Zufuhr künstlichen Düngers indirekt durch Rückgang der Hektarerträge entzogen. Trotz dieser Verkürzung der Nahrungsdecke bestand aber niemals für Deutschland ein absoluter Nahrungsmangel für die Bevölkerung; vielmehr war der menschliche Bedarf von nur 60 000 Milliarden Kalorien auch während des Krieges durch die heimische Produktion an sich stets überreichlich gedeckt. Auch während des Krieges erzeugte Deutschland jährlich an Brotgetreide und Gerste 40- bis 45 000 und an Kartoffeln 25- bis 35 000 Milliarden Kalorien. Hinzu kamen noch an pflanzlichen Nahrungsstoffen Gemüse, Obst, Zucker, Erbsen, Bohnen, sowie an tierischen Nahrungsstoffen Fleisch, Milch und Fett. Die mangelhafte Versorgung der Bevölkerung hatte also während des Krieges niemals ihre Ursache in einem absoluten Nahrungsmangel, sondern stets in einem durch übermäßige Nutzviehhaltung und Fehler der Organisation herbeigeführten relativen Mangel.

Auch jetzt nach eingetretenem Waffenstillstand sind in Deutschland für die Ernährung der Bevölkerung Nahrungsmittel im Überfluß vorhanden, wenn man die tierische Nahrungskonkurrenz durch Verminderung des Nutzviehbestandes einschränkt. Wir haben eine gute Mittelernte in Getreide und Kartoffeln eingebracht. Allein die Brotgetreideernte, ohne Gerste und Hafer, ist auf mindestens 12 Millionen Tonnen zu veranschlagen. Wir können sofort die Ausmahlung von 94 v. H. auf 85 v. H. herabsetzen, und werden dann etwa 10 Millionen Tonnen Mehl haben = 400 Gramm Mehl für den Kopf und Tag = 500 Gramm Brot täglich. Die Kartoffelernte ist nach Zeitungsberichten in den verschiedenen Gebietsteilen auf 12 bis 24 Tonnen für den Hektar geschätzt worden. Legen wir einen Durchschnittsertrag von 14 Tonnen für den Hektar = 70 Zentner für den preußischen Morgen zugrunde, so gelangen wir bei einer Anbaufläche von 3,4 Millionen Hektar zu einer Kartoffelernte von etwa 47,5 Millionen Tonnen. Eine solche Kartoffelernte wurde zur Friedenszeit nur mit etwa 15 Millionen Tonnen für die menschliche Ernährung verwandt, während 7 Millionen als Pflanzkartoffeln, 4,5 Millionen Tonnen zu gewerblichen Zwecken (Sprit und Stärke) und 21 Millionen Tonnen als Viehfutter Verwendung fanden. Wenn also Kartoffelmangel für die Bevölkerung zu befürchten sein sollte, so haben wir in der Herabsetzung des Viehs, insbesondere der Schweine, ein zuverlässig wirkendes Sicherheitsventil. Hierzu kommt, daß es jetzt nicht mehr nötig ist, aus Kartoffeln Sprit als Kriegsrohstoff herzustellen. Ebenso ist es nicht mehr nötig, unsre gewaltige Zuckerernte zum größten Teil als Kriegsrohstoff zu verwerten. Unsre diesjährige Zuckerproduktion beträgt etwa 1,8 Millionen Tonnen, während unser Friedensverbrauch nur 1,2 Millionen Tonnen betragen hat. Wir können also, wenn wir die Ausfuhr verbieten, unsern Friedensverbrauch in Zucker um 50 v. H. erhöhen, und die Kriegsration mindestens verdreifachen. Zucker ist ein außerordentlich wertvolles Nahrungsmittel. Ein Kilo Zucker entwickelt ungefähr 3900 Kalorien, während ein Kilo Butter etwa 7800 Kalorien enthält. 1 Kilo Zucker hat also ungefähr denselben Nährwert wie 1 Pfund Butter, woraus ersichtlich, daß allein schon durch den Zucker eine erhebliche Verbesserung der Volksernährung sofort erreichbar ist. Ferner ist in Betracht zu ziehen, daß Amerika uns jetzt schon aushelfen will, und daß nach Verlauf von einigen Monaten sicherlich schon große Mengen Nahrungsmittel aus dem Auslande bezogen werden können. Die Gefahr einer Hungersnot besteht also für Deutschland, zumal so kurz nach der Ernte, an sich durchaus nicht, im Gegenteil ist zu erwarten, daß die wahnwitzigen Lebensmittelpreise alsbald stark fallen. Hierzu kann das Publikum sehr beitragen, wenn es jetzt alle Angsteinkäufe auf Vorrat unterläßt, und billigere Preise abwartet.

Ein dunkler Punkt besteht nur insofern, als wir nach den Waffenstillstandsbedingungen etwa 150 000 Eisenbahnwagen und 5000 Lokomotiven, d. h. etwa 20 v. H. unsers rollenden Eisenbahnmaterials abgeben sollen. Hierdurch entstehen im Zusammenhang mit der Notwendigkeit des Rücktransports großer Truppenmassen namentlich für die erste Zeit große Schwierigkeiten für die Verfrachtung von Nahrungsmitteln. Dieser Schwierigkeit muß dadurch begegnet werden, daß man zwischen der Fernversorgung und Nahversorgung einen Unterschied macht. Der Fernversorgung überweise man nur Nahrungsmittel mit hohem Kaloriengehalt, während man die Nahrungsmittel mit geringem Kaloriengehalt (Kartoffeln und Gemüse) der Nahversorgung vorbehält.

Hieraus ergeben sich im einzelnen folgende Vorschläge:

1. Der Nutzviehbestand ist den vorhandenen Futtermitteln anzupassen und sofort entsprechend herabzusetzen. Hierdurch erhalten wir für die nächsten Monate Fleisch in großer Menge und erzielen gleichzeitig ein vermehrtes Angebot in Futtermitteln, Getreide und Kartoffeln. Eine erhebliche Herabsetzung des Nutzviehbestandes ist für die nächsten Jahre auch schon deshalb nötig, weil wir für lange Jahre aus Mangel an Geld und Ausfuhrwaren nicht in der Lage sind, Futtermittel in dem frühern Friedensumfang aus dem Auslande zu beziehen. Die Herabsetzung des Nutzviehstapels bewirkt, daß die vorhandenen Futtermittel sich auf eine geringere Zahl von Tieren verteilen, also mit größererNutzwirkung verfüttert werden, so daß die laufende Fleisch-, Fett- und Milcherzeugung zunehmen muß. Fleischlose Wochen, wie sie neuerdings angeordnet worden sind, bewirken das gerade Gegenteil. Sie vermehren die Futtermittel nicht, erhöhen aber die Viehzahl und bewirken, daß das vorhandene Futter auf eine größere Viehzahl sich verteilt, wodurch nach unabänderlichen Er-

Neue Freie Presse Abendbl. 20/XI. 1918

82

Ein Gespräch mit dem czecho-slowakischen Gesandten Vlastimil Tusar.

Wien, 20. November.

Der jüngste Gesandte in Wien ist Herr Vlastimil Tusar, der Bevollmächtigte des czecho-slowakischen Staates. Die Gesandtschaft hat ihren vorläufigen Sitz in einem Trakte des Hotel Continental. Vom frühen Morgen bis in die späten Abendstunden stehen die Leute auf den Korridoren dicht gedrängt, um Wünsche vorzubringen, Paßvidierungen zu erbitten usw. Offiziere, offizielle Persönlichkeiten, Beamte und Männer und Frauen aller Gesellschaftsklassen warten, bis sie bei dem Gesandten oder bei dem Gesandtschaftssekretär Dr. Havlicek vorkommen.

Vor den allgemeinen Empfängen hatte heute einer unserer Redakteure in den Morgenstunden Gelegenheit, mit dem Bevollmächtigten Tusar über wichtige aktuelle Fragen, besonders über die von Böhmen erwartete Aushilfe an Lebensmitteln und Kohle, zu sprechen. Herr Tusar äußerte sich folgendermaßen:

„Die Wiener Oeffentlichkeit befindet sich bezüglich der Lebensmittelfrage im allgemeinen in einem großen Irrtum. Sie glaubt, daß wir große Ueberschüsse haben, das ist leider nicht der Fall. Wir haben uns bemüht, eine Uebersicht über die vorhandenen Vorräte zu gewinnen, die das Ergebnis gezeitigt hat, daß zu unserem Bedauern unsere Vorräte verhältnismäßig gering sind. Unter der früheren Regierung ist das Aufbringen der Lebensmittelprodukte gewissermaßen systematisch betrieben worden, was bei den Produzenten passive Resistenz hervorgerufen hat, die wir nun zu überwinden haben. Unser Ernährungsminister hat jetzt eine schwere Sorge: Lebensmittel für die Arbeitermassen herbeizuschaffen. Ich möchte feststellen, daß wir die Grenzen keineswegs aus politischen Gründen gesperrt haben. Das war eine notgedrungene Schutzmaßregel, weil viele Einkäufer aus Wien in unser Land gekommen sind, die unglaublich hohe Preise für Lebensmittel angeboten und gezahlt haben. Dadurch haben die heimische Bevölkerung und die Arbeiterschaft schwer gelitten und deren Existenz erschien bedroht. Seit der Grenzsperre sind die Preise bei uns in manchen Artikeln auf ein Drittel, in anderen auf ein Zehntel gesunken. Auf gewöhnlichem Wege war Fleisch früher in Böhmen überhaupt nicht zu haben. Im Schleichhandel hat ein Kilogramm 50 bis 60 Kronen gekostet. Heute ist Fleisch überall, Schweinefleisch zum Beispiel um 20 Kronen per Kilogramm zu haben. Butter war früher ganz verschwunden und nur im Schleichhandel zu 80 bis 100 Kronen per Kilogramm erhältlich. Jetzt wird Butter überall um 20 Kronen per Kilogramm verkauft. Nicht die Regierung, die Bevölkerung selbst wehrt sich geradezu mit Leidenschaft unter diesen Umständen gegen die Oeffnung der Grenzen, weil jetzt viele Lebensmittel zu erschwinglichen Preisen zum Vorschein kommen, die früher im Lande überhaupt nicht zu erreichen waren."

„Was hat Wien von Böhmen an Lebensmitteln zu erhoffen?"

„Wir haben für Wien zunächst Transporte von Gemüse, Kraut und Rüben freigemacht und trachten jetzt auch noch Kartoffeln zu schicken. Getreide haben wir selbst wenig, Fett überhaupt nicht. Wir haben dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner zugesagt, daß wir als vorläufige Aushilfe in den nächsten Tagen 500 Waggons Kartoffeln liefern werden. Die weiteren Kartoffelsendungen werden davon abhängen, wieviel wir von Galizien für Mährisch-Ostrau bekommen. Wir haben von Galizien zirka 3000 Waggons Kartoffeln bestellt, bisher sind sie noch nicht eingetroffen. Jetzt müssen wir zunächst Mährisch-Ostrau versorgen. Wenn die galizischen Sendungen dort eingetroffen

---

Begehren am überzeugendsten in seinen männlich brutalen Ausbrüchen dar, Herr Strobl, Frau Kraus und Fräulein Fröhlich waren wirksame Episoden. Der Erfolg war lärmend wie das Stück, doch nicht ohne Widerspruch. P. W.

[Vorträge und Versammlungen.] Am Mittwoch finden folgende Vorträge und Versammlungen statt: „Urania", im großen Saale, 7 Uhr, „Vom alten Stephansturm", im kleinen Saale, halb 6 Uhr, Karl Hableitner: „Das deutsche Volkslied in der Familie", halb 8 Uhr, Dozent Dr. Alfred Till: „Weltuntergang", im Kurssaale, halb 6 Uhr, Professor Dr. Max Lederer: „Die englische Literatur im neunzehnten Jahrhundert", halb 8 Uhr, Universitätsdozent Dr. Eugen Neresheimer: „Das Tierleben im Süßwasser", im Klubsaale, halb 6 Uhr, Lektor W. Maurius Faber: „Emilia Galotti", halb 8 Uhr, Josef Zuth: „Instrumentalkurs für Gitarre und neuzeitige Laute". — Volkstümliche Universitätskurse der Wiener Universität, halb 8 Uhr, Dr. H. Tietze: „Hauptströmungen der Kunst im neunzehnten Jahrhundert II." Professor Dr. E. Maresch: „Ueber das anatomische Wesen der Tuberkulose und ihre Ausheilung." Professor Dr. E. Castle: „Geschichte der deutschen Literatur im achtzehnten Jahrhundert II: Sturm und Drang." Professor Dr. R. F. Arnold: Goethes „Faust II." Professor Dr. E. Haschek: „Physik der Materie II: Mechanik der festen Körper." — Juristische Gesellschaft, 7 Uhr, im großen Saale der Handels- und Gewerbekammer, Stubenring 8, Vollversammlung, „Der Aufbau von Deutschösterreich." 1. Die Verfassung. (Aussprache.) — Sektion „Austria" des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereines, 7 Uhr, Eschenbachgasse 9, Ingenieur Dr. Guido Mayer: „Eis- und Felstouren in der Montblancgruppe." (Mit eigenen Lichtbildern.) — Reichsdeutscher Volksrat in der Ostmark, 7 Uhr, „Zum Grünen Tor", Lerchenfelderstraße 14, Versammlung, „Unsere Zukunft, Die letzten Ereignisse, Unser Wahlrecht, Vertretung." — Zeichen- und Malkurse der Gesellschaft für Kunstfreunde, geleitet von Anton Hlavacek und Oswald Grill, 9. Bezirk, Berggasse 25. (Mittwoch und Freitag von halb 7 bis halb 9 Uhr.) Anmeldungen schriftlich oder mündlich Mittwoch von 7 Uhr an. — Verein zur Verbreitung naturwissenschaftlicher Kenntnisse,

Neues Wiener Tagblatt
25./XI. 1918
107.

Die Approvisionierung.

Die Zukunft der zentralen Bewirtschaftung.

Die kriegswirtschaftlichen Organisationen, welche bisher die Regelung des Verkehres und der Verteilung von Lebensmitteln durchgeführt haben, werden durch die jüngsten Ereignisse vor neue Aufgaben gestellt. Dies gilt nicht bloß insofern, als ihr Tätigkeitsgebiet durch den Zerfall des alten Staates eine räumliche Aenderung erfuhr, sondern ganz besonders deshalb, weil wir, wenngleich unter sehr großen Schwierigkeiten, in die Friedenswirtschaft einlenken und so dem Augenblick entgegensehen, wo wieder der Ausgleich des Verhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage stattfinden wird. Infolge dieser Umstände ist ein Umbau der Nahrungsmittelzentralen notwendig, der gleichzeitig Abbau sein muß. Mit Rücksicht auf die große Bedeutung, die inzwischen noch der Tätigkeit der Zentralen zukommen wird, ist es für die Oeffentlichkeit von größtem Interesse, zu erfahren, auf welche Weise sich der notwendige Um- und Abbau der ernährungswirtschaftlichen Zentralorganisationen vollziehen dürfte. Wir haben diesbezüglich den Staatssekretär für Ernährungswesen Dr. Loewenfeld-Ruß befragt, und er hatte die Freundlichkeit, unserm Mitarbeiter gegenüber sich über diese Frage in folgender Weise zu äußern:

Die augenblickliche Not ist so groß, daß wir alle Kräfte zusammenfassen müssen, um ihrer Herr zu werden. Großzügige Reformen auf weitere Sicht sind daher im Augenblicke, in welchem wir ganz von den Sorgen des Tages in Anspruch genommen sind, nicht möglich. Dazu haben wir einfach jetzt nicht die Zeit. Der politische Umsturz hat ja vielfach den Glauben hervorgerufen, daß die kriegswirtschaftlichen Verordnungen hinfällig seien und jeder nun tun könne, was er wolle. Nicht nur der einzelne, auch die Länder, Bezirke und Gemeinden richteten ihr Verhalten vielfach lediglich vom egoistischen und lokalen Interessenstandpunkt ein und treffen willkürlich Verfügungen über Lebensmittel, wodurch die Maßnahmen für die Sicherstellung der Ernährung der Gesamtbevölkerung gefährdet und erschwert wurden. Da muß vor allem Ordnung gemacht werden, dann erst kann man verbessernde Reformen einführen.

Zweifellos wird rechtzeitig für den Uebergang zur Friedenswirtschaft vorgesorgt werden müssen. Die augenblickliche Lage unterscheidet sich jedoch von den Zuständen während des Krieges, die eben d zentrale Bewirtschaftung und die Errichtung der Lebensmittelzentralen notwendig gemacht haben, noch sehr wenig. Wir sind noch immer ein blockiertes Land, zum größten Teil angewiesen auf unsre eigene erschöpfte Produktion, die Landwirtschaft ist aufgesogen, und die Zufuhr von außen wird voraussichtlich nur langsam und in beschränktem Umfang einsetzen. Wir müssen daher die gebundene Wirtschaft wenigstens auf dem Gebiete des Ernährungswesens — und nur auf dieses erstrecken sich ja meine Aeußerungen — unbedingt noch eine Zeit lang aufrechthalten, mindestens so lange, als der Käufer, ob nun Händler oder Konsument, die Ware überall noch suchen muß. Erst wenn die Ware den Käufer aufsucht, das Gesetz von Nachfrage und Angebot wieder wirksam werden kann, wird die Zeit der freien Wirtschaft gekommen sein. Bei dem heutigen Mangel an Lebensmitteln und an Rohmaterialien zu deren Erzeugung würde das sofortige Aufheben der gebundenen Wirtschaft, bei aller Unternehmungslust des Handels und der Industrie, ohne Zweifel zur weiteren Verelendung und zum Verhungern der großen, nicht kaufkräftigen Massen der Bevölkerung führen. Die Entscheidung über diese Frage wird übrigens nicht von mir, sondern vom Staatsrate getroffen werden, da ja die Frage nicht allein vom Standpunkte der Ernährungswirtschaft beurteilt werden kann, sondern auch die Probleme der Ueberleitung der gesamten Produktion von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft der Lösung zugeführt werden müssen. Daß wir im Tempo dieser Ueberleitung auch auf die Entwicklung in den andern Ländern, insbesondere in unsern Nachbarstaaten Deutschland und tschechisch-slowakischer Staat, Rücksicht nehmen müssen, ja vielfach hievon abhängig sein werden, braucht nicht besonders erwähnt zu werden.

Alle diese Erwägungen dürfen uns aber nicht hindern, Aenderungen und Verbesserungen der zentralen Bewirtschaftung und ihrer Träger, der Zentralen, durchzuführen und auch einen durch die Verhältnisse etwa bereits jetzt gebotenen Abbau einzuleiten. Aber es darf nichts überstürzt werden, wenn nicht gerade das Gegenteil des Erstrebten eintreten soll. Sicherlich, es sind oft ärgerliche Uebergriffe auf dem Gebiete der öffentlichen Bewirtschaftung vorgekommen. Trotzdem darf nicht das Kind mit dem Bade ausgeschüttet werden, und solange die Nahrungsmittel knapp sind, müssen wir an der Rationierung und der geregelten Verteilung festhalten und können des im Kriege hiefür geschaffenen Apparats unbedingt nicht entbehren.

Berufung von Konsumenten und Händlern in die Verwaltung der Zentralen.

So wird zum Beispiel unsre größte zentrale Organisation, die Kriegsgetreideverkehrsanstalt, selbstverständlich als deutschösterreichische Anstalt vorläufig aufrechterhalten werden müssen. Sie ist uns bei der Bewirtschaftung des Getreides, bei der Uebernahme und Verteilung des Mehles, auch bei der Uebernahme der ausländischen Zufuhren für die Stabilität der Mehl- und Brotpreise unentbehrlich. Aehnliches gilt von einer ganzen Reihe andrer Ernährungszentralen, wenn sich auch naturgemäß infolge der territorialen Einschränkung ihres Tätigkeitsgebietes ihre Wirksamkeit wesentlich verringern wird. Insoweit die Zentralen aufrechterhalten werden müssen, soll in der allernächsten Zeit eine stärkere Heranziehung des Fachhandels und der Verbraucher zur Verwaltung der Zentralen und Mitarbeit durchgeführt werden.

Die Dauer des Uebergangszustandes wird hauptsächlich von der Möglichkeit einer entsprechenden Wiederinstandsetzung und Erhöhung der heimischen Produktion abhängen. Zu diesem Zwecke muß alles beseitigt werden, was die Produktion behindert, alles in Angriff genommen werden, was sie fördern kann. Besonders was die landwirtschaftliche Produktion anlangt, müssen wir bestrebt sein, dem Bauer zuzuführen, was er zu seiner Arbeit braucht. Eine entsprechende Durchführung der Demobilisierungaktion wird hier überaus förderlich wirken. Deutschösterreich wird kein reicher Staat sein. Um so mehr muß alles getan werden, um die Eigenproduktion zu heben, um die Lebensmittelversorgung möglichst aus eigener Erzeugung decken zu können und nicht Geld für auswärtige Lebensmittelimporte ins Ausland schicken zu müssen.

Heranziehung des Handels. — Bildung von Syndikaten.

In der nächsten Zeit allerdings sind wir auf ausländische Importe unbedingt angewiesen. Und da wirft sich die für die Uebergangswirtschaft wichtige Frage auf, ob und inwieweit der Handel und Verkehr mit dem Auslande, insbesondere die Einfuhr, freigegeben und die bestehende Regelung mit ihren Schranken der Betätigung des Handels fallen gelassen werden kann. Zu Beginn des Krieges war bekanntlich die Einfuhr aus dem Auslande nicht beschränkt. Die Vielheit der Käufer auf beschränktem Markte hatte riesige Preisüberbietungen in den neutralen Staaten zur Folge, so daß die betroffenen Staaten verlangten, daß das Einkaufsrecht auf einzelne, besonders legitimierte Käufer beschränkt werde, damit ihre Bevölkerung nicht unter den Preistreibereien leide. Auch Deutschland drang auf eine Einschränkung der Käuferzahl, weil es gleichfalls im neutralen Auslande als Käufer auftrat und unter der durch zügellose Einkäufer herbeigeführten Verteuerung litt. So kam es zur Bildung der deutschen und österreichischen Zentraleinkaufsgesellschaft, welche während der Kriegszeit mit Monopolsrecht ausgestattet wurden. Wenn nun die Frage gestellt wird, ob nun jetzt der freie Handel im Verkehre mit dem Auslande sich wieder betätigen kann, so hängt die Beantwortung dieser Frage davon ab, ob die Entente den freien Einkauf und die freie Beförderung der Waren uneingeschränkt zulassen wird. Die Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages geben hierüber noch keine klare Auskunft.

Niemand, der sich an der Einfuhr betätigen will, soll von uns daran gehindert werden. Allerdings wird man eine ganz ungeregelte und unkontrollierte Einfuhr ohne jede Beschränkung vorläufig noch nicht zulassen können. Schon valutarische Gründe lassen es nötig erscheinen, Vorsorge zu treffen, daß zunächst nur die zur Lebenshaltung der Bevölkerung wichtigsten Nahrungsmittel, nicht etwa Lecker- und Luxuswaren eingeführt werden. Auch die Notwendigkeit einer gleichmäßigen Verteilung der zur Einfuhr gelangenden Lebensmittel macht, solange die ausgeleerten Lager nicht aufgefüllt werden können, eine gewisse Regelung erforderlich. Die Verteilung der eingeführten Waren im Inlande kann — vorläufig wenigstens — keinesfalls dem freien Ermessen des Handels überlassen bleiben, es wird daher eine Uebernahme und Verteilung durch bestimmte Stellen oder eine Verteilung nach den Weisungen der Behörden stattfinden müssen. Ich weise übrigens darauf hin, daß die Finanzierung der Lebensmitteleinfuhr in dem erforderlichen großen Umfange eine besondere Finanzierungsaktion nötig machen wird, die vom einzelnen nicht geleistet werden kann. Es wird daher voraussichtlich die Bildung von Handelseinfuhrsyndikaten durchgeführt werden müssen, wobei auch den großen Konsumentenorganisationen und den großen Städten die Beteiligung gesichert werden soll.

Ich möchte zum Schluß nochmals sagen, daß es nach meiner Meinung verfehlt wäre, durch allzu radikale Maßnahmen im gegenwärtigen Moment die kriegswirtschaftlichen Organisationen sofort aus den Angeln heben zu wollen. Die Sehnsucht, endlich aus der Not des Krieges herauszukommen, darf nicht zu einem plötzlichen Umsturz der ganzen Wirtschaft führen, der nur schädlich wäre und das allgemeine Chaos, das ohnehin durch die politischen Umwälzungen bedenklich wächst, noch erhöhen müßte.

Weitere Vorsorge für Verbraucherorganisationen.

Um einen planmäßigen Abbau, nicht um ein Einreißen handelt es sich. Und noch eins. Die Härten und Mängel der gebundenen Wirtschaft haben den Ruf nach schleunigster Wiederherstellung der freien Wirtschaft, nach Wiedereinsetzung des freien Handels immer stärker ertönen lassen. Dem Handel wird ohne Zweifel in der Uebergangs- und Friedenswirtschaft wieder ein Betätigungsfeld eingeräumt werden müssen. Ob der Handel jedoch jene unbeschränkte Freiheit genießen wird, die er vor dem Kriege besessen, möchte ich nicht ohne weiteres bejahen. Ich denke hiebei nicht etwa an irgendeine Reglementierung des Handels, sondern an die Unterstützung der Verbraucherorganisationen jener Schichten der Bevölkerung, die im Kriege am meisten gelitten, Mittelstand und Teile der Arbeiterschaft, für welche besondere Vorsorgen zu treffen ein zwingendes soziales Gebot sein wird.

Vossische Zeitung
27/11 1918.

Die wirtschaftlichen Fragen.

Ueber die Nachmittagssitzung der Reichskonferenz verbreitet das Wolffsche Büro nachträglich einen ausführlicheren Bericht, dem wir noch folgende Mitteilungen über die Wirtschaftsfragen entnehmen:

Staatssekretär Wurm warnte davor, die Fehler der alten Durchhalte-Regierung zu beschönigen, der wirtschaftliche Zusammenbruch sei ohnegleichen. Der Ausfall der Kriegsgefangenen bei der Ernte von Hackfrüchten, die Grippe und der Kohlenmangel hätten auf die Bearbeitung von Zuckerrüben, auf die Mühlbetriebe usw. verheerend gewirkt. Dazu der Ausfall von Ueberschußbezirken (Elsaß-Lothringen, linkes Rheinufer, Posen und Westpreußen) und schließlich das eigenmächtige Vorgehen mancher A.- und S.-Räte hätten den Verteilungsplan gestört. Wie wollen wir da den Oesterreichern die ihnen nötigen 33 000 Tonnen Mehl zum 1. Dezember geben? Die Kartoffel-Mißernte in Ostpreußen mit einem Ausfall von 16 Millionen Zentnern und der Stand der Getreidelieferung, an der noch 62 v. H. oder 3,3 Millionen Tonnen fehlen, machen die Belieferung einzelner Gebiete unmöglich. Bei Fett müssen wir uns mit 45 v. H. des Bedarfs einrichten, beim Fleisch wäre bei bisheriger Rationierung jeden Monat eine fleischlose Woche nötig. In Posen bestände die Gefahr, daß das polnische Ernährungsamt unter der Diktatur polnischer Chauvinisten die Belieferung einstelle, wogegen mit Waffengewalt gar nichts zu machen sei. Ein bestimmter Ernährungsplan für die Zukunft sei unmöglich; auf die Proviantämter, die immer nur monatsweise beliefert worden seien, dürfe nicht entscheidend gerechnet werden. Bei Ablieferungen der Landkreise und Unterbindung des Schleichhandels rechne man auf die Tätigkeit der Bauernräte, auch die Hamsterlager in Stadt und Land sollten kontrolliert werden, wobei es sich aber nur um verhältnismäßig geringe Mengen handeln könne. Rettung könnten nur Aufhören der Blockade und ein Präliminarfriede bringen, wozu wir konsolidierte Verhältnisse haben müssen. Wir brauchen ungefähr vom Ausland für mäßige Ernährung der Bevölkerung monatlich 67 000 Tonnen Fett, 180 000 Tonnen Fleisch und 420 000 Tonnen Getreide, Mehl und Reis, dazu für die Kinder kondensierte Milch und Nährmittel. Dazu müßte uns das Ausland mehr als 6 Milliarden kreditieren. Wenn wir vor aller Welt zeigen, wie elend das deutsche Volk durch den Krieg dran sei, dann müßten wir auf die Hilfe Amerikas rechnen können.

Der Staatssekretär des Demobilisierungsamtes, Koeth, erklärte: Im Unternehmertum herrsche völlige Depression und Angst vor dem Bolschewismus. Die Förderung der Kohle sei in ständiger Gefahr. Aus dem Ruhrrevier kommen gewöhnlich pro Tag 25 000 Waggons, seit einigen Wochen sei der Abtransport auf 16 000 Waggons, teilweise sogar auf 10 000 zurückgegangen. Aus Oberschlesien kommen statt 10 000 nur 4000 Waggons, die Versorgung der Kraftwerke und Gasanstalten sei schon in den allernächsten Tagen gefährdet. Die Arbeitsleistung sei bedauerlich zurückgegangen, unsere Arbeiter müßten vom Verhandeln zum Handeln kommen. Mit unseren Rohstoffen können wir zunächst ein Programm für 6 Monate aufstellen und während dieser Zeit sämtliche Betriebe mit 25 v. H. Friedensleistung beschäftigen. Das Demobilisierungsamt sei nur für vorübergehende Sonderzwecke eingerichtet, neben ihm bestehen Fachgruppen, die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern jeder einzelnen Industrie gebildet seien; dazu treten besondere wissenschaftliche und technische Kommissionen. Von einer unüberlegten Hinausgabe von Massenaufträgen werde abgesehen, die Unterbringung der Arbeitskräfte müsse in erster Linie in der Landwirtschaft und im Holzschlag erfolgen. Bauprojekte, die keine Rohstoffe verlangen, werden in Angriff genommen, ganz große Projekte, wie Kanalbauten, kämen erst später. Im Vordergrund stände der Kohlenbergbau, die Instandsetzung der Zechen und Lokomotiven, Waggonbau und Schiffsbau, selbstverständlich entsprechend der Knappheit der Rohstoffe. Eine politische Umstellung könne rasch gemacht werden, eine wirtschaftliche sei Sache der Entwicklung. Aber alle Schwierigkeiten würden überwunden, wenn die Parole für jeden Menschen ausgegeben würde: arbeiten, arbeiten und nochmals arbeiten. Und zwar arbeiten in dem Geist wirklich brüderlicher Nächstenliebe.

Staatssekretär Müller (Reichswirtschaftsamt): Es sei noch fast nichts für die Sozialisierung geschehen, weil diese in einer Welt der Fülle verwirklicht werden müsse. Er sei für baldigen Anfang, aber erst Regelung und dann Sozialisierung. Die Zentralgewalt zu schaffen, sei die höchste Notwendigkeit. Er weist auf manche lokale Uebergriffe hin, die in Massen zu einer Katastrophe führen. Bisher haben wir bis 3 Milliarden durch Kredite der Banken und Großindustriellen bezahlt. Die sind jetzt gekündigt worden und wenn wir in Gold zahlen müssen, sind wir bankerott. Er warne vor jedem Eingriff in diesen seinen Apparat der Kreditbeschaffung und bitte um Annahme seiner bereits mitgeteilten Resolution, nach der jeder Eingriff in die geschäftliche Tätigkeit der Kreditanstalten zu unterbleiben habe. Schon jetzt wandern Depositeinlagen ungezählt von Nord- nach Süddeutschland. Daher sei alles nötig, was Beruhigung schaffen könne.

Staatssekretär Schiffer vom Reichsschatzamt weist aufs nachdrücklichste darauf hin, daß unsere Finanzgebarung heute ohne Recht und Gesetz sei. Es seien unendliche Zahlungen zu machen und zur Erhaltung von wirtschaftlichen und Stimmungswerten Millionen nötig. Er entwickelt sein Finanzprogramm, das sich hauptsächlich gegen alle unethische Bereicherung richtet, und betont, daß er aus rein praktischen Gründen für die Nationalversammlung sei.

Um ½10 Uhr schließt Ebert die Reichskonferenz.

Arbeiterzeitung
29./XI. 1918
126

Das hungernde Wien.

Am Mittwoch haben einige französische, englische, Schweizer und italienische Journalisten und Journalistinnen, denen sich auch einige Wiener Zeitungsleute als Führer angeschlossen hatten, Favoriten besucht, um dort die Leiden des anderen Wien kennen zu lernen, die auf der Ringstraße auch jetzt nicht sichtbar werden. Die Herren sind mit dem Wunsche nach Wien gekommen, hier die Wirkungen der Lebensmittelabsperrung zu erforschen und ihren Landsleuten berichten zu können, wie dringend nötig Hilfe ist. Es waren erschütternde Bilder, die vor der Gesellschaft auftauchten, Bilder, die die Gäste aus den feindlichen Ländern von gestern stark gepackt haben und die sie nun, gesehen durch ihre verschiedenen Temperamente, ihren Landsleuten vor Augen führen werden. Auch wir wollen versuchen, diese Bilder festzuhalten als Dokumente des Zustandes, in den uns der endliche Zusammenbruch des Krieges gebracht hat. Es ist unsägliches Leid, das man auf solchen Gängen in einem Arbeiterbezirk schauen kann.

Auf dem Eugenmarkt.

Der erste Besuch der ausländischen Gäste galt dem Eugenmarkt. Alle Fleischstände geschlossen. Nur einige Gemüsestände geöffnet. Rüben, oft verfault, Zwiebeln, etwas Knoblauch und gefrorenes Kraut ist alles, was wir zu sehen bekommen. 60 Heller das Kilogramm gefrorenes Kraut. Viele der Krautköpfe zur Hälfte schon von den faulenden Stoffen ausgefressen. Eine Frau, die schon Erfahrung damit hat, sagt uns zur Erklärung: „Koch'n S' das Kraut nur, da werd'n S' schon sehn, wie wenig das ausgibt." Bei einem Stande wird Margarine verkauft. Wenig appetitreizendes Fett. Vier Dekagramm für jede Person als Wochenmenge, und die Frauen und Kinder stehen vorn schon eine Stunde, rückwärts anderthalb, um diese Wochenmenge an Fett zu erwerben. Das Thermometer zeigt 2 Grad unter Null, der Tag ist neblig und bitter kalt und die Menschen sind alle schlecht gekleidet. Kinder in Sandalen und Halbschuhen, ihre Füße mit Fetzen umwickelt, stehen in der Reihe dichtgedrängt neben Großmüttern, die ihr langes Leben hindurch nicht so bittere Zeiten zu erleben hatten wie diese, neben jungen Frauen, die, in Fetzen und Tücher eingewickelt, ihren Säugling oder ihr Kleinkind am Arme haben, da sie es in dem kalten Heim nicht allein einsperren können. Jammern und Klagen geht durch die Reihen, da die Frauen hören, was der Zweck des Besuches ist. „Helfen Sie uns, meine Herren!" klingt es in allen Tonarten an die Ohren der Gäste, deren einige der deutschen Sprache recht gut mächtig sind, während den anderen die Rufe erst durch Dolmetsche vermittelt werden müssen. „Helfen Sie uns, wir können nicht mehr weiter!" Nicht ein Kilogramm Kartoffeln ist auf dem Markte. Da wir bei dem Fettstand stehen, kommt eine Frau mit einem Papier, auf dem sie einen Fingerhut voll Fett hat. Sie hält es unserer Gruppe hin: „Das kost't a Krone." Entsetzt halten die fremden Zeitungsschreiber, unter denen auch ein Vertreter des „Petit Parisien" ist, der noch vor acht Tagen schönes Weißbrot und gutes, reines Fett in Paris aß, den Preisansatz in ihren Notizbüchern fest. Immer dichter andrängen die Käufer unsere Gruppen. Es wird zum Ersticken eng. Alles drängt an uns heran, jeder will uns seine persönlichen Erfahrungen mitteilen, sein persönliches Leid klagen, jeder will uns mit Ratschlägen versorgen, wohin wir gehen sollen, wo wir Blicke in das Leben des Hungers werfen können. Erst ein Spaßwort macht uns freie Bahn. Ein kleiner Junge, etwa fünfzehnjährig, drängt sich an uns heran und ist nicht vom Fleck zu bringen. „Wer ist der Kaiser der Republik?" fragt ihn einer von uns. Er antwortet schlagfertig: „Die Republik hat kan' Kaiser net." Das Elend ist für einen Augenblick vergessen. Die Umstehenden lachen, die Gasse öffnet sich. Wir können weiter. Gleich um die Ecke wird Roßfleisch abgeladen. Da die Fleischhauergehilfen die Viertel abtragen, haben wir die Zeit, das Fleisch zu besichtigen. Dieses durchaus fettlose, dunkelrote Fleisch, dem man es förmlich ansieht, daß die armen Tiere, die es liefern mußten, vorher bis zur Erschöpfung ausgeschunden waren, Kriegsgäule, die nun das Ende erreicht hat. Aber die Hungernden warten darauf. Es soll ja das erste billige Fleisch sein, das auf den Markt kommt. Drei Kronen das Kilogramm, nicht mehr wie am Samstag noch 20, 23 und 24 Kronen für ein Kilogramm Pferdefleisch. Der Staatsrat hat beschlossen, den Unterschied draufzuzahlen, um der Bevölkerung wenigstens Pferdefleisch bieten zu können.

Kampf um Pferdelungen.

„Da müaß'n S' aufigehn auf d' Favorit'nstraß'n zum Roßfleischhacker, durt werd'n S' was seg'n, durt raff'n si dö Leut' um a Roßbeusch'l," so lautet einer der Ratschläge, die wir für die weitere Wanderung empfangen. Wir befolgen ihn. Einige hundert Schritte vom Markt entfernt ist der Fleischhauer und schon da wir um die Marktecke biegen, sehen wir die Menschenschlange den Bürgersteig füllen. In Vierer- und Fünferreihen stehen sie da, die Frauen und Kinder und Greise. Wieder andere wie die Frauen, Greise und Kinder bei der Margarine und doch ganz dieselben Menschen, dieselben blutlosen Kindergesichter, dieselben verarmten und verhärmten Frauen, dieselben Greisenantlitze. Ein Kilogramm Roßbeuschel um zwei Kronen, und jeder, der noch rechtzeitig kommt, kann zwei Kilogramm bekommen. Das reizt sie und das bestimmt sie, stundenlang in der Kälte zu stehen. „Seit wann stehst du da?" fragen wir die elfjährige Fini, blaß und blutarm wie alle anderen, ein hübsches, schmales Blondgesicht. „Seit halber sechse." Und es ist fast 10 Uhr vormittags, da wir die Frage an die Kleine richten, und wenigstens hundertfünfzig Menschen sind noch vor ihr. „Mir stengan eh' umsunst," sagte eine Nachbarin, „bis wir drankommen, is nix mehr da." Sie weiß nicht, wie recht sie hat. Wir gehen in das Geschäft und sehen dort noch sechs bis acht Roßlungen hängen, insgesamt vielleicht dreißig Kilogramm, und einige hundert Menschen wollen draußen noch befriedigt werden. Zehn Minuten später und die sechs Wachleute, die den Ordnungsdienst machen, werden den Frauen und Kindern sagen müssen, daß es nichts ist mit dem Leckerbissen, auf den sie stundenlang gewartet haben.

Die Zentralküche.

Wieder um die Ecke, Quellenstraße Nr. 52, die Zentralküche Favoriten, eingerichtet von der Gemeinde Wien. In einer Schule ein Parterreraum als Küche, ein Kellerraum als Magazin, der Turnsaal eingerichtet für die Speisenabgabe. Wir kommen zuerst in die Küche, kosten das suppige Kraut, das schon fertig ist und aus großen, einige hundert Liter fassenden Holzbottichen dampft. Die großen Kochkessel aber werden zum zweitenmal mit geschnittenem Kraut gefüllt und von den Wasserhähnen fließt zum zweitenmal das Wasser in die Kessel. Denn vierzehntausend Menschen sind es, für die diese Küche das Essen bereiten soll. Sechs bis acht Riesenkessel in der Reihe und alle bis zum Rande gefüllt mit braunem Kraut. Neben der Küche die Vorratskammern. Wir sehen das Mehl, das in der diesmaligen Sendung schön weiß ist, das aber normal so ist, daß uns die Küchenleiterin sagt, daß sie kaum damit einbrennen kann, schwarz und oft dumpf und widerlich im Geschmack. Wir sehen den „Makkaroniersatz", diese Teigware von der Farbe unserer Lehmerde, die Zubuße aus der Ukraine sehen wir, irgend ein Getreidekorn mit fremdem Geschmack, an den sich selbst unsere Hungrigsten nicht gewöhnen können, und auch das Fett verkosten wir. Jeder der ausländischen Gäste muß in eine vor ihren Augen frisch geöffnete Kanne langen und etwas von dem Fett verkosten, das verwendet wird. Ein Mischfett, zusammengesetzt aus allerlei Fetten. Das Schwein, die Gans, das Schaf, das Pferd, das Rind, alle, alle müssen ihren Talg und ihr Fett geben, um diesen „Fettersatz" zu liefern, den die Küche braucht, das einzige Fett, das für sie erlangbar ist. „Da wendet sich der Gast mit Grausen." Die Männer und Frauen von der Feder, die bisher die Kriegshungersnot nicht am eigenen Leibe verspürt haben, vermögen es kaum zu fassen, daß wir so am letzten sind. Wir gehen dann in die unteren Räume. Ein Berg von gefrorenem Kraut, demselben Kraut, das wir auf dem Markte sahen, ist das erste, was wir wahrnehmen. Dann führt uns die Küchenleiterin zu ihrem Kartoffelvorrat. Höchstens 500 Kilogramm, vielfach verfaulte und sehr stark noch mit Erde vermischte Kartoffeln liegen in einem Abteil des Kellers. „Das ist unser ganzer Vorrat, er soll für 14.000 Menschen reichen." — „Auf wie lange?" — „Auf unbestimmte Zeit ... Wir haben gestern im Rathause angefragt, wann wir wieder Kartoffeln bekommen, und es wurde uns gesagt, es sei ganz unbestimmt und man könne uns gar nichts in Aussicht stellen." Wollte man die vorhandenen Kartoffeln auf die 14.000 verteilen, so käme im günstigsten Falle auf einen der Esser, die auf diese Küche angewiesen sind, ein halber Kartoffel. Auf dem Markte keine Kartoffeln, in der Küche keine Kartoffeln!

Kriegskinder.

Im Turnsaal drüben sind schon Frauen und Kinder angestellt, um an der Kasse ihre Marken zu beheben, um sich dann auf Grund der Marken ihre Töpfe mit Kraut füllen zu lassen. Da steht ein kleines Mädel, zehnjährig etwa, mit einem viel, viel kleineren Buben an der Hand. „Wie alt ist der Junge?" — „Sechs Jahre." — „Aber das ist doch nicht möglich, er kann doch nicht älter wie drei, vier Jahre sein." Wir schaffen ein Maßband herbei und messen das Kind, hinter dessen Augenlid es rosawässerig schimmert, da wir es herunterziehen. Blutarm! Von der Sohle bis zum Scheitel mißt der Junge 98 Zentimeter. Ein Zwerglein, das in seinen sechs Jahren kaum Tischhöhe erreicht hat. Daneben ein ganz gleich großes Kind an der Hand einer Frau. Auch ein Bub. „Wie alt ist der Bub?" — „Dreieinhalb Jahre." Ein pausbäckiger, kleiner, lieber Kerl, der auch gleich auf den Spaß eingeht und breit lacht. „Wieso haben Sie den so gut durchgebracht? Das ist ja ein fescher Kerl." — „I hab 'hn aa zwaahalb Jahr' an der Brust g'habt." — „Zweieinhalb Jahre?" — „No ja, was hätt' i tuan soll'n? Milch hab' i kane kriagt und andere Lebensmittel a z'weng. Hab' i ihm halt geb'n, was i g'habt hab'." Wir drücken der tapferen Mutter die Hand. Vor dem Ausgang Hunderte Menschen. Sie alle wollen die Fremden sehen, die gekommen sind, das Elend zu schauen. Achtungsvoll bildet sich eine Gasse, um uns freie Bahn zu den Kraftwagen zu geben, die uns weiterbringen sollen. Nur eine Frau drängt sich durch die Gasse, in der einen Hand einen Papiersack mit Mehl, in der anderen Hand einen Laib Brot. „Davon soll'n zwa Leut' a Woch'n leb'n. Schau'n Sie's nur an, das Mehl, meine Herren." Der Mehlsack geht von Hand zu Hand. Wir alle können uns überzeugen, daß es schwärzestes Mehl ist. Ein Viertelkilogramm Mehlration für zwei Menschen in einer Woche. Die Gäste empfinden es schon, daß unter solchen Umständen das Volk verhungern muß.

In der Wärmestube.

In der Puchsbaumgasse in Favoriten stand einstens förmlich auf freiem Felde im Zuge der künftigen Gasse eine der sechs Wiener Wärmestuben. Jetzt ist die Stadt schon an sie herangewachsen. Dorthin führt uns unser Weg. Wir finden sie geschlossen und im Fenster einen Zettel, auf dem steht:

Wegen Mangels an Lebensmitteln
bleibt die Wärmestube
bis auf weiteres geschlossen.

Wir wollen Näheres erforschen, pochen an die Tür, der Verwalter öffnet uns auch und lädt uns ein, einzutreten. Wir stehen in einem kalten Raum, in der Speiseausgabehalle der einstigen Wärmestube, die nun nicht mehr die Konservensuppe und das Stück Brot den Hungernden geben kann, die sie nicht mehr, wenn auch auf Minuten mit der wohltuenden Wärme umfangen kann, die den Raum sonst zu Winterszeiten erfüllt hat, und die auch nicht mehr den Obdachlosen die Notunterkunft bietet wie in früheren Jahren. Wir versuchen, den Gästen die Schande der Zustände, die zu dieser dreifachen Ausnützung der Wärmestube genötigt haben, kurz zu erklären. Wir rufen in ihnen das Bild hervor, wie die Obdachlosen auf einer Bank mit gemeinsamer Mittellehne, Leib an Leib und Scheitel an Scheitel, übernachten mußten, und entsetzt erfahren sie aus dem Munde des Verwalters, daß es 170 Menschen Nacht um Nacht waren, die hier ihr Obdach fanden, das heißt ihren Sitzplatz auf der Bank, ohne daß ihnen die Erlaubnis gegeben werden konnte, ihre nassen Kleider abzulegen oder sich ihrer Schuhe zu entledigen. Die Gäste aus dem Ausland können das Grauen, das in diesen Räumen im holden Frieden wohnte und von dem dieser Raum auch bis in den vorletzten Kriegswinter hinein überfüllt war, nicht in seiner ganzen Trostlosigkeit erfassen. Aber die Pariser versprechen unter dem Eindruck doch, daß sie nun auch in Paris Nachschau halten werden, ob nicht auch dort der Kapitalismus solche Auswüchse scheußlichster Unkultur gezeugt hat. Wir können ihnen empfehlen, in ruhigeren Zeiten auf dem Montmartre, und den Engländern, in Whitechapel Nachschau zu halten. Sie können sich dort lebendigen Eindruck holen von dem Elend, von dem wir ihnen hier nur die kalten Räume zeigen konnten. Da wir fünf Minuten auf den kalten Steinfliesen der Halle stehen, beginnt es uns bedenklich kalt in den Füßen zu werden und wir streben weiter. Eine kurze Eintragung noch in das Besuchsbuch und dann geht es wieder hinaus.

Leere Magazine.

Unser Weg führt uns weiter zum Ostbahnhof, zu den großen Magazinen, die sonst die Waren aufnahmen, die für den Magen von Wien von Ungarn und Böhmen geliefert wurden. Ehe wir das erste, das Sechzigermagazin, betreten, fesselt uns ein anderer Anblick. Wir sehen aus der Ferne einige Eisenbahner mit großen Schaufeln Gemüse vom Erdboden weg auf Wagen laden. Da wir näher treten, erkennen wir, daß wir einen Haufen von verfaultem und gefrorenem Kraut vor uns haben, der dem menschlichen Genuß entzogen werden mußte, gefrorenes Kraut, wie es in den offenen Wagen ankommt und das schließlich, nachdem es glücklich das hungernde Wien erreicht hat, auf den Mist geworfen werden muß, da es absolut nicht mehr zum menschlichen Genuß taugt. Es muß nun neuerdings verladen und nach Stadlau auf den Misthaufen geführt werden. Neuerdings muß Menschenkraft, muß Waggonraum in Anspruch genommen werden, Waggonraum, von dem wir so wenig haben, und mitten in dem Haufen ganze Krautköpfe von ganz genau demselben wässerigen Aussehen wie die erfrorenen, die wir auf dem Markte und im Keller der Favoritener Zentralküche gesehen haben. Die Köpfe, die hier im Mist kollern, haben den Magen der Hungrigen nicht erreicht. Daneben auf dem Geleise werden angefaulte Rüben als Pferdefutter aufgeladen. Hätten sie in geschlossenem Wagen, mit Stroh gedeckt, nach Wien gebracht werden können, wären auch sie Menschenfutter gewesen. Wir suchen uns den Magazinsmeister und bitten ihn, uns durch sein Magazin zu führen. Ein Ankunftsmagazin, riesenhoch und riesenweit und überall gähnende Leere. Nur da und dort ein Haufen leerer Körbe aufgeschichtet, leere Fässer wie Inseln in dem großen Raum. Etwa hundert kleine Salzstöcke und vielleicht vierzig Fässer mit eingesalzenen Gedärmen, das ist das letzte, was wir aus dem Tschechenland bekommen haben, bestimmt zur Wursterzeugung; nur wo wir die Wurstfüllung hernehmen sollen, das wissen wir noch nicht. Und nirgends auch nur eine Kartoffel. Auf dem Markt keine Kartoffeln, in der Küche keine, hier keine, wo sie immer in langen Zügen ankamen und hochgeschichtet lagen. Eine schwarze Katze schleicht durch das Magazin und folgt uns miauend. Sie ist zutraulich, läßt sich streicheln, huscht nicht davon, schmiegt sich an die fremden Menschen. Sie ist hungrig; sie, die sonst üppig leben konnte zu jeder Stunde bei Mäusebraten. Jetzt haben die Mäuse die leere Halle verlassen, es gibt für sie nichts zu holen. In Friedenszeiten, so erzählt der Magazinsleiter, wurden in diesem Magazin täglich 140 Waggons Lebensmittel abgeladen, Geflügel, Mehl, Kartoffeln, Gemüse, Obst, Speck, Wild. Was immer mit Bahnfracht nach Wien kam aus Ungarn und Mähren, hier wurde es zu kurzer Rast eingelagert und draußen überall auf den Geleisen standen vollbeladene Wagen und vor ihnen Fuhrwerk. Das meiste wurde gar nicht magaziniert, es wurde gleich vom Eisenbahnwagen umgeladen und dem Magen von Wien zugeführt. Nun gähnende Leere, leere Magazine, leere Magen.

•

Die Gäste haben genug gesehen. Wir lassen sie nur noch einen kurzen Blick in den wilden Kleinhandel werfen, der sich um den Ostbahnhof herum aufgetan hat. Sie haben wenig Lust, sich ein Stück Roßwurst und ein Brot um 2 Kronen zu kaufen und es zu verkosten. Den einzigen Kaufversuch macht der Vertreter des „Petit Parisien" — nebenbei die Zeitung mit der größten Auflage der Welt. Sie druckt 2½ Millionen Exemplare täglich. Er tritt an den Maronibrater heran und kauft sich um eine Krone gebratene Kastanien. Sieben Stück und die sind klein. Es ist unser letztes Erlebnis und die Gäste erklären nun, sie hätten genug gesehen. Sie wüßten nun aus eigenem Augenschein, daß nirgends in der Welt so viel gehungert wird wie in diesen Tagen in Wien. Ein geistreicher Franzose kleidet seinen Dank in die Worte: „Wir haben viel gesehen, da wir nichts gesehen haben." Sie sind als Menschen zu uns gekommen, beseelt vom Hilfswillen. Mögen die Depeschen, die sie gestern noch nach Paris und London, nach Rom und Zürich geschickt haben, mögen diese bewirken, daß die vom Ausland in Aussicht gestellte Hilfe uns möglichst rasch erreiche. Wir haben wirklich nicht mehr viel Zeit zu versäumen.

Max Winter.

Neues Wiener Tagblatt
1./XII.1918

Die Approvisionierung.

Der Hunger.

Gegenwärtig gibt es Pferdefleisch in weit größeren Mengen als sonst, aber wie wenig dieses außerordentliche Anbot noch dem Bedarfe genügt, erweist drastisch ein Vorkommnis vom gestrigen Tage. Ein Pferdefleischhauer hatte sich auf irgendeinem ungesetzlichen Wege Pferdefleisch verschafft, das er zu 13 K. das Kilogramm verkaufte, während der amtliche Höchstpreis bekanntlich nur 3 K. beträgt. Trotzdem sammelten sich vor seinem Laden viele Kauflustige an, und als die Aufsichtsbehörden den wucherischen Verkauf einstellen wollten, nahmen die angesammelten Kauflustigen eine so drohende Haltung ein, daß die Behörden es für klüger erachteten, sich zurückzuziehen und sich mit der strafrechtlichen Anzeige gegen den wucherischen Pferdefleischhauer zu begnügen.

Der Vorfall ist lehrreich. Das angesammelte Publikum wollte natürlich nicht für den Wucher Partei nehmen, aber vom Hunger beherrscht, wollte es sich wieder einmal satt essen, wenn auch zu Wucherpreisen. Unter solchen Umständen wird natürlich den Lebensmittelwucherern ihre Tätigkeit sehr erleichtert, denn sie vollzieht sich unter dem größten Entgegenkommen der Verbraucher. Töricht wäre es, darum mit den ausgehungerten Verbrauchern rechten zu wollen, aber man muß verlangen, daß alle Abteilungen der Lebensmittelpolizei durch verschärfte Aufmerksamkeit dieser Lage gerecht werden. m. h.

Stärkere Zufuhren an Seefischen.

Nach langwierigen Verhandlungen ist es gelungen, größere Zufuhren von frischen Seefischen sicherzustellen, und man erwartet, daß wir nun auf anhaltende Lieferungen rechnen können. Außer frischen Seefischen sind auch Salzheringe im Anrollen. Die Ausgabe andrer Fischkonserven.

Vossische Zeitung
4./12. 1918.

4./12
1138

Amerikas Lebensmittelhilfe.

Ein hervorragender Berliner Industrieller, der Gelegenheit hatte, mit einem gut informierten Amerikaner zu sprechen, sendet uns den folgenden Bericht über das Ergebnis des Gesprächs.

Ein genau unterrichteter Ausländer stattete mir am 25. ds. Mts. auf meine Einladung hin einen Besuch ab und erzählte mir, daß ein Abgesandter des amerikanischen Roten Kreuzes am 25. ds. Mts. ohne allen Pomp und ohne großes Geschrei in Berlin eingetroffen wäre, um sich im Auftrage seiner Regierung genau über die Verhältnisse zu unterrichten. Meine Befürchtung, daß Amerika auf Wunsch der Entente oder auch aus eigener Besorgnis mit der Bereitstellung von Lebensmitteln für Deutschland zögern könne, weil es uns dadurch die Mittel gewähre, den Krieg wieder aufzunehmen, wies er ohne weiteres zurück. Jeder unserer Feinde wisse heute, daß wir nicht imstande wären und nicht einmal den Wunsch hätten, einen neuen Widerstand zu organisieren.

Er müsse aber darauf aufmerksam machen, daß die amerikanischen Freistaaten unter keinen Umständen von ihrem in Belgien angewandten System abgehen würden. Dieses System hätte nicht nur zur vollständigen Zufriedenheit der Beteiligten, sondern auch aller derjenigen Mächte — im besonderen der Entente — gearbeitet, die Gelegenheit gehabt hätten, es kennen zu lernen. Es wäre dafür gesorgt gewesen, daß die Lebensmittel unter Aufsicht amerikanischer Bürger bis in die kleinsten Kanäle geleitet worden wären. Für die neue deutsche Regierung würde es sich hier einfach um ein Entweder — oder handeln. Entweder sie gestatte die Verteilung der Lebensmittel unter Kontrolle amerikanischer Mandatare oder aber sie verzichte auf die Lebensmittel überhaupt. Auf etwas anderes würde sich die amerikanische Regierung nicht einlassen. Vor allen Dingen würde dafür Sorge getragen werden, daß tatsächlich auch die am meisten Darbenden der Bevölkerung ihren richtigen Anteil an den zur Verfügung stehenden Mengen erhielten. Ausgeschlossen wäre eine Bevorzugung der Arbeiter der Kriegsindustrie, die neben den Kriegsgewinnlern, wie in Amerika sehr wohl bekannt, wesentlich besser gelebt hätten als die übrige Bevölkerung. Die wirklich Notleidenden wären die vielen kleinen Beamten-Familien usw.

Ich bin erstaunt gewesen, aus diesen Ausführungen zu entnehmen, wie gut Amerika über die verhältnismäßig günstige Versorgung der zur Kriegsindustrie gehörigen Arbeiterschaft unterrichtet ist. Ich wußte aus Erzählungen, besonders von Direktoren der im Westen gelegenen Kriegsindustriegesellschaften, daß es dort zu so erheblichen Einschränkungen nicht gekommen ist. Die mit der Ueberwachung betrauten amtlichen Stellen haben ganz besonders im Westen beide Augen zugedrückt, um nur ja unter den Belegschaften und Arbeiterschaften eine gute Stimmung aufrechtzuerhalten und Streiks zu vermeiden. Es ist dies also dasselbe Moment, welches die von den Berliner Gemeinden organisierte Kohlenstelle noch vor einigen Tagen zu der Erklärung veranlaßt hat, daß sie den Kinos genügend Kohle und elektrische Kraft zur Verfügung stellen würde, um schon von 10 Uhr vormittags ab ihre Pforten zu öffnen, während sie jetzt ungemein einschneidende Maßnahmen beschlossen hat, um die Versorgung Berlins mit Brennmaterial überhaupt aufrechterhalten zu können.

Der betreffende Ausländer kam ferner darauf zu sprechen, daß die neue Regierung verschiedentlich versucht hätte, Fühlung mit der hiesigen amerikanischen Kolonie zu erhalten. Manche Leute wären dort empfangen worden, die zur Sache selbst überhaupt nichts zu sagen hätten. Man könnte heute als Amerikaner jeden Staatssekretär zu einer kürzeren oder längeren Unterhaltung aufsuchen, nirgends würde man verschlossene Türen finden. Die Vertretung der amerikanischen Kolonie hätte aber eine offizielle Verhandlung mit der neuen deutschen Regierung ablehnen müssen, da sie von der amerikanischen Regierung noch nicht anerkannt wäre. Amtliche deutsche Stellen hätten wiederholt darauf hingewiesen, man möge sich in die inneren Verhältnisse Deutschlands nicht einmischen und vor allen Dingen auch die Verteilung der Lebensmittel den hiesigen Aemtern überlassen. Das würde aber, wie schon oben ausgeführt, unter keinen Umständen geschehen.

Mein Gewährsmann hält es ferner für ganz unrichtig, daß die neue deutsche Regierung drahtlose Depeschen hinausgeschickt hätte. Dadurch würde sicher der ohnedies in Extase befindliche Haß der Franzosen noch verstärkt werden. Richtiger würde es vielmehr sein, sich für die Verlautbarungen der Regierungsäußerungen der spanischen Botschaft als der während des Krieges hierfür allein zuständigen Instanz zu bedienen. Wir dürften nicht vergessen, daß wir uns noch im Kriege mit der Entente und Amerika befänden. Der Waffenstillstand wäre zwar abgeschlossen, ändere aber an dem Kriegszustande nichts. Wenn auch in Amerika ein so starkes Haßgefühl wie in den Ententeländern, besonders in Frankreich, nicht bestünde, so würde doch der deutsche Kaufmann mit sehr großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, um später wieder in direkte geschäftliche Beziehungen zu amerikanischen Häusern treten zu können. Lange Zeit hindurch würde der Deutsche zweifellos gut tun, sich einer amerikanischen Vermittlung für seine Geschäfte zu bedienen. Man wäre heute überall von dem größten Mißtrauen gegen alle Deutschen erfüllt und schenke deutschen Worten keinen Glauben.

Vor einem Rätsel stehe das Ausland, daß das deutsche Volk die ungeheuerliche Tragweite seiner Niederlage, die entsetzliche Tiefe und Nachhaltigkeit seiner Katastrophe noch nicht begriffen hätte. Wie es möglich wäre, daß die Leute in Deutschland dahinlebten, als hätten sie den Krieg gewissermaßen mit Anstand verloren, als wäre im großen und ganzen alles beim alten geblieben, verursache draußen Kopfschütteln und Verwunderung. Das ganze Treiben bei uns mache den Eindruck eines völligen Chaos. Nicht eine Zeitung habe den Mut, den Leuten, die in die Theater und in alle möglichen Vergnügungen drängten, die Augen zu öffnen und ihnen zu sagen, daß Deutschland für Generationen aufgehört habe, in der Welt etwas zu bedeuten, und daß es jetzt endlich Zeit wäre, den Ernst der Situation zu erkennen.

Viel ist nicht mehr zu retten. Von oben und unten ist zu schwer am Vaterlande gesündigt worden. Beispiele, wie das in der „Vossischen Zeitung" erzählte des deutschen Generals in Palästina, des Verhaltens unserer Leute in Worschau usw. sind leider Gottes nicht die einzigen. Wir haben uns eingebildet, ein großes und ehrliches Volk zu sein. In der Stunde der Gefahr haben wir uns des Platzes, auf den uns Bismarck gehoben hat, unwürdig gezeigt.

Bitter sind die Worte des Gaulois vom 13. November ds. Js.:

> „Der Anblick, den uns Deutschland jetzt bietet, ist recht kläglich, weder Haltung noch Würde, noch Vornehmheit, noch Disziplin. Hinter der stolzen Außenseite war nichts als Feigheit."

Will sich im Vaterlande gar keine Stimme erheben, die das Volk zur Besinnung ruft, damit wir nach sittlicher Reinigung das Recht erhalten, auf den Trümmern unserer einstigen Größe den Versuch zu machen, unser Schicksal neu aufzubauen?!

Donnerstag, 5. Dezember 1918

Zeitung

704

rten Sachen

Morgen-Ausgabe aufgeführt

26 ★ Fernsprech-Zentrale. Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801 11 802 bis 11 850 sowie 15 280 15 281 15 282 bis 15 291.

ngswirtschaft.

Hunger.

Die deutsche Ernährungswirtschaft steht nach den Angaben der berufenen Stellen vor einer Katastrophe. Die Situation ist in so hohem Maße durch die inneren Umwälzungen Deutschlands herbeigeführt worden, daß man es wohl unterlassen kann, die Frage nach einem bestimmten Verschulden einzelner Stellen auch nur aufzurollen. Man hat sich denn auch seit dem Ausbruch der Revolution ausschließlich darauf eingestellt, die Rettung vor dem völligen Zusammenbruch vom Ausland zu erwarten. Es liegt im Ermessen der Feinde, ob sie Deutschland dem Hunger und der Anarchie preisgeben wollen oder nicht. Die Gegner haben sich nun von vornherein beim Abschluß des Waffenstillstandes bereit erklärt, Deutschland mit Nahrungsmitteln zu unterstützen, vorausgesetzt, daß Deutschland imstande sein würde, die innere Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Versorgung Deutschlands soll unter amerikanischer Leitung großzügig organisiert werden. Der amerikanische Nahrungsmittelkommissar Hoover ist zu diesem Zweck bereits in Europa eingetroffen. Objektiv ist also die Möglichkeit nach wie vor gegeben, daß die fremde Hilfe zu dem von den deutschen Ernährungsbehörden als notwendig betrachteten Zeitpunkt einsetzt.

Wenn Deutschland überhaupt nicht in der Lage ist, unter den herrschenden Verhältnissen seine gesamte Nahrungsmittelversorgung aus eigenem Ertrag sicher zu stellen, so hat es keinen Zweck, darüber zu klagen, daß die an sich zweifellos sehr harten Waffenstillstandsbedingungen durch verschiedene Punkte diese eigene Versorgung Deutschlands gewissermaßen noch unmöglicher zu machen, als sie schon ist. Es muß klipp und klar ausgesprochen werden, daß die Bereitstellung der von Frankreich beschlagnahmten Verkehrsmittel allein nicht genügen würde, die drohende Not zu bannen. Daraus ergibt sich, daß die auf das französische Konto gesetzten Forderungen der allgemeinen Waffenstillstandsbedingungen der Entente nicht jene zentrale Bedeutung besitzen, die ihnen in den amtlichen Veröffentlichungen andauernd beigemessen wird. Wenn es überhaupt einen praktischen Zweck hätte, die Welt mit Klagen über gewisse Bedingungen des Waffenstillstandes zu erfüllen, so könnte es sich nur um die von England aufrechterhaltene Blockade der deutschen Häfen und die Unterbindung der deutschen Schiffahrt handeln. Man versteht also nicht, warum zwar Tag für Tag die allgemeine Entrüstung über die angebliche Brutalität der Franzosen gefordert wird, während man die kalte Ablehnung aller Erleichterungen für die deutsche Schiffahrt durch die englische Waffenstillstandskommission mit schweigender Ergebenheit hingenommen hat.

Auf Grund des wirklichen Tatbestandes hat die deutsche Waffenstillstandskommission überhaupt keine Möglichkeit, in der Ernährungsfrage wesentliche Hilfe zu bringen. Das ist der Grund dafür, daß ihre bisherige rätselhafte Politik nicht den geringsten Erfolg aufzuweisen hatte. Man fragt sich mit steigender Verwunderung, wozu in den ersten Berichten über den Waffenstillstand das feindliche Versprechen der Nahrungsmittelzufuhren zunächst verschwiegen, dann als ein Erfolg der Unterhandlungen in Spaa hingestellt, dann abermals widerrufen und schließlich nach einem Regen weiterer Funksprüche und Protestnoten wiederum als Tatsache zugegeben worden ist. Glaubt denn jemand im Ernst, daß die Entente über die wirkliche Lage in Deutschland nicht auch ohne alle Bitten und Beschwörungen im Klaren ist? Meint man denn wirklich, die Sympathien des feindlichen Auslandes durch ein Vorgehen gewinnen zu können, das alle nationale Würde vermissen läßt, und das die geringe Achtung, deren sich Deutschland leider in der letzten Zeit noch rühmen durfte, vollends untergraben muß?

Dieses ganze Verfahren ist nur geeignet, die wirklichen Zusammenhänge zu verwischen und den einzigen Weg verkennen zu lassen, der aus dem Unheil herausführt. Es handelt sich nicht um Frankreich, sondern um die Alliierten überhaupt. Und die Alliierten wissen bereits, was ihnen zu wissen not tut. Sie sind entschlossen, Deutschland zu Hilfe zu kommen, wenn ihre Vorbedingungen erfüllt werden. Ihre Forderung lautet: Herstellung der Ordnung in Deutschland. Die Alliierten verlangen die sichtbare Gewähr dafür, daß Deutschland nicht aus der einen Willkürherrschaft in die andere verfällt; sie verlangen, daß das innere Wirtschaftsleben Deutschlands in Bahnen gelenkt werde, die

Nationalzeitung 8/XII. 1918.

157

Deutsch-Oesterreich in der Hungerkrise.

lo. **Wien**, Anfang Dezember 1918.

Das Nationalitätenprinzip hat das alte Oesterreich-Ungarn in eine Menge kleiner Staaten geteilt, und nicht jeder, oder vielleicht gar keiner derselben ist wirklich in der Lage, seiner Bevölkerung heute schon Lebensmittel, Ordnung und einigermaßen geregelte Verhältnisse zu bieten. Am schlimmsten hat bei dieser allgemeinen großen Umwälzung der deutsche Teil der alten Donaumonarchie zu leiden. Die in den letzten Wochen verwirklichte Parole „Los von Wien" hat die alte Residenzstadt in die schrecklichste Situation gebracht. Von Ungarn und Böhmen ist durchaus nichts zu erhalten, und die Tschechen verhindern energisch jede Ausfuhr nach dem deutschen Teil der ehemaligen Monarchie. So kam es, daß das Land, das durch die viereinhalb Kriegsjahre ohnedies vollständig erschöpft ist, heute die schlimmste Hungerkrise durchmacht. Von allen Lebensmittel- und Kohlenquellen vollständig isoliert, werden Hunderttausende dem Hungertode preisgegeben, wenn die Entente nicht mit raschen Lieferungen aushilft. Die Millionenstadt Wien, die einstige fröhliche, wo man sich köstlich amüsierte, und das leichte Wienerleben und die beste Küche genoß, das lachende Wien lebt nicht mehr. Ein trostloses Riesenlager hungernder Menschen ist es geworden, das rettungslos der Anarchie verfallen ist, wenn das Volk nicht Lebensmittel erhalten wird. Man bedenke, daß der Höchstpreis für Pferdefleisch noch am Samstag 26 Kronen betrug. Heute hat ihn die neue republikanische Regierung auf eigenes Risiko auf 3 Kronen herabgesetzt, und wird ein Erhebliches darauf legen müssen, wenn sie diesen niedrigen Preis beibehalten will. Vor den Verkaufsstellen dieses Pferdefleisches stauen sich denn auch die Leute geduldig wartend zu Hunderten. Schon 5 Uhr morgens sind die ersten da, und erst 9 Uhr wird der Verkaufsladen geöffnet. Kinder ohne Schuhe, Greise in zerlumpten dünnen Kleidern stehen zitternd vor Frost in der grimmigsten Kälte (es hat zirka 5 Cm. Schnee). Auch vor den Verkaufsstellen der sogenannten Pferdeinnereien, wo Lungen, Herz usw. der Pferde für zwei Kronen das Kilo veräußert werden, ist dieselbe Belagerung seit 5 Uhr früh. In wenigen Wochen muß die Riesenstadt ihrem vollständigen Zusammenbruch entgegengehen.

Die jetzige Regierung leistet das Möglichste, um die Bevölkerung vor dem Aeußersten zu bewahren. In den Ausspeisestellen wird an die hungernde Menge täglich einmal eine Suppe verteilt. Doch sind Qualität und Quantität der Mahlzeit derart, daß einzig das nackte Leben dadurch gerettet wird. Der Einzelne erhält jeweilen mittags einen halben Liter, der aus Wasser, Kohl und etwas Mehl hergestellten Suppe, die total fettlos, ganz undefinierbar aussieht und ebenso schmeckt. Es hängt von den erhofften Zufuhren aus den Entente-Ländern ab, ob diese „letzte Hilfe" der unglücklichen Bevölkerung weiter geleistet werden kann, denn die Vorräte der Volksküchen sind gleich Null. Kartoffeln, an denen es in Oesterreich überhaupt vollständig fehlt, gibt es noch etwa 500, schreibe fünfhundert Kilogramm, in der Ausspeisestelle Quellenstraße! Milch ist auch für die kleinsten Kinder nicht mehr vorhanden, und zwar schon seit Monaten. Die Schulkinder sowie die Kleinsten erhalten morgens einen Abguß von dem aus undefinierbaren Ersatzprodukten hergestellten schwarzen Kaffee. Den amtlichen Sterblichkeitstabellen entnehme ich die

10./XII. 1918

158

Unsere Notlage.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bei Dr. Ferriere.

Der 1. Sch.-Mitarbeiter der englischen Korrespondenz „The Vienna Bulletin" meldet: Der Bürgermeister von Wien Dr. Richard Weiskirchner hat gestern dem in Wien weilenden Professor Dr. Frederic Ferriere, dem Vizepräsidenten des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes in Genf, einen Besuch abgestattet, um ihn über die Notlage Wiens eingehend zu informieren und diese Informationen durch statistische Belege zu bekräftigen. Der Bürgermeister besprach zunächst die allerwichtigste Frage, nämlich die der Kohlenversorgung Wiens. „Wenn wir," sagte der Bürgermeister, „innerhalb acht Tagen nicht ausreichende Kohlenzuschübe erhalten, so sind wir unweigerlich gezwungen, die Gas- und Elektrizitätswerke zu sperren. Was dies für die Zweimillionenstadt bedeutet, das wird jedermann klar, wenn er bedenkt, daß durch die Sperrung der Gaswerke 200.000 private Haushaltungen, und zwar nicht etwa der wohlhabenden Schichten, sondern armer Leute, nicht mehr in der Lage sein werden, sich ein warmes Mahl zu bereiten. Wir haben vor mehreren Jahren für die arme Bevölkerung Gasautomaten eingeführt, wodurch diese armen Leute in die Lage versetzt waren, gegen Einwurf eines Zwanzighellerstückes in ihren Küchenautomat so viel Gas zu entnehmen, um ein Mittagessen bereiten zu können. Durch die Sperrung der Gaswerke würden diese 200.000 Haushaltungen der Küchenfeuerung entbehren müssen. Wenn nur ein Funken Menschlichkeitsgefühl noch vorhanden ist, wird man diese 200.000 Haushaltungen nicht der Verzweiflung preisgeben dürfen. Die Sperrung der Elektrizitätswerke hätte die Einstellung des Straßenbahnverkehrs mitten im Winter zur Folge. Und weiters die Einstellung der Abgabe motorischer Kraft, was gleichbedeutend ist mit der Einstellung der wichtigsten industriellen Betriebe, also mit Arbeitslosigkeit. Welchem Schicksal die verdunkelte, verkehrslose, frierende und hungernde Zweimillionenstadt ausgesetzt wäre, ist zu schrecklich, als daß ich versuchen sollte, dies auszumalen. Zur Speisung der Gas- und Elektrizitätswerke können wir nur hochwertige Kohle brauchen. Unsere Bezugsquellen für hochwertige Kohle waren bisher Ostrau, Karwin und Preußisch-Schlesien. Die wochenlangen Verhandlungen mit den Tschechen und Polen sind bisher ergebnislos geblieben. Selbst wenn wir mit den Polen wegen Lieferung von Kohlen aus Karwin zu einer Einigung kommen würden, wäre uns nicht geholfen, wenn der tschecho-slowakische Staat fortfährt, die Durchfuhr durch tschechisches Gebiet zu verhindern. Es klingt wie Hohn, wenn der tschechische Minister Stanek sich gestern in einem an mich gerichteten Telegramm bereit erklärt, Wien eine größere Quantität Koks zur Verfügung zu stellen. Wir benötigen für die Aufrechterhaltung der Gas- und Elektrizitätswerke hochwertige Kohle und wenn solche nicht in wenigen Tagen eintrifft, so ist die Katastrophe unausweichlich. Ich habe die trostlose Lage Wiens in einer jüngst abgehaltenen Konferenz der Gesandten der neutralen Regierungen eingehend dargelegt und es wurde damals beschlossen, daß die Gesandten der neutralen Regierungen sofort im Wege ihrer Regierungen an die Ententeländer mit der Bitte um Intervention bei der tschecho-slowakischen Regierung herantreten. Tatsächlich hat die französische Regierung bei der tschechoslowakischen in der Kohlenfrage zugunsten Wiens interveniert, doch leider bisher ohne jeden Erfolg. Ich möchte speziell Sie, Herr Professor, als den Vizepräsidenten des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes, darauf aufmerksam machen, daß durch die Kohlenkatastrophe auch die Betriebe unserer Spitäler auf das höchste gefährdet sind und daß bei unglücklichem Ausgang der Dinge das Schicksal der in den Spitälern untergebrachten Kranken ein grauenhaftes sein würde, gar nicht davon zu reden, daß die Zahl der neuen Erkrankungen dieser hungernden und frierenden Zweimillionenstadt Legion sein wird, für deren Verpflegung und Wartung nicht vorgesorgt werden könnte.

Was die Ernährungsverhältnisse Wiens anbelangt, so teile ich mit, daß die bekannten, sehr knappen Rationen an Brot und Mehl nur bis längstens Ende dieses Monats reichen. Der Monat Jänner ist für uns ein großes Fragezeichen. Fett ist 4 Dekagramm per Kopf rationiert und hält nur noch für kurze Zeit. Bezüglich Kartoffeln haben wir mit der tschechischen und polnischen Regierung lange Zeit verhandelt, jedoch ohne Erfolg. Einige hundert Waggons sind uns aus Ungarn zugekommen, so daß wir mit einem halben Kilogramm per Kopf und Woche für ganz kurze Zeit reichen. Wir hatten wohl vor Monaten einige tausend Waggons Kartoffeln in Böhmen, West- und Ostgalizien geschlossen. In Ostgalizien toben aber Kämpfe, die in Westgalizien abgeschlossenen Kartoffeln können nicht geliefert werden, da die Tschechen die Durchfuhr verweigern und die tschechischen Abschlüsse wurden storniert. Fleisch haben wir durch den Ankauf von Pferden bei der Demobilisierung bis Ende des Jahres gesichert. Hülsenfrüchte haben wir gar keine. Die täglichen Milchzufuhren betrugen vor dem Krieg 900.000 Liter und sind jetzt auf 80.000 Liter gesunken, so daß wir nur imstande sind, ganz kleine Kinder und Schwerkranke mit kleinen Milchrationen zu versorgen.

Ich bitte Sie inständigst, Herr Professor, im Geiste der humanitären Bestrebungen des Roten Kreuzes die trostlose Lage Wiens an den geeigneten Stellen zu schildern und das Mitgefühl derjenigen für die darbende Stadt Wien wachzurufen, welche in der Lage wären, durch rasche Maßnahmen besonders in der Kohlenfrage, sowie die rascheste Milderung der Lebensmittelnot Wien vor einer Katastrophe zu bewahren.

Der Bürgermeister überreichte sodann Herrn Professor Ferriere das gesamte diese Fragen betreffende statistische Material, dessen Studium der greise Professor sich sofort unterzog. Ganz besonderes Interesse des Herrn Professors erweckten die ihm von dem Bürgermeister übergebenen Tafeln über die erschreckenden Ziffern der Sterblichkeitsverhältnisse und Geburtenrückgänge. Professor Ferriere machte während des Vortrages des Bürgermeisters einige Zwischenbemerkungen, aus denen hervorging, daß er während seiner mehrtägigen Anwesenheit in Wien über den Notstand der Bevölkerung durch eigenen Augenschein bereits die trübsten Eindrücke empfangen hatte.

Professor Ferriere hat verschiedene Spitäler, die Lebensmittelmärkte, Kriegsküchen, die Landesirrenanstalt am Steinhof und andere Institutionen besucht und äußerte dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner gegenüber mit offensichtlicher Ergriffenheit den Wunsch, daß es ihm vergönnt sein möge, sein mildtätiges Werk der Stadt Wien in ihren Leiden glücklich zu Ende zu führen. „Wir, vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes," sagte er, „wollen unsere Tätigkeit im Namen des Roten Kreuzes als Tor benützen, um den Weg zu finden, der aus den Greueln des Krieges zur Menschlichkeit und Milde zurückführt. Ich habe mich bereits gestern und vorgestern unter dem Eindrucke des von mir Geschauten telegraphisch an meine Bundesleitung in Genf mit der Bitte gewendet, die geeigneten Schritte zu unternehmen, damit die Stadt Wien und Deutschösterreich bald Hilfe erhalten. Ich werde jetzt, unter dem Eindrucke der ergreifenden Ausführungen des Bürgermeisters von Wien und gestützt auf das authentische statistische Material, das er mir übergab, sofort abermals nach Genf telegraphieren und veranlassen, daß unser Internationales Komitee vom Roten Kreuz sofort, auf dem raschesten Wege alle kompetenten Faktoren von dem geradezu katastrophalen Notstand Wiens Kenntnis erhalten möge. Ich werde mich ferner an meine befreundeten Persönlichkeiten wenden und deren Hilfe für Wien und Deutschösterreich anrufen."

Beim Abschied von Professor Ferriere sagte der Bürgermeister mit sichtlicher Ergriffenheit: „Mögen Herr Professor bei Ihrem mildtätigen Werk von einem glücklichen Stern begleitet sein." Der Berichterstatter des „Vienna Bulletin", welcher der Konferenz zugezogen war, hatte die bestimmte Empfindung, daß Professor Ferriere von den Eindrücken, die er in Wien empfangen hat, tief erschüttert ist und das volle moralische Gewicht des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes in Genf aufbieten werde, damit die Stadt Wien und Deutschösterreich vor einer Katastrophe bewahrt bleiben.

Tägliche Rundschau 10/XII. 1918.

162

Das Hungergespenst.

Vor etwa zwei Wochen hatte der sozialistische Staatssekretär des Reichsernährungsamts Wurm erklärt, unser wirtschaftlicher Zusammenbruch auf dem Ernährungsgebiet sei ohne gleichen. Die Ausfälle bei der Kartoffel- und Rübenernte infolge von Arbeitermangel, Betriebsstockungen bei Mühlen und Zuckerfabriken wegen Kohlennot, die großen Verluste an Nahrungsmitteln in den von uns preisgegebenen und in den durch polnische Ansprüche schwer gefährdeten Gebieten sowie das eigenmächtige Vorgehen lokaler Arbeiter- und Soldatenräte hätten den ganzen Verteilungsplan zerstört. Ein bestimmter Verteilungsplan sei unmöglich geworden, zumal der Inhalt der Proviantämter und die Aufdeckung von privaten Hamsterlagern in der Tat doch nur sehr geringe Nahrungsmittelmengen liefern könnten.

Von anderen, zwar nicht amtlichen, aber diesen doch sehr nahestehenden Stellen wurde gleichzeitig verkündet, unsere Brotversorgung sei nur noch bis zum 7. Februar 1919 sichergestellt. Es muß angenommen werden, daß dieser Termin auf Grund der Ernteschätzungen und Getreideanmeldungen herausgerechnet worden ist. Sachkundige setzten in diese Berechnung von vornherein Mißtrauen, weil für Brotgetreide eine „gute Mittelernte" amtlich festgestellt und nicht einzusehen war, weshalb gerade in diesem Jahre die Decke so ungeheuerlich verkürzt sein solle. Damit soll natürlich nicht behauptet werden, daß die amtliche Ermittlung, die auf immerhin ziemlich unsicheren Schätzungen beruhte, eine statistisch feststehende Tatsache darstelle; die mangels Arbeitskräften und Düngemitteln herabgeminderte Bodenkultur gab von vornherein Zweifeln Raum, ob die „gute Mittelernte" des letzten Erntejahres einer solchen in Friedenszeiten gleichkäme. Immerhin erschien die Kluft zwischen den Vorjahren und diesem Jahre hinsichtlich der Brotversorgung doch zu gewaltig, wenn man nicht annehmen wollte, daß infolge der Auflösung unserer Front oder auch durch die mit unserer Zwangsbewirtschaftung verbundenen Folgen die statistische Lage eine tiefgreifende Veränderung erfahren habe. Von welchen Gesichtspunkten man aber die Frage auch behandeln mag, immer bleiben bei der Terminsetzung des 7. Februar Zweifel bestehen, wohin die Brotgetreidemengen verschwunden sein sollten, die rechtmäßig bis zum 1. August reichen sollten, um so mehr, als wir in dem neuen Erntejahr durchaus nicht einwandfreies, aus reinem Getreidemehl hergestelltes Brot erhalten haben.

Durch den Verfassungsumsturz sind nunmehr die Sorgen um unsere Volksernährung nicht etwa gebessert, sondern wesentlich verschärft worden. Man erstaunt über den Wagemut der sozialistischen Regierung, gerade jetzt die Brotzuteilung zu erhöhen — zu einer Zeit, in der frische Gemüse noch reichlich zur Verfügung stehen; nicht minder über die Beseitigung der fleischlosen Wochen trotz der sehr bedenklichen Herabminderung unserer Viehbestände. Es ist offenes Geheimnis: die neue Regierung buhlt um die Gunst des großen Konsumentenheeres anläßlich der Wahlen zur Nationalversammlung. Die politische Reife des deutschen Volkes würde auf einem betrüblichen Tiefstand stehen, wenn es sich durch solche Pseudowohltaten einfangen ließe. Rein politischen Zwecken dient unleugbar auch eine neue amtliche Kundgebung, wonach sich die Aussichten unserer Brotversorgung gebessert hätten, weil infolge frostfreien Wetters die Hackfruchternte teilweise rascher, als erwartet, beendigt worden sei. Besondere Beachtung verdient darin aber der Satz: „Wenn der Güterverkehr in vollem Umfange aufrechterhalten wird, werden sich die Eingänge an Brotgetreide derart steigern lassen, daß die Brotversorgung über den 7. Februar 1919 gesichert ist." Wer könnte in dieser Zeit eine Gewähr bieten, daß der Güterverkehr „in vollem Umfange" aufrechterhalten wird? Und was wäre schließlich damit gewonnen, wenn nicht der 7., sondern etwa der 15. Februar den Beginn des Brotgetreidemangels bezeichnete? Mit solchen Beruhigungspulvern kann man das Hungergespenst nicht verscheuchen. Dieses Ziel könnte nach Lage der Dinge nur erreicht werden, wenn das überseeische Ausland, in erster Linie die Vereinigten Staaten von Amerika, sich die Versorgung Deutschlands angelegen sein ließen. Präsident Wilson hat seine Zusage an Bedingungen geknüpft, die fast unerfüllbar erscheinen, solange die Spartakiden sowie die Arbeiter- und Soldatenräte ihre unheilvolle Tätigkeit entfalten. Staatssekretär Wurm rügte das „eigenmächtige Vorgehen" der A.- und S.-Räte; sie haben, wie bekannt geworden ist, den Landwirten mitten in der Hackfruchternte die fremdländischen Wanderarbeiter, die an Verträge gebunden waren, fort-

abgefallen ist, braucht sich Graf Burian jedenfalls vor Deutschösterreichern nicht zu entschuldigen; seine Aeußerungen waren allerdings ungarischen Lesern zugedacht.

Die Approvisionierung.

Die Aussichten auf amerikanische Lebensmittelzufuhren und die Zubußen der Weihnachtswoche.

Die Mitteilungen, daß Herr Hoover, der amerikanische Lebensmittelkontrollor, zwischen dem 10. und 15. d. nach Wien kommen werde, scheint sich nicht zu bewahrheiten, doch melden private Nachrichten aus der Schweiz, daß eine englisch-amerikanische Kommission Wien und mehrere andre Städte Deutschösterreichs besuchen werde, um hier die Verhältnisse kennen zu lernen. Es soll dies zu dem ausgesprochenen Zwecke geschehen, um uns die notwendigsten Lebensmittel zuzuführen, doch wird hiebei nicht daran gedacht, uns zum Einkaufe in Amerika zuzulassen, und es ist auch zweifelhaft, ob man uns den Einkauf in neutralen Ländern gestatten wird, vielmehr ist es wahrscheinlich, daß Amerika im Einvernehmen mit seinen Bundesgenossen uns die Lebensmittel zumessen und zuweisen wird, so daß wir diese nur zu übernehmen haben. Weder über den Zeitpunkt noch über das Ausmaß dieser uns zugedachten Hilfe kann man etwas Bestimmtes sagen.

Unter diesen Umständen ist es selbstverständlich, daß auch über die Art der Bezahlung der zu erwartenden Einfuhr noch nichts vereinbart wurde, doch ist die Stadt Wien bereit, wenn dies notwendig werden sollte, bei der Beschaffung eines Darlehens mit ihrem Kredit einzutreten und allenfalls ihre Liegenschaften zu verpfänden. Auf diesem Wege glaubt man, ein Darleben von etwa 20 Millionen Dollar, was beiläufig 240 Millionen Kronen gleichkäme, beschaffen zu können, und dies würde mutmaßlich ausreichen, um den dringendsten Bedarf Deutschösterreichs für die Monate Jänner und Februar zu decken. Den Preis des einzuführenden Getreides berechnet man auf etwa 200 Kronen für den Meterzentner, also mehr als das Doppelte dessen, was wir den heimischen Landwirten bezahlen. Trotzdem ist eine Erhöhung der Brotpreise nicht zu befürchten, denn bei der seinerzeitigen Festsetzung hat man mit Einfuhren aus Rumänien und der Ukraine gerechnet, welche sich auch weit teurer gestellt hätten als das inländische Getreide.

Wenn sich auch über die Hilfe Amerikas noch nichts Bestimmtes sagen läßt, so zweifelt man doch nicht daran, daß diese eintreten wird, nur müssen wir, da ihr Zeitpunkt noch ungewiß ist, vorläufig mit den vorhandenen sehr schmalen Vorräten haushalten. Infolgedessen sind zu Weihnachten nur ganz bescheidene Zubußen zu erwarten. In der nächsten Woche wird die Gemeinde Marmelade ausgeben, und zwar sowohl Fein- als Konsummarmelade, aber nur ein Viertelkilogramm pro Kopf, da unsre Marmeladebestände infolge des Zuckermangels sehr gering sind, während wir allerdings über Halbfabrikate in größerer Menge verfügen. Fleischzubußen sind mit Bestimmtheit zu erwarten, da gefrorenes Schweinefleisch ausgegeben werden soll und selbst eine Erhöhung der Rindfleischration für eine Woche nicht ganz ausgeschlossen ist. Auf die militärischen Fleischkonserven, von denen im Publikum häufig die Rede ist, darf man nicht zählen, denn der größte Teil der Vorräte befand sich in Ungarn, wo er zur Ernährung der rückflutenden Soldaten verwendet wurde, und das Wenige, was in Deutschösterreich vorhanden ist, reicht gerade hin, um gelegentlich Kriegsküchen oder Gemeinschaftsküchen eine kleine Aufbesserung zu gewähren.

m. h.

* * *

Abgabe von Bohnenkaffee.

Vom deutschösterreichischen Staatsamt für Volksernährung wird verlautbart: Ueber Anordnung des Staatsamtes für Volksernährung wird demnächst an die Bevölkerung Bohnenkaffe aus den zur Verarbeitung auf Kaffeekonserven bestimmt gewesenen Vorräten ausgegeben. Mit Rücksicht auf den beschränkten Umfang der verfügbaren Bestände kann vorläufig nur die Einwohnerschaft Wiens und der Landeshauptstädte in diese Aktion einbezogen werden. Nach Möglichkeit sollen in einem späteren Zeitpunkte auch weitere Industrieorte und Landstädte mit Bohnenkaffee bedacht werden. In Wien und in den Landeshauptstädten wird ½ Kilogramm ungebrannten Bohnenkaffees zum Preise von K. 2.10 an jeden städtischen Konsumenten abgegeben werden, welcher nach bestehenden Vorschriften auf den Bezug einer Kaffeekarte Anspruch hat. Die Ausgabe soll womöglich noch vor den Weihnachtsfeiertagen erfolgen. Die Ausgabemodalitäten werden rechtzeitig in den Tagesblättern verlautbart werden. Die regelmäßige Abgabe der Kriegskaffeemischung auf die Kaffeekarte (für den Zeitraum Dezember-Jänner) wird durch diese Bohnenkaffeeverteilung nicht berührt, sondern vielmehr neben letzterer in der bisherigen Weise erfolgen.

Kartoffelabgabe.

Donnerstag bis Samstag werden im 5. Bezirk Kartoffeln, und zwar ½ Kilogramm pro Kopf, abgegeben. Abgetrennt werden die Abschnitte J bis L der Kartoffelkarte.

Neues Pester Journal
12./XII. 1918
170

Ernährung und Versorgung.

Regierungskommissär Erdélyi über den Stand der Approvisionierung.

Das abgesperrte Innenland. — Wenig Weißmehl. — Fett bis Februar. — Die Preispolitik der Regierung.

Der Leiter des Approvisionierungswesens für Budapest und Umgebung, Regierungskommissär Moriz Erdélyi, hat einen schweren Stand um die Sicherung der Ernährung der Hauptstadt. Im Kreise des Publikums herrscht die irrige Ansicht, daß mit dem Einstellen der Feindseligkeiten an den Fronten auch eine Besserung der Approvisionierungslage sofort einhergehen müsse. Gerade das Gegenteil trifft zu! Der wirtschaftliche Umsturz und die Neugestaltung der Imperiumsverhältnisse nach Ausbruch der Oktober-Revolution haben Zustände geschaffen, die die Lebensmittelbelieferung Budapests viel schwieriger als zur Friedenszeit gestalten. Es kann derzeit gar nicht daran gedacht werden, das Kartensystem für den Bezug von Nahrungsartikeln aufzuheben, noch weniger die Lebensmittelrationen zu erhöhen. Ueber den gegenwärtigen Stand des Approvisionierungswesens äußerte sich heute Regierungskommissär Erdélyi vor einem unserer Mitarbeiter in folgender Weise:

„Das Innere des Landes und hauptsächlich Budapest als Konsumzentrum ist von den Gebieten mit Produktionsüberschuß, also hauptsächlich von der Bácska und dem Banat abgeschlossen. Laut den Waffenstillstandsbedingungen, die die ungarische Regierung mit dem Kommandanten der Orientarmee der Entente Franchet d'Espérey abgeschlossen hat, verfügen die Besetzungstruppen nur über das Recht, Lebensmittel für sich zu den Tagespreisen zu requirieren. Wir haben ihnen aber nicht das Recht eingeräumt, selbst über alle vorhandenen Vorräte zu verfügen. Die Regierung hat mit dem Kommandanten des serbischen Besetzungsheeres Verhandlungen in der Richtung gepflogen, daß uns ein gewisses Kontingent Lebensmittel zum Abtransport überlassen werde. Die Verhandlungen haben aber keinen Erfolg gezeitigt. Noch ein zweiter Umstand trägt zurErschwerung der Lebensmittelbelieferung Budapests bei: die Transportkrise. Wir haben nicht genügend Kohle, um den nötigen Eisenbahnverkehr aufrechtzuerhalten. Kohle wieder wollen uns die Tschechen nur gegen Lebensmittel überlassen, über die wir selbst nicht verfügen, da das Innere des Landes, wie gesagt, von der Lebensmittelzufuhr aus den Hauptproduktionsgebieten abgesperrt ist.

Aus diesen Verhältnissen heraus können die Konturen des gegenwärtigen Standes des Approvisionierungswesens gezeichnet werden. Der Bedarf an Mehl ist für einige Monate gedeckt. Die uns zur Verfügung stehenden Mengen bestehen aber hauptsächlich aus Schwarzmehl, an Weißmehl ist sehr wenig vorhanden. Wir werden daher zur Herabsetzung des Perzentsatzes der Mehlration an Weißmehl schreiten müssen, also mehr Schwarzmehl und dementsprechend weniger Weißmehl verabfolgen. Eine allgemeine Reduktion der Mehlration ist einstweilen noch nicht in Aussicht genommen. Die Bestände Budapests an Fett reichen bis Ende Februar 1919, die Vorräte an Schweinefett sind minimal, so daß wir sie durch die Abgabe von Kunstfett strecken müssen. Der Zucker, hauptsächlich Rohprodukt, und das Salz reichen auch noch für einige Zeit. Die Milchaufbringung reicht beiweitem nicht, um nur die Säuglinge und Kranken damit zu versehen. Wir haben daher die Milchaufarbeitung in Budapest zentralisiert, um eine strenge Kontrolle über die Verwendung der Milch üben zu können.

Die Preispolitik der Regierung geht dahin, die hohen Lebensmittelpreise abzubauen. Wir sind aber zufrieden, wenn wir die Preise nur auf dem gegenwärtigen Niveau halten können, so daß keine Erhöhung der Preise infolge des sinkenden Angebotes eintritt. Der Ansicht, daß wir Lebensmittel aus den besetzten Gebieten durch Kaufleute herausholen lassen, denen es durch ihre Geschäftsroutine eher als uns gelingen könnte, Waren zu beschaffen, kann ich nicht beipflichten. Dieser Vorgang wird so gedacht, daß die Kaufleute die Hälfte der Ware zu Maximalpreisen uns überlassen, über die andere Hälfte aber frei verfügen, so daß sie hiedurch auf ihre Kosten kommen. Der Staat kann keinen Schmuggel fördern! Wir haben einen schweren Stand, und daher müssen wir an das Publikum die Aufforderung richten, mit den Ansprüchen bescheiden zu sein."

Zu dieser Erklärung des Regierungskommissärs Moriz Erdélyi kann noch hinzugefügt werden, daß es derzeit eine ganz gewaltige Leistung bildet, den ruhigen Gang der Approvisionierung zu sichern. Budapest ist heute viel besser als alle übrigen Städte der Mittelmächte versorgt. Das darf nicht außer Acht gelassen werden, zumal in einem Zeitpunkte, wo die innere Hungerblokade der Randgebiete eingesetzt hat.

Bekleidungsartikel für Dienstboten.

Eine Weihnachtsbescherung.

Die Landes-Volksbekleidungskommission bringt folgende Bekleidungsartikel für Haushaltungsarbeiterinnen (Dienstboten) in Verkehr:

Blousen	Preis per Stück	K. 43.—
Schöße	„ „ „	K. 63.60
Oberröcke	„ „ „	K. 195.50
Figaros	„ „ „	K. 15.—
Strümpfe	„ „ „	K. 7.50

Es werden per Person abgegeben: eine Blouse, eine Schoß und zwei Paar Strümpfe oder ein Oberrock, ein Figaro und zwei Paar Strümpfe. Anspruchsberechtigt auf diese Bekleidungsartikel ist jedes Budapester Dienstmädchen, das ein Dienstbuch und einen polizeilichen Meldeschein aufweist. Die Dienstboten haben sich vom 14. d. bei folgenden Anweisungsstellen zu melden:

1., 2. und 3. Bezirk: Verband katholischer Hausfrauen, St. Johannisplatz 4.

4. Bezirk: Martha-Verein, Zentralstadthaus.

5. und 7. Bezirk: Verband der Haushaltungsarbeiterinnen, Lövöldeplatz 12.

8. Bezirk: Heimstättenverband (Tüzhely-szövetség), Máriagasse 7.

9. und 10. Bezirk: Susanna Lórántffy-Verein, Családgasse 8—10.

Die Meldung hat nach dem Namen des Dienstboten alphabetisch zu erfolgen. Es kommen an die Reihe: am 14. d. die Buchstaben A, B, C, D, am 16. d. die Buchstaben E, F, G, H, am 17. d. die Buchstaben I, J, K, L, am 18. d. die Buchstaben M, N, O, P, am 19. d. die Buchstaben R, S, Sch, Sz und am 20. d. die Buchstaben T, U, V, W. Z. Die Zurückgebliebenen haben sich am 21. und 23. d. zu melden.

Die Meldung erfolgt stets am Nachmittag. Die Dienstboten erhalten Anweisungen auf die gewünschten Bekleidungsartikel. Der Name des Kaufmannes, bei dem die Bekleidungsartikel beschafft werden können, ist auf der Anweisung bezeichnet. Muster der Waren sind in den Meldestellen vorrätig.

Österr. Volkszeitung 15./VIII. 1918

176

Wien in der Pension.

Die neueste „Kriegszukunft" der einkommenmüden Wiener Familien. — 150prozentige Preissteigerungen seit dem Frieden. — Der Schleichhändler als Lieferant. — „Nahrungssorgen" bei 50 K. täglicher Verpflegskosten. — Die 100 Kronen-Gäste in den Sanatorien.

Die Schwierigkeiten der Einzelwirtschaft und die zumindest erschwerte und verteuerte Verpflegung des Selbstversorgers, der auf die Gasthauskost angewiesen ist, hatten schon längst einer großstädtischen Einrichtung, die früher nur ein Notbehelf war, neue Bedeutung verliehen. Nun ist die Wohnungsnot hinzugetreten und jene Einrichtung wird zum retenden Zufluchtsort. Alles flüchtet in die — Pension! Die „Pension", die einst nur Fremde, reisende Junggesellen, Familien und Studienbeflissene aus dem Auslande gesehen hatte, ist jetzt zum Ideal zahlreicher Wiener geworden, die ihre Wohnung aufgeben, weil sie den „eigenen Herd" nicht mehr bestreiten können. Aber auch an den Wiener Pensionen ist die Teuerung nicht vorübergegangen und sie haben sich nunmehr gezwungen gesehen, die Verpflegspreise gleich wie Gasthäuser und Hotels namhaft zu steigern. Die Zeit der „Zehnkronenpension" ist vorüber.

Hotelier Heß, Vorsteher des Gremiums der Hoteliers und Pensionsbesitzer, teilte einem unserer Mitarbeiter hierüber mit:

„Die Berechtigung zur Führung des Pensionsgewerbes ist wohl an eine Konzession gebunden, doch gibt es auch zahlreiche nichtkonzessionierte Pensionen. Nicht bloß Fremde suchen die Pensionen auf, sondern auch Wiener: ganze Familien, alleinstehende Leute, die den Mühen der Wirtschaftsführung entgehen wollen. Noch vor kurzem konnte man in Pensionen Zimmer mit ganzer Verpflegung um 18 bis 20 K. erhalten. Die nun eingetretene Steigerung der Preise ist begreiflich, wenn man die enorm erhöhten Selbstkosten in Betracht zieht. Ein einfaches Waschservice ist unter 60 K. nicht anzuschaffen. Der Wäschemangel ist derart, daß wir sehr bald zu dem Muster der Leipziger Fremdenhotels werden greifen müssen, die bereits ankündigen, daß jeder Besucher der Messe sich Bettwäsche und Handtücher selbst mitbringen muß. In einigen Provinzstädten Oesterreichs ist dies gleichfalls bereits Vorschrift. Was die Verpflegung betrifft, so können auch die Pensionen nichts Ueberflüssiges bieten, auch können sie natürlich mit den staatlich zugewiesenen Rationen nicht auskommen, ebensowenig wie jeder Private; sie sind daher zum großen Teile auf den Schleichhandel angewiesen. Auch die Pensionen unterliegen der Vorschrift, Fremde mindestens acht Tage beherbergen zu müssen. Die erhöhten Eigenkosten sind zu fünf Sechsteln auf die Regie zurückzuführen, die auf das Drei- bis Zehnfache gestiegen ist. Die Preissteigerung ist eine 50- bis 60prozentige. Die Verpflegung ist wohl eine entsprechende, aber „luxuriöse" Darbietungen gibt es nicht. Wir besitzen in Wien derzeit 250 konzessionierte Pensionen. Die Nachfrage nach Unterkunft ist ständig im Steigen begriffen."

Die Wiener Pensionen unterscheiden sich nach ungefähr drei Gruppen: Die „Luxuspensionen", die in kleiner Zahl zumeist im 1. Bezirk sich befinden, die „vornehmen", meist im 9. Bezirke und in der Josefstadt gelegenen, die mittleren und kleineren Betriebe, die in den übrigen Bezirken verstreut sind. Außerdem gibt es noch zahlreiche private Unternehmungen. In einer der „Luxuspensionen" wird entschieden bestritten, daß den Gästen irgendwelche über die zulässige Verköstigung hinausgehende „Delikatessen" verabreicht werden. Zugegeben wird nur eines: daß man auf den Schleichhandel angewiesen ist. „Es nützt nichts," meint die Leiterin, „wir müssen uns Mehl, Fett, Gemüse auf „Umwegen" zu Riesenpreisen verschaffen, sonst könnten wir unseren Gästen gar nichts bieten. 70 K. kostet ein Kilogramm Fett, 24 K. ein Kilogramm Mehl, Butter ist in Wien unter 60 K. nicht zu haben. Ein Ei kostet bis 1 K. 40 H. Das Rindfleisch ist natürlich auch uns gekürzt. Wir greifen daher zu Ersatz. Aber Hammelbraten kostet 26 K. per Kilogramm, Schweine- und Kalbsbraten ist bekanntlich, wenn zu haben, riesig teuer. Wir bezahlen übrigens eine Miete von 25.000 K. jährlich.

Der Inhaber einer Pension im 9. Bezirk schilderte die Schwierigkeiten, das Inventar in Stand zu halten: „Die Freigabe von Hand-

17. Anfrage des GR. Moißl:

Die Gemeinde Wien hat die noch nicht verschleppten militärischen Lebensmittelvorräte in Wien beschlagnahmt und gesichert. Nur diesem Zustande ist es zuzuschreiben, daß diese Vorräte nicht ebenso verschleppt und geplündert wurden, wie dies mit anderen militärischen Vorräten geschah. Nun erfahre ich, daß die Zentralen diese Vorräte der Gemeinde entwinden und in ihrer alten, so ganz und gar nicht bewährten Art und Weise damit herumwirtschaften wollen.

In den letzten Tagen wurden von Wien bereits abdirigiert 15 Waggons Mehl nach Graz, 5 Waggons Mehl nach Leoben, 4 Waggons Mehl nach Innsbruck, 1 Waggon Mehl nach Znaim und zirka 6 Waggons Bohnenkaffee in die Provinz. Außerdem hat die Lebensmittelabgabestelle des Kriegsministeriums nicht allein unglaublich große Quantitäten Fleisch ausgeliefert erhalten, sondern auch nicht weniger als einen halben Waggon Speiseöl verlangt, welch letztere Forderung von der Lagerhausverwaltung der Stadt Wien freilich nicht durchgeführt wurde. Nun hat die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt sich zirka 250 Waggons Mehl überweisen lassen, welche Manipulation doch nur dem Zwecke dienen kann, damit auch dieses Mehl von Wien verschleppt werde. Einen anderen Zweck kann man doch damit nicht verfolgen, denn, um es wieder der Gemeinde Wien zu überweisen, dazu bedarf es doch nicht der Manipulation, dasselbe vorerst von der Gemeinde Wien sich überweisen zu lassen, um es ihr wieder zurückzugeben.

Der beschlagnahmten Fett- und Oelvorräte hat sich die Fett-Zentrale bemächtigt und ihre Maßnahmen sind ebenso unklar wie die der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt. Ich frage deshalb:

1. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, den Zentralen ganz einfach die Menge der beschlagnahmten Vorräte zur Aufrechnung auf die Kopfquote der Bevölkerung mitzuteilen und jede Ausfuhr aus Wien zu verweigern?

2. Ist der Herr Bürgermeister geneigt schon morgen den Ernährungs-Ausschuß einzuberufen, damit im Interesse der Ruhe in unserer Stadt in nichtöffentlicher Sitzung Maßnahmen beraten werden, um diese Manipulationen unmöglich zu machen?

3. Sind dem Herrn Bürgermeister noch keine Maßnahmen bekannt, die auf eine Verbesserung der Geschäftsgebarung und den Abbau der Zentralen hinzielen?

Bürgermeister: Hierüber habe ich einen Magistratsbericht eingeholt, welcher folgendermaßen lautet (liest — Rufe: Hört!):

Ad 1. Es ist richtig, daß nur durch das Einschreiten der Gemeinde Wien und die Uebernahme der Verwaltung der Verpflegsmagazine in Wien und Schwechat durch die Gemeinde Wien eine Verschleppung der reichlichen Lebensmittelbestände dieser militärischen Magazine verhindert werden konnte.

Eine Verfügung über diese Warenvorräte wurde der Gemeinde Wien aber nicht zugestanden (Rufe: Hört!), es kam vielmehr — nachdem die Vorräte durch die Gemeinde gesichert worden waren — ein Uebereinkommen zwischen dem Staatsamte für Volksernährung und dem Staatsamte für Heereswesen (Rufe: Hört!) zustande, wonach 70 Prozent der Vorräte zur Verfügung des Staatsamtes für Volksernährung und 30 Prozent zur Verfügung des Staatsamtes für Heereswesen stehen sollen. (Rufe: Wo ist die Gemeinde?) Nur ausreden lassen! — Gleichzeitig wurde seitens beider Stellen die Zusicherung abgegeben, daß der für das Staatsamt für Volksernährung bestimmte Anteil von 70 Prozent der Warenvorräte ausschließlich für Zwecke der Gemeinde Wien reserviert bleiben soll.

Ich kann bei dieser Gelegenheit nur sagen, daß mein Kollege Hoß und Herr Mag.-R. Dr. Roßkopf bei den diesbezüglichen Sitzungen mit allem Nachdrucke dafür eingetreten sind, daß die Ansprüche der beiden Staatsämter doch in die Wege geleitet werden, die der Gemeinde zugute kommen sollen.

Die Kontrolle über die Einhaltung dieser Verfügung erfolgt einerseits durch die Direktion der Lagerhäuser der Stadt Wien, anderseits durch ein kommunales Organ, das der im Staatsamte für Volksernährung neu geschaffenen Stelle hinsichtlich der Aufteilung und Verwendung der Vorräte des Militärverpflegsmagazins zugeteilt ist.

Abdisponierungen zum Nachteile der Versorgung Wiens dürfen nur in Fällen außerordentlichen Notstandes in der Provinz erfolgen. Die vom Herrn Interpellanten angeführten Abdispositionen von Mehl betreffen laut Auskunft der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt den Austausch von Kochmehl gegen Brotmehl.

Ad 2. Durch die Umgestaltung des Gemeinderates ist auch der Ernährungs-Ausschuß des früheren Gemeinderates außer Funktion gesetzt worden. Ich werde nicht ermangeln, schon in der nächsten Sitzung die Neuwahl des Ernährungs-Ausschusses durchzuführen, worauf ich dem Wunsche des Herrn Interpellanten sofort entsprechen werde.

Ad 3. Es ist mir bekannt, daß schon seit längerer Zeit beim Staatsamte für Volksernährung Verhandlungen geführt werden, welche den Abbau, beziehungsweise die Umgestaltung der derzeit bestehenden Zentralen betreffen.

Es dürfte nach meinen Informationen die Reformierung der wichtigsten Lebensmittel-Zentralen durch Gründung von

Syndikaten, in welchen sämtliche Interessenkreise ihre Vertretung haben werden, bewerkstelligt werden.

Was den Ernährungs-Ausschuß anlangt, so ist er auch in die Grube gesunken und daher kann ich den Ernährungs-Ausschuß erst dann einberufen, wenn der neue gewählt worden ist. Die Herren haben ja schon heute vier Ausschüsse zur Wahl auf der Tagesordnung. Ich werde mit den Obmännern zusammentreten, um die vielfachen Wahlen, die wir jetzt vollziehen müssen, in der kürzesten Zeit durchzuführen.

Nationalzeitung 19./XII. 1918.
Für Wien

heit des hier Vorhandenen ungenügend sein muß, obwohl auch mit Wenigem bei hungernden und verzweifelnden Menschen schon Trost, Hoffnung und ein wenig Freude gespendet wird. Dauernder und wirkungsvoller ist wohl der Versuch, die Nachbarn Wiens, die Tschechen und Ungarn zu veranlassen, ein wenig wieder jener Stadt zuzuwenden, die Jahrhunderte lang Mittelpunkt ihrer Geschichte war und durch zahllose Bande der Verwandtschaft, des Erwerbes und der Geschichte mit ihnen verknüpft ist. Entscheidend aber würde die Hilfe durch die Entente selbst in Betracht kommen. Man erinnert sich, wie großartig die Union sie für Belgien zu organisieren verstand und man kann sich nicht denken, daß Amerika ein Elend länger wird dulden wollen, dessen blosses Vorhandensein eine Schande für jeden ist, der Menschenantlitz trägt. Niemand zweifelt an dem guten Willen der Amerikaner, es wird nur notwendig sein, daß sie erfahren, wie sehr hier Eile Not tut. Wenn der Krieg für alle viel zu lange gedauert hat, so gilt dies zu allererst für Wien. Es trat in den Waffenstillstand ohne Reserven, nichts war vorgesehen, und nichts konnte auch vorgesehen werden, weil das Kriegsende die furchtbare Wirkung hatte, die einstige Reichshauptstadt, die früher in der Mitte einer Zoll- und Menschengemeinschaft von fünfzig Millionen Menschen lag, plötzlich vor lauter nahe Zollgrenzen eines plötzlich feindlich gewordenen Auslandes zu sperren. Die ganzen Lebensvoraussetzungen für das Zusammenleben von mehr als zwei Millionen Menschen, wurden ihnen plötzlich gleichsam unter den Füßen fortgezogen. In erschütternden Worten hat Paul Ziffrer vor den Lesern dieses Blattes das beispiellose Schicksal dieser schönen und heiteren Stadt geschildert; er sprach „von den letzten Tagen von Wien". Nun hat sich tröstlich und hoffnungsvoll, im schweizerischen Nationalrat das Gewissen der Menschheit geregt.

Man darf leider nicht sagen, daß diese Stadt schuldlos gelitten hat, aber man muß bekennen, daß sie mehr gelitten hat, als andere und daß sie dem Herzen der Welt, auch der ihr jetzt feindlichen, näher stand als die meisten. Wien hat ein starkes Anrecht auf die Dankbarkeit der Menschheit. Es war die Stadt der edelsten und sorglosesten Musik, hier hat Beethoven sein Titanenwerk vollbracht, hier wirkten Mozart und Schubert, und die unbeschwerte Anmut ihrer Lieder und Walzer wärmte noch Tausende Kilometer von der „schönen blauen Donau", die nunmehr so entsetzliches Elend sehen muß, Hörern das Gemüt. Große Maler und Dichter, die berühmtesten Aerzte haben hier gewirkt, und in der Geschichte der Wissenschaft steht hoch der Ruf der alma mater Rudolfina. Die sorglose und schicklich genußbereite Weichheit dieser einzigen Stadt ist nunmehr in eine beispiellose Hölle verwandelt, und man wird bemerken, daß keine Bevölkerung außer den Wienern soviel an Entbehrungen ertragen könnte, ohne in blindem Wüten sich verbrecherisch auszutoben. Das Brot ist völlig ungenießbar und kaum vorhanden, Milch nicht einmal für stillende Frauen und Schwerkranke erreichbar, die Trambahnwagen verkehren nur alle halben Stunden in der so ausgedehnten Stadt, der umfangreichsten des Kontinents, in der es kein anderes Beförderungsmittel mehr gibt und niemand sich mehr Schuhe kaufen kann. Um vier Uhr nachmittags müssen die Geschäfte geschlossen werden, weil es keine Kohle gibt für die Gas- und Elektrizitätswerke, und in Kälte und Finsternis schleichen die Hungernden, die von erfrorenem Kraut und spärlichen Rüben leben müssen, in ihre düstere und eisige Wohnung. Nichts ist für die Armen erhältlich, keine Bettdecke, kein Stück Kohle, kein Brocken Fett; nichts, nichts! Nur die spöttelnde Gutartigkeit dieses Volkscharakters konnte solche Entbehrungen ertragen, die von Tag zu Tag mehr ins Unerträgliche sich steigerten. Heute aber ist es so weit, daß die ganze Stadt vom Tod bedroht wird. Wohl hat Wien viele und schreckliche Konkurrenz in seinem Elend, wie es keine hatte in seiner Fröhlichkeit von einst, in der Anmut seiner Frauen, in dem Geschmack seiner Kunst, in der zwanglosen Vornehmheit seiner Lebensführung. Man erinnert sich an die grauenhaften Schilderungen aus den russischen Städten, aber man denkt dabei, um wie viel näher Wien dem Empfinden der Menschheit steht. Sie würde um etwas Unersetzliches ärmer sein, wenn Wien ausgelöscht würde.

Es wäre verfehlt, allzuviel von der Hilfe der Tschechen und Ungarn zu erwarten, auch wenn die Entente diesen Verbündeten begreiflich machte, daß sie mit ihrer unmenschlichen Aushungerung sich selbst nichts nützen, sondern sich bloß entehren. Denn jene Länder sind selbst zweifellos stark desorganisiert, und die Regierungen dort zu schwach, um ihre Versprechungen, auch wenn sie zu solchen bereit sind, durchsetzen zu können. Was man erhofft, ist eine rasche und organisierte Hilfe, die sich am Ende wohl „lohen" würde, um das häßliche Wort zu gebrauchen. Die Millionen Menschen, große Fabriken, Wohnungen in edelstem Geschmack, Sammlungen, die zu den auserlesensten der ganzen Welt gehören, sind ein Besitz für alle, und da die Menschen ja doch einmal wieder, statt gegen einander, werden zusammen leben müssen, sind sie ein Besitz für alle. Eine große Geste der Entente, eine rasche Hilfe der Amerikaner würde eine Tat sein, die in jedem Sinne Werte bewahrt und schafft und sie würde zu jenen Gesten gehören, die auch noch nach Jahrhunderten nicht vergessen werden. Ein Redner hat gestern in Bern daran erinnert, daß Wiens Widerstand die Christenheit vor der Gefahr der türkischen Invasion errettete. Zweimal errettete, 1529 und 1683, und dadurch wurde die Welt vor dem Rückfalle in die Barbarei bewahrt. Vielleicht gäbe es, wenn Wien damals nicht opferwillig und heldenhaft widerstanden hätte, heute gar keine Republik der Vereinigten Staaten. Es ist förderlich, an solche große Grundlinien der Historie, an die Solidarität Europas und seines gesund emporgewachsenen Kindes Amerika zu denken, denn es führt von der Barbarei dieser Tage fort, die heute dazu gekommen ist, daß eine der großen Städte menschlichen Fleißes und menschlichen Genies darum flehen muß, nicht zu verhungern und zu erfrieren.

Die Zukunft Wiens wird jedenfalls härter sein, als jene der meisten anderen Städte, selbst wenn heute das erwachende Gewissen das Aergste von ihm abwendet. Denn die Wurzeln seiner Existenz sind abgegraben und die großdeutsche Lösung des Anschlusses an die deutsche Republik gibt Wien keine Aussichten auf Wiederherstellung seines alten Glanzes. Es war die „Kaiserstadt", die Residenz der Habsburger, das Produkt des Vielvölkerreiches, und es bleibt auf seine Verbindung mit den losgelösten Ländern angewiesen. Findet es sich nicht wieder zu ihnen, wobei man ja nicht an eine politische, sondern an eine wirtschaftliche Zusammengehörigkeit denken wird, an das, was Alfred H. Fried in Wort und Gedanken glücklich, einen „Zweckverband der Donaustaaten" nannte, dann ist es eine unglücklich gelegene Provinzstadt, die niemanden besitzt, für den sie zu arbeiten hat und der sie ernährt. Für alle deutschen Absatzgebiete zu weit entfernt und konkurrenzunfähig, hätte es in einem Ländchen, das kleiner wäre, als Bayern, zwei Millionen Menschen, die nicht wissen, was sie mit sich beginnen sollen. Die Sinnlosigkeit des reinen Nationalitätenprinzips tritt nirgends deutlicher zu Tage als im Worte vom „deutschen Wien", wenn auch die Verzweiflung der Verlassenen in der unglücklichen Stadt und die traditionelle Instinktlosigkeit jener ewigen Untertanen sich daran klammern mag. Die Entente sieht heute das ehemalige Oesterreich und Ungarn als einen wahren Hexenkessel, in dem es brodelt und zischt. Deutschböhmen wehrt sich verzweifelt gegen den tschechischen Terror, der sich auf angebliche Besitzverhältnisse vor 1620 beruft, in Mähren und Schlesien Gewalt und Unterdrückung, in der Bukowina, Siebenbürgen, der Slowakei Kämpfe, im deutschen Südtirol unauslöschlicher Haß der Vergewaltigten, und Wien, die noch vorhandene Hauptstadt eines nicht mehr vorhandenen Reiches, liegt rettungslos am Boden. Zweifacher Hilfe bedarf es — einer für den Augenblick. Sie besteht in Milch, Brot, Fleisch, Kohlen, Fett, Medikamenten, Kleidern, Schuhen, in allem, was man braucht, um nicht sofort zu sterben. Die andere Hilfe aber ist notwendig, damit Wien lebe, nicht als kümmerlicher Bettler, sondern als gleichberechtigtes Glied dieser Welt, der es so viel gab und wohl auch noch geben könnte. Diese Hilfe aber kann nur darin bestehen, daß die Weltherren der Entente verstehen, die Notwendigkeiten geographischer und wirtschaftlicher Zusammenhänge mit dem berechtigten Daseinswillen der neuen Nationalstaaten zu vereinigen. Die Art, wie sie auf den Hilferuf Wiens antworten, dürfte man als erste entscheidende Probe nehmen, ob sie verstehen, Dauerndes zu schaffen und sich nicht von den Phrasen der verschiedenen Chauvinisten beherrschen lassen.

Dies ist die dringende Sorge von morgen. Die Sorge für heute, unaufschiebbar, ist, daß Wien nicht aufhöre, daß mit der ehemaligen Hauptstadt nicht auch ihre Bewohner ehemalig werden. Die edle, hilfsbereite Tat der Schweiz, die für alle Zeit ein Ehrentitel für sie sein wird, darf und wird nicht vergebens sein. Der in Bern erschollene Ruf „Für Wien!" wirkt wie die erste Selbstbestimmung, glänzt wie Morgenrot nach der langen Nacht des Hasses.

Für Wien!

In unseren Zeiten eines verwüsteten Hasses tut es doppelt wohl, bei Worten und Taten der Liebe einen Augenblick verweilen zu dürfen. Gestern wurde im schweizerischen Nationalrat eine Motion besprochen, die Hilfeleistung für das ins Elend, Krankheit und Hunger versinkende Wien fordert, und Sprecher aller die Schweiz bewohnenden Nationen sind für diesen Antrag eingetreten, den auch der Bundespräsident in herzenswarmen Worten annahm. Auf verschiedene Weise soll versucht werden das Aergste von der unendlich geprüften Stadt abzuwenden. Einerseits durch rasche Hilfe seitens der Eidgenossenschaft selbst. Es liegt auf der Hand, daß diese bei der Größe des dort Erforderlichen und bei der Knapp-

Neue Freie Presse

25./XII. 1918

222

Hausfrauensorgen heute und morgen.

Das Budget des Mittelstandes nach dem Kriege.

Aus einem Gespräch mit Frau Franzina v. Pacher-Theinburg.

Präsidentin des Wiener Frauenerwerbvereines.

Auch in der sorgloseren Zeit vor dem Kriege hat es Hausfrauensorgen gegeben: Dienstbotenärger, Preissteigerungen um 20 bis 30 H., die Größe der Semmeln, die gewässerte Milch, die Unpünktlichkeit der Lieferanten, die die Waren nicht schon um 8 Uhr früh ins Haus brachten.... Wie nichtig erscheint dies alles heute, aus der Distanz von fünf Kriegs- und Entbehrungsjahren, und wie lebhaft sehnt sich jede Wiener Hausfrau jetzt zurück nach ihren Sorgen von 1913, nach dieser Zeit, von der man oft zu sagen pflegt, daß man damals gar nicht gewußt hat, wie gut es einem gegangen ist. Man hat es ja schon fast völlig vergessen, wie alles damals war und wie spielend leicht man im Frieden einen Haushalt führen konnte. Ist es denn wirklich möglich, fragt man sich manchmal, daß das Kilo Fleisch einmal einen Gulden dreißig Kreuzer gekostet hat, die Butter einen Gulden fünfzig Kreuzer und das Deka Schinken drei Kreuzer? Ist es nicht eine Täuschung, eine Fata Morgana des unterernährten Gemüts, daß man an jeder Ecke Zwetschken und Aepfel um einige Kreuzer einkaufen konnte? Daß man für ein in jedem Sinne gutes Geld und ohne viel gute Worte, ohne Karten, Anstellen, ohne Beziehungen, List und Protektion mühelos mehr und bessere Ware bekam als heute für schlechtes Geld und grobe Worte — nämlich von seiten des Verkäufers? Und es hat tatsächlich einmal eine Zeit gegeben, wo einem alles ins Haus geschickt wurde, wo Bäcker, Milchfrau, Fleischhauer, die Gemüsefrau und die Eier- und Geflügelhändlerin immer bereitwillig und liebenswürdig zu Diensten standen, wo den häusliche Alltag sich in wohlvorbereitete Mahlzeiten gliederte und seinen ruhig-gleichmäßigen bürgerlichen Verlauf nahm? Wo sind die Zeiten, in denen man kein Millionär und kein Kriegsgewinner sein mußte, um ein ausreichendes Mittagessen und Nachtmahl herzustellen? Wenn man mit Hausfrauen aus dem Mittelstande spricht, so erscheint ihnen das immer als der Inbegriff und der Ausdruck der verschwundenen bürgerlichen Lebensführung und der Friedenswirtschaft: das Wirtschaften ohne Karten und Vorschriften, das ungehinderte Einkaufen zu angemessenen Preisen, die Zustellung der Waren ins Haus, das ganze Haushalten, wie es einmal war. Auf die Rückkehr dieser Zeiten warten alle Wiener Hausfrauen, und früher wollen sie nicht daran glauben, daß der Krieg zu Ende ist, daß wir Frieden haben. Werden sie noch lang darauf warten müssen? Wird es noch lang dauern, bis das Approvisionierungs- und Aushungerungsgerüst abgebaut sein wird? Und kommen überhaupt solche Zeiten jemals wieder? Das sind so Fragen, wie sie die Gemüter der Wiener Hausfrauen bewegen, namentlich jetzt um die Weihnachtszeit, wo man ja immer um einige Wünsche und Hoffnungen mehr hat, als in Erfüllung gehen können....

Aber wenn auch nicht alles wieder so kommen wird, wie es einmal war, so ist es vielleicht doch am Platze, über dieses unbekannte Kommende ein bißchen nachzudenken und jetzt, an der Schwelle des Friedens, einen Ausblick zu versuchen, um sich einen ungefähren Begriff davon zu machen, wie der Wiener Mittelstand in der nächsten Zeit wirtschaften und haushalten wird. Vorher sei noch ein kurzer elegischer Rückblick auf das verlorene Rindfleisch- und Mehlspeisparadies gestattet. Man hat damals in Wien wirklich gut gelebt, nicht luxuriös und raffiniert, aber es wurde in den meisten Wiener Mittelstandsfamilien gut und schmackhaft gekocht. Wenn man reichsdeutsche Besucher zu Gaste hatte, waren sie immer erstaunt und entzückt und behaupteten, daß wir „schlemmen". Freilich, heute erscheint's uns auch schon wie Schlemmerei, daß man jeden Mittag Suppe, Rindfleisch mit Gemüse und Mehlspeise gegessen hat, am Sonntag einen Braten mit zwei Beilagen und am Abend „bloß" kalten Aufschnitt mit „etwas" Käse und Butter. Man hat damals in Wien entschieden besser gelebt als in Berlin, allerdings auch etwas teurer, wobei dieses „teurer" natürlich auch in Friedenswährung zu berechnen ist. Für sechs bis acht Kronen konnte man damals eine Mahlzeit für vier Personen bereiten, ein Betrag, mit dem heute ein einzelner sich nicht halbwegs sättigen kann. Damals pflegte man das Budget eines bürgerlichen Haushaltes nach dem Schlüssel „sechsfacher Jahreszins" zu berechnen, und meistens hat es gestimmt. Wer für die Wohnung 1500 Kronen Zins zahlte, konnte mit 10.000 Kronen jährlich sein Auslangen finden. Dabei hat man sich damals auch sonst noch etwas gönnen können: anständige Kleidung, Geselligkeit, Vergnügungen, Sommeraufenthalt. Heute spart man sich das alles ab, der größte Teil des Einkommens geht auf die Ernährung auf, und viele essen sich jetzt buchstäblich auf.

In den Kriegsjahren ist das Mittelstandsbudget mehr und mehr in Unordnung geraten, alle überlieferten Haushaltungsbegriffe sind gestürzt worden, und heute gibt es wohl nur mehr wenige Hausfrauen, die ein geordnetes Budget haben, einen Ueberblick über ihre Ausgaben und genau wissen, was sie gebraucht haben und in der nächsten Zeit brauchen werden. Es ist auch ganz unmöglich. Man lebt jetzt blindlings in den Tag hinein, hungert die eine Woche, bis man in der nächsten wieder etwas erwischt, man ist mit seinen Einkäufen von der Gelegenheit abhängig, vom Zufall, von den Vorschriften, der Konjunktur und vor allem von der Gnade des Ketten- und Schleichhändlers. Man ist glücklich, wenn man Schweinefleisch bekommt, das „bloß" 45 Kronen kostet, oder „billige" Butter um 70 Kronen. Alle wirtschaftlichen Prinzipien und alle sittliche Entrüstung helfen da nichts, denn damit kann man nicht kochen und keine Familie satt machen. Die Geldentwertung, über die vier Jahre lang kein Wort geschrieben und gedruckt werden durfte, hat die Mittelstandshausfrau am schärfsten gespürt, und bei jedem Gang in den Laden und auf den Markt konnte sie sich von der sinkenden Kaufkraft der Krone immer wieder überzeugen. Auch die Preise von Kohl, Kraut und Erdäpfeln sind eine Valuta und vielleicht die beredteste. Unwillkürlich wurde die Hausfrau mit ihren kleinen Küchen- und Wirtschaftssorgen in die großen Probleme der Ernährungspolitik hineingezogen. Und dabei hat sie eine stille Beobachtung gemacht: daß nämlich der Wechsel von Kriegsglück und -unglück, Sieg und Niederlage, Invasionen und Eroberungen merkwürdigerweise auf den Haushalt und sein Budget ebensowenig Einfluß gehabt haben wie das jeweilige Ergebnis der Ernte. Ob wir siegten oder nicht, ob die Ernte schlecht war oder glänzend, die Mittelstandshausfrau hat davon nie etwas gespürt, sie hat nie mehr bekommen oder billiger und leichter einkaufen können. Im Sommer hat es regelmäßig zuversichtlich geheißen: die Ernte steht glänzend, und im Herbst war nie etwas da, so daß sich die Hausfrau immer gefragt hat: wo ist die ganze Ernte hin, wo ist das Mehl, wo sind die Erdäpfel, wo ist das Obst. In jedem Herbst hat man ihr für das verschwundene Obst Marmelade im Winter versprochen, aber die Marmelade ist nie zum Vorschein gekommen, höchstens wieder in der Gestalt von verteuertem Obst.

Ob es Mittelstandsfamilien gegeben hat, die nur von den amtlich zugewiesenen Rationen und Kopfquoten gelebt haben? Die Frage verneint sich wohl von selbst. Uebrigens muß man gerechterweise zugeben, daß das viel angefeindete Kartensystem doch zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ernährungssicherheit beigetragen hat, und wahrscheinlich wird man es, zum Leidwesen vieler Hausfrauen, noch einige Zeit beibehalten müssen. Auch sonst haben die Hausfrauen im Kriege manches gelernt und werden manche Erfahrung verwerten. Man wird vermutlich in den meisten Familien bei der einfachen, mäßigen Lebensweise bleiben, wird wahrscheinlich den Fleischgenuß auch später freiwillig einschränken und mit Fett, Zucker und Kohle sparen. Manches Kriegsrezept wird in den Friedenshaushalt übernommen werden, weil man auch mit einem Ei und wenigen Dekagramm Butter wohlschmeckende Mehlspeisen herstellen kann. Auch die Kochkiste wird nicht in die Rumpelkammer wandern und namentlich von Frauen, die einen Beruf haben, der sie den ganzen Vormittag vom Hause fernhält, gern weiterverwendet werden. Mit den im Kriege entstandenen Konsumentenorganisationen haben die Hausfrauen ebenfalls sehr gute Erfahrungen gemacht, so daß sie sich kaum nach der alten Greislerwirtschaft zurücksehnen werden. Die Kriegs- und Gemeinschaftsküchen dagegen werden wohl allmählich verschwinden, und auch dem jetzt wieder eifrig propagierten Einkochenhaus kann man kaum eine große Friedenszukunft prophezeien. Das ist eine Einrichtung, die sich vielleicht im disziplinierten Deutschland bewähren mag, aber nicht in Wien, wo man trotz aller Entbehrungen sozusagen im Prinzip noch immer verwöhnt ist und auf seinen persönlichen Geschmack, auf den „Gusto" nicht verzichten will. Wenn uns die harten Kriegsjahre in dem Punkte nicht anders gemacht haben, so werden uns auch die kommenden Friedensjahre nicht ändern.

Die kommenden Friedensjahre — was werden sie wohl den Wiener Hausfrauen bringen? Vorläufig ist es schwer, sich davon einen Begriff zu machen. Man merkt noch nichts von einer Uebergangswirtschaft, von einer Vorbereitung zum Abbau der Preise, man ist noch immer vom Zufall und vom Schleichhandel abhängig. Und es wäre schon höchste Zeit, wieder zu einem geregelten Budget zurückzukehren, zu vernünftigen Ausgaben, die mit den Einnahmen in Einklang stehen. Der Gebrauch einer bescheidenen Mittelstandsfamilie mit einem Jahreseinkommen von 12.000 K. würde sich dann, nach einem gewissen Abbau unserer ganzen Lebensbedingungen, ungefähr folgendermaßen gliedern: ein Sechstel für Wohnung, ein Sechstel für Kleidung, je ein Zwölftel für Schulgeld und Mehrausgaben im Sommer und die Hälfte des Einkommens für Nahrung. Der Winter und das Frühjahr werden für die Wiener Hausfrau und ihre Familie jedenfalls noch schwere Zeiten bringen, und auch wenn wir einmal über das Aergste hinaus sein sollten, sparen werden wir noch lange müssen. Auf Ueppigkeit und Luxus wird diese Generation vielleicht überhaupt verzichten müssen. Und da für die Frauen jetzt auch die Zeit der politischen Betätigung gekommen ist, so werden sie sich wahrscheinlich am ehesten jener Politik zuwenden, die auch auf ihre häuslichen Sorgen Rücksicht nimmt, also einer Mittelstandspolitik, einer Wirtschaftspolitik. Viele Hausfrauen werden sich dabei aktiv betätigen, um die besseren Zeiten herbeizuführen, aber die meisten werden wohl geduldig und unermüdlich wie bisher weiter wirtschaften und ab und zu von den gewesenen und den kommenden besseren Zeiten träumen: wo einem der Bäcker, die Milchfrau und der Fleischhauer jeden Morgen alles ins Haus bringt. Ob wir das noch erleben werden?

Friedensblatt
25./XII. 1918
224

Etwas für die Hausfrau.

(Rezepte.)

Fischsuppe kann aus dem Fischsud, dem Kopf, dem Fischbeuschel zubereitet sein, indem eine gelbbraune Einbrenne mit dem Sud vergossen wird. Das Grünzeug gehört ebenfalls in die Suppe, sowie das Beuschel, der Kopf ohne die Flossen; dann etwas Essig. Muß sehr pikant, dicklich und ausgiebig sein.

Rimanesta. Ein fettes Suppenhuhn — ein altes ist vollständig dafür passend — wird entsprechend geputzt, hergerichtet und in Stücke geteilt. Grobe Gerstel waschen, in einen Topf geben, etwas Zwiebel, eine Messerspitze Paprika, dann das Huhn hinein, womöglich die fetteren Stücke. Mit reichlich Wasser bedeckt, schiebt man den Topf in die Röhre, wo er bis zum nächsten Tag verbleibt. Besitzt man nur Gasröre, am Herd ankochen, dann eine halbe Stunde in die Gasröhre und drinnen lassen. Will man sie bald fertig haben, so kommt alles dann in die Kochkiste für zwei Stunden. Auch Gänse-Junges, Rindfleisch oder harte Wurst kann auf diese Weise zubereitet werden und ist diese Zusammenstellung nicht nur sättigend, sondern aus letzterem Grunde auch billig.

Fisch in Pfeffersauce. Der Fisch wird geputzt und sehr rasch gewaschen, dann eingesalzen. Grünes aller Art oder getrocknete Julienne mit einem Stück Zwiebel, Pfefferkörnern und reichlich Wasser — so viel man eben Sauce haben will — zum Kochen bringen. Hat es zehn Minuten gekocht, legt man den Fisch hinein, neben- nicht übereinander, kocht ihn langsam in ungefähr einer halben Stunde weich, legt ihn dann auf eine Schüssel. Den Sud durchlaufen lassen, etwas davon mit etwas Mehl und paar gestoßenen Nüssen abrühren und in der kochenden Sud einrühren. Abschmecken, ob Salz oder etwas Zucker vonnöten. Die Sauce muß dicklich sein. Etwas gießt man über den heißen Fisch, der Rest wird extra serviert. Will man den Fisch kalt, so legt man auf die aus dem Sud herausgehobenen Stücke etwas von dem weichen Grünzeug, spritzt den Sud nach Geschmack mit etwas Essig, seiht ihn über den Fisch und läßt ihn in der Kälte sulzen. Am besten schmeckt in dieser Zubereitung Karpfen oder Hecht, aber auch jeder Seefisch eignet sich dazu.

Kohlrübensuppe. Die Kohlrüben werden geschält, in kleine Würfel geschnitten; die kleinen feinen Blätter fein hacken und dazugeben, dann alles mit Wasser bedecken und weich kochen; licht einbrennen, sodann mit dem Kohlrübenwasser aufgießen, entweder dann die Kohlrübenwürferln im ganzen lassen oder passieren; gut verkochen und etwas zuckern; sehr praktische Verwertung holziger Kohlrüben, welche man aber passieren muß.

Heringe marinieren. Die jetzt öfters erhältlichen Salzheringe bilden eine angenehme Bereicherung des eintönigen Speisezettels und können, wenn sie mariniert sind, längere Zeit aufbewahrt werden. Die Heringe ins Wasser legen, bis die oberste Salzkruste verschwunden ist. Dann herausnehmen, in frisches Wasser legen und darin ein bis zwei Tage lassen; besser ist es, auch dieses zweite Wasser nochmals zu wechseln. Nun Kopf entfernen, die Haut abziehen und die dicke Mittelgräte entfernen. Der Hering wird nun Streifen oder dicke Nudeln geschnitten und in ein Tongefäß gelegt. Sind die Heringe Milchner, wird die Milch beiseite gelegt. Essig mit Wasser, Pfeffer kochen, ausgekühlt daraufgießen, sowie Zwiebelringerln, Lorbeerblätter. Die Milch fein verrühren, ebenfalls hinein. Zuletzt einen in Scheibchen geschnittenen, geschälten Apfel und — wenn man es hat — ein paar gestoßene Nüsse oder Obstkerne, sowie wenn nötig etwas Zucker. Die Sauce muß dicklich sein, angenehm süßsauer schmecken, der Essig darf nicht gesalzen werden; muß paar Tage stehen, bevor die Marinade gut ist. Auch ein paar gekochte, gschnittene rote Rüben verfeinern den Geschmack, man kann bei derlei überhaupt immer persönlichen Neigungen Rechnung tragen und verschiedenes dazumischen.

Kartoffelkuchen. 30 Deka gekochte passierte Erdäpfel, 15 Deka Zucker, 3 Dotter, 3 Deka Nüsse oder Brösel, 3 Klaar fester Schnee, ein halbes Pakel Backpulver, alles gut gerührt, ergeben eine sehr gute große Torte, die sowohl warm als kalt gegessen, mit Marmelade bestrichen oder mit Saft begossen werden kann.

Kaninchen züchtet man jetzt allenthalben, aber nachdem das Fleisch etwas weichlich schmeckt, muß man ihm einen kräftigen Beigeschmack geben. Eine Beize kochen aus Wasser, Essig, Zwiebel, Grünzeug, Pfeffer, das Fleisch abhäuten, soweit es nötig ist, salzen, in die kalte Marinade legen. Nach paar Tagen etwas von der Beize aufkochen, das Fleisch hinein, unter öfteren Zugießen weich braten. Dann den Saft passieren, nach Geschmack, eventuell mit etwas Mehl ihn verdicken, Paradeis dazu, so viel als nötig, um einen dicklichen Saft zu haben, und gibt das in der Sauce liegende Fleisch mit einer trockenen Beilage zu Tische. Wer den Paradeisgeschmack nicht liebt, macht den Braten genau so, wie jedes andere Wildbret. Will man einen **Fleischsalat** davon, so dünstet man das gebeizte Fleisch in etwas Fett, schneidet es nach dem Erkalten in nette Stückchen und verrührt es mit Essig, Senf, etwas gehackten Zwiebel, kann den Salat auch mit Kartoffel-, roten Rüben- oder Gemüsesalat garnieren oder in der Schale gekochte Kartoffeln zur Sättigung dazugeben.

Goldtorte. Ein achtel Kilogramm kleine Karotten kochen oder dünsten und dann passieren; ein Ei mit etwas Zucker und Gewürz abrühren, die Rüben hinein, ebensoviel Mehl, eine Messerspitze Backpulver, backen; auseinandergeschnitten (erst am nächsten Tag), mit Marmelade füllen oder mit falschem Obersschaum überziehen.

Obersschaum. In sehr festem Schnee etwas Zucker und mit Zucker dick gekochtem Kaffee kochend heiß hineintropfen und so lange weiterschlagen bis der Schaum dick und hellgelb geworden ist.

Sid. R.

* * *

Kuttelflecke sind manchmal zu erhalten und bestens zu empfehlen. Erhält man sie gereinigt vom Fleischer, dann hat man nur nötig, sie nochmals gut zu waschen, bis sie sauber sind, eventuell können sie auch über Nacht im Wasser bleiben. Wenn sie nicht weiß, das heißt geputzt sind, übergießt man sie mit kochendem Wasser, nimmt sie aufs Brett und reibt sie mit einem alten Löffel stückweise ab. Die oberste Haut geht dabei mit, und die Kutteln werden schön weiß; hierauf nochmals ins Wasser legen! Am einfachsten und vielleicht am besten ist folgende Zubereitung: Die Kuttelflecke so lange kochen, bis sie ganz weich sind, was auch in mehreren Absätzen geschehen kann. Kochkiste dafür sehr praktisch, muß aber natürlich immer frisch heiß gemacht sein. Sind sie weich, so schneidet man sie fein nudelig, macht dann eine gelbbraune Einbrenne — nicht sehr dunkel — gibt eine feingehackte Zehe Knoblauch dazu, sowie das Fleisch, röstet es auf und gießt nach Bedarf vom Kochwasser zu. Salzen, pfeffern, würzen; viele kochen sie mit Wurzelwerk weich und säuern sie dann wie Beuschel, viele bevorzugen den **Kalbaunen-Salat**, welcher ganz einfach bereitet wird. Man nimmt die feinen Kuttelflecke und gibt sie zu einem Gemenge von Essig, Senf, feingehackter Zwiebel und geschnittenen Kartoffeln. Der Salat muß mindestens ein paar Stunden vor Gebrauch gemacht werden, gewinnt aber durch längeres Stehen noch an Geschmack. Er kann auch in größerer Menge wie rote Rüben in einem Topf eingelegt sein, die Marinade muß aber dann drüber stehen und der Essig in gekochtem Zustande verwendet werden. Auch die sogenannte **Innerei** vom Schöps oder Lamm oder Kalb ist sehr profitlich und trotz seines jetzt so hohen Preises eine billigere Mahlzeit als Geflügel, Fische und dergleichen. Die Leber wird extra verwendet, alles andere nach gutem Reinigen gekocht und wie die Kuttelflecke eingemacht; meistens mit etwas Essig gespritzt. Als Beigabe dienen Kartoffeln, „Knödel" (was ist das?), Nockerln, kurz jede trockene Mehlspeise. Erhält man einen ganzen oder halben Kopf, wird Hirn und Zunge jedes für sich verwendet, der Kopf selbst weich gekocht; der Sud dient als Suppe, das Fleisch, abgelöst, als Eingemachtes in verschiedensten Formen.

S. R.

Die Zeit

25./XII. 1918

225

für Wien.

Abonnement für Wien
zum Abholen in unseren Expeditionsstunden
monatlich K 5.50.

Mit täglich zweimaliger Zustellung ins Haus
monatlich K 6.20, vierteljährig K 18.—,
halbjährig K 36.—, ganzjährig K 72.—.

Abonnement für Oesterreich-Ungarn
mit täglich einmaliger Postversendung
monatlich K 6.60, vierteljährig K 18.—,
halbjährig K 36.—, ganzjährig K 72.—.

Mit täglich zweimaliger Postversendung
monatlich K 7.50, vierteljährlich K 21.—
halbjährig K 42.—, ganzjährig K 84.—

Nach allen Weltpostvereinländern
monatlich K 7.10, vierteljährig K 22.—

Für Ein- und Ausgänge, Ansteigen oder Fernbleiben bezüglich Beilage bieten wir keine Garantie, wenn sie nicht unsere Quittung vorlegen.

17. Jahr.

Unser Nahrungsmittelbedarf.

Von **Staatssekretär Dr. Hans Loewenfeld-Ruß.**

Mit dem Zerfall Oesterreichs ist auch unser Versorgungsplan für das Wirtschaftsjahr 1918/19 zunichte geworden. Deutschösterreich hat, da die neugebildeten Staaten vielfach eine Absperrungspolitik inaugurierten, seine wichtigsten Anfuhrungs- und Zuschubsgebiete verloren. Bei der geringfügigen eigenen Produktion und da die heimischen Vorräte fast vollständig erschöpft sind, ist Deutschösterreich, wenn es seinen Bedarf in der nächsten Zeit decken können soll, auf die Einfuhren von auswärts angewiesen. Um diese Einfuhren zu ermöglichen, müßte zunächst die noch bestehende Blockade so schnell als möglich gemildert oder soweit aufgehoben werden, daß wir von den neutralen und von den Ententeländern, zumal aber von Amerika, die Mindestmenge des unbedingt erforderlichen Nahrungsmittelbedarfes erhalten.

Welche Mindestmenge ist nun für die Zeit bis zur neuen Ernte, das ist bis etwa Mitte August 1919, somit für etwa 7½ Monate, erforderlich?

Das deutschösterreichische Staatsamt für Volksernährung hat gleich zu Beginn seiner Wirksamkeit den unerläßlich notwendigen Bedarf an den einzelnen Lebensmitteln für die Bevölkerung Deutschösterreichs ermittelt. Diesen Berechnungen wurde auf Grund eines von der Statistischen Zentralkommission zur Verfügung gestellten Materials eine Bevölkerungsziffer von 10·9 Millionen Einwohnern für das Gebiet Deutschösterreich, wie es durch die Grundgesetze festgesetzt wurde, also einschließlich Deutschböhmens, des Sudetenlandes und Deutschtirols, zugrunde gelegt. Die Anzahl der Nichtselbstversorger wurde auf Grund der während der Kriegszeit gemachten Erfahrung, daß im zweiten Halbjahrsabschnitt des Wirtschaftsjahres eine Reihe von Selbstversorgern zu Nichtselbstversorgern werde, mit 8·6 Millionen Menschen berechnet.

Zur Ermittlung des Lebensbedarfes dieser Bevölkerungsmasse will ich mich zunächst nur auf die zwei Lebensmittelgruppen Mehl, Fett und Fleisch, das heißt auf jene Artikel beschränken, in denen wir in erster Linie eine Hilfe von der Entente und Amerika erwarten. Die Feststellung der Bedarfsziffern hängt naturgemäß von der Höhe derjenigen Lebensmittelrationen ab, die als unentbehrlichen Lebensbedarf der Berechnung zugrunde gelegt wird.

In einem wissenschaftlichen Gutachten, das der bekannte Ernährungsphysiologe Prof. Dr. Durig auf Ersuchen des Staatsamtes für Volksernährung über den Lebensmittelbedarf nach der Kalorientheorie ausgearbeitet hat, wird als Grundlage des Bedarfes für die Verpflegseinheit, das ist für einen 70 Kilogramm schweren erwachsenen Mann, pro Tag ein Mindestmaß von 3000 Kalorien angenommen, wobei ein Kilogramm Mehl zu 3000 Kalorien, ein Kilogramm Fleisch zu 2000 Kalorien und ein Kilogramm Fett zu 8000 Kalorien angenommen wurde. Auf dieser Grundlage wurde nach dem Kostmaß von Zuntz für den Bedarf der Verpflegseinheit eine Tagesquote von 525 Gramm Mehl, eine Wochenquote von 400 Gramm Fett und eine Wochenquote von 265 Gramm Fleisch pro Kopf erforderlich sein.

Gegenüber diesem Bedarfsausmaß bleiben unsere derzeitigen Lebensmittelrationen sehr

ritt die sehr unerfreuliche Erscheinung, daß er Einfuhrpreis unsere heimischen Höchstpreise ür Mehl (Brotmehlpreis 100 Kronen, Kochmehlpreis 150 Kronen) sehr bedeutend übersteigt. Bei dem Stande unserer Finanzen wird, mindest erscheint es unwahrscheinlich, der Staatsschatz kaum in der Lage sein, diese Differenz zwischen Einfuhrpreis und Höchstpreis auf sich zu nehmen. Bei einer Einfuhrmenge von 400.000 Tonnen würde diese Belastung — wenn ich den durchschnittlichen Höchstpreis von Brot- und Kochmehl nach dem derzeitigen Verhältnis der Ausgabe mit K. 110 annehme — mehr als 220 Kronen pro 100 Kilogramm oder für 7½ Monate 880 Millionen Kronen, pro Monat also 117 Millionen Kronen ausmachen! Mit dürren Worten ausgedrückt, heißt dies, daß eine Erhöhung der Mehl- und Brotpreise kaum vermeidbar sein wird, so zwar eine solche Erhöhung auch von der Bevölkerung getragen werden kann.

Der junge deutschösterreichische Staat sieht sich, wenige Wochen nach seiner Aufrichtung, nicht nur vor die ernstesten politischen Fragen, sondern auch vor die schwersten wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Probleme gestellt. Aber die Beschaffung der notwendigen Mittel für die Einfuhr der unentbehrlichen Lebensmittel muß gelingen. Es sind nicht fröhliche Weihnachten, die wir feiern können. Und es wird der harten Arbeit aller bedürfen, um nur leben zu können. Hoffen wir, daß die ersten Lebensmittelsendungen aus dem Westen nicht mehr allzulange auf sich warten lassen.

Arbeiterzeitung
27./XII. 1918

231

Das Elend der Bevölkerung Wiens.

Von Vizebürgermeister Jakob Reumann.

Der Zusammenbruch des furchtbarsten aller Kriege hat die Bevölkerung, besonders aber die Wiener Bevölkerung noch lange nicht von dem Elend befreit, das der Mangel an allem Notwendigen des täglichen Bedarfes hervorgerufen hat. Die Aufrechterhaltung der Blockade im Zusammenhang mit der Absperrung der Lebensmittelzufuhren aus Böhmen, Mähren und Ungarn hat die Not der Bevölkerung Wiens in einer Weise gesteigert, daß wir vor einer Katastrophe der Unterernährung stehen, wenn nicht ehestens Hilfe kommt.

Freudig begrüßen wir die Zusicherung des eidgenössischen Ernährungsamtes, daß es unserer Stadt sofort mit Lebensmitteln aushelfen will. Es werden 60 Waggons Mehl, 40 Waggons Reis, 6 Waggons Fett, 6 Waggons Kondensmilch sowie andere Nahrungsmittel der Bevölkerung Wiens rasch zugeschickt werden. Die Schweizer Hilfsbereitschaft rührt uns tief, wenn auch die Menge einem Wassertropfen auf glühendes Eisen vergleichbar ist. Geholfen kann nur werden, wenn die Blockade aufgehoben, wenn uns möglich gemacht wird, durch Behebung der Valutaschwierigkeiten auf dem Weltmarkt unseren Bedarf zu decken.

Brauchen wir Hilfe? Die zahlreichen Mitteilungen anerkannter Aerzte, der Leitungen von Krankenkassen, ganz besonders aber des Gesundheitsamtes der Stadt Wien bejahen diese Frage. Das Gesundheitsamt verweist auf die Berechnungen eines unserer bedeutendsten Physiologen, des Professors Durig. Mit den Lebensmittelkarten, deren tatsächliche Einlösung nicht immer sichergestellt war, waren der Bevölkerung 746 Wärmeeinheiten (Kalorien) zugedacht, während wissenschaftlich festgestellt ist, daß für Menschen von mittlerem Körpergewicht 2500 bis 5500 Kalorien für den Tag, je nach der Arbeitsleistung, erforderlich sind. Das städtische Gesundheitsamt fügt dieser Feststellung die sehr richtige Bemerkung bei: „So kam es, daß sehr viele Leute während der Kriegsjahre bis zu 40 Kilogramm einbüßten und viele, die in der Friedenszeit Fettbestand erworben hatten, von diesem eigenen Fett zehren mußten. Schließlich ist aber der herabgekommene Körper nicht mehr in der Lage, aus sich selbst Kalorien zu verwerten."

Die Sterblichkeit ist furchtbar angewachsen. Während in den letzten Jahren vor dem Kriege auf 1000 Einwohner Wiens, auf das Jahr berechnet, durchschnittlich 15·5 Todesfälle entfielen, betrug diese Zahl im Jahre 1917 20·4 und für die neun Monate des Jahres 1918 19·6. Die absolute Zahl der Todesfälle stieg von 33.268 im Jahre 1914 auf 46.131 im Jahre 1917, und auf 33.629 in den neun Monaten des Jahres 1918. An Tuberkulose waren im Jahre 1914 6223 Personen gestorben, im Jahre 1917 11.741 und in den neun Monaten des Jahres 1918 8867 Personen. Jeder vierte Todesfall wurde durch Tuberkulose verursacht! Die Zahl der wegen Nahrungsmangels zugrunde gegangenen Personen läßt sich, wie Oberstadtphysikus Dr. Böhm behauptet, nicht mit Bestimmtheit angeben. Soweit die Todesursache von den behandelnden Aerzten selbst auf Entkräftung durch Nahrungsmangel zurückgeführt wurde, schwankt diese Zahl im Jahr 1918 zwischen sieben und elf Prozent der Todesfälle. Nach den bei den behördlichen Leichenöffnungen gewonnenen Erfahrungen stellt sich jedoch die Zahl der durch die Unterernährung verursachten oder wesentlich beeinflußten Todesfälle weit höher, schätzungsweise auf 24 bis 30 Prozent.

Die statistischen Daten über den Einfluß der Ernährung auf die Sterblichkeit in Wien im Jahre 1918 stellen sich wie folgt dar:

	1918 Gesamtzahl der Todesfälle	Auf 1000 Einwohner entfallen	1918 Gesamtzahl der Todesfälle	Auf 1000 Einwohner entfallen
Jänner . . .	2.991	17·1	3.761	19·5
Februar . .	3.076	17·6	3.439	19·7
März	3.378	19·3	4.042	21·0
April	2.950	16·7	4.041	21·4
Mai	2.988	16·9	3.803	19·6
Juni	2.612	14·8	3.618	19·2
Juli	2.422	13·7	3.870	19·0
August . . .	2.189	13·4	3.329	17·1
September .	3.215	12·6	3.726	19·8
Oktober . . .	2.475	13·9	6.105	38·2
November . .	2.386	13·3	4.874	29·7
Summe . .	29.662	15·3	44.608	22·5

Auf Unterernährung zurückzuführen sind von 100 Todesfällen im Jahre 1918:

Sicher:		Schätzungsweise:	
Juli	9	Das Zwei- bis Dreifache	= 18 bis 27
August . . .	11	„ „ „ „	= 22 „ 33
September . .	8	„ „ „ „	= 16 „ 24
Oktober . . .	7	„ „ „ „	= 14 „ 21
November . .	8	„ „ „ „	= 16 „ 24

In der hohen Augustzahl drückt sich die Ernährungskrise vor der neuen Ernte aus. Es muß

Reichspost

29/XII. 1918

240

Die Schweizer Lebensmittelsendungen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner an den Stadtpräsidenten von Zürich.

Der Stadtpräsident Naegeli von Zürich hatte sich mit der Züricher Abordnung trotz des Christabends zur Konstituierung der Schweizer Hilfsaktion nach Bern begeben. Bgm. Dr. Weiskirchner hat aus diesem Anlasse an den Stadtpräsidenten Naegeli folgendes Telegramm gerichtet: Hocherfreut über Ihre werktätige Anteilnahme und die opferwillige Hilfsbereitschaft der Züricher Bevölkerung, sende ich im Namen der schwergeprüften Stadt Wien herzlichsten Dank und versichere Sie unserer unbegrenzten Hochschätzung.

Zwei Transporte auf dem Wege nach Wien.

Zürich, 28. Dezember.

Die Lebensmittelaktion für das notleidende Wien nimmt einen raschen Fortgang. Der erste Transport mit 50 Waggons ist bereits in Innsbruck angelangt. Freitag abends gingen von Buchs weitere 47 Waggons mit Lebensmitteln ab. Sie werden von einer Abteilung des schweizerischen Schützenbataillons Nr. 7 bis nach Wien begleitet.

Sofortige Verteilung der Sendungen.

Der erste Lebensmitteltransport aus der Schweiz wird längstens übermorgen in Wien erwartet. Wie wir erfahren, wird ein Beamter der Gemeinde Wien dem Transporte bis nach St. Pölten entgegenfahren. Am Wiener Bahnhofe findet dann eine offizielle Begrüßung der Schweizer Deputation, die den Transport begleitet, durch das Gemeinderatspräsidium statt. Die einlangenden Lebensmittel werden nicht, wie ein heutiges Morgenblatt meldete, im städtischen Lagerhaus als Vorrat aufgestapelt, sondern sofort an die Bevölkerung zur Verteilung gebracht. Der Reis wird an die Mindestbemittelten abgegeben, das Mehl geht sofort an die Bäcker ab. Auch die anderen Artikel werden raschestens und zweckentsprechend der armen Bevölkerung zugute kommen.

Wir sind den Schweizern sehr dankbar für ihr menschenfreundliches Werk. Uebertriebene Hoffnungen darf jedoch die Wiener Bevölkerung an die Sendung von 120 Waggons Lebensmittel nicht knüpfen. Es ist eine sehr

Fremdenblatt

31./XII. 1918

255

Gerne!

Bern, Weihnacht 1918.

Dem Fremden, der die Grenzen der Schweiz überschreitend, an den Schaffner, an die „Saaltochter", an Geschäftsleute eine Frage oder Bitte richtet, tönt als erstes freundliches Echo — das Wort: Gerne, gerne! . . .

— — — — — — — — — — —

Höflichkeitsformel, die gleichgiltig gesagt, gleichgiltig angenommen wird. Dieses vom Volksmund geprägte und in Umlauf gesetzte Wort ist wie die Kleinmünze des Alltags das abgegriffene Zeichen einer alten Kulturkonvention. Solche abgehetzte, entwertete, leer gewordene, gleichsam ausgehöhlte Worte aber, sie wurden einst aus dem tiefsten Lebensschacht eines Volkes als leuchtendes Gold gefördert. Immer wieder, wenn Zeiten der innersten Besinnung anbrechen, wenn Welttage über den Alltag dämmern, dann feiern sie ihre Auferstehung. Heiß und voll wie im Frühling seines ersten jauchzenden Erlebnis erwacht dann das pochende Herz erstarrter Menschenlaute.

Als der Schweizer Bundesrat in einer allein nur Wien und seiner Not gewidmeten Sitzung beschloß: Den Wienern muß geholfen werden! — da durchbrauste das Schweizerland wie Orgelton einstimmig der Ruf: Gerne! — Und die abgegriffene Kleinmünze des Alltags glühte auf im Gold ihres geheimnisvollen Urseins, der Untrennbarkeit von Wesen und Sprache, von Wort und Tat.

— — — — — — — — — — —

Ein Kind hat den Anfang gemacht. Ein siebenjähriger blonder Schweizer Knabe. Der Vater mag wohl beim Frühstück der Mutter die Reden vorgelesen haben, welche im Schweizer Bundesrat über das Elend von Wien gehalten worden waren. Wie es der Bub nur anstellte? Als kluges Kind einer hungernden Zeit, die selbst für Neutralien die rationierte Lebenshaltung einführte, begriff er vor allem eins. Daß er sich der auch für ihn in der Küchenlade verwahrten Brotkarte bemächtigen mußte. Ganz heimlich ging er vor. Seine, bis zum ersten Jänner eingeteilte Brotkarte in der Hand, steht der kleine Bub nun schüchtern im Bäckerladen. „Wie viel Gramm willst du?" fragt ihn die Verläuferin, um, mit ihrer Scheere bewaffnet, die nötige Anweisung herunterzuschneiden. — „Ich will alles, was darauf steht — bitte!" — „Ja, du kannst doch nicht heute dein ganzes Brot bis zum ersten Jänner gebrauchen," so lacht man ihn aus. „Dann hast du doch durch 14 Tage keinen Bissen mehr." — „Jawohl," sagt der Bub, „ich muß das ganze Brot heute haben, denn es ist für die Wiener Kinder. Hab' gehört, daß die verhungern. — Da will ich kein Brot für mich. Das schicke ich alles ihnen!" — „Wie? Willst du das wirklich tun?" — „O ja; gerne! gerne!"

Ein Kind hat den Anfang gemacht. Und mit eines Kindes reiner Hingabe einigten sich Schweizer Frauen, Schweizer Männer in dem Werk der Liebe! Die ersten Tage floß der Strom der Gaben regellos. In Zeitungsredak-